Colour Chart #13

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Grey Scale #13

R G B WH GR BL C M Y K

A M B

SIMON DUBNOW
WELTGESCHICHTE DES JÜDISCHEN VOLKES

SIMON DUBNOW
WELTGESCHICHTE DES JÜDISCHEN VOLKES

DUBNOW

Weltgeschichte des
jüdischen Volkes

Band X

SIMON DUBNOW

Weltgeschichte des jüdischen Volkes

Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart

In zehn Bänden

DIE NEUESTE GESCHICHTE

Band X:

Das Zeitalter der zweiten Reaktion

JÜDISCHER VERLAG / BERLIN

293 13 17

SIMON DUBNOW

Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes

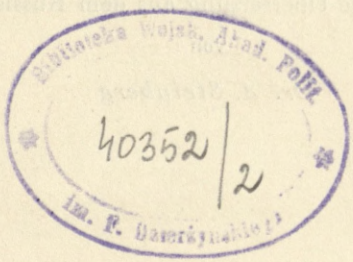
Das Zeitalter der zweiten Reaktion
(1880—1914)

Nebst Epilog
(1914—1928)

Autorisierte Übersetzung aus dem Russischen
von
Dr. A. Steinberg

JÜDISCHER VERLAG / BERLIN 1929

93(100)



ZBIORNICA
Księgozbiorów
Zabezpieczonych

Gedruckt bei Mänicke & Jahn A.-G., Rudolstadt
Copyright 1929 by Jüdischer Verlag / Berlin

45.12/1946.
I/C

Inhaltsverzeichnis

ERSTES BUCH: DIE ANTISEMITISCHE BEWEGUNG UND DIE GROSSE WANDERUNG (1880—1900)

Erstes Kapitel. Der Antisemitismus in Deutschland (1878—1900)

§ 1. Der Beginn der antisemitischen Reaktion (1878—1880) 11
§ 2. Abwehrversuche: die Lossagung vom Nationaljudentum . 24
§ 3. Die antisemitische Petition und die Ausschreitungen im östlichen Preußen (1880—1881) 31
§ 4. Die Kongresse der Antisemiten und das Erstarken ihrer Organisation (1882—1890) 40
§ 5. Der parlamentarische Antisemitismus und die Abwehrvereine (1891—1900) 51
§ 6. Das wirtschaftliche und geistige Leben unter dem Drucke der Reaktion 61

Zweites Kapitel. Der Antisemitismus in Österreich-Ungarn (1881—1900)

§ 7. Deutsch-Österreich. Die Agitation in Wien und der Rohlingprozeß 74
§ 8. Die Antisemiten im Wiener Gemeinderat 83
§ 9. Das slawische Österreich: Galizien und Böhmen . . . 89
§ 10. Das Auflodern des Antisemitismus in Ungarn und die Affäre von Tisza-Eszlar 100
§ 11. Das innere Leben und die Literatur 110

Drittes Kapitel. Pogrome und Rechtlosigkeit in Rußland

§ 12. Die Reaktion unter Alexander III. 119
§ 13. Die Pogrome von 1881 im russischen Süden 125

§ 14. Die „Gouvernementskommissionen" und der Pogrom in Warschau 136
§ 15. Die Emigration und der Pogrom in Balta (1882) . . . 145
§ 16. Das „Provisorische Reglement" und die Regierungsexzesse 156
§ 17. Die „Pahlensche Kommission" und die Verschärfung der Entrechtung (1883—1889) 164
§ 18. Die russischen Fronvögte und der englische Protest (1890) 175
§ 19. Die Vertreibung aus Moskau (1891) 183
§ 20. Die von Amts wegen geförderte Emigration (1891—1894) 190
§ 21. Die Fortdauer der Unterdrückung unter Nikolaus II. (1895—1900) 199
§ 22. Die innere Krise (1881—1897) 212

Viertes Kapitel. Die kleineren Zentren der europäischen Judenheit bis zum Ausgang des XIX. Jahrhunderts

§ 23. Der Antisemitismus in Frankreich 226
§ 24. Die Dreyfus-Affäre 232
§ 25. Das innere Leben der französischen Juden 242
§ 26. England, Holland, Belgien, Italien, die Schweiz und die Pyrenäische Halbinsel 248
§ 27. Das judenfeindliche Rumänien 259
§ 28. Die Balkanländer Bulgarien, Serbien, Griechenland und die europäische Türkei 268

Fünftes Kapitel. Die große Wanderung und die neuen Zentren in Amerika und Palästina (1881—1900)

§ 29. Die Einwanderung nach Amerika in den achtziger Jahren 275
§ 30. Die Einwanderung nach Amerika in den neunziger Jahren 282
§ 31. Das neue Kolonisationswerk in Palästina 293
§ 32. Die Kolonien in Argentinien. Die Einwanderung nach Kanada und Südafrika 302

ZWEITES BUCH: DIE NATIONALE UND REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG (1901—1914)

Erstes Kapitel. Die nationale Bewegung (1897—1905)

§ 33. Herzl und der „Judenstaat" 311
§ 34. Die ersten Zionistenkongresse (1897—1900) 321

§ 35. Der politische Zionismus bis zum Tode Herzls (1901 bis 1904) 332
§ 36. Der geistige Zionismus Achad Haams 338
§ 37. Der Autonomismus als Schlüssel zum Diasporaproblem. Das Prinzip der nationalen Minderheiten 345
§ 38. Die sozialistischen Parteien 351
§ 39. Die literarische Renaissance 358

Zweites Kapitel. Die Pogrome und die Revolution in Rußland (1903–1907)

§ 40. Das Gemetzel von Kischinew und der Ausbruch der politischen Pogrome (1903) 368
§ 41. Der Russisch-Japanische Krieg (1904) 379
§ 42. Die Revolution von 1905 384
§ 43. Die Oktoberpogrome (1905) 393
§ 44. Die Reichsduma und die Pogrome im Jahre 1906 . . 398

Drittes Kapitel. Die jüdische Welt im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg

§ 45. Deutschland (1901–1914) 406
§ 46. Österreich-Ungarn (1901–1914) 416
§ 47. Rußland in den Jahren der Gegenrevolution (1907 bis 1914) 427
§ 48. Zionismus und Territorialismus 438
§ 49. Der Ideenkampf im Westen 445
§ 50. Die Kulturbewegung und die Sprachenfrage in Rußland 453
§ 51. Frankreich, England und Italien. Das Wiedererwachen der Marranen 459
§ 52. Rumänien, die neue Türkei und die Balkankriege . . . 472
§ 53. Der Aufstieg des jüdischen Palästina 483
§ 54. Das große Zentrum in Amerika 489
§ 55. Die Splitter der Diaspora in der außereuropäischen Welt 498

EPILOG: DIE JÜDISCHE WELT SEIT DEM AUSBRUCH DES WELTKRIEGES (1914–1928)

I. Der Weltkrieg und der Krieg gegen die Juden in Rußland (1914–1916) 509

II. Die Revolution und der Beginn des Bürgerkrieges in Rußland (1917—1918) 514
III. Der Frieden von Versailles und seine Folgen (1919—1920) 519
IV. Der Bürgerkrieg in Rußland und das Gemetzel in der Ukraine (1919—1920) 525
V. Die rote Autokratie in Rußland und der Untergang des großen jüdischen Zentrums (1921—1928) 531
VI. Die jüdischen nationalen Minderheiten in Polen und in den anderen neuen Staaten (1921—1928) 535
VII. Westeuropa, Amerika und Palästina. — Ausblick 542

Anhang:

BIBLIOGRAPHIE (Quellen- und Literaturnachweise) . . . 555

NAMEN- UND SACHREGISTER 565

Erstes Buch

Die antisemitische Bewegung und die große Wanderung

(1880—1900)

Erstes Kapitel

Der Antisemitismus in Deutschland (1878—1900)

§ 1. Der Beginn der antisemitischen Reaktion (1878—1880)

Als im Jahre 1871 nach dem Deutsch-Französischen Kriege, diesem folgenschweren Ringen zwischen den zwei kulturell am höchsten stehenden Völkern des europäischen Festlandes, die Sieger den Besiegten den Frieden diktierten, wußte Europa noch nicht, daß damit zugleich seine politischen Geschicke auf ein halbes Jahrhundert hinaus vorausbestimmt werden sollten. Hatte doch der neuerliche Triumph der rohen Waffengewalt eine Reaktion heraufbeschworen, die viel nachhaltigere Folgen nach sich zog als selbst diejenige, die nach dem Wiener Kongreß von 1815 begonnen hatte. Die nach der französischen Revolution und dem Zusammenbruch des Napoleonischen Kaiserreiches von den Monarchen zur Bekämpfung der liberalkonstitutionellen Zeitströmungen errichtete „Heilige Allianz" war ja bereits drei Jahrzehnte später von der Hochflut des Jahres 1848 wieder fortgeschwemmt worden, worauf dann in Mitteleuropa eine, wenn auch nur unvollkommene, konstitutionelle Ordnung Wurzel faßte, die auch für die Juden die bürgerliche Emanzipation mit sich brachte. Als bösartiger erwies sich die *gesellschaftliche* Reaktion, die bald nach dem Deutsch-Französischen Kriege zum Ausbruch kam und zu Beginn der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Der Nährboden dieser Reaktion war der Völkerhaß, dessen Folgeerscheinung die Bildung zweier europäischer Koalitionen, zunächst des Drei- und sodann des Zweibundes war, die bis auf die Zähne bewaffnet, in steter Kriegsbereitschaft einander gegenüberstanden. Europa verfiel dem Kult des Militarismus. Die europäischen Staaten wetteiferten miteinander in der Vermehrung der stehenden Heere, in der Erfindung und Fabrikation

von Werkzeugen gegenseitiger Vernichtung. Das Wettrüsten sollte, wie man vorgab, neuen Kriegen vorbeugen, und so nannte man den hierdurch geschaffenen Zustand den des „bewaffneten Friedens". Der Pazifismus, den der Kriegsgott als Maske benutzte, war indessen allzu fadenscheinig. Zum Militarismus gesellte sich der Imperialismus. Von unersättlicher Gier nach Kolonialbesitz getrieben, liefen die Großmächte in den außereuropäischen Ländern einander den Rang ab und suchten ihre „Einflußsphäre" um jeden Preis zu erweitern. Der Kampf um die Welthegemonie verschärfte den gegenseitigen Haß und bereitete den Boden für die blutige Ernte der Zukunft.

Dem nach außenhin geführten Kampf entsprach vollauf der Kampf im Inneren, in dem gleichfalls Macht vor Recht ging. Innerhalb der militarisierten Staaten hatten nämlich die „souveränen" Völker den nationalen Minderheiten im Namen des mißverstandenen Prinzips des Nationalstaates die Fehde angesagt. In dem Bestreben, diese Minderheiten mit der Mehrheit der Bevölkerung zu verschmelzen, stand der *Staatsnationalismus* nicht an, den Fremdstämmigen die Sprache, Schule und Kultur der vorherrschenden Nation aufzuzwingen, ganz so wie man in früheren Zeiten darauf ausgegangen war, den Andersgläubigen die vorherrschende Religion aufzunötigen; die Folge hiervon war, daß die unterdrückten Nationalitäten ihrerseits in einen fanatischen Nationalismus hineingetrieben wurden. Das an sich gesunde Nationalgefühl artete in Chauvinismus aus. Zu dem Kampf der Nationalitäten gesellte sich das Ringen zwischen Arbeit und Kapital, der Klassenkampf, dessen Zuspitzung nicht zuletzt darauf zurückging, daß die herrschende Schicht durch den Militarismus und den nationalen Hader von der Durchführung großzügiger sozialer Reformen abgelenkt wurde, die den modernen Rechtsstaat vor den schwersten Erschütterungen hätten bewahren können. — So häufte sich nach und nach jener Sprengstoff, dessen Explosion 1914 den Weltkrieg und nach diesem die Schrecken des Bürgerkrieges entfesselte, der weite Gebiete Europas der Verheerung preisgab.

Den Herd der zweiten Reaktion bildete Deutschland. Der Sieg von 1870 wirkte in dem Lande der hochentwickelten geistigen Kultur, das nun der „gepanzerten Faust" huldigte, gleich einem verderblichen Gifte fort. Der Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten zu einem mächtigen, von Preußen geführten Militärreich verhalf hier dem Prinzip des einheitlichen Nationalstaates zu fast unumschränkter Herrschaft.

Die Staatsidee selbst ward in Deutschland zu einer Art Fetisch. Am nachdrücklichsten wurde dieser Fetischismus von dem preußischen Politiker und offiziellen Geschichtsschreiber Heinrich Treitschke verfochten, der seiner Staatstheorie (in dem posthum erschienenen Werke „Politik") folgende Formulierung gab: der Staat sei eine „Persönlichkeit", für die die Sorge um die eigene Macht höchstes sittliches Gebot sei, dessen Leugnung eine Sünde wider den Heiligen Geist bedeute. An Stelle der einstmaligen Vergötterung des Monarchen trat somit unter der konstitutionellen Ordnung die Vergötterung des Staates, an Stelle des monarchistischen Absolutismus der staatliche Absolutismus. Jede soziale Sondergruppe sollte, anders gesagt, ihre Individualität der des Staates zum Opfer bringen. Das Deutschtum, der „deutsche Geist" durfte keine Rivalen haben. Dies waren die Voraussetzungen, unter denen die preußische Regierung in der Person Bismarcks den sogenannten „Kulturkampf" gegen die kosmopolitische Macht des Katholizismus eröffnete, zu dem sich ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes bekannte. Der kirchliche Absolutismus des „unfehlbaren" Papstes Pius IX. vermochte dem Absolutismus des vom „eisernen Kanzler" geleiteten Deutschen Reiches nicht standzuhalten. Die „Maigesetze" von 1873 und 1875 schmälerten in erheblichem Maße die kulturelle Autonomie der Katholiken. Die deutschen Juden, die zumeist Anhänger der liberalen Parteien waren, stimmten mit diesen auch in der Sympathie für den „Kulturkampf" überein und zogen sich dadurch die Feindseligkeit der katholischen Politiker zu: sie ahnten nicht, daß der Hammer, der die staatliche Einheit schmiedete, dereinst auch sie aufs empfindlichste treffen würde, so sehr sie auch bemüht waren, sich mit den Anbetern der deutschen Nationalität zu identifizieren.

Die Gründung des deutschen Kaiserreiches fiel, wie erinnerlich, mit der endgültigen Anerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden zusammen, und so betrachteten diese es als ihre Pflicht, sich in den Dienst der neuen Ordnung zu stellen. Sie waren bestrebt, im Hyperpatriotismus und in der mit der Großmachtidee getriebenen Abgötterei hinter den echten Deutschen nicht zurückzubleiben. Der langjährige Assimilationsprozeß hatte in der neuen Generation bereits die letzten Spuren des national-jüdischen Selbstbewußtseins verwischt, und auch dessen Ersatz, das Bewußtsein der religiösen Einheit, war nach der Spaltung der Gemeinden in orthodoxe und reformistische

sowie infolge der Zunahme der Zahl der Konfessionslosen stark getrübt. Zersplittert und des inneren Haltes beraubt, betonte die deutsche Judenheit bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volke. Nach mühevollem Ringen zum Range von „Staatsbürgern" emporgestiegen, suchten die Juden aller Stände den Beweis zu erbringen, daß sie der ihnen zuteil gewordenen Auszeichnung würdig seien. Gleichzeitig unterließen sie es freilich nicht, die Früchte der lang ersehnten Emanzipation einzuheimsen. In hellen Scharen strömten sie in die Großstädte, die mit dem Aufschwung des Kapitalismus auf alle unternehmungslustigen Geschäftsleute immer größere Anziehungskraft ausübten. An erster Stelle stand hierbei die Reichshauptstadt *Berlin*, deren jüdische Bevölkerung im ersten Jahrzehnt nach der Emanzipation um fünfzig Prozent zunahm (1871 rund 36 000 Seelen stark, stieg sie im Jahre 1880 auf etwa 54 000 an; s. unten, § 6). Hatte sich doch zu Beginn der siebziger Jahre in den Wirtschaftszentren des durch die französische Kriegskontribution reich gewordenen und vom Fieber des „Gründertums" ergriffenen Landes dem Handelsstand ein schier unermeßliches Betätigungsfeld erschlossen. Es entstanden unzählige Aktiengesellschaften, der Eisenbahnbau nahm noch nie dagewesene Dimensionen an, die Börsenspekulation wurde zu einem tollen Hasardspiel, bis schließlich dieser Tanz der Millionen mit einem Finanzkrach endete (1873), der für eine Unmenge von Aktienbesitzern aus dem Mittelstand den völligen Ruin bedeutete. Nunmehr schob man die Schuld an dem Zusammenbruch, ungeachtet dessen, daß es unter den „Gründern" und Börsenspekulanten nicht wenige Christen, zum Teil sogar Träger adeliger Namen gab, den Juden zu, die bei den Spekulationsgeschäften nur aus dem Grunde besonders auffielen, weil sie überhaupt im Handel relativ stärker vertreten waren. In den höheren Gesellschaftskreisen sowie in der konservativen Presse wurde ein Zetergeschrei über die „goldene Internationale" erhoben, über einen angeblichen Weltbund der jüdischen Kapitalisten, der für Deutschland nicht weniger gefährlich sei als die schwarze und rote Internationale: die katholische Kirche und die Sozialdemokratie. In Berlin und anderen Großstädten wurde die Mißgunst der christlichen Kaufmannschaft insbesondere durch die rasche Vermehrung der jüdischen Warenhäuser genährt, die durch billigen Verkauf von in reicher Auswahl angebotenen Gebrauchs-

artikeln die kleineren Ladenbesitzer und Selbstproduzenten in steigendem Maße konkurrenzunfähig machten.

Eine weitere Ursache der wachsenden Unzufriedenheit bildeten die raschen Fortschritte der Juden auf dem Gebiete des als besonders ehrenvoll geltenden Staatsdienstes und der öffentlichen Tätigkeit überhaupt. Die Zahl der sich dank ihrer besonderen Begabung in den verschiedenen Zweigen des Staatsdienstes sowie im Bereiche der freien Berufe auszeichnenden jüdischen Gebildeten wurde mit der Zeit immer größer. Am meisten fiel ihre Wirksamkeit in der Presse auf: die einflußreichsten liberalen Blätter (das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" u. a.), die unverblümt auf die Mißstände des deutschen Lebens hinwiesen, wurden von Juden herausgegeben und besaßen einen Stab von talentierten jüdischen Mitarbeitern, die allerdings den jüdischen Interessen völlig fremd gegenüberstanden. Gleichwohl erregte das „Eindringen" der Juden in das öffentliche Leben ebenso wie in die beherrschenden Positionen der Volkswirtschaft bei den verschiedensten Schichten der Bevölkerung heftigen Unwillen. Die feudalen Großagrarier und das Junkertum begegneten der neu aufgekommenen jüdischen Geldaristokratie mit unverhohlener Verachtung. Die Bürokratie wiederum war darüber verstimmt, daß die Juden in die Kanzleistuben Eingang fanden, obschon die deutschen Regierungen die jüdischen Beamten nie über die mittleren Rangstufen hinaus aufrücken ließen. Die Vertreter der freien Berufe aber: Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren und Journalisten, fürchteten die gefährliche Konkurrenz. Am stärksten kam die antijüdische Stimmung, wie schon angedeutet, in dem Bereiche zum Ausdruck, in dem sich persönliche Rivalität mit parteipolitischem Interesse verband. „Die Juden haben die gesamte Presse an sich gerissen!" zeterten in ihrem Ärger über die Volkstümlichkeit der liberalen Zeitungen die Konservativen aller Schattierungen. So wurde denn die liberale Presse von den reaktionären Blättern (der „Kreuzzeitung", der katholischen „Germania" usw.) als „jüdisch" und antinational verschrien, obgleich die Artikel der liberalen jüdischen Journalisten erzpatriotischen Geist atmeten.

Der sich in der Öffentlichkeit ausbreitende Judenhaß deckte sich vollauf mit den Intentionen der deutschen Regierung. Nach dem Bruche Bismarcks mit den Liberalen, seinen ehemaligen Bundesgenossen beim Aufbau des geeinten Deutschland, neigte die Regierung immer mehr der feudal-junkerlichen Reaktion zu, die namentlich an dem

Kaiser Wilhelm I. Rückhalt fand. Der Reichskanzler, in dem erneut die konservative Gesinnung seiner jungen Jahre (Band IX, § 6) die Oberhand gewonnen hatte, war über den Widerstand, den ihm im Parlament die liberal-fortschrittliche Opposition leistete, zu deren Führern die jüdischen Abgeordneten Lasker und Bamberger gehörten, aufs äußerste erbittert. Die von der liberalen „Judenpresse" an ihm geübte Kritik machte ihn wütend. Es setzte sich in ihm der Gedanke fest, daß es die jüdischen Politiker seien, die Deutschland auf den Weg der Bismarck so verhaßten Demokratie trieben. So sann er denn auf Mittel und Wege zur Eindämmung des jüdischen Einflusses, doch schien es dem Regierungschef, der sich auf dem Berliner Kongreß von 1878 selbst für die Gleichberechtigung der Juden in den Balkanstaaten eingesetzt hatte, inopportun, gegen die Emanzipation in Deutschland offen Stellung zu nehmen. Desto willkommener mußte ihm die in der deutschen Öffentlichkeit erneut wirksam gewordene judenfeindliche Propaganda sein, die er denn auch inoffiziell zu unterstützen beschloß. Der Judenhaß weiter Kreise der Bevölkerung lieferte den Ressortministern einen plausiblen Vorwand für die Zurückweisung der sich um höhere Posten bewerbenden jüdischen Anwärter, da man ja stets darauf hinweisen konnte, daß das Volk jüdischen Beamten und Richtern mit Mißtrauen begegne. Die antijüdische Agitation leistete aber der Regierung auch noch einen weiteren Dienst, insofern die Hetzkampagne gegen die jüdischen Kapitalisten die Aufmerksamkeit des Kleinbürgertums sowie eines Teiles der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie ablenkte, zu deren Bekämpfung Bismarck die Verfügung drastischer Maßnahmen durchgesetzt hatte (das „Sozialistengesetz" von 1878).

In dieser von Militarismus und Chauvinismus geschwängerten Luft erblühte nun eine neue Abart des uralten deutschen Judenhasses, die den Namen *Antisemitismus*[1]) erhielt. Folgeerscheinung der in Europa einsetzenden zweiten Reaktion, äußerte sich der neu auflodernde Judenhaß in einer Form, die eine weitgehende Ähnlichkeit mit dem Charakter der antijüdischen Bewegung zu Beginn der ersten Reaktion,

[1]) Als erster führte diese Bezeichnung 1879 Marr ein, der eine Schrift gegen den „Semitismus" veröffentlichte und außerdem die „Antisemiten-Liga" gründete (Näheres hierüber siehe unten). Wiewohl die Führer der antijüdischen Bewegung sich den neuen Terminus nur nach und nach zu eigen machten, bürgerte er sich in der Umgangssprache der Gebildeten als eine treffende Bezeichnung für eine Bewegung, die sich weniger gegen die jüdische Religion als gegen die Rasse, Natio-

in den Jahren 1815—1819 (Band IX, § 2) aufwies. Hatten sich die Judenhasser damals hinter der Losung des „christlichen Staates" verschanzt, so traten sie jetzt im Namen des rein deutschen „Nationalstaates" auf, als dessen wesentliches Attribut ihnen hinwiederum die christliche Kultur galt. Es war durchaus kein Zufall, daß *Adolf Stöcker*, der Rufer in dem neu eröffneten Kampf gegen das Judentum, Hofprediger war und seine Agitation unter der Fahne der Religion entfaltete. Die von ihm 1878 in Berlin gegründete „Christlich-soziale Arbeiterpartei" hatte sich ursprünglich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht. Von den höchsten konservativen Kreisen inspiriert, setzte der Hofprediger der bedrohlich anschwellenden Arbeiterbewegung seinen „christlichen Sozialismus" entgegen, den er aus dem Evangelium herleitete und der sich sehr wohl mit Gottesfurcht, Untertanentreue und politischer Unterwürfigkeit vertrug. Da indessen die Arbeiterschaft von der neu gegründeten Partei nichts wissen wollte, sah sich diese genötigt, das Wort „Arbeiter" auf ihrem Aushängeschild zu streichen, und nannte sich fortan kurzweg „Christlich-soziale Partei". Nunmehr wurde in ihren Kundgebungen der Nachdruck darauf gelegt, daß die „christlichen Prinzipien", auf denen es das soziale Leben aufzubauen gelte, durch die liberal-demokratische Judenschaft aufs schwerste gefährdet seien, weshalb dieser ohne Säumen der Kampf angesagt werden müsse. Die Hetzpropaganda verschaffte Stöcker großen Zulauf, wenn auch nicht aus jenen Kreisen, die er anfänglich im Auge gehabt hatte: der neuen Organisation traten fast ausschließlich Handwerker, Krämer, Handlungsgehilfen und Gastwirte bei, kurz jene Angehörigen des Mittelstandes, die von dem mittelalterlichen Bürgertum mit seinen Zünften und Gilden deren Feindseligkeit gegen die Juden ererbt hatten. Solcherart war das Publikum, dem Stöcker von der Kanzel herab sowie in Volksversammlungen aufs eindringlichste einschärfte, daß die Juden nach Erlangung des Vollbürgerrechts übermütig geworden seien, daß sie sich in den höchsten Gesellschaftskreisen einnisteten und immer steigenden Einfluß auf das Staatsleben gewännen, was mit schwersten Gefahren

---

nalität und Kultur der Juden richtete, rasch ein. Die in der neuesten Literatur weit verbreitete Anwendung der Bezeichnung „Antisemitismus" auf den Judenhaß früherer Epochen ist somit anachronistisch, da ja die Theorie, wonach die Juden eine Abzweigung der der arischen gegenüberstehenden semitischen Rasse darstellen, ein Produkt allerjüngster Zeit ist.

ZBIORNICA
Kolegjoblioteka
Zakonpiotrowskich

für das Deutschtum verbunden sei. Da die Berliner liberalen Blätter die Agitation des Hofpredigers ins Lächerliche zogen, eröffnete dieser einen Sturmangriff gegen die das deutsche Volk angeblich entsittlichende „Judenpresse". Seine hohe offizielle Stellung zwang allerdings Stöcker, seine demagogischen Haßpredigten mit dem Weihöl „christlicher Liebe" zu salben, wobei er sich namentlich in der Rolle eines Angegriffenen gefiel[1]). In immer neuen Wendungen malte er vor seinen Zuhörern das Schreckgespenst der allmächtigen, von unausrottbarem Haß gegen die Christenheit erfüllten jüdischen Internationale an die Wand, wodurch der Judenhaß als eine psychologische Notwendigkeit gerechtfertigt werden sollte. Die Juden — so ließ sich der Hetzer vernehmen — brüsten sich mit ihrer religiösen „Weltmission", indessen, „wo sind die Missionare? Etwa an den Börsen von Berlin, Wien und Paris?" Entsetzlich schien ihm der Gedanke, daß Berlin 45 000 Juden beherberge, in denen er die geschlossene Vorhut einer auf die Zerstörung Deutschlands ausgehenden Feindesmacht erblickte. Und dennoch schwieg er sich darüber aus, was zur Abwendung dieser Gefahr geschehen sollte. Der verschlagene Vertrauensmann hochgestellter Reaktionäre hütete sich, seine Gönner durch eine allzu vulgäre Sprache zu kompromittieren, und beschränkte sich daher auf vage Andeutungen, die geeignet waren, in den empfänglichen Zuhörern atavistischen Menschenhaß zu entfachen. Dies war die Haltung, der er sich in den Versammlungen seiner Parteifreunde sowie im preußischen Landtag und später im Reichstag befleißigte (dem Landtag gehörte er seit 1879 und dem Reichstag seit 1881 an). Es ist als sicher anzunehmen, daß der greise Kaiser Wilhelm I. und Bismarck dem judenfeindlichen Hofprediger den Rücken stärkten und nur vermieden wissen wollten, daß seine Agitation zu einem öffentlichen Skandal auswachse.

Desto hemmungsloser durften sich diejenigen Wortführer des Antisemitismus austoben, die von den amtlichen Kreisen unabhängig waren. So der 1879 hervorgetretene dunkle Ehrenmann *Wilhelm Marr*, der, Sohn eines jüdischen Schauspielers, zum Christentum übergetreten war und zunächst im Kreise radikaler Journalisten verkehrte, aus dem er jedoch wegen ehrloser Handlungen ausgestoßen wurde.

[1]) Eine Probe dieser Rhetorik bietet die 1880 von Stöcker veröffentlichte Schrift: „Das moderne Judentum in Deutschland, besonders in Berlin", die zwei von ihm in Versammlungen der „Christlich-sozialen Partei" gehaltene Reden enthält.

Die von ihm veröffentlichte Schmähschrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“[1]) war mit dem Motto versehen: „Vae victis!“ Über die Niederlage der „besiegten“ Germanen betrübt, wetterte Marr in seiner Broschüre gegen die jüdischen „Sieger“. Der Pamphletist betonte, daß die Judenfrage für ihn keine religiöse, sondern lediglich eine historisch entstandene Rassenfrage sei. Ein ganzer, überall im Morgenlande verhaßter Semitenstamm sei, so führte er aus, auf den Machtspruch Roms hin von dem Boden Palästinas losgerissen und nach Europa verpflanzt worden, wo er sich darauf verlegt hätte, die autochthone Bevölkerung unter sein Joch zu beugen. Eingefleischte Materialisten, die kraft ihrer religiösen Gebote jedem Fremdstämmigen mit Haß begegneten, hätten die Juden in Europa die Entwicklung von Handel und Industrie nur zu dem Zwecke gefördert, um Reichtum und Macht an sich zu reißen. Nach ihrer Befreiung aus dem Zustand der Entrechtung hätten sie sich zuerst auf Deutschland gestürzt, das nun „verjudet“ sei. Verfügten sie doch nicht nur über das Kapital, sondern auch über die die öffentliche Meinung bestimmende Presse; sie hätten die deutsche liberale Partei unter ihre Botmäßigkeit gebracht, sie beeinflußten die gesetzgebenden Körperschaften und es sei zu befürchten, daß sie in Kürze auch der Regierungstätigkeit die Richtung weisen würden. Wie einst die Mongolen China, so hätten nun die Juden Deutschland unterworfen, doch hätten sich jene wenigstens mit den Chinesen verschmolzen, während diese, unfähig, in irgendeinem Volke aufzugehen, bestrebt seien, die Deutschen zu verjuden. Der *Semitismus* habe über das Germanentum gesiegt, und wenn die Deutschen es in letzter Stunde unterließen, sich zum Kampfe gegen diese „sozial-politische Gefahr“ zusammenzuschließen, dann sei das Ende Deutschlands („finis Germaniae“) unabwendbar. — Die sozial-politischen Hirngespinste des mehr bewußt irreführenden als irregeführten Pamphletisten machten auf das ungebildete Publikum, dem lautes Geschrei stets als untrügliches Zeichen aufrichtiger Überzeugung gilt, nachhaltigen Eindruck. Die Schmähschrift wurde viel gelesen und erlebte mehrere Auflagen. Auf ihrem Titelblatt forderte Marr seine Leser auf, für die Herausgabe der von ihm und anderen deutschen Schriftstellern in Aussicht genommenen antijüdischen Zeit-

[1]) Bereits früher im Drucke erschienen, fand diese Flugschrift erst 1879, nachdem sie anläßlich der Gründung der „Antisemiten-Liga“, die auf Initiative von Marr erfolgte, neu gedruckt worden war, größere Beachtung.

schrift Geld zu spenden. Diese Kollekte bildete wohl den entscheidenden Beweggrund für die Agitation des von der „verjudeten Presse" geächteten und gänzlich heruntergekommenen Journalisten. Im Besitze ausreichender Geldmittel, begann Marr „Zwanglose antisemitische Hefte" herauszugeben (1880). Schon früher, im Oktober 1879, hatte er in Berlin die „Antisemiten-Liga" gegründet, die das Ziel verfolgte, „das deutsche Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten". Bald wurde der Liga zu Reklamezwecken ein neuer Name gegeben: „Deutscher Reformverein", mit dessen Reformismus es sich freilich nicht anders verhielt als etwa mit dem Sozialismus der „Christlich-sozialen Partei" Stöckers. Ebenso wie in Berlin bildeten sich antisemitische Gruppen auch in anderen Städten, immer häufiger erschienen im Sinne Marrs gehaltene Flugblätter und Broschüren, und die Bierstuben hallten von antisemitischem Geschwätz wider.

Der Lärm der Straße drang selbst in die Arbeitszimmer der Gelehrten, deren Hellhörigkeit zum Teil so weit ging, daß sie in ihm die „Stimme des Volkes" wiedererkannten. Als erster meldete sich der bereits erwähnte Berliner Professor *Heinrich Treitschke* zu Wort, der Ideologe der nationalistischen Reaktion. Wiewohl die ordinären Propagandamethoden der Antisemiten nicht nach seinem Geschmack waren, glaubte er dennoch, die neue Bewegung als einen Protest gegen das „Überhandnehmen" der Juden begrüßen zu sollen. Ende 1879 und Anfang 1880 veröffentlichte Treitschke in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern" drei Aufsätze[1]), in denen er den Gedankengängen des Skribenten Marr „wissenschaftlichen" Ausdruck gab. Auch der offizielle preußische Historiker vertrat nämlich die Ansicht, daß das Judentum für Deutschland eine unmittelbare Gefahr bedeute. „Über unsere Ostgrenze — so schrieb er mit galliger Ironie — dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schar Hosen verkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinder dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen . . . Und immer ernster wird die Frage, wie wird dies fremde Volkstum mit dem unseren verschmelzen können". Des weiteren führte Treitschke aus, daß, während die jüdischen Neuankömmlinge nicht deutsch werden *könnten*, die einheimischen Juden sich nicht „schlecht und recht als Deutsche fühlen" *wollten*, da

[1]) Später als Sonderschrift unter dem Titel „Ein Wort über unser Judentum" erschienen (Berlin 1880).

sie sich für eine auserwählte, den „deutschen Gojim" überlegene Rasse hielten. Um dies zu bekräftigen, verwies er auf die wenig ehrfurchtsvolle Art, in der sich Graetz über das Christentum äußerte, sowie auf die abfälligen Urteile des jüdischen Historikers über die größten deutschen Männer von Luther bis Goethe und Fichte (wozu Graetz bekanntlich durch deren judenfeindliche Ausfälle veranlaßt worden war). Am meisten fühlte sich aber der gelehrte preußische Chauvinist dadurch beunruhigt, daß die Juden sich der Tageszeitungen bemächtigt hätten und so die Lenker der öffentlichen Meinung geworden seien. Die liberalen und radikalen jüdischen Journalisten wandelten, wie Treitschke betonte, in den Fußstapfen ihres Ahnherrn Börne, der in die deutsche Presse „den eigentümlich schamlosen Ton einführte" und „der über das Vaterland so von außen her, ohne jede Ehrfurcht abspricht, als gehöre man selber gar nicht mit dazu". Nachdem die Juden emanzipiert worden seien, drängten sie sich frech in den Vordergrund des öffentlichen Lebens: „man forderte die buchstäbliche Parität in allem und jedem und wollte nicht mehr sehen, daß wir Deutsche denn doch ein christliches Volk sind und die Juden nur eine Minderheit unter uns". Die die verschiedensten Bevölkerungsschichten erfassende antijüdische Bewegung sei daher eine „natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühles gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat". Alle Proteststimmen klängen ja in den Ruf aus: „Die Juden sind unser Unglück!" Zwar könne „von einer Zurücknahme der vollzogenen Emanzipation gar nicht die Rede sein", doch sollten sich die Juden immerhin eines Besseren besinnen und, statt „die harten deutschen Köpfe jüdisch" machen zu wollen, sich dazu entschließen, gute Deutsche zu werden. Mit noch größerer Offenherzigkeit sprach sich Treitschke in seinem zweiten Aufsatz aus. Unter Hinweis auf manche Stellen in der „Geschichte der Juden" von Graetz, aus denen Treitschke die Forderung der Anerkennung einer jüdischen Sondernationalität innerhalb der deutschen heraushörte, rief er aus: „Auf einen solchen Anspruch muß jeder Deutsche, dem sein Christentum und sein Volkstum heilig ist, kurzab erwidern: Niemals! Unser Staat hat in den Juden nie etwas anderes gesehen als eine Glaubensgenossenschaft; . . . er hat ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung nur zugestanden in der Erwartung, daß sie sich bestreben würden, ihren Mitbürgern gleich zu sein . . . Beansprucht aber das Judentum gar

Anerkennung seiner Nationalität, so bricht der Rechtsboden zusammen, auf dem die Emanzipation ruht. Zur Erfüllung solcher Wünsche gibt es nur ein Mittel: Auswanderung, Begründung eines jüdischen Staates irgendwo im Auslande . . . Auf deutschem Boden aber ist für eine Doppelnationalität kein Raum" . . .

In diesen harten Worten kam die ganze Tragik des jüdischen Problems zum Ausdruck. War doch Treitschke formell im Recht: hätten die deutschen Juden in der Tat ihre Anerkennung als eine Sondernation beansprucht, so hätten sie damit zugleich ihre Bürgerrechte preisgeben müssen, da ihnen ja diese unter der Voraussetzung des Verzichts auf ihr Volkstum eingeräumt worden waren. Ungerechtfertigt war der neuerliche judenfeindliche Angriff lediglich insofern, als die deutschen Juden aufrichtig davon überzeugt waren, daß sie Angehörige nicht des jüdischen, sondern des deutschen Volkes seien, und dies auch nach Kräften zu bezeugen suchten. Anhänger eines vergeistigten Nationalismus wie Graetz bildeten unter den Repräsentanten der deutschen Judenheit eine seltene Ausnahme, und auch der jüdische Geschichtsschreiber selbst hatte nie daran gedacht, die Anerkennung der Juden als Nation vom Staate zu verlangen. Die tragische Verworrenheit der Lage wurzelte eben darin, daß der Emanzipation eine verhängnisvolle Lüge zugrunde lag und daß der herrschenden Nation selbst im erneuerten Deutschland despotische Machtbefugnisse zuerkannt wurden, z. B. das Recht, das polnische Posen gewaltsam zu germanisieren, den Juden aber unter Androhung der Entziehung der Bürgerrechte sogar zu verbieten, sich zum angestammten Volkstum zu bekennen . . .

Von den liberalen Repräsentanten der deutschen Wissenschaft protestierte als erster gegen den erneuten Ausbruch des Judenhasses der berühmte Historiker *Theodor Mommsen.* In der von ihm veröffentlichten Flugschrift: „Auch ein Wort über unser Judentum" (1880) warf er seinem Berliner Fach- und Fakultätsgenossen Treitschke Entfesselung des Nationalhasses im geeinten Vaterlande vor, erklärte aber andererseits, daß es die heilige Pflicht der Juden sei, im deutschen Volke restlos aufzugehen. Mommsen zweifelte übrigens nicht daran, daß die deutschen Juden bemüht seien, den Assimilationsvertrag aufs gewissenhafteste zu erfüllen, und verwies hierbei mit besonderer Befriedigung auf die immer häufiger werdenden Mischehen zwischen Juden und Christen: „Die Vorsehung — meinte Mommsen — hat

weit besser als Herr Stöcker begriffen, warum dem germanischen Metall für seine Ausgestaltung einige Prozent Israel beizusetzen waren". Unfaßbar war es Mommsen nur, warum die freidenkenden, sich von ihrer eigenen Religion abwendenden Juden nicht zum Christentum übertreten wollten; sei doch, so betonte er, das Christentum nunmehr nur ein anderer Ausdruck für die europäische Gesittung, weshalb die sich dieser Anschließenden, um jeder Zweideutigkeit den Boden zu entziehen, sich wenigstens formell auch zum Christentum bekennen sollten. „Der Eintritt in eine große Nation kostet seinen Preis; die Hannoveraner und die Hessen und wir Schleswig-Holsteiner sind daran, ihn zu bezahlen"; so sollten denn auch die Juden, insofern sie nicht als ein „Element der Dekomposition" gelten wollten, sich dazu entschließen, „ihre Sonderart von sich zu tun". Welche andere Sprache hätte auch der Geschichtsschreiber des alten Rom führen können, der in seinem klassischen Werke keinen Anstand nahm, das heldenhafte, in die Krallen des römischen Adlers geratene Judäa nur deswegen zu verurteilen, weil es sich im Gegensatz zu den übrigen Völkern des Morgenlandes von dem raubgierigen Weltbezwinger nicht hatte verschlingen lassen?

Der federgewandteste und konsequenteste Ideologe des Antisemitismus dieser Zeit war der hochbegabte *Eugen Dühring*, ein mit Blindheit geschlagener Philosoph von einem krankhaft leidenschaftlichen, nichts weniger als „philosophischen" Temperament. Gegen das ganze Judentum aus dem Grunde erbittert, weil einige seiner jüdischen Kollegen im Senat der Berliner Universität bei seinem Ausschluß aus dem Lehrkörper mitgewirkt hatten, machte er sich wiederholt zum Wortführer eines extremen, „organischen Judenhasses". So in dem von ihm 1881 veröffentlichten Buche „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage". Der jüdische Stamm, meinte Dühring, sei der minderwertigste Zweig der semitischen Rasse, für den bereits der die alten Germanen mit Lob überhäufende Tacitus nichts als Abscheu übrig gehabt habe. Dieser verachtungswürdige Menschenschlag habe der Welt nichts geschenkt und alles, was er sein eigen nenne, anderen Völkern entwendet. Sein Ziel sei die Weltherrschaft, die Ausbeutung fremder Völker, die Ausnutzung der jeweiligen politischen Konstellation im eigenen Interesse. Die religiös-sittliche Weltanschauung der Bibel stehe nicht nur unter dem Niveau des Hellenismus, sondern sogar unter dem der altgermanischen Mythologie. Auch das

Schaffen der jüdischen Geister der Neuzeit sei, wenn man von Spinoza absehe, völlig wertlos. Die Juden in der deutschen Literatur, wie etwa Börne, Heine und Marx, seien öffentliches Ärgernis erregende Zyniker; aber auch der judenfreundliche Deutsche Lessing sei eine literarische Niete und wäre nie zum Ruhme gelangt, wenn nicht die Juden für seinen „Nathan", die Verherrlichung des jüdischen Stammes, die Reklametrommel gerührt hätten. Am schädlichsten wirkten sich die antisozialen Eigenheiten des Judentums im politischen Leben sowie in der Presse aus. Darum läge es auch dem Staate ob, die Juden aus den staatlichen Institutionen, der Presse, der Schule und dem Wirtschaftsleben unverzüglich hinauszudrängen; darüber hinaus gelte es zur Vermeidung der „Verjudung des Blutes" dem Übel der Mischehen zu steuern, wie es denn überhaupt geboten sei, zwischen Judentum und Deutschtum eine unübersteigliche Scheidewand aufzurichten. Es empfehle sich, für die „niedere Rasse" der Juden erneut die ägyptische Knechtschaft einzuführen und sie zu Parias zu degradieren. Dies waren die Konsequenzen, zu denen der Antisemitismus gelangen mußte, sobald sich ein von Verfolgungswahn besessener Doktrinär wie Dühring in seinen Dienst gestellt hatte.

So kam in Deutschland im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts eine Bewegung zum Ausbruch, wie sie bereits im ersten Viertel dieses Jahrhunderts in Erscheinung getreten war, und zwar in einer noch abstoßenderen und folgenschwereren Form. In Stöcker, Marr und Treitschke waren gleichsam die Rühs, Fries und Paulus zu neuem Leben erstanden, während für die judenfeindlichen Theorien Dührings höchstens in dem Pamphlet des tollwütigen Hundt-Radowsky ein Analogon (Band IX, § 2) zu finden wäre. Schon nahte das für die beiden Hälften der europäischen Judenheit gleich unheilvolle Jahr 1881, in dem auch der Hep-hep!-Sturm von 1819 aufs neue losbrechen sollte.

§ 2. *Abwehrversuche: die Lossagung vom Nationaljudentum*

Wie reagierte nun die jüdische Öffentlichkeit auf die ersten Ausbrüche des Antisemitismus? Kulturell assimiliert und einer nationalpolitischen Organisation ermangelnd, war die deutsche Judenheit auf einen minderwertigen Organisationsersatz angewiesen, auf ihre „Synagogengemeinden", die zum größten Teil in dem „Deutsch-israelitischen Gemeindebund" zusammengeschlossen waren. Als die ersten

Anzeichen einer antijüdischen Bewegung merkbar wurden, faßte der Gemeindebund den Beschluß, die in Wort und Schrift betriebene judenfeindliche Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen und vor allem gegen die zu Gewalttaten aufreizenden Hetzer bei den Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen Schutz zu suchen. Nachdem die Schmähschrift von Marr im Jahre 1879 weitere Verbreitung gefunden hatte, wandte sich denn auch der Bundesvorstand, der damals seinen später nach Berlin verlegten Sitz in Leipzig hatte, an das sächsische Justizministerium mit der Bitte, dem gefährlichen Treiben Einhalt zu tun. Unter Hinweis darauf, daß Marr und Konsorten die Massen gegen die Juden als Kapitalisten aufhetzten und daß sich die Bewegung infolgedessen leicht gegen alle Besitzenden überhaupt wenden könnte, regten die Bittsteller an, den Wühlern gegenüber das „Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" zur Anwendung zu bringen. Indessen blieb der vom Gemeindebund unternommene Schritt ergebnislos, da die sächsische Regierung von jeher die judenfeindlichste in ganz Deutschland war. Ebenso fruchtlos blieb der gleichzeitige Appell des Bundes an den Fürsten Bismarck. Dabei wurde der Reichskanzler nicht etwa um Verfügung von behördlichen Maßnahmen, sondern allein darum angegangen, daß er „durch das hohe moralische Gewicht" seines Wortes „der verwirrten und irregeleiteten öffentlichen Meinung die Wege des Rechtes und der Humanität weisen" möge. Bismarck würdigte indessen die Bittsteller nicht einmal einer direkten Antwort, sondern beschränkte sich darauf, ihnen durch seinen Kanzleichef mitteilen zu lassen, daß ihr Schreiben bezüglich der antijüdischen Agitation eingetroffen sei. Nicht minder kränkend war die Behandlung, die der jüdischen Gemeinde von Berlin zuteil wurde, als diese die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf die Gemeingefährlichkeit des Antisemitismus zu lenken versuchte. Dreimal hintereinander (1879—1880) wandte sich der Gemeindevorstand an den Innenminister Grafen Eulenburg mit der schriftlichen Bitte, angesichts des von den Parteigängern Stöckers und Marrs in der Reichshauptstadt getriebenen Unfugs die den öffentlichen Frieden störende Agitation einzudämmen, ohne von der Obrigkeit irgendeinen Bescheid zu erhalten. Als der Vorsitzende des Gemeindevorstandes Magnus daraufhin um eine persönliche Unterredung mit dem Innenminister nachsuchte, wurde ihm in der Ministerialkanzlei in verletzender Form bedeutet, daß sich der Ressortchef

unmöglich mit jedem einzelnen Bittsteller in Auseinandersetzungen einlassen könne. Erst auf eine neuerliche Eingabe des Vorstandes hin ließ sich Eulenburg schließlich zu der Erklärung herbei, daß die Berliner Gemeinde nicht befugt sei, sich im Namen der gesamten Judenheit Preußens zu beschweren, und daß die Staatsgewalt nur dann gegen die öffentliche „Kritik" der bestehenden Religionsgemeinschaften einschreiten könne, wenn diese Kritik mit einer Übertretung des Gesetzes verbunden sei, was jedoch bei den Kundgebungen der „Christlich-sozialen Partei" nicht zutreffe (Juni 1880).

Eine dermaßen zynische Behandlung seitens der geheimen Gönner Stöckers hätte die Führer der Berliner Gemeinde darüber aufklären müssen, daß die deutsche Judenheit ihrem Rechte nicht durch Vorstellungen bei den Kanzleigewaltigen, sondern durch offenen politischen Kampf Achtung verschaffen könne, für den jedoch ihren maßgebenden Vertretern die nötige „Zivilcourage" fehlte. So beschlossen denn diese, von jeglicher „Gegenagitation" Abstand zu nehmen und, um die Feinde nicht noch mehr zu reizen, zur Ruhe aufzufordern. Ende 1880 versandte der Gemeindebund an die einzelnen Gemeinden ein Rundschreiben mit der Überschrift: „Wie hat sich der Jude der antisemitischen Bewegung gegenüber zu verhalten?" Es war dies ein Hirtenbrief, der der gesamten Umwelt vor Augen führen sollte, daß das Judentum an evangelischer Demut die Verfechter des „Christlichen Staates" bei weitem übertreffe. „So schmerzlich jeden denkenden und fühlenden Glaubensgenossen — so hieß es in dem Rundschreiben — der künstlich und gewaltsam neu angefachte und geschürte Glaubens- und Rassenhaß bewegt, er soll ihm nicht das Herz verbittern gegen seine christlichen Mitbürger, nicht den Sinn trüben für seine bürgerlichen Pflichten. Lehrt ihn diese Prüfungszeit die wahren Freunde und Förderer humaner Denkweise kennen, schätzen und verehren, so mahnt sie ihn auch zur Einkehr in sich". Des weiteren ermahnte das Sendschreiben zur Arbeitsliebe sowie zur peinlichsten Rechtschaffenheit im Handel, wodurch der „Chillul ha'schem" (die Entweihung des heiligen Namens) vermieden werden sollte, und betonte insbesondere, daß die Ergebenheit der Synagoge gegenüber niemand daran hindere, „treuer Deutscher" zu sein. Gegen die Aufforderung, durch Steigerung des Arbeitsfleißes zur Gesundung des jüdischen Wirtschaftslebens beizutragen, wäre im Grunde nichts einzuwenden gewesen, wenn diese Aufforderung nicht mit dem Anraten

politischer Leisetreterei verbunden gewesen wäre, das nicht nur von Mangel an Widerstandskraft zeugte, sondern sogar als Eingeständnis der eigenen Schuld ausgelegt werden konnte.

Als wirksames Kampfmittel war auf diese Weise nur noch die literarische Polemik übriggeblieben. Da nun die Ideologen des Antisemitismus dabei beharrten, daß die Judenheit innerhalb des deutschen Staatsorganismus einen Fremdkörper bilde, galt es das Gegenteil zu beweisen. Einen solchen Wahrheitsbeweis konnten die Wortführer der jüdischen Gebildeten durchaus bona fide antreten, weil sie sich ja der Nationalität nach als Volldeutsche fühlten. So ließen denn Deklarationen der Lossagung vom Nationaljudentum nicht lange auf sich warten. Den Reigen eröffnete der Berliner Professor *Moritz Lazarus* (1824—1903), der einstmals in den reformistischen Synoden den Vorsitz geführt hatte (Band IX, § 37). Schon im Dezember 1879, bald nach Gründung der „Antisemiten-Liga" und dem Erscheinen des in akademischem Tone gehaltenen Pamphlets Treitschkes, hielt Lazarus in einer öffentlichen Versammlung in Berlin einen breit angelegten Vortrag über das Thema: „Was heißt national?", der kurz darauf auch im Drucke erschien. Der Mitbegründer der „Völkerpsychologie" suchte durch wissenschaftliche, seinem Fachgebiet entlehnte Argumente den Beweis zu erbringen, daß das Wesen der Nation sich nicht in den äußeren Merkmalen der Abstammung oder der Sprache, sondern im subjektiven Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen Gruppe manifestiere. Diese Begriffsbestimmung treffe nun in vollem Maße auf die Juden Deutschlands zu, die, ihrer Sprache nach längst Deutsche geworden, sich auch in ihrem geistigen Kern als solche fühlten: „Wir sind Deutsche, nichts als Deutsche, wenn vom Begriff der Nationalität die Rede ist; wir gehören nur einer Nation an: der deutschen". Als sich zur jüdischen Religion bekennende Deutsche müßten aber die Juden in dem überwiegend protestantischen Deutschland etwa dieselbe Stellung einnehmen wie die deutschen Katholiken. Indessen sollte auch diese nachdrückliche Lossagung von der jüdischen Nationalität wirkungslos bleiben. In seinem dritten in den „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlichten polemischen Aufsatz machte nämlich Treitschke Lazarus gegenüber geltend, daß Protestantismus und Katholizismus als in ihrer Wurzel zusammenhängende Ausläufer des Christentums sehr wohl im Deutschtum nebeneinander bestehen könnten, wohingegen

„das Judentum die Nationalreligion eines uns ursprünglich fremden Stammes" sei. Der Hieb saß und bewog Lazarus, wie dies aus der von ihm allerdings viel später veröffentlichten „Ethik des Judentums" zu ersehen ist, umzulernen.

Ebenso wenig Erfolg hatte die von dem bekannten jüdischen Politiker und Reichstagsmitglied *Ludwig Bamberger* publizierte Flugschrift: „Deutschtum und Judentum" (1880). Gleich auf der ersten Seite gab der Verfasser seiner Entrüstung über diejenigen Ausdruck, die „diese wundersame (jüdische) Fähigkeit der Assimilation, welche auf der Möglichkeit beruht, Eigenes preiszugeben und Fremdes in sich aufzunehmen", nicht nach Gebühr zu würdigen wüßten. Könnte doch das Geschrei der Antisemiten, meinte er, auf die Juden, die von dem segensreichen Germanisierungsprozeß noch nicht ergriffen seien, abschreckend wirken. Die eigentliche Spitze der Ausfälle Treitschkes sei, wie Bamberger betonte, gegen den Liberalismus gerichtet: in der Absicht, die linksliberale Partei zu treffen, zu deren Führern der den „großen Realisten" Bismarck bekämpfende „Idealist" Lasker gehöre, rolle man die Judenfrage auf und leiste dem Vorurteil Vorschub, daß ein Jude nicht dazu berufen sei, in der deutschen Politik den Ton anzugeben. Es mag hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß Lasker selber es in dieser kritischen Zeit geflissentlich vermied, zu den die Juden bedrohenden Wühlereien Stellung zu nehmen: er wollte anscheinend seinen Widersachern keinen neuen Anlaß zur Schädigung seines Rufes als eines echt deutschen Politikers bieten und trug daher, wie sehr ihn auch das antisemitische Kesseltreiben gekränkt haben mochte, dem Lose der Judenheit gegenüber Gleichgültigkeit zur Schau (vgl. Band IX, § 36).

Der neue Ausbruch des „deutsch-jüdischen Krieges" rief einen Mann auf den Plan, der um jene Zeit mit größtem Nachdruck seine Zugehörigkeit zur „Nation Kants" betonte und damit beschäftigt war, das Kantische System von Grund auf umzubauen. Es war dies der Marburger Professor *Hermann Cohen* (1842—1918), der seinem Bildungsgang nach tief im Judentum wurzelte: Zögling des Breslauer Theologischen Seminars, zählte er zu seinen Lehrern H. Graetz, Z. Frankel und M. Joël. Von den Unterstellungen Treitschkes, wonach die Juden die Reinheit der deutschen geistigen Kultur beeinträchtigten, aufs schmerzlichste getroffen, sprach Cohen in einer Schrift unter dem Titel „Ein Bekenntnis in der Judenfrage" (Berlin

1880) sein Bedauern darüber aus, daß diejenigen, die sich aus vollem Herzen der „Nation Kants" angeschlossen hätten, nun genötigt seien, ihr jüdisches Credo zu formulieren. In voller Übereinstimmung mit Treitschke betonte Cohen, daß der sittliche Primat dem Staat gebühre: die Staatsangehörigkeit sei nicht Sache der äußeren Form, sondern eine innere religiöse Angelegenheit, und insofern der deutsche Staat mit der christlichen Kultur verschwistert sei, müsse „die jüdische Minderheit des deutschen Volkes" sich auch dessen Religion gegenüber bis zu einem gewissen Grade positiv verhalten. Eine solche Stellungnahme vertrage sich durchaus mit der Treue gegen das unverfälschte Judentum. Stimme doch die Ethik des Judentums und der ihr eigene Rigorismus mit dem Kantischen kategorischen Imperativ überein, ebenso wie das protestantische Christentum, dem Luther die Bibel zugrunde gelegt habe, aufs engste mit der jüdischen Theodizee verbunden sei. Hinzu komme, daß die Juden mit der deutschen Nation durch Bande geistiger Verwandtschaft verknüpft seien: „Seit der Blüte des jüdischen Geistes in der arabisch-spanischen Periode hat der jüdische Stamm erst in dem deutschen Volke wieder ein universales Kulturleben entfaltet". Deutschland sei der Boden für eine von Generation zu Generation „bewußter" erstrebte Verwirklichung des „Ideals nationaler Assimilation" oder Amalgamierung. In dieses begeisterte Loblied auf die deutsch-jüdische Einigung schaltete Cohen eine zornsprühende Philippika gegen seinen früheren Lehrer Graetz ein. Der jüdische Geschichtsschreiber war den Assimilationsfreunden damals besonders mißliebig geworden, weil die in seiner „Geschichte der Juden" enthaltene, zum Teil recht unzweideutige Charakteristik der Schattenseiten der christlichen Kultur, insbesondere der deutschen, Treitschke einen willkommenen Anlaß für seine judenfeindlichen Angriffe bot. Cohen kennzeichnete nun Graetz als einen Anhänger der „Partei der Palästinenser", die „innerhalb der deutschen Kultur keinen Boden haben", einer Partei, der er nahelegte, der Eigenart und der Größe des deutschen Geistes wenigstens „Respekt und Pietät" entgegenzubringen. Der junge jüdische Philosoph, dem sein Lehrstuhl an der Marburger Universität als ein der deutschen Philosophie geweihtes Heiligtum galt, stand eben noch ganz im Banne des krankhaft übertriebenen deutschen Patriotismus, was ihm denn auch vonseiten Treitschkes, wiewohl diesen die Apologetik Cohens keineswegs zufriedenstellte, lobende Anerkennung einbrachte.

Gleichzeitig war noch eine ganze Reihe anderer gegen den Antisemitismus gerichteter Verteidigungsschriften erschienen, die sich gleichfalls fast durchweg für uneingeschränkte Assimilation ereiferten. Wenig eindrucksvoll war in diesem Chor die Stimme jenes Mannes, der eigentlich am lautesten hätte sprechen müssen, die von Graetz, dem ja die Polemik Treitschkes in erster Linie galt. Dies hatte seinen Grund darin, daß Graetz, wie gesagt, unversehens zwischen zwei Feuer geraten war: während er einerseits von dem preußischen Historiker der Feindseligkeit gegenüber dem Christentum und Deutschtum geziehen wurde, rechneten die assimilierten jüdischen Kreise dem Historiker des Judentums es als ein schweres Verbrechen an, daß er durch seinen „jüdischen Nationalismus", der übrigens in seinen Schriften mehr als Stimmung denn als geschlossene Doktrin zum Ausdruck gelangt war, die gesamte deutsche Judenheit auf die Anklagebank gebracht habe. Diesen schweren Beschuldigungen war Graetz nicht gewachsen. Durch seine amtliche Stellung als Professor an der Breslauer Universität und als Dozent an dem dortigen Jüdisch-theologischen Seminar gebunden, konnte er sich nicht dazu entschließen, sich zu seinen „ketzerischen" Ansichten offen zu bekennen, abgesehen davon, daß es damals kaum eine ernstere Zeitschrift gab, die sich bereit gefunden hätte, dem Eigenbrödler ihre Spalten zur Verfügung zu stellen. So beschränkte er sich denn darauf, dem ersten Aufsatz Treitschkes in einem farblosen Artikel entgegenzutreten, den er in dem Provinzblatt „Schlesische Presse" (1879, Nr. 859) veröffentlichte. Indem er sich gegen den Vorwurf verwahrte, daß aus seiner „Geschichte der Juden" Feindseligkeit gegenüber der christlichen Welt spreche, suchte er die Nationalidee des Judentums durch die „Rassentheorie" Beaconsfields-Disraelis zu decken und verwies im Zusammenhang damit auf die stolzen Worte dieses Juden-Christen: „Sie können nicht eine reine Rasse von kaukasischer Organisation zerstören. Es ist ein physiologisches Faktum, ein Naturgesetz, welches die ägyptischen und assyrischen Könige, römische Kaiser und christliche Inquisitoren beschämt hat. Kein Strafgesetz, keine physische Tortur kann bewirken, daß eine höhere Rasse von einer niederen aufgenommen und zerstört werde". Daraufhin veröffentlichte Treitschke seinen zweiten Aufsatz, in dem er zur Bekräftigung der von ihm vorgebrachten Beschuldigungen die einschlägigen Stellen aus der „Geschichte" von Graetz anführte, dem Anspruch der Juden aber, als eine höhere Rasse zu gelten, mit den

schon wiedergegebenen Drohworten entgegentrat: „Auf deutschem Boden ist für eine Doppelnationalität kein Raum". Durch diese Drohung eingeschüchtert, trat Graetz den Rückzug an. In seiner zweiten Entgegnung: „Letztes Wort an Professor Treitschke" („Schlesische Presse", Nr. 907) bestritt er denn auch nachdrücklichst den ihm vorgeworfenen Mangel an Vaterlandsliebe ebenso wie das ihm inkriminierte Bestreben, die Anerkennung einer besonderen jüdischen Nationalität durchzusetzen: was er verlange, so betonte er, sei die Anerkennung der Vollwertigkeit des Judentums, der jüdischen Religion, keineswegs aber der jüdischen Nationalität. Die hierin zutage tretende Scheu, sich zu der eigenen Überzeugung zu bekennen, erklärt sich nicht nur aus Verantwortungsgefühl gegenüber der jüdischen Gesamtheit, sondern auch daraus, daß es dem Historiker an einer klar durchdachten, voll ausgereiften nationalen Ideologie gebrach, die er dem festen und abgerundeten System der Assimilation hätte entgegensetzen können. Graetz lag es in der Tat fern, die staatliche Anerkennung der nationalen Rechte des jüdischen Volkes zu beanspruchen, eine Forderung, zu der sich erst die national gesinnten Wortführer der folgenden Generationen erkühnten, und zwar jenseits der Grenzen Deutschlands.

§ 3. Die antisemitische Petition und die Ausschreitungen im östlichen Preußen (1880—1881)

Die Wühlereien der Stöcker und Marr hatten Früchte getragen. Während sich die Gefolgschaft Stöckers aus besonneneren Elementen zusammensetzte, die eine Schmälerung der Rechte der Juden durch entsprechende Einwirkung auf Parlament und Regierung anstrebten, fand Marr mit seiner „Antisemiten-Liga" bei der Straße Zuspruch, bei jenen radaulustigen Vertretern des Kleinbürgertums und der Beamtenschaft, denen es namentlich um die Einschüchterung der Juden zu tun war. Diese Leute waren es vor allem, die in den antisemitischen Versammlungen lärmten, in den Wirtshäusern jüdisch aussehende Gäste anrempelten und selbst auf offener Straße oder in der Stadtbahn ihre jüdischen Mitbürger nicht in Frieden ließen. Die um sich greifende Bewegung riß auch einen bedeutenden Teil der deutschen Studentenschaft mit, jenen nämlich, dessen wichtigsten Lebensinhalt die Mensur, das Zechen und der Bierulk bildete. So entstand denn in Berlin ein

„Verein deutscher Studenten", dessen Mitglieder geloben mußten, mit jüdischen Kollegen nicht zu verkehren, und sich ein besonderes Vergnügen daraus machten, diese in den Universitätsräumen zu belästigen. Da die Angegriffenen ihre Beleidiger zum Zweikampf herauszufordern pflegten, so hatten die Zusammenstöße nicht selten ein blutiges Nachspiel. Selbst unter den minderjährigen Schülern gab es von der Lehrerschaft offen begünstigte „Antisemiten". Als der Berliner Gymnasiallehrer *Henrici* in Volksversammlungen mit judenfeindlichen Brandreden hervortrat, wurde er zwar von dem liberalen Magistrat, der der Ansicht war, daß sich ein solcher Menschenhasser zum pädagogischen Beruf nicht eigne, seines Amtes enthoben, doch sollte dies den Hetzer bei seinen antisemitischen Gesinnungsgenossen in nur noch größere Gunst bringen und seinen agitatorischen Eifer noch mehr anspornen. Der ganze Unfug wurde unter der Fahne des Patriotismus, unter der Devise: für Gott, Kaiser und Vaterland, getrieben. Die antisemitischen Versammlungen unterließen es nicht, an den Reichskanzler patriotische Telegramme zu schicken, auf die Bismarck aufs freundlichste zu antworten pflegte. Dieser Austausch von Liebenswürdigkeiten hatte seine reale Grundlage in einem der Reichskanzlei zur Verfügung gestellten Geheimfonds („Reptilienfonds"), aus dem die kaisertreue Presse gespeist wurde und aus dem wohl auch die Geldmittel für die Herausgabe antisemitischer Flugblätter und Broschüren flossen, die sonst kaum eine so weite Verbreitung gefunden hätten.

Die erste politische Tat der Antisemiten war die Einreichung einer an den Reichskanzler gerichteten Petition. Dieses im Stöckerschen Kreise ausgeheckte Unternehmen sollte einerseits der reaktionären preußischen Regierung den Rücken stärken, andererseits aber die Möglichkeit bieten, durch Sammlung von Unterschriften die antisemitische Propaganda in weiteste Kreise zu tragen. Die eifrig betriebene Petitionskampagne zog sich fast über ein ganzes Jahr hin (1880 bis 1881). Im einleitenden Teil der Petition waren die ihr zugrunde liegenden Motive in der folgenden unzweideutigen Weise formuliert:

„Seit längerer Zeit sind die Gemüter ernster vaterlandsliebender Männer aller Stände und Parteien durch das Überwuchern des jüdischen Volkselementes in tiefste Besorgnis versetzt. Die früher von vielen gehegte Erwartung einer Verschmelzung des semitischen Elementes mit dem germanischen hat sich trotz der völligen Gleichstellung beider als eine trügerische erwiesen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine Gleichstellung mit uns, sondern um eine Verkümmerung unserer nationalen Vorzüge durch das Überhandnehmen des Judentums, dessen stei-

gender Einfluß aus Rasse-Eigentümlichkeiten entspringt, welche die deutsche Nation weder annehmen will noch darf, ohne sich selbst zu verlieren. Diese Gefahr ist erkennbar und bereits von vielen erkannt . . . Auf den bestehenden, die kapitalistischen Interessen bevorzugenden und unter jüdischer Einwirkung entstandenen Gesetzen fußend, gestützt auf die Reichtümer, welche man mit geschickter und rücksichtsloser Ausnützung dieser Gesetze durch Wucher, Börsenspiel, Bank- und Aktienwesen erworben hat; Bildner der öffentlichen Meinung mittels einer zum großen Teil durch sie beeinflußten, feilen, gewissenlosen und korrumpierten Presse — hat es die jüdische Rasse verstanden, ihren unheilvollen Einfluß beständig zu steigern, so daß derselbe heute schon nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Wohlstand des deutschen Volkes, sondern auch seine Kultur und Religion mit den ernstesten Gefahren bedroht. Diese Gefahren müssen sich naturgemäß in dem Maße steigern, als es den Juden gelingt, scharenweise in Berufszweige und namentlich in amtliche Stellungen einzudringen, welche ihnen früher verschlossen waren . . . Wie das Judentum eine tatsächliche Macht ist, so kann es auch durch reelle Machtmittel bekämpft werden".

Auf Grund dieser den Stil Stöckers verratenden Expektorationen richteten die Petenten an die Regierung die folgenden Forderungen: 1. die Einwanderung fremdländischer Juden nach Deutschland sei einzuschränken; 2. die Juden seien aus allen verantwortungsvollen Staatsämtern zu entfernen und dürften insbesondere nicht als Einzelrichter fungieren; 3. zwecks Wahrung des christlichen Charakters des Unterrichtswesens seien in der Volksschule ausschließlich christliche Lehrkräfte zu verwenden, und zwar selbst in dem Falle, daß sich die Schülerschaft zum größten Teil aus jüdischen Kindern zusammensetzen sollte; aber auch in den Mittel- und Hochschulen dürften Lehrämter Juden nur in seltenen Ausnahmefällen und jedesmal mit einer speziellen Begründung übertragen werden; 4. sei in Deutschland von neuem eine besondere Judenstatistik einzuführen.

Diese Anregungen waren sicherlich ganz nach dem Geschmack der preußischen Regierung: stand doch diese auch ohnehin nicht an, in den von den Petenten bezeichneten Zweigen des Staatsdienstes die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung der Juden mit Füßen zu treten. Der reaktionäre Kultusminister von Puttkamer hatte verfügt, daß Juden nicht als Gymnasiallehrer geduldet werden sollten, während im Verwaltungsbereiche der anderen Ministerien selbst die geeignetsten jüdischen Amtskandidaten in der Regel nur zu untergeordneten Posten zugelassen zu werden pflegten. Auch die Einwanderung der Juden aus Polen und Rußland stieß schon immer auf den Widerstand der preußischen Behörden, so daß die antisemitische Petition höchstens eine Verschärfung dieser Unterdrückungsmaßnahmen

veranlassen konnte, wie sie auch in der Tat in der einige Jahre später von Bismarck angeordneten Ausweisung großer Massen seit langem in Preußen ansässiger polnisch-russischer Juden zutage trat. Dem Ton der Petition nach zu urteilen, strebten deren sich um Stöcker scharende Urheber wohl die gänzliche Aufhebung der jüdischen Emanzipation an, doch zogen sie es, von den Regierungsintentionen unterrichtet, vor, sich zunächst auf „bescheidenere" Forderungen zu beschränken, die „im Verwaltungswege", ohne Befragung des verfassungstreuen Parlaments, durchgeführt werden konnten. Der Text der Petition wurde in zehntausenden Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet, und im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung wurde allenthalben eine hemmungslose antisemitische Agitation entfaltet. In dem der Petition beigefügten Begleitschreiben hieß es, daß Bismarck und die preußische Regierung der in die Wege geleiteten Kundgebung des Volkswillens wohlwollend entgegensähen. Die Folge war, daß die nachgeordneten Träger der Regierungsgewalt, um der höchsten Obrigkeit zu Gefallen zu handeln, weit davon entfernt, der Hetzkampagne einen Riegel vorzuschieben, nicht selten die aufreizende Petition mitunterzeichneten und auch ihre Untergebenen dazu verleiteten.

Der gegen die Verfassung geplante Anschlag brachte die Liberalen in Harnisch. Gleich nachdem die Petition in den Zeitungen zum Abdruck gelangt war, erließ eine Gruppe angesehener Vertreter der Berliner Öffentlichkeit einen in eindringlichen Worten gehaltenen Aufruf (12. November 1880), in dem die in Deutschland ausgebrochene antijüdische Bewegung als eine „nationale Schmach" gebrandmarkt wurde[1]). In dem Aufruf wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die antisemitischen Umtriebe, die gegen Mitbürger gerichtet seien, „welche ehrlich und ernstlich bemüht sind, in treuem Zusammengehen mit der Nation ihre Sonderart abzuwerfen", die mit solcher Mühe errungene nationale Einheit Deutschlands zu zerstören drohen. Die deutschen Lande seien der Gefahr ausgesetzt, von einer Welle mittelalterlichen Rassenhasses und Fanatismus überflutet zu werden. „Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, daß unsere

[1]) Auch der Kronprinz, der nachmalige Kaiser Friedrich III., der einzige unter den Hohenzollern, der dem Banne der Reaktion nicht verfallen war, äußerte sich in einer politischen Unterredung dahin, daß der Antisemitismus die „Schmach des XIX. Jahrhunderts" sei.

Kultur die Isolierung desjenigen Stammes überwunden hat, welcher einst der Welt die Verehrung des einzigen Gottes gab", scheuten nicht davor zurück, „das Vermächtnis Lessings" über Bord zu werfen. Die Erklärung schloß mit dem Appell, „der Verwirrung entgegenzutreten und die nationale Schmach abzuwenden", die „künstlich angefachte Leidenschaft der Menge" zu beschwichtigen und im Lande schleunigst den Burgfrieden wiederherzustellen. Zu den 76 Unterzeichnern der Deklaration gehörten namhafte Gelehrte (Mommsen, Droysen, Gneist, Virchow, der Astronom Foerster u. a.), Parlamentarier, der Berliner Oberbürgermeister Forckenbeck nebst einer Reihe von Stadtverordneten sowie die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft.

Acht Tage nach der Veröffentlichung dieser Deklaration kam es im preußischen Abgeordnetenhaus zu einer lebhaften Aussprache über die Judenfrage. Der freisinnige Abgeordnete Professor Hänel hatte nämlich die antijüdische Petitionskampagne, die mancherorts in Gewalttaten ausgeartet war, zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, in der er von der Regierung auch darüber Aufklärung verlangte, wie sich diese zu der Petition stelle, die zur Verletzung der Grundgesetze auffordere. Die dadurch entfesselte Debatte zog sich über zwei Kammersitzungen hin (am 20. und 22. November). Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Graf Stolberg erwiderte nun, daß die in Frage stehende Petition dem Ministerpräsidenten noch nicht zugegangen sei, daß es aber der Regierung jedenfalls fernliege, das Verfassungsprinzip der Bürgergleichheit zu verletzen. Die betonte Frostigkeit der Regierungserklärung, in der die Juden nicht einmal der Erwähnung gewürdigt wurden, war freilich nicht dazu angetan, die Urheber der Anfrage zufriedenzustellen, zumal der konservative Abgeordnete Reichensperger darauf eine Rede hielt, die über die eigentlichen Absichten der Regierung keine Zweifel mehr ließ. Dieser die antisemitischen Bestrebungen gutheißende Abgeordnete gab nämlich der Erwartung Ausdruck, daß das Ministerium auch fernerhin an seiner judenfeindlichen Verwaltungspraxis festhalten werde, wodurch er die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Forderungen der Antisemiten und den Verwaltungsmaximen der Regierung in helles Licht rückte. Daher beeilten sich die besten Redner der liberalen und der Fortschrittspartei, sich zum Wort zu melden. Der berühmte Professor der Medizin Rudolf Virchow kennzeichnete die Methoden der Antisemiten, die bald religiöse, bald wirtschaftliche, bald Rassenmomente

betonen, als Charlatanerie und erklärte, daß die sich auf die konservative Partei stützende Regierung sicherlich mit den antisemitischen Hetzern solidarisch und daher für deren Untaten mit verantwortlich sei. Andere Redner wieder wandten sich gegen den Stöckerschen „Christlichen Sozialismus", den sie als reaktionäre, haßerfüllte Demagogie bloßstellten. Der Führer der Fortschrittspartei Eugen Richter führte in einer glänzenden Rede, sich an die Konservativen wendend, aus: „Sie klagen über die Börsenspekulation der Juden, vergessen aber, daß an ihr auch deutsche Fürsten und Herzöge teilgenommen haben, die im Parlament ein Jude, Lasker, entlarvt hat. Die Volksbanken sind das beste Mittel gegen den Wucher, an der Spitze der Berliner Volksbank aber steht der Jude Straßmann, ein Stadtverordneter. Sie klagen über die jüdische Presse, gestehen Sie aber, daß sie darunter die liberale Presse überhaupt meinen. Die Regierung verfolgt die Sozialdemokraten, die nur gegen die besitzenden Klassen auftreten, beschirmt aber die Sozialchristen, die den Haß gegen eine Rasse predigen. Ich weiß sehr wohl, daß in dieser Angelegenheit der Kanzler seinen Kopf und seine Hand mit im Spiele hat: Bismarcks Freunde, Treitschke und Busch, nehmen an der antisemitischen Bewegung teil. Nicht umsonst wendet sich die Petition an den Fürsten Bismarck. Die Petitionsmänner sind überzeugt, daß, wenn sie eine Million Unterschriften gesammelt haben, Bismarck sich der Angelegenheit annehmen werde. Um darüber Klarheit zu schaffen, brachten wir unsere Interpellation ein, denn wir wollen die Unterdrückung einer reaktionären Bewegung, die unserem Lande eine Schmach antut."

Nach den scharfen Reden der Oppositionsführer richteten sich aller Blicke auf Stöcker, der ja die treibende Kraft der ganzen Petitionskampagne war. Dieser trat denn auch mit einer langatmigen Rede auf den Plan, in der sich der Demut heuchelnde Pfarrer als hinterlistiger und raffinierter Politiker entpuppte. Stöcker beteuerte, daß all sein Sinnen und Trachten darauf gehe, den von den Juden gestörten sozialen Frieden wiederherzustellen. „Die Judenfrage — sagte er — ist für mich nicht eine Frage der Religion oder der Rasse, sondern eine sozial-ethische Frage. Sie besteht darin, daß eine halbe Million unserer jüdischen Mitbürger einem anderen Stamm angehört, einer anderen Religion, andere Begriffe, Gefühle und Bestrebungen hat, die sie von uns unterscheiden, ferner darin, daß die Juden beginnen, in

unserem Volke eine Stellung einzunehmen, die ihrer Zahl nicht entspricht. Wir leben in einem Staate, in dem achtzig Prozent der Bevölkerung (gläubige) Christen sind, und wir sind berechtigt, zu verlangen, daß dieser Staat als eine christliche Gemeinschaft betrachtet wird, die von einer christlichen Gewalt und einer christlichen Gesetzgebung regiert wird". Ohne den schreienden Widerspruch zwischen diesen letzten Worten und seiner einleitenden Erklärung zu bemerken, daß die Judenfrage keine religiöse oder Rassenfrage sei, verstieg sich Stöcker im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen zu immer größeren Ungereimtheiten, bis er schließlich auf der Stelle der Lüge überführt wurde. Als man ihm nämlich von links zurief: „Haben Sie die Petition unterschrieben?" beantwortete er diese Frage zunächst mit einem glatten „Nein", mußte aber nach dem Hinweis darauf, daß die Petition auch seine Unterschrift trage, zugeben, das ihn bloßstellende Dokument nachträglich mit unterzeichnet zu haben. Die Aussprache wurde abgebrochen, ohne daß das Abgeordnetenhaus irgend eine Resolution angenommen hätte, da angesichts der formellen Ausrede des Ministeriums nichts anderes übrig blieb, als die Überreichung der Petition an den Reichskanzler und dessen Bescheid abzuwarten. Der erfolgte Meinungsaustausch hatte immerhin sowohl über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zur Judenfrage als auch über die angebliche „Neutralität" der Regierung genügend Klarheit gebracht.

Im März 1881 wurde endlich die antisemitische Petition, mit rund 300 000 Unterschriften versehen, Bismarck übergeben, dem es jedoch ratsam schien, von jeder Rückäußerung abzusehen. Die Taktik des Schweigens mochte zwischen dem Reichskanzler und den Überbringern der Petition im vorhinein vereinbart worden sein. Und in der Tat, was hätte ihnen Bismarck antworten können? Etwa, daß ihren Forderungen „im Verwaltungswege" bereits seit langem praktisch Geltung verschafft worden sei und daß man auch künftighin an dieser Praxis festhalten wolle? Indessen hielt man es nicht für angebracht, derlei Wahrheiten offen auszusprechen, um nicht unliebsame Debatten im Parlament über die Verletzung der Verfassung heraufzubeschwören. Statt viel Worte zu machen, zogen es die preußischen Machthaber vor, zu handeln. Die Auguren des Antisemitismus innerhalb und außerhalb der Regierung hatten einander auf den ersten Blick verstanden und waren entschlossen, mit verteilten Rollen weiter

zu wirken: während die amtlichen Stellen bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Recht der Juden verkümmerten, entfalteten die nichtbeamteten Antisemiten völlig ungehemmt ihre hetzerische Propaganda. Die halbamtlichen Organe Bismarcks (die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die Wochenschrift „Grenzboten") machten übrigens aus ihrer Sympathie für den Antisemitismus keinen Hehl. So hieß es im Leiborgan des Reichskanzlers anläßlich der erwähnten Interpellationsdebatte, daß der Antisemitismus eines guten Kerns wohl nicht ganz bar sei, da er ja sonst von den Fortschrittlern nicht bekämpft worden wäre. Zugleich mit diesen protestierten gegen die antisemitischen Umtriebe auch die Sozialdemokraten, deren Partei ein Opfer der Bismarckschen Reaktion geworden war: am 11. April 1881 nahmen von zehntausenden Berliner Arbeitern besuchte Versammlungen eine scharfe Resolution gegen den Antisemitismus sowie gegen alle Ausnahmegesetze an.

Mittlerweile traten die unausbleiblichen Folgen der Hetzpropaganda in Erscheinung. In seiner schon zitierten Rede hatte Eugen Richter prophetisch ausgerufen: „Hüten Sie sich, in der zuchtlosen Volksmasse die wilden Leidenschaften zu erwecken. Erweckt die Bestie im Menschen nicht, denn sie wird dann vor nichts Halt machen!" Die Brandreden der Antisemiten, ihre marktschreierischen, verleumderischen Zeitungsartikel, insbesondere die von ihnen während der Reichstagswahlen entfaltete Agitation riefen in der Tat in den unaufgeklärten Schichten des Volkes das Bedürfnis wach, vom Wort zur Tat zu schreiten. Die ersten judenfeindlichen Exzesse spielten sich in den entlegeneren Ortschaften Brandenburgs und Pommerns, diesen urpreußischen Provinzen, ab. Am 18. Februar 1881 ging in der eine kleine jüdische Gemeinde beherbergenden Stadt *Neustettin* die dort neuerbaute Synagoge in Flammen auf. Einige Tage vorher hatte der berüchtigte antisemitische Wanderredner Henrici, derselbe, der wegen ungebührlichen Betragens in Berlin seines Lehreramtes enthoben worden war, die Neustettiner Bürgerschaft zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Juden aufgefordert; es lag daher die Vermutung nahe, daß die Synagoge von irgendeinem durch die Hetzpropaganda aufgestachelten Stadtbewohner in Brand gesteckt worden sei, was die eingeleitete Untersuchung auch voll bestätigte: der Täter war ein ortsansässiger Schmied, ein Trunkenbold und eingefleischter Judenfeind. Einige Monate später brach in demselben Neustettin eine förmliche

Judenhetze aus. Den Anlaß hierzu gab ein Konflikt zwischen dem jüdischen Herausgeber des Lokalblattes und einem antisemitischen Rechtsanwalt, über dessen dunkle Machenschaften das Blatt Enthüllungen veröffentlicht hatte. Der verärgerte Rechtsanwalt fiel nun auf offener Straße über den Zeitungsredakteur her und rief, als sich dieser zur Wehr setzte, die Passanten zu Hilfe. Bald rottete sich eine große Menge zusammen, die in den jüdischen Häusern und Läden die Fenster einwarf, die Einrichtung demolierte und sich zum Teil auch zu Plünderungen hinreißen ließ (19. Juli). Den Wüterichen fiel unter anderem auch die Redaktion des verhaßten „jüdischen", d. h. fortschrittlichen Blattes zum Opfer. Als die Unruhen tags darauf erneut zum Ausbruch kamen, wurden sie jedoch durch die zusammengezogenen Polizeimannschaften und Truppen unterdrückt. Bald kam es zu ähnlichen, von einer weitverzweigten Organisation im geheimen vorbereiteten Judenhetzen auch an anderen Orten Hinterpommerns und Westpreußens (Hammerstein, Konitz, Bublitz, Jastrow). Die Staatsregierung sah nunmehr ein, daß energische Maßnahmen geboten seien, und so erging aus Berlin der Befehl, die Unruhestifter und Hetzer vor Gericht zu stellen, die Abhaltung antisemitischer Versammlungen zu untersagen und keinerlei Ausschreitungen zu dulden. Dank dem Eingreifen der Zentralbehörden blieb die Seuche der Judenhetzen auf ihren Herd, die rückständigsten preußischen Provinzen, beschränkt, deren Bevölkerung sich wohl nicht zuletzt von den Nachrichten über die damalige Pogromwelle in Rußland hatte beeinflussen lassen. Die Ereignisse im Zarenreich mochten aber andererseits Bismarck und seinen Gesinnungsgenossen vor Augen geführt haben, in welche Barbarei eine nicht rechtzeitig eingedämmte antijüdische Massenbewegung auszuarten vermöge, und auf das Niveau seines östlichen Nachbarn wollte das auf seine Kultur so stolze Deutschland denn doch nicht herabsinken.

Gleichzeitig mit den geschilderten Ereignissen (im Sommer und Herbst 1881) kam es in Deutschland anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen zu einem erbitterten Kampf zwischen Konservativen und Liberalen. Zunächst hatten sich die Konservativen mit den Antisemiten auf die gemeinsame Parole geeinigt: „Nieder mit den Liberalen und Fortschrittlern! Wählet keine Juden!" Die ungeheuerliche Sprache, die die antisemitischen Kandidaten von dem Schlage eines Henrici in den Wählerversammlungen führten, ihre unverantwortliche

Demagogie und ihr Liebäugeln mit den proletarischen Massen stießen jedoch die Konservativen von ihren Verbündeten ab, zumal die von diesen angezettelten Ausschreitungen bei den Großagrariern die Befürchtung aufkommen ließen, daß die Unruhen von der Stadt auf das flache Land übergreifen könnten. Aus all diesen Gründen wie auch infolge von Unstimmigkeiten bei der Ernennung von Wahlkandidaten ging nun der Block der Konservativen und Antisemiten bald in die Brüche, und beide Parteien erlitten bei den Wahlen eine schwere Niederlage. Die Konservativen verloren viele Reichstagssitze an die Liberalen und Fortschrittlichen, deren Fraktionen nunmehr acht jüdische Abgeordnete angehörten (außer Lasker und Bamberger der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung" Leopold Sonnemann, der Nationalökonom Max Hirsch u. a.). Von den antisemitischen Wahlkandidaten kam lediglich Stöcker zu einem Mandat. Von den Wahlergebnissen aufs schwerste enttäuscht und dadurch zu der Überzeugung gelangt, daß die Antisemiten im Kampfe gegen den Liberalismus und Sozialismus eine wenig verläßliche Stütze seien, zögerte Bismarck nicht, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Fortan waren alle Bemühungen der Antisemiten darauf gerichtet, ihre Positionen außerhalb des Parlaments auszubauen und in erster Linie eine internationale Organisation zur Bekämpfung des Judentums zu schaffen.

§ 4. Die Kongresse der Antisemiten und das Erstarken ihrer Organisation (1882—1890)

Im September 1882 trat in Dresden ein „internationaler" Antisemiten-Kongreß zusammen, auf dem jedoch, von einigen Gästen aus Rußland abgesehen, nur zwei Staaten, Deutschland und Österreich-Ungarn, mit etwa 300 Delegierten vertreten waren. Besonders gefeiert wurden auf dem Kongreß die Häuptlinge der ungarischen Antisemiten, die um diese Zeit im Zusammenhang mit der Ritualmordaffäre von Tisza-Eszlar (unten, § 10) in ihrer Heimat eine judenfeindliche Schreckensherrschaft aufgerichtet hatten. Das Präsidium des Kongresses ließ im Sitzungssaal ein Bild des Opfers des angeblichen Ritualverbrechens anbringen, und unter diesem blutigen Wahrzeichen des Mittelalters berieten die würdigen Jünger des Capistranus (vgl. Band V, § 47) über neue Mittel und Wege zur Ausrottung des Judentums . . . Bei dem zu Ehren der Kongreßteilnehmer veranstal-

teten Festessen wurden unter anderem begeisterte Trinksprüche auch auf das Wohl des „geistigen Vaters des Antisemitismus", des Fürsten Bismarck ausgebracht. Die Tafelnden sangen im Chor ein Lied mit dem Kehrreim: „Bald, Germanen, sei es wieder deutsch im deutschen Vaterland!" Dem programmatischen Vortrag Stöckers lagen die folgenden Thesen zugrunde: 1. Es sei ein internationaler Verband zur Bekämpfung des überhandnehmenden Judentums zu gründen; 2. die jüdische Frage sei nicht nur als eine religiöse und Rassenfrage, sondern auch als eine kulturhistorische, wirtschaftliche und sittliche Angelegenheit zu betrachten; 3. ihren Einfluß verdankten die Juden der gewissenlosen Anhäufung von Kapital, das sie zur Untergrabung der christlichen sozialen Ordnung verwendeten; 4. da sie sich als eine besondere Nationalität betrachteten und ihrer Lebenshaltung nach eine Sonderkaste darstellten, könnten sie nie und nimmer zu einem organischen Bestandteil der christlichen Umwelt werden, wobei die Reformierten unter ihnen noch gefährlicher als die Altfrommen seien; 5. die Judenemanzipation widerspreche dem Wesen des christlichen Staates und sei als ein verhängnisvoller Fehlgriff zu betrachten; 6. die Juden seien gleichzeitig die Schrittmacher des Kapitalismus und des revolutionären Sozialismus und arbeiteten so von zwei Seiten her auf die Zerstörung der bestehenden Staatsordnung hin; 7. es sei daher geboten, den Christen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu einer Vormachtstellung im Wirtschaftsleben zu verhelfen; 8. die Voraussetzung des endgültigen Sieges über das Judentum sei aber der Triumph des christlichen und national-staatlichen Geistes auf sämtlichen Lebensgebieten.

Das von Stöcker entwickelte Programm ging indessen dem Extremisten Henrici nicht weit genug, und so erklärte dieser, daß die Judenfrage nur durch eine von Gesetzes wegen verfügte Vertreibung der jüdischen Landesbevölkerung gelöst werden könne: „Mögen sie — so rief er aus — von uns weggehen, wohin — geht uns nichts an". In der von ihm beantragten Resolution berief sich Henrici zur Begründung seiner ungeheuerlichen Anregung auf das „Staatsrecht". Der Missionar *Deleroi* machte seinerseits den Vorschlag, die Juden in das damals unter englische Schutzherrschaft gekommene Ägypten zu befördern. Stöcker war jedoch kein Freund der scharfen Tonart: die Judenfrage, meinte er, müsse in christlichem Geiste schrittweise der Lösung näher gebracht werden, und es wäre unbesonnen, das End-

ziel, das Verschwinden des Judentums, mit einem Schlage erreichen zu wollen. „Auch dürfen wir nicht vergessen — sagte er — daß die antisemitische Partei zur Zeit noch schwach ist, und würde man zur Abstimmung stellen, wer ausgewiesen werden soll: die Semiten oder die Antisemiten, so würde das Ergebnis kaum zugunsten der Antisemiten ausfallen". Nach Abschluß der Debatten wurden denn auch die von Stöcker in Vorschlag gebrachten Thesen mit geringfügigen Abänderungen angenommen.

Zu den tonangebenden Kongreßteilnehmern gehörte auch der Führer der ungarischen Antisemiten, der Abgeordnete *Istoczy*, der der Versammlung den Entwurf eines „Manifestes an die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten" vorlegte. Das „Manifest" forderte dazu auf, der jüdischen Gefahr allenthalben: in den parlamentarischen und kommunalen Körperschaften, in der Presse sowie in Volksversammlungen kraftvoll entgegenzutreten und in jedem Lande ohne Säumen zur Gründung antijüdischer Abwehrbünde zu schreiten; darüber hinaus täte es not, die Wühlarbeit der jüdischen Internationale, der Pariser „Alliance Israélite Universelle", lahmzulegen und dieser einen christlichen Weltbund, eine „Alliance Chrétienne Universelle", entgegenzusetzen. Nachdem der Aufruf von den Kongreßmitgliedern einstimmig gutgeheißen worden war, wurde beschlossen, seinen Wortlaut als Inserat in dem „Weltblatt des Judentums", den „Times", zu veröffentlichen, die damals die Pogrompolitik der russischen Regierung entlarvt und sich dadurch den Haß der Antisemiten aller Länder zugezogen hatten.

Als politische Partei organisiert, mußten die Antisemiten darauf bedacht sein, sich von der parlamentarischen Tribüne herab Gehör zu verschaffen. Das allgemeine Reichstagswahlrecht einerseits und das in Preußen geltende Dreiklassenwahlsystem andererseits boten ihnen allerdings wesentlich ungleiche Chancen. Aus den Reichstagswahlen von 1884 gingen erneut die Liberalen und Demokraten als Sieger hervor, wobei auch fünf Juden Mandate erhielten, während die Antisemiten im neuen Reichstag nur durch zwei Abgeordnete vertreten waren, von denen der eine der unvermeidliche Stöcker war. Die im folgenden Jahre durchgeführten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus brachten hingegen den antisemitisch angehauchten Konservativen sowie den mit ihnen zusammengehenden, dem fortschrittlichen Liberalismus längst untreu gewordenen Nationalliberalen den Sieg, und

so zählte der neu zusammengetretene Landtag unter seinen Mitgliedern nur einen einzigen, der fortschrittlichen Partei angehörenden Juden. Um ihre Wahlaussichten nicht zu verringern, waren nämlich selbst die Fortschrittler dahin übereingekommen, jüdische Kandidaten nur ganz ausnahmsweise zu präsentieren. Die einzige Partei in Deutschland, die keine Bedenken trug, jüdische Wahlkandidaten aufzustellen, von denen einige Sitz und Stimme auch im Reichstag erhielten (Paul Singer u. a.), war die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die jüdischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten vermieden es übrigens, sich für ihre Stammesgenossen einzusetzen, und zogen es vor, sich hinter dem Rücken ihrer christlichen Fraktionsgenossen verborgen zu halten: noch immer war für sie die falsche Taktik Laskers maßgebend, der sich, soweit jüdische Angelegenheiten in Frage kamen, in Schweigen zu hüllen pflegte, um nicht den Vorwurf der Voreingenommenheit aufkommen zu lassen (Band IX, § 36). Am unentwegtesten hielt an diesem sonderbaren Leitprinzip der Freund Laskers, der einflußreiche Führer der Linksliberalen, Ludwig Bamberger, fest, und zwar auch nachdem er im Jahre 1884 der damals neugegründeten „Freisinnigen Partei" beigetreten war.

Es entsprach der deutschen Gründlichkeit, daß bald erneut der Versuch unternommen wurde, den zur Modeerscheinung gewordenen Antisemitismus theoretisch zu unterbauen. Im Jahre 1885 ließ nämlich der Schöpfer der „Philosophie des Unbewußten", *Eduard von Hartmann*, die Abhandlung „Das Judentum in Gegenwart und Zukunft" erscheinen, die sich zwar durch ihren wissenschaftlichen Ton von der leidenschaftlichen Schmähschrift Dührings in vorteilhafter Weise unterschied, jedoch gleich dieser im Banne der sozialen Vorurteile der Zeit stand. Der Philosoph, dessen Aufgabe es sein sollte, die geistige Krankheit seines Zeitalters zu diagnostizieren, war ihr ja bis zu einem gewissen Grade selber verfallen. Obwohl Hartmann die „Stammessolidarität" der Weltjudenheit als eine natürliche Erscheinung galt, schien sie ihm für die nichtjüdische Umwelt abträglich zu sein, weshalb er auch nicht anstand, die Juden aufzufordern, sich von ihrer „nationalen Beschränktheit" und den damit zusammenhängenden religiösen Lehren ebenso loszusagen, wie sie sich von ihren antiquierten Gebräuchen losgesagt hätten. Zur Rechtfertigung dieses grausamen, auf die Unterdrückung der „natürlichen Gefühle" einer Volksindividualität hinauslaufenden Ansinnens verwies Hartmann darauf,

daß sich die anderen Völker mit der für das Judentum bezeichnenden „Verheißung der Weltherrschaft" unmöglich abfinden könnten. Unter Zugrundelegung des ausgeklügelten Unterschiedes zwischen „Nationalgefühl" und „Stammesgefühl" verlangte er ferner von den deutschen Juden, daß sie ihr Stammesgefühl um des deutschen Nationalstaates willen preisgeben sollten: „Ein Nationalstaat — meinte er — welcher ethnologisch und religiös fremdartigen Bestandteilen die volle Gleichberechtigung verleiht, kann dies nur unter der Voraussetzung tun, daß diese Bestandteile ihm zum Danke ein volles und ganzes Herz darbringen". Dies setze aber bei weitem mehr voraus als nur ein vages, den Einzelnen an Boden und Landschaft bindendes „Heimatgefühl" und auch mehr als einen abstrakten Patriotismus, aus dem heraus man seinem Vaterland größtmögliches Gedeihen wünsche und bereit sei, ihm im Kriegsfalle Gut und Blut zu opfern; worauf es ankomme, sei vielmehr ein Nationalgefühl, unter dessen unumschränkter Herrschaft man die Kulturideale seiner Nation mit Liebe und Begeisterung als die heiligsten geistigen Güter hege. Nun sei das Judentum noch garnicht in der Lage, den umgebenden Völkern sein „volles Herz" darzubringen, da das in den Juden fortwirkende Gefühl der Stammessolidarität ihren national-staatlichen Gefühlen stets die Wage halte. Sei doch das Judentum, wie Hartmann unter dem üblichen Hinweis auf die „Alliance Israélite" betonte, ein Zweig des internationalen Freimaurertums. Die jüdischen Wortführer, denen es um das Wohl ihrer Stammesgenossen zu tun sei, sollten daher diesen die völlige Auflösung unter den ihnen Zuflucht gewährenden „Wirtsvölkern" predigen. — So klangen denn auch die Ausführungen Hartmanns in den an die Barbaren der Vorzeit gemahnenden Kampfruf aus: Vae victis! Er zweifelte eben nicht daran, daß die herrschende Nation in ihrem völkischen Egoismus berechtigt sei, von den nationalen Minderheiten die Unterdrückung ihres natürlichen „Stammesgefühls", d. h. ihrer jeweiligen Volksindividualität, zu fordern. Auch hatte es der Philosoph — gleich Treitschke — nicht unterlassen, den Juden in Erinnerung zu rufen, daß ihnen das Bürgerrecht nur unter der Bedingung des Verzichts auf ihre Nationalität verliehen worden sei und daß daher die Nichterfüllung dieser Bedingung den Schenkungsvertrag anfechtbar mache.

In wie weitgehendem Maße die Ansichten Hartmanns von anderen deutschen Denkern jener Zeit geteilt wurden, ergab eine da-

mals veranstaltete literarische Umfrage. Im Jahre 1884 veröffentlichte nämlich der österreichisch-jüdische Publizist Isidor Singer eine Schrift unter dem Titel: „Sollen die Juden Christen werden?" und versandte sie an eine Reihe hervorragender Männer mit der Bitte, zum Problem des Antisemitismus Stellung zu nehmen. Die Befragten, deren Antworten in einer „Briefe berühmter christlicher Zeitgenossen über die Judenfrage" betitelten Sonderschrift veröffentlicht wurden (Wien 1885), sprachen sich in der Mehrzahl gegen den Antisemitismus aus. Die Naturforscher Moleschott, Büchner, Karl Vogt und Dubois-Reymond kennzeichneten die antisemitische Bewegung als das Resultat eines rücksichtslosen Egoismus, als eine Folgeerscheinung des sich verschärfenden Kampfes ums Dasein und der damit verbundenen wirtschaftlichen Mißgunst. Hierbei gab Vogt dem von ihm schon früher verfochtenen Gedanken Ausdruck: „Der Schwerpunkt der Judenfrage liegt nicht im religiösen Gebiete, sondern in dem instinktiven Hasse der Unbefähigten gegen die Befähigten, der Armen gegen die Reichen, der Behäbigen gegen die Rührigen". Indessen fehlte es selbst in vielen an sich für das Judentum günstigen Rückäußerungen nicht an Vorbehalten, die sich sehr wohl mit den Ansichten eines Hartmann vertrugen. Am bezeichnendsten war in dieser Hinsicht die Antwort des populären Kulturhistorikers Johannes Scherr. Indem er als Freidenker die religiöse Grundlage der Judenfrage in Abrede stellte, betonte er mit umso größerem Nachdruck ihre nationale Seite: „Wenn die Juden schlechterdings eine eigene Nation sein und bleiben wollen — meinte er — so ist das ihr Recht. Aber nicht minder ist es das Recht der anderen Nationen, den Juden zu sagen: Jüdische Nation, schaff dir auch einen eigenen Nationalstaat, sei es in Palästina oder wo immer. Ein Nationaljude und ein Nationaldeutscher zugleich zu sein, nämlich in Wahrheit und mit Überzeugung, das ist ein Ding der Unmöglichkeit". Die gleiche Gesinnung sprach aus manch anderer Antwort, so aus der des Schriftstellers v. Amyntor: „Solange der Jude eine Nation innerhalb einer anderen Nation bilden will, wird der Antisemitismus nicht entwaffnet werden". All diese Männer wollten es nicht wahr haben, daß die deutschen Juden in ihrer Mehrheit der bei der Emanzipation eingegangenen Verpflichtung längst nachgekommen waren und sich mit Feuereifer der Assimilation verschrieben hatten, daß sie aber desungeachtet gerade mitten im Germanisierungsprozeß auf schärfstes Mißtrauen gestoßen waren. Die

Naturforscher zeigten sich einsichtsvoller als die Soziologen: der Antisemitismus hatte in der Tat seinen Nährboden weniger in der Region des Geistes und der edlen Gefühle als in dem Bereiche niedriger Instinkte. Er bedeutete einen Sturmangriff des nationalen Egoismus der Starken gegen den nationalen Individualismus der Schwachen, einen Kampf der Macht wider das Recht.

Einen Augenblick konnte es scheinen, daß der Antisemitismus auf die ihm ein Jahrzehnt lang von oben her im geheimen erwiesene Unterstützung nicht mehr rechnen könne. Nach dem Tode Wilhelms I. kam der einzige liberale Vertreter der Hohenzollern-Dynastie Friedrich III. auf den Thron, doch sollte die Regierungszeit des schwerkranken Kaisers nur wenig mehr als drei Monate dauern (vom März bis Juni 1888). In dieser kurzen Zeitspanne war Friedrich III. bereits daran gegangen, das preußische Staatsministerium von den reaktionären Elementen zu säubern, wie er auch im Begriffe war, den Hofprediger Stöcker zu entlassen. Die deutschen Juden hatten Grund zu der Hoffnung, daß der Mann, der als Kronprinz den Antisemitismus die „Schmach des Jahrhunderts" genannt hatte, ihm auf dem Throne wirksam entgegentreten werde. Die Geschichte Deutschlands hätte in der Tat einen ganz anderen Lauf nehmen können, wäre diesem friedliebenden, konstitutionellen Monarchen ein längeres Leben beschieden gewesen; das Schicksal fügte es jedoch, daß ihm in der Regierung bald sein Sohn Wilhelm II. folgte, der alle Fehler des imperialistischen Deutschland in sich verkörperte. Seinem Naturell nach für den Absolutismus und Militarismus prädisponiert[1]), schien der engherzige Junker auf dem Throne den Antisemiten die Erfüllung ihrer kühnsten Träume zu verheißen. Zunächst sollten sie allerdings eine Enttäuschung erleben: wie der Brauch es gebot, versicherte der neue Monarch in Erwiderung der ihm dargebrachten Huldigungen, daß das Prinzip der Gleichheit der Bürger für ihn unantastbar sei. Gleichwohl rührte Wilhelm II. keinen Finger, um die Willkür der Behörden, die sich über die Gleichberechtigung der Juden de facto hin-

[1]) Im Jahre 1891 trug dieser „konstitutionelle" Monarch in das Goldene Buch des Münchener Rathauses den verwitterten Wahlspruch der Despoten ein: „Suprema lex regis voluntas", wodurch er seine Mutter, die eine Tochter der Königin Viktoria von England war, aufs tiefste verstimmte (vgl. die 1928 publizierten „Briefe der Kaiserin Friedrich"). Nach seiner 1918 erfolgten Flucht nach Holland stand der Exkaiser nicht an, sich in aller Offenheit zu einem extremen Antisemitismus zu bekennen.

wegsetzten, Einhalt zu gebieten. Die reaktionären Mitglieder der Regierung blieben in ihren Ämtern oder wurden durch Gleichgesinnte ersetzt, und die gegen alle freiheitlichen Bestrebungen wütenden Polizei- und Zensurbehörden nahmen an der Propaganda des wüstesten Antisemitismus nicht den geringsten Anstoß.

Im Jahre 1889 wurde in Bochum ein „Antisemitentag" abgehalten, auf dem sich die radikaleren, mit der gemäßigten Taktik Stöckers unzufriedenen Elemente der Partei eingefunden hatten. Das große Wort führten in dieser Versammlung der antisemitische Agitator Liebermann von Sonnenberg und der Reichstagsabgeordnete Otto Böckel, der Begründer der „Antisemitischen Volkspartei" in Hessen. In seinen Reden und Flugschriften („Die europäische Judengefahr", 1887; „Die Quintessenz der Judenfrage", 1887; „Juden, die Könige unserer Zeit", 1892) wetterte Böckel gegen die rechtsgerichteten, sich auf den Landadel stützenden Antisemiten und verlangte, daß der Antisemitismus zu einer selbständigen, die Interessen des Kleinbürgertums, vor allem aber der Bauernschaft vertretenden Partei ausgebaut werde. (Diese Propaganda trug Böckel den Spitznamen „Bauernkönig" ein.) Die Bochumer Tagung kam nun zu dem Beschluß, daß der Antisemitismus nicht nur seinen nationalen, sondern auch seinen sozialen Charakter betonen müsse, und taufte dementsprechend den judenfeindlichen Bund auf den neuen Namen „Deutsch-Soziale Partei". Gleichzeitig wurde auch das Programm der umbenannten Partei abgeändert, und zwar in radikalerem Geiste: die Forderungen, die es nunmehr enthielt, gingen dahin, daß den Juden das Recht abzuerkennen sei, in die Parlamente und selbst in die kommunalen Körperschaften und Handelskammern gewählt zu werden, daß sie weder zu Staats- noch zu Kommunalämtern Zutritt haben und als Richter, Rechtsanwälte, Ärzte und Techniker ausschließlich von ihren Stammesgenossen in Anspruch genommen werden sollten. Ein weiterer Programmpunkt verlangte, daß die Juden, als wären sie Ausländer, vom persönlichen Militärdienst befreit und statt dessen zur Leistung einer speziellen Kopfsteuer verpflichtet werden sollten. In einer besonderen Entschließung wurde die Regierung aufgefordert, den Talmud durch Sachverständige auf „staatsgefährliche" Stellen hin untersuchen zu lassen. Darüber hinaus erklärte die Bochumer Tagung, daß sämtliche noch nicht naturalisierte Juden aus Deutschland unverzüglich ausgewiesen und daß gegen die jüdische Einwanderung aus Rußland

schärfste Maßnahmen ergriffen werden sollten. Die letzte Forderung deckte sich übrigens inhaltlich mit der schon beiläufig erwähnten grausamen Praxis der preußischen Regierung, die 1887 die Ausweisung von Hunderten aus Rußland stammender jüdischer Familien verfügt hatte und auch in der Folgezeit die jüdischen Einwanderer aus dem Osten erbarmungslos über die Grenze zurücktreiben ließ. — Die von den „radikalen" Antisemiten erhobenen Forderungen fanden in gewissen, an deren Erfüllung unmittelbar interessierten Kreisen der ländlichen und städtischen Bevölkerung lebhaften Anklang, und der gemäßigtere Anhang Stöckers geriet ins Hintertreffen. Dieser selbst hatte damals seinen Einfluß bei Hofe bereits eingebüßt und war auch seines Hofpredigeramtes enthoben worden. Bei den Reichstagswahlen von 1890 erzielten die Vertreter des extremen Antisemitismus bedeutende Erfolge: fünf ihrer Vertrauensmänner, darunter Liebermann und Böckel, zogen in das Parlament des Deutschen Reiches ein.

Die deutsche Judenheit aber suchte die bösen Geister des Antisemitismus durch fromme Beschwörungsformeln zu bannen. Eine 1884 in Berlin zusammentretende Rabbinerkonferenz veröffentlichte eine Erklärung, in der sie die Sittenlehre des von den Antisemiten verunglimpften Judentums in Schutz nehmen zu müssen glaubte. Hundertundzwanzig Rabbiner taten „im Namen des einzigen Gottes" feierlichst kund, daß den Grundgehalt des Judentums das Gebot der Nächstenliebe, und zwar auch der Liebe zum Fremdling und Andersgläubigen, mithin die weitestgehende Toleranz, bilde, wie dies aus den selbst den Antisemiten nicht unbekannten Bibelstellen hervorgehe, und daß die im nachbiblischen religiösen Schrifttum anzutreffenden, den erwähnten Grundgeboten zuwiderlaufenden Sentenzen lediglich als jeder bindenden Kraft entbehrende Privatansichten aufzufassen seien. Auf den gleichen apologetischen Ton waren die vom „Deutsch-israelitischen Gemeindebund" 1889 veröffentlichten „Grundsätze der jüdischen Sittenlehre" gestimmt, die, wie ein naiver jüdischer Historiker zu berichten weiß, „allerorten einen vortrefflichen Eindruck" gemacht hätten — wohl nur auf die Juden selbst, die sich dem Wahne hingaben, den Teufel durch Weihrauch ausräuchern zu können.

Bei all ihrer Anspruchslosigkeit auf national-politischem Gebiete zeigten sich die jüdischen Gemeinden überaus empfindlich, sobald ein Anschlag auf die religiösen Bräuche unternommen wurde. Im

Jahre 1886 machten nämlich die Antisemiten den Versuch, den Juden mit einem neu ausgeheckten Mittel zu Leibe zu rücken; dem Reichstag ging eine Petition zu, in der verschiedene „Tierschutzvereine" darum ansuchten, daß die jüdische „Schechita", das Viehschlachten ohne vorherige Betäubung, als Tierquälerei untersagt werde. Angesichts der religiösen Bedeutung des sich auf uralte Tierkunde gründenden und unabänderlichen „Schechita"-Ritus wäre die Durchführung der von der Petition angeregten Maßnahme für die gesetzestreuen Juden mit einem Verbot des Fleischgenusses gleichbedeutend gewesen. So bestürmten denn die jüdischen Gemeinden den Reichstag mit Gegenpetitionen und unterbreiteten ihm hundertundfünfzig Gutachten christlicher Sachverständiger, Physiologen und Tierärzte, in denen darauf hingewiesen wurde, daß das regelrechte Schächten den Tieren keine größeren Qualen bereite als die sonst üblichen Methoden des Viehschlachtens, und daß das Fleisch der geschächteten Tiere sich besonders lange konservieren lasse. Im Jahre 1887 wurde nun diese Frage im Reichstag im Zusammenhang mit der auf der Tagesordnung stehenden Abänderung der allgemeinen Schlachthausordnung einer Erörterung unterzogen. Der bekannte Führer des katholischen Zentrums Windthorst trat hierbei der judenfeindlichen Anregung mit der Erklärung entgegen: „Um eines angeblichen Tierschutzes willen darf das religiöse Gewissen von Menschen nicht vergewaltigt werden". Die Frage wurde denn auch im Sinne des Menschenschutzes entschieden: in das allgemeine Schlachthausgesetz wurde die Klausel aufgenommen, daß die vorgeschriebene Ordnung unter größtmöglicher Rücksichtnahme auf die religiösen Gebräuche durchzuführen sei. Da jedoch dieses Gesetz die endgültige Regelung des Schlachthauswesens den einzelnen Ländern überließ, so ruhten die Antisemiten in Sachsen nicht, bis sie in ihrer Heimat das Verbot der „Schechita" durchgesetzt hatten (1892). Die dortigen gesetzestreuen Juden hätten somit unfreiwillige Vegetarier werden müssen, wenn ihnen nicht die Möglichkeit offengestanden hätte, koscheres Fleisch aus den benachbarten, jenseits der sächsischen Grenze gelegenen Orten zu beziehen.

Wie die Dinge damals lagen, konnte es auch nicht ohne den Versuch abgehen, die in Deutschland längst in Vergessenheit geratene Ritualmordlüge zu neuem Leben zu erwecken. Im Jahre 1884 wurde in dem pommerschen Dorfe Skurz, in derselben preußischen Provinz,

in der es drei Jahre früher zu Judenhetzen gekommen war, aus dem Fluß in der Nähe der Brücke ein vierzehnjähriger christlicher Knabe, der Sohn des Schneidermeisters Cybulla, mit säuberlich durchschnittenen Gelenkbändern als blutentleerte Leiche geborgen. Die ortsansässigen Judenfeinde mit dem katholischen Schlächter Behrent an der Spitze erklärten nun auf der Stelle, unter Hinweis auf den scheußlichen Befund, daß ein von jüdischer Hand verübtes „Ritualverbrechen" vorliege. Ein feiler Tagelöhner gab sich zu der Aussage her, daß er an dem Tage, an dem der umgekommene Knabe verschwunden war, in der Nähe der Brücke den jüdischen Pferdehändler Josephson gesehen habe. Daraufhin wurde dieser verhaftet, und zugleich erging ein Haftbefehl gegen zwei weitere Juden, gegen den dreiundsiebzigjährigen Kaufmann Voß sowie gegen dessen Sohn, in deren Haus ein Topf mit Blut gefunden worden war. Die in Berlin vorgenommene chemische Untersuchung des Blutes ergab jedoch, daß es Ochsenblut war. Die Vermutung lag nunmehr nahe, daß die Anklage auf böswilliger Verleumdung beruhe, und so entsandte der Justizminister im Einvernehmen mit dem Innenminister nach Skurz einen Kriminalkommissar mit dem Auftrag, der Sache auf den Grund zu gehen. Bald war das um Unschuldige gesponnene Lügengewebe in Fetzen gerissen. Der mit der Untersuchung betraute Kommissar stellte fest, daß der Schlächter Behrent verschiedenen Personen Geld angeboten hatte, um sie zu falschen Aussagen gegen die Juden zu bewegen; auch der Josephson belastende Landarbeiter gestand bei einer neuerlichen Vernehmung, daß er an dem angegebenen Tage in der Nähe des Fundortes nicht den jüdischen Pferdehändler, sondern Behrent gesehen habe. Mit Rücksicht auf diese schwerwiegenden Indizien wurde gegen Behrent gerichtliche Anklage erhoben. Die Sache kam vor das Danziger Schwurgericht, das sich aus sechs Katholiken und sechs Protestanten zusammensetzte. In der gerichtlichen Verhandlung stellte sich heraus, daß der angeklagte Behrent ein eingefleischter Antisemit war und es darauf abgesehen hatte, die Juden aus seinem Heimatdorfe um jeden Preis zu verdrängen. An seiner Täterschaft konnten kaum noch Zweifel bestehen, doch widerrief der Tagelöhner, auf dessen Angaben sich die Anklage stützte, im letzten Augenblick aufs neue seine Aussage, indem er erklärte, dessen nicht mehr sicher zu sein, daß der mutmaßliche Täter mit Behrent identisch sei. Als die Geschworenen zur Abstimmung schritten, wurde die Schuldfrage

von den sechs Protestanten bejaht, von den sechs Katholiken aber verneint, was nicht weiter wundernehmen kann, wenn man bedenkt, daß der Angeklagte selbst katholisch war und daß die Katholiken überhaupt viel mehr als die Protestanten zu mittelalterlichem Aberglauben neigten. Auf Grund der von der Strafprozeßordnung für den Fall der Stimmengleichheit festgesetzten Norm mußte Behrent vom Gericht freigesprochen werden (1885). Sobald der notorische Verbrecher die Freiheit wiedererlangt hatte, beeilte er sich, das Weite zu suchen, und wanderte nach Amerika aus.

§ 5. *Der parlamentarische Antisemitismus und die Abwehrvereine (1891—1900)*

Die in Deutschland unaufhörlich steigende Flut der sozialen Reaktion sollte im letzten Jahrzehnt des XIX. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichen. Die Entlassung Bismarcks hatte an dem von diesem eingeführten und nun von Wilhelm II. aufs treueste beschirmten „Eisen und Blut"-Regime nichts geändert. Die Heiligtümer des neuen Kaisers waren der „deutsche Gott", die deutsche Armee, vor allem aber seine eigene, von ihm in öffentlichen Ansprachen wiederholt erwähnte Mission des Monarchen „von Gottes Gnaden"; seine Minister suchte er sich in den Kreisen der Junker, den liberalen Reichstag behandelte er von oben herab und nur der konservative preußische Landtag durfte auf seine Huld rechnen. Allein auch in dem aus demokratischen Wahlen hervorgehenden Reichstag war die Mehrheit keineswegs demokratisch. Die Nationalliberalen gingen nämlich im Reichstag häufig mit den Konservativen zusammen, um allen reformfreundlichen Bestrebungen mit vereinten Kräften einen mächtigen Damm entgegenzusetzen; zwischen diesen Vertretern der Feudalpartei und des Großbürgertums auf der einen und der Sozialdemokratie auf der anderen Seite stand die kleine Fraktion der Intellektuellen, der Fortschrittlichen und Freisinnigen, die jedoch den Aufgaben der parlamentarischen Opposition nur mit Unterstützung des katholischen Zentrums gerecht werden konnte. Was aber die Antisemiten anbelangt, so mißbrauchten sie die Parlamentstribüne für die skrupelloseste Demagogie. Sie waren es, die den Hauptstoff für die parlamentarische Skandalchronik jener Zeit lieferten, und keine Reichstagsfraktion war so reich an Helden von Strafprozessen wie die der

Antisemiten. Nach den Wahlen von 1893, bei denen die Antisemiten im ganzen Lande eine fieberhafte Agitation entfaltet und rund eine Viertelmillion Wählerstimmen auf ihre Kandidaten vereinigt hatten, stieg die Zahl ihrer Vertreter im Reichstag mit einem Schlage von fünf auf sechzehn an.

Zusammen mit den neugewählten Helden der Straße drang in das Parlament wüster Straßenlärm. Ein typischer Vertreter des damaligen Radauantisemitismus war der Abgeordnete *Ahlwardt,* Rektor einer Berliner Volksschule. Seinen Ruf als Antisemit begründete er durch die Veröffentlichung der Schrift: „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Semitentum" (1890). Der unzweideutige Appell an die „arische Faust", der Aufruf zu Gewalttaten und Selbstjustiz veranlaßte die preußische Polizei, die Broschüre zu konfiszieren. Gleichzeitig wurde Ahlwardt wegen Unterschlagung von Schulgeldern auf Verfügung des Berliner Schulkollegiums des Rektoramtes enthoben. Der Ausgestoßene rächte sich an den Mitgliedern des Schulkollegiums dadurch, daß er diese in einer „Judentaktik" betitelten Flugschrift mit Schmähungen überhäufte, was ihm eine mehrmonatige Gefängnisstrafe einbrachte. Aber auch das gegen ihn ergangene Gerichtsurteil vermochte dem Pasquillanteneifer Ahlwardts keinen Dämpfer aufzusetzen. Er veröffentlichte eine Schmähschrift gegen den Berliner Bankier Bleichröder, der dem Deutschen Reiche wichtige finanzielle Dienste geleistet hatte, und wagte hierbei einen Seitenhieb gegen den Reichskanzler Caprivi. Bald darauf erschien die Broschüre „Judenflinten", in der Ahlwardt gegen den jüdischen Reichstagsabgeordneten und Waffenfabrikanten Ludwig Loewe die Beschuldigung erhob, im Einvernehmen mit dem Pariser „Jüdischen Weltbund" dem preußischen Kriegsministerium minderwertige Gewehre geliefert zu haben, in der Absicht, den französischen Waffen im Falle eines kriegerischen Konflikts mit Deutschland den Sieg zu sichern. Die von Amts wegen angeordnete Untersuchung ergab, daß die erhobenen Beschuldigungen jeder Grundlage entbehrten, und so wurde der Verleumder erneut zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (Ende 1892). Mitten in dieser Verleumdungskampagne wurde Ahlwardt von den Antisemiten in den Reichstag gewählt, und der mit dem Strafgesetz auf Kriegsfuß stehende Hetzer konnte fortan seine Wühlarbeit unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität unbehindert fortsetzen. Seinen Reichstagssitz verdankte Ahlwardt ge-

meinster Demagogie: während der Wahlen hatte er sich nämlich als Freund der werktätigen Massen aufgespielt und sich für die Einziehung des Vermögens der Besitzenden zugunsten der Besitzlosen eingesetzt. Da er auch im Parlament an dieser Taktik festhielt und das Judentum als einen Exponenten des Kapitalismus bekämpfte, verscherzte er sich rasch die Sympathien der Konservativen und wurde sodann seines anstößigen Benehmens wegen selbst aus der antisemitischen Fraktion ausgeschlossen, so daß er schließlich nur noch zu den „Wilden" gehörte. Gleichwohl erfreute sich Ahlwardt bei der Hefe des Volkes nach wie vor großer Volkstümlichkeit.

Die Wogen des den Gebildeten wie der Straße imponierenden Antisemitismus gingen immer höher. Schon stand die in den antisemitischen akademischen Verbindungen der achtziger Jahre großgezüchtete Generation, der Schule entwachsen, mitten im Getriebe des Lebens. Was die Burschen einst beim Kommers gelobt hatten, hielten sie auch als reife Männer hoch und heilig. Mittlerweile wuchs eine neue Generation von Akademikern heran, die teils von den Idealen des wilhelminischen Deutschtums durchdrungen waren, teils in Anlehnung an den zumeist gründlich mißverstandenen Nietzsche den „Willen zur Macht" und die „blonde Bestie" anbeteten. Diese studierende Jugend blickte mit Verachtung auf die Idealisten vom alten Schlage herab, demonstrierte gegen den anläßlich seines siebzigsten Geburtstags öffentlich gefeierten Menschenfreund Virchow und forderte stürmisch die Exmatrikulation der jüdischen Studenten aus Rußland, die der Zarismus in die deutschen Hochschulen getrieben hatte. Aber selbst die aus Deutschland stammenden jüdischen Akademiker, zuweilen sogar die getauften unter ihnen, hatten in der Regel keinen Zutritt zu den „nationalen" Verbindungen und Turnvereinen. Zu Staatsbeamten, Richtern und Politikern geworden, hielten nun die Mitglieder dieser Verbindungen an der Verfemung der Juden unentwegt fest. So wurden die Juden vielerorts gesetzwidrigerweise nicht in die Schöffen- und Geschworenenlisten eingetragen. Jüdische Einjährige wurden nur äußerst selten zu Reserveoffizieren befördert: den preußischen Junkern schien die Aufnahme eines Juden in den „edlen" Stand der Offiziere eine Ungeheuerlichkeit zu sein. Am rührigsten zeigten sich aber begreiflicherweise die Vertreter des Handels. Vor den Feiertagen verteilte man auf den Straßen Handzettel mit der Aufforderung: „Kauft nicht bei Juden!" Viele Gasthofbesitzer gaben be-

kannt, daß ihnen jüdische Gäste unerwünscht seien, um ihre „judenreinen" Häuser für die Anhänger treudeutscher Art besonders anziehend zu machen. Zugleich nahm auch die literarische Propaganda immer größere Dimensionen an: der von Theodor Fritsch verfaßte „Antisemiten-Katechismus" fand in Zehntausenden von Exemplaren Verbreitung und pflanzte in unzählige Herzen die Dogmen des Menschenhasses ein.

In dieser von den Miasmen des Mittelalters verpesteten Luft sollte der Blutaberglaube neue Blüten treiben. In dem rheinischen Städtchen Xanten wurde im Juli 1891 der fünfjährige Sohn eines katholischen Tischlers mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Sogleich kam das Gerücht in Umlauf, daß der Mord zu religiösen Zwecken verübt worden sei, und zwar von dem ortsansässigen „Schochet" und Fleischhändler Buschhof, der denn auch verhaftet wurde, wiewohl er den besten Ruf genoß und unter der christlichen Bevölkerung viele Freunde zählte. Das Ermittlungsverfahren ergab jedoch, daß der Bezichtigte mit der Sache nichts zu tun hatte, und so wurde er wieder enthaftet. Nun schlugen die Antisemiten in ihrer Parteipresse und in ihren Versammlungen großen Alarm. In geharnischten Resolutionen wurde der Justizminister aufgefordert, die Wiederaufnahme der Untersuchung anzuordnen. Das Kesseltreiben veranlaßte den fortschrittlichen Abgeordneten Rickert, den alterprobten Verteidiger der Juden, im Reichstag Protest zu erheben (Februar 1892). Er sprach seine Entrüstung darüber aus, daß die Antisemiten die gerichtliche Untersuchung zu beeinflussen suchten, berichtete über ihre Versuche, in Xanten und an anderen Orten Judenhetzen anzuzetteln, und verlangte, daß dem verbrecherischen Treiben ein Ende gemacht werde. Dem Führer der Freisinnigen trat mit längeren Ausführungen, die ein Musterbeispiel jesuitischer Doppelzüngigkeit darstellten, der „Vater des Antisemitismus" Stöcker entgegen: „Ich kann mir nicht vorstellen — sagte er — daß der jüdische Religionskultus die Ermordung von Menschen, den Gebrauch des Blutes zu irgend einem Zwecke verlangt. Aber der Streit dreht sich mehr um Worte. Wird doch keiner, der die Geschichte kennt, leugnen, daß Christen, insbesondere Kinder, Jahrhunderte lang durch die Hand von Juden aus Aberglauben oder Fanatismus umkamen". So glaubte Stöcker annehmen zu können, daß die Juden Christenblut zwar nicht in Befolgung ihres Gesetzes, wohl aber aus Aberglauben gebrauchten, und erklärte sich be-

reit, den Ausdruck „Ritualmord" fallen zu lassen, wenn nur die Möglichkeit des damit bezeichneten Delikts nicht abgestritten würde. Seine Rede klang in die herausfordernden, an Rickert als den Mitbegründer des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" gerichteten Worte aus: „Ich kenne mein Volk und bin überzeugt, daß drei Viertel unseres deutschen Volkes nicht auf Ihrer, sondern auf unserer Seite stehen werden". Der Justizminister Schelling gab seinerseits die Erklärung ab, daß die gerichtlichen Behörden voll ihre Pflicht täten und sich von niemandem beeinflussen ließen. In Wirklichkeit gab jedoch die Regierung dem Drängen der Antisemiten nach, und schon einige Tage später wurde Buschhof erneut in Haft genommen. Die Verhandlung vor dem zuständigen Gericht in Cleve zog sich über elf Tage hin (4.—14. Juli 1892). Die Zeugenaussagen, die Gutachten der Sachverständigen sowie der ganze Gang der Verhandlungen trugen zur völligen Rehabilitation des Angeklagten bei. Einer der maßgebenden Experten, der Orientalist Nöldeke, erklärte kategorisch, daß im talmudischen und rabbinischen Schrifttum keinerlei Hinweise auf das „Blutritual" zu finden seien, und die beiden mit der Vertretung der Anklage betrauten Staatsanwälte verwandelten sich im Laufe des Prozesses in beredte Verteidiger des Beschuldigten. „Es ist unmöglich — rief der eine von ihnen aus — mit größerer mathematischer Genauigkeit die Unschuld des Angeklagten zu beweisen als es hier geschehen ist". Buschhof wurde denn auch vom Gericht einstimmig freigesprochen. Der von allen Freunden der Wahrheit freudig begrüßte Urteilsspruch bedeutete ein umso schwereres Ärgernis für die Antisemiten, die er indirekt zu Verleumdern stempelte. In den unaufgeklärten Volksmassen setzte nun mit neuer Schärfe die judenfeindliche Agitation ein. Die Gärung in Xanten wurde dermaßen bedrohlich, daß der freigesprochene Buschhof und einige andere jüdische Familien sich genötigt sahen, die Stadt zu verlassen.

Die „Schmach des Jahrhunderts", der Antisemitismus, der ja vor allem eine Schmach für Deutschland war, zwang schließlich die edelsten Vertreter des deutschen Volkes, ihre passive Haltung aufzugeben. Nachdem die zehn Jahre hintereinander ausgestreute Saat des Rassenhasses üppig ins Kraut geschossen war, sahen diese Männer ein, daß die judenfeindliche Bewegung nicht allein für das Judentum, sondern nicht minder für die deutsche Kultur verderblich sei. So tauchte der Plan auf, den unter den Bürgern Zwietracht säenden Antisemiten in

geschlossener Front entgegenzutreten, und Ende 1890 wurde der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" gegründet, an dessen Spitze sich der berühmte Rechtsgelehrte Rudolf Gneist und der Führer der Reichstagsopposition Heinrich Rickert stellten. Zu Beginn des Jahres 1891 erließ der Verein einen von vielen hervorragenden Männern unterzeichneten Aufruf, in dem alle Wohlgesinnten aufgefordert wurden, gegen die judenfeindliche Reaktion einen organisierten Kampf aufzunehmen. Der 1893 bereits mehr als 13 000 Mitglieder zählende Verein entfaltete in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit eine rege Propaganda, veranstaltete überall im Lande öffentliche Versammlungen, publizierte Broschüren und Flugschriften und gab auch allwöchentlich „Mitteilungen" heraus, die eine ausführliche Chronik der antisemitischen Bewegung sowie des gegen diese geführten Kampfes enthielten. Zu den eindrucksvollsten Publikationen des Vereins gehörte der gegen den „Antisemiten-Katechismus" gerichtete „Antisemitenspiegel" (1891—1892); während jedoch jener in nahezu hunderttausend Exemplaren Verbreitung gefunden hatte, sollte es der dem antisemitischen Machwerk vorgehaltene „Spiegel" kaum auf eine Auflage von zehntausend Exemplaren bringen. Im Zusammenhang mit der Xantener Affäre von 1891 brachte der Verein ein von dem Berliner Theologen und Hebraisten Hermann Strack geschriebenes Buch über die Entstehung und Entwicklung des „Blutaberglaubens" heraus (das Werk erschien 1900 in einer neuen erweiterten Auflage unter dem Titel „Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit").

Dem Abwehr-Verein gehörten sowohl christliche Deutsche als auch Juden an, doch schien es diesen ratsam, bei allen öffentlichen Kundgebungen des Vereins den nichtjüdischen Mitgliedern den Vortritt zu lassen. Bald brach sich indessen die Erkenntnis Bahn, daß es eine verkehrte und würdelose Taktik sei, auf die Selbstwehr zu verzichten und sich ausschließlich auf fremde Hilfe zu verlassen. Es wurde eine neue Parole ausgegeben. „Niemals werden die deutschen Juden vergessen — hieß es in einer Auslassung von jüdischer Seite — daß Männer wie Gneist, Mommsen, Rickert und andere so kühn und mutig für sie in einer Zeit der Bedrängnis eintraten. Befreien aber die Taten dieser edlen Männer uns deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens von der Pflicht, um unsere bedrohten Rechte selbst zu kämpfen, statt uns ängstlich im Hintergrunde zu halten und andere für uns kämpfen zu

lassen?" Im deutschen Juden begann sich eben das Bewußtsein seiner Bürgerwürde zu regen, wiewohl sein nationales Selbstbewußtsein noch immer schlummerte. In der von den assimilierten Kreisen in Umlauf gebrachten Flugschrift: „Schutzjude oder Staatsbürger?"[1]) wurde die folgende These aufgestellt: „Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Wir haben mit den Juden anderer Länder keine andere Gemeinschaft als die Katholiken und Protestanten Deutschlands mit Katholiken und Protestanten anderer Länder". Dies war die Ideologie, aus der im Jahre 1893 in Berlin der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegründet wurde. An der Spitze dieser Vereinigung standen zunächst Männer, die zwar wenig bekannt, aber umso typischere Repräsentanten des assimilierten Gros der deutschen Judenheit waren (der Privatdozent Martin Mendelssohn und der Rechtsanwalt Maximilian Horwitz). Der „Centralverein", der sich literarisch auf die Veröffentlichung von apologetischen Artikeln in den von ihm herausgegebenen Monatsheften „Im deutschen Reich" beschränkte, machte es sich zur Hauptaufgabe, der jüdischen Gleichberechtigung mit forensischen Mitteln Geltung zu verschaffen. Die Erfüllung dieser Aufgabe lag der „Rechtsschutz-Kommission" ob, deren Geschäftsführer der Rechtsanwalt *Eugen Fuchs* war. Die Kommission hatte ein scharfes Auge auf das Treiben der Antisemiten, und sobald sie in deren judenfeindlichen Äußerungen in der Presse oder in Volksversammlungen den Tatbestand der Verleumdung feststellte, veranlaßte sie die gerichtliche Verfolgung der Schuldigen. Darüber hinaus sorgte sie für die Organisation der Verteidigung in den aus judenfeindlichen Motiven angestrengten Gerichtsprozessen und reichte Beschwerden gegen die Zivil- und Militärbehörden ein, die sich eine rechtswidrige Behandlung jüdischer Bürger zuschulden kommen ließen. Alles in allem hat der „Centralverein" in Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Interessen der deutschen Juden sowie im Kampf für ihre Menschenwürde viel geleistet; nur eines hat er unterlassen: die Vertretung der jüdischen nationalen Interessen, für die er sich ja unmöglich einsetzen konnte, da er die Existenz einer jüdischen Nation rundweg negierte.

An der Bekämpfung des Antisemitismus beteiligte sich auch die

[1]) Der Verfasser dieser Schrift war Raphael Löwenfeld, ein Kenner der russischen Literatur, der in Rußland ein Jünger Tolstojs wurde und auch dessen Biographie schrieb.

deutsche Sozialdemokratie, die in unaufhaltsamem Aufstieg begriffen war und über eine immer größer werdende Zahl von Reichstagssitzen verfügte. Eines der vom Antisemitismus verfolgten Ziele war bekanntlich die Ablenkung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums vom revolutionären Sozialismus, ein Ziel, um dessentwillen die Stöcker, Böckel und Ahlwardt sich in skrupelloser Demagogie als Freunde des Proletariats aufspielten. Der sozialdemokratischen Partei war es nun darum zu tun, den Antisemiten die Maske vom Gesicht zu reißen. Der sozialistische Führer August Bebel setzte denn auch in seinen Reden und namentlich in seiner Flugschrift „Antisemitismus und Sozialdemokratie" (1894) auseinander, daß „der Antisemitismus der Sozialismus der Dummen" sei. Die Reaktionäre und Chauvinisten, so führte Bebel aus, hetzten die deutschen Arbeitermassen gegen eine Handvoll jüdischer Kapitalisten auf, um den Kapitalismus als solchen vor den Angriffen des Proletariats zu sichern, doch würden die hinters Licht geführten Arbeiter bald einsehen, daß es den christlichen Arbeitgeber ebenso zu bekämpfen gelte wie den jüdischen, so daß die Antisemiten letzten Endes der Sozialdemokratie Vorspanndienste leisteten. Indem die Sozialdemokraten der Judenfrage jede soziale Bedeutung absprachen, übersahen sie zugleich auch ihren nationalen Kern: auch ihnen war das Judentum keine Nation, da sie der Ansicht waren, daß „eine Nation ohne Land unmöglich" sei, und als Anhänger des marxistischen Internationalismus für das nationale Problem überhaupt wenig Sinn hatten. Im Jahre 1891 verurteilte denn auch der in Brüssel tagende internationale Sozialistenkongreß „sowohl die antisemitischen als auch die philosemitischen Tendenzen", und zwar unter Hinweis darauf, daß die Arbeiterklasse keine Rivalität und keinen Kampf zwischen Rassen oder Nationen kenne. Dieser doktrinäre Indifferentismus zog auch die jüdischen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in seinen Bann, so den zu ihren einflußreichsten Führern gehörenden Reichstagsabgeordneten Paul Singer, der es geflissentlich vermied, sich von der Parlamentstribüne zur jüdischen Frage zu äußern, wiewohl seine antisemitischen Gegner ihm immer wieder seine Beteiligung an den Geschäften der jüdischen Firma „Gebrüder Singer" zum Vorwurf machten. Bei diesen gleichzeitig gegen den ehemaligen Kapitalisten und den nominellen Juden gerichteten Angriffen blieb der wesentliche Unterschied unbeachtet, daß Singer das von ihm früher erworbene Vermögen für die Zwecke der sozialistischen Bewegung

nutzbar machte, während er das geistige Kapital seiner Vorfahren kurzerhand zum alten Eisen geworfen hatte.

Trotz der gegen ihn eingeleiteten Enthüllungskampagne griff der „Sozialismus der Dummen" in den niederen Volksschichten in demselben Maße um sich, in dem sich in den reaktionär-chauvinistischen höheren Kreisen der Rassenantisemitismus fortentwickelte. Gegen Ende des XIX. Jahrhunderts erstand diesen Kreisen ein markanter Repräsentant, der den Versuch machte, dem Rassendünkel Dührings „wissenschaftlichen" Ausdruck zu verleihen. Es war dies der germanisierte Engländer *Houston Stewart Chamberlain*, der im Jahre 1898 unter dem anmaßenden Titel „Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts" ein Werk veröffentlichte, in dem er die ganze Kulturgeschichte auf den Widerstreit zweier einander schroff entgegengesetzter Rassen, der tugendhaften Arier und der mit allen Lastern behafteten Semiten, zurückführte. Als die Elite der arischen Rasse stellte der Verfasser die „Germanen" hin, während er die Juden als die schlimmste Ausgeburt des Semitismus kennzeichnete und so zu dem Schluß gelangte, daß zwischen Deutschen und Juden eine unausrottbare Feindschaft herrschen müsse. Ebenso wie die jüdischen Semiten der Vorzeit den Verfall der Antike herbeigeführt hätten, sei der „homo judaicus" auch jetzt dabei, den „homo europaeus" zu verderben. Der Triumph des germanischen Geistes setze daher die säuberliche Trennung dieser beiden feindlichen Elemente, die Ausstoßung des jüdischen Fremdkörpers aus der gesitteten europäischen Welt voraus. Obwohl auf pseudo-anthropologischen Prinzipien aufgebaut und von willkürlichen, ja grotesken Schlußfolgerungen strotzend (der Verfasser behauptete z. B., daß in den Adern Jesu Christi arisches Blut geflossen sei), hatte das Buch Chamberlains in den von wissenschaftlichen Surrogaten sich nährenden Kreisen großen Erfolg. Eben darum, weil die neue, auf Ignoranten berechnete Theorie nicht über das Niveau ihres Vorbildes, der Dühringschen „Doktrin des Hasses", hinausgekommen war, sollte sie von den Pangermanisten, den Militaristen und den Reaktionären jeden Ranges mit frenetischem Jubel begrüßt werden. Im Jahre 1899 bildete das bereits in mehreren Auflagen erschienene Buch den Gesprächsstoff in allen reaktionären Salons und wurde von Wilhelm II. sogar den höheren Schulen angelegentlich empfohlen.

Der innere Zusammenhang der von Chamberlain ausgeheckten

Rassentheorie mit der preußisch-junkerlichen Reaktion war offensichtlich und kennzeichnete den sittlichen Niedergang Deutschlands um die Wende des Jahrhunderts, in dessen weiter zurückliegenden Dezennien der deutsche Geist in geschichtlichen Erscheinungen ganz anderer Art seine Verkörperung gefunden hatte. Trotz seiner blühenden wissenschaftlich-technischen Zivilisation der moralischen Verwilderung anheimgefallen, sollte Deutschland in das XX. Jahrhundert mit einem Schandmal an der Stirn, einer mittelalterlichen Ritualmordaffäre, treten. Vor Ostern 1900 wurde nämlich im preußischen Städtchen Konitz die zerstückelte Leiche des christlichen Schülers Winter aufgefunden. Der Verdacht fiel zunächst auf den Schlächter Hofmann, mit dessen Tochter der ermordete Jüngling ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, doch nahm die Sache bald nach der Verhaftung des Verdächtigen eine unerwartete Wendung: die Antisemiten in Konitz und Berlin setzten die Version in Umlauf, daß ein Ritualmord vorliege, woraufhin der jüdische Fleischhändler Israelski verhaftet und unter Anklage gestellt wurde. Die Berliner antisemitische „Staatsbürgerzeitung" brachte in jeder ihrer Nummern Artikel, in denen immer aufs neue mit Emphase erklärt wurde, daß der Konitzer Mord von Christenblut benötigenden jüdischen Sektierern verübt worden sei. Die durch die gemeine Verleumdung irregeführten Untersuchungsbehörden überzeugten sich erst nach einigen Monaten, daß sie eine falsche Spur verfolgten, und gaben, ohne den Mord aufgeklärt zu haben, alle in dieser Sache Verhafteten wieder frei. Gleichwohl kamen die antisemitischen Hetzer auf ihre Kosten: die von ihnen aufgestachelte Menge griff zur Selbstjustiz mit der Folge, daß in Konitz sowie in den benachbarten pommerschen Städten und Flecken die Fenster der jüdischen Häuser und Synagogen eingeschlagen und jüdische Passanten mißhandelt wurden. Beinahe wäre es zu ernstlichen Unruhen gekommen, hätten die herbeieilenden Truppen die Judenhetzen nicht im Keime erstickt. Die Meineidsprozesse, die auf die Konitzer Affäre gefolgt waren, brachten viele Geheimnisse der dahinter steckenden verbrecherischen Organisation ans Licht. Unter anderem wurden mehrere Mitarbeiter der lokalen und Berliner antisemitischen Presse als Erpresser und böswillige Denunzianten entlarvt, wobei manchen von ihnen nachgewiesen werden konnte, daß sie, im Solde der Judenfeinde stehend, sich gleichzeitig erbötig gemacht hatten, gegen entsprechenden Lohn in den Dienst der Juden zu treten.

§ 6. Das wirtschaftliche und geistige Leben unter dem Drucke der Reaktion

Das Hauptbestreben des Antisemitismus war darauf gerichtet, den sozialen Aufstieg der emanzipierten Juden zu verhindern. Inwieweit war es ihm nun gelungen, diese Aufwärtsbewegung zum Stillstand zu bringen? Die Antwort hierauf gibt uns die Statistik aus den letzten Dezennien des XIX. Jahrhunderts.

Die Bevölkerungsbewegung: Im Jahre 1871 bezifferte sich die Zahl der Juden in Deutschland auf 512 000 (hiervon entfielen etwa 30 000 auf das eben angegliederte Elsaß-Lothringen), während diese Zahl im Jahre 1880 bereits auf 562 000 anstieg[1]). In dem zwischen dem Beginn der Durchführung der Emanzipation und dem Aufkommen des Antisemitismus liegenden Jahrzehnt hielt sich somit die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in den normalen Grenzen und ergab einen Gesamtzuwachs von nahezu zehn Prozent. In den folgenden Jahrzehnten erfuhr jedoch dieser Zuwachs eine erhebliche Verringerung: im Jahre 1890 wurden in Deutschland 568 000 Juden gezählt, was einen Gesamtzuwachs von nur 1,15% ergibt (in der gleichen Zeit hatte die christliche Bevölkerung um 9,27% zugenommen), und im Jahre 1900 wurden 587 000 Juden ermittelt, woraus zu ersehen ist, daß der Überschuß auch in diesem letzten Jahrzehnt lediglich 3,35% ausmachte. Die auffällige Verlangsamung des Wachstumsprozesses ging in erster Linie auf die Einwirkung der antisemitischen Bewegung der achtziger Jahre zurück, die einerseits hie und da die wirtschaftliche Lage der Juden verschlimmerte und das Anschwellen der Auswanderung nach Amerika zur Folge hatte, andererseits die preußische Regierung dazu veranlaßte, dem Zustrom der jüdischen Einwanderer aus Rußland mit eiserner Hand Einhalt zu gebieten (symptomatisch hierfür waren die Massenausweisungen im Jahre 1886 und in den folgenden Jahren). Indessen wirkten sich hierbei auch tiefer wurzelnde sozial-kulturelle Ursachen aus. Gerade in dieser Epoche setzte nämlich unter den deutschen Juden ein starker Geburtenrückgang ein: seit den achtziger Jahren sank die auf je tausend jüdische Einwohner entfallende Zahl der Geburten von 37 jährlich nach und nach auf 22, während sich die entsprechende Geburten-

[1]) Die vorstehenden wie die folgenden größeren Zahlen sind durchweg auf volle Tausend abgerundet.

zahl in der christlichen Bevölkerung im gleichen Zeitraum auf der normalen Höhe von 38 auf 1000 hielt. Die die natürliche Vermehrung der deutschen Juden hemmenden Ursachen sind nicht etwa in der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern im Gegenteil in der für die jüdische Mittelschicht dieser Zeit bezeichnenden Prosperität und der damit zusammenhängenden Erhöhung der von dem Einzelnen an das Leben gestellten Ansprüche zu suchen. Um ein sorgloses, komfortables Dasein führen zu können, verzichteten viele auf die Gründung einer Familie oder entschieden sich für die Beschränkung der Kinderzahl („Zweikindersystem"). Selbst die relativ geringere Sterblichkeit unter den jüdischen Kindern vermochte den zunehmenden Geburtenrückgang nicht wettzumachen. All dies brachte es mit sich, daß sich der prozentuale Anteil der Juden an der Bevölkerung des Deutschen Reiches gegen Ende des XIX. Jahrhunderts merklich verringerte: während im Jahre 1880 die jüdische Bevölkerung in Preußen noch 1,33% der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatte, betrug dieser Prozentsatz im Jahre 1900 nur noch 1,14.

Die Abwanderung nach den Großstädten: Zwei Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung Deutschlands lebten in *Preußen.* Im Jahre 1871 gab es hier 325 000, im Jahre 1880 — 363 000, im Jahre 1890 — 372 000 und im Jahre 1900 — 380 000 Juden. Während die Gesamtzahl der Juden im Lande mithin nur sehr langsam wuchs, stieg die jüdische Einwohnerschaft der Großstädte mit außerordentlicher Rapidität. So wurden in *Berlin,* wo es im Jahre 1871 nur 36 000 jüdische Einwohner gab, im Jahre 1880 rund 54 000, im Jahre 1890 — 80 000 und im Jahre 1900 bereits 106 000 Juden gezählt, was eine Verdreifachung der Zahl der Berliner Juden in dem kurzen Zeitraum von nur dreißig Jahren bedeutete. Ähnlich lagen die Dinge in den anderen deutschen Großstädten: in Frankfurt a. M., in Leipzig, in Köln. Es äußerte sich hier der für die Juden nach der Emanzipation bezeichnende Drang nach der Hauptstadt und den bedeutenderen Industriezentren überhaupt. Für das Stadtleben prädisponiert, strebte der deutsche Jude danach, in der Reichshauptstadt sowie in den mit dieser wetteifernden Großstädten festen Fuß zu fassen. Die in ununterbrochenem Zuge nach Berlin zuwandernden jüdischen Familien stammten vorwiegend aus der Provinz *Posen,* deren jüdische Bevölkerung in dieser Epoche denn auch zusehends zusammenschrumpfte: während im Jahre 1871 dort noch 62 000 Juden an-

sässig waren, sank diese Zahl im Jahre 1880 auf 56 000, im Jahre 1890 auf 44 000 und im Jahre 1900 auf nur 35 000. Diese Abwanderungsbewegung hatte zur Folge, daß in vielen kleineren Provinzstädten die jüdischen Gemeinden von der zusammenschmelzenden Mitgliederschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden konnten und der Auflösung verfielen. Eine Ursache mehr für die Abwanderung der Juden aus den Kleinstädten in die Großstädte war die antisemitische Bewegung der achtziger Jahre: im engen Raum der Kleinstadt bedeutete die Agitation der Antisemiten, die Aufforderung zum Boykott der jüdischen Kaufleute oder gar zu Gewalttaten für das Häuflein der dort wohnenden Juden eine unmittelbare Bedrohung von Leben und Besitz, während die Großstadt ihren jüdischen Einwohnern unvergleichlich größere Sicherheit bot, so daß sie von den antisemitischen Umtrieben in der Regel nur aus den Zeitungen erfuhren.

Berufsstatistik: Auch ihrer beruflichen Gliederung nach bildete die deutsche Judenheit nach wie vor ein ausgesprochen städtisches Bevölkerungselement, und nur in ihrer Verteilung auf die einzelnen Berufszweige war nach der Emanzipation eine gewisse Verschiebung eingetreten. Auf Grund der allgemeinen Berufszählung von 1895 stellte sich diese Verteilung folgendermaßen dar: vom Handel ernährten sich in Deutschland 313 000 Juden oder 55% der gesamten jüdischen Bevölkerung, von Industrie und Gewerbe 128 000 oder 22%, die Zahl der Juden in freien Berufen und in öffentlichem Dienst belief sich auf 37 000 (6,5%), die der Rentner auf 80 000 (14%), in der Landwirtschaft waren 5700 (1%) und als häusliche Dienstboten 1892 Personen (0,3%) tätig. Die für das jüdische Wirtschaftsleben von jeher bezeichnende Struktur, die Präponderanz des Handels, war somit erhalten geblieben, nur daß der prozentuale Anteil dieser Berufsgruppe an der Gesamtzahl der deutschen Juden nunmehr auf 55% gesunken war. Demgegenüber war der Anteil der Juden an der Fabrikindustrie und am Handwerk relativ größer geworden, doch waren sie freilich auch auf diesem Gebiete viel häufiger als Arbeitgeber (als Fabrik- oder Werkstättenbesitzer) denn als Arbeitnehmer tätig. Am meisten charakteristisch ist aber die Rapidität, mit der der Anteil der Juden an den freien Berufen zunahm: die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Journalisten und Lehrer stieg dermaßen an, daß dieses sich in den Großstädten zusammenballende Heer der Kopfarbeiter stark auffallen mußte. Wie

schon mehrfach betont, bot sich nur einem verschwindend geringen Teil der jüdischen Intellektuellen die Möglichkeit, im Staatsdienst Unterkunft zu finden, so daß sie in der überwiegenden Mehrzahl, soweit sie nicht in Institutionen der jüdischen Gemeinden tätig waren, freie Berufe ausübten. Die verhältnismäßig große Zahl von jüdischen Rentnern (14% gegen 8% christliche) zeugt für den hohen Wohlstand der jüdischen Mittelschicht. Daß aber die Juden an der 28% der christlichen Bevölkerung ernährenden Landwirtschaft nur mit einem Prozent beteiligt waren, war ein krasses Symptom der Anomalie des jüdischen Wirtschaftslebens, sein „testimonium paupertatis".

Der Andrang zu den Hochschulen: Die dem alten Kulturvolke eigene Geistigkeit äußerte sich in dieser Epoche in dem immer stärker werdenden Zustrom der jüdischen Jugend zu den deutschen Hochschulen. Die Juden waren in der deutschen Schule überhaupt in einer bei weitem größeren Zahl vertreten als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte. Dies erklärte sich vor allem aus dem Fehlen von jüdischen weltlichen, Allgemeinbildung vermittelnden Schulen, für die ja die den Synagogen angegliederten „Religionsschulen" keinen Ersatz bieten konnten. So genoß denn die jüdische Jugend ihre Bildung in den deutschen Schulen aller Stufen, wobei jedoch folgendes bemerkenswert war: während sich von hundert christlichen Schülern in Preußen vierundneunzig mit dem obligatorischen Besuch der Grundschule begnügten und nur sechs die höheren Schulen (Gymnasien und Realschulen) besuchten, entfiel von hundert jüdischen Schülern auf die Besucher der höheren Lehranstalten fast die Hälfte, d. h., relativ betrachtet, das Achtfache der Zahl der Christen. An den preußischen Universitäten machten die Juden im Jahre 1895 fast den zehnten Teil der gesamten Studentenschaft aus, während sie nur etwas mehr als den hundertsten Teil der Gesamtbevölkerung bildeten und mithin auch hier relativ in einer zehnmal so großen Zahl wie die Christen vertreten waren. (Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß seit den neunziger Jahren die jüdische Studentenschaft in Deutschland, namentlich in Berlin und Heidelberg, eine große Zahl von Studenten aus Rußland mit einschloß.) Die deutsche Schule bildete den wichtigsten Faktor der Assimilation: dort eben büßten die meisten Studierenden den letzten Rest der jüdischen nationalen Tradition ein und eigneten sich stattdessen die deutschen Ideale an. In demselben Maße, in dem die vorbildliche deutsche

Schule dem jüdischen Intellekt zum Vorteil gereichte, beeinträchtigte sie das jüdische Nationalbewußtsein.

Mischehen und Taufen: Den nächsten Schritt auf dem Wege zur Assimilation bildeten die Ehen zwischen Juden und Christen. Die Zahl solcher Ehen war in der hier behandelten Epoche in stetem Steigen begriffen. Bis zum Jahre 1880 machten die Mischehen in Preußen den zehnten Teil der rein jüdischen Ehen aus, von da ab nahm aber ihre Zahl fortwährend zu, so daß im Jahre 1899 bereits jede fünfte der von Juden und Jüdinnen eingegangenen Ehen eine Mischehe war. In der ersten Zeit waren es zumeist Jüdinnen, die Christen heirateten, gegen Ende dieses Zeitraums wurden hingegen Ehen zwischen Juden und Christinnen häufiger. Die Kinder aus solchen Ehen wurden in der Regel, ganz gleich, ob Vater oder Mutter nichtjüdisch waren, der Kirche zugeführt und gingen so dem Judentum verloren. Aber auch die die Assimilation besiegelnden Judentaufen wurden in dieser Zeit zu einer immer häufigeren Erscheinung: in der Periode 1880—1900 hatte sich die Zahl der Taufen in Preußen um das Sechsfache erhöht (480 Taufen im Jahre 1900 gegen 76 im Jahre 1879). Hierbei ist zu beachten, daß in diesen statistischen Angaben die zahlreichen Taufen der jüdischen Neugeborenen unberücksichtigt blieben, die von ihren sich formell noch zum Judentum bekennenden und um die zukünftige Karriere der Kinder besorgten Eltern der herrschenden Kirche zugeführt wurden. Erwägungen materieller Art waren überhaupt für das neue Renegatentum ausschlaggebend. Ebenso wie die nationale Assimilation einstmals das Mittel für die Erkämpfung des Vollbürgerrechts gewesen war, so wurde jetzt die religiöse Assimilation der Weg zu seiner Realisierung. Nur ganz ausnahmsweise nahmen die Juden das Christentum aus Überzeugung an, sei es aus einer mystischen Stimmung oder aus einem gradlinigen, etwa einem Mommsen gerecht werdenden Doktrinarismus heraus, dem die endgültige Verschmelzung mit dem Deutschtum auch den Anschluß an das mit der deutschen Kultur unlöslich verbundene Christentum erforderlich zu machen schien (oben, § 1). Im Verhältnis zu der über eine halbe Million Seelen zählenden jüdischen Bevölkerung Deutschlands fiel allerdings die Zahl von durchschnittlich fünfhundert Judentaufen im Jahr (hiervon entfielen mehr als die Hälfte auf Preußen) nur wenig ins Gewicht. Immerhin kam dieser Erscheinung im Zusammenhang mit den sich häufenden Mischehen und der immer

weiter um sich greifenden, den jüdischen Nachwuchs zur Abtrünnigkeit prädestinierenden Assimilationsseuche die Bedeutung eines höchst bedrohlichen Symptoms zu.

Das geistige Leben: Es wäre gewiß ungerecht, der großen Masse der Fahnenflüchtigen ohne weiteres auch jene hochqualifizierten jüdischen Gebildeten gleichzusetzen, aus deren Kreise unter dem Ansturm des Antisemitismus der Aufruf zur Lossagung vom Nationaljudentum ergangen war (oben, § 2). Diese Männer sind nicht den Renegaten, sondern dem *nationalen Marranentum* zuzuzählen. Gleichwie im mittelalterlichen Spanien unter dem Drucke der einen und unteilbaren *Staatskirche* das religiöse Marranentum entstanden war, trat nämlich jetzt unter dem Drucke der Idee der einen und unteilbaren *Staatsnation* das nationale Marranentum in Erscheinung, d. h. das Bestreben, die Maske der herrschenden Nation anzulegen. Konnten die Marranen des Mittelalters zu ihrer Rechtfertigung auf die Schreckensherrschaft der Kirche und die von dieser inaugurierte Inquisition verweisen, so ist auch den nationalen Marranen der jüngsten Zeit als mildernder Umstand die Tatsache anzurechnen, daß sie infolge des in Deutschland so nachhaltig wirkenden Assimilationsprozesses die von ihnen getragene Maske der fremden Nation kaum noch von ihrem eigenen Gesicht zu unterscheiden vermochten. Diese geistige Verwirrung war es, in deren Banne ein Moritz Lazarus sich zu seiner Theorie verstieg, daß er und seinesgleichen kraft ihres nationalen Selbstbewußtseins „*nichts* als Deutsche" seien. Es ist schwer anzunehmen, daß Männer von dem Range eines Lazarus oder Hermann Cohen trotz ihrer Liebe für das Deutschtum im Grunde ihrer Herzen nicht ein viel tieferes und natürlicheres, sie über ihre Wahlnation hinweg mit dem angestammten Volk verbindendes Selbstbewußtsein gehegt und in völliger Verblendung jene lange Reihe von Generationen verleugnet hätten, deren Stolz es war, durch alle Jahrhunderte der Weltgeschichte unter eigener Fahne zu leben. In der Tat waren die diese Männer mit dem Judentum verknüpfenden Bande, bei Lichte besehen, keineswegs nur *religiöser* Natur, wie es ihnen selbst schien, sondern zugleich auch Bande nationalen Charakters, da sie als Freidenker am jüdischen Monotheismus lediglich seine ethischen Lehren schätzten. Sowohl Lazarus als auch Cohen gingen denn auch, nachdem sie ihr antinationales Bekenntnis abgelegt hatten, daran, jene Besonderheiten der jüdischen Ethik herauszuarbeiten, die

im Verein mit den lebendigen geschichtlichen Erinnerungen das spezifisch jüdische Selbstbewußtsein konstituieren. Der rationalistisch und reformistisch gesinnte Lazarus, der im Jahre 1898 sein Hauptwerk „Die Ethik des Judentums" veröffentlichte, erblickte das Wesen der jüdischen Glaubenslehre in dem Streben nach „Heiligung des Lebens", d. h. nach der Vergeistigung aller Lebensäußerungen des Menschen durch deren Unterordnung unter ein allumfassendes Sittengesetz. Eine konkretere Fassung des von Lazarus formulierten Prinzips hätte ihn zur Entdeckung des Motivs der nationalen Disziplin führen müssen, das dem jüdischen Ritus sowie der durch diesen statuierten Korrelation zwischen Lebensäußerung und religiösem Gebrauch zugrunde gelegt ist, doch war es ihm als Reformisten und Apologeten der Assimilation nicht gegeben, seine eigene Theorie zu Ende zu denken. Gleichwohl konnte Lazarus nicht umhin, in seiner „Ethik" in Übereinstimmung mit den Lehren der von ihm mitbegründeten „Völkerpsychologie" dem jüdischen „Partikularismus" weitgehende Konzessionen zu machen. Von seiner unter dem Eindruck der ersten Eruption des Antisemitismus entstandenen Deklaration „Was heißt national?" war Lazarus jedenfalls in der Zwischenzeit weit abgerückt.

Größerer Folgerichtigkeit befleißigte sich in seinem „Universalismus" der Verfasser des zweiten die nationale Selbstverleugnung dokumentierenden Bekenntnisses: Hermann Cohen. Mit der Neugestaltung des Kantischen Gedankenbaues in seinen drei Grundrichtungen, der Logik, Ethik und Ästhetik, beschäftigt, gab sich das Haupt der „Marburger Schule" in dieser Epoche mit den Problemen des Judentums nur wenig ab, unterließ es aber dennoch nicht, von Zeit zu Zeit von seinem philosophischen Olymp herniederzusteigen, um zwischen seinem allgemein-philosophischen System und den Lehren des Judentums einen Konnex herzustellen. Im Gegensatz zu Lazarus mehr für die Methoden der Logik als für die der Psychologie eingenommen, legte Cohen auch mehr doktrinäre Unnachgiebigkeit an den Tag. Während es Lazarus um die Autonomie der Ethik, um ihre Loslösung von der Religion und die engere Verbindung mit der Völkerpsychologie und der Geschichte zu tun war, galt Cohen als das Zentrum der Ethik die Gottesidee, weshalb Judentum und „ethischer Monotheismus" für ihn Wechselbegriffe waren. Darum warf auch Cohen in seiner in scharfem Tone gehaltenen Besprechung der „Ethik

des Judentums" von Lazarus (in der „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" von 1899) diesem Hang zu einem „jüdischen Partikularismus" vor. Der Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Philosophie wollte von nationaler Isolierung im Bereiche des Geistes nichts wissen: habe doch ein Philo die jüdische Glaubenslehre sehr wohl mit der griechischen Philosophie und Maimonides mit der griechischen und arabischen in Einklang zu bringen vermocht, warum sollte sich also der moderne jüdische Denker in Deutschland dem deutschen Geist verschließen? „Wenn wir in allen geistigen Fragen als Deutsche denken, wie wir allgemein seit Moses Mendelssohn es tun, sollten wir den deutschen Geist nicht auch in unserem Glauben als einen den Inhalt desselben mitbestimmenden Faktor anerkennen dürfen und anerkennen müssen?" Ein deutsch-jüdischer *Synkretismus* im Denken — dies war das von Cohen, einem Doppelgänger des jüdischen Hellenisten Philo, beherzigte Ideal. Synkretismus ist aber nicht Universalismus: jener ist zumeist nur eine Anpassung des originalen Denkens an vorwaltende Zeitströmungen, dieser aber, wie er in der jüdischen Geschichte etwa im Prophetismus zutage tritt, bringt weltumspannende Tendenzen in nationaler Form zum Ausdruck. Auf der Höhe seiner geistigen Entwicklung hatte Lazarus immerhin die Kraft aufgebracht, vom „deutschen Selbstbewußtsein" zum jüdischen fortzuschreiten, wohingegen es Cohen um jene Zeit noch nicht gegeben war, sich von den deutschen Kulturmächten innerlich unabhängig zu machen.

Der Terror des Antisemitismus hatte, wie schon oben hervorgehoben, sogar einen so urwüchsig jüdischen Geist wie Graetz dazu gebracht, von einer offenen Bekämpfung des Assimilationsdogmas Abstand zu nehmen. Durch die heftigen Angriffe von fremder und nahestehender Seite eingeschüchtert, hüllte er sich nach Veröffentlichung seiner zaghaften Entgegnungen auf die Ausfälle Treitschkes in Schweigen. Sein national-geschichtliches Credo wagte Graetz nur unter dem Cachet sorgsamst behüteter Anonymität, in einer Schrift mit dem Titel: „Briefwechsel einer englischen Dame über Judentum und Semitismus" (Stuttgart 1883), darzulegen. Es war dies ein rein gefühlsmäßiges Glaubensbekenntnis des Historikers, dem das Fortbestehen des jüdischen Volkes durch drei Jahrtausende hindurch als das größte Wunder galt, insbesondere im Hinblick darauf, daß dieses Fortbestehen zugleich fortwährende Entwicklung und Einflußnahme

auf sämtliche Gebiete der menschlichen Kultur bedeutete. Wenn es wahr sei, meinte Graetz, daß die Religion „nur auf Wundern bestehen kann", so könne die jüdische Religion zur Bestätigung ihrer Wahrheit als auf das handgreiflichste aller Wunder auf die geschichtliche Ewigkeit ihres lebendigen Trägers verweisen. Hierbei betonte er, daß manche künstliche Methoden der Konservierung des Volkes, wie etwa der übertriebene Ritualismus, nach und nach modifiziert werden müßten, daß aber bei alledem von dem überlieferten Gut nichts preisgegeben werden dürfe, was die Sittenreinheit, die Festigkeit der Familienbande sowie die Volkseinheit gewährleiste. Auch unterließ es der anonyme Verfasser nicht, die Möglichkeit einer Wiedergeburt Palästinas als einer Zufluchtsstätte für einen Teil des heimatlosen Volkes in Erwägung zu ziehen, indem er auf die Vorboten dieser Wiedergeburt, die in Osteuropa aufgetauchten „Chowewe Zion", hinwies. — So war der Historismus mit seiner lebensnahen Ideologie in einen bewußten Gegensatz zu der weltfremden philosophischen Spekulation getreten, die wohl Blüten, aber keine Früchte zeitigte.

Der markanteste Zug des inneren Lebens der deutschen Judenheit zur Zeit der antisemitischen Krise war geistige Sterilität. Nach dem um die Mitte des XIX. Jahrhunderts in Erscheinung tretenden kulturellen Aufschwung, nach der Reformationsbewegung und der literarischen Renaissance brach eine Periode der Stagnation an. Lief man ehedem gegen die alt überkommenen Grundfesten des Judentums Sturm, so herrschte jetzt allen nationalen Werten gegenüber, die die jüngere, aus der deutschen Schule hervorgegangene Generation kaum noch kannte, völlige Indifferenz. Den dem Judentum Entfremdeten und aller Religion überhaupt gleichgültig Gegenüberstehenden mußte auch der Kampf um die religiöse Reform notwendigerweise belanglos erscheinen. Zwar bestand in den Gemeinden noch immer der Gegensatz zwischen Orthodoxen und reformfreundlichen „Liberalen", die in den größeren Städten sogar zu Sondergemeinden zusammengeschlossen waren, doch war die Einstellung dieser beiden Gruppen zur nationalen Frage im großen und ganzen die gleiche. Die einen wie die anderen betrachteten sich als Deutsche jüdischen Glaubens, und der Unterschied zwischen Orthodoxen und Liberalen bestand nur darin, daß jene, gesetzestreu wie sie waren, wenigstens den schlimmsten Auswüchsen der Assimilation, dem Renegatentum, Einhalt taten.

Das Presseorgan der Liberalen war nach wie vor die Berliner Wochenschrift „Allgemeine Zeitung des Judentums", die nach dem 1889 erfolgten Tode ihres Begründers Ludwig Philippson von dem Literarhistoriker Gustav Karpeles herausgegeben wurde. Die gemäßigten Orthodoxen verfügten über das Wochenblatt „Jüdische Presse", das gleichfalls in Berlin erschien und dessen Herausgeber der Rabbiner Esriel Hildesheimer war, während die extremen Orthodoxen, die bestrebt waren, unter dem Firnis deutscher Kultur den rituellen Rigorismus des „Schulchan-Aruch" aufrechtzuerhalten, für ihren Standpunkt in dem in Mainz von Meïr Lehmann herausgegebenen „Israelit" Propaganda machten.

Am auffälligsten war die Stagnation auf dem Gebiete der jüdischen Wissenschaft, die noch vor kurzem der Stolz der deutschen Judenheit gewesen war. Der größte Teil ihrer schöpferischen Kräfte wurde nunmehr von der nichtjüdischen Literatur absorbiert, so daß der jüdische Ackerboden fast gänzlich brach lag. Die Repräsentanten der deutsch-jüdischen wissenschaftlichen Renaissance standen bereits am Ende ihres Lebensweges. So Graetz, der, den Siebzig nahe, noch immer an der Vervollkommnung seines enzyklopädischen Geschichtswerkes arbeitete, dessen einzelne Bände er bei jeder neuen Auflage mit Ergänzungen versah. In seinen letzten Lebensjahren hatte sich Graetz in die „Textkritik" der Bibel vertieft, und die erste Frucht seiner Untersuchungen auf diesem Gebiet war ein großangelegter Kommentar zu den Psalmen (1882). Sein 1891 erfolgter Tod machte indessen der von ihm neu in Angriff genommenen Arbeit ein Ende. Während sein Name jenseits der Grenzen Deutschlands mit den Jahren immer klangvoller wurde, war Graetz in seiner Heimat nach wie vor der durch die Angriffe Treitschkes veranlaßten Ächtung preisgegeben. Als im Jahre 1885 in Berlin zwecks Bearbeitung des Quellenmaterials zur Geschichte der Juden in Deutschland eine „Historische Kommission" gegründet wurde, scheute sich diese nicht, auf die Mitarbeit des im Verdacht geringer Vaterlandsliebe stehenden Altmeisters der jüdischen Historiographie gänzlich zu verzichten. Die Tätigkeit der Kommission fand Ausdruck in der von *Ludwig Geiger*, dem Sohn des berühmten Reformators, geleiteten „Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland" (1887—1902) sowie in geschlossenen Aktensammlungen: einem großen von Aronius herausgegebenen und bis zum Jahre 1273 reichenden Bande von „Regesten" und

einer dreibändigen Sammlung von „Quellen" (Berlin 1881—1892). All diese Veröffentlichungen gingen nicht über das enge Gebiet der vornehmlich äußeren „Heimatgeschichte" der deutschen Juden hinaus und trugen deren innerer kultureller Entwicklung keine Rechnung. Viel weitherziger war das Programm der alten Breslauer „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums", an deren Wiege Frankel und Graetz gestanden hatten und die später, nach einer kurzen Unterbrechung, von den Jüngern beider Gelehrten herausgegeben wurde. Doch war man nirgends über das Stadium der Vorarbeiten hinausgekommen. Nach dem Abschluß des zusammenfassenden Werkes von Graetz wäre das Nächstliegende die monographische Bearbeitung der Einzelgebiete der jüdischen Geschichte gewesen, wofür es jedoch bereits an schöpferischer Kraft gebrach. Das Feld behaupteten einstweilen die Kompilatoren. Die zweibändige „Geschichte der jüdischen Literatur" von *Gustav Karpeles* (Berlin 1886) kopierte aufs getreueste Zunz, Geiger und Graetz. Enger lehnten sich an die Urquellen zwei damals erschienene Monographien über die Juden in Rom an, die von *Abraham Berliner* „Geschichte der Juden in Rom von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart" (I—II, Frankfurt a. M. 1893) sowie das gleichbetitelte, von *Vogelstein* und *Rieger* gemeinsam verfaßte Werk (I—II, Berlin 1895—1896). Um dieselbe Zeit wurde ein Versuch unternommen, in die wissenschaftliche Literatur der deutschen Juden erneut die aus ihr längst verbannte nationale Sprache einzuführen. Der aus Galizien gebürtige, mit der europäischen Wissenschaft vertraute *Simon Bernfeld*, der vorübergehend als Oberrabbiner in Serbien gewirkt und sich schließlich als Privatgelehrter in Berlin niedergelassen hatte, verfaßte nämlich in vorzüglichem Hebräisch gemeinverständlich gehaltene Monographien zur jüdischen Religionsphilosophie („Daath Elohim", 1897), über die jüngste Reformation im Judentum („Toldoth ha'Reformation be'-Israel", 1900), über den kulturellen Umschwung in der Epoche Mendelssohns sowie über spätere Vorkämpfer der Aufklärung („Dor tahapuchoth", „Dor Chacham" u. a., 1896—1899). Die Bücher Bernfelds unterschieden sich aber von den sonstigen Schriften der in Deutschland wirkenden jüdischen Gelehrten nicht nur durch die Sprache, durch ihren vorbildlichen, an die moderne wissenschaftliche Schreibweise angepaßten hebräischen Stil, sondern zugleich auch durch ihre fortschrittlich-nationale, mit den neuen Ideenströmungen

im Ostjudentum übereinstimmende Tendenz. So sollten sie denn auch ihre Leser fast ausschließlich in Rußland und Polen finden, unter den Zöglingen des Cheders und der Jeschiba, denen diese Bücher einen Zugang zum wissenschaftlichen Denken Westeuropas bahnten.

Prinzipiell unzugänglich blieb für die freie wissenschaftliche Forschung im Judentum nur mehr ein einziges Gebiet der jüdischen Geschichte: ihre älteste, die sogenannte „biblische" Periode. Es galt als ausgemacht, daß jeder Versuch, die geheiligte „biblische Geschichte" der Kompetenz der wissenschaftlichen Analyse zu unterwerfen und die uralte religiöse Tradition in Zweifel zu ziehen, mit einer Unterwühlung der Eckpfeiler des Judentums gleichbedeutend sei. Darum schreckten auch selbst die radikalsten Reformfreunde vor der Inangriffnahme einer solchen Aufgabe zurück, zumal sie sich in ihrer Kritik des Talmud und des Rabbinismus gerade auf die Autorität der Bibel stützten. Sogar Graetz, der sich bei der Beurteilung der Evolution des Judentums in ihren späteren Stadien keinerlei Zurückhaltung auferlegte, ging nur zaghaft an die Behandlung der frühesten Periode dieser Entwicklung heran: die ersten zwei, der biblischen Periode gewidmeten Bände seiner „Geschichte" gab er erst nach Veröffentlichung aller übrigen Bände heraus, wobei er auch dann noch seine sich eng an die Tradition anschließende Darstellung, um nicht auf die „vorgeschichtliche" Erzväter- und Moseszeit eingehen zu müssen, mit der Eroberung Kanaans beginnen ließ. Unangetastet blieben die Grundlagen der Tradition auch in den von ihm stammenden „textkritischen" Kommentaren. Die Ehre, der modernen Bibelwissenschaft Pionierdienste geleistet zu haben, gebührt deutsch-christlichen Gelehrten. Die vollkommenste Errungenschaft der im XIX. Jahrhundert auf dem Boden der protestantischen Theologie erwachsenen Schule der „Bibelkritik", zu deren Bahnbrechern De Wette, Ewald, Reuß und Graf gehörten, stellte das wohlgefügte wissenschaftliche System von *Julius Wellhausen* dar, wie es uns in seinen „Prolegomena zur Geschichte Israels" (1878), in der „Israelitischen und jüdischen Geschichte" (1894) sowie in einer Reihe anderer Untersuchungen entgegentritt. Der von ihm vertretenen Theorie des Aufbaus der Bibel aus Fragmenten hatte Wellhausen eine so meisterlich durchgeführte Textanalyse zugrunde gelegt, daß er für die einen zum Darwin der Bibelwissenschaft, für die anderen aber gerade darum zu einem gefährlichen Zerstörer der Tradition wurde. Insofern nun diese Doktrin

die Evolution des Judaismus von seinen primitivsten Formen bis zum ethischen Monotheismus der universalistisch eingestellten Propheten als einen natürlich verlaufenden Entwicklungsprozeß darzustellen suchte, barg sie zweifellos einen gesunden Kern in sich. Was dem maßgebendsten Vertreter der neuen Doktrin vorzuwerfen ist, ist lediglich die Art, wie er sie zur Anwendung brachte, die Einseitigkeit seiner historischen Grundauffassung, von der sich übrigens selbst die liberalsten christlichen Theologen nicht freizumachen vermögen: gelten ihnen doch in der Entwicklung der jüdischen Religion lediglich deren universalistische Elemente als wertvoll, während sie die nationalen Erscheinungsformen des Judentums rundweg ablehnen. So wird denn auch die Periode, in der die jüdische Nation innerhalb der hellenistisch-römischen Umwelt feste Form gewonnen hat, von ihnen herkömmlicherweise als eine Zeit des Verfalls, der Entartung des religiösen Bewußtseins hingestellt, das erst im Christentum erneut lebendig geworden sei. Dieser kulturhistorische Antijudaismus bildete eine bemerkenswerte Parallelerscheinung zu dem damaligen sozial-wirtschaftlichen Antisemitismus. — Größerer Objektivität befleißigte sich bei der Wiedergabe der Geschicke Judäas in der Epoche der Entstehung des Christentums der Verfasser der dreibändigen „Geschichte des jüdischen Volkes im Zeitalter Jesu Christi" (1890—1902), der Göttinger Professor *Emil Schürer*. Wiewohl Schürer das ganze für die politische Geschichte dieser Epoche in Betracht kommende Quellenmaterial viel gründlicher als Graetz durchgearbeitet hatte, war es ihm, dem christlichen Theologen, dennoch nicht gegeben, dem inneren Zusammenhang zwischen der Entstehung des Christentums und der großen nationalen Krise im Judentum, das damals an seinem historischen Scheidewege stand[1]), auf den Grund zu kommen. Eine wahrhaft vorurteilslose Erforschung der ältesten Epochen der jüdischen Geschichte, des Mutterbodens zweier Weltreligionen, ist nur dann möglich, wenn auch diese besonders bedeutsamen Partien der Weltgeschichte jener allgemeinen soziologischen Grundauffassung untergeordnet werden, für die hinter dem Kampf der Ideen deren reale Träger lebendig bleiben, in dem hier in Frage stehenden Falle also — das lebendige, um sein Dasein kämpfende jüdische Volk.

[1]) Vgl. das Schlußkapitel des zweiten Bandes dieser „Geschichte" sowie die dazu gehörige Note 5.

Zweites Kapitel

Der Antisemitismus in Österreich-Ungarn (1881—1900)

§ 7. Deutschösterreich. Die Agitation in Wien und der Rohling-prozeß

Die Ursachen, die der antisemitischen Bewegung in Deutschland und in Österreich zugrunde lagen, waren ebenso verschieden wie die politischen Geschicke und die Zusammensetzung der Bevölkerung dieser beiden Kaiserreiche. Im Gegensatz zu dem vom Kriegsglück berauschten Deutschland fehlten in Österreich-Ungarn die entsprechenden psychologischen Voraussetzungen für die Reaktion: die auf die Spitze getriebene Anbetung des Militarismus sowie die krankhaften Auswüchse des Prinzips der Allmacht des Staates. Die Hauptsorge der Doppelmonarchie war darauf gerichtet, die verschiedenen in ihrem Machtbereich zusammengedrängten und von zentrifugalen Kräften beherrschten Nationen im Staatsverbande festzuhalten. Von einem uniformistischen Staatsnationalismus konnte in Österreich-Ungarn keine Rede sein, da es ja mehrere miteinander rivalisierende Nationen umfaßte: in den deutschsprachigen Gebieten (in Nieder- und Oberösterreich) beanspruchten die Deutschen die nationale Souveränität, in Böhmen und Mähren machten ihnen dieses Hoheitsrecht die Tschechen streitig, in Galizien herrschten die Polen vor, in dem autonomen Ungarn die Magyaren. Jede dieser Territorialnationen ging darauf aus, die zwischen ihnen eingekeilten kleineren nationalen Gruppen aufzusaugen, sie sich restlos zu assimilieren. In Deutschösterreich suchte man diese nationalen Enklaven zu germanisieren, in den slawischen Gebieten zu slawisieren, in Ungarn zu magyarisieren. Am prekärsten gestaltete sich angesichts dieses Nationalitätenhaders die Lage der Juden: während jede an-

erkannte nationale Minderheit sich lediglich gegen die nationale Mehrheit des betreffenden Gebietes zu behaupten hatte, waren die Juden, die man offiziell nicht einmal als Nation gelten lassen wollte, fast allenthalben zwischen zwei Feuer geraten. Konnten es die Tschechen, Polen und Ungarn nicht ruhig mitansehen, daß sich die in ihrer Mitte lebenden Juden von den Deutschen assimilieren ließen und dadurch den gemeinsamen Gegner stärkten, so nahmen die Deutschen ihrerseits schwersten Anstoß daran, daß gewisse jüdische Kreise der Tschechisierung, Polonisierung und Magyarisierung verfielen. So waren denn die Juden mehrfachem Druck, dem seitens sämtlicher sich bekämpfenden nationalen Parteien ausgesetzt. Infolge des Mangels eines geschlossenen Territoriums wurden sie von keiner Seite als Sondernation anerkannt, ungeachtet dessen, daß das zweite äußere Kennzeichen der Nationalität, eine besondere Umgangssprache, ein auffälliges Charakteristikum der eingesessenen jüdischen Massen sowohl in Galizien und der Bukowina als auch zum Teil in Ungarn war.

Hätte die verhängnisvolle Verirrung dieser Zeit die politischen Führer der Judenheit nicht dazu bewogen, den rechtmäßigen Anspruch auf den Titel einer Nation preiszugeben, so wären die Juden in der Lage gewesen, statt *zwischen* den anderen nationalen Gruppen ratlos hin und her zu pendeln, *neben* diesen planmäßig zu kämpfen, und zwar nicht um die fremde, sondern um die eigene nationale Selbstbestimmung. Das Schlimmste an der Lage der Juden in der buntscheckigen Monarchie war aber gerade der Umstand, daß sie *zwischen den Nationen* umherirrten. Hinzu kamen die kulturellen und sozialen Gegensätze innerhalb der Judenheit selbst, die in Österreich-Ungarn viel schärfer waren als etwa in Deutschland: der germanisierte Wiener Jude hatte mit dem urwüchsigen und zumeist völlig unkultivierten galizischen Chassid kaum etwas gemein, und auch in Ungarn war die Distanz zwischen den magyarisierten Reformern und der großen Masse der fanatischen Altfrommen nicht weniger groß. Außerdem war der innerhalb der Judenheit bestehende Gegensatz zwischen Reich und Arm sehr kraß: den Wiener Großkapitalisten standen auf der anderen Seite die bettelarmen Galizier gegenüber, die sich nicht selten in ihren Lumpen auf den vornehmsten Straßen der Reichshauptstadt sehen ließen. All diese national-kulturellen und sozial-wirtschaftlichen Kontraste hatten unter anderem zur Folge, daß

die antisemitische Bewegung in den verschiedenen Gebieten Österreich-Ungarns ein besonderes Gepräge erhielt, je nachdem sie sich gegen den einen oder den anderen Zweig der dortigen Judenheit richtete, die zahlenmäßig dreimal so stark war wie die Deutschlands.

In den letzten zwei Dezennien des XIX. Jahrhunderts stieg die Gesamtzahl der in der österreichisch-ungarischen Monarchie ansässigen Juden auf nahezu *zwei Millionen* an. In Zisleithanien gab es im Jahre 1880 — 1 005 000, im Jahre 1890 — 1 143 000 und im Jahre 1900 — 1 225 000 Juden; die entsprechenden Zahlen für Ungarn sind rund 638 000, 725 000 und 850 000. Es bedeutete dies, daß die Juden in der Doppelmonarchie durchschnittlich 4½ Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, doch war ihr Anteil an dieser in den einzelnen Kronländern viel höher, so z. B. in Galizien, wo die Juden im Durchschnitt 12 Prozent der Landesbevölkerung, in manchen Städten sogar 30—57 Prozent der gesamten Einwohnerzahl ausmachten. Bei einem solchen Kräfteverhältnis mußte der Wettbewerb der Juden mit der übrigen Bevölkerung in gewissen Zweigen der Volkswirtschaft mit ganz besonderer Schärfe zutage treten[1]). Dieser soziale Antagonismus bildete nun für den aus Deutschland verschleppten Bacillus des Antisemitismus einen überaus günstigen Nährboden. Das erste Zeichen zum Kampf gab *Wien*, wo das rapide Anwachsen der jüdischen Bevölkerung dem christlichen Bürgertum schwere Sorge bereitete. Hatte sich doch die Zahl der Juden in der Reichshauptstadt schon kurze Zeit nach der Emanzipation fast verdoppelt (73 000 Juden im Jahre 1880 gegen nur 40 000 im Jahre 1869), um auch weiterhin, bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts, im gleichen Verhältnis zuzunehmen. (So gab es in Wien im Jahre 1890 — 118 000 und im Jahre 1900 bereits 147 000 Juden.) Von ihrer Rechtlosigkeit befreit, entfalteten die Wiener Juden ihre entfesselten Kräfte in einem noch viel höheren Maße als selbst ihre Berliner Stammesgenossen und stiegen rasch auf der sozialen Stufenleiter empor. Viele von ihnen

[1]) Beruflich gliederten sich die österreichischen Juden gegen Ende des XIX. Jahrhunderts in folgender Weise: vom Handel ernährte sich beinahe die Hälfte der gesamten jüdischen Bevölkerung (nach der Zählung von 1900 von 1 225 000 Seelen rund 535 000), von Handwerk und Fabrikindustrie etwa ein Drittel (351 000), in den freien Berufen und im Staatsdienst war etwa der sechste Teil (198 000) tätig und in der Landwirtschaft etwas mehr als der zehnte Teil (140 000). Die Verteilung auf die einzelnen Berufe war hier somit weniger einseitig als in Deutschland (oben, § 6). Ähnlich war auch die Berufsgliederung der jüdischen Bevölkerung in Ungarn.

errangen eine angesehene Stellung als Beamte, Lehrer, Anwälte oder Journalisten. Diese letzteren gaben in den maßgebendsten liberalen Zeitungen (in der „Neuen Freien Presse" und anderen Blättern) den Ton an. Das vornehmlichste Betätigungsfeld für die freigewordene Energie stellte allerdings der den Juden von jeher vertraute Bereich des Handels dar. Die aus der Provinz herbeiströmenden Geschäftsleute machten die Reichshauptstadt zu einem lärmerfüllten Handelszentrum und rissen sie in den Strudel eines übereilten Gründertums nach Berliner Vorbild mit. Als es dann im Jahre 1873 in Wien zu einer schweren Börsenkrise, dem sogenannten „Krach" kam, wurde dieser ausschließlich den Juden zur Last gelegt. Der Andrang von Juden aus dem galizischen „Halb-Asien" und sonstigen entlegenen Reichsprovinzen war den Bürgern von Wien, die das verjährte Privileg „de non tolerandis judaeis" noch frisch in Erinnerung hatten, ein unüberwindliches Ärgernis. Viele dieser Bürger trauerten den glücklichen Zeiten nach, da die christlichen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Vertreter der freien Berufe die jüdische Konkurrenz, die zugleich mit den Warenpreisen auch den Verdienst herabsetzte, noch nicht zu fürchten brauchten.

Bemerkenswert ist, daß auch in Österreich der neu auflodernde Judenhaß von einem Manne geistlichen Standes, dem katholischen Doppelgänger des preußisch-protestantischen Pastors Stöcker, entfacht wurde. Es war dies der Kanonikus und Prager Theologieprofessor *August Rohling*, der bereits im Jahre 1875 eine Schmähschrift gegen das Judentum unter dem Titel „Der Talmudjude" veröffentlicht hatte. Das Pamphlet frischte einen alten, längst in Vergessenheit geratenen Trugschluß auf: da die Ausfälle des Talmud gegen die Heiden zugleich auf die Christen gemünzt seien und diese daher von den Talmudtreuen verachtet werden müßten, so dürften auch die Juden in einem christlichen Staate nicht geduldet werden. Die von dem Judenhasser aus der Rumpelkammer der Geschichte hervorgeholte rostige Waffe erweckte indessen keineswegs nur archäologisches Interesse. Es entbrannte eine heftige Polemik. Dem Pamphletisten wurde vorgeworfen, daß er ein Plagiat an dem „Entdeckten Judentum" von Eisenmenger (Band VII, § 38) begangen und Exzerpte aus dem Talmud gefälscht habe. Diese Polemik führte aber nur dazu, daß das armselige Elaborat wachsende Beachtung fand, jahraus jahrein neu verlegt und von rührigen Kolporteuren in einer deutschen und tsche-

chischen Ausgabe massenhaft vertrieben werden konnte. Rohling hatte die Stirn, zu erklären, daß er bereit sei, jedem, der ihm auch nur ein einziges falsches Zitat nachweisen würde, tausend Gulden auszuzahlen. Allerdings löste er sein Wort auch dann nicht ein, als hochangesehene christliche Theologen die Lügenhaftigkeit seiner Behauptungen ans Licht brachten. War doch der bekannte protestantische Theologe und Hebraist Franz Delitzsch aus Leipzig in seiner 1880 publizierten Besprechung des Buches von Rohling zu dem Schlußergebnis gelangt, daß der Verfasser sich gemeinster Verleumdung, irreführender Übertragung, Entstellung zitierter Textstellen sowie falscher Auslegung schuldig gemacht und daß er vom talmudischen Schrifttum überhaupt keine blasse Ahnung habe. Rohling hüllte sich aber in Schweigen. Eine Gruppe von einflußreichen Klerikalen in Wien und die ihnen zur Verfügung stehende Presse („Wiener Kirchenzeitung", „Vaterland") stärkten dem Fälscher den Rücken. Ein geschworener Feind der Protestanten und Juden, war eben Rohling nichts als ein Werkzeug jener Finsterlinge, die es darauf abgesehen hatten, sich in Österreich für den „Kulturkampf" schadlos zu halten, der damals in Deutschland gegen die Katholiken, nicht ohne Mitwirkung der jüdischen Liberalen, geführt wurde.

Als in Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre die antisemitischen Organisationen auftauchten, witterten die österreichischen Judenhasser Morgenluft. Wien war eifrig bestrebt, nicht hinter Berlin zurückzubleiben. Die aus Deutschland importierte Modeware wurde zuerst von dem deutschen Chauvinisten *Georg von Schönerer* auf den politischen Markt gebracht. Schönerer war der Führer der Fraktion der Alldeutschen im österreichischen Reichsrat. Gleich Stöcker versuchte er zunächst, den Antisemitismus den werktätigen Massen als einen „christlichen Sozialismus" mundgerecht zu machen, vermochte aber die Wiener Arbeiter nicht zu täuschen und beeilte sich daher, die nationale Flagge zu hissen. In seinen Hetzreden und Artikeln (seit 1882 gab er das Blatt „Unverfälschte deutsche Worte" heraus) kam Schönerer immer wieder auf den Gedanken zurück, daß die Judenheit der Donaumonarchie zugunsten der Slawen und Magyaren und gegen das Deutschtum wirke. Die Brandreden Schönerers konnten freilich im Reichsrat, in dem sämtliche Nationen Österreichs vertreten waren und der Pangermanismus als eine Wahnidee galt, keinen Anklang finden. Desto größer war der Erfolg der antisemitischen Volks-

verführer, die ihre Agitation unter dem Wiener Kleinbürgertum, den Krämern, Handwerkern und Gastwirten entfalteten und sich hierbei in erster Linie auf wirtschaftliche Argumente stützten. Es gelang ihnen bald, antisemitische Vereine ins Leben zu rufen, den „Verband der christlichen Gewerbetreibenden" und die sogenannte „Reformpartei", deren eigentliches Ziel aber die Gegenreform, die Aufhebung oder Schmälerung der Bürgerrechte der Juden war. Die Straßenagitation, der alle persönlich Interessierten und namentlich die radaulustigen Elemente der Stadtbevölkerung ein williges Ohr liehen, blieb nicht ohne Folgen: im lebenslustigen Wien kam es zu ähnlichen skandalösen Auftritten wie in Berlin. In den von Juden am dichtesten bevölkerten Stadtvierteln rempelten die Antisemiten die jüdischen Passanten an, und ähnlich war an den Wiener Hochschulen das Verhalten der deutschen Studenten ihren jüdischen Kollegen gegenüber. In den Wirtshäusern, in denen die Antisemiten ihre Versammlungen abzuhalten pflegten, wurden unzweideutige Drohreden gegen die Juden gehalten, wobei sich die wutschnaubenden Hetzer auf den „gelehrten" Rohling beriefen und durch erfundene Zitate aus dem Talmud ihre Hörer in Erregung versetzten.

Im Frühjahr 1882 hielt einer dieser Hetzredner, ein gewisser Franz Holubek, in einer von Schönerer geleiteten Versammlung des „Verbandes der christlichen Gewerbetreibenden" eine Rede, in der er sich zu den folgenden Albernheiten verstieg: „Der Jude ist nicht mehr unser Mitbürger; er hat sich zu unserem Herrn aufgeworfen; er ist unser Herr und Bedränger geworden . . . Wißt Ihr, wie Ihr in diesem Buche (dem Talmud) bezeichnet seid? Als eine Horde von Schweinen, Hunden und Eseln". Als nun Holubek wegen Aufreizung zu Gewalttaten zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wurde, legte sein Verteidiger zur Entlastung des Beschuldigten ein entsprechend zugestutztes, der Schrift von Rohling entnommenes Talmudzitat vor. Holubek selbst erklärte seinerseits, daß eine „wissenschaftliche" Charakteristik des Verhaltens der Juden gegen die Andersgläubigen, die sich auf eine so zuverlässige Quelle wie das Werk des Prager Professors gründe, unmöglich als Aufforderung zum Religionshaß qualifiziert werden könne. Das Gericht ließ sich durch diese Argumente beeinflussen und sprach Holubek frei. Der Freispruch bedeutete aber eine direkte Herausforderung des Judentums, das ja auf diese Weise in aller Form des obligatorischen Christenhasses geziehen wurde. So

erschien denn zwei Tage später (am 30. Oktober 1882) in den Wiener Zeitungen eine offizielle, von den beiden Rabbinern Güdemann und Jellinek unterzeichnete Erklärung des Inhalts, daß die dem Gericht vorgelegte, der Rohlingschen Schrift entlehnte Belegstelle im Talmud nicht enthalten sei, in dem man auch überhaupt keine einzige christenfeindliche Äußerung finden könne. Durch diese Abfuhr gereizt, veröffentlichte Rohling zunächst in einer Zeitung und sodann auch in einer Sonderschrift seine „Antwort an die Rabbiner", in der er gegen diese in gröbstem Tone die Beschuldigung erhob, sie hätten die das Judentum bloßstellenden Talmudstellen einfach unterschlagen. Die Entgegnung Rohlings bestärkte viele seiner Leser noch mehr in dem Glauben, daß es tatsächlich talmudische Vorschrift sei, die Christen zu hassen. Der Mangel an Zivilcourage, wie er in der Kundgebung der Wortführer der Wiener Gemeinde zutage getreten war, mochte der Verbreitung solcher irrigen Ansichten Vorschub geleistet haben. Die Rabbiner hätten nämlich ihre Behauptung, daß im Talmud keine antichristlichen Stellen enthalten seien, dahin präzisieren müssen, daß die Rede hierbei von *Vorschriften*, nicht aber von den fremden Glauben herabsetzenden *Privatansichten* sei, deren es im Talmud freilich nicht weniger als in den Evangelien, den Apostelbriefen und namentlich den von judenfeindlichen Ausfällen strotzenden Werken der Kirchenväter gibt. Das Hauptargument der Verteidiger hätte darin bestehen sollen, daß die Christen nicht berechtigt seien, den Juden jene in ihrem alten Schrifttum anzutreffenden Aussprüche vorzuhalten, die ja letzten Endes nur eine Entgegnung auf die viel schärferen Ausfälle des damaligen kirchlichen Schrifttums gewesen seien, denen bekanntlich der weltliche Arm immer wieder einen ganz besonderen Nachdruck zu verleihen pflegte.

Um diese Zeit hatte die Nachricht von einem angeblichen Ritualmord in Tisza-Eszlar in beiden Hälften der Habsburgermonarchie größte Erregung ausgelöst, und allenthalben verfolgte man mit atemloser Spannung den Verlauf des Prozesses, in dem der minderjährige Sohn des angeklagten Juden als Belastungszeuge auftrat (unten, § 10). Die Antisemiten nahmen die Gelegenheit wahr, um im Lande eine fieberhafte Agitation zu entfalten. Rohling trat erneut mit einer Hetzschrift unter dem Titel: „Das Menschenopfer des Rabbinismus" auf den Plan, in der er die perfide Verleumdung zu begründen versuchte. Dieser Funke drohte den ganzen angehäuften Zündstoff zu einer

furchtbaren Explosion zu bringen. Es ging nicht länger an, sich allein auf die Veröffentlichung von Gegenbehauptungen in den Zeitungen zu beschränken: es galt, dem böswilligen Verleumder durch ein gerichtliches Urteil das Handwerk zu legen. Die Angelegenheit nahm einer der in jener schüchternen Generation so spärlich vertretenen mutigen Männer in seine Hand, der Reichstagsabgeordnete und Gemeinderabbiner von Floridsdorf (bei Wien) Dr. *Joseph S. Bloch*. Um die Wende des Jahres 1882 veröffentlichte er in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" eine Reihe von Artikeln, in denen er aufs überzeugendste nachwies, daß der sich als Gelehrter aufspielende Rohling im talmudischen und rabbinischen Schrifttum ein völliger Ignorant sei und daß seine Schriften von entstellten und mißverstandenen Zitaten wimmelten[1]). Unter anderem erklärte Bloch, daß Rohling den Talmud nie im Original gelesen habe, und verpflichtete sich, eine Buße von dreitausend Gulden zu erlegen, falls der Theologieprofessor imstande sein würde, eine aufs Geratewohl herausgegriffene Talmudseite auf der Stelle richtig zu übersetzen. Statt dieser Aufforderung Folge zu leisten, tat Rohling öffentlich kund, daß er bereit sei, die Zuverlässigkeit seiner das Bestehen verbrecherischer jüdischer Riten beweisenden Zitate aus dem rabbinischen Schrifttum vor Gericht zu beeiden. Hiermit hatte er sich in aller Form erbötig gemacht, in dem Tisza-Eszlar-Prozeß als vereidigter Sachverständiger gegen die Juden auszusagen. Daraufhin erklärte Bloch in den Zeitungen, daß sich Rohling anheischig gemacht habe, einen Meineid zu leisten. Auf diese Weise sollte der Prager Verleumder genötigt werden, seinen Ankläger wegen übler Nachrede zu belangen und dem Gericht über sein ganzes Treiben Rede und Antwort zu stehen. Rohling säumte denn auch nicht, Bloch bei einem Wiener Gericht zu verklagen. Da Bloch die Abgeordnetenimmunität genoß, so bedurfte es zur Einleitung des Strafverfahrens der Zustimmung des Reichsrats, die zu Beginn des Jahres 1884 auch erteilt wurde.

Im Bestreben, die Wahrheit vor Gericht ganz aufzudecken, sorgten Bloch und sein talentvoller Anwalt Joseph Kopp dafür, daß den Sachverständigen das gesamte einschlägige wissenschaftliche Material zur Verfügung stehe: alle in Frage kommenden Belege aus dem rabbini-

[1]) So übersetzte Rohling, durch den Wortklang irregeleitet, die im Talmud oft vorkommende Wendung „margela be'pume" („er pflegte zu sagen") mit den Worten: „eine Perle in seinem Munde".

schen und altchristlichen Schrifttum, und zwar im Urtext, sowie sonstige Belege jeglicher Art. Bei der Ernennung der zu vernehmenden Sachverständigen entbrannte ein heftiger Streit. Bloch hatte nämlich den Antrag gestellt, die Wahl der „Deutschen Morgenländischen Gesellschaft" zu überlassen, deren Autorität nicht in Zweifel gezogen werden konnte. Die Gesellschaft machte denn auch einige Fachmänner namhaft, doch erklärten die meisten von ihnen, mit der umstrittenen Frage nicht genügend vertraut zu sein, während der zur Ausarbeitung eines Gutachtens bereite und allseitig anerkannte Hebraist Franz Delitzsch von Rohling aus dem Grunde abgelehnt wurde, weil der Leipziger Gelehrte ihm bereits vor Jahren in der oben erwähnten Rezension in schroffster Weise entgegengetreten war. So beschloß das Gericht, von den seitens der Verteidigung in Vorschlag gebrachten Experten lediglich den Straßburger Orientalisten Nöldeke heranzuziehen. Rohling machte seinerseits den Versuch, dem Gericht den „ehemaligen Rabbiner" Brimann sowie den völlig unbedeutenden Dozenten der hebräischen Sprache an der katholischen Akademie von Münster Dr. Ecker als „Fachmänner" aufzudrängen. Bald wurde jedoch festgestellt, daß Brimann eine überaus dunkle Vergangenheit hinter sich habe. Aus Krakau gebürtig, hatte sich Aaron Brimann als angeblicher Talmudgelehrter längere Zeit in Holland und Deutschland herumgetrieben und war, nachdem man ihn als Betrüger entlarvt hatte, zunächst zum Protestantismus, sodann zum Katholizismus übergetreten. Daraufhin hatte er auf Anregung seiner sich um Rohling und die preußischen Eiferer der katholischen Kirche scharenden Gönner im erzkatholischen Paderborn unter dem Pseudonym *Dr. Justus* die Schmähschrift: „Der Judenspiegel oder hundert neu entdeckte noch geltende Gesetze über das Verhältnis der Juden zu den Christen, mit einer sehr interessanten Einleitung" veröffentlicht (1883). Das gemeine Machwerk ist zur Genüge dadurch charakterisiert, daß die entsprechend verbrämte Wiedergabe einiger Auszüge daraus in einem gleichgesinnten preußischen Blatte dem Redakteur ein Strafverfahren wegen Verletzung des Religionsfriedens einbrachte. Dieser feile Renegat, sowie der geschworene Judenfeind Ecker, von denen eben Rohling, wie sich herausstellte, seine umstrittenen Belege bezogen hatte, sollten nun als unparteiische Gutachter gehört werden. Der üble Leumund der beiden vorgeschlagenen Sachverständigen machte sie indessen für das Gericht von vornherein unannehmbar. So wurde außer

Nöldeke als sachkundiger Fachmann nur noch der Dresdener Gelehrte Wünsche hinzugezogen, der sich durch seine Verdeutschung der talmudischen Haggada einen Namen gemacht hatte. Die von Nöldeke und Wünsche eingereichten Gutachten bestätigten aufs neue den pseudowissenschaftlichen Charakter der Schriften Rohlings, indem sie diese als Frucht verbissener Ignoranz und betrügerischer Manipulationen, zum Teil allerdings auch eines Selbstbetruges kennzeichneten. Rohling sah nunmehr ein, daß der Richterspruch ihm nur Schande bringen würde, und beeilte sich daher, seine Klage gegen Bloch zurückzuziehen und die Einstellung des Verfahrens zu beantragen (1885). Der schärfste Urteilsspruch hätte nicht wirksamer sein können, als die auf diese Weise offenkundig gewordene Selbstverurteilung. Die gebildeten Kreise waren sich fortan darüber klar, was von den Schmähschriften Rohlings und des Justus Brimann zu halten sei, und nur die von ihrem Judenhaß völlig verblendeten Hetzer (so Schmakow in Rußland) standen nicht an, sich auch weiterhin auf die entlarvten Fälscher als auf maßgebende Kapazitäten zu berufen.

§ 8. Die Antisemiten im Wiener Gemeinderat

Die österreichische Regierung, an deren Spitze lange Jahre (1879 bis 1893) hindurch Graf Taaffe stand, zeigte nicht nur keine Neigung, die antisemitische Bewegung, sei es offen oder insgeheim, zu unterstützen, sondern trat dieser sogar entgegen, indem sie die Staatsanwaltschaft anwies, besonders wild sich gebärdende Hetzer zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Zwar war die Regierung, die zwischen den verschiedensten national-politischen Strömungen lavieren mußte, nicht in der Lage, den Antisemitismus in seinen mannigfachen Spielarten systematisch zu bekämpfen, doch zeichnete sich die Judenpolitik Österreichs, etwa im Gegensatz zu der Preußens, wenigstens durch ehrliche Eindeutigkeit aus. Wiewohl von konservativen Würdenträgern umgeben und keineswegs judenfreundlich, ließ sich der Kaiser Franz Joseph vom Antisemitismus, der ihm namentlich wegen seiner gemeinen, volksverhetzenden Demagogie zuwider war, nicht beeinflussen und brachte sogar wiederholt seinen Unwillen über die von den Antisemiten im Parlament und im Wiener Gemeinderat hervorgerufenen Skandale zum Ausdruck. Als einmal während einer Theatervorführung ein judenfeindlicher Schlager gesungen wurde, zögerte

der Kaiser nicht, den Zuschauerraum in demonstrativer Weise zu verlassen. Den bei ihm vorsprechenden jüdischen Abordnungen tat Franz Joseph immer aufs neue seinen festen Willen kund, die bürgerlichen Rechte der Juden vor jedem Anschlag zu schützen, weshalb er sich auch in jenen jüdischen Kreisen, die auf das offiziell bekundete Wohlwollen des Monarchen den allergrößten Wert legten, wachsender Volkstümlichkeit erfreute. Angesichts der von Kaiser und Regierung dem Antisemitismus gegenüber eingenommenen Haltung mußten sich nun die Judenhasser eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, ohne daß die Bewegung selbst dadurch zum Stillstand gekommen wäre.

Die antisemitische Agitation hatte nämlich inzwischen Früchte getragen. Bei den Reichsratswahlen des Jahres 1884, die im Zeichen eines leidenschaftlichen Kampfes zwischen Antisemiten und Liberalen standen, erhielten mehrere Wortführer der ersteren, darunter der berüchtigte Judenhasser Dr. Patai, der Rechtsbeistand Rohlings im obenerwähnten Prozeß gegen Bloch, Sitz und Stimme im Parlament. Nach den Wahlen von 1891 waren die Antisemiten im Reichsrat bereits durch dreizehn Abgeordnete vertreten, von denen die bekanntesten neben Patai der schon erwähnte Schönerer, Fürst Liechtenstein und der Abgeordnete Schneider waren. Die meisten antisemitischen Abgeordneten gehörten zugleich dem niederösterreichischen Landtag an und hatten so die Möglichkeit, in die Angelegenheiten des wichtigsten Landes Deutsch-Österreichs entscheidend einzugreifen. In dem von einer reaktionären Mehrheit beherrschten niederösterreichischen Landtag durften sich nämlich die Antisemiten nach Herzenslust austoben: die von den judenfeindlichen Landtagsabgeordneten, wie Schneider oder Gregorig, gehaltenen Brandreden sprachen allem parlamentarischen Anstand geradezu Hohn. Bald sollte sich diesen politischen Giftmischern ein Mann anschließen, der sich ehedem als ein Parteigänger der Demokraten aufgespielt und sogar mit jüdischen Politikern freundschaftlichen Umgang gepflogen hatte. Es war dies der Wiener Rechtsanwalt Dr. *Karl Lueger*. Mitglied des Reichsrats und Landtags sowie Wiener Stadtverordneter, warf Lueger plötzlich die von ihm vertretenen fortschrittlichen Prinzipien über Bord, um zum Sprecher des „christlichen Wien" zu werden, jenes Kleinbürgertums, dem die jüdische Konkurrenz von altersher ein Dorn im Auge war. Ein Schauspieler auf der Rednertribüne, verstand er es, die Menge durch antisemitische Tiraden in seinen Bann zu ziehen und wurde bald zum Ab-

gott der Straße. In Anlehnung an den von Stöcker seinerzeit erfundenen „christlichen Sozialismus" griff er in einem Atem das Judentum, den Liberalismus und die Großbourgeoisie an. Besonderen Anklang fand die Demagogie Luegers bei den Organen der hauptstädtischen Selbstverwaltung. Zu Beginn der neunziger Jahre errangen die in der „Christlich-Sozialen Partei" zusammengeschlossenen Antisemiten bei den Wahlen zum Wiener Gemeinderat fünfunddreißig Sitze. Diese Luegersche Garde versäumte keine Gelegenheit, um die Sitzungen des Gemeinderats durch tumultuarische Auftritte, die zuweilen auch noch auf der Straße ihre Fortsetzung fanden, zu stören. Mit dem groben und gröbsten Unfug auf den Straßen und in den Kneipen harmonierte aufs trefflichste das herausfordernde Benehmen der nationalistisch gesinnten deutschen Studenten gegen ihre jüdischen Kommilitonen und deren christliche Freunde.

Bei den Kommunalwahlen von 1895 eroberten die mit den Großdeutschen zusammengehenden Antisemiten eine so große Zahl von Stadtverordnetensitzen, daß sie zusammen mit ihren Bundesgenossen im Gemeinderat über eine feste Mehrheit verfügten und die Wahl Luegers zum Bürgermeister von Wien durchsetzen konnten. Schon glaubten die siegestrunkenen Antisemiten die Stadt mitsamt ihrer jüdischen Einwohnerschaft in ihrer Gewalt zu haben, als sie zu ihrer größten Betrübnis erfahren mußten, daß der Kaiser nicht willens sei, den Führer der Radaupartei in dem ihm anvertrauten repräsentativen Amte zu bestätigen. Als die Antisemitenfraktion daraufhin die Regierung im Reichsrat über die Gründe ihres ablehnenden Verhaltens gegen Lueger befragte, gab Ministerpräsident Graf Badeni die Erklärung ab, daß es nicht ratsam erscheine, mit der Würde des Stadtoberhauptes einen Mann zu betrauen, dessen Grundanschauung keine Gewähr für eine sachliche, leidenschaftslose, von allen agitatorischen Tendenzen freie und dem Prinzip der Bürgergleichheit gerecht werdende Verwaltung biete. Die Mehrheit des Reichsrates gab sich denn auch, ohne den protestierenden Schimpfreden der Antisemiten Beachtung zu schenken, mit der Regierungserklärung zufrieden (am 8. November). Der von den Antisemiten beherrschte Gemeinderat wählte aber Lueger einige Tage später in demonstrativer Weise erneut zum Bürgermeister und wurde ob solcher Starrköpfigkeit unmittelbar nach der Wahl durch einen Erlaß des Statthalters von Niederösterreich aufgelöst. Aus dem Stadthaus verwiesen, zogen die

um ihre Mandate gekommenen Radaumacher an der Spitze einer Menge von Gleichgesinnten mit dem Ruf: „Nieder mit Badeni! Hoch Lueger!" zur Hofburg, vor der sie eine regierungsfeindliche Kundgebung veranstalteten.

Bei den im März 1896 wieder vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen gewannen die Antisemiten und deren Bundesgenossen erneut die Mehrheit der Gemeinderatssitze, woraufhin Lueger zum dritten Male zum Bürgermeister der Reichshauptstadt gewählt wurde. Nun mußten sich Regierung und Stadtverwaltung zu einem Kompromiß bequemen. Der Kaiser bewilligte dem neugewählten Bürgermeister eine Audienz, deren Ergebnis das folgende diplomatische Übereinkommen war: Lueger sollte auf das Oberbürgermeisteramt zugunsten irgendeines Mannes seines Vertrauens provisorisch verzichten, bei der nächsten Wahl aber ohne weiteres im Amte bestätigt werden. Das Possenspiel wurde prompt in Szene gesetzt. Als Bürgermeister wurde der antisemitische Buchhändler Strohbach bestätigt, der aber in Wirklichkeit nur eine Marionette in der Hand des gleichzeitig zum Vizebürgermeister gewählten Lueger war und darum auch von den Wienern den auf seinen Familiennamen anspielenden Spitznamen „Strohmann" erhielt. Bald sollte jedoch die Strohpuppe ganz entbehrlich werden, da Lueger, 1897 wieder zum Bürgermeister gewählt, diesmal anstandslos im Amte bestätigt wurde.

Der neu bestellte Magistrat zeigte bald seine Krallen. Er machte den Juden alle höheren Ämter in der städtischen Verwaltung unzugänglich, schloß die jüdischen Kaufleute von der Zuteilung von Aufträgen grundsätzlich aus und ließ den bereits von früher her tätigen jüdischen Kommunalbeamten und städtischen Lieferanten eine solche Behandlung zuteil werden, daß sie selber auf jede Tätigkeit im Dienste der Stadt verzichteten. Die jüdischen Händler, namentlich die auswärtigen, so die aus Galizien zugewanderten, wurden in jeder Weise schikaniert. Den unbemittelten jüdischen Schülern der städtischen Gymnasien wurde das Schulgeld unter keinen Umständen erlassen. Auch kam es zu dem Versuche, die jüdischen Kinder in den Gemeindeschulen von den christlichen abzusondern (die Errichtung des Schulghettos kam nur infolge des Einspruchs der Regierung nicht zustande). Dieselben Unterdrückungsmaßnahmen wurden in ganz Niederösterreich durchgeführt, dessen Landtag den zweiten Stützpunkt der Wiener Antisemiten bildete. Die Provinzial- und Stadtverwaltun-

gen ließen es sich nunmehr angelegen sein, die Juden in Befolgung des Hauptgebotes des Antisemitismus aus dem bürgerlichen und wirtschaftlichen Leben mit dem gleichen Eifer zu verdrängen, mit dem das in der vorkonstitutionellen Zeit die reaktionären Regierungen zu tun pflegten.

Im Jahre 1893 kam es in Wien zu einem Presseprozeß, der in einem gewissen Zusammenhang mit dem Rohling-Prozeß stand und über die dunklen Machenschaften der schreibgewandten „Judenschläger" neues Licht verbreiten sollte. Der katholische Pfarrer Deckert, der in einer Flugschrift das Ritualmordmärchen verteidigt hatte und von dem Reichsratsabgeordneten Joseph Bloch in der „Österreichischen Wochenschrift" verspottet worden war, hatte sich nämlich in den Kopf gesetzt, die Wahrheit seiner Behauptungen zu erweisen. Es gelang ihm, einen Helfershelfer, den aus Polen stammenden jüdischen Renegaten *Paul Meyer*, aufzutreiben, der, um bei den Leipziger Missionaren einen gutbezahlten Posten zu ergattern, zum Christentum übergetreten war und daraufhin, gleich Justus-Brimann, die Gefolgschaft Rohlings mit Auszügen aus dem rabbinischen Schrifttum belieferte. Entsprechend belohnt, händigte nun Meyer dem Pfarrer Deckert eine schriftliche Erklärung des Inhalts aus, daß er in jungen Jahren in seiner Heimatstadt Ostrow (Kreis Lublin) Augenzeuge eines von dem dortigen Rabbiner und einigen Gemeindemitgliedern verübten Ritualmordes gewesen sei. Hierauf beeilte sich Deckert, das Schriftstück, in dem die angeblichen Täter sogar mit Namen genannt waren, in der katholischen Zeitung „Vaterland" zum Abdruck zu bringen. Das authentische, von einem ehemaligen Juden abgelegte Zeugnis machte Eindruck, und schon glaubte der Pfarrer seines Triumphes sicher zu sein. Die Wortführer der Wiener Judenheit mit Bloch an der Spitze traten indessen den Gaunern tatkräftig entgegen. Sie suchten die von Meyer in seinem Schreiben genannten Personen in Ostrow auf und bewogen diese, den Verleumder mitsamt seinen Hintermännern zu verklagen. So hatte denn die Affäre ein tragikomisches Nachspiel vor den Schranken des Wiener Strafgerichts. Der Hauptangeklagte Paul Meyer, der auf das Gericht einen überaus ungünstigen Eindruck machte, beteuerte zunächst, mit der veröffentlichten Erklärung nichts zu tun zu haben, wurde aber von Deckert, den er damit indirekt der Fälschung bezichtigte, als Lügner überführt. Zugleich ergab freilich die Gerichtsverhandlung, daß es der judenfeindliche

Pfarrer gewesen war, der den käuflichen Renegaten zur Abfassung des verleumderischen Schreibens angestiftet, ihm jedoch die Absicht, das Schriftstück im Wortlaut zu veröffentlichen, wohlweislich verheimlicht hatte. Nachdem das Gericht den Tatbestand allseitig geklärt hatte, legte es denn auch Deckert, Meyer und dem mitangeklagten Herausgeber der Zeitung „Vaterland", in der die Zuschrift Meyers erschienen war, Gefängnisstrafen und Geldbußen sowie die Verpflichtung auf, den Urteilsspruch außer im „Vaterland" in mehreren großen Wiener Blättern zu veröffentlichen. Die in den Hallen der Themis laut gewordene Stimme der Wahrheit war indessen nicht stark genug, um den Lärm der von wilden Leidenschaften beherrschten Straße übertönen zu können.

Der 1891 in Wien gegründete „Verein zur Abwehr des Antisemitismus", eine Schwesterorganisation der gleichnamigen Berliner Vereinigung, vermochte die durch den Antisemitismus verseuchte Luft nicht zu entgiften. An der Spitze des Wiener Vereins standen hochqualifizierte Vertreter der Gebildetenschicht, zumeist Christen, so der Baron Suttner, seine als Vorkämpferin des Pazifismus bekannt gewordene Gattin und der hervorragende Professor der Medizin Nothnagel, aber auch ein nicht minder hervorragender Gelehrter jüdischer Abstammung, der Geologe Eduard Sueß, der, zum Rektor der Wiener Universität gewählt, sein Amt infolge antisemitischer Studentenkrawalle niederlegte. Der Abwehrverein veranstaltete hin und wieder Volksversammlungen, um gegen die antisemitischen Ausfälle, wie sie namentlich im niederösterreichischen Landtag stets an der Tagesordnung waren, lauten Protest zu erheben. Nothnagel und seine Mitstreiter wurden nicht müde, den Antisemitismus als eine aus den niedrigsten Affekten stammende Lehre zu entlarven. Aber gerade weil die judenfeindliche Doktrin so beschaffen war, waren ihr die Idealisten vom alten Schlage nicht gewachsen. Recht geringes Interesse brachten die demokratische und sozialistische Partei dem Kampf wider den Judenhaß entgegen, wobei sich am lauesten die dem Judentum entstammenden und ihr Volkstum ostentativ verleugnenden Führer dieser Parteien zeigten. Der christliche Demokrat F. Kronawetter hielt es immerhin für geboten, in seinen Reichsratsreden den Antisemitismus in Anlehnung an Bebel als den „Sozialismus der Dummen" zu bekämpfen, wohingegen der konfessionslose Jude *Viktor Adler*, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, auf deren Parteitag

gegen die Aufrollung der jüdischen Frage auf dem bevorstehenden Brüsseler Kongreß der Arbeiter-Internationale (oben, § 4) auftrat. In einer vertraulichen Unterredung soll Adler sich dahin geäußert haben, daß der Antisemitismus, insofern er das Kleinbürgertum mit der Großbourgeoisie entzweie, letzten Endes dem Sozialismus zustatten komme. Auf dem Vormarsch zum Sozialismus der Klugen war also dessen Verfechter bereit, den Sozialismus der Dummen als eine Zwischenstation mit in Kauf zu nehmen, mochte auch dieser Umweg für die jüdischen Volksmassen noch so leidensvoll sein.

§ 9. Das slawische Österreich: Galizien und Böhmen

Die jüdische Bevölkerung des cisleithanischen Österreich war etwa zu drei Vierteln in Galizien und der Bukowina ansässig, wo sie im Zeitraum von 1880—1900 von 755 000 auf rund 900 000 Seelen angewachsen war und 11—13% der gesamten Landesbevölkerung ausmachte. Die Juden bildeten in diesen Provinzen nach wie vor die Mittelschicht, indem sie in den Städten, wiewohl zumeist besitzlos, Handel und Gewerbe trieben, auf dem flachen Lande aber als „Possessoren" (Pächter) eine Mittelstellung zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum einnahmen. In politischer Hinsicht gewann jetzt für die dortige jüdische Bevölkerung eine immer entscheidendere Bedeutung die Tatsache, daß sie zwischen drei sich befehdenden Nationen, den Deutschen, Polen und Ruthenen, eingeklemmt war. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung des politischen Lebens sahen sich die Juden genötigt, eine Entscheidung darüber zu treffen, welcher Nation sie sich zuzählen sollten, da ja das österreichische Gesetz, wie erinnerlich, die Judenheit nicht als eine besondere Nation gelten lassen wollte. Unter den acht offiziell anerkannten „landesüblichen" Sprachen fehlte nämlich die Umgangssprache der galizischen Juden, das „Jiddische". So waren denn diese gezwungen, bei den Volkszählungen als ihre Umgangssprache die deutsche oder die polnische anzugeben, mit der Folge, daß sie in schreiendem Widerspruch zu dem für die große Masse der galizischen Juden bezeichnenden besonderen nationalen Gepräge fremden Nationen zugezählt wurden. Die jüdische Oberschicht verfiel allerdings seit den achtziger Jahren in immer steigendem Maße der an Stelle der Germanisierung tretenden Polonisierung. Als die in Galizien sozial und politisch herrschende Schicht lie-

ßen die Polen nichts unversucht, um gleichzeitig sowohl Ruthenen wie Juden zu polonisieren. Nun waren die in Ostgalizien (im Gebiet von Lemberg) die kompakte Masse der Landbevölkerung bildenden Ruthenen der Polonisierung nur schwer zugänglich, wohingegen die in den Städten der beiden Hälften Galiziens (insbesondere der westlichen, der Gegend um Krakau) unter den Polen verstreut lebenden Juden häufig genötigt waren, sich aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen mit dem Polentum zu identifizieren. Reale Bedeutung kam freilich dieser Assimilation, wie erwähnt, lediglich in den höheren jüdischen Kreisen zu, während sie, soweit die Massen in Frage kamen, nur nomineller Natur war und sich ausschließlich in der Statistik auswirkte, nämlich darin, daß sich ein Teil der jüdischen Bevölkerung bei den Volkszählungen als polnisch sprechend bezeichnete und sich so indirekt der polnischen Nationalität zuzählen ließ[1]). Für die Polen war aber diese Statistik von allergrößtem Wert, da sie daraus ihren Anspruch auf die Zehntausende von jüdischen Stimmen herleiteten, die bei den Wahlen zum Reichsrat, zum galizischen Landtag sowie zu den kommunalen Körperschaften für die polnischen Kandidaten abgegeben wurden. Hatten doch die Polen so größere Aussicht, sich im Lande die politische Präponderanz über die Deutschen und Ruthenen zu sichern. Darum wollten auch die Polen nur solche Juden dulden, die sich in den Dienst ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen stellten, während sie jede Regung des nationalen „Separatismus" sowie den wirtschaftlichen Wettbewerb seitens derjenigen, die sich mit der Rolle eines Anhängsels der herrschenden polnischen Nation nicht bescheiden wollten, rücksichtslos zu unterdrücken suchten.

Dies war der Boden, auf dem sich in Galizien zu Beginn der achtziger Jahre die antisemitische Bewegung entfaltete. Zuerst sollte sie im galizischen Landtag zum Durchbruch kommen, wo ihr in dem Polen *Merunowicz*, dem Verfasser einer antisemitischen Flugschrift, ein rühriger Wortführer erstanden war. Dieser beantragte nämlich, daß der dem Lande durch die bürgerliche Gleichberechtigung

[1]) Bei der Zählung von 1900 gaben 76½ % der galizischen Juden als ihre „Umgangssprache" die polnische an, während sie in Wirklichkeit zu neun Zehnteln jiddisch sprachen. In der Bukowina bezeichnete fast die gesamte jüdische Bevölkerung als ihre Umgangssprache das Deutsche, womit jedoch in den meisten Fällen wiederum die „jüdisch-deutsche" Mundart gemeint war. Denselben Ermittlungen zufolge gab es in Ostgalizien 5% ruthenisch sprechende Juden.

der Juden zugefügte Schaden durch eine Reihe von Ausnahmegesetzen wieder gutgemacht werde. Der Antragsteller hatte aber übersehen, daß die Abänderung der Staatsgrundgesetze nicht in die Kompetenz des Landtags fiel. Die Landtagskommission, die mit der Prüfung des Vorschlags von Merunowicz beauftragt worden war, beschränkte sich denn auch darauf, lediglich eine Schmälerung der Rechte der jüdischen religiösen Gemeinden anzuregen, die aller politischen Funktionen, d. h. der letzten Überreste ihrer alten, der nationalen Eigenart der Juden durchaus angemessenen Autonomie beraubt werden sollten. Die der Assimilation ergebenen jüdischen Landtagsabgeordneten, die sich „Polen mosaischer Konfession" nannten und ihre Mandate dem Wohlwollen der polnischen Herren verdankten, hatten gegen einen Vorschlag, der mit den „Überbleibseln der jüdischen Absonderung" aufräumen sollte, nicht das geringste einzuwenden. Als die Frage in der Plenarsitzung des Landtags zur Erörterung kam, verwahrten sie sich nur gegen die Beschuldigung, daß die an den „schädlichen" Geboten des Talmud festhaltende jüdische Gemeinde ein Herd geheimer antichristlicher Umtriebe sei. Die Folge war, daß der auf die Schmälerung der jüdischen Gemeindeautonomie abzielende Antrag vom Landtag einstimmig, mithin auch mit Zustimmung der willfährigen jüdischen Abgeordneten gutgeheißen wurde (1882). Angesichts dieser Gefügigkeit konnten die Polen nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß sie bei der Polonisierung des Landes zumindest die jüdischen Politiker nicht gegen sich haben würden. Schwieriger gestaltete sich der Kampf an der *wirtschaftlichen* Front, der nach dem sattsam bekannten Schema geführt wurde: einerseits suchte man die Juden von allen öffentlichen Ämtern und den freien Berufen nach Möglichkeit fernzuhalten, andererseits wurden in Stadt und Land Konsumgenossenschaften gegründet, mit dem Ergebnis, daß der jüdische Kleinhandel untergraben und der soziale Aufstieg der jüdischen Volksmassen auf lange Zeit hinaus vereitelt wurde.

Das alte Polen hatte dem österreichischen Galizien auch noch ein weiteres Kampfmittel gegen das Judentum hinterlassen: das Ritualmordmärchen, für das die in tiefster Unwissenheit verharrende und sich noch immer von den düsteren Überlieferungen des XVIII. Jahrhunderts nährende katholische und griechisch-orthodoxe Landesbevölkerung nur allzu empfänglich war. Als nun im März 1882 in einem westgalizischen Dorf, in der Nähe des Hauses des ortsansässigen jüdi-

schen Pächters Ritter, die Leiche eines schwangeren christlichen Mädchens namens Mnich aufgefunden wurde, das sich wohl aus Gram über seinen Fehltritt selbst das Leben genommen hatte oder aber von demjenigen, der sich an ihm vergangen hatte, ermordet worden war, zögerte man nicht, den Fall gegen die Juden auszuschlachten. Zwar erging ein Haftbefehl gegen den intimer Beziehungen mit seiner ermordeten Nichte verdächtigen Polen Stochlinski, doch wurde zugleich auch die ganze Familie Ritter verhaftet, mit der die Mnich auf freundschaftlichem Fuße gestanden hatte. Stochlinski wollte nur Mittäter gewesen sein, während er die Hauptschuld Ritter zuschob. Das Sexualverbrechen wurde daraufhin kurzweg zu einem Ritualmord gestempelt. Der dem Geschworenengericht zu Rzeszow vorgelegten Anklageschrift lag demgemäß die widersinnige Annahme zugrunde, daß die Tat einerseits aus religiösen, andererseits aus eigennützigen Motiven verübt worden sei. Das Gericht, dem die Konstruktion der Anklage durchaus einleuchtend zu sein schien, zögerte nicht, sowohl gegen Ritter und seine Frau als auch gegen Stochlinski auf Todesstrafe zu erkennen. Der Wiener Kassationshof hob indessen den Fehlspruch auf und verwies die Angelegenheit an das Krakauer Gericht. Bei der neuen Gerichtsverhandlung ließ der Staatsanwalt zwar die Anklage wegen Ritualmordes fallen, bestand aber darauf, daß es Ritter gewesen sei, der das Mädchen verführt und sodann, um es loszuwerden, ermordet habe. Die Angeklagten wurden zum zweiten Male zum Tode verurteilt, doch wurde der Urteilsspruch auch diesmal wegen unzulänglicher Begründung kassiert. Während die Sache noch in Schwebe war, starb der mutmaßliche Mörder Stochlinski im Gefängnis, und erst nach vier qualvollen Jahren sollte das Ehepaar Ritter vom Wiener Obersten Gerichtshof endgültig freigesprochen werden (1886).

Zu Beginn der neunziger Jahre spitzten sich die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze in Galizien besonders zu. Die in Ostgalizien zwischen Polen und Ruthenen ausgebrochene Fehde zog auch die Juden in Mitleidenschaft. Die „Polnische Volkspartei" trat mit der Losung „Katholizismus und Volkstum" auf den Plan. Im Lande der drei Nationalitäten und der drei Glaubensbekenntnisse bedeutete dies das Wiederanfachen des alten polnisch-ukrainisch-jüdischen Zwistes, nur sollte der Kampf jetzt mit neuzeitlichen politischen und wirtschaftlichen Mitteln ausgefochten werden. Die Volkspartei ging nämlich darauf aus, Ruthenen und Juden aus den wichtigsten Gebieten des öffent-

lichen und wirtschaftlichen Lebens zu verdrängen und sie durch Polen zu ersetzen. In Verfolg dieses Zieles wurden allerorten, auf dem flachen Lande sowie in den Städten, landwirtschaftliche Genossenschaften („Kolka rolnicze") gegründet, die sich zum Ziele setzten, die gesamte Landwirtschaft und auch sonstige Erwerbszweige in polnische Hände zu bringen. Während diese Genossenschaften den in Not geratenen polnischen Bauern Unterstützung zuteil werden ließen und ihnen so ihre Scholle erhielten, kauften sie zugleich die Anwesen der verarmten ruthenischen und jüdischen Landwirte auf, um deren Landbesitz Polen zuzuweisen. Zwecks Bekämpfung des jüdischen Handels eröffneten die landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Warenniederlagen und Läden zur Belieferung ihrer Mitglieder. Ferner verdrängten sie die Juden aus dem von diesen seit jeher gepflegten Salzgeschäft. Gegen diese heimtückische Verschwörung der übereifrigen Polonisatoren hätten sich Juden und Ruthenen mit vereinten Kräften zur Wehr setzen sollen, doch fehlte den einen wie den anderen die hierzu erforderliche politische Reife, abgesehen davon, daß das Verhältnis zwischen den beiden Nationen stark getrübt war. Noch waren die Erinnerungen an die grausige Zeit des Haidamakentums dem Gedächtnis der Judenheit nicht entschwunden. Auf der anderen Seite machte die Partei der „russophilen" Ruthenen aus ihrem tiefwurzelnden Judenhaß und ihrer Sehnsucht nach dem russischen Pogromregime kein Hehl. Aber auch die zu Österreich haltenden oder die Selbständigkeit der Ukraine anstrebenden Ruthenen konnten es den Juden nicht verzeihen, daß sich diese, wenn auch zumeist ohne feindliche Absicht und wider Willen, formell der polnischen Nation zuzählten und hierdurch deren politischen Ansprüchen größere Geltung verschafften.

Im Jahre 1893 fand in Krakau ein „Katholikentag" statt, auf dem die polnischen Grundbesitzer das große Wort führten. Die den Kernpunkt des streitbaren polnischen Nationalismus bildende religiöse Idee wurde hierbei auf die lapidare Formel gebracht: „Der griechisch-orthodoxe Glaube und das Judentum — dies sind unsere Feinde!" Der Verkündung dieser urpolnischen, aus dem XVII. und XVIII. Jahrhundert übernommenen Losung entsprach vollauf die Erklärung der Versammlung, daß sie die neumodische antisemitische Agitation nach deutschem Muster grundsätzlich ablehne. Der hierüber Bericht erstattende Graf Tarnowski gefiel sich nämlich in der Rolle eines

edelmütigen, auf die Ausrottung der Juden „ohne Blutvergießen" ausgehenden Inquisitors: „Der Antisemitismus — sagte er — ist eine schwere Sünde, und der christlichen Lehre durchaus zuwider, denn er ist hart, unmenschlich und dazu angetan, die niedrigsten Instinkte aufzustacheln. Es gilt, das Judentum mit christlichen Mitteln, durch rein wirtschaftliche Maßnahmen zu bekämpfen. Wollen wir doch Patrioten sein! Ein Katholik, der einem Juden ein Stück Land verkauft oder in Pacht gibt, unterwühlt zugleich den Wohlstand unserer Nation". Das von dem „Katholikentag" gutgeheißene Boykott-Gebot wurde denn auch von den vornehmlich von Polen geleiteten galizischen Landesbehörden in weitestgehendem Maße in die Tat umgesetzt.

Während so die höheren polnischen Kreise die galizischen Juden mit legalen Mitteln zu unterdrücken suchten, setzte in den niederen Klassen der Landesbevölkerung eine zügellose antisemitische Agitation ein, die hin und wieder, namentlich zur Zeit der Reichsratswahlen, sogar in unzweideutige Aufforderungen zu Gewalttaten ausartete. In der Wahlkampagne des Jahres 1898 trat als Vertreter dieser schärfsten Tonart der Jesuitenpater Stojalowski hervor, der als Wahlkandidat der antisemitischen Volkspartei die Bauern unverblümt zur Mißhandlung der Juden aufforderte. Ein Fanatiker mittelalterlichen Gepräges, war Stojalowski um so gefährlicher, als er zwecks Irreführung der besitzlosen Massen zu den schlimmsten Methoden neuzeitlicher Demagogie griff. Indem er sich nach Art der „christlichen Sozialisten" als Freund der von den Großgrundbesitzern bedrückten Bauern aufspielte und gegen die Vertreter der polnischen Aristokratie wetterte, verstand er es zugleich, mit den Grundherren insgeheim verbündet, den Unwillen der Massen gegen die Juden zu lenken. Die von dem verschlagenen Pater in seinem westgalizischen Wahlbezirk Sanok entfaltete judenfeindliche Hetzpropaganda sollte sehr bald überreiche Früchte tragen: im Juni 1898 kam es in dreißig Flecken und Dörfern dieses Bezirkes zu judenfeindlichen Ausschreitungen. Eine große Rolle spielte hierbei das geschickt in Umlauf gebrachte phantastische Gerücht, daß der verstorbene, von der Legende verherrlichte Thronfolger Rudolf sich in Wirklichkeit in Amerika verborgen halte und von dort aus angeordnet habe, mit den Juden abzurechnen. Erst nachdem sich der Statthalter von Galizien Poninski nach längerem Zögern entschloß, zur Wiederherstellung der Ordnung Truppen abzukommandieren, gelang-

ten die Unruhstifter zu der Einsicht, daß die Juden keineswegs vogelfrei seien. Im Hinblick darauf, daß die Judenhetzen unter einer pseudosozialistischen Parole, unter der der Erhebung der verarmten polnischen Massen gegen die „jüdischen Ausbeuter", angestiftet worden waren, beeilten sich die galizischen Sozialdemokraten von dem Jesuiten Stojalowski weit abzurücken. „Arme Polen werden gegen arme Juden aufgehetzt!" — rief in einer in Wien abgehaltenen Volksversammlung der bekannte Führer der polnischen Sozialisten, der Reichsratsabgeordnete Daszynski aus, indem er zugleich darauf hinwies, daß die nur zwölf Prozent der galizischen Landesbevölkerung ausmachenden Juden neun Zehntel der völlig Besitzlosen stellten und daß die ausgebrochenen Judenhetzen eine weitere Verschärfung des Elends befürchten ließen.

Gleichzeitig einem Drucke von oben und von unten ausgesetzt und von allen Erwerbsquellen immer mehr abgedrängt, verfielen die Juden in Galizien in der Tat einer Verarmung, wie sie kein zweites Land kannte. Nahezu die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Ostgaliziens war in der amtlichen Statistik als berufslos ausgewiesen. Dieser grenzenlosen Not vermochten selbst die großzügigsten Wohltätigkeitsinstitutionen nicht zu steuern, auch wenn sie so reich dotiert waren wie die 1891 von dem bekannten jüdischen Wohltäter Baron Moritz Hirsch ins Leben gerufene Stiftung, der sogenannte „Baron Hirsch-Fonds". Die Hauptaufgabe der Stiftung war die Förderung von Handwerk und Ackerbau unter den hungernden jüdischen Händlern, zu welchem Zwecke Fach- und Gewerbeschulen, Werkstätten sowie landwirtschaftliche Betriebe gegründet wurden. Die polnische Landesregierung legte indessen dem die wirtschaftliche Gesundung der galizischen Judenheit anstrebenden „Fonds" allerlei Hindernisse in den Weg. Nach den in Wien bestätigten Statuten der Stiftung durfte der Unterricht in den zu eröffnenden Gewerbeschulen in Galizien ausschließlich in polnischer und in der Bukowina nur in deutscher Sprache erteilt werden. Sobald jedoch die in den galizischen Fachschulen polonisierten Juden nach abgeschlossenem Lehrgang in die Praxis eintraten und sich anschickten, den von ihnen erlernten Beruf zu ergreifen, setzten ihnen die national-polnischen Organisationen, z. B. die „Landwirtschaftlichen Genossenschaften", unüberwindliche Schranken entgegen. Unter solchen Umständen mußte die Misere der galizischen Juden von Jahr zu Jahr wachsen, und den hunger-

leidenden Massen blieb nur ein einziger Ausweg übrig: die *Emigration.* So brachen denn alljährlich Zehntausende jüdischer Auswanderer aus Galizien nach der nordamerikanischen Union auf, um jenseits des Ozeans erneut mit ihren gleichzeitig aus Rußland auswandernden Stammesbrüdern zusammenzutreffen, von denen sie infolge der Teilungen Polens seit einem Jahrhundert getrennt gewesen waren.

Standen die Juden in Galizien unter dem Druck des triumphierenden Nationalismus der Polen, so hatten sie in *Böhmen* unter dem wachsenden Nationalismus der Tschechen zu leiden. Nach der Umwandlung der Habsburgermonarchie in das dualistische Österreich-Ungarn hatte der tschechisch-deutsche Hader immer komplizierter werdende Formen angenommen. Während die Tschechen den Anspruch erhoben, in der Monarchie unmittelbar hinter den Deutschen und Ungarn zu rangieren und demgemäß eine staatsrechtliche Stellung der Sudetenländer nach ungarischem Vorbild forderten, glaubte man sie mit einer bescheidenen Selbstverwaltung dieser Länder abfinden zu können. Wiewohl im Zeitraum 1880—1900 in Böhmen alles in allem rund 95 000 und in Mähren 45 000 Juden ansässig waren, was im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung noch nicht einmal zwei Prozent ausmachte, gaben sich verschiedene tschechische und deutsche Parteien die größte Mühe, die jüdischen Landesbewohner auf ihre Seite zu ziehen. Es kam ihnen hierbei vor allem darauf an, zu welcher „Umgangssprache", diesem von Amts wegen als entscheidend geltenden Kennzeichen der Nationalität, sich die Juden bei den Volkszählungen bekannten. In der ersten Zeit entschieden sich die zur deutschen Kultur gravitierenden böhmischen Juden zumeist für die deutsche Sprache, wodurch sie bei den überall Germanisierungstendenzen witternden Tschechen schwersten Anstoß erregten; je üppiger jedoch der deutsche Antisemitismus ins Kraut schoß und je unabweisbarer das Bedürfnis wurde, mit der Mehrheit der Landesbevölkerung in Frieden und Eintracht zu leben, desto wünschenswerter erschien der Anschluß an die Tschechen, so daß gegen Ende des XIX. Jahrhunderts bereits 54% der Juden Böhmens zur tschechisch sprechenden Bevölkerung zählten und die Deutschsprechenden nur noch innerhalb der Judenheit Mährens die Majorität (77%) bildeten. Durch die Auswirkungen der Assimilationsepoche auf das Niveau eines willenlosen Streitobjektes herabgedrückt, sahen sich die Juden in dieser Übergangszeit in einer sehr prekären Lage, da ihnen Deutsche und

Tschechen bald mit verhaltener Wut, bald mit in aller Form angesagten wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen begegneten. In der Hexenküche der nationalen Leidenschaften, in Prag, kam es zuweilen sogar zu Straßenexzessen. Unter den tschechischen Chauvinisten war das Sprüchlein verbreitet, daß der Jude und der Deutsche auf denselben Scheiterhaufen gehörten. Soweit der Antisemitismus in Frage kam, erwiesen sich die Tschechen als mustergültige Schüler der Deutschen. Die judenfeindlichen Schmähschriften des Prager Professors Rohling hatten, wie erinnerlich, auch in tschechischer Sprache Verbreitung gefunden. Diesem von zwei Seiten geführten Sturmangriff war die Judenheit Böhmens und Mährens noch weniger gewachsen als die Galiziens: während im Herrschaftsbereiche der Polen der Druck von außen durch die passive Resistenz der kompakten, kulturell selbständigen und lediglich wirtschaftlich verwundbaren Massen bis zu einem gewissen Grade wettgemacht wurde, hatten die Juden in den tschechischen Provinzen, wo sie zahlenmäßig nicht so stark ins Gewicht fielen und auch ihrer ganzen Lebensweise nach nicht so abgeschlossen waren, infolge der Feindseligkeit der Umwelt viel härtere moralische Qualen zu erdulden. Kurz vor Anbruch des XX. Jahrhunderts sollten sich in Böhmen Ereignisse abspielen, die im alten jüdischen Prag die Erinnerung an die längst verklungene düstere Zeit der Religionskriege wachriefen.

Im Jahre 1897 hatte sich der tschechisch-deutsche Streit aufs äußerste zugespitzt. Das Ministerium Badeni, das den Tschechen in der Frage der Gleichberechtigung ihrer Sprache Konzessionen gemacht hatte, fiel unter dem Ansturm der von deutscher Seite entfachten Protestbewegung, und die daraufhin im Reichsrat einsetzende Obstruktion führte zu seiner Auflösung. Die tschechischen Heißsporne quittierten diese Herausforderung mit Ausschreitungen, die sich sowohl gegen Deutsche als auch gegen Juden mit deutschen Familiennamen richteten: in den ersten Dezembertagen beschädigte die wütende Menge in Prag eine Reihe öffentlicher Gebäude, darunter die deutsche Universität und das deutsche Theater, und plünderte zugleich unterschiedslos deutsche und jüdische Läden. Aus Prag griffen die Unruhen auf die böhmischen Provinzstädte (Nachod, Melnik u. a.) über, wo es auch zu Überfällen auf Synagogen und jüdische Schulen kam. An den Orten, wo es keine deutschen Einwohner gab, wurden eben an deren Statt die Juden mißhandelt, was freilich die deutschen

Antisemiten nicht daran hinderte, dort, wo sie sich stark genug fühlten (z. B. in Eger), gleichzeitig gegen Tschechen und Juden zu demonstrieren.

Noch waren keine zwei Jahre verflossen, da taten sich schon die den beiden sich befehdenden Nationalitäten angehörenden Antisemiten zusammen, um gemeinsam einen Feldzug gegen die Juden einzuleiten, und zwar im Zusammenhang mit einer Ritualmordaffäre, dieser obligaten Begleiterscheinung des damaligen Judenhasses. Im Frühjahr 1899, in der Jahreszeit, in der die giftige Saat schon immer ausgestreut zu werden pflegte, wurde in einem Walde in der Nähe des böhmischen Städtchens *Polna* die tschechische Näherin Agnes Hruza mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Die Untersuchungsbehörden zögerten nun nicht, das Verbrechen dem Juden Leopold Hilsner zur Last zu legen, nur aus dem Grunde, weil er am Mordtage zusammen mit zwei anderen, nicht ermittelten Juden am Waldrande gesehen worden war und wegen unsittlichen Lebenswandels in Verruf stand. Der Angeklagte selbst wies jede Schuld aufs entschiedenste von sich, und der Gerichtshof konnte sich nicht einmal darüber klar werden, ob er es mit einem Lustmord oder aber mit einem aus Rache verübten Verbrechen zu tun habe. Als die Voruntersuchung noch im Gange war, hatten indessen die deutschen und tschechischen antisemitischen Blätter ins Land hinausposaunt, daß es sich bei dem Fall von Polna um ein kollektiv begangenes Ritualverbrechen handele. Der vor dem Gericht zu Kuttenberg als Nebenkläger auftretende tschechische Antisemit Dr. Baxa erklärte denn auch ohne Umschweife, daß „das Bestehen einer die christlichen Mitbürger zwecks Gebrauches ihres Blutes mordenden jüdischen Verbindung nunmehr voll erwiesen" sei. Demgegenüber betonte der Verteidiger des Angeklagten mit größtem Nachdruck, daß „Hilsner nur infolge der schamlosen Agitation der antisemitischen Presse auf die Anklagebank gekommen" sei und daß die völlig unhaltbare Beschuldigung nie gegen ihn erhoben worden wäre, wenn es sich nicht um einen Juden gehandelt hätte. Gleichwohl gelangte das Gericht zu dem Ergebnis, daß Hilsner an der Tat mitschuldig sei, und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang (September 1899). Obgleich die Urteilsbegründung die Annahme eines religiösen Motivs der Tat gänzlich ausgeschaltet hatte, verkündeten die Antisemiten triumphierend in ihren Flugblättern und Flugschriften, daß der jüdische Blutritus

fortan als gerichtsnotorische Tatsache zu gelten habe. Die unwissende Menge schenkte dieser Behauptung Glauben, und die Folge war eine neue Welle antijüdischer Ausschreitungen in Prag, Polna, Holleschau und manchen anderen Ortschaften.

Das von den Antisemiten suggerierte Gerichtsurteil bewog den hervorragenden Prager Professor der Philosophie *Thomas Masaryk*, das spätere Oberhaupt des tschechischen Staates, mit einem geharnischten Protest auf den Plan zu treten. Er veröffentlichte eine Broschüre über die „Notwendigkeit einer Revision des Polnaer Prozesses", in der er auf Grund einer eingehenden Analyse des ganzen Falles zu dem Schlußergebnis gelangte, daß sich das Gericht unter dem Einfluß der aufgepeitschten Leidenschaften zu einem verhängnisvollen Fehlspruch habe verleiten lassen. Wie der Verfasser hervorhob, trug die Hauptschuld daran die tschechische Journalistik, die in den Jahren 1898 und 1899 durch die tendenziöse und aufreizende Darstellung der Dreyfus-Affäre eine gleichgeartete Affäre in Böhmen heraufbeschworen habe. Die aus Wahrheitsliebe verfaßte Flugschrift wurde zwar von den Behörden konfisziert, sollte aber trotzdem zur öffentlichen Kenntnis gelangen. Die jüdischen Reichsratsabgeordneten hatten nämlich den Fall von Polna zum Gegenstand einer an den Justizminister gerichteten Interpellation gemacht, bei deren Erörterung der schon beiläufig erwähnte Demokrat Kronawetter die Gelegenheit wahrnahm, um von der Rednertribüne die ganze Schrift Masaryks im Wortlaut zu verlesen, so daß diese, zu einem Bestandteil des Parlamentsberichts geworden, bei ihrer Wiedergabe in den Zeitungen von der Zensur nicht mehr beanstandet werden konnte. Masaryk selbst wurde aber wegen Beleidigung des Gerichts zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen, und die von den Antisemiten korrumpierten tschechischen Studenten scheuten sich nicht, gegen den mutigen Professor feindselige Kundgebungen zu veranstalten. Gleichzeitig wurden allerdings in Prag, Wien und anderen Städten Protestversammlungen gegen die neue „Dreyfus-Affäre" abgehalten, durch die, ebenso wie durch ihr französisches Vorbild, das ganze jüdische Volk ins Unrecht gesetzt werden sollte.

Der Fall Hilsner war noch lange nicht zu Ende. Da die Prager medizinische Fakultät an dem dem Kuttenberger Gericht erstatteten ärztlichen Gutachten Anstoß genommen hatte, wurde die Sache von dem Wiener Kassationshof zur abermaligen Verhandlung an das Ge-

richt von Pisek verwiesen. Die sich vom Oktober bis zum Dezember 1900 hinziehenden Gerichtsverhandlungen standen aber auch diesmal unter der unausgesetzten Einwirkung der antisemitischen Atmosphäre, und so wurde gegen Hilsner, ohne Rücksicht darauf, daß der Staatsanwalt das in den Vordergrund geschobene religiöse Motiv des Verbrechens als „albernes Märchen" abgetan hatte, erneut auf Todesstrafe erkannt, die nur im Gnadenwege von Kaiser Franz Joseph in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt wurde (1901). Dies war der Tribut, den Böhmen den an der Schwelle des XX. Jahrhunderts wiedererstandenen düsteren Schatten des Mittelalters zollen mußte.

In einer Versammlung der von den jüdischen Intellektuellen einige Jahre vorher gegründeten „Gesellschaft für tschechisch-jüdische Verständigung" konnte denn auch ihr Mitbegründer Dr. Reiner nicht umhin, festzustellen, daß das von der Gesellschaft angestrebte Ideal nun gescheitert sei: „Wir sind einsam — rief der reumütige Assimilationsfreund aus — da die Brücke, die uns einst mit den jüdischen Massen verbunden hatte, längst zerstört ist und auch die Tschechen uns den Rücken zukehren. All unsere tschechisch-jüdischen Verbände sollten aufgelöst werden. Mehr als zwei Jahrzehnte besteht bereits unsere studentische Verbindung, fünf Jahre unsere ‚Tschechisch-jüdische Verständigung' und vier Jahre der ‚Politische Verein'. Was haben wir aber mit alledem erreicht? Wo sind die Ergebnisse, die wir der Assimilation auf wirtschaftlichem oder sozial-politischem Gebiete zu verdanken hätten? Im Bereiche der Wirtschaft haben ja die Tschechen das Prinzip verkündet: ‚Jeder zu den Seinigen!' („Svuj k svému") und die Parole ausgegeben: ‚Kauft nur bei Christen!' Und auch die politische Assimilation hat nur dazu geführt, daß wir als Fremdlinge, als Angehörige einer fremden Rasse, einer fremden Nationalität gelten. Mit den Deutschen wollen wir nicht, mit den Tschechen können wir nicht zusammengehen!" In diesen bitteren Worten kam die ganze Tragik des zwischen den Nationen hin und her pendelnden Judentums zum Ausdruck.

§ 10. Das Auflodern des Antisemitismus in Ungarn und die Affäre von Tisza-Eszlar

Seit 1867 unumschränkte Herren Ungarns, waren die Magyaren von dem für diese Zeit so bezeichnenden Drange besessen, sich die

ihnen überantworteten nationalen Minderheiten zu assimilieren. Unausgesetzt tobte der Kampf gegen die nationalen Aspirationen der Südslawen, der Serben, Kroaten und Slowenen. Am hemmungslosesten glaubten aber die Magyaren mit dem nationalen Schicksal der Juden schalten und walten zu dürfen, die etwa vier Prozent der gesamten Landesbevölkerung ausmachten und deren Zahl in den Jahren 1880 bis 1900 von 638 000 auf rund 850 000 angewachsen war. Vor der Emanzipation hatte man von den Juden in Ungarn ebenso wie anderwärts den Verzicht auf ihr Volkstum verlangt, als sich aber die geforderte Assimilation in einer kulturellen Verschmelzung mit den Deutschen auszuwirken begonnen hatte, erhob man gegen die jüdischen Landesbewohner die Beschuldigung, daß sie im Widerspruch zu der von ihnen bei ihrer Erhebung in den Rang von Vollbürgern eingegangenen Verpflichtung, sich magyarisieren zu lassen (Band IX, § 40), der Germanisierung des Landes Vorschub leisteten. Dieser Druck veranlaßte die Juden, bei den Volkszählungen immer häufiger statt des Deutschen das Ungarische als ihre Umgangssprache anzugeben (die Sprache der Volksmassen, das Jiddische, fand auch hier keine Berücksichtigung). Die Zahl der sich der Sprache nach zur ungarischen Nation bekennenden Juden nahm im Zeitraum 1881 bis 1900 mit einer solchen Rapidität zu, daß sie gegen Ende dieses Zeitraums die der deutsch sprechenden jüdischen Landesbewohner fast um das Dreifache übertraf (600 000 gegen 217 000). Der formellen Angliederung von 600 000 Juden an die ungarische Nation kam eine umso größere politische Bedeutung zu, als die um die Festigung ihrer Vormachtstellung unablässig bemühten Magyaren im Lande nur über eine recht geringfügige Mehrheit (etwa 51%) verfügten. Die Voraussetzung dieser Annexion war aber eine zielbewußte antisemitische Agitation, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre mit allergrößtem Eifer betrieben wurde.

Die Seuche des Antisemitismus hatte sich in Ungarn noch früher als in Deutsch-Österreich ausgebreitet. Im ungarischen Parlament bildete sich eine fest zusammenhaltende Gruppe judenfeindlicher Abgeordneter, die, ursprünglich Mitglieder der Fraktionen der Liberalen und „Unabhängigen", im Laufe der Zeit immer weiter nach rechts abrückten. Die Führer dieser Gruppe waren Istoczy, Onody und Simony. Bereits im Jahre 1880 hatte Istoczy in verschiedenen Komitaten etwa achtzig antisemitische Vereine gegründet. Diese Ver-

eine wurden dahin instruiert, daß sie unter Hinweis auf die dem Lande durch das Überhandnehmen der Juden drohende Gefahr das Parlament um die Aufhebung der Gleichberechtigung der jüdischen Landesbewohner bitten sollten. Die dementsprechend abgefaßten Petitionen gaben den antisemitischen Abgeordneten Anlaß, im Parlament sowie in Volksversammlungen Brandreden zu halten. Man sprach in einemfort von der „Verjudung" Ungarns und namentlich seiner Hauptstadt, die aus Budapest zu einem „Judapest" geworden sei (1880 wurden in Budapest rund 70 000 Juden ermittelt, deren Zahl aber zwanzig Jahre später bereits auf etwa 168 000 anstieg). Indessen sollte diese Agitation im Parlament wirkungslos verhallen: das sich auf die Mehrheit der Kammer stützende liberale Ministerium Koloman Tisza wies das Ansinnen der Reaktionäre aufs entschiedenste zurück. Daraufhin griff man zu einem Appell an die Straße. Die ungarischen Antisemiten, die ihre Theorie den Deutschen verdankten, waren eben bereit, sich zugleich die russische Praxis zu eigen zu machen, die in den Pogromen von 1881 so grell zum Vorschein gekommen war. Als Vorwand für ihre Hetzpropaganda diente den Antisemiten die angebliche Überflutung des Landes durch jüdische Auswanderer aus Rußland. Wiewohl die Zahl der in Ungarn aus den südrussischen Gouvernements eintreffenden Flüchtlinge verschwindend gering war, glaubten nämlich die Behörden einiger Komitate ein Verbot jeder weiteren Einwanderung anregen zu müssen. Als die Frage im Parlament zur Verhandlung gelangte, nahm der Abgeordnete Onody die Gelegenheit wahr, gegen die gesamte Weltjudenheit loszuziehen, indem er die Befreiung der dreihundert Millionen Christen „vom Joche der acht Millionen Juden" forderte. Die Kammer beschloß jedoch in Übereinstimmung mit der Regierung, daß es nicht angehe, die ein provisorisches Asyl suchenden Opfer der Verfolgungen von den ungarischen Grenzen fortzuweisen (1882). Nunmehr verlegten sich die Antisemiten auf die literarische Propaganda und brachten eine Reihe von zu Gewalttaten gegen die Juden auffordernden Flugschriften heraus, die jedoch die Regierung zum Teil beschlagnahmen ließ. Dies veranlaßte den Abgeordneten Istoczy, in einer schwülstigen Rede offen zu erklären, daß die Emanzipation der Juden eine Schmach für Westeuropa sei und daß man sich bei der Lösung der jüdischen Frage an Rußland ein Beispiel nehmen solle. Um nun Ungarn zur Nachahmung des zaristischen Rußland verleiten zu können, verfielen die Antisemiten

auf den Plan, einen Ritualmordprozeß ins Werk zu setzen und die Juden vor dem ganzen Lande als „Christenmörder" in Verruf zu bringen. Dies waren die Hintergründe jener ungeheuerlichen *Tisza-Eszlar-Affäre*, die Ungarn fast zwei volle Jahre in Atem halten sollte.

Am 1. April 1882 verschwand aus dem Flecken Tisza-Eszlar, in dessen unmittelbarer Nähe das Gut des Antisemitenhäuptlings Onody lag, das vierzehnjährige christliche Dienstmädchen Esther Solymosi. Da alle Nachforschungen über den Verbleib der Verschwundenen erfolglos blieben, verbreitete sich in dem Flecken sogleich das Gerücht, daß ein Ritualmord verübt worden sei. Den einzigen Anhaltspunkt für dieses Gerede bot der Umstand, daß der Weg des zum Einkaufen geschickten Dienstmädchens an der Synagoge vorbeiführte, in der sich gerade um die gleiche Zeit mehrere Gemeindemitglieder mitsamt dem „Schammes" (Synagogendiener) Joseph Scharf eingefunden hatten, um die Wahl eines neuen Schächters zu vollziehen. Die Schauermär besagte im einzelnen, daß man das in die Synagoge gelockte Mädchen einen ganzen Tag lang im Keller eingesperrt gehalten habe, um es sodann hinzuschlachten und ihm das für die „Mazzoth" benötigte Blut abzuzapfen. Auf Grund dieses Gefasels unterließen es die Behörden, die Ermittlungen über den Kreis der Synagoge hinaus auszudehnen. Zwei Monate später wurde aus dem Fluß von vorbeiziehenden Flößern eine bis zur Unkenntlichkeit verweste Mädchenleiche geborgen, die nur an der Kleidung als die der verschollenen Solymosi hätte identifiziert werden können. Da die Leiche keinerlei Spuren einer Verwundung aufwies und es offensichtlich war, daß der typische Fall des Todes durch Ertrinken vorlag, so hätte mit der Identifizierung der Toten der Verdacht des Ritualmordes hinfällig werden müssen. Ein solcher Ausgang war aber nicht im Interesse derjenigen, die die Affäre eingefädelt hatten, und so tauchte ein neues Gerücht auf, daß die Ertrunkene mit dem verschollenen Dienstmädchen keineswegs identisch sei, daß die Juden vielmehr, um jeden Verdacht von sich abzulenken, die erste beste Leiche aus dem Krankenhaus entwendet, diese in die Kleider der Solymosi gesteckt und sodann in den Fluß geworfen hätten. Daraufhin zwang der Untersuchungsrichter den slowakischen Flößern, die die Leiche eingeliefert hatten, die Aussage ab, daß ihnen ihr Fund in der Tat von den Juden in die Hände gespielt worden sei, eine Angabe, die sie später vor Gericht in aller Form widerriefen. Hinzu kam, daß auch die Mutter der Solymosi ihre Toch-

ter nicht mehr wiederzuerkennen vermochte. Selbst die Kinder sollten von der Massenpsychose nicht verschont bleiben. Christliche Spielkameraden des sechsjährigen Sohnes des Synagogendieners Joseph Scharf behaupteten nämlich, von dem jüdischen Knaben gehört zu haben, daß dessen Vater das vermißte Dienstmädchen geschlachtet hätte. Als man das Kind verhörte, bekundete es, die Geschichte von seinem vierzehnjährigen Bruder Moritz zu haben. Dieser wiederum erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß er unter dem Eindruck der umherschwirrenden Gerüchte mit seinem kleinen Bruder Spaß getrieben habe. Diese plausible Erklärung fand indessen keinen Glauben, und der Knabe wurde ebenso wie seine Eltern in Untersuchungshaft genommen. In eine Einzelzelle gesperrt, unterlag der leicht beeinflußbare Knabe der suggestiven Einwirkung der Untersuchungsbehörden und machte Angaben, die er später aufs schwerste bereuen sollte: er sagte aus, durch das Schlüsselloch der Synagogentür gesehen zu haben, wie sein Vater und noch drei zugereiste Schächter das Mädchen mit Schlachtmessern bearbeitet und sein Blut in ein Gefäß aufgefangen hätten. Auf Grund dieser phantastischen Aussage wurden die drei neubelasteten Juden und einige weitere Synagogenbesucher in Haft genommen, so daß sich die Zahl der Verhafteten auf fünfzehn erhöhte. Der jugendliche Belastungszeuge wurde aber in die benachbarte Kreisstadt Nyiregyhaza überführt und im Hause des dortigen Kreishauptmanns untergebracht, wo man Moritz durch verlockende Verheißungen zur Taufe zu bewegen suchte. Für den jüdischen Knaben, der den Feinden seines Volkes einen so großen Dienst erwiesen hatte, trafen von nah und fern bedeutende Geldsummen und Geschenke ein.

Die Untersuchung zog sich in die Länge, und mittlerweile wütete im Lande die antisemitische Hetze. Den ganzen Sommer 1882 hindurch waren die Zeitungen voll von dem „grausigen Drama" zu Tisza-Eszlar. Die Antisemiten führten in ihrer Presse sowie in den von ihnen einberufenen öffentlichen Versammlungen eine Sprache, auf die das Volk kaum anders als durch antijüdische Exzesse reagieren konnte. Zunächst kam es zu vereinzelten Überfällen in kleineren Städten, doch sollten bald regelrechte Judenverfolgungen nach dem von Istoczy empfohlenen russischen Vorbild ausbrechen. In *Preßburg*, dem alten Zentrum der ungarischen Judenheit, wütete die von den Antisemiten aufgestachelte Menge zwei volle Tage (am 28. und 29. September

1882). Die mit Hochrufen auf Istoczy, Onody und Simony durch die Straßen ziehende Menge warf die Fenster in den Häusern und Läden der Juden ein und plünderte hie und da ihr Hab und Gut. Die Polizei stand dem Pöbel machtlos gegenüber, so daß erst die herbeigeeilten Truppen die Ordnung wiederherzustellen vermochten. Da die Unruhen auch auf die nähere und weitere Umgebung der Stadt übergriffen, verhängte die Regierung über das ganze Preßburger Komitat das Kriegsrecht und drohte den Plünderern und ihren Hintermännern härteste Strafen an. Als die eigentlichen Urheber der Ausschreitungen, die antisemitischen Abgeordneten, die Regierungsmaßnahmen zum Gegenstand einer Interpellation machten, erhielten sie von dem Ministerpräsidenten Tisza eine in energischstem Tone gehaltene Antwort: „Solange ich auf diesem Posten stehe — sagte er — bin ich gewillt, nicht die persönliche Sicherheit der Herren Räuber, Mörder und Brandstifter, sondern die der rechtschaffenen Bürger zu schützen". Onody und Simony versuchten hierauf, mit ihrem üblichen Geschwätz von der „Judenherrschaft" sowie über den Fall von Tisza-Eszlar Eindruck zu machen, und forderten durchgreifende Maßnahmen gegen die „Rasse der Schädlinge". Tisza betonte jedoch demgegenüber, daß es ihm durchaus fern liege, sich die düsteren Überlieferungen der Epoche des Absolutismus zur Richtschnur zu nehmen. Einige Monate später wiederholten die Antisemiten den Versuch, das Parlament in ihren Bann zu zwingen. Der Volksvertretung ging nämlich eine Petition zu, in der im Namen der christlichen Bevölkerung des Kreises, zu dem Tisza-Eszlar gehörte, das Begehren ausgesprochen wurde, daß den Juden die bürgerlichen Rechte entzogen werden sollten. Die dieses Ansuchen im Januar 1883 vor dem Plenum des Parlaments vertretenden Abgeordneten Istoczy und Konsorten malten das Schreckgespenst einer „Eroberung Ungarns durch die Juden" an die Wand, erhielten aber eine wohlverdiente Abfuhr von dem bekannten ungarischen Dichter Maurus Jokai, der unter anderem darauf hinwies, daß er im Jahre 1848 vielfach Gelegenheit gehabt habe, Schulter an Schulter mit jüdischen Patrioten für die Unabhängigkeit Ungarns zu kämpfen. Auch Tisza sprach sich erneut aufs entschiedenste gegen die reaktionären Intentionen der Antisemiten aus, so daß sich ihre Petition als ein Schlag ins Wasser erwies. Nunmehr sah sich die liberale Unabhängigkeitspartei veranlaßt, den Ausschluß der ihrer Fraktion angehörenden Verfechter der abgelehnten Petition zu beantragen.

Von der linken Seite des Parlaments fortgewiesen, fanden die Antisemiten auf der rechten Unterkunft und bildeten eine selbständige Fraktion, die mit ihren natürlichen Verbündeten, den Klerikalen, in immer nähere Fühlung trat.

Auch die Hoffnungen, die die Antisemiten auf die Affäre von Tisza-Eszlar gesetzt hatten, sollten sich als trügerisch erweisen. Die Ergebnisse der von den Ortsbehörden geleiteten Voruntersuchung, die von der Tendenz beherrscht war, um jeden Preis einen Ritualmord zu konstruieren, veranlaßten den den Fall ohne Voreingenommenheit prüfenden Oberstaatsanwalt, die Wiedereröffnung des Ermittlungsverfahrens anzuordnen. So zog sich denn die Sache bis zum Sommer 1883 hin und kam schließlich vor das Kreisgericht von Nyiregyhasa, vor dem sie sechs Wochen lang (vom 19. Juni bis zum 3. August) verhandelt wurde. Die Gerichtsverhandlung brachte alle in dem ersten Ermittlungsverfahren verübten Mißbräuche ans Tageslicht. Der den Anklägern ins Garn gegangene Knabe Moritz Scharf, der die seinen Vater belastende Aussage auch vor Gericht aufrechtzuerhalten suchte, verwickelte sich in so schwere Widersprüche, daß seine Bekundungen völlig wertlos wurden. Zugleich ergab ein in der Synagoge abgehaltener Lokaltermin, daß der Belastungszeuge die von ihm geschilderten Vorgänge durch das Schlüsselloch unmöglich gesehen haben konnte. Die Sachverständigen wiesen ihrerseits nach, daß zumindest das Alter des aus dem Fluß geborgenen Mädchens dafür spreche, daß es die vermißte Esther Solymosi sei. Die Verteidigung der Angeklagten lag in den Händen der hervorragendsten christlichen und jüdischen Rechtsanwälte Ungarns, in denen von Karl Eötvös, Friedmann, Heimann u. a. Die eindrucksvollste Rede gegen die Ritualmordbeschuldigung hielt aber der Staatsanwalt, der den ganzen Prozeß als einen wohlorganisierten „Angriff gegen die Juden" kennzeichnete. Umso gehässiger waren die Ausführungen des Nebenklägers, des Antisemiten Salay, die ganz auf den Ton des kirchlichen Fanatismus gestimmt waren und in die Forderung ausklangen, „den einst von den Juden ans Kreuz geschlagenen und auch heute noch bei den Ritualmorden gekreuzigten" Heiland zu rächen; „das unschuldig vergossene Christenblut ist es — so rief der scheinheilige Redner aus — das den Gekreuzigten dazu bewog, den Sohn wider den eigenen Vater aussagen zu lassen". Solchen Redensarten gegenüber konnte einer der Verteidiger nur die Feststellung machen, daß „in den Ideenkreis des XIX. Jahrhunderts

die Schattenbilder der düstersten Jahrhunderte eingedrungen seien" und daß nun aufs neue „die Schreckgespenster der Bartholomäusnacht und der Hexenprozesse wiedererstehen". Auch Eötvös betonte in seiner glänzenden Rede, daß die Ritualmordanklage nicht den Angeklagten, sondern den Anklägern zur Schmach gereiche. Die unter dem Druck der Antisemiten geführte Voruntersuchung bezeichnete er als einen „Schandfleck der ungarischen Justiz", denn es sei „der empörendste Mißbrauch, der unter dem Deckmantel eines formgerechten Untersuchungsverfahrens geschehen könne, ein Kind als Zeugen gegen seinen eigenen Vater abzurichten". Im Plädoyer fehlte auch nicht der Hinweis darauf, daß der ungarische Antisemitismus fremden Ursprungs, daß er „aus Deutschland und Rußland importiert" sei. Das Gericht gab der Wahrheit die Ehre und sprach alle fünfzehn Angeklagten frei. Nach der Befreiung aus der antisemitischen Gefangenschaft und der Rückkehr in das elterliche Haus kam der kleine Moritz Scharf wieder zur Besinnung und schilderte voller Zerknirschung die physischen und moralischen Qualen, durch die ihm seine Verführer die falschen Aussagen abgepreßt hatten.

In ihrer grenzenlosen Wut über das Scheitern ihres heimtückischen Anschlags standen die kopflos gewordenen Antisemiten nicht an, dem Gericht Bestechlichkeit vorzuwerfen, den Juden mit der Selbstjustiz des Volkes zu drohen und planmäßig Judenhetzen anzustiften. Die jüdischen Einwohner der kleineren Städte und Flecken, in denen die Polizei der zügellosen Menge nicht gewachsen war, flüchteten Hals über Kopf in die benachbarten, von Truppen bewachten größeren Städte. Die Zentralregierung machte indessen den unhaltbaren Zuständen rasch ein Ende. Der Ministerpräsident Tisza forderte alle Ortsbehörden in einem Runderlaß auf, bei einem etwaigen Ausbruch antijüdischer Unruhen diese im Keime zu ersticken. Zugleich traten dem Antisemitismus die höchsten Würdenträger der katholischen und reformierten Kirche in Hirtenbriefen entgegen. Aber auch der Träger der ungarischen Stephanskrone, Kaiser Franz Joseph selbst, sprach sich in schärfstem Tone gegen die von den Antisemiten Ungarns verschuldeten Untaten aus. Dies alles hatte zur Folge, daß der Alpdruck der Blutlüge verscheucht und die Gefahr der Judenhetzen nach und nach gebannt wurde, so daß die jüdische Bevölkerung wieder freier aufatmen konnte.

Nachdem der Schlußstrich unter die Tisza-Eszlar-Affäre gezogen

worden war und alle im Laufe von zwei Jahren unter größter Kraftanspannung unternommenen Versuche, einen antijüdischen Kreuzzug in die Wege zu leiten, sich als fruchtlos erwiesen hatten, hatte sich die Angriffsfreudigkeit des ungarischen Antisemitismus gleichsam erschöpft. Um die Mitte der achtziger Jahre brach für ihn eine Zeit des Niederganges an. Zwar gelang es den Antisemiten im Jahre 1884, als der Rausch noch nicht ganz vorbei war, bei den Parlamentswahlen siebzehn Mandate zu erobern, doch sollte sich diese Zahl von einer Legislaturperiode zur anderen immer mehr verringern, und auch der einstige Kampfesmut der antisemitischen Wortführer kam nur noch selten zum Vorschein. Die im Parlament ausschlaggebende liberale „Unabhängigkeits-Partei" hielt unentwegt an dem Prinzip der bürgerlichen Gleichheit fest, zugleich aber auch an der Bedingung, unter der den Juden das gleiche Recht seinerzeit verliehen worden war, und bestand demgemäß auf deren Magyarisierung. In ihrem anläßlich der Wahlkampagne von 1884 erlassenen Manifest meldete dieselbe Partei, die den Juden aus der Tisza-Eszlar-Affäre herausgeholfen hatte, ihren Anspruch auf eine Kompensation an, indem sie von ihnen nicht nur den Verzicht auf ihre nationale Eigenart, sondern wie schon früher auch die Durchführung einer radikalen Reform der jüdischen Religion verlangte. Die weniger widerstandsfähigen Elemente der ungarischen Judenheit kamen diesen Forderungen auf halbem Wege entgegen und huldigten, teils von Angst, teils von sklavischer Dankbarkeit getrieben, einer exzessiven Assimilation. Dies kam vor allem bei den schon erwähnten amtlichen Zählungen zum Ausdruck, bei denen Tausende und Abertausende von deutsch sprechenden Juden sich hinsichtlich der Umgangssprache für Magyaren erklärten. Die Magyaren handelten eben in Ungarn nicht anders als die Polen in Galizien und paktierten mit den Juden nur soweit, als diese ihnen behilflich waren, die vorherrschende Stellung im Lande zu behaupten. Während aber in dem von kompakten Chassidim-Massen bevölkerten Galizien der aggressive polnische Nationalismus sich lediglich die jüdische Oberschicht gefügig machen konnte, drang die erzwungene Assimilation in Ungarn viel tiefer ins jüdische Volksleben ein.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre gelang es den ungarischen Liberalen und „Unabhängigen", der *jüdischen Religion* zur gesetzlich anerkannten Gleichberechtigung zu verhelfen und damit die jüdische Emanzipation zu krönen. Im Jahre 1893 hatte nämlich die Regierung

Wekerle dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet, wonach den Bekennern der vier im Lande vertretenen Religionen: der katholischen, reformierten, griechisch-orthodoxen sowie der jüdischen das uneingeschränkte Recht des Übertritts von einer Religion zur anderen zustehen und demgemäß die Gültigkeit der Ehen zwischen Christen und Juden ohne Rücksicht auf den jeweiligen Trauungsritus anerkannt werden sollte. Die konservativ-klerikale Partei, der es um die Aufrechterhaltung der letzten Privilegien des bis dahin vorherrschenden Katholizismus zu tun war, setzte alle Hebel in Bewegung, um den Gesetzentwurf zum Scheitern zu bringen. Innerhalb wie außerhalb des Parlaments wurde eine rege Agitation entfaltet. Eine in Budapest abgehaltene Versammlung katholischer Bischöfe wandte sich an den Papst Leo XIII., an Kaiser Franz Joseph und an die ungarische Regierung mit einer Bittschrift, in der auf die Unvereinbarkeit des in Aussicht genommenen Gesetzes mit der Vorrangstellung der katholischen Kirche sowie mit deren Lehre vom Sakrament der Ehe hingewiesen wurde. Die klerikalen Blätter drohten ihrerseits mit einem Ausbruch des Volkszornes gegen die Juden, falls das „gottlose" Projekt Gesetzeskraft erlangen sollte. All dies und namentlich das Intrigenspiel des Vatikans am kaiserlichen Hofe in Wien hatte zur Folge, daß der Beschluß des Parlaments über die beantragte Gleichberechtigung der Konfessionen immer wieder hinausgeschoben wurde. Aber auch nachdem die Gesetzesvorlage im Abgeordnetenhaus fast einstimmige Annahme gefunden hatte, sollte sie auf den Widerstand des Magnatenhauses, der Hochburg der konservativen Staatswürdenträger, stoßen. Zwar kam die Magnatentafel dem liberalen Ministerium insofern entgegen, als sie den Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Mischehen ihre Zustimmung erteilte, doch lehnte sie mit umso größerer Entschiedenheit jenen Teil der Regierungsvorlage ab, der den freien Übertritt von Christen zum Judentum für zulässig erklärte. Auf die erneute Annahme des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus folgte ein zweites Ablehnungsvotum der Magnaten und auf dieses eine Regierungskrise, die aufs neue eine Verzögerung der ganzen Angelegenheit zur Folge hatte. Erst nach zweijährigem Kampf gab das Oberhaus, in das die Regierung eine größere Anzahl von neuen Mitgliedern berufen hatte, seinen Widerstand auf und nahm den umstrittenen Gesetzentwurf in vollem Umfange an (1895). Allerdings hatte dieser Sieg der Idee der Gleichheit für die Juden eine in erster Linie rein moralische

Bedeutung, da die Bekenner des Judentums, aller Proselytenmacherei abhold, von der ihnen durch das neue Gesetz zuerkannten Freiheit der Propaganda ihrer Religion unter den Andersgläubigen praktisch keinen Gebrauch machten. Größer war die praktische Bedeutung des Gesetzes für die durch jüdisch-christliche Mischehen begründeten Familien, deren Mitglieder nunmehr die Freiheit der Religionswahl besaßen und nicht mehr gezwungen waren, sich wider Willen und fiktiv zum Christentum zu bekennen. Dadurch ward freilich lediglich der religiösen, nicht aber der nationalen Assimilation ein Riegel vorgeschoben, die in denselben liberalen Kreisen, auf deren Initiative hin das Gesetz über die Gleichheit der Konfessionen zustande gekommen war, nach wie vor als obligatorisch galt. Für die Idee der nationalen Gleichheit war man eben damals noch nicht reif.

§ 11. Das innere Leben und die Literatur

Ebenso wie in dieser Epoche für die innerjüdischen Lebensverhältnisse in Deutschland die Eintönigkeit charakteristisch war, zeichnete sich das innere Leben der in sich differenzierten Judenheit Österreich-Ungarns durch Vielfältigkeit und Reichtum an Kontrasten aus. Dem für Deutschland maßgebenden jüdischen Kulturtypus kam die Judenheit Wiens sowie Deutsch-Österreichs überhaupt, zum Teil auch die von Böhmen und Mähren am nächsten, wohingegen die jüdischen Massen Galiziens und Ungarns, was ihre geistige Kultur anlangt, einen Typus von ausgesprochener Eigenart repräsentierten.

In Wien sowie in dem die Reichshauptstadt umschließenden deutschsprachigen Gebiet war der Kampf zwischen der alten und neuen Kultur bereits abgeflaut, und so zog in die dortigen jüdischen Gemeinden eine drückende Stille ein, wie sie für die von ihren jüngeren Sprößlingen verlassenen Familien bezeichnend ist. Die jüngere Generation war eben in den Bann der nationalen Kultur ihrer deutschen Umwelt geraten und viele Vertreter der jüdischen Jugend standen nicht an, soweit ihnen Abstammung und Religion im Wege waren, sich dem nationalen oder religiösen Marranentum zu verschreiben[1]). In dem

[1]) Nicht anders als in Deutschland (oben, § 6) waren die Juden auch in Österreich unter den akademisch Gebildeten viel stärker vertreten als es ihrem prozentualen Anteil an der gesamten Landesbevölkerung entsprochen hätte: obwohl sie durchschnittlich weniger als fünf Prozent der Bevölkerung Cisleithaniens ausmachten, stellten sie 15—20 Prozent der Besucher der Mittel- und Hochschulen, d. h.,

Maße, in dem die Religion infolge der allgemeinen kulturellen Umwälzung ihre ehemalige Bedeutung einbüßte und auch die nationale jüdische Kultur überhaupt unter der Einwirkung der unwillkürlichen oder bewußt angestrebten Assimilation der Entartung verfiel, wurde das Leben in den jüdischen „Kultusgemeinden" immer inhaltsärmer und farbloser. Was hier noch übrig blieb, war nichts als bloßer Schein, als das mit großem Aufwand aufgeputzte Knochengerüst der alten autonomen Organisation. Noch imponierte die große Wiener Gemeinde durch ihre herrlichen Tempel, ihre gelehrten Rabbiner und Prediger sowie durch ihre verschiedenen in neuzeitlichem Geiste ausgebauten Wohlfahrtsinstitutionen, doch war der lebendige Geist längst aus ihr gewichen, und so mußte sie an den brennendsten Fragen der Politik und der nationalen Kultur teilnahmslos vorübergehen.

Um die Mitte der achtziger Jahre sahen die erlesensten Vertreter der Wiener Judenheit die Notwendigkeit ein, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, die einerseits die Angriffe der Antisemiten von außen abwehren, andererseits gegen den überhandnehmenden „inneren Antisemitismus", gegen die Abkehr der jüdischen Jugend von ihrem Volke, seinen Idealen und geschichtlichen Überlieferungen ankämpfen sollte. Die Initiative hierzu ging in erster Linie von dem schon mehrfach erwähnten, in Galizien gewählten Reichsratsabgeordneten Joseph Bloch aus. Im Mai 1885 erließen die Urheber des Gründungsplanes einen Aufruf, für dessen Geist schon allein die in ihm gebrauchte Anrede „Stammesgenossen" statt der üblichen „Glaubensgenossen" bezeichnend war. Die Kundgebung verriet von ihren ersten Sätzen an schwere Sorge um die Zukunft: „Wer mit Sinn und Herz fürs Judentum — so hieß es da — die Verhältnisse beobachtet, unter denen in

---

relativ gemessen, drei- bis viermal so viel als die Christen. Die durch die kulturelle Assimilation bedingte Entfremdung dem Judentum gegenüber kam in Österreich viel häufiger in der Form des religiösen oder nationalen Indifferentismus als in der regelrechter Apostasie zum Ausdruck. Die Zahl der „Austritte aus dem Judentum" hielt sich in der geschilderten Epoche auf der Höhe von durchschnittlich 900 Fällen im Jahr, so daß ein Austrittsfall auf rund 1400 Juden kam. Selbst in Wien, der Hochburg der Apostaten, kam nicht mehr als ein Fall von Abtrünnigkeit auf 450 jüdische Einwohner. Etwa 20 Prozent aller vom Judentum Abfallenden nahmen davon Abstand, sich taufen zu lassen, und erklärten sich für „konfessionslos". Der Übertritt von Juden zum Christentum war häufig die Vorbedingung für das Eingehen einer Mischehe, da viele katholische Familien sich mit der interkonfessionellen Zivilehe nicht abzufinden vermochten. Nahezu zwanzig Prozent der vom Judentum Abgefallenen kehrten in der Folgezeit zu ihrem angestammten Glauben zurück.

unseren Tagen in Österreich die Juden leben und die jüdische Jugend erzogen wird, der wird sich der betrübenden Überzeugung nicht verschließen, daß es rascher und zielbewußter Abhilfe bedarf, wenn nicht die mehrtausendjährige Geschichte unseres Stammes, eine wertlose Vergangenheit, die religiöse, sittliche und ethische Erziehung unserer Jugend und das jüdische Stammesbewußtsein unserer Generation vollends untergraben werden sollte . . . Denn unsere ‚moderne Jugend' kennt keinen Zweig menschlichen Wissens so wenig als die Geschichte und Literatur seines eigenen Volkes; sie schämt sich keiner unedlen Denkungsart, keiner unmoralischen Handlung so sehr als dessen, Juden zu sein, und keines ihrer Bande ist so lose geknüpft als dasjenige, das sie mit dem ältesten Kulturvolke, mit dem humansten aller Völker des Altertums und dem Pionier im Kampfe der Menschheit für Kultur, für Gleichberechtigung und Freiheit, für göttliches und menschliches Recht historisch verbindet". Zugleich versäumten die Verfasser des Aufrufes nicht, den feigen, alle organisierte Selbsthilfe perhorreszierenden Vormündern der jüdischen Gemeinde entgegenzutreten: „Wer da meint — so ließen sie sich vernehmen — daß durch eine derartige Vereinstätigkeit wie die geplante die antisemitische Agitation etwa geschürt und erweitert würde, den verweisen wir auf das Resultat der beinahe zehnjährigen Untätigkeit".

Ein Jahr später, im April 1886, fand die Gründungsversammlung der neuen politisch-kulturellen Organisation statt, die sich den Namen „Österreichisch-israelitische Union" beilegte. Gemäß dem ersten Artikel ihres Statuts setzte sich die neugegründete „Union" zum Ziel, „den Sinn für die jüdische Wissenschaft und die Angelegenheiten des Judentums unter den österreichischen Juden zu heben, die über das Judentum verbreiteten Irrtümer und Vorurteile aufzuklären und zu beseitigen, endlich die auf Verschärfung der konfessionellen und Rassengegensätze gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen". Der „Union" sollte es denn auch in der Tat gelingen, dem jüdischen öffentlichen Leben einen neuen Antrieb zu geben: die Teilnahme der Juden an den parlamentarischen und Kommunalwahlen wurde immer reger, es wurden Maßnahmen zur Hebung der jüdischen „Religionsschulen" durchgeführt und darüber hinaus wurde in Wien ein theologisches Seminar zur Ausbildung von Rabbinern gegründet. Im Jahre 1895 unternahm die „Union" den kühnen Versuch, alle jüdischen Gemeinden Österreichs zu einem zentralen „Gemeindebund" zu vereinigen,

doch schreckte die österreichische Regierung vor dem Gespenst einer neuen national-politischen Organisation zurück und versagte dem Bundesstatut die Bestätigung. So war man denn genötigt, an den der Regierung vorgelegten Satzungen einschneidende Änderungen vorzunehmen, mit dem Ergebnis, daß der Gemeindebund zu einem religiösen und Wohltätigkeitszwecken dienenden Zentralorgan der vereinigten Kultusgemeinden zusammenschrumpfte. Aber auch die „Union" selbst büßte mit der Zeit ihre reformatorische Stoßkraft ein und beschritt ausgetretene Pfade. War sie doch bereits bei ihrer Gründung auf halbem Wege zwischen Assimilation und Nationalidee stehen geblieben, die sie schamhaft mit dem Ausdruck „Stammesbewußtsein" umschrieben hatte. Der Hinweis auf das in der Vergangenheit wurzelnde Stammesbewußtsein hatte eben mit der Anerkennung des Lebensrechtes des jüdischen Volkes in der Gegenwart nur wenig gemein, so daß der Rückfall in die Assimilation von vornherein unvermeidlich war.

Eine teils politischen Zwecken, teils der Wohltätigkeit dienende Organisation stellte die „Israelitische Allianz zu Wien" dar, die sich 1873 von der Pariser „Alliance Universelle" losgelöst hatte, sich jedoch gleich dieser der Unterstützung „der im Osten unterdrückten Brüder" widmete (Band IX, § 49). Unter „Osten" verstand man in Wien vor allem das benachbarte Rußland und Rumänien, von wo aus die verfolgten Juden massenweise über die österreichische Grenze flüchteten. Die Wirksamkeit der Wiener Allianz äußerte sich nun darin, daß sie diesen Flüchtlingen materielle Hilfe leistete und ihnen auf ihrer Weiterwanderung nach Amerika mit Rat und Tat zur Seite stand. Die in den neunziger Jahren zur Entfaltung gelangte kulturelle Wirksamkeit der Allianz kam den östlichen Provinzen des Habsburgerreiches selbst, Galizien und der Bukowina, zugute, wo sie mit den Mitteln des ihrer Obhut anvertrauten „Baron Hirsch-Fonds" (oben, § 9) Allgemeinbildung vermittelnde sowie Fach-Schulen für Juden gründete.

Die wirksamste Waffe zur politischen Bekämpfung des Antisemitismus stellte die Wiener jüdische Presse dar. Obschon die Antisemiten alle liberalen deutschen Zeitungen mitsamt der tonangebenden „Neuen Freien Presse" angesichts der großen Zahl der in ihnen tätigen jüdischen Redakteure und Mitarbeiter der „Judenpresse" zuzählten, wurde der Antisemitismus in diesen Blättern lediglich als eine antiliberale Bewegung bekämpft, wobei es den assimilierten jüdischen Artikelschrei-

bern am wenigsten um ihre eigene „frühere Nation" zu tun war. So sollte zur eigentlichen Verfechterin der jüdischen Interessen die in Wien seit Oktober 1884 vom Reichsratsabgeordneten Bloch herausgegebene „Österreichische Wochenschrift" werden. Die Zeitschrift, deren aus Galizien stammender Redakteur der tatkräftigste Verteidiger der Ehre des Judentums im Parlament war und die Gelehrte wie Moritz Güdemann und David Kaufmann zu ihren Mitarbeitern zählte, war gegen die Auswüchse der Assimilation von Anfang an gefeit und wurde so zum Sprachrohr des gesündesten Teiles der österreichischen Judenheit. Geringer war die politische und literarische Bedeutung der Wiener Wochenschrift „Die Neuzeit", deren Leitung nach dem 1882 erfolgten Tode Simon Szantos (Band IX, § 43) in den Händen des Predigers Adolf Jellinek lag. Zu Beginn der achtziger Jahre erschien in Wien noch immer das seinerzeit von dem Vorkämpfer der nationalen Richtung Perez Smolenskin gegründete Kampforgan „Ha'schachar", das sich nun unter der Einwirkung der in Rußland eingetretenen Krise in den Dienst der Palästinafreunde gestellt hatte. Indessen sollte diese Zeitschrift ihren hochbegabten, vor der Zeit dahingegangenen Herausgeber nicht überleben (Band IX, § 47). Aus der von Smolenskin in Wien begründeten Verbindung „Kadimah", einer Vereinigung national denkender jüdischer Studenten, ging der Publizist *Nathan Birnbaum* hervor, der 1885 mit jugendlichem Eifer an die Herausgabe der Zeitschrift „Selbstemanzipation" ging, der Vorläuferin der zionistischen Presse (unten, § 33).

Im Bereiche der wissenschaftlichen Literatur nahm die schon in der vorhergehenden Epoche begonnene Arbeit ihren Fortgang. Der greise E. H. Weiß führte sein grundlegendes Werk zur Geschichte des Rabbinismus „Dor dor we'dorschow" zu Ende, dessen Bände III—V in den Jahren 1883—1891 erschienen. Güdemann wiederum arbeitete an der Ergänzung seiner Geschichte des jüdischen Erziehungswesens im Mittelalter (Band IX, § 43) und ließ sich durch das Geschrei der Antisemiten dazu verleiten, seinem Werke eine apologetische Tendenz zu geben. Ein anderer Jünger von Graetz, der an dem Budapester Rabbinerseminar als Dozent tätige *David Kaufmann*, arbeitete erfolgreich auf dem Gebiete der Geschichte der jüdischen Philosophie und daneben auf dem der Geschichte der Juden in Österreich („Geschichte der Attributenlehre in der jüdischen Religionsphilosophie", 1877; „Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien", 1887; „Samson Wert-

heimer", 1888 sowie eine Reihe von Aufsätzen in den Fachzeitschriften). Indessen waren diese Gelehrten nur vereinzelte Nachzügler der bereits verblühten wissenschaftlichen Renaissance. Ebenso wie in der Wissenschaft, fehlte es auch in den übrigen Bezirken der jüdischen Literatur an schöpferischen Kräften, da die bedeutendsten Köpfe unter den Juden sich in der Regel der deutschen Literatur zuwandten, um völlig in ihr aufzugehen.

Das jüdische kulturelle Leben in Galizien stand nach wie vor im Zeichen des polaren Gegensatzes zwischen der im deutschen oder polnischen Geiste assimilierten Gebildetenschicht auf der einen und der in den Träumereien des XVIII. Jahrhunderts erstarrten Masse der Chassidim auf der anderen Seite. Wiewohl die schöpferischen Kräfte des Rabbinismus wie des Chassidismus schon längst erschöpft waren, war die ihnen eigene Kraft der Trägheit noch groß genug, um jede fortschrittliche Kulturbewegung zu unterbinden. Die in dem Bunde „Schomer Israel" zusammengeschlossenen germanisierten Intellektuellen setzten in den von der rabbinischen und chassidischen Orthodoxie beherrschten Gemeinden von Lemberg und Krakau ihren wenig aussichtsreichen Kampf mit den Finsterlingen aus dem Bunde „Machsike ha'dath" fort (Band IX, § 42). Aber auch im Lager der Assimilationsfreunde selbst spitzte sich der Gegensatz zwischen den Parteigängern der Germanisierung und denen der Polonisierung mehr und mehr zu. Zu Beginn der achtziger Jahre trat dem Bunde „Schomer Israel", dessen Organ die in Lemberg erscheinende deutsche Zeitschrift „Der Israelit" war, der polenfreundliche Verein „Agudath achim" oder „Przymierze braci" („Bruderbund") entgegen, der in Krakau die polnische Zeitschrift „Ojczyzna" („Vaterland") herausgab. Die sich auf die wachsende politische Macht der Polen in Galizien stützenden jüdischen Eiferer der Polonisierung gewannen immer größeren Einfluß und drängten die deutschfreundlichen Juden allmählich in den Hintergrund. Dem politischen Druck der polnischen Herren des Landes vermochten selbst die Orthodoxen nicht zu widerstehen: von den Großunternehmern in der Landwirtschaft, aber auch in Industrie und Handel abhängig, stimmten sie bei den Reichsrats-, Landtags- und Kommunalwahlen für die Kandidaten der polnischen Parteien, und zwar zumeist der konservativen. Zum Lohn dafür ließen die Polen in den Reichsrat sowie in den galizischen Landtag vereinzelte jüdische Deputierte einziehen, die aber den polnischen Fraktionen dieser Körperschaften

blinden Gehorsam leisten mußten. Als im Jahre 1880 der an der Spitze des extremsten Flügels der Orthodoxen stehende Sohn des bekannten Feindes der Aufklärung Moses Sofer, der Krakauer Rabbiner *Simon Schreiber*, auf diese Weise zu einem Reichsratsmandat gelangte, schloß er sich denn auch der polnischen Parlamentsfraktion an und stimmte stets zusammen mit deren Mitgliedern, oft ohne zu wissen, wofür er seine Stimme abgab, da er dem Gang der Parlamentsdebatten nur schwer zu folgen vermochte. In der Regel waren indessen die mit polnischer Unterstützung in die parlamentarischen Körperschaften gewählten Juden der Gebildetenschicht angehörende „Polen mosaischer Konfession" (so der Reichsratsabgeordnete Byk u. a.).

Zwischen den das Wachstum der lebendigen nationalen Kultur in gleicher Weise unterbindenden Orthodoxen und Assimilationsfreunden standen die Epigonen der „Haskala", die mit der literarischen Renaissance in Rußland innerlich verbundenen Freunde der Aufklärung und Verehrer der alten nationalen Sprache. In den Werken der in Galizien tätigen hebräischen Schriftsteller spiegelten sich die Grundüberzeugungen und Hoffnungen der an der Grenzscheide der alten und neuen Kultur stehenden Generation. Die von ihnen besonders bevorzugte Literaturgattung war der den Kampf der Ideen veranschaulichende soziale Roman. Ein solcher „Ideenschilderer" war vor allem *Ruben Braudes*, dessen breit ausgeführter Roman „Religion und Leben" („Ha'dath we'ha'chaim", 1876—1885) die „Maskilim" sowohl in Galizien wie auch in Rußland Jahre hindurch aufs tiefste bewegte. Der Held dieses Romans ist ein sich nach schweren inneren Kämpfen zu den neuzeitlichen Ideen durchringender junger Talmudgelehrter, der eine Reform des Judentums im Geiste Lilienblums (Band IX, § 48) predigt: die Erleichterung der Bürde des Ritus und die Säuberung der religiösen Begriffe von den Schlacken der chassidischen Mystik und des Volksaberglaubens. Der zweite von Braudes im Jahre 1888 veröffentlichte soziale Roman „Die zwei Extreme" („Schte ha'kzawoth") behandelte die wundesten Punkte des jüdischen Lebens in Galizien: die Polarität der Kulturbestrebungen und die Unzulänglichkeit jener vermittelnden Geistesströmung, die sich sowohl gegen die das Leben tötende Altfrömmigkeit als auch gegen die nicht minder verderbliche Verneinung des nationalen Seins durch die neue Generation richtete. — Die alten Lebensformen, das Leben und Treiben in einem typischen galizischen Judenstädtchen mit seinen Rab-

binern, Zaddikim und der sie vergötternden Volksmasse, seinen Reichen und Armen, Dunkelmännern und Aufklärungsfreunden, Judenhassern und Judenfreunden bilden den Gegenstand humoristischer Darstellung in den Novellen von *M. D. Brandstätter* („Mordechaj Kisowicz", „Niflaoth me'ir Zydyczow", „Zorer ha'jehudim mi'Grilew" u. a.). Auch die teils in deutscher, teils in hebräischer Sprache geschriebenen Humoresken des *Nathan Samueli* aus Lemberg („Kulturbilder", 1885; „Min ha'chaim", 1891 u. a.) schildern samt und sonders die bizarr anachronistischen Eigenheiten des jüdischen Lebens in Galizien. Mit der Schilderung dieser Lebensverhältnisse befaßte sich überdies der deutsche Schriftsteller *Leopold v. Sacher-Masoch* („Judengeschichten", 1878—1882 u. a.), doch gibt seine naiv idyllische Darstellung nur die Beobachtungen eines Außenstehenden wieder, dem das Wesen der ihm fremden Eigenart unergründlich bleiben mußte. Im Mittelpunkt seiner Erzählungen steht zumeist ein Liebesverhältnis zwischen einem edel denkenden Christen und einer dem erzchassidischen Milieu entstammenden jüdischen Schönen.

Auf dem Gebiete der jüdischen Wissenschaft hatte Galizien in dieser Epoche nichts aufzuweisen, was der Heimat eines Rappoport oder Krochmal würdig gewesen wäre. Besondere Erwähnung verdient lediglich der Lemberger Gelehrte *Salomo Buber*, der die alten „Midraschim" auf Grund handschriftlicher Lesarten und kritischer Kollationierung neu edierte („Midrasch Tanchuma" u. a.). Kleinere wissenschaftliche, publizistische und belletristische Arbeiten gelangten in dem von Gräber 1887—1896 in Krakau herausgegebenen Jahrbuch „Ozar ha'safruth" sowie in anderen Zeitschriften zum Abdruck.

In Ungarn hatte sich mittlerweile die Kluft zwischen Orthodoxen und „Neologen" weiter vertieft. Die Gemeinden der Altfrommen weigerten sich, diejenigen als Rabbiner anzuerkennen, die ihre Ausbildung in der modernem wissenschaftlichen Geiste huldigenden Budapester „Landesrabbinerschule" genossen hatten, und wählten ihre geistlichen Führer nach wie vor aus der Mitte der Zöglinge der traditionellen Talmudschulen. Mit dem Budapester Rabbinerseminar waren aufs engste zwei Gelehrte verbunden, die in Ungarn das Werk der in Deutschland erstandenen jüdischen wissenschaftlichen Schule fortführten: der bereits erwähnte David Kaufmann sowie *Wilhelm Bacher*. Gleich jenem aus dem Jüdisch-Theologischen Seminar zu Breslau hervorgegangen, wirkte Bacher sechsunddreißig Jahre lang

(1877—1913), zunächst als Dozent und sodann auch als Rektor, an der Budapester Pflanzstätte für liberale Rabbiner, machte sich aber ganz besonders durch seine fruchtbare literarisch-wissenschaftliche Tätigkeit verdient. Seine Werke zur Geschichte der talmudischen Haggada („Die Agada der Tannaiten", „Die Agada der Amoräer", 1884 bis 1899) stellen eine wertvolle Ergänzung zu der von dem Wiener Talmudgelehrten E. H. Weiß verfaßten Geschichte der Halacha dar, obschon es Bacher mehr um die Systematisierung des Haggadastoffes als um dessen historisch-kritische Durchleuchtung zu tun war. Von wesentlicher Bedeutung sind auch die philologischen Untersuchungen Bachers (über die jüdischen Sprachforscher der arabisch-spanischen Epoche) sowie seine Arbeiten zur Geschichte der Bibelexegese. Die ungarischen Gelehrten pflegten ihre wissenschaftlichen Bücher deutsch zu schreiben und nur die für eine weitere Öffentlichkeit bestimmten Aufsätze in den in ungarischer Sprache erscheinenden jüdischen Zeitschriften („Magyar Zsido Szemle" u. a.) zu veröffentlichen. Für die Entfaltung der Literatur der Haskala in hebräischer Sprache war der ungarische Boden nicht günstig; umso bemerkenswerter ist es, daß hier schon sehr früh eine *Presse* in jüdisch-deutscher Sprache, d. h. in einem stark verdeutschten „Jiddisch", entstand. In den achtziger und neunziger Jahren wurden in Budapest in dieser Sprache mehrere Wochenschriften herausgegeben, die in Zeiten politischer Hochspannung zu Tagesblättern ausgestaltet wurden („Jüdische Pester Zeitung", „Allgemeine Jüdische Zeitung", „Jüdisches Volksblatt", „Jüdisches Tageblatt"). Die Leser dieser Blätter rekrutierten sich aus den breiten Schichten der Orthodoxie, in denen trotz der Vorherrschaft der alten Tradition die Kenntnis der alten nationalen Sprache immer seltener wurde, das „Jiddisch" aber im Widerspruch zu den Angaben der amtlichen Statistik sich noch immer als die eigentliche Umgangssprache behauptete (oben, § 10).

Um die Mitte der neunziger Jahre wandte sich der aus Budapest gebürtige Wiener Journalist Theodor Herzl an die jüdische Öffentlichkeit mit einem neuen Losungswort, das bald in Österreich wie auch weit über seine Grenzen hinaus lebhaftesten Widerhall wecken sollte. So bezeichnet denn das Jahr 1897 den Beginn einer Umgruppierung der geistigen Kräfte innerhalb der vielgestaltigen Judenheit des Habsburgerreiches (s. unten, § 33 und folgende).

Drittes Kapitel

Pogrome und Rechtlosigkeit in Rußland

§ 12. Die Reaktion unter Alexander III.

In Westeuropa richtete sich die antisemitische Reaktion gegen die den Juden bereits gewährte bürgerliche Emanzipation, in Rußland aber lediglich gegen die seit der liberalen Ära Alexanders II. gehegten Emanzipationshoffnungen. Diese Hoffnungen waren freilich nichts weniger als begründet. Gleichwie die allgemeinen Reformen des Zaren, der zwar die Bauern von der persönlichen Versklavung befreit hatte, von der Befreiung Rußlands aus der politischen Sklaverei jedoch nichts wissen wollte, urplötzlich abgebrochen wurden, wurde auch mit der schrittweisen Verbesserung der Lage der Juden jäh Schluß gemacht. Schon in den siebziger Jahren waren die gegenreformatorischen Bestrebungen hinsichtlich der Juden mit aller Deutlichkeit in Erscheinung getreten (Band IX, § 46). Als dann mit der Thronbesteigung Alexanders III. die Reaktion ihren entscheidenden Sieg errang, kam es zu einer so mächtigen Eruption des Judenhasses, wie sie das neue Rußland noch nie gekannt hatte. Während die Bürokraten sich noch mit der Judenfrage in ihren Kanzleistuben befaßten, begannen die Volksmassen diese Frage auf der Straße zu lösen, und so leitete die Rechtlosigkeit unmittelbar zum Pogrom über. Zu derselben Zeit, als sich der Antisemitismus in Westeuropa alle Mühe gab, kulturelle Motive vorzutäuschen, sollte in Rußland der Judenhaß einerseits in den berüchtigten Formen des Heidamakentums des XVII. Jahrhunderts, andererseits in denen der polizeilichen Willkür eines Nikolaus' I. wiedererstehen.

Eine gewisse Übereinstimmung zwischen der in Rußland neu ausgebrochenen antijüdischen Bewegung und der in Westeuropa bestand

lediglich hinsichtlich ihrer sozial-wirtschaftlichen Hintergründe: hier wie dort nahm man Anstoß an dem „Eindringen" der Juden in die höheren christlichen Kreise sowie insbesondere an den von jüdischen Geschäftsleuten erzielten Erfolgen im Wirtschaftsleben. Die der jüdischen Großkaufmannschaft unter Alexander II. gewährten „Vergünstigungen" hatten nämlich zu einer Verschärfung der Konkurrenz im Bereiche des damals in Rußland blühenden Gründertums geführt: in der Fabrikindustrie, beim Eisenbahnbau und nicht zuletzt im Bankwesen, während die Rechte, deren sich die akademisch gebildeten Juden erfreuten, diese zu Rivalen ihrer christlichen Berufsgenossen machten. So entstand denn eine gewissenlose, von der Regierung subventionierte judenfeindliche Presse, mit dem großen Petersburger Blatt „Nowoje Wremja" und dem in Kiew erscheinenden „Kiewljanin" an der Spitze. Das Leiborgan der Petersburger Bürokratie war es, das das geflügelte Wort in Umlauf setzte: „Der Jüd marschiert!", ein Alarmruf, durch den der soziale Aufstieg der erst vor kurzem ins bürgerliche Leben getretenen Juden vereitelt werden sollte. Dieselbe Zeitung brachte eine Übersetzung der Schmähschrift des deutschen Antisemiten Marr: „Der Sieg des Judentums über das Germanentum" (1879) und betonte hierbei mit besonderem Nachdruck, daß Israel einen ähnlichen Siegeszug auch schon in Rußland angetreten habe.

Der Widerstreit der Interessen auf den Höhen des sozialen Lebens war von einem entsprechend verschärften Antagonismus in den Niederungen des Volkes begleitet. Nach der Emanzipation der Bauern mußte die große Masse der Juden unausbleiblich mit der Bauernschaft in nähere Berührung kommen, da die Zwischeninstanz der Gutsherrschaft in Fortfall gekommen war. Ein beträchtlicher Teil der in Stadt und Land ansässigen Juden, die ehedem als Zwischenhändler beim Absatz der gutsherrlichen Erzeugnisse mitgewirkt hatten, stand nunmehr unmittelbar dem zum Herrn seines Arbeitsprodukts gewordenen Bauersmann gegenüber. Der Aufkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem flachen Lande und auf den Stadtmärkten sowie die Belieferung der Bauernschaft mit Waren aus der Stadt lag denn auch im westlichen Rußland vornehmlich in den Händen der Juden, die in ihrer großen Mehrheit in dem abgeriegelten „Ansiedlungsrayon" nach wie vor auf den Kleinhandel angewiesen waren. Die unvermeidlichen Konflikte zwischen dem bäuerlichen Produzenten und dem Händler spitzten sich besonders zu, wenn das Handelsgeschäft,

wie es häufig vorkam, in den von Juden betriebenen Schankwirtschaften abgeschlossen und das Getreide des Bauern Zug um Zug gegen Schnaps des Juden eingetauscht wurde — eine traurige Folgeerscheinung der polnischen Herrsch- und der russischen Trunksucht. Dieses seit den Zeiten Chmelnickijs und des Haidamakentums wohlbekannte Bild (Band VII, § 2) bot sich in der Ukraine sogar noch in der sogenannten „Epoche der großen Reformen", die den Bauer auch nach seiner Emanzipation in dem früheren Zustande der Unkultur verharren ließen. Die Folge war, daß politische Wirren jedesmal in den von eingefleischten Vorurteilen und wilden Leidenschaften beherrschten Niederungen des ukrainischen Volkes einen dumpfen, unheilvolle Eruptionen ankündigenden Widerhall wecken mußte. Als nun der revolutionäre Terror in Rußland mit der am 1. (13.) März 1881[1]) erfolgten Ermordung Alexanders II. den Höhepunkt erreichte, war die Katastrophe da.

Neben den von früher her wirksamen sozial-wirtschaftlichen Faktoren der judenfeindlichen Stimmung wurden jetzt politische Momente entscheidend, die namentlich zur Verschärfung des amtlichen Judenhasses führten. Die revolutionäre Bewegung, die allein durch die Einführung der von der Öffentlichkeit herbeigesehnten „Rechtsordnung", d. h. einer Konstitution, hätte eingedämmt werden können, war inzwischen mächtig angeschwollen. Gegen Ende der siebziger Jahre auf den „weißen Terror" der Polizei stoßend, schlug sie selbst in roten Terrorismus um. Die Schlag auf Schlag folgenden Attentate auf Alexander II. lösten im Volke stärkste Erregung aus. In den Regierungskreisen war man insbesondere darüber empört, daß sich der revolutionären Bewegung auch ein Teil der mit „Vergünstigungen" bedachten jüdischen Gebildeten angeschlossen hatte. Immer tiefer wurzelte sich in diesen Kreisen die Überzeugung ein, daß Reformen überhaupt für das Volk verderblich seien und nur seine Begehrlichkeit aufstachelten. Der zwischen Zugeständnissen an seine Untertanen und Repressivmaßnahmen hin und her schwankende Alexander II. entschied sich allerdings im letzten Jahre seines Lebens für eine Politik der „Beschwichtigung", und der von ihm mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Minister Loris-Melikow sollte die Aussöhnung der Regierung mit der Öffentlichkeit auf dem Wege einer „Diktatur des

[1]) Die Zeitangaben in diesem Kapitel richten sich in der Regel nach dem im damaligen Rußland geltenden Julianischen Kalender.

Herzens" herbeiführen. Schon wurde die Einführung verfassungsmäßiger Zustände in Aussicht genommen; als diese Vorbereitungsarbeiten noch im Gange waren, brach jedoch die Katastrophe vom 1. März 1881 herein. Zu den an der Ermordung Alexanders II. beteiligten Terroristen gehörte auch eine Jüdin, Hessja Helfmann, die indessen in der Geheimorganisation eine nur untergeordnete Rolle spielte[1]). Gleichwohl zögerten die Polizeigewaltigen nicht, aus dieser Tatsache weitestgehende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Den plötzlich verwaisten Thron bestieg Alexander III., ein unbeschränkter Monarch mit einem überaus beschränkten politischen Gesichtskreis. Ein Mann von altrussischem Schlage, ein Eiferer des rechten Glaubens und des echten Russentums, teilte er die für seine Umgebung charakteristische Voreingenommenheit gegen die Juden. Schon als Thronfolger hatte er den berüchtigten Abenteurer Ljutostanskij, den Verfasser der widerwärtigen Schmähschrift „Über den Gebrauch des Christenblutes bei den Juden", mit einer Ehrengabe belohnt[2]). Während nun der künftige Zar aus derlei Elaboraten seine Kenntnisse über das Judentum als Religion schöpfte, urteilte er über die wirtschaftliche Rolle der Juden auf Grund der Skandalaffäre, in die während des Russisch-Türkischen Krieges vereinzelte jüdische Heereslieferanten verwickelt worden waren (Band IX, § 46). Dies scheint aber auch alles gewesen zu sein, was dem Gebieter von fünf Millionen Juden über diese bekannt war. Seine allgemeine politische Erziehung hatte Alexander III. unter der Oberleitung des erzreaktionären Pobjedonosszew genossen, eines Professors der Moskauer Universität, der zum Oberprokuror des „Heiligen Synods" avancieren sollte. Mit der Einführung des Thronfolgers in die Staatswissenschaften betraut, lehrte der ehemalige Professor des bürgerlichen Rechts seinen Zögling die Leitprinzipien der bürgerlichen Entrechtung. Von diesem Lehrmeister eben hatte Alexander III. sein Ideal eines in kirchlich-

---

[1]) Zusammen mit den wichtigsten Teilnehmern des Komplotts (Scheljabow, Sophja, Perowskaja u. a.) zum Tode verurteilt, wurde die schwangere Helfmann im Gefängnis belassen, wo sie nach ihrer Niederkunft, nachdem man ihr das neugeborene Kind entrissen hatte, auch starb.

[2]) Es war dies ein Brillantring, den Ljutostanskij während des von ihm 1880 gegen den Herausgeber des „Ha'Meliz", Zederbaum, angestrengten Prozesses auf den Gerichtstisch gelegt hatte, ohne jedoch hierdurch den liberalen Richter einschüchtern zu können, der den Kläger wegen völliger Unhaltbarkeit seiner Beschwerde rundweg abwies (vgl. Band IX, § 46).

polizeilichem Geiste zu regierenden Rußland übernommen, in dem das durch Aufklärung und politische Freiheit nicht irregeleitete Volk dazu prädestiniert zu sein schien, Gott und den Zaren zu fürchten sowie alle Andersgläubigen und Fremdstämmigen zu verabscheuen. So ließ sich denn Alexander III. während seiner ganzen Regierungszeit von der Losung leiten: „Rußland den Russen!"

Nach der Katastrophe vom 1. März rieten die liberalen Staatswürdenträger dem neuen Zaren, den von seinem Vorgänger gefaßten Beschluß, eine gemäßigte Verfassung zu verkünden, nicht rückgängig zu machen, wohingegen die von dem „Großinquisitor" Pobjedonosszew geführte reaktionäre Hofpartei auf die Aufrechterhaltung der ungeschmälerten Selbstherrschaft und den Abbruch des Reformwerkes drang. Das am 29. April 1881 ergangene, von Pobjedonosszew verfaßte Zarenmanifest kündigte den vollen Sieg der Reaktionäre an: „Die Stimme Gottes befiehlt Uns — so hieß es da in salbungsvollem Tone — das Werk der Regierung getrost in die Hand zu nehmen im Glauben an die Kraft und Wahrheit der selbstherrlichen Gewalt, die zu wahren und zu festigen Wir berufen sind". Dies war die Grundhaltung, aus der heraus dem Lande statt der erhofften Verfassung nach westeuropäischem Vorbild ein neues Polizeireglement oktroyiert wurde, das „Reglement über den verstärkten Schutz" (im August 1881). Die neuergangene Verordnung ermächtigte die Generalgouverneure und Gouverneure in den beiden Reichshauptstädten sowie in einer Reihe von Provinzen, nach Gutdünken Ausnahmebestimmungen zu erlassen, jeden der „politischen Unzuverlässigkeit" verdächtigten Bürger festzunehmen und nach Sibirien zu deportieren sowie überhaupt über das Los der Einwohnerschaft frei zu verfügen. Dieser den gegen die Bevölkerung wütenden Ortsbehörden verliehene Freibrief wurde in der Folgezeit alljährlich durch Zarenukas erneuert und auf immer größere Teile des Reichsgebietes ausgedehnt, so daß die 1881 ergangene Vollmacht für die Polizei bis zur Verkündung der parlamentarischen Konstitution von 1905 ununterbrochen in Kraft blieb.

Die Schreckenstat des 1. März hatte aber nicht nur in den Regierungskreisen, sondern auch in einem beträchtlichen Teil der durch das Gespenst des Anarchismus eingeschüchterten russischen Öffentlichkeit einen reaktionären Umschwung herbeigeführt. Es ertönte der in Zeiten der Verwirrung unausbleibliche Ruf: „Suchet den Juden!" Die verbreitetesten, in die Intentionen der Regierung eingeweihten

russischen Presseorgane schlugen den Juden gegenüber einen immer gehässigeren Ton an. Schon gleich nach dem Ereignis vom 1. März brachte die Petersburger Zeitung „Nowoje Wremja" Anspielungen auf die jüdische Mittäterschaft, und bald waren namentlich die in Südrußland erscheinenden Zeitungen voll von Nachrichten über zu erwartende antijüdische Ausschreitungen. In den Tiefen des russischen Volkes wurde in der Tat eine unheilverkündende Gärung merkbar, während gleichzeitig von oben her unsichtbare Hände die Volksmassen auf den Weg eines ungeheuerlichen Verbrechens stießen. In den größeren Städten Südrußlands (in Odessa, Kiew, Jelisawetgrad) waren schon im März Geheimagenten aus Petersburg eingetroffen, die in vertraulichen Unterredungen mit den Spitzen der Ortsbehörden auf die Möglichkeit eines „Ausbruches des Volkszornes gegen die Juden" hinwiesen und zu verstehen gaben, daß polizeiliche Gegenmaßnahmen den höchsten Stellen unerwünscht seien. Aber auch unter dem Volke selbst tauchten bald da, bald dort Hetzer von unverkennbar nordischer Herkunft auf, die der russischen Landesbevölkerung das bevorstehende Blutgericht ankündigten, judenfeindliche Zeitungsartikel vorlasen und von einem „Zarenukas" erzählten, der es ausdrücklich gestatte, in den nahenden Ostertagen mit den Juden abzurechnen. Es bleibt noch immer unerkennbar, welche Organisation diese Pogrompropaganda im Volke entfaltet hat, und inwiefern an der ganzen Sache die sogenannte „Heilige Wehr" beteiligt war, jener im März 1881 in Petersburg zum Schutze des Kaisers und zur rücksichtslosen Bekämpfung der „Feinde der Ordnung" gegründete Geheimbund, dem bis zu seiner im Herbst 1882 erfolgten Auflösung neben anderen hohen Staatswürdenträgern Pobjedonosszew sowie der künftige Innenminister Ignatjew angehörten. Daß aber die Pogrome von irgendeiner Zentralstelle angestiftet worden sind, unterliegt keinem Zweifel, da sie fast gleichzeitig in verschiedenen Orten Südrußlands zum Ausbruch kamen und allenthalben, sowohl was die Untaten der Menge als auch was die Untätigkeit der Polizei betrifft, nach dem gleichen Schema verliefen.

§ 13. Die Pogrome von 1881 im russischen Süden

Der erste Blitz schlug in *Jelisawetgrad* ein, einer Kreisstadt in Neurußland mit einer fünfzehntausendköpfigen jüdischen Bevölkerung. Schon mehrere Tage vor Ostern sprachen die russischen Stadtbewohner offen davon, daß es bald zu einer „Abrechnung mit den Jüden" kommen werde. Der jüdischen Einwohner bemächtigte sich schwere Unruhe. Die Polizei traf Vorbeugungsmaßnahmen und zog zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den ersten Ostertagen eine kleinere Militärabteilung heran. Die ersten Feiertage verliefen denn auch ohne Störung, als jedoch am vierten Tage der Osterwoche, am 15. April, die Truppen von den Straßen zurückgezogen wurden, brach unverzüglich ein regelrechter Pogrom los. Die Drahtzieher der Judenhetze hatten nämlich einen angeheiterten russischen Kleinbürger in ein jüdisches Wirtshaus geschickt, der dort Radau zu machen begann und von dem Schankwirt zur Tür hinausgeworfen wurde, woraufhin die vor dem Wirtshaus versammelte Menge in den Ruf ausbrach: „Die Jüden mißhandeln die Unseren!" und sich unvermittelt auf die jüdischen Passanten stürzte. Das verabredete Zeichen zum Pogrom war gegeben. Hier der Wortlaut einer Schilderung der Ereignisse, wie sie in einem für die Öffentlichkeit nicht bestimmten und daher von tendenziöser Färbung freien Bericht der amtlichen Untersuchungskommission zu finden ist:

„In der Nacht vom 15. zum 16. April kam es in den Außenbezirken der Stadt zu einem Überfall auf jüdische Häuser, insbesondere auf Schankwirtschaften, wobei ein Jude totgeschlagen wurde. Am 16. April begannen die Unruhen um sieben Uhr morgens von neuem und griffen mit ungewöhnlicher Schnelligkeit auf die ganze Stadt über. Ladenverkäufer, Gasthausdiener, Handwerker, Kutscher, herrschaftliche Bediente, Offiziersburschen, Armierungssoldaten, sie alle schlossen sich der Bewegung an. Die Stadt bot einen ungewöhnlichen Anblick: die Straßen mit Daunen und zertrümmerten Möbeln bedeckt, in den Häusern eingeschlagene Türen und Fenster, eine sich nach allen Richtungen mit Geschrei und Gejohle ergießende, rasend gewordene Menge, die ungehemmt ihr Vernichtungswerk weitertreibt; zur Vervollständigung dieses Bildes — die völlige Gleichgültigkeit der Stadtbewohner nichtjüdischer Abkunft gegenüber der wütenden Zerstörungssucht. Den zur Wiederherstellung der Ordnung angeforder-

ten Truppen fehlte es an einer präzisen Instruktion, so daß sie bei dem Ansturm der Menge gegen ein noch unversehrtes Haus in Erwartung der Anordnungen ihrer Obrigkeit oder der Polizei ratlos dastanden. Ein solches Verhalten der Truppen, vor deren Augen die tobende Menge ungehindert Häuser und Läden demolierte, mußte den Anschein erwecken, daß die Zerstörung nicht gesetzwidrig, sondern von der Regierung geradezu gestattet sei . . . Gegen Abend erfuhren die Unruhen eine weitere Verschärfung, da die Stadt inzwischen von Bauern aus der Umgegend überflutet wurde, die es auf das jüdische Hab und Gut abgesehen hatten. Diesen Plündererbanden leisteten die bereits völlig erschöpften Truppen und Polizeimannschaften überhaupt keinen Widerstand. Die Behörden gaben bereits jede Hoffnung auf, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Unruhen Herr zu werden. Der gegen acht Uhr abends einsetzende, von einem schneidend kalten Wind begleitete Regen trug jedoch dazu bei, daß sich die Menge zerstreute. Um elf Uhr trafen frische Truppen ein, am Morgen des 17. April ein weiteres Infanteriebataillon, und von diesem Tage ab wurde die Ordnung in Jelisawetgrad nicht mehr gestört".

Die Kunde von dem in Jelisawetgrad so leicht errungenen „Sieg" über die Juden verwandelte die in den Nachkommen der Haidamaken schlummernde potentielle Energie in „lebendige Kraft". Schon in der zweiten Hälfte des April wurden viele Dörfer des Kreises Jelisawetgrad sowie einige andere Städte und Flecken des Gouvernements Cherson zum Schauplatz judenfeindlicher Ausschreitungen. Auf dem flachen Lande begnügte man sich zumeist mit der Zerstörung von Juden gehörenden Wirtshäusern, wobei die Bauern einen kaiserlichen Befehl zu erfüllen glaubten. In der Stadt *Ananjew* behauptete ein zum Pogrom hetzender russischer Kleinbürger mit aller Bestimmtheit, daß es die Juden seien, die den Zaren ermordet hätten, weshalb auch die Regierung befohlen habe, an ihnen Rache zu nehmen, daß aber die Ortsbehörden diesen Befehl verheimlichten. Auf der Stelle verhaftet, wurde der Hetzer von der Menge wieder befreit, worauf sich diese gegen die jüdische Bevölkerung wandte. Die Wüteriche zerstörten in dem von unbemittelten Juden bewohnten Stadtteil etwa zweihundert Häuser und Läden, wohingegen das von der Polizei und einem Truppenteil stark bewachte Stadtinnere, das Viertel der wohlhabenderen Einwohnerschaft, unversehrt blieb.

Die niedrigsten Leidenschaften waren entfesselt, und die Bewegung schwoll bedrohlich an. Schon war die „Mutter der russischen Städte", das uralte *Kiew*, an die Reihe gekommen, die Stadt, in der die Juden bereits im Morgengrauen der russischen Geschichte neben den Chasaren als Pioniere der Kultur gewirkt hatten und die nun zum Tummelplatz wilder Horden werden sollte. Der hier ausgebrochene Pogrom war aufs sorgfältigste von einer Geheimorganisation inszeniert, die dem Gerücht, daß Alexander II. den Juden zum Opfer gefallen sei und daß der neue Zar den Befehl erteilt habe, dem heimtückischen Stamm einen Denkzettel zu geben, weiteste Verbreitung verschafft hatte. Die Ortsbehörden mit dem Generalgouverneur, dem reaktionären Judenhasser Drenteln, an der Spitze waren nicht nur über die Vorbereitungen zum Pogrom, sondern auch darüber unterrichtet, daß die Ausschreitungen für Sonntag, den 26. April, angesetzt worden seien. Hatte doch die Polizei die Juden ausdrücklich davor gewarnt, sich an diesem Tage auf den Straßen zu zeigen und ihre Läden zu öffnen. Obschon es die jüdischen Stadtbewohner stutzig machen mußte, daß an dem von zahlreichen Truppen bewachten Sitz des Generalgouverneurs die Obrigkeit zur Abwendung der drohenden Unruhen nichts Besseres zu tun wußte, als den bedrohten friedlichen Bürgern anzuraten, sich zu verstecken, wurde der Rat der Polizei aufs genaueste befolgt, und so waren am Morgen des verhängnisvollen Tages auf den Straßen von Kiew keine Juden zu sehen. Gleichwohl rotteten sich überall in der Stadt beutegierige Gesellen zusammen, die ungehindert ans Werk gingen. Der Sturm brach in dem von Juden am dichtesten bevölkerten Stadtteil, dem sogenannten Podol, los. „In der Mittagsstunde — so berichtet ein Augenzeuge — hallte plötzlich die Luft von wildem Geschrei, Gejohle, Gebrüll und Gelächter wider. Eine riesige Menge von halbwüchsigen Burschen, Handwerkern und Arbeitern machte sich an die Zerstörung von jüdischen Häusern; Fenster und Türen wurden eingeschlagen, und alles, was den Unholden in Wohnungen und Läden unter die Hand kam, auf die Straße geschleudert. Bald wandte sich die Menge auch gegen die Synagoge, die trotz der festen Türriegel und Fensterläden im Nu verwüstet war. Grenzenlos war die Wut, mit der die Thorarollen in Fetzen gerissen und in den Schmutz gestampft wurden. Die christlichen Einwohner schützten sich vor der Zerstörungswut des Pöbels dadurch, daß sie in allen Fenstern Heiligenbilder ausstellten und auf den Toren das Zeichen des Kreuzes

anbrachten. Während des Pogroms patrouillierten in den Straßen des Podol Kosaken sowie Infanterie- und Kavallerietrupps. Hie und da zeigte sich die hohe Obrigkeit, Offiziere und Generäle. Nunmehr stürmt die Reiterei in der Richtung, woher das Getöse kommt. Nun ist sie da, umzingelt die Missetäter und fordert sie auf, auseinanderzugehen. Die Menge verzieht sich und ballt sich an einem anderen Ort wieder zusammen. So nahm das Zerstörungswerk bis um drei Uhr nachts seinen Fortgang. Militärtrommeln wurden gerührt, Kommandorufe erschollen, die Truppen umstellten die Plünderer und trieben sie auseinander, das Volk setzte aber seinen Ansturm mit immer wachsender Erbitterung und Wut fort". — Während ein Teil der Banden den Podol verwüstete, wüteten andere im Stadtinneren. Die wilde, betrunkene Menge vollbrachte überall ihre Untaten vor den Augen der Polizei und der Truppen, die die Banden gleich einer Ehrenwache von Ort zu Ort eskortierten. Ab und zu zeigte sich auf den Straßen der Generalgouverneur Drenteln in eigener Person in Begleitung des Gouverneurs und des Polizeipräsidenten, doch beschränkten sich die Träger der Staatsgewalt darauf, „dem Volke gut zuzureden", das in ihrer Gegenwart „Totenstille bewahrte und scheu zurückwich", nach dem Abzug der Obrigkeit aber das unterbrochene Werk wieder aufnahm. In den von Truppen und Polizei entblößten Stadtteilen ließen die Unholde ihren tierischen Instinkten vollends freien Lauf, so in dem Vorort Demijewka, in dem eine mitten in der Nacht eingebrochene Pogrombande sich zunächst der Schenken bemächtigte und sodann, sinnlos betrunken, die jüdischen Häuser in Brand steckte. Im Dunkel der Nacht kam es hier zu schauerlichen Greueltaten: mehrere Juden wurden in die Flammen geworfen oder zu Tode mißhandelt und viele Frauen vergewaltigt.

Erst am 27. April entschlossen sich die Behörden, dem Wüten der Banditen ein Ziel zu setzen. Die Soldaten und Kosaken erhielten Befehl, gegen die Menge mit dem Gewehrkolben und auch mit der Feuerwaffe vorzugehen, so daß es unter den Plünderern bald einige Verwundete und Tote gab. Nunmehr war der Pogrom zu Ende. Die Leichtigkeit, mit der die Unruhen am zweiten Pogromtage unterdrückt wurden, zeigt mit aller Klarheit, daß die Behörden bei gutem Willen die ganze verbrecherische Bewegung hätten im Keime ersticken können. Das passive Verhalten der Obrigkeit war es also, das die Ver-

heerung von nahezu tausend jüdischen Wohnungen und Läden, einen in die Millionen gehenden Schaden, das unter den Juden angerichtete Blutbad sowie die Vergewaltigung von etwa zwanzig jüdischen Frauen verschuldet hatte. All dies wurde in der amtlichen Sprache mit dem Euphemismus „Unruhen" bezeichnet, und der in Petersburg erscheinende „Regierungsbote" brachte über die Kiewer Schreckenstaten nur die folgende lakonische Meldung: „Am 26. April kam es in Kiew zu gegen die Juden gerichteten Unruhen. Einige Juden wurden verprügelt, ihre Läden und Geschäfte ausgeplündert. Am Morgen des nächsten Tages wurde die Ordnung mit Hilfe der Truppen wiederhergestellt, wobei etwa fünfhundert (nach späteren amtlichen Meldungen 1400) Unruhestifter festgenommen wurden".

Das von der Mutterstadt gegebene Beispiel wirkte ansteckend auf die ganze Kiewer Satrapie. Schon in den nächstfolgenden Tagen fielen der Pogromepidemie nahezu fünfzig Dörfer und Flecken der Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien zum Opfer (Smjela u. a.). In den Städten traten nicht selten als Anstifter der Pogrome und Anführer der ukrainischen Ortsbevölkerung ortsfremde Großrussen, Arbeiter und Lumpenproletarier, hervor, die nach vollbrachter Tat spurlos verschwanden. Als eine dieser Banden mit der Eisenbahn in dem großen jüdischen Zentrum *Berditschew* eintraf, wurde sie gleich am Bahnhof von einer mit Knüppeln bewaffneten jüdischen Wehr empfangen und mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die organisierte jüdische Selbstwehr stellte indessen nur eine seltene Ausnahmeerscheinung dar und war in Berditschew lediglich durch die Nachsicht des von den Juden bestochenen Polizeichefs ermöglicht worden. In der Regel wurden jedoch die Versuche der Juden, sich mit vereinten Kräften zur Wehr zu setzen, entweder von der Polizei vereitelt oder von den Plünderern zum Anlaß genommen, um unter der jüdischen Bevölkerung blutige Ernte zu halten (so in der Stadt *Konotop* im Gouvernement Tschernigow). Die Bauernschaft war so fest davon überzeugt, daß die „Pogrompflicht" ihr vom Zaren selbst auferlegt worden sei, daß in einem Dorfe des Gouvernements Tschernigow der Dorfschulze, um die Pogromgefahr zu bannen, den zarentreuen Landleuten eine schriftliche Bescheinigung darüber ausstellen mußte, daß sie wegen ihrer Untätigkeit nicht zur Verantwortung gezogen werden würden; nichtsdestoweniger wurden für alle Fälle sechs jüdische Häuser der Zerstörung preisgegeben. In manchen Dörfern waren es die

Priester, denen es unter Aufbietung ihrer ganzen Beredsamkeit gelang, die Bauern von dem Glauben an einen angeblichen Pogrom-Ukas abzubringen.

Die judenfeindliche Frühjahrskampagne klang in dem sich über drei Tage (3.—5. Mai) hinziehenden Pogrom in der Metropole Südrußlands *Odessa* aus. In dieser Großstadt mit ihrer hunderttausendköpfigen jüdischen Bevölkerung hätten die Ausschreitungen ungeheuere Dimensionen annehmen können, wenn nicht die Behörden, der Generalprobe von 1871 (Band IX, § 46) eingedenk, von Anfang an den Beschluß gefaßt hätten, ihre Pflicht zu tun. So aber waren Polizei und Truppen den Plünderern stets auf den Fersen und trieben sie rücksichtslos auseinander. Auch der von den jüdischen Studenten der Odessaer Universität geleitete Selbstschutz tat das Seine, um die Mordbrenner von den Häusern der Juden abzudrängen. Als aber die Polizei zur Verhaftung der Unruhestifter schritt, machte sie keinen Unterschied zwischen den Angreifern und den sich wehrenden Angegriffenen, so daß unter den 800 Festgenommenen etwa 150 Juden waren, die man des Waffentragens beschuldigte, wiewohl man bei ihnen, abgesehen von einigen Revolvern, lediglich Knüppel und Eisenstangen gefunden hatte. In drei großen Barken untergebracht, die im offenen Meer vor Anker gingen, mußten die Mitglieder der Selbstwehr zusammen mit den Räubergesellen mehrere Tage in dem schwimmenden Gefängnis schmachten. Der wild gewordene, durch die Nachrichten von den Kiewer Großtaten berauschte Pöbel hatte indessen an der ihm während des Pogroms zur Beute gefallenen Habe der armen jüdischen Vorstadtbevölkerung nicht genug und drohte mit einem neuen Angriff, ja mit einem Gemetzel. Die Panik hielt infolgedessen in der Stadt an, und viele Juden beeilten sich, in sicherere Gegenden zu ziehen oder Rußland ganz zu verlassen. Ebenso gespannt blieb die Lage in einigen von der Pogromseuche gleichzeitig heimgesuchten Kreisen der Gouvernements Jekaterinoslaw, Cherson und Taurien, wo außer mehreren von Juden bewohnten Städten (Alexandrowsk, Nikolajew, Berdjansk u. a.) auch die jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien zu Schaden gekommen waren[1]). Immerhin

[1]) Zumeist waren es hier Kleinpogrome, bei denen man lediglich auf Raub ausging. An den Feiertagen benutzten nämlich die Bauern ihre Muße dazu, um sich in die Nachbarstadt „zum Pogrom" zu begeben, wenn sie sich nicht darauf beschränkten, mit der Herbeischaffung der Judenhabe die Dorfjugend zu beauf-

war die erste Periode der „Kriegshandlungen" Mitte Mai zum Abschluß gelangt und es trat eine Ruhepause ein, die etwa zwei Monate andauern sollte.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Ereignissen im Süden verriet Unentschlossenheit. Bei den Machthabern in Petersburg kam die Befürchtung auf, daß die antijüdische Volksbewegung die Folge einer Propaganda der Revolutionäre sei, die die Massen zunächst gegen die im Handelsstand am stärksten vertretenen Juden aufhetzten, um sodann die entfesselten Leidenschaften gegen die oberen Klassen als solche loszulassen. Diese Befürchtungen spiegelten sich mit aller Deutlichkeit in dem von dem neuernannten Innenminister Grafen Nikolaus Ignatjew am 6. Mai 1881 unterzeichneten programmatischen Runderlaß. Indem der Minister als die Hauptaufgabe der Regierung die „Ausrottung der Verräterei", d. h. den Kampf gegen die revolutionären Bestrebungen bezeichnete, brachte er diese in dem folgenden vielsagenden Satz mit der Bewegung gegen die Juden in Verbindung: „Die in den letzten Tagen im Süden in Erscheinung getretene antijüdische Bewegung liefert ein trauriges Beispiel dafür, wie dem Throne und dem Vaterland ergebene Menschen unter dem Einfluß übelgesinnter, in den Volksmassen böse Leidenschaften entfachender Individuen eigenwillig zur Selbstjustiz greifen und, ohne sich dessen bewußt zu sein, den Hochverrätern Vorschub leisten". Die letzten Worte spielten auf die falschen Gerüchte über das Vorhandensein eines zur Mißhandlung der Juden auffordernden Zarenukases an, die, wie der Minister andeutete, gerade die „Hochverräter" zur Irreführung der „dem Throne Ergebenen" ausgestreut haben mochten.

Fünf Tage nach Veröffentlichung des zweideutigen Erlasses des verschlagenen Diplomaten Ignatjew empfing Alexander III. im Schloß zu Gatschina, wohin er sich aus Furcht vor den Terroristen zurückgezogen hatte, eine Abordnung der jüdischen Gemeinde von Petersburg. Der Abordnung lag daran, vom Zaren selbst eine Verurteilung der Pogrome zu vernehmen, um seine Worte sowohl zur Beruhigung der jüdischen Bevölkerung als auch zur Widerlegung der Lügennach-

---

tragen. Als ein in den Straßen von Melitopol umherirrendes siebenjähriges Bauernmädchen gefragt wurde, was es in der Stadt suche, gab es zurück, die Großmutter hätte zu ihm gesagt: „Es geht die Rede, daß man in der Stadt die Juden schlagen will, geh doch hin und bring ein Tüchlein mit".

richt vom Pogrom-Ukas zur öffentlichen Kenntnis bringen zu können. Indessen sollten die Gemeindevertreter auch vom Zaren, der offenbar von seinem Innenminister entsprechend bearbeitet worden war, eine überaus zweideutige Antwort, genauer zwei Antworten zu hören bekommen, eine für die Öffentlichkeit bestimmte und eine geheim zu haltende. Als nämlich der Führer der Abordnung, Baron Horaz Günzburg, dem Kaiser „grenzenlose Dankbarkeit für die in dieser schweren Zeit zum Schutze der jüdischen Bevölkerung getroffenen Maßnahmen" aussprach und mit den Worten schloß: „Noch ein Zarenwort — und die Wirren sind zu Ende!", antwortete Alexander III. auf die euphemistische Erwähnung der „getroffenen Maßnahmen" mit der nicht minder diplomatischen Versicherung, daß er zwischen seinen Untertanen keinerlei Unterschiede mache, und gab zugleich der Überzeugung Ausdruck, daß „bei den verbrecherischen Unruhen in Südrußland die Juden lediglich als Vorwand dienten und daß das Ganze ein Werk der Anarchisten sei". Auf diese beruhigend wirkende und in den Zeitungen veröffentlichte kaiserliche Erklärung war aber, wie die Eingeweihten wußten, noch eine weitere gefolgt, in der der Zar die Meinung aussprach, daß der letzte Grund der Feindseligkeit gegen die Juden in ihrer wirtschaftlichen „Herrschaft" sowie in der ihnen allgemein vorgeworfenen „Ausbeutung" der autochthonen russischen Bevölkerung zu suchen sei. Zwar versuchte der der Abordnung angehörende Rechtsanwalt Passower Alexander III. durch einen schüchternen Hinweis auf die elende Lage der russischen Juden umzustimmen, wurde aber vom Zaren mit den Worten unterbrochen: „Legen Sie dies alles in einer besonderen Denkschrift dar!" Der kaiserliche Wunsch wurde prompt erfüllt, doch sollte die Denkschrift nie überreicht werden, da es Ignatjew schon nach wenigen Monaten gelungen war, die zur Rechtfertigung der Pogrome und Repressivmaßnahmen ausgeheckte „Ausbeutungs"-Theorie zum offiziellen Standpunkt der Regierung zu machen und die Überreichung der jüdischen Denkschrift zu hintertreiben.

Die Tatsachen sollten bald zeigen, wie weit der Zar und seine Regierung davon entfernt waren, mit den Pogromopfern Mitleid zu empfinden. Es war nämlich allgemein aufgefallen, daß die Regierung, die sonst für die von Elementarkatastrophen heimgesuchte Bevölkerung stets Geldmittel zur Verfügung zu stellen pflegte, für die durch die Pogrome ruinierten Juden keine Kopeke übrig hatte. Aber auch die

Juden selbst durften laut Verfügung der Petersburger Behörden keine öffentlichen Sammlungen zugunsten der ausgeplünderten Stammesgenossen veranstalten, und als jüdische Finanziers eine für diesen Zweck bestimmte Geldsumme dem Generalgouverneur von Odessa überreichen wollten, wurde die Annahme der Spende kurzerhand verweigert. Besonders kraß trat jedoch die judenfeindliche Gesinnung der Behörden in der von diesen unmittelbar nach den Straßenpogromen veranstalteten Hetzjagd zutage: bereits im Mai verlegte sich die Kiewer Polizei darauf, den sich in der Stadt „rechtswidrig" aufhaltenden Juden nachzuspüren, um sie zu Tausenden auszuweisen. Zu solchen Massenausweisungen kam es überdies in Moskau, Orel und einer Reihe anderer außerhalb des „Ansiedlungsrayons" gelegener Städte. Nicht weniger anschaulich war der Unterricht im Judenhaß, den die russische Justiz dem Volke erteilte. Die Sühne für gemeinen Raub und noch schwerere Verbrechen war zumeist dreimonatige Haft und ähnliche geringfügige Strafen, als hätte es sich um harmlosen Unfug gehandelt, wobei mitunter (wie z. B. in Odessa) auch die Mitglieder des jüdischen Selbstschutzes mit abgeurteilt wurden. In Kiew, wo sich die Pogromhelden vor einem Kriegsgericht zu verantworten hatten (am 18. Mai), richteten sich die Ausführungen des Staatsanwalts, des bekannten, einige Zeit später von den Revolutionären ermordeten Reaktionärs Strelnikow, weniger gegen die Angeklagten als gegen deren Opfer. Er vertrat den Standpunkt, daß die Hauptursache der Ausschreitungen die „Ausbeutung" der Landesbevölkerung durch die das Wirtschaftsleben Südrußlands beherrschenden Juden sei, und suchte den jüdischen Zeugen seine Auffassung bestätigende Aussagen abzulisten. Als einer dieser Zeugen demgegenüber betonte, daß die Zuspitzung des wirtschaftlichen Kampfes auf die unzweckmäßige Zusammenpferchung der Juden im „Ansiedlungsrayon" zurückgehe, rief der Staatsanwalt aus: „Ist die Ostgrenze für die Juden gesperrt, so bleibt ihnen noch immer die Westgrenze offen. Warum machen sie denn hiervon keinen Gebrauch?"

Die Urheber der Pogrombewegung versäumten nicht, den aus all diesen Tatsachen sich unmittelbar ergebenden Schluß zu ziehen, und ließen auf den ersten Akt des grausigen Schauspiels in den ersten Julitagen den zweiten folgen. Den Herd der Sommerpogrome bildete das im Gouvernement Poltawa gelegene *Perejaslaw*, eine Stadt mit Kosakentraditionen, wo sich nach dem Kiewer Frühjahrspogrom viele

jüdische Flüchtlinge zusammengedrängt hatten. Durch den plötzlichen Zuwachs der jüdischen Stadtbevölkerung verstimmt, beantragten 420 ortsansässige Christen die Ausweisung der zugewanderten Fremdlinge und beschlossen, ohne den behördlichen Eingriff erst abzuwarten, auf eigene Faust „Ordnung" zu schaffen. So kam es denn in Perejaslaw am 30. Juni und 1. Juli zu nach allen Regeln der Pogromkunst veranstalteten Massenausschreitungen, die jedoch keine Menschenopfer forderten und ein recht eigenartiges Nachspiel im Gefolge hatten. Zwecks Aufklärung der Ursachen der Unruhen wurde nämlich in der Stadt ein Ausschuß gebildet, dem außer amtlichen Personen vier Vertreter der christlichen und drei der jüdischen Bürgerschaft angehörten. Die christlichen Kleinbürger legten nun diesem Ausschuß die folgenden Bedingungen eines Friedensschlusses mit den Juden vor: die jüdischen Stadtverordneten sollten, weil der „bürgerlichen Ehrenhaftigkeit ermangelnd", auf ihre Ehrenämter verzichten[1]), die jüdischen Frauen davon Abstand nehmen, sich in Seide oder Samt zu kleiden sowie Schmuck zu tragen und die jüdischen Familien dazu verpflichtet werden, ihre christlichen Dienstboten, die bei ihnen „verdorben" würden, unverzüglich zu entlassen; ferner sollte ohne Säumen die Ausweisung sämtlicher neuzugezogener jüdischer Flüchtlinge verfügt und den Juden untersagt werden, in den umliegenden Dörfern zwecks Weiterverkaufs Produkte aufzukaufen, an Sonn- und Feiertagen Handel zu treiben, sich als Schankwirte zu betätigen u. dgl. m. Von ähnlichen Idealen ließen sich anscheinend auch die Urheber der Judenhetze leiten, deren Schauplatz vom 20. bis zum 22. Juli die Stadt *Njeshin* im Gouvernement Tschernigow war. Als hier die zur Unterdrückung der Unruhen entsandten Truppen von der Feuerwaffe Gebrauch machten und mehrere Plünderer zur Strecke brachten, brach die rasend gewordene Menge in den Ruf aus: „Christenblut wird vergossen! Tod den Jüden!" und stürzte sich mit noch größerem Ungestüm auf die jüdische Bevölkerung, so daß dem Pogrom erst am dritten Tage ein Ende gemacht werden konnte. Die von den Behörden in Njeshin sowie anderwärts bewiesene Entschlossenheit ließ aller-

[1]) Diese dreiste Zumutung wurde von den jüdischen Ausschußmitgliedern mit den Worten zurückgewiesen: „Welch bitterer Hohn! Den Juden wird Mangel an Ehrenhaftigkeit von den Vertretern derjenigen vorgeworfen, die mit Knüppeln und Äxten in der Hand ihre friedlichen Nachbarn überfielen, um deren Habe auszuplündern!" Im gleichen würdevollen Ton waren auch die Antworten auf die übrigen Forderungen der Kleinbürger gehalten.

dings die Banditen bald zur Besinnung kommen, und Ende Juli war die Pogromseuche erloschen. Weiter wüten sollte eine Zeitlang nur noch die über viele Städte hereingebrochene *Feuerschäden*-Plage, die dadurch verursacht war, daß das sich nicht mehr straffrei wissende Räubergesindel dazu übergegangen war, die jüdischen Häuser insgeheim in Brand zu stecken. Am schlimmsten trieben es die Brandstifter im Nordwesten Rußlands, in Litauen und Weißrußland, wo die höchsten Stellen mit dem in Wilna residierenden Generalgouverneur Totleben an der Spitze von Anfang an mit aller Entschiedenheit erklärt hatten, keine Pogrome dulden zu wollen.

Die im Frühling und Sommer des Jahres 1881 durchgeführte Pogromkampagne, die die Juden in mehr als hundert fast durchweg südrussischen Orten in Mitleidenschaft gezogen hatte, löste eine *Panik* aus, von der die gesamte jüdische Bevölkerung des Reichs betroffen wurde. So sah sich denn das gehetzte Volk, wie schon immer in Zeiten der Not, erneut vor das Problem der *Auswanderung* gestellt. Gleichsam aus dem Bestreben heraus, den Ausgang des XIX. Jahrhunderts mit dem des XV. in Parallele zu stellen, erklärte sich die Regierung Spaniens, jenes Landes, aus dem die Juden 1492 restlos vertrieben worden waren, nunmehr bereit, den jüdischen Flüchtlingen aus Rußland eine sichere Zufluchtsstätte zu gewähren. Das alte Spanien machte sich erbötig, den Opfern des im Osten neu erstandenen Spanien Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen. Dieser Vorschlag war indessen, wie sich bald herausstellte, von nur geringer praktischer Bedeutung, und so kamen für die Auswanderung lediglich zwei Länder in Frage: die Nordamerikanische Union, wo den Auswanderern Brot und Freiheit winkte, sowie die alte Heimat des Volkes, das seinem wunden Herzen Genesung verheißende Palästina. Während die jüdischen Publizisten noch darüber debattierten, in welche Richtung die Emigrationsbewegung zu lenken sei, war in der umstrittenen Frage vom Leben selbst bereits ein Präjudiz geschaffen worden: fast alle Emigranten aus Südrußland strebten auf dem Wege über die westeuropäischen Zentren Amerika zu. Da die Bewegung mit elementarer Kraft ausgebrochen war und völlig unorganisiert verlief, sammelten sich schon gegen Ende des Sommers in Brody (Galizien), der ersten Durchgangsstation jenseits der russischen Grenze, nahezu zehntausend unbemittelte Auswanderer an, die bei der Weiterreise nach Amerika von der Pariser „Allianco Israélite" unterstützt zu werden hofften. Als die Bevoll-

mächtigten der „Alliance" im Oktober 1881 in Brody eintrafen, bot sich ihnen dort ein unheimliches Bild: in den Straßen irrten Tausende von erschöpften Männern und Frauen umher, viele mit verschmachtenden Kindern auf dem Arm. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend waren die Delegierten von einer jammernden Menge umgeben. Die Mütter versperrten ihnen den Weg, warfen ihnen die Kinder vor die Füße und flehten sie an, die Kleinen vor dem Hungertode zu retten. Die Delegierten taten alles, was in ihren Kräften stand, doch nahm die Zahl der Flüchtlinge fortwährend zu, während ihre Weiterbeförderung nach Amerika nur äußerst langsam in Gang kam[1]).

§ 14. Die „Gouvernementskommissionen" und der Pogrom in Warschau

Die Massenflucht der Juden aus Rußland war nicht nur durch die Pogrome und die ständige Pogromgefahr verursacht, sondern zugleich auch durch „legale" Peitschenhiebe, die das Ministerium Ignatjew in freigebigster Weise auf die jüdische Bevölkerung niedersausen ließ. Der ehemalige Gesandte in Konstantinopel, der Rußland in den Krieg mit der Türkei hineingehetzt hatte, zögerte, zum Innenminister geworden, nicht, die Methoden skrupellosester Diplomatie in den Bereich der Innenpolitik zu verpflanzen. Um den reaktionären Kurs bezüglich der Juden sowie die das Ansehen Rußlands in Europa untergrabenden judenfeindlichen Exzesse als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, beschloß nämlich Ignatjew, alle Schuld auf die Juden selbst abzuwälzen, und verhalf zu diesem Zweck, wie schon beiläufig erwähnt, der amtlichen „Ausbeutungs"-Theorie (Band IX, § 46) erneut zur Geltung. Der gegen die jüdische Bevölkerung ins Treffen geführten Theorie lagen die zwei folgenden einander widersprechenden Thesen zugrunde: 1. Die vornehmlich der Handelsklasse angehörenden Juden befaßten sich mit unproduktiver Arbeit und beuteten die werktätigen Klassen der christlichen Bevölkerung, insbesondere die Bauernschaft, aus; 2. Indem sie „Handel und Industrie an sich gerissen" hätten (hierdurch wurde implicite im Widerspruch zu der ersten These der starke Anteil der Juden an der Produktion zugegeben), seien sie Rivalen der christlichen Stadtbewohner geworden, die mit ihnen nun

[1]) Im Jahre 1881 übersiedelten aus Rußland nach Amerika über 8000 Juden, eine Zahl, die in der Folgezeit weit übertroffen werden sollte (s. unten, §§ 20 u. 22).

auf dem Wege der Selbstjustiz fertig zu werden suchten. In diesem Geiste eben war der Bericht gehalten, den der nach Südrußland zur Aufklärung der Ursachen der „Unruhen" entsandte Graf Kutajssow im Juli 1881 Alexander III. erstattet hatte. Der Vertrauensmann des Zaren wußte mit Befriedigung zu berichten, daß die Pogrome keineswegs die Folge revolutionärer Propaganda gewesen seien und daß die Revolutionäre nur hie und da einen erfolglosen Versuch gemacht hätten, die bereits ausgebrochenen judenfeindlichen Unruhen zur „Entfachung einer regierungsfeindlichen Bewegung" auszunützen. Die eigentlichen Ursachen der Pogrome seien, wie Kutajssow ausführte, bei den Juden selbst zu suchen, die „Handel und Industrie völlig an sich gerissen" hätten, zu einem „bedeutenden Faktor des sozialen Lebens" geworden seien und sich dadurch „den Haß des Volkes" zugezogen hätten. Seien doch die Juden im Süden in kürzester Frist „aus gewöhnlichen Handelsvermittlern zu Millionären, Fabrik- und Grundherren", geworden und hätten, wie z. B. in Odessa, die schönsten Häuser und Läden in ihren Besitz gebracht. Immerhin konnte selbst dieser voreingenommene „Revisor" nicht umhin festzustellen, daß die Pogrombewegung nie eine solche Ausdehnung hätte erreichen können, wenn Polizei und Militär gleich beim Ausbruch der Unruhen pflichtgemäß eingegriffen hätten: „Die erregte Masse — so betonte Kutajssow — gewann eine sonderbare Überzeugung: wenn die Obrigkeit selbst dem Überfall auf die Juden nicht Einhalt gebiete, so sei er also erlaubt; dies wiederum gab zu dem Gerede Anlaß, daß die Ausschreitungen vom Zaren selbst gestattet seien, diese Erlaubnis aber erklärte sich das Volk damit, daß die Juden die unmittelbare Schuld an dem Ereignis des 1. März treffe, daß sie den Zaren (Alexander II.) ermordet hätten".

Dem für die Untätigkeit der Ortsbehörden formell verantwortlichen Innenminister Ignatjew konnte es nur willkommen sein, seine Theorie von der Schuld der Juden an den Judenhetzen durch Kutajssow in weitgehendem Maße bestätigt zu sehen. So beeilte sich denn Ignatjew, Alexander III. in einem Immediatbericht vor Augen zu führen, daß die Regierung, die „in den letzten zwanzig Jahren (d. h. unter Alexander II.) die Verschmelzung der Juden mit der übrigen Bevölkerung gefördert und sie in ihren Rechten den Urbewohnern beinahe gleichgestellt" habe, auf dem Holzwege gewesen sei. Die jüngsten Pogrome hätten, wie der Minister meinte, den Beweis erbracht, daß der „schäd-

liche Einfluß" der Juden mit derlei liberalen Methoden nicht beseitigt werden könne. „Die Hauptursache der dem russischen Volke so wesensfremden Bewegung (der Pogrombewegung) — schrieb Ignatjew — ist in Verhältnissen ausschließlich wirtschaftlichen Charakters begründet. Die Juden haben sich in den letzten zwanzig Jahren nach und nach nicht nur des Handels und des Gewerbes bemächtigt, sondern darüber hinaus durch Kauf und Pacht weit ausgedehnten Grundbesitz erworben, wobei sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit der ihnen eigenen Zähigkeit und Solidarität all ihre Anstrengungen nicht so sehr auf die Entwicklung der produktiven Kräfte als auf die Ausbeutung der Urbevölkerung, insbesondere der ärmsten Klassen, gerichtet und so diese zu einem Protest herausgefordert haben, der leider in der Form von Gewalttaten zum Ausdruck gekommen ist. Nachdem nun die Regierung die ausgebrochenen Unruhen und die Willkürakte mit aller Energie (?) unterdrückt hat, um die Juden vor der Gewalt zu schützen, erscheint es ihr gerecht und unabweisbar, nicht minder energische Maßnahmen zur Beseitigung der zwischen der Urbevölkerung des Landes und den Juden bestehenden anomalen Beziehungen zu ergreifen, um die Reichsbevölkerung vor jener schädlichen Tätigkeit der Juden zu schützen, durch die nach den Meldungen der Ortsbehörden die Volksunruhen heraufbeschworen worden sind". Dem gewiegten Diplomaten war es ein Leichtes, dem Kaiser die Überzeugung beizubringen, daß die Judenhetzen nichts als ein „Volksgericht" über die Juden gewesen seien, deren Aburteilung die Regierung daher schleunigst in die eigene Hand nehmen müsse.

Auf diesen Bericht hin erging am 22. August ein „allerhöchster Befehl", in dem unter Hinweis auf die „zwischen der Urbevölkerung und den Juden bestehenden anomalen Beziehungen" die Anordnung getroffen wurde, in den Gouvernements mit einer beträchtlichen jüdischen Bevölkerung aus den Vertretern der Stände und Ortsgemeinden *Sonderkommissionen* unter dem Vorsitz der Gouverneure zu bilden und diese mit der Klärung der Frage zu betrauen, „inwiefern die Wirtschaftstätigkeit der Juden eine *schädliche Einwirkung* auf die Lebensverhältnisse der Urbevölkerung hat" und welche Maßnahmen hiergegen zu ergreifen seien. Der Zarenukas nahm mithin die Beantwortung der von ihm selbst aufgeworfenen Frage vorweg, setzte die erst zu beweisende „Schädlichkeit" der jüdischen Wirtschaftstätigkeit als bewiesen voraus und schrieb demgemäß den erst zu gründenden

Kommissionen vor, für die bereit liegende Anklageschrift gegen die Juden lediglich die tatsächlichen Unterlagen zu beschaffen. Noch krasser trat diese Gesinnung in dem von Ignatjew am 25. August unterzeichneten Runderlaß an die Generalgouverneure zutage, in dem er seinen obenerwähnten Bericht an den Zaren wiedergab und in aller Form das Dogma von den „für die christliche Bevölkerung schädlichen Folgen der Wirtschaftstätigkeit der Juden, ihrer Stammesabsonderung und ihres religiösen Fanatismus" verkündete.

So geschah das Ungeheuerliche: die ruinierte, ausgeplünderte jüdische Bevölkerung, die berechtigt gewesen wäre, die Regierung ob ihrer schweren Unterlassungssünden zur Verantwortung zu ziehen, wurde selbst auf die Anklagebank gebracht. Als Richter setzte aber die Regierung ihre Vertrauensmänner ein: die Gouverneure, darunter auch solche, die den Ausbruch der Pogrome unmittelbar verschuldet hatten, sowie judenfeindliche Vertreter der Stadt- und Landbevölkerung (Bürgermeister, Obmänner der Kaufmannschaft und des Kleinbürgertums sowie Vorsteher von Dorfgemeinden). Zu jeder der Kommissionen wurden freilich als Sachverständige auch zwei Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit zugelassen, die jedoch nicht stimmberechtigt waren und fortwährend die Rolle von Verteidigern des angeklagten Judentums spielen mußten. Im ganzen traten sechzehn solcher Kommissionen in Funktion: in den fünfzehn Gouvernements des Ansiedlungsrayons (mit Ausschluß des Königreichs Polen) sowie im Gouvernement Charkow. Zwei Monate lang (September—Oktober 1881) saßen nun die Gouvernementskommissionen zu Gericht über das jüdische Volk und sammelten das vom Ministerium angeforderte Belastungsmaterial. Es möge hier eine Schilderung dieser Prozeßverhandlungen folgen, wie sie in einer für die amtlichen Stellen bestimmten Denkschrift eines Zeitgenossen zu finden ist:

„Die erste Sitzung wurde in jeder der Kommissionen mit dem Verlesen des ministeriellen Runderlasses vom 25. August eröffnet, der überall sowohl auf die Vertreter der Bauernschaft als auch auf die jüdischen Kommissionsmitglieder stärksten Eindruck machte. Die ersteren entnahmen aus dem Verlautbarten, daß die Regierung der jüdischen Bevölkerung feindlich gesinnt sei, für die Urheber der Unruhen hingegen, die ja der Runderlaß einzig und allein auf die Ausbeutung der Landbevölkerung durch die Juden zurückführte, volles Verständnis habe. Der Eindruck des verlesenen Erlasses auf die jüdi-

schen Kommissionsmitglieder war aber geradezu niederschmetternd. In ihrer Person waren gleichsam die drei Millionen russischer Juden in ihrer Gesamtheit angeklagt, ein Teil der Reichsbevölkerung dem anderen zur Aburteilung überantwortet worden. Und wer waren denn die Richter? Nicht etwa von der Bevölkerung frei gewählte Vertreter, sondern dem Gouverneur mehr oder weniger untergeordnete Amtspersonen. Hinzu kam, daß die Gerichtsverhandlung selbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ohne daß den Angeklagten, oder besser gesagt, den im Voraus Verurteilten genügende Verteidigungsmöglichkeiten geboten worden wären. Die Haltung der den Vorsitz führenden Gouverneure sowie die von höhnischen Ausfällen und raffinierten Beleidigungen strotzenden Ausführungen der zumeist judenfeindlichen Kommissionsmitglieder machten die Verhandlungen für die anwesenden Juden zu einer einzigen moralischen Qual, so daß ihre Stimme in der Mehrzahl der Kommissionen kaum zur Geltung kam. Dies veranlaßte die jüdischen Mitglieder zur schriftlichen Verteidigung der Interessen ihrer Stammesgenossen, zur Einreichung von Denkschriften und protestierenden Sondergutachten, die jedoch in den Sitzungen nur ganz ausnahmsweise der Verlautbarung gewürdigt wurden".

Unter solchen Umständen konnte es nicht Wunder nehmen, daß die Kommissionen ihre „Urteilssprüche" der von der Zentralregierung vertretenen Anklage anpaßten. Engstirnige Beamte ergingen sich in Betrachtungen über den „Geist des Judentums", den Talmud, den Kahal, die nationale Absonderung der Juden und schlugen vor, hiergegen vermittels polizeilicher Unterdrückungsmaßnahmen anzukämpfen: die jüdischen Gemeinden sollten des Restes ihrer Autonomie beraubt, die jüdischen Schulen samt und sonders geschlossen, die innerjüdischen Lebensverhältnisse unter Regierungsaufsicht gestellt werden. Die Vertreter des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, von denen manche noch vor kurzem bei den Pogromen mitgewirkt oder die Ausschreitungen zumindest begrüßt hatten, betonten ihrerseits die wirtschaftliche „Schädlichkeit" der Juden und wollten deren Gewerbefreiheit in Stadt und Land sowie deren Aufenthaltsrecht außerhalb der städtischen Siedlungen eingeschränkt wissen. Immerhin fanden sich fünf Gouvernementskommissionen, die sich den damals so ketzerisch anmutenden Gedanken zu eigen machten, daß es zwecks Verteilung der allzu kompakten jüdischen Bevölkerung des Ansiedlungs-

rayons geboten sei, den Juden das unbeschränkte Wohnrecht im ganzen Reichsgebiet zuzuerkennen. — Gleichzeitig mit den Entschließungen der Gouvernementskommissionen liefen in Petersburg die Rückäußerungen der Obersatrapen des Ansiedlungsrayons, der Generalgouverneure, ein. Der Kiewer Generalgouverneur Drenteln, der wegen Zulassung des Blutbades in seiner Residenz von Rechts wegen selbst vor ein Strafgericht hätte gestellt werden müssen, stand nicht an, das ganze jüdische Volk in Bausch und Bogen zu verurteilen und „zum Schutze der christlichen Bevölkerung vor einem so hochmütigen, kraft seiner Religion jede Annäherung an die Christen ablehnenden Stamme" Repressivmaßnahmen zu fordern, durch die die „geistige Überlegenheit des Juden", die ihm im Kampfe ums Dasein das Übergewicht sichere, wieder wettgemacht werden könnte. Zwecks Verminderung der „anwachsenden jüdischen Bevölkerung" schlug Drenteln ferner vor, „die Auswanderung der Juden aus dem Reiche zu fördern". Gegen Ende des Jahres 1881 war das Innenministerium im Besitze sämtlicher Gutachten der Gouvernementskommissionen und der Generalgouverneure, und das ihm zwecks Ausarbeitung von drakonischen Gesetzen gegen die Juden angegliederte Sonderkomitee machte sich ans Werk (unten, § 16).

Die jüdische Öffentlichkeit stand diesem Feldzug der Judenhasser, die sich anschickten, den Straßenexzessen Regierungsexzesse folgen zu lassen, völlig machtlos gegenüber. Die jüdische Presse in russischer Sprache: „Rasswjet" („Morgendämmerung"), „Russkij Jewrej" („Russischer Jude") und „Woss'chod" („Sonnenaufgang"), führte zwar den Kampf ums Recht tapfer fort, doch vermochte sie in die vom giftigen Judenhaß solcher Blätter wie „Nowoje Wremja" oder „Russj" beeinflußten russischen Kreise überhaupt nicht einzudringen. Die Zeitung „Nowoje Wremja", das Sprachrohr der Regierungskreise, warf im Sommer 1881, als die Pogrome noch in vollem Gange waren, in bezug auf die Juden die zynische Frage auf: „Schlagen oder nicht schlagen?", wie die Überschrift eines der betreffenden Artikel lautete; die Antwort des Blattes ging dahin, daß es zwar geboten sei, die Juden zu schlagen, daß jedoch in dem monarchisch-konservativen Rußland die Erfüllung dieser Funktion nicht der Bevölkerung, sondern der Regierung obliege, die durch ein wohldurchdachtes System von Repressivmaßnahmen dem Judentum viel empfindlichere Schläge zu versetzen vermöge als die in den Straßen blind

wütende Menge. Der Chefredakteur des in Moskau erscheinenden panslawistischen Blattes „Russj", Iwan Aksakow (Band IX, § 47), stellte seinerseits die liberale Presse zur Rede, weil diese den ausgeplünderten Juden ihr Mitleid bekunde, und suchte zugleich zu beweisen, daß der schlichte russische Mann bei der Zerstörung der jüdischen Häuser nur seinem „gerechten Zorn" freien Lauf gelassen habe. Die von Aksakow zu einem bunten Gemisch vereinigten Argumente der mittelalterlichen Kirche und des neudeutschen Antisemitismus sollten die Behauptung begründen, daß das Judentum seinem Wesen nach der „christlichen Gesittung" feindlich sei, und daß das jüdische Volk „auf dem Wege über die Geldmacht der Weltherrschaft" zustrebe.

Der aus Deutschland eingeschleppte Bazillus des Antisemitismus infizierte sogar einen Teil der russischen Radikalen. Unter den revolutionären „Volkstümlern" („Narodniki") in der Ukraine tauchten Judenfeinde auf, deren Antisemitismus westeuropäischer Observanz in den Schlachtruf der alten Haidamaken ausklang: „Schlagt die Panen und die Jüden tot!" Ihr Bestreben ging dahin, den Klassenantagonismus mit dem nationalen Gegensatz zu verbinden, ja diesen in den Vordergrund zu rücken, um die Erhebung des Volkes gegen die „jüdischen Ausbeuter" zu einem Volksaufstand gegen die russische Adelsschicht, Bourgeoisie und Beamtenschaft auswachsen zu lassen. In den Sommermonaten des Jahres 1881 kamen denn auch verschiedene in diesem Geiste abgefaßte Flugblätter in Umlauf, und Ende August erging im Namen des Vollzugskomitees der russischen terroristischen Partei „Narodnaja Wolja" („Der Volkswille") eine Proklamation an das ukrainische Volk, die in der Aufforderung gipfelte: „Arbeiter, erhebt euch! Rächet euch an den Herren, plündert die Juden, erschlagt die Beamten!" Die Tatsache, daß die Umsturzpartei die judenfeindlichen Ausschreitungen sanktionierte, wirkte freilich auf die konsequent denkenden Revolutionäre überaus verblüffend, und so wiesen sie es weit von sich, die schmähliche Proklamation zu verbreiten. Nichtsdestoweniger glaubten viele Vertreter der „Partei des Volkswillens", die Nutzbarmachung der antijüdischen Bewegung im Interesse der sozialen Revolution nach wie vor befürworten zu müssen, und manche von ihnen betrachteten diese Bewegung sogar als Selbstzweck (so Tichomirow und Romanenko, die Verfasser des judenfeindlichen Flugblattes, die allerdings in der Folgezeit in das

Lager der schwärzesten Reaktion überlaufen sollten, wobei der erstere zum Redakteur einer regierungstreuen Moskauer Tageszeitung aufrückte, während sein Gesinnungsgenosse in Beßarabien zum Mitstreiter des berüchtigten Kruschewan, des Inspirators des Kischenewer Gemetzels von 1903 wurde).

Nach der Unterdrückung der im Juli ausgebrochenen Pogrome konnte es scheinen, daß die Gefahr auf lange Zeit hinaus gebannt sei. Umso überraschender kam im Dezember 1881 die Nachricht von einer neuen dreitägigen Judenhetze, zu deren Schauplatz eine Stadt geworden war, in der solche Exzesse nach russischer Art am wenigsten zu erwarten gewesen wären: die die größte jüdische Gemeinde beherbergende polnische Hauptstadt *Warschau*. Am ersten Weihnachtstage erscholl in der im Zentrum von Warschau gelegenen, von Andächtigen überfüllten Kirche zum Heiligen Kreuz plötzlich der gellende Schrei: „Feuer! Feuer!" Es entstand ein fürchterliches Gedränge, bei dem 29 Menschen erdrückt und noch mehr schwer verletzt wurden. Der Alarm erwies sich jedoch als falsch, und die Vermutung lag nahe, daß das Gedränge von berüchtigten Warschauer Taschendieben absichtlich herbeigeführt worden sei. Alsbald wurde unter der die Kirche umlagernden Menge das völlig aus der Luft gegriffene Gerücht in Umlauf gesetzt, daß man zwei der Missetäter dingfest gemacht habe und daß sie beide Juden seien. Im Nu ertönten von verschiedenen Seiten her Pfiffe, die den Ausbruch der Judenhetze signalisierten. Der Stadtpöbel stürzte sich auf die jüdischen Passanten und ging sodann nach russischem Vorbild zu einem Sturmangriff auf die jüdischen Geschäfte, Wirtshäuser und Wohnungen in der Umgebung der Kirche über. Die Räuberbanden wurden von stadtbekannten Dieben, aber auch von gleichsam aus dem Erdboden emporgetauchten Häuptlingen angeführt, die die Menge durch Pfeifensignale bald in die eine, bald in die andere Straße dirigierten. Am nächsten Tage griff der Pogrom auf die übrigen Stadtteile über, und nur die von Juden am dichtesten bevölkerten Straßen, wo die Überfallenen ernsteren Widerstand leisteten (bei diesen Schlägereien gab es Verwundete auf beiden Seiten), blieben von der Zerstörungswut der Plünderer verschont. Polizei und Truppen nahmen zwar viele Unruhestifter fest, ließen es aber an energischerem Vorgehen fehlen, so daß die Pogromhelden ihre Untaten nicht selten vor den Augen der Hüter

der öffentlichen Ordnung verüben durften. Wie es in Rußland üblich geworden war, entsannen sich die Behörden erst am dritten Tage, daß es an der Zeit sei, einzugreifen. Die der jüdischen Bevölkerung erteilte „Lektion" schien einen genügend nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben, und am 27. Dezember erhielten die Truppen von dem Warschauer Generalgouverneur den Befehl, keine weiteren Zusammenrottungen zu dulden. Es geschah dies, nachdem in der Stadt nahezu 1500 jüdische Wohnungen, Geschäfte und Bethäuser zerstört sowie 24 Juden verwundet worden waren und ein Schaden von mehreren Millionen Rubel entstanden war. Von den rund 3000 festgenommenen Plünderern gehörten die meisten, Erwachsene wie Jugendliche, der Hefe der polnischen Stadtbevölkerung an, doch befanden sich unter ihnen auch russisch sprechende Fremde in beträchtlicher Anzahl, die die eigentlichen Urheber des Pogroms gewesen sein mochten. Die Wortführer der nationalgesinnten polnischen Oberschicht legten jedenfalls Wert darauf, ihre Entrüstung über die Inszenierung eines „russischen" Pogroms in Warschau zu betonen, und protestierten, ebenso wie der katholische Erzbischof, in einem an das Volk gerichteten Aufruf gegen die abscheulichen, die polnische Hauptstadt schändenden Exzesse. Bald nach Ausbruch des Pogroms hatte eine Abordnung polnischer Bürger beim Generalgouverneur um die Erlaubnis nachgesucht, eine Bürgerwehr zu bilden, und sich anheischig gemacht, mit deren Hilfe die Ordnung binnen vierundzwanzig Stunden wiederherzustellen, war aber von dem Träger der russischen Regierungsgewalt rundweg abgewiesen worden. Von dem auf drei Tage berechneten Pogromzeremoniell durfte eben, wie es scheint, nicht abgewichen werden. Einer überaus maßgebenden Stelle war offenbar daran gelegen, in der polnischen Hauptstadt das Experiment von Kiew und Odessa wiederholen zu lassen, um der westeuropäischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Pogrome keineswegs eine ausschließlich russische Erfindung seien.

Solcherart war der Ausklang des Schreckensjahres 1881, das sich den kritischen Wendepunkten der jüdischen Geschichte: den Jahren 1096, 1348, 1391, 1648 und 1768 würdig anreiht. Mehr als hundert Jahre waren seit der letzten Eruption des Haidamakentums verflossen, und nun hallten die Fluren der Ukraine erneut von dem wilden Ruf wider: „Tod den Jüden!" Allerdings waren die von Kiew bis zur Krim lodernden Flammen nicht zuletzt durch großrussische Brand-

stifter angefacht worden. Während der Kleinrusse dem ihm unmittelbar gegenüberstehenden Juden als seinem Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiete zu Leibe rückte, mißhandelte ihn der zugewanderte Großrusse als den Angehörigen eines ihm nur aus abergläubischen Sagen bekannten und daher unheimlich anmutenden Stammes. Die jüdische Öffentlichkeit, die in der kurzbemessenen Epoche der Reformen den Kampf um die bürgerliche Gleichberechtigung aufgenommen und den Anspruch auf einen angemessenen Platz im russischen Staatsleben erhoben hatte, prallte im Jahre 1881 vor der sich heranwälzenden Flut der Barbarei entsetzt zurück. All dies ereignete sich in demselben Jahre, in dem in Deutschland der modernisierte Antisemitismus in Blüte stand. Hier wie dort wollte man es unter allen Umständen verhindern, daß die gedemütigten, unterjochten Juden freie, gleichberechtigte Bürger werden. Der russische Jude hatte sein Haupt erhoben, und sogleich wurde ihm ein wuchtiger Schlag versetzt, auf den viele weitere, noch schwerere folgen sollten.

§ 15. *Die Emigration und der Pogrom in Balta (1882)*

Das Jahr 1882 brach für die russische Judenheit im Zeichen des Warschauer Pogroms und der Gerüchte über die von der Regierung geplanten Repressivmaßnahmen an. Das Unglück der jüdischen Massen stimmte die Machthaber nicht weicher, sondern nur noch härter. Man schlägt euch, folglich seid ihr schuldig — dies war die für die Regierungskreise bezeichnende Logik. Der offizielle Historiograph dieser Epoche gesteht, daß den Trägern der Regierung die ihnen „aufgezwungene Rolle von Verteidigern der Juden gegen die russische Bevölkerung lästig war". Versah doch Alexander III. selbst den Bericht des Warschauer Generalgouverneurs über die mit Hilfe der Truppen erfolgte Unterdrückung der judenfeindlichen Ausschreitungen mit der Randbemerkung: „Das ist eben das Traurige an all diesen jüdischen Unruhen!" Was dem Zaren Kummer bereitete, war nicht etwa die Mißhandlung der Juden, sondern die Tatsache, daß Russen gegen Russen vorgehen mußten. Auch der Innenminister Ignatjew machte aus seiner Gesinnung kein Hehl. Im Januar 1882 gab er in einer Unterredung mit Dr. Orschanskij, einem Bruder des bekannten jüdischen Publizisten (Band IX, § 48), die folgende zur Veröffentlichung bestimmte Erklärung ab: „Die Westgrenze steht den (aus

Rußland auswandernden) Juden offen. Schon haben sie von diesem Rechte weitgehenden Gebrauch gemacht und ihr Auszug wurde in keiner Weise behindert. Was aber die von Ihnen angeregte Übersiedlung der Juden in das Innere des Reiches betrifft, so wird die Regierung selbstverständlich alles vermeiden, was in den Beziehungen zwischen den Juden und der Urbevölkerung zu neuen Komplikationen führen könnte. Deshalb habe ich bereits, vorbehaltlich der strengen Aufrechterhaltung des jüdischen Ansiedlungsrayons, das (dem Ministerium angegliederte) Jüdische Komitee ersucht, solche menschenarme und kolonisationsbedürftige Gegenden zu bezeichnen, wo die Ansiedlung des jüdischen Elements ohne Schaden für die Urbevölkerung zugelassen werden könnte". Die in den Zeitungen erschienene Auslassung des Ministers mußte die Panik nur noch verschärfen. Wurde doch den Juden in aller Form erklärt, daß das Reich sie los werden wolle, daß ihnen nur *ein* „Recht" zugebilligt werde, das der Auswanderung, und daß die Regierung, statt eine Erweiterung des Ansiedlungsrayons zu erwägen, sich mit dem Plan trage, den Überschuß der jüdischen Bevölkerung in die unwirtlichen Steppen Mittelasiens oder in die Eiswüste Sibiriens zu verweisen. In unterrichteten Kreisen wußte man aber auch noch Schlimmeres, daß nämlich das im Innenministerium tätige „Jüdische Komitee" das ungeheuerliche Projekt ausgeheckt habe, die Juden innerhalb des Ansiedlungsrayons selbst aus den Dörfern zu vertreiben und sie in den schon ohnehin übervölkerten Städten zusammenzupferchen.

Das gequälte Volk empfand das unwiderstehliche Bedürfnis, laut Verwahrung einzulegen, doch mußte es sich auf die althergebrachte Form des nationalen Protestes, auf die Veranstaltung öffentlicher Trauerfeiern in den Synagogen beschränken. Viele Gemeinden kamen überein, den 18. Januar als einen Volksfasttag gemäß dem üblichen Trauerritus zu begehen. Besonders imposant gestaltete sich diese Demonstration in Petersburg. Am festgesetzten Tage versammelte sich die jüdische Kolonie der Reichshauptstadt in der dortigen Hauptsynagoge, las im Chor die Hymnen jahrhundertealten Märtyrertums, die „Selichoth", und lauschte sodann der vom Rabbiner Drabkin gehaltenen Rede über das hereingebrochene Unheil. „Als der Prediger — so berichtet ein Augenzeuge — mit bebender Stimme die Lage der Judenheit schilderte, erzitterte plötzlich die Synagoge von einem langgedehnten, gleichsam aus einer einzigen Brust dringenden Seufzer.

Alles weinte: alt und jung, die Armen in ihren langschößigen Röcken und die nach der letzten Mode gekleideten Kavaliere, die Beamten, die Ärzte, die Studenten, von den Frauen ganz zu schweigen. Etwa zwei bis drei Minuten hielt dieses erschütternde Wehklagen, dieser Ausbruch des allgemeinen Kummers ununterbrochen an. Der Rabbiner brach jäh ab. Er stand auf der Kanzel, sein Gesicht mit den Händen verdeckend, und schluchzte wie ein Kind". Zu ähnlichen vor dem Angesicht des Allmächtigen veranstalteten politischen Demonstrationen kam es auch in vielen anderen Städten, wobei hie und da sogar ein dreitägiges Fasten angeordnet wurde. Die studierende Jugend trauerte überall mit dem Volke mit, gleichsam in Vorahnung des ihr in den nächsten Jahrzehnten bevorstehenden Leidensweges.

Der politische Protest, der in Rußland nicht zum Ausdruck gebracht werden durfte, erscholl in England. An denselben Tagen, da die russischen Juden in den Synagogen trauerten, veranstalteten ihre englischen Stammesgenossen in Gemeinschaft mit hervorragenden christlichen Politikern „Entrüstungskundgebungen" gegen den in Rußland wütenden Judenhaß. Schon früher, gleich nach dem Warschauer Pogrom, war in den „Times" eine Artikelserie mit der Überschrift „The persecution of the Jews in Russia" erschienen, die eine Schilderung aller Schrecken der Pogrome des Jahres 1881 enthielt und einen überwältigenden Eindruck machte. Es wurden Stimmen laut, die eine diplomatische Intervention und die Einleitung einer Hilfsaktion für die Pogromopfer forderten. Die russischen Diplomaten waren durch das Anschwellen der antirussischen Stimmung in einem Lande, dessen von Gladstone geleitete Regierung mit dem Zarenreiche freundschaftliche Beziehungen unterhielt, aufs peinlichste berührt. Das in französischer Sprache erscheinende Organ des russischen Auswärtigen Amtes „Journal de St. Pétersbourg" richtete an die englischen Judenfreunde mit unverhohlenem Mißmut die Frage, ob es ihnen darum zu tun sei, „die russische Öffentlichkeit mit der englischen zu entzweien" und die das Kaiserreich seit dem Rücktritt des russenfeindlichen Kabinetts Beaconsfield mit England verbindende Freundschaft wieder zu trüben. Die englischen Politiker ließen sich indessen durch diese diplomatische Polemik nicht einschüchtern und dachten nicht daran, von der beabsichtigten Demonstration Abstand zu nehmen.

Am 1. Februar 1882 fand im Londoner Stadthaus, dem sogenannten „Mansion House", unter dem Vorsitz des Lord Mayor eine außer-

ordentlich stark besuchte Volksversammlung statt, in der die Elite der englischen Gesellschaft vertreten war: die Gelehrtenwelt, die hohe Geistlichkeit, die Aristokratie und auch die Mitgliedschaft der beiden Häuser des Parlaments. Der erste Redner, Lord Shaftesbury, betonte, daß die englische Öffentlichkeit zwar nicht für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands sei, immerhin aber das Bedürfnis empfinde, um des Prinzips der „Völkersolidarität" willen auf das Zarenreich mit „moralischen Waffen" einzuwirken; es gelte, an den Zaren zu appellieren und ihn zu ermahnen, „für die Juden in Rußland die Rolle eines Kyros, nicht aber die eines Antiochus Epiphanes zu spielen". Der Bischof von London erinnerte seinerseits daran, daß England vor einigen Jahren, bei der Nachricht über die von Türkenbanden an den von Rußland protegierten Bulgaren verübten Greueltaten entsetzt emporgefahren sei und nun allen Grund habe, von dem christlichen Rußland dasselbe zu fordern, was es damals von der muselmanischen Türkei verlangt hatte. Den stärksten Eindruck machte die Rede des katholischen Kardinals Manning. Er wies darauf hin, daß die russischen Juden nicht nur unter sporadisch ausbrechenden Pogromen zu leiden hätten, sondern darüber hinaus unter dem unausgesetzten Druck schmählicher Gesetze stöhnten, die sie sogar des unveräußerlichen Rechtes der Freizügigkeit beraubten. Als der Redner den berüchtigten Runderlaß Ignatjews über die Einsetzung der „Gouvernementskommissionen" wiedergab, in dem der Minister unmittelbar nach den grauenvollen Ausschreitungen gegen die Juden das traurige Los der christlichen Bevölkerung beklagte, brach die Versammlung in lautes Gelächter und in Entrüstungsrufe aus. Der Kardinal schloß seine Rede mit den pathetischen Worten: „Es gibt ein Buch, daß der gemeinsame Besitz Israels und der christlichen Völker ist. In diesem Buche lese ich nun, daß Israel das älteste Volk auf Erden ist, während Russen, Österreicher und Engländer erst seit gestern existieren. Dieses Volk besteht durch die Kraft seines unauslöschlichen Geistes, seiner unwandelbaren Traditionen und seines unerschütterlichen Glaubens an Gott und das göttliche Gesetz, es ist ein Volk, das, über die ganze Welt verstreut, die Feuerprobe bestanden hat und nicht untergegangen ist, das in den Staub getreten ward, sich aber mit dem Staub nicht vermischt hat". Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner das Wort ergriffen hatten, erklärte die Versammlung in einer von ihr angenommenen Entschließung, daß sie,

ohne sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes einmischen zu wollen, es dennoch für ihre Pflicht erachte, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die russischen Gesetze hinsichtlich der Juden diese in den Augen der christlichen Bevölkerung herabsetzten und die letztere zu Gewalttaten gegen die Entrechteten anreizten. Des weiteren beschloß die Versammlung, den Premierminister Gladstone sowie den Außenminister Granville zu bitten, die angenommene Resolution der russischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, und wählte überdies ein Komitee, das einen Fonds für die Unterstützung der Pogromopfer und für die Finanzierung der jüdischen Emigration aus Rußland aufbringen sollte.

Einige Tage später fand die öffentliche Kundgebung einen Widerhall im Parlament. In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Gladstone, daß die englische Regierung durch ihre konsularischen Vertreter in Rußland über die dortigen Judenverfolgungen informiert sei, und fuhr dann fort: „Diese Angelegenheit muß Bedauern und Abscheu einflößen, doch ist sie eine Erscheinung des inneren Lebens eines anderen Staates und kann daher nicht zum Gegenstand eines amtlichen Schriftwechsels oder einer Untersuchung von englischer Seite gemacht werden. Es kämen höchstens gelegentliche freundschaftliche Vorstellungen in Betracht; jeder andere Schritt in der Frage des Verhaltens der russischen Regierung den Juden gegenüber würde der jüdischen Bevölkerung eher schaden denn nützen". Eine gleichlautende Erklärung wurde auch im Oberhaus abgegeben. Die Aussicht auf die in England angekündigten „freundschaftlichen Vorstellungen" veranlaßte die russische Regierung, beizeiten Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen. So erschien denn im Petersburger „Regierungsboten" eine geharnischte amtliche Auslassung des Inhalts, daß „jeder Schritt einer fremden Macht zugunsten der jüdischen Nationalität in der Masse der russischen Bevölkerung nur Unwillen auslösen und auf die Lage der Juden in ungünstiger Weise zurückwirken" müßte. Dieser Drohung ließ freilich das Blatt die Versicherung folgen, daß die Regierungsmaßnahmen gegen die Pogrome keineswegs „unzureichend" gewesen seien, wie dies namentlich aus der großen Zahl der bei der Unterdrückung der Unruhen Verhafteten (3675 im Süden und 3151 in Warschau) zu ersehen sei. Die Schärfe der russischen Regierungserklärung bewog das Kabinett Gladstone, nicht nur von den in Aussicht genommenen „Vorstellungen" Abstand zu nehmen, sondern so-

gar die Entgegennahme einer Petition zu verweigern, die ihm die Vertreter der englischen Judenheit mit Baron Rothschild an der Spitze zwecks Weiterleitung an die russische Regierung hatten unterbreiten wollen. Graf Ignatjew war zufrieden: nachdem der englisch-russische Zwischenfall beigelegt war, zögerte er nicht, ohne sich um die flammenden Proteste in den Volksversammlungen sonderlich zu kümmern, sein in der ganzen gesitteten Welt „Abscheu" erregendes Werk weiterzuführen.

Ein großes Protestmeeting fand im Februar auch in New York statt, wo gerade um diese Zeit die ersten Gruppen der Flüchtlinge aus Rußland an Land gingen. Die Versammlung forderte in ihrer Resolution, daß gegen die im Zarenreich wütenden „mittelalterlichen Verfolgungen" bei den Petersburger Machthabern im Namen des Volkes und der Regierung der Vereinigten Staaten energisch Verwahrung eingelegt werde. Besonders bejubelt wurde von den Versammelten die Rede des Richters Davis, die in dem Satz gipfelte: „Sollte die Lage der Juden in Rußland, trotz der Lehren der politischen Weisheit, von Gesetzes wegen nicht erleichtert werden, so besitzen die Amerikaner außer freundschaftlichen Ermahnungen Dollars genug, um allen drei Millionen Bürgern, die zur Zeit noch vaterlandslos sind, die Übersiedlung und die Niederlassung auf freiem amerikanischen Boden zu ermöglichen". Mit diesen Worten brachte der temperamentvolle Redner, wenn auch in stark übertriebener Form, den sehnlichsten Wunsch vieler Gefangenen des russischen Ghettos zum Ausdruck.

Überall im Ansiedlungsrayon bildeten sich nämlich damals kleinere jüdische Vereinigungen, deren Mitglieder, von Freiheitsdurst und von der Hoffnung auf den Beistand der Hilfsorganisationen der westeuropäischen Judenheit beseelt, Anstalten zur Auswanderung nach der großen transatlantischen Republik trafen. Gleich nachdem Ignatjew erklärt hatte, daß die Westgrenze für die Juden offen sei, füllten sich die jüdischen Blätter mit von überallher, insbesondere aus Südrußland, einlaufenden Meldungen, daß immer neue Auswanderergruppen in Bildung begriffen seien. In allen Berichten kehrten mit stereotyper Gleichförmigkeit Sätze wie etwa die folgenden wieder: „Unsere unbemittelte Klasse findet ihren einzigen Rückhalt in der Hoffnung auf die Auswanderung. Die Devise unserer Brüder lautet: *Emigration, Amerika*". Während sich viele Gebildete mit dem Plan der Gründung von jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien in den Vereinigten Staa-

ten trugen, wo ja bereits vereinzelte nach 1881 eingetroffene Flüchtlingsgruppen auf dem flachen Lande Fuß gefaßt hatten, ließ sich ein Teil der Jugend von der Idee der Kolonisation Palästinas hinreißen und entfaltete eine darauf abzielende rege Werbetätigkeit unter den zum Auszug aus dem neuen Ägypten bereiten Volksmassen. So wurde das Bedürfnis unabweisbar, all die weithin verstreuten Sondergruppen von Auswanderungslustigen zu vereinigen und irgendeiner Zentralstelle die Aufgabe zuzuweisen, die mit elementarer Gewalt ausgebrochene Volksbewegung in geregelte Bahnen zu lenken. Hierzu fehlte es jedoch den Wortführern der jüdischen Öffentlichkeit an der nötigen Einmütigkeit. Zwar wurde von den dem Volke näherstehenden Intellektuellen sowie von einem Teil der Presse (so vom Wochenblatt „Rasswjet") mit allem Nachdruck betont, daß die Organisation der Auswanderung die wichtigste Zeitaufgabe sei, doch wollte die Petersburger jüdische Oligarchie, die sich den Vorwurf der „Illoyalität", der mangelnden Anhänglichkeit an Rußland, zuzuziehen fürchtete, von derlei Aufgaben nichts wissen. Hinzu kam, daß die sich um die Zeitschrift „Woss'chod" scharende Gruppe die Förderung der Massenemigration als ein Zugeständnis an die Regierung Ignatjew, als einen indirekten Verzicht auf den Kampf um die Gleichberechtigung in Rußland selbst, ablehnen zu müssen glaubte. Im Frühjahr 1882 wurde indessen die Frage der Organisation der Auswanderung so brennend, daß man sich in Petersburg entschloß, zwecks ihrer Besprechung eine Konferenz von Vertretern des Ansiedlungsrayons einzuberufen. Noch ehe aber die Delegierten aus der Provinz in der Reichshauptstadt eingetroffen waren, loderte im Süden erneut eine weithin sichtbare Stichflamme empor: in der von Juden dicht bevölkerten podolischen Stadt *Balta*, in der sich erst vor kurzem ein Auswandererbund gebildet hatte, brach ein grauenhafter Pogrom aus.

Seit Mitte März erhielt sich in Balta und Umgebung hartnäckig das Gerücht, daß es bald zu judenfeindlichen Ausschreitungen kommen würde. Als die Juden den Chef der Ortspolizei auf die ihnen drohende Gefahr aufmerksam machten, bekamen sie von diesem eine überaus zweideutige Antwort. Der jüdischen Bevölkerung von Balta, die zahlenmäßig dreimal so stark war wie die christliche Einwohnerschaft, wäre es ein Leichtes gewesen, eine achtunggebietende Selbstwehr auszurüsten, doch wußten die Juden nur zu gut, daß eine solche Organisation von den Behörden nicht geduldet werden würde, und so

war es lediglich zu einem geheimen Schutzbündnis zwischen vereinzelten Familien gekommen. Das vorausgesagte Gewitter entlud sich am 29. März, dem zweiten Ostertag, der zugleich der siebente Tag des jüdischen Passahfestes war. Der blutige, von den Ortsbehörden nicht nur geduldete, sondern geradezu geförderte Pogrom, über den die Zeitungen nur lückenhafte Meldungen bringen durften, ist in all seinen scheußlichen Einzelheiten in einem auf Grund einer speziellen Untersuchung zusammengestellten Geheimbericht festgehalten: „Zu Beginn des Pogroms — heißt es da — zwangen die herbeigelaufenen Juden die Bande der Unruhestifter, sich zurückzuziehen und im Gebäude der Feuerwehr Zuflucht zu suchen; sobald jedoch Polizei und Truppen erschienen waren, wagten sich die Raufbolde erneut aus ihrem Verstecke hervor. Statt nun die Bande zu zerstreuen, hieben Polizisten und Soldaten mit Gewehrkolben und blanker Waffe auf die Juden ein. Just in diesem Augenblick wurde Alarm geläutet, woraufhin der Stadtpöbel herbeizuströmen begann. Da sich die Menge in diesem Stadtteil der jüdischen Übermacht nicht gewachsen fühlte, zog sie, von dem Platzkommandanten, dem Polizeichef, dem Bürgermeister sowie einem Teil der Ortsgarnison begleitet, über die Brücke in die sogenannte Türkenstadt, die viel weniger Juden beherbergt. Auf den die beiden Stadtteile verbindenden Brücken wurde Militär aufgestellt, das den Befehl erhielt, keine Juden passieren zu lassen, die Christen aber völlig unbehindert durchließ. Die Folge war, daß die jüdischen Häuser in der Türkenstadt in drei bis vier Stunden restlos verwüstet waren und die Plünderer dort nach Mitternacht nichts mehr zu tun hatten. Im Laufe der Nacht nahmen Polizei und Militär 24 Plünderer fest und noch viel mehr Juden, die letzteren nur aus dem Grunde, weil sie sich erkühnt hatten, vor ihren Wohnungen Wache zu stehen. Während die Christen schon am nächsten Morgen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden und die Reihen der Plünderer vermehrten, wurden die Juden zwei Tage lang in Haft behalten . . . Am folgenden Tage, dem 30. März, strömten von vier Uhr morgens ab die vom Kreischef aus den benachbarten Dörfern herbeigerufenen Bauern in hellen Scharen, mit Knütteln bewaffnet, in die Stadt, im ganzen etwa 5000 Menschen. Die Juden glaubten zunächst, daß die Bauern zu ihrer Verteidigung alarmiert worden seien, mußten sich aber bald überzeugen, daß es auch die Bauern auf Leben und Besitz der jüdischen Einwohner abgesehen hatten. Gleichzeitig rottete sich

vor der Kathedrale der Stadtpöbel zusammen, und gegen acht Uhr morgens ertönten Signale zur Fortsetzung des Pogroms. Die Menge erstürmte zuallererst ein Spirituosenlager, betrank sich an dem Schnaps und ging dann, von den herbeigeeilten Bauern, aber auch von Soldaten und Polizisten unterstützt, an ihr Plünderungs- und Vernichtungswerk. Nunmehr kam es zu jenen wilden, grauenhaften Mord-, Raub- und Vergewaltigungsszenen, deren Schilderung in den Zeitungen nur ein blasser Schatten der Wirklichkeit ist".

Die weitere Öffentlichkeit sollte von diesen „wilden Szenen" erst aus den Gerichtsberichten Kenntnis erhalten, und auch dann nur in recht fragmentarischer Form. Abgesehen davon, daß in Balta 1250 Häuser und Läden verwüstet und ausgeraubt wurden („alle wohlhabenden Leute sind ruiniert, nicht weniger als 15 000 Menschen an den Bettelstab gebracht worden" — meldete der Ortsrabbiner), hatte die dortige jüdische Bevölkerung zahlreiche Menschenleben zu beklagen: die Zahl der Niedergemetzelten und Schwerverwundeten belief sich auf 40, die der leichter Verletzten auf 170, die der vergewaltigten Frauen auf über 20. Beträchtlich war auch die Zahl der Juden, namentlich der jüdischen Frauen, die vor Schreck wahnsinnig wurden. Der Pogrom nahm erst am dritten Tage ein Ende, nachdem in Balta der Gouverneur von Podolien eingetroffen war. Wiewohl die Mitschuld der Ortsbehörden an dem Pogrom offensichtlich war, gab sich der Gouverneur alle Mühe, seine Untergebenen zu entlasten. Aber auch viele festgenommene Missetäter wurden bald wieder enthaftet, da sie ihre hochgestellten Anstifter, die beamteten wie die nichtbeamteten, namhaft zu machen drohten. — Der Pogrom von Balta fand, allerdings in einer bedeutend abgeschwächten Form, Nachahmung in mehreren benachbarten Städten der Gouvernements Podolien und Cherson (in Letitschew, Dubossary u. a.). Obzwar nun die Pogromkampagne im Frühjahr 1882 nur auf einen engeren Umkreis beschränkt blieb, zeichnete sie sich durch weit größere Grausamkeit aus als die Kampagne von 1881: die Greuel von Balta kündigten gleichsam die Schrecken von Kischenew und die der Oktoberpogrome des Jahres 1905 an.

Der schon vor dem Pogrom in Balta von Baron Horaz Günzburg mit Zustimmung des Innenministers Ignatjew einberufene Gemeindetag trat in Petersburg unter dem unmittelbaren Eindruck der blutigen Ereignisse zusammen. An der Konferenz, die vom 8. bis zum 27. April

tagte, beteiligten sich etwa 25 Delegierte aus der Provinz (darunter der bekannte Augenarzt Max Mandelstamm aus Kiew und Rabbi Isaak Elchanan aus Kowno) sowie 15 Petersburger Notabeln (außer Baron Günzburg der Eisenbahnmagnat S. Poljakow, der Professor der Physiologie N. Bakst u. a.). Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Emigrationsfrage, doch gab deren Erörterung Anlaß zu einer gründlichen Aussprache über die allgemeine Lage der russischen Judenheit. Wiewohl von tiefempfundener nationaler Trauer beherrscht, zeigte die kleine Versammlung einen ausgesprochenen Mangel an Bürgermut. Einerseits nahmen sich die Konferenzteilnehmer die unerträgliche Lage ihres Volkes so sehr zu Herzen, daß einer von ihnen, Schmerling aus Mohilew, nach Beendigung seiner Rede ohnmächtig zusammenbrach und nach einigen Stunden verschied; andererseits schielten aber die in der Versammlung das große Wort führenden hauptstädtischen Delegierten unausgesetzt nach der Regierung, von Angst erfüllt, man könne sie mangelnder Vaterlandsliebe verdächtigen. Mehrere Konferenzmitglieder betrachteten die Emigration sogar als eine unzulässige Form des Protestes, als „Rebellion", und beharrten bei ihrem Standpunkt, selbst nachdem der Konferenz im Namen des Innenministers vorgeschlagen worden war, darüber schlüssig zu werden, auf welche Weise „die Dichte der jüdischen Bevölkerung im Ansiedlungsrayon, unter der Voraussetzung, daß die Juden in das Innere des Reiches *nicht* zugelassen werden würden, zu verringern sei". Den Gipfel des Servilismus erklomm der Finanzmann Poljakow, der in seiner Rede ausdrücklich erklärte, daß die Arbeit der Konferenz unfruchtbar bleiben müßte, falls man sich nicht „an die Instruktionen der Regierung" hielte. Zugleich teilte Poljakow der Konferenz mit, daß er in einer Unterredung mit Ignatjew diesem gegenüber seinen russischen Patriotismus mit den Worten zum Ausdruck gebracht habe: „Die Förderung der Emigration der Juden aus Rußland wäre mit Aufreizung zur Widersetzlichkeit gleichbedeutend, da die Emigration für russische Bürger nicht in Frage kommen kann"; als er aber vom Minister gefragt worden sei — so berichtete er weiter — wie der Übervölkerung des Ansiedlungsrayons abgeholfen werden könnte, und daraufhin den Vorschlag gemacht habe, die Juden im ganzen Reichsgebiet anzusiedeln, sei ihm von Ignatjew die Antwort zuteil geworden, daß höchstens die Übersiedlung der Juden nach Mittelasien, in die neueroberte Oase Achal-Teke (Transkaspien) in

Erwägung gezogen werden könnte. Dies war eben der Regierungsplan, den der liebedienerische Finanzmann der Konferenz zur eingehenden Erörterung anempfahl. Das unsinnige Projekt erregte jedoch den heftigsten Widerspruch Dr. Mandelstamms und einiger anderer Delegierten, die darauf hinwiesen, daß seine Verwirklichung auf eine die Juden zu Verbrechern stempelnde „Deportation" hinauslaufen würde.

Nach langausgedehnten Debatten nahm die Konferenz die folgende Entschließung an: „1. Der Gedanke an eine planmäßige Förderung der der Würde des russischen Staates (!) sowie den historischen Rechten der Juden auf ihr gegenwärtiges Vaterland widersprechenden Emigration ist rundweg abzulehnen; 2. ist darauf hinzuweisen, daß das einzige Mittel zur Regelung der Beziehungen zwischen der jüdischen Bevölkerung und der Urbevölkerung die Aufhebung der in bezug auf die Juden geltenden Ausnahmegesetze sei; 3. sind die während der Unruhen offen zutage getretenen Pflichtversäumnisse der Behörden der Regierung anzuzeigen; 4. ist bei der Regierung um Entschädigung der während der Pogrome infolge mangelnden polizeilichen Schutzes ruinierten jüdischen Bevölkerung nachzusuchen". Darüber hinaus beschloß die Konferenz, der in den „Gouvernementskommissionen" aufs neue laut gewordenen Beschuldigung entgegenzutreten, wonach die Juden nach wie vor an ihrer alten autonomen Kahalorganisation festhielten. Die diesbezügliche Erklärung der Konferenz lautete: „Die Endunterzeichneten erachten es als ihre heilige Pflicht, vor ganz Rußland, Gott den Allmächtigen als Zeugen anrufend, zu erklären, daß es bei den russischen Juden weder eine offene noch eine geheime Kahalverwaltung gibt und daß das jüdische Leben jede Organisation solcher Art ebenso wie die einer derartigen Organisation böswillig zugeschriebenen Attribute völlig ausschließt". Die Urheber dieser feierlichen, den Verzicht auf die nationalen Rechte in sich schließenden Erklärung waren sich offenbar dessen nicht bewußt, wie erniedrigend die Versicherung war, daß die ihrer einst so weitgehenden Autonomie beraubten Juden nunmehr die innere Selbstverwaltung geradezu einem staatsgefährdenden Verbrechen gleichsetzten.

Nachdem die Beschlüsse gefaßt waren, machte eine Abordnung der Konferenz einen Rundgang durch die Empfangszimmer verschiedener Minister mit Einschluß des von Pobjedonosszew und reichte der Hofkanzlei eine die Entscheidungen des Gemeindetages zusam-

menfassende, an den Zaren gerichtete Bittschrift ein. Die Antwort erfolgte schneller als man es erwartet hatte: am 3. Mai 1882 erging das sogenannte„Provisorische Reglement", durch das den Juden in aller Form der Krieg erklärt wurde.

§ 16. Das „Provisorische Reglement" und die Regierungsexzesse

In der Zwischenzeit zwischen dem Pogrom in Warschau und dem in Balta arbeitete die Regierung Ignatjew unablässig an dem Ausbau eines Systems von legalen Judenverfolgungen. Die dem Innenministerium angegliederte Zentralstelle für die Bearbeitung der jüdischen Frage, das sogenannte „Jüdische Komitee", das eher das Epitheton „antijüdisch" verdient hätte, legte dem von ihm in Angriff genommenen Gesetzgebungswerk, einem ungeheuerlichen Dokument der Entrechtung, die Gutachten der Ignatjewschen „Gouvernementskommissionen" zugrunde. Statt eine Erweiterung des Ansiedlungsrayons in Erwägung zu ziehen, wurde beschlossen, diesen noch weiter zu schmälern und die Juden des Rechtes zu berauben, sich auf dem flachen Lande aufzuhalten, wodurch sie an die Städte gefesselt werden sollten, wo sie ohnehin unter ständiger Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Den Juden sollte nicht nur das Recht genommen werden, sich auf dem flachen Lande neu anzusiedeln, sondern darüber hinaus der Bauernschaft die Befugnis zuerkannt werden, die in den Dörfern bereits ansässigen Juden durch einen Gemeindebeschluß auszuweisen. Dieses grausame Projekt wollte Ignatjew in Abweichung von der geltenden, die Mitwirkung des Staatsrates vorschreibenden Gesetzgebungsordnung als „provisorische", auf die „Beseitigung der zugespitzten Beziehungen zwischen Juden und Urbevölkerung" abzielende Maßnahmen nur vom Zaren bestätigt wissen. Das Vorhaben Ignatjews machte indessen selbst die Mitglieder des reaktionären Ministerkomitees stutzig. Nach einer Beratung über die von dem Innenminister gemachte Anregung sprach sich das Komitee dagegen aus, einer so großen Anzahl von Menschen unter Umgehung des Gesetzgebungsweges persönliche und Vermögensrechte zu entziehen, und betonte, daß durch die Durchführung des Beschlusses, wonach die Dorfgemeinden das Recht haben sollten, die Juden nach Gutdünken auszuweisen, diese in den Augen der Bauern vollends vogelfrei werden müßten, was statt der erstrebten Beruhigung eine weitere „Verschärfung der Beziehungen" herbeifüh-

ren würde. Andererseits gab jedoch das Ministerkomitee der Meinung Ausdruck, der Erlaß von strengen Maßnahmen gegen die Juden sei dringend geboten, damit die Bauern sich nicht dem Glauben hingäben, „daß der auf ihre Erlösung von der jüdischen Ausbeutung gerichtete Wille des Zaren unausgeführt bleibe". So fiel es denn Ignatjew nicht schwer, nachdem er sich entschlossen hatte, die Bestimmung über die Ausweisung der in den Dörfern bereits ansässigen Juden fallen zu lassen, das Ministerkomitee für seine Pläne zu gewinnen.

Dies ist die Vorgeschichte des berüchtigten „Provisorischen Reglements", das von Alexander III. in aller Eile und unter Ausschaltung des Staatsrates am 3. Mai 1882 in Kraft gesetzt wurde. Das an sich, abgesehen von seiner Kanzleirhetorik, überaus lakonische Reglement schrieb vor: „1. den Juden zu untersagen, sich außerhalb der Städte und Flecken neu anzusiedeln, 2. den Abschluß von auf Namen von Juden lautenden Kauf- und Pachtverträgen, soweit diese außerhalb der Städte und Flecken belegene Immobilien betreffen, zu unterlassen, 3. den Juden zu verbieten, an Sonn- sowie an hohen christlichen Feiertagen Handel zu treiben". Hiermit wurde den im Ansiedlungsrayon ansässigen Juden der größte Teil des ihnen bis dahin zugänglichen Siedlungsgebietes genommen und eine nach Millionen zählende Masse in den engen Raum der westrussischen Städte und Flecken eingesperrt, wobei selbst die alteingesessenen jüdischen Dorfbewohner des Rechtes beraubt wurden, künftighin Land zu erwerben oder auch nur zu pachten. Das als „provisorisch" bezeichnete Gesetz sollte volle fünfunddreißig Jahre ununterbrochen in Geltung bleiben! . . . Nachdem die Regierung gegen die von der Pogromseuche heimgesuchte Judenheit diese schwere Strafe verhängt hatte, glaubte sie sich verpflichtet, auch den Raub- und Mordgesellen eine Strafe anzudrohen. Noch an demselben Tage, am 3. Mai, tat das Ministerkomitee feierlich den Willen der Regierung kund, „alle Gewalttaten gegen Leben und Besitz der unter dem Schutze der allgemeinen Gesetze stehenden Juden ohne Nachsicht zu verfolgen". Sämtlichen im Ansiedlungsrayon amtierenden Gouverneuren gingen dementsprechende Anweisungen zu. Durch die gleichzeitige Veröffentlichung des „Provisorischen Reglements" gegen die Juden und des Runderlasses gegen die Pogrome schien die Regierung dem Volke gleichsam sagen zu wollen, daß es die Abrechnung mit den Juden getrost der mit den Machtmitteln des Gesetzes ausgerüsteten Regierung überlassen könne. Muß-

ten sich doch die Urheber des „Provisorischen Reglements" dessen bewußt sein, daß die neuen Bestimmungen nichts als eine Modifikation der dem Straßenpöbel für die Zukunft untersagten „Gewalttaten gegen Leben und Besitz der Juden" seien, denn die Einschränkung der Freizügigkeit ist mit dem Einbruch in die persönliche Lebenssphäre und die Aberkennung des Rechts auf Landerwerb mit einer gewaltsamen Unterdrückung der privatrechtlichen Freiheit gleichbedeutend.

Nach dem von der Obrigkeit in aller Offenheit begünstigten Pogrom von Balta sah man in Petersburg endlich ein, wie stark die ein ganzes Jahr lang den judenfeindlichen Ausschreitungen gegenüber bekundete Duldsamkeit das Ansehen Rußlands in der Welt schädige und auch die innere Ordnung zerrütte. Sobald aber diese Erkenntnis einmal aufgedämmert war, mußte der fatale Minister, der das ganze Jahr hindurch die russische Innenpolitik gelenkt hatte, unvermeidlich verschwinden. So wurde denn Graf Ignatjew am 30. Mai 1882 entlassen und zu seinem Nachfolger im Innenministerium Graf Dmitrij Tolstoj ernannt, der zwar gleichfalls ein Torhüter der Autokratie und des Polizeistaates, zugleich aber ein entschiedener Gegner aller Ausschreitungen der Menge, auch der antijüdischen, war. Schon wenige Tage nach seinem Amtsantritt, am 9. Juni, bestätigte der neue Minister in einem Runderlaß die vor kurzem ergangene Regierungserklärung über den den Juden zu gewährenden Schutz, wobei er ausdrücklich betonte, daß „die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betrauten Amtspersonen bei der geringsten Störung der öffentlichen Ruhe unweigerlich und ohne Säumen zur Verantwortung gezogen" werden würden. Die energische Sprache des Ministers übte eine magische Wirkung aus: die Gewaltigen in der Provinz wurden sich darüber klar, daß man in Petersburg nicht mehr geneigt sei, auf ihre pogromfreundliche Haltung durch die Finger zu sehen — und die Pogromepidemie kam sofort zum Stillstand.

Die von Tolstoj ergriffenen strengen Maßnahmen wirkten aber auch auf das gerichtliche Nachspiel der Pogrome zurück. Die Prozesse gegen die Unholde von Balta und der anderen Städte im Sommer 1882 endeten vielfach mit der Verurteilung der Missetäter zu exemplarischen Strafen: zu Zuchthaus, schwerem Kerker u. dgl. In einem Falle wurden zwei des Mordes und des Raubes angeklagte Soldaten vom Kriegsgericht sogar zum Tode verurteilt. Da für die Bestätigung

dieses Urteilsspruches der Kiewer Generalgouverneur Drenteln zuständig war, beschloß die jüdische Gemeinde von Balta, den Ortsrabbiner nach Kiew zu entsenden, um das Gnadengesuch der Verurteilten zu befürworten. Wie seltsam mußte es anmuten, daß den Unmenschen Fürsprecher in der Mitte ihrer Opfer entstanden waren, an jener Trümmerstätte, die noch vom Wehklagen der Verwaisten, Verstümmelten und Entehrten widerhallte. Indessen mochte bei dieser Aktion der Juden von Balta nicht zuletzt Angst mitgesprochen haben, die Befürchtung nämlich, daß die Hinrichtung der Missetäter die Rache ihrer unermittelt gebliebenen Komplicen heraufbeschwören könne. Bald sollten sich die Juden davon überzeugen, wie wenig Anerkennung ihre versöhnliche Stimmung bei den hochgestellten Inspiratoren des Raubfeldzuges gefunden hatte. Der Anfang August in Balta eingetroffene Kiewer Generalgouverneur Drenteln war durch den ihm vor kurzem zugegangenen strengen Runderlaß des Innenministers Tolstoj sowie durch die von der jüdischen Stadtbevölkerung gegen die an dem Pogrom mitverantwortlichen Ortsbehörden in Petersburg erstattete Anzeige dermaßen gereizt, daß er, statt den Geschädigten, wie er das ex officio hätte tun sollen, sein Bedauern auszusprechen, sich in Gegenwart der ihm untergebenen Beamten an die vorgeladenen Häupter der Ortsgemeinde mit einer wutschnaubenden Rede wandte. Er betonte mit aller Schärfe, daß sich die Juden durch ihr Verhalten „die allgemeine Feindschaft" zuzögen, daß sie sich überall mißliebig machten, daß sie es „nirgends so gut hätten wie in Rußland" und daß die nach Petersburg entsandte jüdische Abordnung „die Ortsbehörden und Stadtvertreter in verleumderischer Weise der Aufreizung der tobenden Menge gegen die Juden bezichtigt habe". Zum Schluß bezeichnete er die von der Gemeinde für die zum Tode Verurteilten eingelegte Fürsprache als „Heuchelei" und teilte triumphierend mit, daß die Betreffenden „ganz unabhängig von dem Gesuch der Juden" begnadigt worden seien. Die Hetzrede des tobsüchtigen Generals löste in der ganzen Südwestmark erneut eine Pogrompanik aus. Das Kampforgan der jüdischen Öffentlichkeit, die Zeitschrift „Woss'chod", schrieb: „Nach der Rede des Generaladjutanten Drenteln ist unsere Hoffnung darauf, daß eine Wiederholung der Pogrome unmöglich sei, von Grund aus erschüttert. Was nützen ministerielle Runderlasse, wenn ihre Wirkung von den höchsten Verwaltungsbeamten an Ort und Stelle durch öffentliche Reden zunichte

gemacht wird?" — Diese Befürchtungen erwiesen sich allerdings als unbegründet. Der Innenminister Tolstoj besaß zwar nicht die Macht, den dem Zaren nahestehenden Haman von Kiew vor ein Gericht zu stellen, doch hielt der nicht mißzuverstehende ministerielle Runderlaß die Satrapen, die sich wohl gern um die Osterzeit an einem Pogromschauspiel ergötzt hätten, immerhin im Zaume.

Ward nun der Progromflut durch den Machtspruch mit einem Schlage Einhalt geboten, so sollte die Flut der Repressivmaßnahmen mit unverminderter Wucht weitersteigen. Durch das „Provisorische Reglement" vom 3. Mai war ein System der legalen Judenverfolgungen sanktioniert worden, das der behördlichen Willkür den „wirtschaftlichen Schädlingen" gegenüber Tür und Tor offen ließ. Alle aus den Städten des Ansiedlungsrayons in die Dörfer führenden Ausgänge waren nunmehr fest zugeriegelt, und obendrein ging man in manchen Gegenden daran, die auf dem flachen Lande bereits ansässigen Juden restlos zu vertreiben. Eine Handhabe hierzu bot das den Bauerngemeinden zustehende Recht, über ihre „übelbeleumundeten Mitglieder" ein Scherbengericht abzuhalten. Den mit den Juden konkurrierenden ortsansässigen russischen Händlern war es nämlich ein Leichtes, nach Verabreichung von Schnaps an die stimmberechtigten Bauern diese mit Hilfe der Dorfältesten zur Unterzeichnung eines die Ausweisung der jüdischen Dorfbewohner verfügenden Beschlusses zu veranlassen, der nach Bestätigung durch den Gouverneur unverzüglich in Kraft trat. Am häufigsten kam es zu solchen Ausweisungen in den dem Generalgouverneur Drenteln unterstellten südwestlichen Gouvernements, in denen wohl die subalternen Polizeibehörden unter dem Einfluß ihres judenfeindlichen Oberchefs eine entsprechende Propaganda entfaltet hatten. Die wirtschaftliche Not trieb die Juden über die Grenzen des Ansiedlungsrayons, in das Innere des Reiches, doch harrten ihrer dort die Peitschen des Gesetzes und die Skorpione der administrativen Willkür. Die Massenausweisungen aus Petersburg, Moskau, Kiew und anderen den Juden verwehrten Reichszentren nahmen solche Dimensionen an und wirkten so schädlich auf den Handelsverkehr zurück, daß die russischen Großkaufleute von Moskau und Charkow nicht umhin konnten, um Milderung der für die Einreise der Juden in diese Städte geltenden Bestimmungen nachzusuchen.

Die judenfeindliche Stimmung griff auch auf das Kriegsressort

über. In der russischen Armee taten nämlich viele jüdische Ärzte Dienst, die sich zum Teil schon in dem letzten russisch-türkischen Krieg aufs beste bewährt hatten. Der reaktionären Regierung schien es indessen inkonsequent zu sein, daß in dem Heer, in dem der jüdische Soldat nicht über den Unteroffiziersrang hinauskommen konnte, Juden als Ärzte Offiziersrechte genossen. So erließ denn der Kriegsminister Wannowskij am 10. April 1882 den Befehl, die Zahl der im Kriegsressort angestellten jüdischen Ärzte und Unterärzte auf 5% der Gesamtstärke der Ärzteschaft zu beschränken. Am verletzendsten wirkte die dieser Anordnung vorausgeschickte Begründung: „Es gilt — so hieß es da — der wachsenden Zunahme der Zahl der Ärzte mosaischer Konfession im Kriegsressort Einhalt zu tun, da sie ihren Amtspflichten nicht getreu genug nachkommen und den Sanitätsdienst in der Armee ungünstig beeinflussen". Diese ehrabschneiderische Behauptung bewog eine Gruppe jüdischer Militärärzte, unverzüglich um ihre Entlassung zu bitten. Einer der um Entlassung nachsuchenden Ärzte, der bekannte Schriftsteller Jaroschewskij, hatte sein Gesuch in einem so scharf protestierenden Tone abgefaßt, daß er vom Kriegsministerium sogar zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde. „Solange die den jüdischen Ärzten so lieblos zugefügte Unbill — betonte Jaroschewskij — nicht wieder aus der Welt geschafft ist, häuft jeder Augenblick der weiteren Tätigkeit in diesem Ressort neue Schmach auf sie. Ihre Menschenwürde verbietet ihnen, dort zu bleiben, wo man sie verabscheut".

In einer die traurigen Ereignisse des Jahres 1882 behandelnden Gesamtübersicht gelangte ein zeitgenössischer jüdischer Journalist zu dem folgenden Schlußergebnis: „Seit der Mitte des verflossenen Jahres zeichnet sich das Leben der Juden durch düstere Eintönigkeit und drückende Trostlosigkeit aus. Es ist allerdings wahr, daß in den Straßen keine Daunen aus den aufgeschlitzten Federbetten und keine Scherben zertrümmerter Fensterscheiben mehr zu sehen sind, und daß überhaupt die Donnerschläge, von denen die Luft widerhallte und die das Herz des rechtgläubigen Volkes so sehr erfreuten, verklungen sind. Haben aber die Juden dadurch, daß an die Stelle der gesetzwidrigen Verfolgungen gesetzliche getreten sind, wirklich viel gewonnen?" Die Zukunft sollte jedoch lehren, daß auch die „gesetzwidrigen Verfolgungen" noch nicht ganz außer Gebrauch gekommen waren. Das Staatsmonopol auf die judenfeindlichen Exzesse konnte sich eben

nur schrittweise einbürgern, und so lag die Straße noch eine Zeitlang im Wettbewerb mit den Regierungskanzleien. Am 10. Mai 1883, einige Tage vor der Krönung Alexanders III., wurden in der südrussischen Großstadt Rostow am Don mit der üblichen Gründlichkeit etwa hundert jüdische Wohnungen und Läden ausgeplündert und verwüstet. Die gegen die Plünderer eingesetzten Kosaken gingen erst dann ernstlich vor, als das Pogromgesindel schon Feierabend machte. Damit die Solennität der Krönungszeit nicht getrübt werde, untersagte die Zensur den Zeitungen, die Geschehnisse in Rostow auch nur mit einem Worte zu erwähnen.

Die Befürchtung lag nahe, daß die südrussische Judenheit vor einer neuen Pogromwelle stehe, doch vergingen zwei volle Monate, ohne daß die Ruhe irgendwo gestört worden wäre, so daß die Gefahr bereits gebannt zu sein schien. Plötzlich, am 20. Juli, dem von der griechisch-orthodoxen Kirche gefeierten Tage des Propheten Elias, kam es in *Jekaterinoslaw* zu einer Explosion, bei der die Stammesgenossen des Propheten die ganze Wut seiner russischen Anbeter zu spüren bekamen. Diese hatten sich nämlich zu Ehren des biblischen Nasiräers, dem der Weingenuß als Frevel galt, so schwer betrunken, daß sie zwischen Gut und Böse überhaupt nicht mehr zu unterscheiden vermochten. Das Zeichen zu den Ausschreitungen gaben die beim Eisenbahnbau beschäftigten, aus den großrussischen Gouvernements stammenden Arbeiter. Sie waren es, die, wie sich ein Zeitgenosse ausdrückt, „den militärischen Teil der Operation" zur Ausführung brachten, wohingegen die „Erfüllung der Zivilfunktionen" den ortsansässigen Russen vorbehalten blieb: „Während die Arbeiter und die kräftigeren Kleinbürger Häuser und Läden verwüsteten und Mobiliar sowie Waren auf die Straße warfen, rafften Frauen und Kinder alles, was ihnen in die Hände kam, zusammen, um es ohne Säumen in ihre Wohnungen zu schaffen". Die Plünderungen wurden auch am folgenden Tage, dem 21. Juli, fortgesetzt und nahmen erst dann ein Ende, als sich die Räubergesellen bei einem Zusammenstoß mit den vorgeschickten Truppen blutige Köpfe holten. Mittlerweile waren aber etwa fünfhundert jüdische Familien an den Ruin gebracht und elf Thorarollen geschändet worden, über die die sich gegen die zehn Gebote auflehnenden Heiden mit maßlosem Grimm hergefallen waren. Auf den Pogrom in Jekaterinoslaw folgten im August und September Ausschreitungen auch in der Umgegend, wobei am schwersten die

jüdischen Einwohner von *Nowomoskowsk* geschädigt wurden, wo fast sämtliche den Juden gehörende Häuser der Verwüstung anheimfielen (4. September 1883).

Das Jahr 1884 bereicherte die Pogromchronik durch einen außergewöhnlichen Fall: durch einen Pogrom, der sich in einer außerhalb des Ansiedlungsrayons liegenden Stadt, in dem erzrussischen, kaum mehr als zwanzig jüdische Familien beherbergenden *Nishnij Nowgorod* abspielte. Die Zahl der hierbei zerstörten jüdischen Häuser war zwar gering, doch forderte dieser Pogrom mehrere Menschenopfer. Die Anstifter der Hetze hatten das Gerücht verbreitet, daß die Juden ein christliches Kind entführt hätten, und die betrunkene Menge war selbst dann nicht mehr zur Vernunft zu bringen, als ihr das von der Polizei ausfindig gemachte Kind leibhaft vorgeführt wurde. Der Verlauf der Ereignisse wird in einem auf amtlichen Meldungen beruhenden Bericht folgendermaßen geschildert: „Die Unruhen begannen am Abend des 7. Juni mit einem Überfall auf das von Andächtigen überfüllte jüdische Bethaus, worauf noch fünf von Juden bewohnte Häuser demoliert wurden. Hierbei wurden sechs Erwachsene und ein Knabe totgeschlagen und fünf weitere Juden so schwer verwundet, daß zwei von ihnen bald ihren Verletzungen erlagen. Ausschlaggebend für den Pogrom war nach dem Dafürhalten des Gouverneurs die Raubgier: man hatte es nicht nur auf bares Geld, sondern auch auf alles irgendwie Verwendbare abgesehen. Die Unruhen waren durch die sich im Volke festsetzende Überzeugung verursacht, daß selbst die schwersten an Juden begangenen Verbrechen ungesühnt bleiben würden, sowie dadurch, daß die Mehrzahl der ortsansässigen jüdischen Familien als wohlhabend galt. Das Ermittlungsverfahren stellte einwandfrei fest, daß die Menge vor dem Angriff auf das Haus, in dem sich das Büro Daizelmanns (eines von den Mordbrennern in bestialischer Weise niedergemetzelten Moskauer Großkaufmanns) befand, durch den Ruf angefeuert worden war: Auf zu Daizelmann, dort winkt Beute!" Die Bartholomäusnacht von Nishnij Nowgorod versetzte selbst die höchsten amtlichen Stellen in Unruhe. Auf die Vorstellungen des Gouverneurs Baranow hin wurden die Mörder vor ein Kriegsgericht gestellt, das sie zu schweren Strafen verurteilte. Andererseits ließ es sich freilich derselbe Gouverneur nicht nehmen, zur Beruhigung des russischen Volksgewissens die Ausweisung aller Juden zu verfügen, die nicht in der Lage sein sollten, der Ortspolizei

einen „gesetzlichen Grund" für ihren Aufenthalt außerhalb des Ansiedlungsrayons nachzuweisen. Auf diese Weise stellten die Verwaltungsinstanzen wieder einmal dem Straßenpogrom legale Exzesse gegenüber, ohne zu bedenken, daß das Blutgericht des Pöbels über die Juden nichts als eine plumpe Nachahmung der amtlichen Praxis sei. Das Gemetzel von Nishnij Nowgorod bildete, wenn man von ab und zu ausbrechenden Judenhetzen geringeren Umfangs absieht, das Schlußglied in der Pogromkette der achtziger Jahre. Sechs Jahre sollte „das Land still sein", und das Monopol auf den geräuschlosen Pogrom, auf die systematische Entrechtung der Juden, lag unangefochten in den Händen der von Tolstoj und Pobjedonosszew gelenkten Regierung.

§ 17. Die „Pahlensche Kommission" und die Verschärfung der Entrechtung (1883—89)

Schon vor dem Inkrafttreten des als außerordentliche Maßnahme gedachten „Provisorischen Reglements" von 1882 hatte sich innerhalb der Regierung die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Judenfrage eine Entscheidung im ordentlichen Gesetzgebungswege, nach vorheriger Beratung im Staatsrat, erfordere. Hierzu bedurfte es aber einer gediegeneren Vorarbeit als diejenige, die von den Ignatjewschen Gouvernementskommissionen geleistet worden war und die letzten Endes nur ein Glied in der Pogromtätigkeit des entlassenen Innenministers darstellte. So befahl denn der Zar am 4. Februar 1883, eine „Oberste Kommission zur Revision der für die Juden geltenden Gesetze" zu schaffen. Als ihr Vorsitzender fungierte mehrere Jahre hindurch der ehemalige Justizminister Graf Pahlen, weshalb sie auch gewöhnlich als „Pahlensche Kommission" bezeichnet zu werden pflegte. Als Mitglieder gehörten der Kommission neben sechs Beamten des Innenministeriums je ein Vertreter des Finanz-, Justiz-, Unterrichts-, Staatsdomänen- und Außenministeriums an sowie mehrere nichtbeamtete „Sachverständige". Statt der neuen bürokratischen Institution für die Beendigung ihrer Arbeit eine bestimmte Frist vorzuschreiben, gab man ihr zu verstehen, daß die Sache keineswegs eilig sei. Darum dauerte es auch volle vier Jahre, bis die „Oberste Kommission" sich in dem Nachlaß der berüchtigten „Gouvernementskommissionen" sowie in dem sonstigen ihr (zum Teil von jüdischer Seite) zur Verfü-

gung gestellten Material zurechtgefunden hatte. Aber auch nachdem die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hatte, sollten diese aus Gründen, die weiter unten dargelegt sind, wirkungslos bleiben.

Die von der Pahlenschen Kommission in Angriff genommene „Revision" der für die Juden geltenden Gesetze hinderte die reaktionäre Regierung Tolstoj nicht daran, mittlerweile neue Ausnahmegesetze zu schaffen, die im Verordnungswege, als „allerhöchst bestätigte Vorschläge des Ministerkomitees", ergingen. Die „Oberste Kommission" stellte somit lediglich eine Attrappe dar, hinter der die Regierung Jahre hindurch ihre grausamen Experimente durchführen konnte: während sich die hochgestellten Kommissionsmitglieder in Expektorationen darüber verloren, wie die jüdische Frage in Zukunft gelöst werden könne, ließen sich die Minister in ihrem Tagewerk von extremem Judenhaß leiten, von dem ja auch Alexander III. selbst stark infiziert war. Das Manifest, das anläßlich seiner aus innerpolitischen Gründen erst im Mai 1883 erfolgten Krönung ergangen war und in dem verschiedene Bevölkerungsschichten traditionsgemäß mit allerlei Vergünstigungen bedacht wurden, hatte die Juden völlig unberücksichtigt gelassen. Am offenkundigsten kam aber die wahre Gesinnung des Zaren in den Randbemerkungen zum Ausdruck, mit denen er die auf die „Schädlichkeit" der Juden hinweisenden „untertänigsten Berichte" der Generalgouverneure und Gouverneure zu versehen pflegte und die die Bedeutung von allerhöchsten Befehlen hatten. Auf dem ihm im Jahre 1883 zugegangenen Bericht des Odessaer Generalgouverneurs Gurko, in dem dieser auf das übermäßige Anwachsen der Zahl der jüdischen Gymnasiasten sowie deren „schädlichen Einfluß" auf ihre christlichen Kameraden hinwies und den Vorschlag machte, für die Juden in den Regierungsschulen einen numerus clausus einzuführen, vermerkte der Zar: „Ich teile diese Überzeugung, die Anregung ist in Erwägung zu ziehen". Das Ministerkomitee ließ sich das nicht zweimal sagen und ging unverzüglich an die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage. Durch eine aus dem folgenden Jahre datierende und in noch entschiedenerem Tone gehaltene kaiserliche Randglosse ähnlichen Inhalts angefeuert, machten sich die Minister endgültig die Ansicht zu eigen, daß „der wachsende Zustrom des nichtchristlichen Elementes in die Lehranstalten auf die christlichen Kinder in sittlich-religiöser Beziehung die allerschädlichste Wirkung ausübt". Daraufhin arbeitete das Unterrichts-

ministerium in aller Eile ein dem kaiserlichen Willen Rechnung tragendes Projekt aus, das zur Festsetzung der berüchtigten „Prozentnorm" führte, von deren Einzelheiten weiter unten die Rede ist.

Den Angelpunkt des gesamten Unterdrückungssystems bildeten aber nach wie vor die Beschränkungen des Wohnrechts der Juden, die für diese nicht selten mit der Beraubung jeglicher Existenzmöglichkeit, mit der Aberkennung der Daseinsberechtigung überhaupt gleichbedeutend waren. Das „Provisorische Reglement" von 1882 bot in dieser Hinsicht eine reiche Auswahl von juristischen Foltermethoden. Wiewohl es den Juden, dem Wortlaut des „Reglements" zufolge, lediglich untersagt war, sich außerhalb der Städte „neu" anzusiedeln, fanden die Ortsbehörden Mittel und Wege genug, um auch die ortsansässigen jüdischen Dorfbewohner zu vertreiben. Außer der bereits erwähnten Methode, die Juden als „übelbeleumundete Mitglieder der Dorfgemeinde" zu verjagen, wurde von der Polizei der Kniff ausgeheckt, die ihren Wohnsitz auch nur für kürzeste Zeit verlassenden Landjuden als „Neuansiedler" zu behandeln und ihnen den weiteren Aufenthalt in ihrem Heimatdorfe zu untersagen. Nicht selten fielen dieser Rabulistik selbst die sich zu den hohen Feiertagen in die Nachbarstadt begebenden Familien zum Opfer. Darüber hinaus glaubte die Polizei die in gemieteten Bauernhäusern wohnenden Juden mit der Begründung ausweisen zu dürfen, daß diese nach Ablauf der Mietszeit kraft des Verbotes, den Pachtvertrag zu erneuern, ohnehin zum Auszug genötigt sein würden. Auf Grund von derlei juristischen Sophismen gingen die Behörden in den Gouvernements Tschernigow und Poltawa daran, etwa 10 000 Juden, die in gemieteten oder auf bäuerlichem Grund und Boden erbauten Häusern wohnten, samt und sonders zu vertreiben. Erst nachdem ein beträchtlicher Teil dieser Dorfjuden durch die Ausweisung an den Ruin gebracht worden war, setzte der Regierende Senat auf eine Beschwerde der Geschädigten hin durch einen im Januar 1884 ergangenen Ukas dem Wüten der lokalen Instanzen ein Ziel. Im übrigen blieben jedoch die aus dem „Provisorischen Reglement" hergeleiteten Repressivmaßnahmen voll in Kraft, darunter das Verbot, aus einem Dorf in ein anderes, auch noch so nahe gelegenes zu übersiedeln (Gesetz von 1887), wodurch die Dorfjuden an ihren jeweiligen Wohnsitz gefesselt wurden. „Es bedeutet dies — so hebt ein Zeitgenosse hervor —, daß, wenn ein Dorf, in dem Juden ansässig sind, niederbrennt, oder eine Fabrik, in der

sie beschäftigt sind, geschlossen wird, die jüdischen Dorfbewohner in Ermangelung des Rechts, sich irgendwo sonst auf dem flachen Lande nach Zuflucht und Erwerbsmöglichkeiten umzusehen, in die städtischen Siedlungen ziehen müssen. Ebenso sind die Kinder der Möglichkeit beraubt, ihre in einem anderen Dorfe wohnhaften, altersschwachen Eltern bei sich aufzunehmen, und ein Sohn, der nicht an dem ländlichen Wohnsitz seines verstorbenen Vaters seßhaft ist, darf nicht die Verwaltung des von diesem hinterlassenen Handels- oder Industriebetriebes antreten". All diese fein verästelten Rechtsbeschränkungen, die die Juden um ihr Letztes brachten, waren für die Polizeiinstanzen, von den niedrigsten bis zu den höchsten, eine nie versiegende Quelle des Einkommens. War doch die Bestechung, ein Eckpfeiler der damaligen „russischen Verfassung", das einzige Abwehrmittel der Verfolgten gegen die willkürliche Anwendung der Ausnahmegesetze seitens der Behörden, weshalb sich auch diese an die jüdische Entrechtung als an eine wohlerworbene Pfründe klammerten.

Noch engmaschiger war das Netz, das man zum Judenfang außerhalb des Ansiedlungsrayons ausgeworfen hatte. Die über das Innere des Reiches verstreuten Juden gehörten den spärlich vertretenen Gruppen der Privilegierten: der Akademiker, der Kaufleute erster Gilde sowie der approbierten Handwerker an. Gegen den Zustrom von „Unbefugten" in das abgesperrte Gebiet wurden härteste Maßnahmen in Anwendung gebracht, wobei die Reichshauptstadt mit dem Beispiel voranging. In Petersburg, das etwa 15 000 wohnberechtigte Juden zählte, gab es nämlich viele sich dort illegal aufhaltende jüdische Einwohner, die sich fiktiverweise teils als Handwerker, teils als Dienstboten der Privilegierten angemeldet hatten. Die Bekämpfung dieses „Mißstandes" wurde nun zur Lieblingsbeschäftigung des Petersburger Stadthauptmanns Grösser. Die von der hauptstädtischen Polizei im Jahre 1883 in Angriff genommene „Säuberung Petersburgs von dem lästigen Stamme" wird in einer der damals erscheinenden jüdischen Zeitschriften folgendermaßen geschildert: „Die Razzien wurden nach allen Regeln der Kunst durchgeführt und die der vorschriftsmäßigen Aufenthaltsgenehmigung ermangelnden Juden von den Polizeibeamten zum Teil geradeswegs zum Bahnhof befördert. Die Ausreisefristen wurden nach Stunden bemessen, als handle es sich um die Vollstrekkung eines Standgerichtsurteils. Dabei waren die Ausgewiesenen zumeist seit Jahren in Petersburg lebende Familienväter, deren Ge-

schäfte unmöglich in vierundzwanzig Stunden abgewickelt werden konnten. Eine Folge dieser rücksichtslosen Maßregeln war in vielen Fällen der Übertritt der von der Ausweisung Bedrohten zu christlichen Glaubensbekenntnissen". Im großen und ganzen fand indessen die fiktive Taufe als Mittel im Kampfe um das Wohnrecht nur selten Verwendung. In der Regel pflegte man das Gesetz vermittels harmloserer, wenn auch keineswegs unriskanter Fiktionen zu „umgehen". Außer der üblichen Methode, sich als Geselle eines „vollberechtigten" Handwerkers anmelden zu lassen, bestand noch die Möglichkeit, sich für Bediente jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte auszugeben, da die akademisch gebildeten Juden von Gesetzes wegen zwei ihrer Stammesgenossen als „Hausdiener" anstellen durften. Auf Grund eines solchen Lakaienrechts hielten sich in Petersburg längere Zeit einige jüdische Schriftsteller auf, darunter der junge Dichter Simon Frug, der Sänger des jüdischen Leides, der auch in der russischen Literatur hohes Ansehen genoß. Die Lage all dieser „Gesetzesübertreter" war allerdings überaus unsicher: jeden Tag konnte ihr Paß mit dem berüchtigten roten Polizeistempel versehen werden, der den Befehl bedeutete, die Hauptstadt binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Ähnlich lagen die Dinge in Moskau sowie in den übrigen den Juden verwehrten Städten. In der Hochburg des ukrainischen Judenhasses, in Kiew, waren die zwecks Festnahme der „Unbefugten" veranstalteten Razzien stets an der Tagesordnung, mit der Folge, daß allein im Jahre 1886 mehr als 2000 jüdische Familien aus der Stadt ausgewiesen wurden. Im Jahre 1887 wurden die bis dahin zum Ansiedlungsrayon gehörenden südrussischen Städte Rostow am Don und Taganrog zu dem den Juden streng verwehrten Donkosakengebiet geschlagen, wobei allerdings die in diesen Städten bereits ansässigen Juden von der Ausweisung verschont blieben.

Indem die Regierung das Siedlungsgebiet der verzweifelt nach Atem ringenden jüdischen Bevölkerung immer mehr einengte, war sie gleichzeitig bestrebt, die *wirtschaftliche* Bewegungsfreiheit der Juden auch unmittelbar einzuschränken. Hierbei stand man nicht an, auf das Leitprinzip der mittelalterlichen Stände und Zünfte zurückzugreifen, wonach gewisse Erwerbszweige den Juden entzogen werden und den Christen vorbehalten bleiben sollten. Während die Regierung unter Alexander II. darauf bedacht war, unter den Juden auf Kosten des Handels das Handwerk zu fördern und demgemäß

den jüdischen Handwerkern das Wohnrecht im ganzen Reiche eingeräumt hatte, erging unter Alexander III., drei Jahre nach seinem Regierungsantritt (1884), ein Ukas, durch den die Schließung der in Shitomir seit dreiundzwanzig Jahren bestehenden jüdischen Gewerbeschule verfügt wurde, und zwar mit der folgenden offenherzigen Begründung: „Da in den Städten und Flecken der Südwestmark die Juden die Mehrheit der Handwerksleute ausmachen und dadurch die Entfaltung des Handwerks unter der Urbevölkerung des Landes hemmen, so erscheint eine speziell jüdische Gewerbeschule in Anbetracht des Fehlens ähnlicher Lehranstalten bei den Christen als ein Werkzeug mehr zur Ausbeutung der Urbevölkerung durch die Juden". Durch diese Bezeichnung einer Handwerkerschule als eines zur „Ausbeutung" dienenden Werkzeuges beleuchtete die Regierung schlaglichtartig den eigentlichen Sinn des von ihr so gern im Munde geführten Schmähwortes: die Juden galten ihr insofern als „Ausbeuter", als sie Berufe ausübten, die an ihrer Stelle Christen ausüben könnten. So war es nur folgerichtig, die jüdischen Handwerker auch außerhalb des Ansiedlungsrayons aufs härteste zu bedrängen: des Rechtes beraubt, nicht in eigener Werkstatt angefertigte Waren feilzubieten, wurden sie bei dem geringsten Verstoß gegen diese Bestimmung mit der Einziehung ihrer Warenlager und Ausweisung aus ihrem ständigen Aufenthaltsort bestraft.

Bezeichnend für diese düstere Epoche war ferner das Bestreben der Regierung, die Juden aus den *freien Berufen* und den auf die geistige Berufsarbeit vorbereitenden *Schulen* hinauszudrängen. Im Gegensatz zu der Epoche Alexanders II. glaubte man nunmehr den Bildungsdrang der Juden nicht begünstigen, sondern eindämmen zu müssen, was freilich in Anbetracht der den jüdischen Studenten vorgeworfenen Empfänglichkeit für umstürzlerische Ideen sowie der für die gesamte Innenpolitik des Reiches maßgebenden Grundansicht Pobjedonosszews von der Gemeingefährlichkeit der Volksbildung überhaupt nicht weiter Wunder nehmen konnte. Der „Großinquisitor" Pobjedonosszew war wohl auch derjenige, der Alexander III. die erwähnten, die Verringerung der Zahl der jüdischen Gymnasiasten und Studenten anordnenden Vermerke suggeriert hatte. Wie sehr sich auch die Mehrheit der Pahlenschen Kommission gegen diese Repressivmaßnahme gesträubt hatte, wurde die Sache schließlich im Einklang mit dem kaiserlichen Willen entschieden, wobei die neuen Aus-

nahmebestimmungen, ebenso wie früher das „Provisorische Reglement", ohne Befragen des bei gesetzgeberischen Maßnahmen anzuhörenden Staatsrates als eine außerordentliche Maßnahme verfügt wurden. Im Juli 1887 erließ nämlich der Unterrichtsminister Deljanow zwei vom Kaiser bestätigte Verordnungen, durch die für die Aufnahme von Juden in die Mittel- und Hochschulen die folgende beschränkende Norm festgesetzt wurde: im Ansiedlungsrayon durften die neu aufgenommenen jüdischen Schüler, Studenten und Studentinnen höchstens 10%, außerhalb des Ansiedlungsrayons grundsätzlich 5%, in Petersburg und Moskau aber nur 3% der Gesamtzahl der neu aufgenommenen Christen ausmachen. Auf diese Weise kam die sogenannte „Prozentnorm" zur Entstehung, die für die jüdische Jugend zwei Menschenalter lang einen Quell unsäglichen Leides bedeuten sollte. Jahraus, jahrein pochten um die Herbstzeit an die Türen der Mittel- und Hochschulen Tausende von Angehörigen der bildungsdurstigen jungen Generation, von denen jedoch nur die wenigsten Einlaß fanden. Lag doch der prozentuale Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung der Städte im Ansiedlungsrayon, in denen die jüdischen Kinder nicht mehr als 10% der Schüler- und Studentenschaft ausmachen durften, zwischen 30 und 80%. Besonders tragisch war die Lage der jüdischen Abiturienten, denen der Weg zur Hochschule versperrt war. Zwar wurden für die ihres wohlerworbenen Rechts Beraubten hin und wieder Ausnahmen gemacht, in der übergroßen Mehrheit waren sie aber genötigt, nicht selten unter schwersten materiellen Opfern, an ausländischen Hochschulen zu studieren. Unter diesen „Märtyrern der Wissenschaft" waren in beträchtlicher Zahl auch die sogenannten „Externen" vertreten, denen bereits die Mittelschule verschlossen geblieben war und die sich daher privatim auf die Maturitätsprüfung hatten vorbereiten müssen. So bewegten sich denn ununterbrochen aus Rußland nach dem Westen zwei Züge von Emigranten: während die einen auf der Suche nach Brot und Freiheit Amerika zustrebten, trieb die anderen der Drang nach akademischer Bildung nach Deutschland, Frankreich und in die Schweiz. Die interdictio aquae et ignis im physischen wie im geistigen Sinne war es, die den russischen Juden den Weg in die Fremde wies.

Nachdem die Regierung den Juden den Zutritt zu den Bildungsstätten bedeutend erschwert hatte, verfiel sie auf den Gedanken, selbst den Inhabern der so mühsam erworbenen akademischen Grade die

mit diesen verbundenen Rechte zu verkümmern. Nicht genug damit, daß jüdische Ärzte, Juristen und Ingenieure vom Staatsdienst ferngehalten wurden und lediglich auf private Betätigung angewiesen waren, sollte ihre Bewegungsfreiheit auch auf diesem Gebiete eingeengt werden. Der Möglichkeit beraubt, ihre Fähigkeiten in den Dienst des Staates zu stellen, hatten nämlich die jüdischen Juristen keine andere Wahl, als sich in den Advokatenstand aufnehmen zu lassen, und die Folge war, daß sie, namentlich in den Anwaltschaften von Petersburg und Moskau, eine führende Rolle zu spielen begannen; da nun diese Tatsache bei den Judenhassern teils aus prinzipiellen Gründen, teils aus Brotneid Anstoß erregte, bewog der Justizminister Manassejin Alexander III., dem Zustrom von „Nichtchristen" in den Advokatenstand Einhalt zu gebieten. Am 8. November 1889 erging ein Befehl des Zaren, daß „die zuständigen Gerichtsinstitutionen und Anwaltskammern Vertreter nichtchristlicher Konfessionen in den Stand der vereidigten und privaten Anwälte nur mit Genehmigung des Justizministers aufnehmen" sollten. Wiewohl der Zarenukas, ein Dokument religiöser Unduldsamkeit, seinem Wortlaute nach nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die Mohammedaner und das Häuflein der privilegierten Karäer gerichtet war, pflegte das Justizministerium den „Nichtchristen", soweit sie keine Juden waren, in der Regel keine Schwierigkeiten zu machen, wohingegen es die Aufnahme von angehenden jüdischen Advokaten in den Anwaltsstand, auch wenn sie von den zuständigen Unterinstanzen aufs beste empfohlen waren, im Laufe von fünf Jahren (bis 1895) kein einziges Mal genehmigte.

Dem von der Regierung den Juden aufgezwungenen Pakt zufolge waren somit diese der unveräußerlichsten menschlichen und bürgerlichen Rechte: der Freizügigkeit, des Rechts auf Bildung und freie Berufswahl sowie auf die Beteiligung am öffentlichen Leben überhaupt, beraubt, hatten aber nichtsdestoweniger ihre bürgerlichen Pflichten strikt zu erfüllen. Am krassesten trat dies in den für die Juden bezüglich der Militärdienstpflicht geltenden Bestimmungen zutage: nicht genug damit, daß sie die den nichtjüdischen Wehrpflichtigen zuerkannten Vergünstigungen nicht beanspruchen durften, war den außerhalb des Ansiedlungsrayons dienenden jüdischen Soldaten sogar das Recht entzogen worden, nach Entlassung aus dem Heeresdienst am Standort ihres Truppenteils Wohnsitz zu nehmen (Band IX,

§§ 45 u. 46). Bei alledem stand die Regierung nicht an, den Juden immer wieder „Militärflucht" vorzuwerfen. Daß die jüdische Bevölkerung für den Militärdienst wenig übrig hatte, traf allerdings zu: es wäre ja auch widernatürlich gewesen, wenn die der Bürgerrechte beraubten Juden Opferfreudigkeit gezeigt und die schwerste aller staatsbürgerlichen Pflichten aus innerem Antrieb erfüllt hätten. Gleichwohl erwiesen sich die Klagen über die jüdische Drückebergerei als stark übertrieben. Die statistischen Erhebungen ergaben nämlich, daß infolge ungerechter Kontingentierung von den Juden eine höhere Rekrutenzahl angefordert wurde, als dies ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. (Wiewohl sie im Ansiedlungsrayon nur 11% der männlichen Bevölkerung ausmachten, mußten sie bei den Rekrutenaushebungen 12% der Eingezogenen stellen.) Auch wurden in den Listen der wehrpflichtigen Juden vielfach Namen bereits längst Verstorbener geführt. Insbesondere war es aber die Emigration, durch die die Zahl der in wehrpflichtigem Alter stehenden Juden verringert wurde; indessen glaubten die Behörden, an Stelle der zu Bürgern der transatlantischen Republik gewordenen Auswanderer deren im Lande verbliebene Stammesgenossen zum Militärdienst einziehen zu müssen. Im April 1886 erging ein Ukas, wonach die Familie eines zur Musterung nicht erschienenen Juden eine Geldbuße in Höhe von dreihundert Rubel erlegen mußte. Da indessen der Begriff „Familie" in dem Ukas nicht näher umschrieben war, zögerten die Behörden nicht, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Eltern des ausgebliebenen Wehrpflichtigen für die Entrichtung der hohen Geldbuße dessen entferntere Verwandte haftbar zu machen. Die neue Verordnung hatte zur Folge, daß es häufig zur Pfändung und Versteigerung der letzten Habe der Armen und Ärmsten kam, wobei ihnen, solange die Schuld nicht abgetragen war, die Ausreise aus ihrem Heimatort verboten blieb. So brachte denn der Herbst, die Zeit der Musterung, Jahr für Jahr für viele jüdische Familien Not und Kummer mit sich.

Zu derselben Zeit, als ein Teil der russischen Machthaber sich auf die Erfindung neuer Unterdrückungsmaßnahmen verlegt hatte, gelangte die Mehrheit der in der „Obersten Kommission" vereinigten Würdenträger mitsamt dem Vorsitzenden, dem Grafen Pahlen, zu der Überzeugung, daß die Unterdrückungspolitik der Regierung schädlich sei. Nachdem sich die Kommission fast fünf Jahre auf

Grund einer Fülle historischer, juristischer und wirtschaftsstatistischer Materialien mit der Erforschung der jüdischen Frage befaßt hatte, kam sie zu dem Ergebnis, daß das seit einem Jahrhundert ausgebaute System der Ausnahmegesetzgebung sich als unzweckmäßig erwiesen habe und durch ein System allerdings nur schrittweise und behutsam durchzuführender Reformen ersetzt werden müsse. Diese Ansicht brachte die umfangreiche, Anfang 1888 von der Kommission gutgeheißene „Allgemeine Denkschrift" voll zum Ausdruck: „Kann sich denn ein Staat — so heißt es da — zu einer fünf Millionen Seelen zählenden Bevölkerungsschicht[1]), zum zwanzigsten Teil aller seiner Untertanen, auch wenn dieser einer der Mehrheit fremden Rasse angehört, anders verhalten als zu den übrigen Staatsangehörigen? Vom staatspolitischen Standpunkt aus sollte der Jude vollberechtigt sein. Solange ihm das gleiche Recht versagt bleibt, dürfte man von ihm eigentlich auch die Erfüllung gleicher Staatspflichten nicht fordern. Rechtsbeschränkungen und Einengung der Freiheit, Verweigerung der Gleichberechtigung und Verfolgungen haben noch nie ein menschliches Gemeinwesen besser und seinen Gebietern ergebener gemacht. Was Wunder also, daß auch die jahrhundertelang durch eine repressive Gesetzgebung gegängelten Juden zu den weniger pünktlichen, sich den Staatspflichten entziehenden und dem russischen Leben bis zu einem gewissen Grade fremd gegenüberstehenden Untertanen gehören. Es gibt in unserem Kodex nahezu 650 die Juden betreffende Ausnahmegesetze, und die durch diese festgesetzten Beschränkungen haben zur natürlichen Folge, daß es der bei weitem überwiegenden Mehrheit der Juden in Rußland noch immer sehr schlecht geht. Die jüdische Bevölkerung stellt zu 90% eine völlig unbemittelte Masse dar, die, dem Proletariat nicht unähnlich, von der Hand in den Mund lebt und unter den unmöglichsten hygienischen und sonstigen Lebensverhältnissen ein elendes Dasein fristet. Diese Proletarier haben zuweilen auch unter Wutausbrüchen des Volkes zu leiden und leben in ständiger Angst vor Pogromen und Gewalttaten. Das Gesetz selbst verweist ja die Juden, gleich den heidnischen Samojeden, in die Rubrik der ‚Fremdstämmigen'. Kurz, die Unhaltbarkeit der Lage der

[1]) Gegen Ende der achtziger Jahre belief sich die Gesamtstärke der jüdischen Bevölkerung Rußlands in der Tat auf etwa 5 000 000 Seelen. Bei der Volkszählung von 1897 wurden im ganzen Reiche rund 5 200 000 Juden ermittelt, was mehr als 4% der Gesamtbevölkerung ausmachte (vgl. unten, § 21).

Juden ist offensichtlich. Und doch sind sie in Rußland keine Ausländer, vielmehr bilden sie bereits seit hundert Jahren einen Bestandteil des russischen Reiches. Selbst die Geschichte der sie betreffenden Gesetzgebung, obwohl diese zumeist von härtester Beurteilung der Juden bestimmt gewesen war, lehrt uns, daß es nur einen einzigen Ausweg gibt, den der Befreiung, einen Weg, auf dem die Juden, unter den Schutz der gleichen Gesetze gestellt, sich mit der gesamten Reichsbevölkerung eins fühlen werden. Das System der Unterdrükkungsmaßnahmen und Ausnahmebestimmungen muß von einem System allmählich durchzuführender befreiender und gleichstellender Gesetze abgelöst werden, doch empfiehlt es sich, bei der Lösung der jüdischen Frage mit größter Vorsicht und schrittweise vorzugehen".

So waren der von einem Pobjedonosszew und Tolstoj inspirierten Regierungspolitik im Schoße der Bürokratie selbst Widersacher erstanden. Bileam, der dazu aufgefordert worden war, die Judenheit zu verfluchen, segnete sie. Allerdings stand der für „schrittweise" durchzuführende Reformen eintretenden Kommissionsmehrheit eine Minderheit gegenüber, die sich für das bestehende System ausgesprochen hatte. Infolge dieser Unstimmigkeiten zögerte die Kommission, ihre Beschlüsse der Regierung zu unterbreiten. Als das Jahr 1888 bereits zur Neige ging, beschloß sie, auch noch Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit als „Sachverständige" zu hören. Die Aufforderung erging an mehrere Wortführer der Judenheit Petersburgs und der Provinz, die sich schon in der Konferenz von 1882 recht kleinlaut geäußert hatten (oben, § 15). Die Sachverständigen wurden vornehmlich über die innere Organisation der Judenheit befragt, darüber, ob es auch wirklich keinen „Geheimkahal" gebe, wofür die Eingänge aus der „Korobka-Steuer" verwendet würden u. dgl. Die erteilte Auskunft war, wie kaum gesagt zu werden braucht, auf einen apologetischen Ton gestimmt; die jüdischen Politiker ließen die autonome Gemeindeorganisation ohne Bedenken fallen und wollten nur die eng bemessene, von der Regierung streng kontrollierte Selbstverwaltung weiter gesichert wissen. Den Sachverständigen wurden auch noch manche die Rechtsverhältnisse der Juden betreffende Fragen vorgelegt, doch geschah dies alles bloß zum Schein. Inzwischen war es nämlich bekannt geworden, daß die Kommissionsmehrheit keine Aussicht habe, mit ihren Ansichten durchzudringen. In den Amtsstuben raunte man sich zu, daß sich Alexander III. höchst-

persönlich der Meinung der Minderheit der Pahlenschen Kommission angeschlossen habe. Nach einer anderen Version sollen die Kommissionsbeschlüsse zum Gegenstand einer Aussprache im Staatsrat gemacht worden sein, wobei die Gegner der angeregten Reformen auch hier in der Minderheit geblieben wären, doch hätte die Stimme des Zaren dieser Minderheit das Übergewicht verliehen. Wie dem auch sein mag, jedenfalls wurde der der Regierungspolitik zuwiderlaufende Gesetzentwurf von der Tagesordnung abgesetzt und das Ergebnis fünfjähriger Arbeit in den Kanzleiarchiven begraben.

§ 18. Die russischen Fronvögte und der englische Protest (1890)

Das letzte Jahrzehnt des XIX. Jahrhunderts brach für die russischen Juden unter bedrohlichen Vorzeichen an. Nachdem Alexander III. und seine Familie bei der Eisenbahnkatastrophe vom 17. Oktober 1888 der Gefahr glücklich entronnen waren, gewann die politische Reaktion in Rußland vollends Oberwasser. Pobjedonosszew und Konsorten hatten es verstanden, den glücklichen Zufall mit einer Wolke kirchlicher Mystik zu umhüllen, und so setzte sich im Geiste des Zaren die Überzeugung fest, daß Gott selbst ihn durch seine „wunderbare Errettung" an seine Pflicht gemahnt habe, Rußland von der ihm drohenden Gefahr der Reformen zu retten und es auf den Weg der altüberkommenen Frömmigkeit zurückzuführen. Dies war der Nährboden für die in den letzten Regierungsjahren Alexanders III. gedeihenden Gegenreformen: die Schmälerung der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung, die Festigung der Vormachtstellung des Adels und der Geistlichkeit sowie die Begünstigung der kirchlichen Volksschule auf Kosten der weltlichen. Auf demselben Boden entfaltete sich aber auch aufs üppigste der Judenhaß, der nunmehr gerade in den höchsten Regierungskreisen eine unheimlich düstere Färbung erhielt. Ein um jene Zeit in Rußland weilender englischer Journalist wußte zu berichten, daß der Zar im Jahre 1890 die ihm von einem hohen Würdenträger überreichte Denkschrift über die unerträgliche Lage der Juden mit der echt mittelalterlich anmutenden Randbemerkung versehen hätte: „Wir dürfen aber nie vergessen, daß die Juden unseren Heiland gekreuzigt und sein kostbares Blut vergossen haben". Das fanatisch-reaktionäre Innenministerium, an dessen Spitze seit 1889, nach dem Tode Tolstojs, Dur-

nowo und sein Stellvertreter Plehwe standen, führte in die Verwaltung des ganzen Reiches die berüchtigten Methoden des Polizeidepartements ein, dessen Leiter die beiden Würdenträger ehedem gewesen waren.

Nach der Ablehnung des Vorschlags der Pahlenschen Kommission, der die Erleichterung der Lage der Juden befürwortete, beauftragte der Zar das Innenministerium, ein Projekt in diametral entgegengesetztem Sinne auszuarbeiten. Dieses unter den Auspizien des berüchtigten Polizeichefs von Plehwe entworfene Projekt wurde gleich einem Kriegsplan aufs strengste geheimgehalten. Indessen sollte das Geheimnis bald offenbar werden. Das Innenministerium hatte nämlich den Entwurf an die Generalgouverneure zur Begutachtung versandt, und den ausländischen Zeitungskorrespondenten war es gelungen, sich Abschriften des vertraulichen Dokuments zu verschaffen und über dessen Inhalt nach den westeuropäischen Hauptstädten zu berichten. So verbreitete sich im Frühjahr 1890 auch in Rußland das beunruhigende Gerücht von dem angeblich 40 Punkte enthaltenden Regierungsprojekt. Die ausländische Presse schlug Alarm, wobei die geplanten Unterdrückungsmaßnahmen namentlich in England Aufsehen erregten, wo die reaktionäre Politik Rußlands nicht nur von der englischen Presse, mit den „Times" an der Spitze, sondern auch von dem dort erscheinenden Organ der russischen politischen Emigranten „Darkest Russia" („Das dunkelste Rußland") entlarvt und gegeißelt wurde. Die russische Regierung ließ zwar diese Gerüchte durch ihre diplomatischen Geschäftsträger dementieren, hinderte aber zugleich die halbamtlichen judenfeindlichen Zeitungen „Nowoje Wremja" und „Grashdanin" nicht daran, die Nachrichten über die projektierten Repressivmaßnahmen wiederzugeben und zustimmend zu glossieren sowie darüber hinaus „die Verdrängung der Juden aus allen Arbeitsgebieten" zu empfehlen. Das abgekartete Spiel wurde aber im Auslande sofort durchschaut. Ende Juli und Anfang August wurde die englische Regierung in den beiden Häusern des Parlaments darüber interpelliert, ob es ihr nicht angezeigt erscheine, zugunsten der bedrängten russischen Juden, für die im Falle ihrer Massenauswanderung auch England zu sorgen haben würde, diplomatische Vorstellungen zu erheben. Die vom Premierminister Salisbury im Oberhaus und dem Außenminister Ferguson im Unterhaus erteilte Antwort lautete dahin, daß die Regierung die „die Interpellation ver-

anlassenden Tatsachen" überaus bedauerlich fände, jedoch nicht in der Lage sei, in eine Erörterung der russischen Innenpolitik einzutreten. Als dann in London Vorbereitungen zu einem Protestmeeting getroffen wurden, beeilte sich die russische Regierung zu erklären, daß sie keinerlei neue antijüdische Maßnahmen erwäge, worauf die beabsichtigte Volkskundgebung abgesagt wurde. Gegen die Einberufung der Volksversammlung soll sich namentlich der jüdische Lord Mayor von London Henry Isaacs ausgesprochen haben, der dem Brauche gemäß in dieser Versammlung den Vorsitz hätte führen müssen. Hierin kam das „Taktgefühl" zum Ausdruck, das für die „Knechtschaft in der Freiheit" so charakteristisch und der Feigheit zum Verwechseln ähnlich ist.

Die um die Beschwichtigung der öffentlichen Meinung des Auslands besorgte russische Regierung schien es zugleich darauf abgesehen zu haben, die Unruhe, die sich der russischen Juden bemächtigt hatte, noch weiter zu verschärfen. Die aus Petersburg versandten Geheimprojekte und vertraulichen Rundschreiben hatten bei der Obrigkeit in der Provinz lebhaftesten Anklang gefunden. Mehreren Vertretern dieser Obrigkeit fiel es plötzlich ein, den Juden eine polizeiliche Erziehung angedeihen zu lassen. Wie auf ein verabredetes Zeichen wandten sich die Gouverneure in den Sommermonaten des Jahres 1890 bald da, bald dort an die Polizeibehörden mit Runderlassen, in denen auf die „Frechheit" der Juden hingewiesen wurde, die es unterließen, vor den russischen Beamten auf der Straße den Hut zu ziehen und ihnen überhaupt gebührenden Respekt zu erweisen. Der Runderlaß, in dem der Gouverneur von Mohilew ausdrücklich vorgeschrieben hatte, den Juden Bürgerzucht und Ehrfurcht vor dem Beamtenrang beizubringen, wurde von den Kreishauptleuten den Häuptern der jüdischen Gemeinden unter Hinzufügung entsprechender Drohungen bekanntgegeben, wobei den Juden in einer Stadt sogar erklärt wurde, daß die Ungefügigen eine öffentliche Prügelstrafe zu gewärtigen hätten. Der als engstirniger Despot bekannte Stadthauptmann von Odessa Selenoj wies die Polizei an, „der an den Brennpunkten des Verkehrs auffallenden Dreistigkeit der Juden Einhalt zu gebieten" und sie insbesondere dazu anzuhalten, „in den Vorortzügen den Personen, deren Uniform von ihrer hohen Stellung zeugt", die Sitzplätze zu überlassen. Nicht weniger brutal war der Ausfall, zu dem sich der Generalgouverneur von Wilna Kachanow verstieg: in

seiner Erwiderung auf eine Begrüßungsansprache der Vertreter der jüdischen Gemeinde verbreitete er sich über die „Zuchtlosigkeit" der Juden, die in Massenansammlungen auf den Straßen u. dgl. in Erscheinung trete. All diese gleichzeitig an verschiedenen Orten erlassenen Deklarationen gingen zweifellos auf eine von der Zentralregierung erteilte geheime Instruktion zurück, die nur das eine bezweckt haben mochte: die Juden einzuschüchtern, zu demütigen und aller Welt ihre bürgerliche Minderwertigkeit vor Augen zu führen.

An das ganze Bürokratenheer ward die pharaonische Parole ausgegeben: „Haba nitchakma lo!" (Ex. 1, 10) — es gilt, Mittel zur Ausrottung Israels auszuklügeln! Wurden die Juden bis dahin nur aus den Dörfern verdrängt, so ging man jetzt daran, auch das ihnen zugewiesene städtische Siedlungsland zu kürzen. Im Jahre 1890 begannen die Provinzialbehörden, gleichfalls wie auf ein verabredetes Zeichen hin, einen Flecken nach dem anderen als Dorfgemeinden zu erklären, um dadurch den Juden den Zuzug in diese Siedlungen städtischen Charakters in Zukunft unmöglich zu machen und diejenigen, die sich in diesen „Dörfern" nach der Veröffentlichung des „Provisorischen Reglements" von 1882 angesiedelt hatten oder dokumentarisch nicht nachweisen konnten, daß sie dort schon früher ansässig gewesen waren, kurzerhand zu vertreiben. Das gleiche Los traf erneut auch die jüdischen Einwohner der längs der Westgrenze verlaufenden 50-Kilometer-Zone, insbesondere ihres bessarabischen Abschnittes (vgl. Band IX, § 23). Diese Ausweisungsmaßnahmen bedeuteten für viele Tausende von jüdischen Familien den völligen Ruin. Gleichzeitig hatte man ein scharfes Auge darauf, daß sich keine „unbefugten" Juden in die außerhalb des Ansiedlungsrayons gelegenen Städte, insbesondere in die wichtigen Zentren Kiew, Moskau, Petersburg einschlichen. In der Absicht, die das Wohnrecht in Kiew genießenden jüdischen Handwerker aus der Stadt zu verdrängen, untersagte der Kiewer Generalgouverneur ihren Frauen unter Hinweis darauf, daß gewerbetreibende Juden lediglich eigene Erzeugnisse absetzen dürften, auf dem Markte Nahrungsmittel feilzubieten. Der allgewaltige Satrap hielt es eben nicht unter seiner Würde, den auf den Nebenverdienst ihrer Frauen angewiesenen armen Leuten den Lebensunterhalt streitig zu machen.

Der blutige Hohn, der mit den Juden in Rußland getrieben wurde, forderte schließlich den fortschrittlichen Teil der russischen Gebil-

deten zu einem Protest heraus. Der humane christliche Philosoph Wladimir Solowjow, ein ausgesprochener Judenfreund, faßte den Plan, die Elite der russischen geistigen Arbeiter zur Veröffentlichung einer Kundgebung gegen die antisemitische Einstellung der „russischen Presse" zu bewegen, wobei mit dem unfreiwilligen Euphemismus weniger die feilen Zeitungsskribenten als die hinter ihnen stehenden Machthaber getroffen werden sollten. Im Mai und Juni 1890 gelang es ihm nun, für die Protestkundgebung in Moskau und Petersburg über hundert Unterschriften zu sammeln, unter denen auch die Leo Tolstojs, Wladimir Korolenkos und anderer berühmter Schriftsteller nicht fehlten. Wiewohl der von Solowjow verfaßte Protest in überaus mildem Tone gehalten war, sollte er dennoch unveröffentlicht bleiben[1]). Dafür hatten die Judenhasser rechtzeitig gesorgt. Der Moskauer Professor Ilowaïskij, ein minderwertiger Historiker, aber vollwertiger Antisemit, hatte es nicht versäumt, in Petersburg eine Anzeige darüber zu erstatten, daß für eine „judenfreundliche Petition" Unterschriften gesammelt würden, woraufhin das Presseamt den Zeitungen aufs strengste untersagte, irgendeine gemeinschaftliche Erklärung zur Judenfrage zum Abdruck zu bringen. Nunmehr wandte sich Solowjow mit einem glühenden Schreiben unmittelbar an Alexander III., wurde aber durch die Vermittlung der Polizeibehörden verwarnt, von der zugunsten der Juden eingeleiteten Kampagne zu lassen, falls er sich nicht administrative Strafen zuziehen wolle. Um das Vorhaben Solowjows wenigstens zum Teil zur Ausführung zu bringen, beschloß der ihn in der hebräischen Literatur

[1]) Hier einige Auszüge aus dieser zaghaften Protestkundgebung: „Die in der russischen Presse geschürte antijüdische Bewegung stellt eine bei uns früher nie gekannte Verletzung der elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschenliebe dar. Wir erachten es als unsere Pflicht, der russischen Öffentlichkeit diese elementaren Forderungen in Erinnerung zu rufen . . . In jedem Volke gibt es nichtsnutzige und schädliche Individuen, doch gibt es kein nichtsnutziges und schädliches Volk, denn sonst wäre für die persönliche sittliche Verantwortung kein Raum . . . Indem die unablässige Entfachung des Völker- und Religionshasses, die der christlichen Religion so sehr zuwider ist, das Gefühl der Gerechtigkeit und der Menschenliebe unterdrückt, zerstört sie die sittlichen Wurzeln des Gemeinschaftslebens und droht, insbesondere angesichts des sich bereits bemerkbar machenden Verfalls der humanitären Ideen und der geringen Rolle, die in unserem Leben das rechtliche Element spielt, vollends zur sittlichen Verwilderung zu führen. So gebietet schon allein der nationale Selbsterhaltungstrieb, den Antisemitismus nicht nur als eine ihrem Wesen nach unsittliche, sondern auch die Zukunft Rußlands schwer gefährdende Bewegung aufs entschiedenste zu verurteilen".

unterweisende jüdische Gelehrte F. Getz, einen Seitenweg einzuschlagen: er veröffentlichte unter dem Titel „Das Wort des Angeklagten" eine von seinem russischen Schüler und Freund eingeleitete Apologie des Judentums, in der er auch die ihm zur Veröffentlichung übergebenen judenfreundlichen Äußerungen Tolstojs und Korolenkos zum Abdruck brachte. Sobald jedoch die demutvolle Verteidigungsschrift erschienen war, wurden alle Exemplare auf Verfügung der Zensurbehörden beschlagnahmt und verbrannt. So genossen denn die Judenhasser uneingeschränkte Redefreiheit, während die wenigen Verteidiger des Judentums überhaupt nicht zu Worte kommen durften.

Der in Rußland unterdrückte Entrüstungsschrei sollte umso eindrucksvoller im Auslande, in England, erschallen. Die Initiative zu der Protestkundgebung ging von den Repräsentanten der englisch-jüdischen Öffentlichkeit aus. Am 5. November erschien in den „Times" ein von dem Londoner „Russo-Jewish Committee" unterzeichneter Aufruf, in dem die englischen Politiker mit eindringlichen Worten aufgefordert wurden, sich für die verfolgten russischen Juden einzusetzen. Die russische Regierung — so hieß es in dem Aufruf — stellt zwar die Tatsache, daß neue Repressivmaßnahmen gegen die Juden in Vorbereitung seien, offiziell in Abrede, doch bringt sie die bereits geltenden Beschränkungen mit solcher Rücksichtslosigkeit zur Anwendung, daß die Juden im Ansiedlungsrayon Häftlingen gleichen, deren Zelle von Tag zu Tag enger wird. „Das russische Gesetz sagt: der Jude darf hier seinen Wohnsitz haben, dort aber nicht; doch wo immer er auch wohnen mag, darf er nicht leben, keine Existenzmittel besitzen. Es ist dies ein Todesurteil, das in aller Gemütsruhe über Hunderttausende von menschlichen Wesen gefällt worden ist, ein Urteil voller Heimtücke, verschleiert durch spitzfindige Gesetzesformeln". Der Aufruf klang in die Worte aus: „Darf denn das zivilisierte Europa, dürfen denn die Christen Englands dieser in die Länge gezogenen Folter, diesem unblutigen Morden schweigend zusehen?" Die Aufforderung blieb nicht ohne Widerhall. Am 10. Dezember 1890 fand in London in der Guildhall eine stark besuchte Protestversammlung statt. Der den Vorsitz führende Lord Mayor Savory versuchte in seiner Eröffnungsrede, die Protestkundgebung für das amtliche Rußland dadurch weniger peinlich zu machen, daß er an das gute Herz des Zaren appellierte und die Hoffnung aussprach, Alexander III. werde, in Befolgung des Beispiels seines Vaters, des

Befreiers der Bauern, seinerseits die Juden emanzipieren. Im weiteren Verlauf der Versammlung legten sich jedoch die Redner bei der Schilderung des Sklavenloses der russischen Juden keinerlei Zurückhaltung auf. Schon das zunächst verlesene Schreiben des krankheitshalber am Erscheinen verhinderten Kardinals Manning ermahnte die Versammlung, sich nicht vom Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates leiten zu lassen, da ein solches Argument in diesem Falle nichts als eine Abwandlung der Worte Kains wäre: „Bin ich denn der Hüter meines Bruders?" Wiewohl über die ganze Welt zerstreut — so führte der judenfreundliche Kardinal weiter aus — bilde die „jüdische Rasse" dennoch eine unzertrennliche Einheit, so daß der dem russischen Teil dieser Rasse zugefügte Schmerz auch von ihrem englischen Teil unmittelbar empfunden werde; angesichts der Tatsache, daß Millionen „auf eine fast viertausendjährige heilige Geschichte" zurückblickender Menschen Verbrechern gleichgestellt seien, könne man unmöglich untätig bleiben. Sodann ergriff der Herzog von Westminster das Wort, der ein eindrucksvolles Bild von der Not der russischen Juden entwarf und die Versammlung aufforderte, eine Protestresolution anzunehmen, ohne sich dadurch beirren zu lassen, daß „der große Protest vom Jahre 1882" (oben, § 15) nichts gefruchtet habe: „Lesen wir doch in der Geschichte des jüdischen Volkes — sagte er — daß Gott das Herz Pharaos verhärtet habe und daß dieser Israel nicht frei geben wollte, und dennoch kam schließlich die Erlösung durch Moses". Nach einer Reihe weiterer Reden nahmen die Versammelten eine Entschließung an, in der ihr „tiefes Bedauern über die den Juden in Rußland erneut zugefügten Leiden" ausgesprochen wurde, und faßten den Beschluß, dem Zaren im Namen der Bürger von London ein von dem Lord Mayor unterzeichnetes Memorandum zu unterbreiten, mit der Bitte, alle antijüdischen Ausnahmegesetze aufzuheben und die Juden den übrigen Bürgern gleichzustellen[1]).

[1]) Das der russischen Öffentlichkeit vorenthaltene Dokument lautete in seinen wesentlichsten Teilen wie folgt: „Fünf Millionen Untertanen Ew. Majestät stöhnen unter dem Joch beschränkender Ausnahmegesetze. Sprößlinge einer Nation, aus der alle Religionen auf Erden hervorgegangen sind, die den einzigen Gott verehren, die unsere ebenso wie die Eure, sind die Juden im Reiche Ew. Majestät Gesetzen unterworfen, unter denen es unmöglich ist, zu leben und fortzukommen. Innerhalb Ihres weiträumigen Reiches in enge Grenzen verwiesen, sind sie selbst in diesen Grenzen genötigt, hauptsächlich in den Städten zu siedeln, die von elenden Bettlern wim-

Das vom Lord Mayor Savory unterzeichnete Memorandum wurde in Petersburg einer nur indirekten Antwort gewürdigt. Das ausländische Sprachrohr der russischen Regierung, die Brüsseler Zeitung „Nord", deren Beruf es war, die unsaubere Politik ihrer Gönner reinzuwaschen, brachte einen Artikel mit der Überschrift: „Schlußwort über den Semitismus", in dem der ganze Ärger der Petersburger Regierungskreise über den englischen Protest kraß zum Ausdruck kam: „Noch nie — so beteuerte mit der größten Unverfrorenheit das offiziöse Blatt — hatten es die Semiten in Rußland so leicht wie jetzt, und doch haben sie sich noch nie so bitter beklagt. Was ist nun der Grund? Es ist eine Eigenheit der Semiten, daß sie durch nichts zufriedenzustellen sind. Je mehr man ihnen bietet, desto mehr fordern sie". In dem offenkundigen Bestreben, seine Leser hinters Licht zu führen, spiegelte ferner das Blatt Verwunderung darüber vor, daß die Londoner Protestversammlung „Glaubensfreiheit" gefordert hätte (womit die Bürgerfreiheit für Andersgläubige gemeint war), während doch der jüdische Kultus in Rußland keinerlei Beschränkungen unterliege.

Daß übrigens auch die letzte Behauptung nicht der Wahrheit entsprach, bewies eine von den russischen Behörden noch im selben Jahre in Moskau durchgeführte Maßnahme. Bis dahin auf unansehnliche Andachtsstätten angewiesen, sahen sich nämlich die Moskauer Juden um diese Zeit zum erstenmal im Besitze einer größeren Synagoge, die jedoch die zwanzig in den verschiedenen Stadtteilen unterhaltenen Bethäuser mit insgesamt etwa 10 000 Besuchern keineswegs entbehrlich machte. Gleichwohl verfügte die Polizei, nachdem die neuerbaute Synagoge eröffnet worden war, die Schließung sämtlicher von früher her bestehenden Bethäuser und -stuben, wodurch die

---

meln; sie sind der Freizügigkeit beraubt und bei jeder Handelsunternehmung stoßen sie auf Ausnahmegesetze; es ist ihnen untersagt, Land zu pachten und sich überhaupt auf dem flachen Lande zu bewegen. Darüber hinaus versperrt man ihnen auch den Weg zur Hochschulbildung, indem man sie in die Lehranstalten in einem verschwindend geringen, ihren Bedürfnissen und Bestrebungen nicht entsprechenden Verhältnis zuläßt . . . Majestät, wir, die wir gewohnt sind, allen Religionen Achtung entgegenzubringen und die Anerkennung der Glaubensfreiheit als ein Kennzeichen wahrer Religiosität zu betrachten, bitten Sie, die die Juden bedrückenden Gesetze aufheben zu wollen. Gewähren Sie ihnen die Wohltat der Gleichheit! Die Macht unserer Königin gründet sich auf die Liebe ihres Volkes; so möge denn auch Ew. Majestät aus der Liebe Ihrer Untertanen Kraft schöpfen, damit Ihr gewaltiges Reich hierdurch noch mächtiger werde".

Mehrzahl der Gemeindemitglieder der Möglichkeit beraubt wurde, am öffentlichen Gottesdienst teilzunehmen. Zugleich fahndete die Moskauer Polizei mit unvermindertem Eifer auf die sich in der Stadt „unbefugt" aufhaltenden Juden und nahm zu diesem Zwecke fortwährend Hausdurchsuchungen vor. Die Verhöhnung der Juden war auch in Petersburg zu einem Lieblingssport der Obrigkeit geworden. Der dortige Stadthauptmann Grösser erließ einen Befehl, wonach die Juden „zur Vermeidung von Mißverständnissen" auf den Schildern ihrer Läden und Werkstätten nicht nur ihren Familiennamen, sondern auch den in dem Paß eingetragenen Vor- und Vatersnamen anzugeben hatten, wiewohl diese in den amtlichen Urkunden, nicht selten absichtlich, verballhornt zu werden pflegten (indem man etwa statt „Isaak Israelewitsch" „Itzig Srulewitsch" schrieb). Der heimtückische Befehl hatte den Zweck, die jüdischen Handel- und Gewerbetreibenden in den Augen der Christen lächerlich zu machen und diese davon zurückzuhalten, bei den Juden etwas zu kaufen oder zu bestellen. Da nun die Verhöhnten die Absichten der Obrigkeit dadurch zu durchkreuzen suchten, daß sie ihre Namen auf den Schildern in möglichst unauffälligen Lettern anbrachten, wies der Stadthauptmann die Polizeibeamten an, darauf achtzugeben, daß die Judennamen „mit aller Deutlichkeit und weithin sichtbar, gemäß bestätigten Entwürfen" kenntlich gemacht werden sollten. Dies war der Widerhall, den die in Europa und Amerika[1]) erschollenen Entrüstungsrufe in der Zarenresidenz fanden.

§ 19. Die Vertreibung aus Moskau (1891)

Inzwischen brach das Jahr 1891 an. Die unheilverkündenden Zeichen mehrten sich. In der Heimlichkeit Petersburger Kanzleistuben holten Verschwörer des Judenhasses zu einem neuen Schlage gegen das gequälte Volk aus. Ein dem Innenministerium angegliederter Ge-

[1]) Zu derselben Zeit, als in London die Protestversammlung stattfand, wurde auch in Washington im Repräsentantenhaus eine Interpellation über die Lage der russischen Juden eingebracht. Bei dieser Gelegenheit nahm die Kammer eine Resolution an, in der sie ihrem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß „in dem befreundeten Lande, das die leibeigenen Bauern befreit und sich für die Christen in der Türkei eingesetzt hatte, eine Stimmung überhand nimmt, die weder mit der modernen Zivilisation noch mit den Gefühlen der Menschenliebe in Einklang steht und die Erinnerung an die Vorurteile längst verklungener Zeiten wachruft".

heimausschuß erwog unter dem Vorsitz Plehwes den ungeheuerlichen Plan, die gewissen Kategorien von Juden unter Alexander II. durch die Gesetze von 1859 und 1865 gewährten Erleichterungen (Band IX, § 45) rückgängig zu machen und so die aus dem Ansiedlungsrayon in das Innere des Reiches führende schmale Pforte wieder zuzuschlagen. Der Ausschuß einigte sich darauf, in erster Linie die unbemittelten Juden aus den beiden Hauptstädten und zwar zunächst aus Moskau hinauszudrängen. Der alten Krönungsstadt schienen damals große Änderungen bevorzustehen. Im Februar 1891 wurde der Bruder des Zaren, der Großfürst Sergej Alexandrowitsch, zum Moskauer Generalgouverneur ernannt, einer der schlimmsten Vertreter des Hauses Romanow und ein wütender Judenfeind, dessen Mission, wie man zu wissen glaubte, einen hochpolitischen Charakter hatte: es hieß, daß er dazu berufen worden sei, die Verlegung der Zarenresidenz aus Petersburg nach Moskau in die Wege zu leiten, was die Rückkehr zu der altmoskowitischen Politik versinnbildlichen sollte. Hierzu bedurfte es aber vor allem der Säuberung der urrussischen Residenzstadt vom jüdischen Element. Man beschloß daher, die dortige jüdische Gemeinde, die rund 30 000 in der Stadt teils legal, teils illegal sich aufhaltende Mitglieder umfaßte, zumindest auf die Hälfte ihres Bestandes zu reduzieren. Mit der Durchführung dieses „heiligen Werkes" wurde ein gewisser Istomin betraut, der bis dahin Pobjedonosszew im „Heiligen Synod" zur Seite gestanden hatte und nun zum Vorsteher der Kanzlei des neu eingesetzten Generalgouverneurs ernannt wurde. Um sich „Seiner Kaiserlichen Hoheit" gefällig zu erweisen und nicht zuletzt wohl auch in der Absicht, ihm die Verantwortung für die Inangriffnahme des grausamen Werkes abzunehmen, entschloß man sich, an die Ausweisung der Juden aus Moskau noch vor dem feierlichen Einzug des Großfürsten in den Kreml zu gehen. Der erste Schlag sollte gegen die Moskauer Juden gerade am Fest der Befreiung Israels von der ägyptischen Knechtschaft geführt werden, als hätte man es darauf abgesehen, dem ewigen Volk in Erinnerung zu rufen, daß es noch immer unter Pharaonenherrschaft stehe.

Am 29. März 1891, am ersten Tage des Passahfestes, verbreitete sich in den Moskauer Synagogen während des Frühgottesdienstes das Gerücht, daß ein Zarenukas über die Ausweisung der Juden aus Moskau eingetroffen sei. Alsbald bekam man denn auch in

den Zeitungen eine vom 28. März datierte kaiserliche Verordnung folgenden Inhalts zu lesen: „Jüdischen Mechanikern, Branntweinbrennern, Bierbrauern und *Handwerksmeistern* wie *Gewerbetreibenden* überhaupt ist es zu untersagen, aus dem jüdischen Ansiedlungsrayon, aber auch aus anderen Teilen des Kaiserreiches, nach der Stadt und dem Gouvernement Moskau überzusiedeln". Indessen stellte dieses Verbot, wonach sich jüdische Werktätige in Moskau nicht *neu* ansiedeln durften, nur den ersten Teil des ergangenen Urteilsspruches dar, während sein viel folgenschwererer Schlußteil erst am nächsten Tage bekanntgegeben wurde und also lautete: „Es ist dem Innenminister anheimzustellen, im Einvernehmen mit dem Moskauer Generalgouverneur dafür Sorge zu tragen, daß *die obenerwähnten Juden* aus der Stadt und dem Gouvernement Moskau nach und nach in die Gegenden abwandern, die den Juden zum dauernden Aufenthalt angewiesen sind". Der kunstvoll stilisierte Erlaß konnte auf den ersten Blick harmlos erscheinen und darüber hinwegtäuschen, daß er die grausame Anordnung enthielt, Tausende und Abertausende obdachlos zu machen[1]); indessen erhielten die Vollstrecker des veröffentlichten Gesetzes zugleich überaus präzise Geheiminstruktionen, die nach allen Regeln der Kriegskunst zur Ausführung gebracht werden sollten.

Zuallererst rückte man den sich in Moskau illegal aufhaltenden Juden zu Leibe. Noch waren keine vierundzwanzig Stunden seit der Veröffentlichung des Ausweisungsbefehls ergangen, als große Trupps von Polizisten und Feuerwehrleuten von dem Chef der Moskauer Polizei mitten in der Nacht zu einem Sturmangriff gegen das Viertel „Sarjadje" eingesetzt wurden, das einstige Ghetto, in dem die Mehrzahl der des Wohnrechts ermangelnden Juden hauste. Die Hüter der Ordnung drangen in die jüdischen Wohnungen ein, rüttelten Groß und Klein aus dem Schlafe und schleppten die aufgeschreckten, halbbekleideten Männer, Frauen und Kinder ins Polizeirevier. In Voraussicht des nächtlichen Überfalls brachten viele Familien die Schreckensnacht außer dem Hause zu, indem sie in den Vororten und auf den Friedhöfen Zuflucht suchten oder planlos in den Straßen umher-

[1]) Die byzantinische Tücke dieser Fassung lag in der zweideutigen Wendung „die obenerwähnten Juden", die sich scheinbar auf die nach Moskau neu Zuwandernden bezog, während man damit in Wirklichkeit alle den „obenerwähnten" *Kategorien* angehörenden Juden treffen wollte, d. h. alle jüdischen Gewerbetreibenden überhaupt, auch wenn sie in Moskau seit vielen Jahren ihren rechtmäßigen Wohnsitz hatten.

irrten, wobei manche Familienväter sich sogar dazu entschlossen, für ihre vor Kälte erstarrten Frauen und Kinder in öffentlichen Häusern Zimmer zu mieten. Indessen fielen auch diese Flüchtigen früher oder später in die Hände der Polizei. Ein Teil der Festgenommenen erhielt den Befehl, die Stadt unverzüglich zu verlassen, und wurde wieder enthaftet, während der Rest in das Transportgefängnis eingeliefert wurde, um zusammen mit gemeinen Verbrechern weiterbefördert zu werden. Dies war die Art, in der Moskau einen ganzen Monat lang, bis zum Eintreffen des Großfürsten Sergej, von den „Unbefugten" gesäubert wurde. Kurz darauf, im Mai, traf in der Stadt auf der Durchreise nach Petersburg auch der Zar ein. Ein ausgedienter jüdischer Soldat nahm die Gelegenheit wahr, um Alexander III. eine Supplik zu überreichen, in der er ihn unter Berufung auf das geflügelte Wort: „Gott läßt das Gebet und der Zar den Dienst nicht unbelohnt", in rührenden Wendungen anflehte, wenigstens die ehemaligen Heeresangehörigen unter den Juden in Moskau zu belassen. Der Zarenlohn blieb in der Tat nicht aus: der vertrauensselige Veteran wurde ins Gefängnis gesteckt und sodann ausgewiesen.

Nachdem sich die neue Obrigkeit in Moskau häuslich eingerichtet hatte, ging man an die, wie der Wortlaut des Zarenukases besagte, „nach und nach" durchzuführende Ausweisung jener großen Masse von Handwerkern, die Jahre hindurch von Gesetzes wegen Wohnrecht genossen hatten und nun durch Willkür jählings um ihr gutes Recht gebracht worden waren. All diese werktätigen Juden mußten Moskau auf Verfügung der Behörden in drei Fristen verlassen: solche, die sich weniger als drei Jahre in der Stadt aufhielten, sollten, soweit sie Junggesellen oder kinderlos waren, aus Moskau binnen einer Frist von drei bis sechs Monaten abreisen; denjenigen, die auf eine Aufenthaltsdauer von über sechs Jahren zurückblickten, sowie solchen, die Kinder hatten oder Gesellen beschäftigten, war für den Auszug eine Frist von sechs bis neun Monaten eingeräumt; den Alteingesessenen endlich, ebenso wie denjenigen, die eine große Familie ernährten oder Werkstätten mit einer größeren Belegschaft besaßen, wurde eine Gnadenfrist von neun bis zwölf Monaten bewilligt. Durch die Festsetzung von Fristen, die sich zwischen einem Minimum und einem Maximum bewegten und von den nachgeordneten Stellen endgültig zu bestimmen waren, wollte man gleichsam der Polizei eine Handhabe zur Erpressung bieten. Mit welcher

Grausamkeit die Ausweisung durchgeführt wurde, ist aus dem folgenden Bericht eines Augenzeugen zu ersehen: „Seit zwanzig, dreißig, ja vierzig Jahren in Moskau ansässige Familien mußten in kürzester Frist ihre Habe verkaufen und fortziehen. Diejenigen, die wegen Geldmangels der Forderung der Polizei nicht pünktlich nachkamen, gerieten unweigerlich in das Transportgefängnis. In Erwartung der Weiterbeförderung verbrachten sie hier zuweilen viele Wochen in Gesellschaft von verworfenstem Gesindel, um schließlich nach der ‚Heimat' abgeschoben zu werden, die viele bisher nie gekannt hatten. Vor dem Abtransport legte man den Ausgewiesenen *Handschellen* an. Es ist schwer abzuschätzen, wieviel Volks diese außergerichtliche Folter hatte erdulden müssen; manche sollten den Abtransport überhaupt nicht erleben und schon im Gefängnis sterben. Wer im Besitze auch nur der allerdürftigsten Geldmittel war, begab sich auf eigene Kosten in den Ansiedlungsrayon. Das von den Glaubensgenossen in aller Eile eingeleitete Hilfswerk erlöste zwar viele von Gefängnis, Zwangstransport und Handschellen, doch war es der Größe des Unglücks nicht gewachsen. Mitten im Winter hielten sich ganze Familien auf den Friedhöfen verborgen; Frauen kamen in Eisenbahnwagen nieder; es kam häufig vor, daß man Schwerkranke auf Tragbahren in die Züge verlud. Am schärfsten prägte sich den Augenzeugen eine grimmig kalte Nacht im Januar 1892 ein. Auf dem Brester Bahnhof drängten sich um die armseligen Überreste ihrer Habe Scharen von Juden jeglichen Alters, Kinder und Greise. Da ihre Bitte um Aufschub unberücksichtigt geblieben war, hatten sie sich entschlossen, angesichts des ihnen drohenden Zwangstransports bei 30 Grad Kälte abzureisen. Das Schicksal hatte ihnen übel mitgespielt: auf eine Vorstellung des Polizeichefs hin hatte der Generalgouverneur verfügt, die Ausweisung bis zum Nachlassen des starken Frostes aufzuschieben, doch wurde diese Verfügung erst nach der Ausweisung bekanntgegeben . . . So wurden etwa 20 000 Juden gewaltsam in den Ansiedlungsrayon verwiesen".

Die russische Presse überging all diese grauenerregenden Tatsachen mit tiefstem Schweigen. Die regierungstreue und reaktionäre Presse wollte über die Kriegshandlungen gegen die Juden nichts berichten und die liberale durfte es nicht tun. Die Zensurbehörden hatten den liberalen Blättern gerade damals ausdrücklich verboten, die Judenfrage auch nur zu berühren. Das einzige russisch-jüdische

Organ, das bis dahin, ungeachtet des von der Zensur ausgeübten Druckes, gegen den amtlichen Judenhaß angekämpft hatte, die Zeitschrift „Woss'chod", wurde unmittelbar vor der Veröffentlichung des Ausweisungsedikts „wegen äußerst schädlicher Richtung" für ein halbes Jahr verboten; auch das große Petersburger Blatt „Nowosti", das einige judenfreundliche Artikel gebracht hatte, durfte eine Zeitlang nicht erscheinen. Der Überfall auf die Moskauer Judenheit sollte eben unauffällig durchgeführt werden und Staatsgeheimnis bleiben.

Vor allem war es der russischen Regierung darum zu tun, daß der Notschrei der jüdischen Opfer nicht nach dem Auslande dringe: stand sie doch um diese Zeit in Unterhandlungen über den Abschluß einer Anleihe mit einem ausländischen Konsortium, zu dessen Hauptbeteiligten das Pariser Bankhaus Rothschild gehörte. Nichtsdestoweniger sollte der von der Regierung ausgebreitete Schleier gelüftet werden. Schon unter den zuerst aus Moskau verbannten Juden gab es nicht wenige, die sich zur Ausreise nach Amerika entschlossen hatten und auf der Durchreise in Berlin, Paris und London aufs eingehendste über ihre furchtbaren Erlebnisse berichteten. Die Folge war, daß bereits im April 1891 deutsche Blätter („Börsen-Courier" u. a.) mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß die jüdische Bevölkerung für den dortigen Handel unentbehrlich sei und daß daher die Ausweisung der Juden den am wirtschaftlichen Gedeihen Rußlands interessierten Besitzern russischer Wertpapiere schwere Besorgnis einflöße. Bald wurde auch bekannt, daß der Pariser Bankier Alfons Rothschild es abgelehnt habe, sich an der Realisation der russischen Auslandsanleihe zu beteiligen. Dieser Protest gegen die judenfeindliche Politik des russischen Zaren, zu dem sich der jüdische Finanzmagnat zum ersten Mal erkühnt hatte, machte umso größeren Eindruck, als er mit den Vorbereitungen zur feierlichen Besiegelung des russisch-französischen Zweibundes zusammenfiel. Um die gleiche Zeit hatte die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika angesichts der sprunghaften Zunahme der Zahl der jüdischen Einwanderer aus Rußland dorthin zwei Kommissare entsandt, die den Ansiedlungsrayon bereisten, aber auch Moskau besuchten, wo gerade damals die Judenverfolgungen wüteten, worauf sie über alle von ihnen im Lande des Auszugs gemachten Beobachtungen ausführlichen Bericht erstatteten.

Die maßlosen Exzesse der hohen Obrigkeit hatten die Aufmerksamkeit der weiteren Öffentlichkeit von einem Straßenpogrom abgelenkt, der in *Starodub* (Gouvernement Tschernigow) zum Ausbruch kam und in dem gleichsam die Stürme der achtziger Jahre nachhallten. Obwohl durch wirtschaftliche Ursachen veranlaßt, sollte dieser Pogrom einen religiösen Anstrich erhalten. Die russischen Kaufleute von Starodub, zumeist „Altgläubige", hatten nämlich ihre „gottlosen" jüdischen Konkurrenten schon lange satt. Der Führer dieser Fanatiker, der Kaufmann Gladkow, veranlaßte nun den Stadtrat, eine Verfügung zu erlassen, wonach die Juden an Sonn- und Feiertagen keinen Handel treiben durften. Da die Juden infolgedessen gezwungen waren, noch einmal so lange ihre Geschäfte geschlossen zu halten als die Christen, wandten sich die jüdischen Kaufleute an den Gouverneur mit der Bitte, die ruinöse Verfügung aufzuheben, und erwirkten die Erlaubnis, ihre Läden an den christlichen Feiertagen einige Stunden offen zu halten. Daraufhin inszenierten die frommen Judenhasser einen Pogrom. Als die Juden am Sonntag, dem 29. September 1891, der zugleich der Rüsttag des Jom-Kippur war, vorschriftsgemäß um zwölf Uhr ihre Läden öffneten, brach in diese der Stadtmob ein, plünderte die Warenlager aus und stürzte sich sodann auf die jüdischen Wohnhäuser, in denen alles kurz und klein geschlagen wurde. Zu den Plünderern gesellten sich bald die Bauern aus den Nachbardörfern. Nach Anbruch der Dunkelheit steckte die betrunkene Menge auf dem Marktplatz die jüdischen Häuser und Läden in Brand. Am heiligen Abend aus Heim und Synagoge fortgescheucht, kampierten die meisten der Staroduber Juden die Nacht hindurch außerhalb der Stadt, im Freien, während der Himmel von dem Widerschein des ihren ganzen Besitz vernichtenden Brandes gerötet war. Am folgenden Tage, nachdem der Ruin der Juden vollendet war, nahm der Pogrom ein Ende. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Hauptanstifter des Pogroms Gladkow gewesen war und daß die Ortsbehörden sein Treiben ruhig mitangesehen hatten. Der überführte Hetzer suchte zunächst das Weite, kehrte jedoch später in die Stadt zurück und kam trotz der Ungeheuerlichkeit seines Verbrechens mit einer äußerst milden Strafe davon.

Das plötzliche Auftauchen des Schattens des Schreckensjahres 1881, eines Schattens, auf dessen Hintergrund sich die Politik der legalen Judenhetzen noch schärfer abhob, war der um die Beschwich-

tigung der westeuropäischen öffentlichen Meinung besorgten Regierung nichts weniger als angenehm. Schon Mitte Oktober fand es der halbamtliche „Grashdanin" angezeigt, gleichzeitig mit der Wiedergabe einer Meldung aus Berlin, wonach an der dortigen Börse im Zusammenhang mit Gerüchten über in Rußland erneut geplante antijüdische Maßnahmen die russischen Papiere im Werte gesunken waren, diese Gerüchte in aller Form zu dementieren und zu erklären, daß die durch hochwichtige Angelegenheiten, namentlich durch die über Rußland hereingebrochene Mißernte und Hungersnot in Anspruch genommene Regierung „für Fragen wie die jüdische, die reifliche Erwägung und schrittweises Vorgehen erfordert, kaum Zeit habe". In Wirklichkeit hatten jedoch die russischen Machthaber keineswegs aufgehört, sich mit der jüdischen Frage zu befassen, nur daß sie jetzt neben den alterprobten Methoden ihrer Behandlung eine neue erwogen: die Förderung der Emigration. Bald sollte die Welt zu ihrem Erstaunen erfahren, daß die Regierung Rußlands mit einem jüdischen Menschenfreunde über den Abtransport von drei Millionen Juden verhandle.

§ 20. Die von Amts wegen geförderte Emigration (1891—1894)

Gegen Ende der achtziger Jahre griff die russische Regierung erneut auf den nach dem Rücktritt des Grafen Ignatjew aufgegebenen Plan zurück, die Emigration der Juden aus Rußland von Staats wegen zu fördern. Mit Befriedigung nahm man in Petersburg die Meldungen der im Ansiedlungsrayon amtierenden Gouverneure entgegen, daß die Zahl der jüdischen Auswanderer ständig im Steigen begriffen sei (von durchschnittlich 15 000 jährlich um die Mitte der achtziger Jahre war diese Zahl inzwischen auf rund 30 000 im Jahr angewachsen). Den Petersburger Machthabern ging indessen der Auszug noch immer nicht rasch genug vonstatten: worauf es ihnen ankam, war eine Auswanderungsbewegung, durch die nicht nur der natürliche Zuwachs der jüdischen Bevölkerung wettgemacht, sondern deren Stärke auch absolut genommen verringert werden sollte. Im Jahre 1891 schien nun dieser sehnliche Wunsch der Erfüllung nahe zu sein, da einerseits der Verwaltungsterror, namentlich die Moskauer „Gesera", nahezu 100 000 Juden aus dem Lande getrieben hatte und zugleich Baron Moritz Hirsch mit dem Vorschlag hervorgetreten war, durch

eine planmäßig geleitete Auswanderung die jüdische Bevölkerung Rußlands auf ein Drittel zu reduzieren.

Dieser bekannte deutsch-jüdische Philanthrop hatte zunächst den Versuch gemacht, mit den ihm zu Gebote stehenden großen Geldmitteln die wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland selbst zu heben. Im Jahre 1888 spendete er 50 Millionen Francs für die Errichtung von Fachschulen, Musterwerkstätten und landwirtschaftlichen Betrieben für die Juden im Ansiedlungsrayon. Den Bevollmächtigten des Barons Hirsch wurde jedoch in Petersburg, wo man für die Heranziehung der Juden zu produktiver Arbeit nicht das geringste Interesse hatte, die unannehmbare Bedingung gestellt, das gespendete Geld nicht den jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen zu übergeben, sondern die Verfügung darüber der Regierung zu überlassen. Von den hauptstädtischen „Schtadlanim" schlecht beraten, unternahmen hierauf die Bevollmächtigten des Barons den Versuch, das angestrebte Ziel mit Hilfe Pobjedonosszews zu erreichen, dem für die von ihm bevorzugten Parochialschulen eine Million Francs dargebracht wurde; das „Geschenk" wurde zwar angenommen, der Vorschlag des Barons Hirsch aber dennoch abgelehnt. So blieben die russischen Juden nach wie vor der Möglichkeit beraubt, ihren Kindern Fachbildung angedeihen zu lassen, während ein Teil des für sie bestimmten Geldes für die Förderung der Popenschulen, der Pflanzstätten russischen Fanatismus, verschwendet wurde.

Der freigebige Spender sah nunmehr ein, daß den russischen Juden in ihrer Heimat nicht geholfen werden könne und daß es daher geboten sei, für sie außerhalb Rußlands günstige Lebensbedingungen zu schaffen. Im Hinblick darauf, daß seit 1889 vereinzelte Gruppen von jüdischen Auswanderern aus Rußland sich in *Argentinien* niederzulassen begannen, wo sie mit Mühe und Not landwirtschaftliche Kolonien gründeten, entsandte nun Hirsch nach diesem südamerikanischen Lande eine von dem schweizerischen Professor der Hygiene Löwenthal geleitete Forschungsexpedition, die für Massenkolonisation geeignete Gegenden ausfindig machen sollte. Nach der im März 1891 erfolgten Rückkehr der Expedition aus Südamerika beschloß Hirsch, in den von dieser bezeichneten Gebieten Siedlungsland aufzukaufen. Zuvörderst galt es aber, in Rußland die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen: Kolonistengruppen zu bilden und sich mit der russischen Regierung über deren planmäßigen Abtransport ins Einverneh-

men zu setzen. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe beauftragte Hirsch den Engländer Arnold White, einen Parlamentsabgeordneten, der zu der Gruppe der sogenannten „Anti-Alienisten" gehörte, der Gegner der die Londoner Arbeiterschaft angeblich schädigenden Fremdeneinwanderung. Im Mai in Petersburg eingetroffen, setzte sich White unverzüglich mit Pobjedonosszew und einigen Ministern in Verbindung. Die russischen Machthaber waren damals durch den Widerhall, den die im Gange befindliche Ausweisung der Juden aus Moskau im Auslande gefunden hatte, und insbesondere durch den Verzicht Rothschilds auf die Beteiligung an der Realisation der russischen Staatsanleihe aufs äußerste gereizt. So schilderten denn die Petersburger Würdenträger in ihren Unterredungen mit dem Bevollmächtigten des Barons Hirsch den russischen Juden als ein „Mittelding zwischen einem Gauner und Wucherer". Boshaft wie er war, erklärte Pobjedonosszew White gegenüber: „Der Jude ist ein Parasit; entfernt ihn aus dem lebendigen Organismus, in dem er nistet und auf dessen Kosten er sich ernährt, überlaßt ihn sich selbst — und er wird zugrunde gehen". Nach derlei Versuchen, die von ihnen systematisch betriebene Aushungerung von fünf Millionen Menschen zu rechtfertigen, erklärten sich die russischen Minister gern bereit, falls sich der Auszug der Juden im Großen vollziehen würde, diesen zu fördern. Hierauf von Pobjedonosszew und dem Innenminister mit Empfehlungsschreiben an die Gouverneure in der Provinz ausgerüstet, begab sich White auf eine längere Reise in den Ansiedlungsrayon, um das von der Regierung zur Ausfuhr bestimmte Menschenmaterial an Ort und Stelle kennenzulernen.

Auf seiner Rundreise berührte der Vertrauensmann des Barons Hirsch Moskau, Kiew, Berditschew, Odessa, Cherson und auch die jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien in Südrußland. Der Einblick in die Lebensverhältnisse der russischen Juden brachte den Engländer bald zu der Überzeugung, daß der ihm in Petersburg geschilderte jüdische Typus „lediglich in der Einbildung einiger rechtgläubiger russischer Staatsmänner, nicht aber in Wirklichkeit existiere". Allerorten traten ihm sich durch Mäßigkeit und Arbeitsliebe auszeichnende Menschen entgegen, unternehmungslustige Kaufleute und gediegene Handwerker, die allerdings zum Teil infolge Unterernährung ein kränkliches Aussehen hatten. Der Besuch, den White den Kolonien in Südrußland abstattete, überzeugte ihn, daß die Juden sich

auch für die Landwirtschaft durchaus eigneten. „Wenn sittliche Standhaftigkeit, Geduld und Mäßigkeit lobenswerte Eigenschaften sind — schrieb er in seinem Bericht —, so sind die Juden ein vortreffliches Volk. Ein solches Volk ist unter weiser Anleitung dazu bestimmt, jede wohlorganisierte Kolonisation ersprießlich zu machen, ganz einerlei, ob es sich um eine Ansiedlung in Argentinien, Sibirien oder Südafrika handeln sollte". In diesem Ton war der ganze von White nach seiner Rückkehr nach London dem Baron Hirsch erstattete Bericht gehalten, der in dem Vorschlag gipfelte, der russischen Regierung nahezulegen, die Gründung von Auswanderungskomitees in Rußland zu gestatten, den Emigranten die Paßgebühren zu erlassen und ihnen freie Fahrt bis zur Grenze zu gewähren.

Die Kunde davon, daß der russische Pharao bereit sei, die Israeliten aus seinem Lande ziehen zu lassen, machte im Auslande stärksten Eindruck. Nach einer Aussprache über den Bericht von White, zu der Baron Hirsch mehrere jüdische Notabeln aus verschiedenen westeuropäischen Ländern eingeladen hatte, wurde der Beschluß gefaßt, zur Förderung der Massenansiedlung der russischen Juden in Argentinien und anderen Ländern Amerikas eine besondere Kolonisationsgesellschaft ins Leben zu rufen. In Ausführung dieses Beschlusses wurde im Herbst 1891 in London die „Jewish Colonization Association" (JCA) gegründet, und zwar in Form einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von zwei Millionen Pfund, das fast ganz von dem Baron Hirsch aufgebracht wurde. Alsdann begab sich White erneut nach Petersburg, um die Verfügung der erwünschten Regierungsmaßnahmen zu erwirken. In Kenntnis der die russischen Machthaber beherrschenden Stimmung breitete der Bevollmächtigte der „Jüdischen Kolonisationsgesellschaft" vor ihnen einen größzügigen Plan aus, der den Exodus von über drei Millionen Juden im Laufe von fünfundzwanzig Jahren vorsah, mit der Maßgabe, daß die für das Jahr 1892 in Aussicht genommene Gesamtzahl von 25 000 jüdischen Auswanderern von Jahr zu Jahr progressiv steigen sollte. Im Hinblick auf diese glänzende Perspektive zögerten die Würdenträger Neu-Ägyptens nicht, den russischen Juden zu gestatten, eine Kolonisationsgesellschaft mit einem Zentralkomitee in Petersburg und Ortsgruppen in der Provinz zu gründen (Mai 1892). Oberdrein sollten die Auswanderer unentgeltlich Ausreisescheine er-

halten und von der Militärdienstpflicht entbunden werden, vorausgesetzt, daß sie Rußland für immer verlassen würden.

Während man in Petersburg über die planmäßige Beförderung der Auswandernden beriet, dauerte die überstürzte Flucht der Juden aus Rußland unausgesetzt fort. Die obrigkeitlichen Verfolgungen auf der einen und die übertriebenen Gerüchte über die Wohltaten des Barons Hirsch auf der anderen Seite bewogen viele Tausende von Familien, Hals über Kopf ihre Heimstätten zu verlassen. In Berlin, Hamburg, Antwerpen und London ballten sich große Massen von Auswanderern zusammen, die voller Ungeduld auf Weiterbeförderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika oder nach den argentinischen Kolonien warteten. Zur Linderung der unter den heimatlosen Massen herrschenden Not wurden mehrere Hilfskomitees gegründet, doch waren diese außerstande, ihre Aufgabe schnell zu bewältigen, da die weitausgedehnten, von Hirsch in Argentinien erworbenen Ländereien erst nach und nach urbar gemacht werden konnten. So war denn Baron Hirsch genötigt, an alle jüdischen Gemeinden die Aufforderung zu richten, die chaotische Menschenflut für eine Zeitlang einzudämmen. Bald wurde es klar, daß der von Hirsch gehegte Traum, mit Hilfe einiger Millionen Rubel Millionen von Menschen den Auszug aus Rußland und die Ansiedlung in einem anderen Lande zu ermöglichen, überhaupt unrealisierbar war. Als nämlich nach langwierigen Voranstalten die Beförderung der Kolonisten nach Argentinien endlich in Gang gekommen war, schrumpfte die für das erste Jahr in Aussicht genommene Zahl von 25 000 Siedlern auf annähernd 2500 zusammen. Alles in allem übersiedelten nach Argentinien im Laufe der ersten drei Jahre (1892—1894) kaum 6000 Menschen, von denen sich jedoch nur die Hälfte in den Kolonien niederließ, während die andere Hälfte in der Hauptstadt der argentinischen Republik Buenos Aires blieb (unten, § 32). Der Hauptstrom der Emigranten ergoß sich aber nach wie vor mit elementarer Gewalt nach Nordamerika (unten, § 30). Von den im Schreckensjahr 1891 aus Rußland verscheuchten Juden gingen noch im selben Jahre 42 000 und im folgenden Jahre weitere 76 000 nach den Vereinigten Staaten. Der Emigrationsstrom von 1891 sollte zugleich auch auf Palästina zurückwirken, wohin sich sonst in diesen Jahren nur kleinere Pioniergruppen aus Rußland zu begeben pflegten (unten, § 31).

Im Lande des Exodus nahmen aber die Dinge mittlerweile ihren

gewohnten Verlauf. Die Moskauer Tragödie näherte sich zwar ihrem Ende, doch fehlte es in ihrem Schlußakt nicht an Szenen, die der Zeiten der Inquisition würdig gewesen wären. Nachdem der Großfürst Sergej mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Moskaus vertrieben hatte, scheute er sich nicht, auch die in der Hochburg des wahren Glaubens noch zurückgebliebene kleine Gemeinde zu einem Schattendasein zu verurteilen. Vor allem war der Obrigkeit das schöne Gebäude der Moskauer Synagoge, die gerade kurz vor der Massenausweisung errichtet worden war, ein Dorn im Auge. Zunächst erging der Befehl, die den Bau krönende, weithin sichtbare Kuppel zu schleifen, und sodann wurde das Gotteshaus, unter dem Vorwand, daß die Gemeinde keine ausdrückliche Genehmigung für seine Eröffnung erhalten hätte, von der Polizei überhaupt geschlossen. Als der Gemeinderabbiner Minor und der „Gabbaj" der Synagoge Schneider daraufhin dem Generalgouverneur eine Beschwerdeschrift überreichten, in der sie betonten, daß die Genehmigung zur Errichtung der Synagoge seinerzeit eingeholt worden sei und daß das Judentum zu den in Rußland geduldeten Glaubensbekenntnissen gehöre, wurde die nach Petersburg weitergeleitete Beschwerde am 23. September 1892 durch einen also lautenden Zarenukas beantwortet: „Auf den Bericht des Innenministers hin über die vom Rabbiner Minor und dem Ältesten Schneider eigenmächtig verfügte Eröffnung der Synagoge in Moskau geruhte Seine Majestät der Kaiser allerhöchst zu befehlen: 1. Der Moskauer Rabbiner Minor ist seines Amtes zu entheben und in den Ansiedlungsrayon zu verbannen; 2. Der Älteste Schneider ist für die Dauer von zwei Jahren aus Moskau auszuweisen; 3. Der jüdischen Kultusgemeinde ist zu eröffnen, daß das Synagogengebäude, falls es bis zum 1. Januar 1893 nicht verkauft bzw. in eine Wohlfahrtsanstalt umgewandelt wird, von der Moskauer Gouvernementsverwaltung öffentlich versteigert werden wird". Der Rabbiner und der Gemeindeälteste zogen denn auch in die Verbannung, während das Synagogengebäude vor der öffentlichen Schändung nur dadurch bewahrt blieb, daß die Gemeinde darin eine ihrer Lehranstalten unterbrachte. Infolge der Schließung der Hauptsynagoge waren die Moskauer Juden fortan erneut auf die in Privathäusern eingerichteten Betstuben angewiesen, deren es in den verschiedenen Stadtteilen im ganzen vierzehn gab; im Jahre 1894, kurz vor dem Passahfest, befahl jedoch der Generalgouverneur, neun dieser Privatbet-

stuben zu schließen, so daß der noch immer mehrere tausend Mitglieder zählenden Moskauer Gemeinde für den öffentlichen Gottesdienst nur noch fünf enge Räume zur Verfügung standen. Das Ziel war erreicht: die Synagoge war zu Boden gedrückt, und ihr Anblick konnte die Eiferer der Kirche nicht mehr verletzen. In schmutzige Hinterhöfe zurückgedrängt, sandten die Moskauer Juden umso inbrünstiger ihre Gebete zum Himmel empor. An den feierlichen Tagen des „Rosch ha'Schana" und „Jom-Kippur" gesellten sich zu ihnen insgeheim, ganz wie zur Zeit der spanischen Inquisition, die Moskauer „Marranen", diejenigen, die seinerzeit durch die Scheintaufe der Ausweisung entronnen waren und von deren Bußgebeten nunmehr die überfüllten Privatwohnungen ebenso widerhallten, wie einst die unterirdischen Synagogen von Sevilla, Toledo und Saragossa.

Der zu Beginn der neunziger Jahre eingeleitete Sturmangriff gegen die Juden wurde inzwischen abgeblasen, und die russischen Machthaber gingen erneut zur regelrechten Belagerung der jüdischen Bevölkerung über. Ein schwerer Schlag wurde dieser durch die *munizipale* Gegenreform von 1892 versetzt. Wiewohl nach den bis dahin geltenden Bestimmungen die Zahl der jüdischen Stadtverordneten auf höchstens ein Drittel der Mitgliederschaft der Stadtvertretungen beschränkt und den Juden überdies das Bürgermeisteramt unzugänglich gewesen war (Band IX, § 46), spielten sie im Ansiedlungsrayon in der kommunalen Selbstverwaltung eine wichtige Rolle und traten nicht selten als tatkräftige Förderer gemeinnütziger Institutionen hervor. Dies mißfiel nun dem von Durnowo und Plehwe geleiteten Ministerium des Innern, und so wurde in seinem Schoße der durch die 1892 neuergangene „Städteordnung" zum Gesetz erhobene Beschluß gefaßt, die Juden des aktiven und passiven kommunalen Wahlrechts zu berauben. An dessen Stelle war nunmehr das Recht der Ortsbehörden getreten, nach eigenem Ermessen jüdische Stadtverordnete zu *ernennen*, deren Zahl jedoch nicht mehr als ein Zehntel der Gesamtzahl der Mitglieder der Stadtvertretung ausmachen sollte, wobei diese Stadtverordneten von polizeilichen Gnaden nicht als Mitglieder der Vollzugsorgane der Stadtverwaltung fungieren durften. Selbst in den Städten also, in denen die Juden die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung bildeten, besaßen sie fortan in der Stadtverwaltung nur ein geringes Häuflein von den Behörden genehmen

Scheinvertretern. Man hatte es gleichsam darauf abgesehen, das Prinzip der Verhältniswahl auf den Kopf zu stellen: die Mehrheit der Steuerzahler in der Kommune war der Verfügungsgewalt der Minderheit ausgeliefert, die die städtische Wirtschaft in der Regel ohne jegliche Rücksicht auf die Interessen der jüdischen Einwohnerschaft zu verwalten pflegte.

Eine Reihe weiterer damals veröffentlichter Gesetze hatte den alleinigen Zweck, die Juden zu erniedrigen und ihnen gleichsam das mittelalterliche Abzeichen auf die Stirn zu drücken. So das 1893 ergangene Gesetz über die Namen, demzufolge Juden, „die sich andere Namen beilegten als die in die Geburtsregister eingetragenen", strafrechtlich verfolgt werden sollten. Unter den jüdischen Intellektuellen hatte sich nämlich der Brauch eingebürgert, ihre Vornamen durch ähnlich klingende russische Namen zu ersetzen (etwa Wolf durch Wladimir, Mirjam durch Maria usw.), und so liefen sie nunmehr Gefahr, auf die Anklagebank gebracht zu werden. Unstatthaft war es sogar, die in den Geburtsurkunden verstümmelten jüdischen Vornamen in ihrer korrekten russischen Form zu führen und sich z. B. statt Jankel Jakob zu nennen. Mancherorts stand die Polizei nicht an, gegen Juden nur aus dem Grunde Anklage zu erheben, weil sie in Zeitungsannoncen, auf Visitenkarten oder Türschildern „christliche Namen mißbrauchten". Zu welch einem Riesenprozeß wäre es aber gekommen, hätten die Juden ihrerseits die Christen wegen des Gebrauches alttestamentlicher Namen verklagen wollen!

Die neue Paßordnung von 1894 bestimmte, daß in den Pässen der Juden stets deren Signalement angegeben werde, auch wenn der Paßinhaber sich durch seine Unterschrift legitimieren konnte, während diese Vorschrift für Christen nur in dem Falle galt, wenn sie Analphabeten waren. Hierdurch war die Glaubwürdigkeit der Juden von vornherein mit einem Makel behaftet. Darüber hinaus führten die Polizeibehörden an vielen Orten auch noch ein Sonderzeichen für die Pässe der Juden ein, indem sie deren Glaubensbekenntnis mit roter Tinte vermerkten. Selbst den ausnahmsweise Erleichterung bringenden Gesetzen dieser Zeit verlieh die Regierung eine feindselige Tendenz, wie dies in der die Chedarim betreffenden Verordnung von 1893 zum Ausdruck kam, die zwar der Verfolgung der traditionellen jüdischen Volksschule ein Ende machte, zugleich aber aus deren Lehrplan die Fächer der allgemeinen Bildung ausschloß. Die Folge war,

daß die die Chedarim leitenden „Melamdim" wegen Unterweisung ihrer Schüler in der russischen Sprache und Arithmetik nicht selten vor Gericht gestellt wurden.

Die furchtbarste Geißel blieb aber nach wie vor die Ausweisung der Juden aus den außerhalb des Ansiedlungsrayons gelegenen Gouvernements. Im Jahre 1893 machte der Innenminister Durnowo durch einen Runderlaß die 1880 ergangene Verordnung zunichte, die den Juden, die in ihnen von Rechts wegen verwehrten Gegenden seit langem seßhaft waren, ein gleichsam ersessenes Wohnrecht zuerkannte. Der Ausweisungsbefehl traf viele Tausende von jüdischen Familien, die Jahrzehnte hindurch ihren Wohnsitz außerhalb des Ansiedlungsrayons gehabt hatten und zum Teil an der Spitze größerer Industrieunternehmungen standen. Da sich indessen die Vollstreckung des grausamen Urteils in vielen Gegenden als schwer durchführbar erwies, sah sich die Regierung zu Konzessionen genötigt: in den großrussischen Gouvernements wurde den von der Ausweisung bedrohten alteingesessenen Juden eine ein- bis zweijährige Aufschubfrist gewährt, während sie in den Ostseeprovinzen überhaupt unbehelligt bleiben sollten.

Eine unmittelbare Folge des Judenhasses des Zaren war der 1893 ergangene Ukas über den Ausschluß des Krimer Kurorts Jalta aus dem Bereich des Ansiedlungsrayons und über die Ausweisung von Hunderten in das dortige Gemeinderegister nicht eingetragenen jüdischen Familien. Wiewohl für die neu verfügte Unterdrückungsmaßnahme kein Grund angegeben worden war, lag dieser auf der Hand: in der Nähe von Jalta befand sich das kaiserliche Lustschloß Livadia, in dem Alexander III. in den Herbstmonaten zu weilen pflegte, und er war es, der die jüdische Bevölkerung der Umgegend auf ein Minimum reduziert wissen wollte. Da man nicht umhin konnte, den von Ruin Bedrohten Gnadenfristen zu bewilligen, zog sich die Ausweisung in die Länge, so daß die letzten Gruppen der Vertriebenen Jalta erst im Oktober und November 1894 verließen, als Alexander III. nicht mehr am Leben war. Sein Tod war am 20. Oktober 1894 in der Nähe der Stadt erfolgt, aus der die Juden ihm zuliebe ausgewiesen wurden. In den Tagen, da die sterblichen Überreste des Selbstherrschers aller Reußen nach Petersburg befördert wurden, fuhren von Jalta Züge mit jüdischen Exulanten ab. So fand die vierzehnjährige Regie-

rung Alexanders III. einen gleichsam symbolischen Abschluß. Ihr Anfang stand im Zeichen der Pogrome, ihr Ende in dem der Vertreibung.

§ 21. Die Fortdauer der Unterdrückung unter Nikolaus II. (1895—1900)

Der Thronwechsel bedeutete in Rußland im XIX. Jahrhundert stets auch einen Wechsel des bestehenden Regierungssystems. Jeder neue Herrscher setzte sich, wenigstens zu Beginn seiner Regierung, in Gegensatz zu seinem Vorgänger. Der Regierungsantritt Alexanders I. und Alexanders II. war durch eine Schwenkung nach der Seite des Liberalismus, der Nikolaus' I. und Alexanders III. durch eine Schwenkung nach der Seite der Reaktion gekennzeichnet. Nach dem Tode dieses letzteren hätte turnusgemäß der Liberalismus wieder an die Reihe kommen sollen; indessen wurden die optimistischen Erwartungen der russischen wie der jüdischen Öffentlichkeit durch die Tatsachen Lügen gestraft. Gerade die Regierung Nikolaus' II. sollte sich für Rußland und namentlich für dessen jüdische Bevölkerung am verhängnisvollsten erweisen. Ein Mann von schwachem Verstande, glaubte der junge Zar blind an die ihm angeblich zuteil gewordene „göttliche" Mission, die Selbstherrschaft aufrechtzuerhalten und die Freiheitsbewegung zu unterdrücken. In einer Ansprache, mit der er sich im Januar 1895 an die eine Verfassung herbeisehnenden Vertreter des Landadels und der Städte wandte, ließ sich Nikolaus II. wie folgt vernehmen: „In letzter Zeit wurden in einigen Landschaftsversammlungen Stimmen von Männern laut, die sich sinnlosen Träumereien über die Zuziehung von Vertretern der Landschaften zur Verwaltung von Staatsangelegenheiten hingeben. Mögen nun alle wissen, daß ich das Prinzip der Selbstherrschaft ebenso fest und unerschütterlich aufrechterhalten werde, wie dies mein unvergeßlicher Vater getan hat". Seit diesem denkwürdigen Augenblick war niemand mehr im Zweifel darüber, daß der Despotismus keinen Schritt zurückweichen wolle und daß sich der russische Polizeistaat erst nach langen, schweren Kämpfen in einen Rechtsstaat verwandeln könne.

Auch die Juden waren sich nunmehr darüber klar, daß der gegen sie seit vierzehn Jahren geführte Krieg bald seinen Fortgang nehmen werde. Auf eine Verbesserung ihrer Lage durften sie umso weni-

ger hoffen, als nach wie vor jene Würdenträger die Macht in der Hand behielten, die unter Alexander III. die Hauptinspiratoren der judenfeindlichen Politik gewesen waren: der Oberprokuror des Heiligen Synods Pobjedonosszew und der Innenminister Durnowo; auch der 1893 zum Finanzminister ernannte Sergej Witte, der im Grunde seines Herzens liberal gesinnt war, verstand es, wie allgemein bekannt war, sich dem reaktionären Kurs aufs beste anzupassen. Für die Stimmung Pobjedonosszews zu Beginn der neuen Regierung war es bezeichnend, daß er in dem von ihm 1895 dem Zaren erstatteten Bericht über den Zustand der orthodoxen Kirche sich in Lamentationen über den schädlichen Einfluß der Juden auf ihre christlichen Dienstboten ergehen zu müssen glaubte. „Die bei Juden einige Jahre dienenden Minderjährigen — so führte er aus — kommen ganz von dem rechten Glauben ab. Aber auch bei den Erwachsenen gerät der Glaube ins Wanken. Die Geistlichen erfahren mit Entsetzen von den zur Beichte kommenden Dienstboten der Juden, daß diese die frevelhaftesten Lästerungen gegen das Christentum, den Heiland und die Gottesmutter ausstießen, Lästerungen, die durch die Dienerschaft leicht weiter ins Volk getragen werden können". Derlei die Klagen der mittelalterlichen Dominikaner fast wörtlich wiederholende Anzeigen erschienen dem Eiferer der Kirche, der gleichzeitig durch einen systematisch ausgeübten Druck die besten unter den russischen Sektierern, die sogenannten „Duchoboren", zur Auswanderung zwang, als der kürzeste Weg zur Einführung des frommen Monarchen in das Wesen der jüdischen Frage.

Nachdem der von Pobjedonosszew gehegte Plan, die Juden mit Hilfe der Millionen des Barons Hirsch loszuwerden, gescheitert war (oben, § 20), versäumte er keine Gelegenheit, die Krone zu ihren Ungunsten zu beeinflussen. Als im Jahre 1898 Vertreter des Pariser Rates der JCA in Petersburg eintrafen und bei der Regierung um die Erlaubnis nachsuchten, in Rußland selbst landwirtschaftliche Kolonien zu gründen, erhielten sie von Pobjedonosszew den Bescheid, daß es nicht anginge, die Juden mitten unter den Russen festen Fuß fassen zu lassen, da der Jude begabter und gebildeter sei als der Russe und diesen daher aus dem Wirtschaftsleben leicht verdrängen könne. Es wird berichtet, daß der russische Großinquisitor in Erwiderung auf die ihm eines Tages vorgelegte Frage, wie er sich die Zukunft der russischen Juden denke, unumwunden erklärt habe: ein Drittel wird

aussterben, ein Drittel aus dem Lande ziehen und der Rest spurlos in der umgebenden Bevölkerung aufgehen. In diesem Geiste bearbeiteten Pobjedonosszew und die ihm gesinnungsverwandten Minister ihren Herrn und Gebieter, der sich in der jüdischen Frage nicht besser zurechtfand als in den anderen Problemen der Innen- und Außenpolitik. Bereits im Jahre 1895 versah der vom Innenminister entsprechend beratene Zar den Bericht des Wilnaer Gouverneurs, in dem dieser anregte, die Juden aus seinem übervölkerten Amtsbereiche in das Innere des Reiches ziehen zu lassen, mit dem Vermerk: „Ich teile keineswegs die Ansicht des Gouverneurs". Die Führer der Petersburger Judenheit waren über die Gesinnung des Zaren wohl unterrichtet. „Die Krone — so heißt es in einer aus dieser Zeit stammenden Geheimdenkschrift — ist infolge einer die Tatsachen systematisch entstellenden Berichterstattung gegen die Juden stark eingenommen. Es besteht gar keine Möglichkeit, die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf die wahre Lage der Dinge zu lenken, und selbst die Würdenträger, die sich den Juden gegenüber duldsam und gerecht verhalten, wagen es nicht, für sie ein gutes Wort einzulegen, aus Furcht, den Vorwurf der Voreingenommenheit auf sich zu laden".

Mittlerweile fuhr der Oheim des Zaren, der Großfürst Sergej, fort, seinen Spott mit den Juden von *Moskau* zu treiben, wo er nach wie vor als Generalgouverneur amtierte. Die dortige jüdische Kolonie durfte die Gemeindesynagoge noch immer nicht als Andachtsstätte benützen (oben, § 20). Als sich nun im Frühjahr 1896 die alte Residenzstadt zur Krönung des neuen Zaren rüstete, wandten sich die Vertreter der jüdischen Gemeinde von Moskau an den Generalgouverneur mit der Bitte, beim Zaren „als eine besondere Gnade die Genehmigung zur Wiedereröffnung der Synagoge erwirken zu wollen, auf daß die Moskauer Juden in der Lage wären, das freudige Ereignis mit gebührender Solennität zu feiern". Der Großfürst durchschaute indessen den Hintergedanken der Gemeindeführer und ließ ihnen durch den Polizeichef erklären, daß ihr Ansinnen „eine freche Verletzung des allerhöchsten Willens" bedeute. Die „Frechheit" sollte auch nicht unbestraft bleiben. Wie erinnerlich, hatte die Gemeinde zwecks Vermeidung der ihr angedrohten Zwangsversteigerung des Synagogengebäudes in diesem eine von ihr erhaltene Handwerkerschule untergebracht. Der Moskauer Generalgouverneur erblickte indessen in dieser Schutzmaßnahme eine jüdische Kriegslist

und erstattete in diesem Sinne nach Petersburg Bericht, worauf im Mai 1896 der Befehl erging, die weitere Aufnahme von Schülern in die jüdische Handwerkerschule zu unterlassen und diese, nachdem die bereits aufgenommenen Schüler ihren Lehrgang beendet haben würden, für immer zu schließen. Nunmehr versuchte die Gemeinde, ihr Heiligtum dadurch zu retten, daß sie in das bedrohte Gebäude die „Talmud-Thora" verlegte, ein Internat für arme Waisenkinder. Die Hamane von Moskau wollten indessen nicht locker lassen: im Oktober 1897 gab der judenfeindliche Großfürst Befehl, das etwa hundert arme Kinder beherbergende Internat unter Hinweis darauf, daß dessen Zöglinge in russischen Elementarschulen untergebracht werden könnten, aufzulösen und den Gemeindevorstehern zu eröffnen, daß, falls die Synagoge nicht binnen zwei Monaten in ein Krankenhaus oder eine andere ähnliche Wohltätigkeitsanstalt umgebaut werden würde, das Gebäude unweigerlich der Zwangsversteigerung anheimfallen würde. Fest entschlossen, ihren Tempel vor der ihm zugedachten Schändung um jeden Preis zu bewahren, beschränkte sich nun die Gemeinde darauf, in dem Synagogengebäude bei dem vorgeschriebenen Umbau nur geringfügige Änderungen vornehmen zu lassen, wurde aber von der Baupolizei angewiesen, ganze Arbeit zu tun, damit der ursprüngliche Zweck des Gebäudes völlig unkenntlich werde. Der Kampf um das jüdische Gotteshaus kam noch weitere acht Jahre nicht zum Stillstand, und die dem Untergang geweihte Synagoge sollte erst nach dem Ausbruch der Revolution von 1905 und der Ermordung des Großfürsten Sergej wieder ihre Pforten öffnen.

Das dem Herrn von Moskau vorschwebende Endziel war die allmähliche Ausrottung der Überreste der dortigen jüdischen Kolonie. Zwar war man seit 1891 die jüdischen Handwerker los geworden, doch waren in der Stadt noch immer Kaufleute erster Gilde ansässig, die das Wohnrecht durch die alljährliche Entrichtung eines Tributs in der Höhe von 1000 Rubel erkauften (Band IX, § 45). Hinzu kamen die jüdischen Kaufleute aus der Provinz, die sich in diesem bedeutendsten Industriezentrum des Reiches vorübergehend zu Geschäftszwecken aufhielten. Diese „Fremdlinge" behandelte man schlimmer als Angehörige eines feindlichen Staates. In den Straßen und auf den Bahnhöfen schnüffelten Polizeibeamte herum, die den Auftrag hatten, Passanten von „semitischem" Aussehen festzuneh-

men und zur Nachprüfung ihres Aufenthaltsrechts auf die Polizeiwache zu bringen; die Festgenommenen, deren Papiere nicht ganz in Ordnung waren, wurden unverzüglich aus der Stadt gewiesen. Für die Festnahme nicht wohnberechtigter Juden war in aller Form eine Belohnung ausgesetzt, und zwar, laut einer im Oktober 1897 vom Moskauer Polizeichef erlassenen Verfügung, eine doppelt so hohe wie für die Ergreifung eines Einbrechers. Im Januar 1899 wurde der Vermehrung der jüdischen Bevölkerung Moskaus ein neuer Riegel vorgeschoben: durch Zarenukas wurde selbst den jüdischen Kaufleuten erster Gilde untersagt, sich in Zukunft ohne besondere Genehmigung des Innenministers und des Generalgouverneurs in Moskau niederzulassen, wobei die zuständigen Stellen von vornherein dahin übereingekommen waren, derlei Genehmigungen nicht zu erteilen. Derselbe Ukas führte für die in der Stadt bereits ansässigen jüdischen Kaufleute eine Reihe verletzender Beschränkungen ein (es wurde ihnen das Wahlrecht zu den Kaufmannschaftsversammlungen entzogen u. dgl. m.), deren Festsetzung, wie nachträglich erläutert wurde, von dem Bestreben diktiert war, „das Gouvernement Moskau von den dort berechtigterweise wohnhaften Juden nach Möglichkeit zu befreien".

Fest davon überzeugt, daß ihre antijüdische Politik zu den wichtigsten Staatsgeschäften gehöre, ging die Reichsregierung gegen die Juden mit methodischer Sachlichkeit vor. Die drei nach Durnowo an der Spitze des Innenministeriums stehenden Diener der Reaktion: Goremykin (1896—1899), Sipjagin (1899—1902) und Plehwe (1902—1904) erachteten es als ihre heilige Pflicht, für die Aufrechterhaltung des Ansiedlungsrayons und der sonstigen Ausnahmegesetze zu sorgen. Innerhalb des Ansiedlungsrayons selbst gab man schärfstens darauf acht, daß die Bestimmungen des den Juden den Aufenthalt auf dem flachen Land verwehrenden „Provisorischen Reglements" von 1882 voll in Geltung blieben, und sah sehnsüchtig dem Augenblick entgegen, da nach dem Aussterben der alteingesessenen jüdischen Dorfbewohner die Bauern ganz unter sich bleiben würden. Die Gouverneure und die ihnen untergeordneten Stellen erfanden immer neue Mittel und Wege, den Juden das Verweilen außerhalb der städtischen Siedlungen unmöglich zu machen. So wurde den jüdischen Getreidehändlern untersagt, in der Nähe der ländlichen Eisenbahnstationen auch nur für kürzeste Zeit Aufenthalt zu nehmen, was

in ungünstigster Weise auf den Getreideexport zurückwirkte. Auch stand man nicht an, jüdischen Familien zu verwehren, eine außerhalb der städtischen Gemarkung gelegene Sommerfrische aufzusuchen. Der Jude durfte eben Wald und Wiese selbst zur Erholung nicht betreten. Das unerbittliche Gesetz machte sogar für Schwerkranke keine Ausnahme: aus Kurorten, die für Juden nicht freigegeben waren, wie etwa Jalta, wurden jüdische Kurgäste, auch wenn sie im letzten Stadium der Schwindsucht waren, erbarmungslos ausgewiesen.

Eine wahre Hölle auf Erden war für die Juden nach wie vor die mitten im Ansiedlungsrayon gelegene und aus diesem künstlich ausgesonderte Stadt *Kiew*. Zwar durften sich dort außer den das Privileg des unbefristeten Wohnrechts genießenden Juden zeitweilig auch geschäftshalber zureisende jüdische Kaufleute aufhalten, doch mußten sie die ihnen bewilligte Aufenthaltsfrist aufs genaueste einhalten, wenn sie nicht den auf die Entrechteten wie auf herrenlose Hunde Jagd machenden Häschern in die Hände fallen wollten. Alle acht Tage pflegte nämlich die Kiewer Polizei mitten in der Nacht einen Streifzug durch die Gasthöfe und Herbergen zu unternehmen, die in der Stadt „unbefugt" Übernachtenden festzunehmen und sie nach ihrem ständigen Wohnort zu befördern, wo die „Gesetzesübertreter" zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurden. Diese beschwerliche Nachtarbeit machte eine Verstärkung des Mannschaftsbestandes der Kiewer Polizei erforderlich, und zur Deckung der damit verbundenen Unkosten wurden alljährlich 15 000 Rubel aus den Eingängen der jüdischen „Korobka"-Steuer verwendet. So nötigte man die Juden, die sie verfolgenden Polizeischergen auch noch aus eigenen Mitteln zu entlohnen. Der von den Verwaltungsbehörden mit den Juden getriebene Hohn kannte überhaupt keine Grenzen mehr. In Sibirien wurde z. B. die Regel statuiert, daß die in die Register einer sibirischen Stadt eingetragenen jüdischen Kaufleute und Handwerker nur in dieser Stadt allein Wohnrecht genießen sollten. Da nun viele der in Sibirien wohnhaften Juden nicht gerade an dem für sie zuständigen Orte ansässig waren, zog die neu ergangene Bestimmung für sie die Ausweisung nach sich: die etwa in die Tomsker Stadtregister eingetragenen, jedoch in Irkutsk lebenden Juden wurden haufenweise nach Tomsk befördert, während sich gleichzeitig von dort aus Scharen von Ausgewiesenen in der entgegengesetzten Richtung, nach Ir-

kutsk zu, bewegten. Der Senat, bei dem sich die Verfolgten beschwerten, sagte aber zu dieser Methode der Ortsbehörden, Menschen gleich Spielkarten durcheinanderzumischen, Ja und Amen (1897).

Ein unmittelbares Ergebnis der Verfolgungen war die wirtschaftliche Zerrüttung der russischen Judenheit. In der *wirtschaftlichen Verfassung* der russischen Juden waren in den letzten Jahren des XIX. Jahrhunderts tiefgreifende Änderungen eingetreten. Im Jahre 1894 wurde auf Vorschlag des Finanzministers Witte der Branntwein- sowie der Spirituosenhandel überhaupt monopolisiert. Der geschmeidige Staatsmann hatte bereits Alexander III. für das projektierte Staatsmonopol durch den Hinweis darauf zu gewinnen versucht, daß mit der Verstaatlichung des Schankgewerbes zugleich der jüdischen Ausbeutung der Nährboden entzogen werden würde. Darum wurde auch die Einführung des Monopols am eifrigsten in den westlichen „jüdischen" Gouvernements betrieben, wo schon bis zum Jahre 1898 sämtliche private Branntweinverkaufsstellen durch staatliche ersetzt wurden. Durch diese Reform wurden Zehntausende von jüdischen Familien in Stadt und Land, die sich vom Schankgewerbe unmittelbar oder mittelbar ernährten, um ihre Existenz gebracht. Vom Standpunkte der sozialen Moral wäre eine Reform, die das jüdische Volk vom Schankgewerbe, dem schmählichen Erbe des alten Polen, befreite, nur zu begrüßen gewesen. Wären ihnen ehrenvollere Verdienstmöglichkeiten erschlossen worden, so hätten die an Abstinenzfreudigkeit jeden anderen Menschenschlag übertreffenden Juden auf den Branntweinverschleiß mit Freuden zugunsten der schnapsbegierigen russischen Staatsbeamten verzichtet. Indessen dachte die Regierung, die durch die Einführung des Staatsmonopols nahezu eine Viertelmillion Juden brotlos gemacht hatte, keineswegs daran, die die jüdische Bevölkerung in der Berufswahl behindernden Beschränkungen auch nur im geringsten zu mildern. Um ihren in den Wirtshäusern auf dem flachen Lande verdienten Unterhalt gebracht, stürzten die Opfer des Branntweinmonopols in die Städte, wo sie jedoch auf die städtischen Opfer derselben Reform sowie auf die große Masse der notleidenden Kleinhändler und Handwerker stießen, von deren Stöhnen das ganze Njemen-, Dnjepr- und Weichselgebiet widerhallte.

Die Zahl der sich von Handel und Gewerbe ernährenden jüdischen Proletarier hatte inzwischen im westlichen Rußland enorm zugenommen. Der um diese Zeit den Ansiedlungsrayon bereisende russische

Nationalökonom Subbotin stellte allenthalben die in erschreckendem Maße fortschreitende Verelendung der jüdischen Massen fest. In dem Zeitraum von nur vier Jahren (1894—1898) hatte die Zahl der unbemittelten jüdischen Familien um 27% zugenommen; in den größeren Städten waren 40—50% der gesamten jüdischen Bevölkerung genötigt, von den Gemeinden eine Passah-Unterstützung zu beziehen[1]). Viele der Notleidenden waren bereit, sich der Landwirtschaft zuzuwenden, doch durften Juden bekanntlich Ackerland nicht einmal in Pacht nehmen. Alle Versuche, bei der Regierung eine Milderung der diesbezüglichen Vorschriften zu erwirken, blieben fruchtlos. Als ein reicher jüdischer Philanthrop in der Gegend von Minsk ein Grundstück zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule für Juden erwerben wollte, wurde sein Vorhaben durch den dortigen Magistrat vereitelt. Selbst die Absolventen der in der Nähe von Odessa bereits bestehenden jüdischen landwirtschaftlichen Schule waren der Möglichkeit beraubt, ein Stückchen Land zu kaufen und das ehrliche Arbeitsleben zu führen, auf das sie sich vorbereitet hatten. In gleicher Weise widersetzte sich die Regierung der Hebung des unter den Juden stark verbreiteten, jedoch auf einem niedrigen technischen Niveau stehenden Handwerks. Bezeichnend für den bösen Willen der Obrigkeit ist der folgende Zwischenfall. Der Kiewer Millionär Brodsky faßte 1895 den Plan, eine Gewerbebank zu gründen, die notleidenden Handwerkern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses Kredithilfe gewähren sollte, und spendete zu diesem Zwecke 120 000 Rubel. Als er nun das Bankstatut den Behörden zur Bestätigung vorlegte, verlangten diese die Einschaltung der Bestimmung, daß dem Vorstand der Bank höchstens ein jüdisches Mitglied angehören dürfe. Die unverschämte Forderung veranlaßte Brodsky, von seinem Vorhaben abzu-

---

[1]) Bei der allgemeinen Volkszählung von 1897 wurden in Rußland, wie schon beiläufig erwähnt, annähernd 5 200 000 Juden ermittelt, von denen rund 3 600 000 in den fünfzehn Gouvernements des Ansiedlungsrayons, 1 300 000 im Königreich Polen und 300 000 im östlichen Rußland ansässig waren. Etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung (49%) siedelte in den Städten, etwa ein Drittel (33%) in den Flecken, und ein Sechstel (18%) in den Dörfern. Beruflich gliederte sich die jüdische Bevölkerung wie folgt: von je hundert Erwerbstätigen waren annähernd 37 im Handel, ebensoviele im Gewerbe (als Handwerker, Fabrikanten und Lohnarbeiter), 5 in den freien Berufen und 3 in der Landwirtschaft tätig, einer diente im Heere, während die restlichen 17 keinen bestimmten Beruf angeben konnten. Ein Zeichen der Zeit war das Anwachsen des jüdischen Industrieproletariats, eine Folge der von Witte geförderten Entwicklung der russischen Fabrikindustrie.

stehen, und zwar mit der folgenden Begründung: „Da ich selbst Jude bin, kann ich unter keinen Umständen darauf eingehen, daß in das Statut einer mit von mir gespendetem Gelde zu errichtenden Anstalt Beschränkungen für meine Glaubensgenossen aufgenommen werden". Was kümmerte es indessen die judenfeindlichen Behörden, daß durch ihren Starrsinn auch die christlichen Handwerker von Kiew geschädigt worden waren: hatten sie doch das wohltuende Bewußtsein, ihr Hauptziel, die Schädigung und Demütigung der Juden, voll erreicht zu haben.

Nicht besser lagen die Dinge im Bereiche der freien Berufe, auf deren Ausübung die vom Staatsdienst ausgeschlossenen jüdischen Intellektuellen ganz und gar angewiesen waren. Da das Justizministerium auf Grund der schon erwähnten Verordnung von 1889 die Aufnahme von jüdischen Rechtspraktikanten in den Advokatenstand stets zu hintertreiben pflegte, ging der prozentuale Anteil der Juden an der Gesamtzahl der Rechtsanwälte von 14 auf 9 Prozent zurück. Im Jahre 1897 beschäftigte sich eine von der Regierung eingesetzte Kommission mit der Frage, ob es nicht geraten sei, für jüdische Rechtsanwälte einen „numerus clausus" einzuführen. Die Kommission zögerte nicht, die Frage in positivem Sinne zu entscheiden, und zwar aus den folgenden mittelalterlichen Erwägungen: „Das Verhalten eines Advokaten wird durch seine Willensimpulse, durch sein Gewissen, d. h. durch jenen Bereich seines inneren Lebens bestimmt, der in der Religion seinen Ausdruck findet; soweit aber die Aufnahme von Juden in Frage kommt, steht zu befürchten, daß sie der christlichen Moral zuwiderlaufende Ansichten vertreten, wie sie dem jüdischen Stamm eigen sind". Schließlich gelangten jedoch die Apostel der christlichen Moral im Justizministerium zu der Überzeugung, daß es am richtigsten sei, den jüdischen Juristen den Anwaltsberuf überhaupt unzugänglich zu machen, und so waren Hunderte von die juristische Fakultät absolvierenden Juden der Möglichkeit beraubt, ihre Kenntnisse praktisch zu verwerten. Die jüdischen Ärzte wiederum, von denen nicht wenige für die akademische Laufbahn prädestiniert waren, mußten sich ausschließlich auf private Praxis beschränken. Vom Staatsdienst ferngehalten, wurden sie in der Regel auch zu den Kommunalämtern nicht zugelassen, und es kam häufig vor, daß die Organe der Selbstverwaltung bei der Ausschreibung einer vakant ge-

wordenen ärztlichen Stellung in ihre Annoncen die Klausel aufnahmen: „Juden ausgeschlossen".

Schon in ihrem Bildungsgang, bei der Aufnahme in die Staatsschulen, stießen die Juden auf das eiserne Gitter der für sie seit 1887 geltenden „Prozentnorm" (oben, § 17). Hatte der Unterrichtsminister Deljanow wenigstens in vereinzelten Fällen Milde walten lassen, so war der ihm Anfang 1898 im Amte gefolgte Bogoljepow vollends unerbittlich. Während der dreijährigen Amtstätigkeit dieses zum Oberwachtmeister der Aufklärung gewordenen Moskauer Professors wurde die geltende Norm nicht nur aufs strengste eingehalten, sondern de facto sogar herabgesetzt. In Anbetracht dessen, daß die jüdischen Abiturienten sich zum überwiegenden Teil dem medizinischen und juristischen Studium zuwandten, die übrigen Fakultäten aber, besonders die auf den für Juden verschlossenen Lehrerberuf vorbereitende, zu meiden pflegten, wurde nämlich zwecks Verringerung der Gesamtzahl der jüdischen Studenten die Vorschrift erlassen, den Anteil der Juden an der Zahl der Neuimmatrikulierten nach Fakultäten gesondert zu errechnen. Als Vorwand für seine judenfeindliche Politik diente nunmehr dem Unterrichtsministerium die Tatsache, daß ein Teil der jungen jüdischen Akademiker sich an den revolutionären Umtrieben der Studentenschaft beteiligte: „Es ist erwiesen — so hieß es im Ministerialerlaß vom 26. Mai 1901 — daß die Hauptschuldigen an den gegen Ende der neunziger Jahre auf den Hochschulen ausgebrochenen Unruhen zu einem erheblichen Teil Personen nichtrussischer Abkunft waren". Bald sollte der Minister Bogoljepow selber ein Opfer dieser Unruhen werden: nachdem er auf den Gedanken verfallen war, die aufsässigen Studenten durch Einreihung ins Heer zu beschwichtigen, fiel er von der Hand des russischen Revolutionärs Karpowitsch. Sein Amtsnachfolger, der General Wannowskij, der die aufbegehrende Jugend durch „herzliche Fürsorge" regierungsfreundlicher zu stimmen suchte, hatte nur für die Juden kein Herz. Unter Hinweis darauf, daß die für sie festgesetzte Norm in allen Hochschulen faktisch überschritten sei, schrieb er vor, die für die neu zu immatrikulierenden Juden geltende Norm zeitweilig zu kürzen und in den beiden Reichshauptstädten von 3 auf 2 Prozent, in den übrigen Hochschulen außerhalb des Ansiedlungsrayons von 5 auf 3 Prozent und innerhalb des Ansiedlungsrayons von 10 auf 7 Prozent herabzusetzen. Weitere Verschärfung erfuhren

obendrein auch die beschränkenden Bestimmungen für die Aufnahme von jüdischen Kindern in die Mittelschulen jeglicher Art. Wie sehr mußte es die jüdischen Knaben verletzen, daß sie, selbst nach glänzend bestandener Prüfung, falls die Norm voll war, rücksichtslos abgewiesen, während ihre viel weniger befähigten christlichen Examensgenossen anstandslos eingeschult wurden. Bezeichnend ist es, daß man sich in Rußland bei der Kinderverfolgung gleichsam von dem Gebot Pharaos leiten ließ: „Alle Söhne werfet ins Wasser, nur die Töchter lasset leben". Für die Aufnahme von jüdischen Mädchen in die höheren Töchterschulen bestanden nämlich keine gesetzlichen Beschränkungen, und soweit hierbei Schwierigkeiten zu überwinden waren, hatten diese ihren Grund in dem Judenhaß der untergeordneten Schulbehörden. Den russischen Gesetzgebern war es offenbar in erster Linie darum zu tun, die Konkurrenz der Juden im Bereiche der freien Berufe einzudämmen, während sie gegen die Allgemeinbildung der sich zumeist auf häusliche Beschäftigungen beschränkenden jüdischen Frauen weniger Bedenken hatten.

Die vergeblich in die Schule Einlaß begehrende jüdische Jugend konnte für das herrschende Regime unmöglich freundschaftliche Gefühle hegen. In den Herzen der sich Jahr für Jahr der Aufnahmeprüfung unterziehenden und immer wieder abgewiesenen „Externen" schwoll die Erbitterung gegen den sie quälenden Despotismus nach und nach zu unverhohlenem Haß an. Die Abiturienten und Abiturientinnen, denen die russischen Universitäten und technischen Hochschulen verschlossen geblieben waren, strömten in hellen Scharen in die Hochschulen des Auslands: in die Deutschlands, der Schweiz, Frankreichs, Belgiens und Italiens, von denen sie zu einem nicht unerheblichen Teil als zielbewußte Revolutionäre heimkehrten. Dies war der Erfolg der grausamen Regierungsmaßnahmen, die nicht zuletzt als Kampfmaßnahmen gegen die revolutionären Ideenströmungen gedacht waren.

Die unausbleibliche Folge der judenfeindlichen Regierungspolitik und der gewissenlosen Hetzkampagne der reaktionären Presse war das Wiederaufleben der Pogromstimmung in den unteren Schichten des russischen Volkes. Die behördlichen Praktiken, durch die die Juden gleichsam zu aller Ehrenrechte entbehrenden Missetätern herabgewürdigt wurden, die gegen sie immer aufs neue inszenierten Treib-

jagden, der Hohn, der mit den lernbegierigen jüdischen Kindern getrieben wurde, all dies mußte die russische Bevölkerung in ihrem Glauben bestärken, daß die Ausrottung des Judentums ein hochpatriotisches, dem Zaren und der Obrigkeit genehmes Werk sei. In Verbindung mit den alten wirtschaftlichen und nationalen Gegensätzen sollte nun diese Überzeugung zu rohesten Gewalttaten führen, und zwar wieder einmal in Südrußland. Am 18. und 19. Februar 1897 spielte sich nämlich im Flecken *Spola* (Gouvernement Kiew) ein Pogrom ab, über dessen Verlauf die nichts weniger als judenfreundliche Zeitung „Nowoje Wremja" folgendes berichtete: „Um drei Uhr nachmittags überflutete eine Riesenmenge von Bauern unseren Flecken und verwandelte sämtliche Juden gehörende Läden, Warenlager und Häuser in eine einzige Trümmerstätte. Hunderte von Gebäuden fielen der Zerstörungswut der Menge zum Opfer. Das durch seinen blühenden Handel und durch seine mustergültige Ordnung berühmte Städtchen bietet nunmehr das Bild eines von Feindesmacht verheerten Ortes. Die Exzesse waren zweifellos planmäßig vorbereitet worden. Die ortsansässigen Juden wußten vier Tage vorher von dem ihnen drohenden Unheil und sprachen hierüber mit dem Kreishauptmann, der ihnen jedoch versicherte, daß zur Beunruhigung kein Grund vorliege". Zwei Monate später, am 16. und 17. April, kam es zu einem ähnlichen Pogrom in einem anderen, im Gouvernement Cherson gelegenen Städtchen. In beiden Fällen trafen die zuständigen Gouverneure mit ihrem Gefolge am Schauplatz der Unruhen erst dann ein, als diese zu Ende waren, ließen aber immerhin viele der Schuldigen vor Gericht stellen, das etwa gegen sechzig von ihnen auf Gefängnisstrafen von 8 bis 14 Monaten erkannte. Von dem Urteilsspruch völlig überrascht, rief einer der verurteilten Bauern verblüfft aus: „Zunächst hieß es, daß man die Jüden schlagen darf, und nun ist alles leeres Geplapper".

Viel größere Dimensionen nahm der „Passah-Pogrom" an, der 1899 in der südlichen Hafenstadt *Nikolajew* zum Ausbruch kam und sich drei Tage lang, vom 19. bis zum 21. April, hinzog. Polizei und Kosaken sahen in aller Gemütsruhe zu, wie tausendköpfige Banden Läden und Wohnungen der Juden ausplünderten und verheerten. Am dritten Tage rückte aus den benachbarten Dörfern ein ganzes Heer von Bauern mit Wagen heran, um die Beute in Sicherheit zu bringen, doch hatten die Truppen inzwischen den Befehl erhalten, dem

patriotischen Fest ein Ziel zu setzen und die Festteilnehmer auseinanderzutreiben. Darüber erbittert, daß sie leer ausgegangen waren, verwüsteten nun die heimwärts ziehenden Bauern den am Rande der Stadt gelegenen jüdischen Friedhof und suchten sich durch kleinere Pogrome auf dem flachen Lande zu entschädigen. Die russischen Bauern zogen gegen die jüdischen zu Felde. Am schwersten wurde hierbei die jüdische landwirtschaftliche Kolonie mit dem hebräischen Namen Nahar-taw heimgesucht, in der sämtliche Anwesen mitsamt den landwirtschaftlichen Maschinen der Zerstörung anheimfielen. In den Nachbarkolonien erwiesen sich jedoch die jüdischen Ackersleute ihren Feinden an Kraft überlegen und schlugen sie in die Flucht. Bald traf aus Petersburg der strenge Befehl ein, der Pogrombewegung Einhalt zu gebieten. Am 18. Mai sollte die auf Anregung Nikolaus II. zur Erörterung der internationalen Abrüstungsfragen einberufene Haager Friedenskonferenz zusammentreten, und so schien es der Regierung des sich als Friedensfreund aufspielenden Zaren an der Zeit zu sein, in dessen eigenem Herrschaftsbereich wenigstens die Pogrombanden zu entwaffnen.

Zur Vervollständigung des Bildes fehlte nur noch eine Ritualmordaffäre, die auch in der Tat nicht ausblieb. Es war dies der Fall *Blondes*. Im März 1900 stürzte die polnische Dienstmagd des Wilnaer Friseurs David Blondes, ein Werkzeug böswilliger und abergläubischer Hintermänner, mitten in der Nacht mit lauten Hilferufen auf die Straße und erging sich vor den herbeigeeilten Christen in Klagen darüber, daß ihr Dienstherr ihr Blut habe abzapfen wollen, das die Juden für die Mazzoth benötigten. Da an Arm und Hals des Mädchens Kratzwunden zu sehen waren, zögerte die Menge nicht, den jüdischen Friseur aufs übelste zuzurichten. Dann wurde der angebliche Missetäter ins Gefängnis gesteckt und dem Gericht überantwortet. Dieses verurteilte Blondes wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe, sah jedoch von irgendeinem religiösen Motiv der Tat gänzlich ab. Um nun mit dem in der ganzen Affäre spukenden Blutaberglauben restlos aufzuräumen, legte der bekannte Rechtsanwalt *Oskar Grusenberg* gegen das Urteil Revision ein und bewog den Senat, die Sache zur erneuten Verhandlung an das Wilnaer Schwurgericht zurückzuverweisen. Die Geschworenen ließen sich diesmal durch die Gutachten der geladenen Sachverständigen sowie durch die glänzenden Plädoyers der Verteidiger überzeugen und sprachen Blon-

des frei (Februar 1902). So war es gelungen, die heraufziehende Gefahr einer Dreyfus-Affäre in mittelalterlichem Gewande für eine Zeitlang zu bannen.

§ 22. Die innere Krise (1881—1897)

Die zu Beginn der achtziger Jahre ausgebrochenen Katastrophen kamen für die fortschrittlichen Kreise der russischen Judenheit völlig überraschend. Noch standen die jüdischen Intellektuellen unter dem Eindruck der eben erst zum Abschluß gelangten „Epoche der Reformen": der ersten Schritte der Regierung Alexanders II. auf dem Wege der Judenemanzipation, der Aufforderung der russischen Liberalen zur gegenseitigen Verständigung und der allgemeinen Hoffnung auf die Erneuerung Rußlands. Die kärglichen Zugeständnisse der Regierung lösten innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit überschwängliche Gefühle der Dankbarkeit und Ergebenheit aus. Die aus der russischen Schule hervorgegangene jüngere Generation strebte aus ganzer Seele die kulturelle Verschmelzung mit dem Russentum an. Assimilation, „Russifizierung" — dies war ihr Losungswort. So galten die politischen Ideale Jungrußlands auch den jüdischen Gebildeten als heilig. Aber siehe da! Aus dem verherrlichten russischen Volke, an das die fortschrittlichen Kräfte der Judenheit Anschluß suchten, traten Banden von Plünderern und Mordbrennern hervor; die Regierung und die ihr ergebene Presse beschritten entschlossen den Weg der Reaktion und des Judenhasses, während die russischen liberalen Kreise und die diese repräsentierenden Blätter für das hartbedrängte jüdische Volk kaum noch Sympathie bekundeten. Das Verhalten der liberalen Presse war keineswegs allein durch die Strenge der Zensur bestimmt. Glaubten doch selbst die sich um die Zeitschrift „Vaterländische Annalen" scharenden linksradikalen Publizisten die Judenpogrome bloß als Auswüchse eines an sich normalen wirtschaftlichen Kampfes darstellen zu können, wie sie denn überhaupt das ganze komplizierte jüdische Problem mit seiner jahrtausendealten Tragik lediglich als eine nebensächliche sozialwirtschaftliche Frage zu behandeln pflegten. Zu derselben Zeit, als die Koryphäen der westeuropäischen Literatur: Victor Hugo, Renan und viele andere, gegen die Judenverfolgungen in Rußland leidenschaftlichen Protest erhoben, hüllten sich die großen russischen Dichter, wie etwa Turgenjew und Leo Tolstoj, die auf die grauenvollen Geschehnisse

hätten spontan reagieren müssen, in tiefes Schweigen. Die jüdischen Gebildeten waren durch das kühle Verhalten der russischen „Intelligenz" dem brennenden Leid der Judenheit gegenüber aufs schmerzlichste berührt, und so mußten sie an den von ihnen hochgehaltenen Idealen der Assimilation unausbleiblich irre werden.

Diese Enttäuschung kam zunächst in wehmutsvollen Klagen zum Ausdruck: „Die aufgeklärten Juden — so beichtete einer der reumütigen Assimilationsfreunde bald nach Ausbruch der Pogromseuche — wandten sich von ihrer Geschichte brüsk ab und verabscheuten alles, was ihnen ihre Zugehörigkeit zum ewigen Volke hätte zum Bewußtsein bringen können. In welch kläglicher Lage befinden sich nun diese ‚Verschmelzungssüchtigen', die erst gestern die Preisgabe des eigenen Selbst gepredigt hatten! Das Leben fordert von ihnen Selbstbestimmung; es geht nicht mehr an, zwischen zwei Stühlen zu sitzen". Ein anderer Vertreter der jüdischen „Intelligenz" schrieb Ende 1881 an den Herausgeber einer russisch-jüdischen Zeitschrift: „Wenn ich bedenke, was an uns begangen worden ist, daß man uns gelehrt hat, Rußland und den Klang des russischen Wortes zu lieben, daß man uns verlockt hat, in unser Familienleben die russische Sprache und alles Russische einzuführen, so daß unsere Kinder keine andere Sprache mehr kennen, und daß man uns nun verstößt und verfolgt, so läuft mir das Herz vor bitterster Verzweiflung über". Reumütige Stimmen wurden sogar in den Reihen der jüdischen Revolutionäre laut, denen bis dahin das restlose Aufgehen in den werktätigen russischen Massen als selbstverständliche Pflicht galt: „Als in Jelisawetgrad zum ersten Mal der Ruf: ‚Nieder mit den Jüden!' erscholl — so schrieb einer von ihnen — glaubten wir als Volksfreunde, daß hierin Anzeichen der russischen Revolution zu erblicken seien, daß diese über die Juden hinweg weiter und tiefer um sich greifen werde. Sodann kamen die Kiewer Unruhen, deren Schilderung man nicht ohne Schaudern lesen konnte, und dennoch waren wir davon überzeugt, daß die ganze Sache uns nichts angehe: gehören wir doch, sagten wir uns, dem russischen Volke an, die russiche Öffentlichkeit, die russische Intelligenz ist mit uns . . . Wie lächerlich, wie kindisch!"[1])

[1]) Ein Teil der jüdischen Revolutionäre, die an dem Prinzip der Assimilation und dem des Klassenkampfes nach wie vor festhielten, waren nichtsdestoweniger über die Gleichgültigkeit, mit der viele ihrer Kampfgenossen das jüdische Leid

Die russisch-jüdische Literatur jener Zeit war voll von solchen Klagen enttäuschter Intellektueller. Die Zerknirschung hatte indessen keineswegs immer positive Ergebnisse im Gefolge. Viele jüdische Gebildete waren bereits mit der russischen Kultur so eng verwachsen, daß es für sie kein Zurück mehr gab, und so gingen sie in den Fluten der Assimilation unter; andere wieder hatte der ihnen versetzte Schlag so weit zurückgeworfen, daß sie mit dem Losungswort „Heimwärts!" die Ablehnung auch aller innerjüdischen Reformbestrebungen verbanden. In dem lebenskräftigsten Teil der russischen Judenheit bewirkte aber der eingetretene Stimmungsumschwung eine entschiedene Wendung zur nationalen Ideologie auf neuzeitlicher Grundlage. Da die Geister damals für den Kampf um die nationale Wiedergeburt innerhalb des russischen Reiches selbst noch nicht reif waren, verbreitete sich die Überzeugung, daß das Heil der russischen Judenheit in erster Linie in der *Emigration* beschlossen liege. Die Verfechter der Auswanderung nach Amerika erblickten in ihr nicht ohne Grund den Beginn des Aufbaus eines neuen freien Zentrums der Diaspora. In seinem bald nach dem Pogrom von Balta entstandenen Gedicht: „An meine Schwester Ruchama" sprach der bekannte hebräische Dichter J. L. Gordon der „von dem Sohne Chamors vergewaltigten Tochter Jakobs" (Anspielung auf Gen. 34) mit den folgenden Worten Trost zu: „Richte dich auf, meine Schwester, und laß uns dorthin ziehen, wo das Licht der Freiheit über allem Fleisch erstrahlt und jede Seele erleuchtet, wo jeder nach dem Bilde Gottes Erschaffene willkommen ist, wo der Mensch seines Volkstums und seines Gottes wegen nicht erniedrigt wird. Dort wirst du vor Raubüberfall und Entehrung sicher sein, Ruchama, meine Schwester!" Viele von denjenigen, die für den Auszug nach der Neuen Welt ein-

---

hinnahmen, tief empört. Aus dieser Stimmung heraus verfaßte Paul Axelrod (Band IX, § 47) Anfang 1882 eine Schrift „Über die Aufgaben der jüdischen sozialistischen Intelligenz", in der er nachwies, daß von den Pogromen in Südrußland in erster Linie die ärmsten Schichten der jüdischen Bevölkerung heimgesucht worden seien, und dazu aufrief, dieses eigenartige Proletariat in Schutz zu nehmen. Die russischen Führer der Umsturzpartei (Peter Lawrow u. a.), aber auch einige jüdische Genossen Axelrods (Leo Deutsch u. a.) fanden indessen, daß die Veröffentlichung seiner Flugschrift unangebracht sei. Übrigens wollte auch Axelrod selbst in der Folgezeit, nachdem er zu einem der Begründer der russischen Sozialdemokratie geworden war, von den Sonderinteressen des jüdischen Proletariats nichts mehr wissen und hielt sich sein Leben lang von den jüdischen sozialistischen Parteien gänzlich fern.

traten, hegten die Hoffnung, daß die in Massen auswandernden russischen Juden in den menschenarmen Staaten der Nordamerikanischen Union völlig autonome Gemeinwesen würden bilden können[1]).

Gleichzeitig mit der Idee der Verschiebung des Diasporazentrums kam in der qualvollen Pogromepoche die die Diaspora rundweg negierende Idee des Wiederaufbaus eines nationalen Zentrums in Palästina auf. Der erste Ideologe der neuen palästinafreundlichen Bewegung war der radikale Schriftsteller *M. L. Lilienblum*, der uns bereits als Vorkämpfer einer Reform des Judentums entgegengetreten ist (Band IX, § 48). Schon im Herbst 1881 ließ er in der Wochenschrift „Rasswjet" die Artikelreihe: „Die allgemeinjüdische Frage und Palästina" erscheinen, in der er nachzuweisen versuchte, daß die Kolonisation Palästinas eine das ganze Volk angehende Frage sei. Der Grund des historischen Mißgeschicks des jüdischen Volkes — so argumentierte Lilienblum — liege darin, daß dieses in der ganzen Welt ein fremdartiges, mit dem jeweiligen Wirtsvolk nicht verschmelzbares Element bilde, das die herrschenden Nationen, sobald es ihnen unbequem werde, loszuwerden suchten. Während man die Juden im Mittelalter aus religiösem Fanatismus verfolgt hätte, seien nunmehr an dessen Stelle nationale und wirtschaftliche Motive getreten, wobei man annehmen müsse, daß auch dieses „zweite Kapitel unserer Geschichte noch manches blutige Blatt aufweisen wird". Ein Ende würde die Judennot erst nach Beseitigung ihrer Ursachen nehmen: es gelte, mit dem Dasein unter Fremden aufzuräumen und in einem Lande Fuß zu fassen, in dem sich die Juden des Herrenrechtes erfreuen würden. Ein solches Land sei aber für die Juden kraft ihres historischen Rechtes ihre alte Heimat Palästina, bei deren Kolonisierung „unser Bestreben darauf gerichtet sein muß, fast allen jüdischen Einwohnern des wenig gastfreundlichen Europa binnen eines Jahrhunderts die Übersiedlung nach dem nahegelegenen Lande unserer Väter zu ermöglichen, auf das wir ja ein Anrecht haben".

Die simplifizierende Logik dieser Gedankengänge schien damals vielen unwiderlegbar zu sein und entsprach vollauf der Panikstimmung der großen Masse derjenigen, die „mit gegürteten Lenden" des

[1]) Diesen Standpunkt vertrat der damals noch am Beginn seiner literarischen Tätigkeit stehende Verfasser dieser „Geschichte", dessen Artikel: „Eine Tagesfrage" („Rasswjet", 1881, Nr. 34—35) mit dazu beitrug, die Polemik über die Frage: Nach Amerika oder nach Palästina? in Fluß zu bringen.

Auszugs aus dem neuen Ägypten harrten. In den 1882 entstandenen Auswandererevereinigungen gab es nicht wenig „Palästinenser", Parteigänger der Palästina-Kolonisation, die mit den „Amerikanern" in heftigem Ideenkampf lagen. Der sich für den Exodus begeisternde junge Dichter Simon Frug schuf das folgende Marschlied, dem er als Motto den Bibelvers voranstellte: „Sage den Kindern Israel, sie mögen ziehen" (Ex., 14, 15):

„Dein Blick ist scharf, der Schritt noch fest und ganz der Stab . . . So raff dich auf,
O Wandervolk, und richte hoch dein Greisenhaupt und zieh bergauf!
O schau doch hin: sie eilt zurück, der Kinder Schar . . .
So nimm sie auf und zieht vereint ins ferne Jahr.
Was tut dir Schmerz, was Völkerhaß und der Gestirne kreisend Lauf? — Auf! auf!
Auf, auf! ertönt's wie Donnerschlag, die alte Weise klingt,
Die Zukunft ruft: Ersteh! Wach auf! Der Sturm erbraust und singt".

In diesem Exodus-Marsch, dem der „Donner" der Pogrome sekundierte, spiegelte sich sowohl die Stimmung der von dem gelobten Lande an den Ufern des Jordan Träumenden als auch die Sehnsucht derjenigen, die es an den Ufern des Mississippi zu finden hofften. Die in den Stürmen der Zeit konzipierte Idee, daß die Auswanderung der sicherste Weg zur nationalen Wiedergeburt sei, wurde am eindrucksvollsten von dem Arzt *Leon Pinsker* begründet, dem ehemaligen assimilationsfreundlichen Herausgeber der Odessaer Zeitschrift „Sion" (Band IX, § 47). Von Entsetzen über die materielle Not der Juden in Rußland und die geistige Knechtschaft ihrer emanzipierten Stammesgenossen in Westeuropa gepackt, gab Pinsker in der 1882 in Berlin anonym in deutscher Sprache erschienenen Schrift „Autoemanzipation: Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden" den ihn bewegenden Gefühlen beredten Ausdruck. Das jüdische Volk in der Diaspora, so führte er aus, sei keine lebendige Nation, sondern nur der Schatten einer solchen, ein ruhelos umherirrendes Gespenst, vor dem jedes gesunde Volk auf Erden notgedrungen zurückschrecke. Um das jüdische Volk von seinem Schattendasein zu erlösen und in das reale Leben zurückzuführen, gebe es aber kein anderes Mittel, als es in einer politisch gesicherten Heimstätte auf eigenem Territorium wiederaufzurichten, das unter Aufbietung aller Kräfte der heimatlosen Nation und mit internationaler Hilfe in irgendeinem geeigneten Lande, sei es in Palästina oder in Amerika, erlangt werden müßte. Dies eben sei der Weg der *Autoemanzipation*, im Gegensatz zu dem der den Juden von den Wirtsvölkern gnädig be-

willigten, sie jedoch vor dem Antisemitismus und der erniedrigenden Lage von Bürgern zweiten Ranges keineswegs schützenden bürgerlichen Emanzipation. Das auf diesem Wege zu erreichende Endziel, die nationale Restauration erheische die schleunigste Einberufung eines alljüdischen Kongresses, der die politischen und finanziellen Voraussetzungen für das Aufbauwerk zu schaffen hätte. Nachdem der erste Schritt getan sein werde, würde sich das Weitere von selbst ergeben. — Während nun die zwecks Beeinflussung der westeuropäischen Juden in deutscher Sprache veröffentlichte Schrift in dem assimilierten Milieu, in dem zwanzig Jahre früher die Stimme eines Heß wirkungslos verhallt war, keinen Anklang fand, sollte sie in Rußland, ebenso wie die Artikel von Lilienblum, zum Vademecum der Palästinafreunde, der „Chowewe Zion", werden[1]).

Als Pinskers „Mahnruf an seine Stammesgenossen" sich in Berlin noch unter der Presse befand, hatten sich in Rußland bereits zahlreiche Vertreter der von Tatendrang beseelten Jugend auf ein ähnliches, jedoch viel konkreteres Programm geeinigt. Im Frühjahr 1882 war nämlich in Charkow der zumeist aus Studenten bestehende Verein „BILU" (Abbreviatur der Vereinsdevise: „Beth Jakob lechu we'-nelcha" — „Haus Jakobs, laßt uns ziehen") gegründet worden, der sich zum Ziel gesetzt hatte, in Palästina landwirtschaftliche Kolonien zu gründen und die Idee der Besiedlung der alten Heimat in die weitesten Volksschichten zu tragen. Wiewohl der Verein in verschiedenen Gegenden Rußlands mehrere hundert Mitglieder zählte, schlossen sich dem von ihm wenige Monate nach seiner Gründung organisierten Zug nach Palästina lediglich einige Dutzend von Pionieren an, über deren Los weiter unten (§ 31) berichtet wird. Der Idee der Wiedergeburt Palästinas kam in der ersten Zeit überhaupt eher moralische

[1]) Die Leser der Schrift von Pinsker ließen sich nicht zuletzt durch deren lapidaren Stil hinreißen, für den Formulierungen wie etwa die folgenden bezeichnend sind: „Das jüdische Volk ist überall anwesend und nirgends zu Hause". „So ist der Jude für die Lebenden ein Toter, für die Eingeborenen ein Fremder, für die Besitzenden ein Bettler, für die Armen ein Ausbeuter und Millionär, für die Patrioten ein Vaterlandsloser". „Unser Vaterland — die Fremde, unsere Solidarität — die allgemeine Anfeindung, unsere Waffe — die Demut, unsere Wehrkraft — die Flucht, unsere Originalität — die Anpassung, unsere Zukunft — der nächste Tag". All diese Behauptungen sind, ebenso wie die Grundthese Pinskers, wonach das Judentum ein Schattendasein führe, bei historischem Lichte besehen, durchaus strittig, doch mußten sie als ein Notschrei enttäuschten Weltbürgertums auf die aufgewühlten Zeitgenossen den nachhaltigsten Eindruck machen.

als praktische Bedeutung zu. Gleichwohl konnten Tausende von Opfern der in Rußland angebrochenen Schreckenszeit ihre Blicke nicht von dem schmalen Landstreifen am Ufer des Mittelmeeres abwenden, wo ihnen aus den uralten Ruinen neues Leben hervorzuquellen schien. So schritt denn die auf den Wiederaufbau des Heiligen Landes gerichtete Bewegung unaufhaltsam fort. Die Zahl der Vereine der Palästinafreunde, der sogenannten „Chowewe Zion", nahm in Rußland von Jahr zu Jahr zu. Bald waren der Bewegung auch Zentralorgane erstanden, von denen das eine, das sich in Odessa befand, von Pinsker und Lilienblum geleitet wurde, während das andere, das unter der Mitwirkung des Schriftstellers S. P. Rabbinowitz (Schefer) gegründet worden war, seinen Sitz in Warschau hatte. Ende 1884 traten die Vertreter aller Vereine in der preußischen Grenzstadt Kattowitz zu einer Konferenz zusammen, auf der ein zu Ehren des bekannten Menschenfreundes Moses Montefiore „Maskereth Mosche" benannter Fonds begründet wurde, dem alle für die palästinensischen Kolonien gespendeten Summen zufließen sollten. Nachdem sich der von den Intellektuellen eingeleiteten Bewegung einige angesehene Führer der Orthodoxie (der Rabbiner von Bjalystok Samuel Mohilewer u. a.) angeschlossen hatten, verlor auch die Opposition der orthodoxen Massen gegen die politischen Bestrebungen, die den Altfrommen bis dahin in Widerspruch zu dem traditionellen Messiasglauben zu stehen schienen, stark an Boden. Die Organisation der Palästinafreunde in Rußland litt aber noch immer darunter, daß sie ein illegales Dasein führte und infolgedessen die für die Unterstützung der Kolonisten in Palästina benötigten Mittel kaum aufzubringen vermochte. Im Hinblick darauf wurde 1887 auf der Konferenz in Druskeniki der Beschluß gefaßt, für das das Kolonisationswerk in Palästina betreuende Hilfskomitee die amtliche Anerkennung zu erwirken, was 1890 auch gelang. Dank der Zusammenarbeit der „Zionsfreunde" in Rußland und der Pioniere des Aufbaus in Palästina erstanden in Judäa und Galiläa mehrere landwirtschaftliche Kolonien, die ersten Stützpunkte eines zukunftsreichen Siedlungswerkes (unten, § 31).

Glich der Palästina zustrebende Kolonistenzug einem spärlich fließenden Bach, so bot die Auswanderung nach Amerika das Bild eines alle Dämme durchbrechenden, reißenden Stromes. Daß diese Massenbewegung unorganisiert geblieben war, ging nicht zuletzt auf jenen feigen Beschluß zurück, den im Frühjahr 1882 der jüdische Ge-

meindetag in Petersburg gefaßt hatte: durch den Verzicht auf die Schaffung eines Zentralorgans zur Regulierung der Emigration hatte er die immer weiter um sich greifende Volksbewegung ganz ihrem Schicksal überlassen und dadurch schwere Katastrophen heraufbeschworen. Nach dem Pogrom von Balta setzte erneut eine panische Flucht aus Rußland ein. Schon im Sommer 1882 ballten sich in der galizischen Grenzstadt Brody wieder einmal etwa 20 000 Flüchtlinge zusammen, die zur Weiterreise nach Amerika bereit waren, ohne jedoch die hierfür erforderlichen Mittel zu besitzen. Es sollten Monate vergehen, bevor die unterwegs steckengebliebenen Wanderer von den Vertretern der in Westeuropa gegründeten jüdischen Hilfsorganisationen weiter befördert wurden. Während der überwiegende Teil der Heimatlosen schließlich jenseits des Atlantik landete, fand der Rest in verschiedenen westeuropäischen Zentren Unterkunft. Als die Pogromseuche im folgenden Jahre nachgelassen hatte, ging auch die Auswanderungsbewegung merklich zurück (7000 Emigranten im Jahre 1883 gegen 17 000 im Jahre 1882); die alsbald überhandnehmenden gesetzlichen Exzesse gegen die Juden (die Schmälerung des Ansiedlungsrayons u. dgl.) gaben jedoch der Auswanderung einen neuen Antrieb und ließen sie allmählich wieder an Ausdehnung gewinnen: im Triennium 1884—1886 wanderten alljährlich 15—17 000, im Triennium 1887—1889 28—32 000 und in den beiden kritischen Jahren 1891 und 1892 sogar über 100 000 Juden aus (unten, § 29).

Die Auswanderung, durch die nicht einmal der natürliche Zuwachs der jüdischen Bevölkerung Rußlands aufgewogen wurde, war allerdings nicht dazu angetan, die jüdische Frage innerhalb des Landes des Auszugs selbst zur Lösung zu bringen. Die in der Heimat zurückgebliebenen Millionen sahen sich vor die Aufgabe gestellt, den Rückfall ins Mittelalter an Ort und Stelle zu bekämpfen. Diese Sorge lastete mit ihrer ganzen Schwere auf dem die Fühlung mit dem Volke aufrechterhaltenden Teil der „Intelligenz". Viele ihrer Vertreter, die die Hoffnung auf einen baldigen Umschwung in der russischen Innenpolitik noch nicht aufgegeben hatten, erachteten es als ihre Pflicht, den Kampf um die bürgerliche Emanzipation und die kulturelle Erneuerung der Judenheit weiter fortzusetzen. Das Sprachrohr dieser Intellektuellen, die allmählich ihre Assimilationssucht überwanden und sich für die nationale Gesinnung entschieden, war die in Petersburg von 1881 bis 1905 als wissenschaftlich-literarische Monatsschrift und

als publizistisches Wochenblatt erscheinende Zeitschrift „Woss'chod". Nachdem die ebendort zwischen 1879 und 1884 herausgegebenen Zeitschriften „Rasswjet" und „Russkij Jewrej" eingegangen waren, stellte der „Woss'chod" lange Zeit hindurch das einzige russische Organ der fortschrittlichen jüdischen Gebildetenschicht dar. Von der Zensur geknebelt und verfolgt, kämpfte die Zeitschrift desungeachtet tapfer gegen die die Regierung sowie die russische Öffentlichkeit beherrschende Reaktion und war in diesen düsteren Jahren das letzte Bollwerk der noch auf ihrem Posten ausharrenden Vertreter des Fortschritts. In den Monatsheften des „Woss'chod" gelangten die reifsten Erzeugnisse der damaligen jüdischen Literatur in russischer Sprache zum Abdruck. Hier erschienen die schönsten Gedichte Frugs, die letzten Novellen von Lewanda und Bogrow, die für die verklingende Periode der Assimilation bezeichnenden sozialen Romane von *S. Jaroschewskij* sowie die diesen ihrer Tendenz nach entgegengesetzten und die altchassidischen Lebensformen idealisierenden Erzählungen von *Ben-Ami* (M. Rabbinowitz). Recht zahlreich waren auch die hier veröffentlichten Untersuchungen zur jüdischen Geschichte, die zumeist der Geschichte der Juden in Rußland und Polen gewidmet waren[1]). Die sich im „Woss'chod" zu Worte meldenden Publizisten, so insbesondere die Redakteure seiner wöchentlichen Ausgabe, Adolf Landau und Samuel Grusenberg, waren lange Jahre hindurch bemüht, die unhaltbar gewor-

[1]) A. E. Harkavy (Band IX, § 48) gab um diese Zeit den Anstoß zu einer neuen Erforschung der Geschichte des Zentralorgans der jüdischen Selbstverwaltung in Polen und versah überdies die russische und hebräische Ausgabe der „Geschichte der Juden" von Graetz mit wertvollen Berichtigungen. Auch *Schefer-Rabbinowitz*, der Urheber des hebräischen Textes des Werkes von Graetz („Dibre jeme Israel", I—VIII, Warschau 1890—1900) bereicherte dieses durch zahlreiche, sich auf talmudisch-rabbinische Quellen stützende Ergänzungen. Der Russe *Sergej Berschadskij*, Professor an der Petersburger Universität, schuf durch seine großangelegte Aktenpublikation „Russko-Jewrejskij Archiv" (1882 u. ff.), durch die Monographie „Die litauischen Juden" (1883) sowie durch andere bis 1896, dem Todesjahre des Verfassers, vornehmlich im „Woss'chod" veröffentlichte Einzeluntersuchungen die stofflichen Grundlagen für die Geschichte der russischen Juden. In denselben Jahren erschienen im „Woss'chod" die von dem Verfasser dieses Werkes herrührenden Untersuchungen zur Geschichte der Juden in Polen und Rußland („Geschichte des Chassidismus", 1888—1893; „Historische Mitteilungen", 1893—1895, u. a.). Eigene Wege ging der Kiewer Rechtsgelehrte *Hermann Baraz*, der dem jüdischen Einfluß in den Denkmälern des altrussischen Schrifttums nachspürte und dessen seit den neunziger Jahren größtenteils in Kiewer spezialwissenschaftlichen Ausgaben veröffentlichte Untersuchungen nunmehr auch in Buchform vorliegen.

denen Positionen der siebziger Jahre zu verteidigen. Einen Sonderstandpunkt vertrat in seinem Buche „Probleme des jüdischen Lebens" (1889) der Odessaer Publizist *Manasse Morgulies*, der Mitstreiter des früh verstorbenen Orschanskij (Band IX, § 48), der es sich zum Ziele gesetzt hatte, das überholte Russifizierungsideal mit jüdischer „Volkstümelei" zu verbinden, jedoch über „den Antisemitismus bekämpfende" Apologetik nicht hinausgekommen war.

Näher als die in russischer Sprache publizierten Organe stand der urwüchsigen jüdischen Intellektuellenschicht die hebräische Journalistik. Die von Zederbaum in Petersburg herausgegebene Zeitung „Ha'Meliz" wurde zum Organ der Zionsfreunde, zählte aber nichtsdestoweniger zu ihren Mitarbeitern auch unabhängige Schriftsteller, so den Dichter J. L. Gordon, der einige Jahre (1886—1889) sogar die Redaktion des Blattes leitete. Länger wahrte die unparteiische Einstellung die von *Nahum Sokolow* in Warschau herausgegebene Zeitung „Ha'Zefira", die den unaufgeklärten Massen der polnischen Chassidim einen Einblick in die gesamteuropäische Politik gewährte. Zunächst Wochenblätter, sollten diese Publikationen bald in Tageszeitungen umgewandelt werden. Entscheidend hierfür wurde der Wagemut Dr. *Leo Kantors*, des ehemaligen Herausgebers der Zeitschrift „Russkij Jewrej", der als erster den erfolgreichen Versuch gemacht hatte, eine hebräische Tageszeitung ins Leben zu rufen. Dem von ihm 1886—1888 herausgegebenen „Ha'Jom" gebührt das Verdienst, die hebräische Sprache mit dem Beistand so hervorragender Sprachkünstler wie Dr. *J. L. Kazenelson* („Buki ben Jogli"), *David Frischmann* u. a. elastischer und für die Wiedergabe moderner politischer Begriffe geeigneter gemacht zu haben. Größere belletristische Werke sowie geschichtswissenschaftliche Abhandlungen in hebräischer Sprache gelangten in den seit 1885 in Warschau und Odessa herausgegebenen Jahrbüchern „Ha'Assif", „Knesseth Israel" und „Pardes" zum Abdruck. Hier eben veröffentlichten D. Frischmann, J. L. Perez und andere Schriftsteller, deren Schaffenskraft sich erst in der folgenden Epoche voll entfalten sollte, die ersten Proben ihrer Dichtkunst. In dieselbe Zeit fällt auch die Erneuerung der Literatur in der Umgangssprache des Volkes. Aus der Schar der jungen „Jargonisten", deren Organ die Petersburger Wochenschrift „Jüdisches Volksblatt" (1881—1890) war, traten bald *Schalom Alejchem* (Salomon Rabinowitz) und *Mordechaj Spektor* hervor, von denen jeder sein eige-

nes Jahrbuch gegründete („Jüdische Volksbibliothek" und „Häusfrajnd", 1889—1895).

Die in den achtziger Jahren hereingebrochene geistige Krise kam am schärfsten in der jüdisch-russischen Literatur zum Ausdruck, die bis dahin im Banne der Assimilation gestanden hatte. In der von dem tiefaufgewühlten Lewanda (Band IX, § 48) im „Woss'chod" und „Rasswjet" 1881—1882 veröffentlichten Artikelserie mit der Gesamtüberschrift „Splittergedanken eines Verblüfften" suchte der Verfasser seinen Schmerz zunächst durch Sarkasmus zu betäuben, gelangte jedoch bald zu der „verblüffenden" Erkenntnis, daß das von ihm angebetete Russentum ein Götze sei. Sein Versuch, an dem Ideal der Wiedergeburt Palästinas wieder Rückhalt zu gewinnen, blieb vergeblich, und ehe noch der letzte Funke seines Lebens verglommen war, verfiel er geistiger Umnachtung (1887). Die Erkenntnis, die Lewanda erst gegen Ende seines Lebens aufdämmern sollte, bildete zugleich den Inhalt der Jugenderfahrungen des Dichters *Simon Frug* (1860—1916). In einer jüdischen landwirtschaftlichen Kolonie geboren, gab sich der Dichter zu Beginn seines Schaffens sorglos dem Zauber der weiten südrussischen Steppen hin, prallte indessen bald vor der Katastrophe des Jahres 1881 entsetzt zurück, und seine Muse hüllte sich in Trauer. Noch unmittelbar vor den ersten Pogromen empfand er den Drang, die Schönheit des russischen Landes zu verherrlichen und, gleich dem Russen Nekrassow, vom Leid des russischen Ackersmannes zu singen, konnte aber schon im Sommer des Schreckensjahres nicht umhin, die quälende Frage aufzuwerfen: „Wer ist's, der im Volke die Feindschaft gesät", eine Frage, deren Lösung er in der Vergangenheit, in den grausigen Überlieferungen des Haidamakentums fand. So wurde Frug, wiewohl er sich nicht der nationalen Sprache bediente, zum jüdischen Nationaldichter. „Ich bin des Volkes Aeolsharfe, das Echo seiner Klagen", sagt er von sich selbst. In seiner herzbewegenden Trauer über das nationale Mißgeschick, in den Ausbrüchen seines Zornes gegen die Bedränger, in seiner stolzen Zuversicht, daß der Jude dereinst als freier Mann auf freier Scholle stehen werde, lebte gleichsam der Geist der alten Propheten Judäas wieder auf. Die wundervoll geformten Gedichte Frugs brachten in der klassischen Sprache Puschkins die tiefsten Seelenregungen der jüdischen Intellektuellen zum Ausdruck und ließen ihre Herzen in den Jahren der Trübsal höher schlagen. Die Gebieter Rußlands bekamen plötzlich in

der Reichshauptstadt Petersburg, in der sich der rechtlose Dichter nur als fiktiver Hausdiener eines privilegierten Juden aufhalten durfte, die vor Schmerz und Zorn bebende Stimme des von ihnen gepeinigten Volkes zu hören. Nachdem 1885 die erste Sammlung der von Frug im „Woss'chod" und anderen Zeitschriften veröffentlichten Gedichte erschienen war, wurde der junge Dichter alsbald zu einem führenden Vertreter der neuen *russischen* Poesie proklamiert, ließ sich jedoch dadurch nicht beirren und blieb im großen und ganzen seinem ureigentlichen Beruf, dem eines jüdischen Nationaldichters, stets treu (in der Folgezeit schrieb Frug formvollendete Gedichte auch im volkstümlichen „Jiddisch"). Seine Nachdichtungen des biblischen Stoffes sind dem ewigen Buche, das er ebenso innig liebte und ebenso tief verstand wie die Natur, kongenial. Bezaubernd wirkten auf Alt und Jung insbesondere seine Nachbildungen der Talmudlegenden. Einer ganzen Generation prägte sich fürs Leben die Frugsche „Legende vom Kelch" ein, die in die bedeutungsvollen Worte ausklang: „O möge in den heiligen Kelch auch diese Träne fließen!".

Durch einen blinden Zufall ging dem Judentum der Frug geistesverwandte Dichter *S. Nadson* verloren. Wiewohl als Sohn eines getauften Juden zur Welt gekommen, verspürte dieser in der Blüte seiner Jahre vom Tode hingemähte Liebling der Musen einen sich in der Tiefe seines Herzens regenden Hang zu den verfolgten Stammesbrüdern, wovon die folgenden, kurz vor seinem Ableben (1887) niedergeschriebenen Zeilen Zeugnis ablegen:

„Ich war dir immer fremd, du vielgeschmähtes Volk,
Und dachte nie an dich in meiner Träumerei.
Doch in den Tagen, da der große Haufen wähnt,
Daß schon der Name ‚Jud' der Schande Sinnbild sei,
Erlaub' auch mir zu stehn in deiner Kämpfer Reih'n,
O, hart bedrängtes Volk!"

Zu Beginn der achtziger Jahre mischte sich in den Chor der „Heimwärts!", zurück zu den nationalen Idealen rufenden Stimmen ein gleichsam aus einer anderen Welt dringender Aufruf zu religiösen Reformen im Geiste des russischen Sektierertums. Kurz vor der Katastrophe von 1881 ging nämlich durch die Zeitungen die Meldung, daß in Jelisawetgrad, das bald zum Schauplatz des ersten Frühjahrspogroms werden sollte, eine sich „Geistig-biblische Brüderschaft" nennende jüdische Sekte aufgetaucht sei, deren Anhänger

lediglich die Sittenlehre der Bibel gelten ließen, alle religiösen Dogmen und Bräuche hingegen ablehnten, den Handel verdammten und sich zum Ziele gesetzt hatten, von körperlicher Arbeit, insbesondere vom Ackerbau zu leben. Der Stifter dieser „Brüderschaft" war der Jelisawetgrader Lehrer und Journalist *Jakob Gordin*, der unter den Einfluß der südrussischen Pietisten, der sogenannten „Stundisten", geraten war. Indessen war seinem Beginnen nur geringer Erfolg beschieden. In seinem unmittelbar nach Ausbruch der Pogromseuche von 1881 in den Zeitungen veröffentlichten Aufruf forderte der Führer der Sekte die Juden auf, die sie bei der Umwelt unbeliebt machenden Charaktereigenschaften auszumerzen und namentlich auf jede von Gewinnsucht bestimmte Erwerbstätigkeit: auf den Kleinhandel, die Maklerei und das Schankgewerbe zu verzichten. Der Aufruf, der den Stimmen der Judenfeinde sekundierte und überdies zu einer Zeit ergangen war, als die Wunden der von den Pogromen Heimgesuchten noch offen waren, konnte in der jüdischen Öffentlichkeit nichts als Entrüstung hervorrufen. Bald löste sich denn auch die „Brüderschaft" auf, worauf sich einige ihrer Mitglieder der gleichgesinnten, in Odessa Anfang 1882 gegründeten Sekte „Neuisrael" anschlossen, deren Führer der Lehrer *Jakob Priluker* war. Der Odessaer „Reformator" zeigte mehr praktischen Sinn als sein Jelisawetgrader Vorgänger. Sein Programm besagte, daß sich „Neuisrael" nur zu der Lehre Mose bekenne, den Talmud, die Speisegesetze und den Beschneidungsbrauch aber ebenso wie die alte Ordnung des Gottesdienstes zurückweise; statt des Sabbats hätten die Sektierer den Sonntag zu halten, die russische Sprache als ihre Muttersprache anzuerkennen und sich von allen anstößigen Berufen, vor allem vom Wuchergeschäft, fernzuhalten. Um für ihr Reformprogramm Stimmung zu machen, versprachen die Häupter der Sekte, für die Anhänger „Neuisraels" bei der russischen Regierung das Vollbürgerrecht, das Recht, Mischehen einzugehen, sowie die Befugnis zu erwirken, ein sie von den „Talmudjuden" unterscheidendes Abzeichen zu tragen. Dieser plumpe Versuch der Pseudoreformatoren, dem ein Jahrhundert früher gescheiterten Frankismus auf russischem Boden zu neuem Leben zu verhelfen, mußte selbst auf die wenigen Freunde der religiösen Reform geradezu abstoßend wirken. Nachdem sich die Sektenstifter überzeugt hatten, daß ihr Unternehmen aussichtslos sei, zogen sie ins Ausland: Gordin übersiedelte nach Amerika, schwor seine Jugendsünden ab und wurde zu

einem der volkstümlichsten jüdischen Dramatiker, während der nach England ausgewanderte Priluker in den Dienst der den Juden das Christentum predigenden englischen Missionare trat. Die „neuisraelitischen" Bestrebungen sollten 1884 noch einmal in Kischinew in Erscheinung treten, wo ein gewisser Joseph Rabbinowitz, in der Absicht, „das Judentum mit dem Christentum zu verschmelzen", eine „Gemeinde neutestamentarischer Israeliten" gründete. In dem Bethaus dieser kaum ein Dutzend Mitglieder zählenden Gemeinde trat neben ihrem Gründer ein protestantischer Pfarrer als Prediger auf. Nach wenigen Jahren brach auch dieses Missionsunternehmen kläglich zusammen.

Die achtziger Jahre stellen eine Übergangszeit zwischen zwei Epochen dar: zwischen der Epoche der Aufklärung und der der nationalen Bewegung. Für die einen eine Zeit der Unentschlossenheit und der Verzweiflung, rief diese Epoche in den anderen das unabweisbare Bedürfnis wach, sich nach neuen Wegen umzusehen. Während die widrigen Zeitläufte die weniger Widerstandsfähigen zermalmten, sollten sie die Stärkeren stählen und zum Kampfe anspornen. So begannen denn schon in den neunziger Jahren aus dieser chaotischen Fülle verschwommener Gefühls- und Geistesregungen die klaren Umrisse einer neuen Ideenwelt hervorzutreten, der sowohl im Bereiche des sozialen Lebens als auch in dem der Literatur markante Repräsentanten erstanden (der Publizist Achad Haam, der Dichter Bialik und viele andere). Nachdem der erste Zionistenkongreß im Jahre 1897 vor aller Welt verkündet hatte, daß die jüdische Nation, der gegenteiligen westeuropäischen Auffassung zum Trotz, fortbestehe, gewann die mit der neu einsetzenden Renaissance in Wechselwirkung stehende nationale Bewegung in all ihren Parteiungen feste Form[1]).

[1]) S. unten das Kapitel: „Nationale Bewegung".

Fünftes Kapitel

Die kleineren Zentren der europäischen Judenheit bis zum Ausgang des XIX. Jahrhunderts

§ 23. Der Antisemitismus in Frankreich

In Deutschland eine Reaktion des Sieges, war der Antisemitismus in Frankreich eine Reaktion der Niederlage. Auf der einen Seite ein triumphierendes Kaiserreich, ein Kasernenstaat, eine blinde, alle persönlichen Regungen unterdrückende Anbetung des militarisierten Vaterlandes; auf der anderen — eine waffenstrotzende Republik, der krankhafte Patriotismus und die unstillbare Revanchesucht der Gedemütigten, die, gegen den äußeren Feind machtlos, überall innere Feinde witterten. Dieser für alle französischen Parteien, von den die monarchistische Restauration herbeisehnenden Klerikalen bis zu den Linksrepublikanern, bezeichnende aggressive Patriotismus sollte erst dann abebben, als die aus der chauvinistischen Stimmung erwachsene Dreyfus-Affäre es plötzlich offenkundig werden ließ, wie schwer die Paris mit Lourdes vereinigende Dritte Republik von den dunklen Mächten der Vergangenheit bedroht war.

Angesichts der kaum ins Gewicht fallenden Stärke der jüdischen Bevölkerung der französischen Stammlande (etwa 100 000 Seelen in Paris und in der Provinz, zu denen noch die 50 000 Juden Algeriens hinzukamen) fehlten für die Zuspitzung der Judenfrage in Frankreich in sozialer wie in nationaler Hinsicht alle natürlichen Voraussetzungen. In dem vierzig Millionen Einwohner zählenden Lande konnte das kleine Häuflein der assimilierten Juden noch viel weniger Anlaß zu einem Gerede von ihrem Überhandnehmen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete geben, als etwa in Deutsch-

land oder Österreich. Darum war auch der Antisemitismus in Paris nichts als ein *politisches* Werkzeug in den Händen der reaktionären, klerikalen und revanchesüchtigen Feinde der Dritten Republik. Um nämlich diese verächtlich zu machen, stellten die antirepublikanischen Parteien die neue Ordnung als eine Erfindung der Juden hin und behaupteten, daß Frankreich überhaupt „verjudet" sei. Durch die Fortschritte des Antisemitismus in Deutschland angeregt, suchten die französischen Antisemiten ihrerseits eine „jüdische Gefahr" an die Wand zu malen: sie redeten in einemfort von den märchenhaften Schätzen des Bankhauses Rothschild und brachten die Legende in Umlauf, daß die Pariser „Alliance Israélite Universelle" eine alljüdische Geheimregierung sei. Ein Dorn im Auge waren den Antisemiten insbesondere die im öffentlichen Leben stehenden Juden: die jüdischen Minister (Crémieux, Reynal u. a.), die Präfekten, die höheren Offiziere und die Vertreter der freien Berufe, vor allem aber die Mitarbeiter der radikalen Presse, die die Ränke der Antirepublikaner entlarvte. Baron Rothschild zog sich den Haß der Reaktionäre namentlich dadurch zu, daß er den Zusammenbruch der katholischen Bank „Union Générale", die die Royalistenpartei finanziert und sich in unehrenhafte Spekulationen eingelassen hatte, herbeiführte (1882). Die Rivalität der beiden Banken wurde zu einem Kampf des jüdischen Kapitals wider das französische, ja des Judentums gegen den Katholizismus aufgebauscht. — Anderer Art waren die Motive, die dem Judenhaß in Algerien zugrunde lagen. Die autochthonen Araber mißgönnten dort den Juden das ihnen durch die „Lex Crémieux" verliehene französische Bürgerrecht, das sie über die Muselmanen, in eine Reihe mit den Eroberern stellte (Band IX, § 49). Der christlichen Bevölkerung Algeriens aber, den Franzosen, Italienern und Spaniern, die, von Habgier getrieben, die natürlichen Reichtümer des Landes skrupellos ausbeuteten, waren die Juden als Handelskonkurrenten verhaßt. Die wirtschaftliche Struktur der jüdischen Bevölkerung Algeriens wies eine weitgehende Ähnlichkeit mit der der russischen und galizischen Judenheit auf: einem Häuflein von Großkaufleuten, die sich mit dem Export der Landeserzeugnisse und dem Import von europäischen Fabrikaten befaßten, stand eine sich aus Kleinhändlern und Handwerkern zusammensetzende Mittelschicht und die große Masse der darbenden Lohnarbeiter gegenüber, deren Kulturstand ihren primitiven orientalischen Lebensverhältnissen entsprach. In einen

Interessenkonflikt mit verschiedenen Schichten der in die zwei feindlichen Lager der Muselmanen und Christen gespaltenen Bevölkerung verwickelt, waren die algerischen Juden stets einem doppelten Druck ausgesetzt und wurden in Zeiten politischer Wirren von Pogromen nach klassischem russischem Vorbild heimgesucht. Der Judenhaß, der sich in Paris in das Modegewand des Antisemitismus kleidete, kam eben in Algerien in Formen zum Ausdruck, die sich der patriarchalischen Landessitte anpaßten.

Die sich von Berlin und Wien her ausbreitende antisemitische Seuche hatte auf Paris bereits zu Beginn der achtziger Jahre übergegriffen. Die Pariser Straßen hallten plötzlich von den neuaufgetauchten, dem französischen Ohr zunächst fremd klingenden Zeitungsnamen: „L'Anti-Juif" und „L'Antisemitique" wieder. Die Devise dieser 1882—1883 herausgegebenen Hetzblättchen lautete: „Le juif — voilà l'ennemi" („Der Jude — das ist der Feind"). Während der Krise der erwähnten katholischen Bank auf das Betreiben der klerikalen Geschäftemacher zur Bekämpfung ihres Rivalen Rothschild gegründet, waren die französischen antisemitischen Blätter noch schlimmer als ihre deutschen Vorbilder: falsche Berichterstattung verband sich bei ihnen mit ostentativer Geschichtsfälschung; ihre Mitarbeiter, Obskuranten und Schwindler, spielten sich als Liberale, ja als Sozialisten auf, verstanden sich aber auf die Verstellungskunst bei weitem nicht so gut wie die Urheber des „christlichen Sozialismus" in Deutschland und Österreich. Die für den Boulevard-Pöbel berechnete Hetzpropaganda war freilich viel zu vulgär, um die gebildeten Kreise in ihren Bann ziehen zu können. Anfang 1883 trat der antisemitischen Rassentheorie der angesehenste Denker Frankreichs, Ernest Renan, mit einer öffentlichen Vorlesung („Das Judentum als Rasse und Religion") entgegen, in der er darauf hinwies, daß die Diasporajudenheit bereits im Altertum infolge der fortgesetzten Aufnahme fremdartiger Elemente ihre Rassenreinheit eingebüßt habe, so daß die Juden nunmehr nur durch das Band ihrer Religion zusammengehalten würden, einer Religion, die das historische Verdienst für sich in Anspruch nehmen könne, durch den Mund der alten Propheten „das Christentum vor Christus" gepredigt zu haben. Da diese Anerkennung des historischen Wertes des modernen Judentums die völlige Negation seines nationalen Charakters in sich schloß, konnten die assimilierten Pariser Juden Renan, der dem vorherrschenden Dogma wissenschaft-

liche Form gab und zugleich der antisemitischen Rassentheorie den Boden entzog, rückhaltlos Beifall zollen. Während nun in den Nachbarländern die Wellen des Antisemitismus in den nächstfolgenden Jahren immer höher gingen, hatte es den Anschein, als ob die Judenheit Frankreichs von der Sintflut der Reaktion verschont bleiben würde. Indessen sollte sich dieser Schein bald als trügerisch erweisen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kamen die sich um Déroulède und seine „Patriotenliga" sowie um den Kriegsminister Boulanger scharenden Antirepublikaner auf den Gedanken, den Antisemitismus zu einem der Werkzeuge ihrer royalistischen Umsturzpolitik zu machen. Ihr Vorkämpfer in der Literatur war der rührige Journalist *Edouard Drumont*, der im Jahre 1886 ein dickleibiges Buch mit dem Titel „La France Juive" veröffentlichte. Das judenfeindliche Pamphlet, eines der abstoßendsten Machwerke dieser Art, sollte seine Leser dazu bewegen, in den ihm vom Verfasser als Motto vorausgeschickten Ruf einzustimmen: „Forsan ex nobis exoriatur ultor!" („Möge aus unserer Mitte ein Rächer erstehen!"). Auf das lateinische Zitat folgte als Auftakt die arrogante Ankündigung: „Taine schrieb über die Jakobinerherrschaft: ich aber will über die Judenherrschaft schreiben". In seinen weiteren, der geschichtlichen Wahrheit Hohn sprechenden Ausführungen stellte Drumont die Behauptung auf, daß die Juden schon im Mittelalter Frankreich hätten erobern und in ihre wirtschaftliche Gewalt zwingen können, wenn diese Gefahr von den allerchristlichsten Königen und der Geistlichkeit durch Repressivmaßnahmen, durch die Inquisition, das gelbe Abzeichen und vor allem durch Massenausweisungen nicht gebannt worden wäre. Nachdem nun 1394 die jüdischen Einwohner aus Frankreich restlos vertrieben worden seien, hätte das Land endlich frei aufgeatmet, doch hätten sich in seinen Gauen in der Folgezeit erneut offene und verkappte Juden eingenistet, die, mit den Freimaurern verbunden, gegen Ende des XVIII. Jahrhunderts zu einer bedrohlichen Macht geworden seien. Diese Macht sei es gewesen, die zunächst die Ausweisung der „weitblickenden, echt französischen Geist verkörpernden" Jesuiten durchgesetzt und sodann die verderbliche Revolution von 1789 heraufbeschworen habe. Um auf seine Leser größeren Eindruck zu machen, stand der Pamphletist nicht an, zu behaupten, daß der düstere Held des Terrors Marat ein Abkömm-

ling aus Spanien eingewanderter Marranen gewesen sei, und rief in diesem Zusammenhang aus: „Der Sprößling der Judaisierenden rächte sich für die Scheiterhaufen in Spanien durch die Guillotine in Frankreich". Die Revolution, die den Juden die Gleichberechtigung beschert habe, sei zugleich der Quell aller das Land seitdem heimsuchenden Schicksalsschläge. Die emanzipierten Juden hätten das katholische Frankreich der Gottlosigkeit und der Franc-maçonnerie ausgeliefert und es mit Hilfe der Reichtümer Rothschilds ihrer Gewalt unterworfen; sie seien es auch, die das Land in den unglücklichen Krieg mit Preußen hineingehetzt hätten, um sodann unter Führung Gambettas, in dessen Adern, wie Drumont zu wissen glaubte, gleichfalls jüdisches Blut geflossen sei, die republikanische Ordnung mit der Devise: „Der Klerikalismus ist der Feind!" zu errichten. Dieser Devise der weltlichen Republik setzte Drumont seinerseits die schon erwähnte Parole der Antisemiten entgegen: „Der Feind ist der Jude!" So verriet der ganze Inhalt des gehässigen Buches, daß bei seiner Geburt die katholische Reaktion und der Jesuitenorden Pate gestanden hatten. In dem elenden Reporter Drumont war um die Wende des XIX. Jahrhunderts gleichsam der Geist des haßerfüllten Bischofs Agobard aus dem IX. Jahrhundert (Band IV, § 13) wiedererstanden, doch sollte gerade diese Vereinigung alt- und neufranzösischer Unkultur dem Buche „La France Juive" zu einem außergewöhnlichen Erfolg verhelfen. In flottem Feuilletonstil gehalten und mit Pariser Klatschgeschichten gespickt, wurde der „Abriß der Zeitgeschichte", wie der Untertitel des judenfeindlichen Pamphlets lautete, von dem sensationslüsternen Publikum gierig verschlungen und erlebte in kurzer Zeit mehrere Auflagen. Der Publikumserfolg, der dem für viele zu einem Evangelium des Judenhasses gewordenen Buch zuteil wurde, spornte Drumont zu weiteren literarischen Heldentaten an.

Nunmehr galt es, das Wort in die Tat umzusetzen. Es wurde die „Nationale Antisemiten-Liga Frankreichs" gegründet, deren Mitglieder sich aus Reaktionären aller Schattierungen, insbesondere aus Boulangisten zusammensetzte, aus heruntergekommenen Edelleuten und bankerotten Unternehmern. Nachdem der von den Boulangisten angezettelte Staatsstreich fehlgeschlagen war (1889), sahen die Feinde der Republik: die Klerikalen, die Bonapartisten, die Orleanisten und wie sie alle hießen, ein, daß ihre Sache, solange der rachegierige Nationalismus nicht zur herrschenden Stimmung des französischen Volkes

geworden sei, völlig aussichtslos bleiben und daß dieses deshalb zunächst dazu gebracht werden müsse, ständige Angst vor einer neuen deutschen Invasion zu empfinden. Um aber das Gefühl der Unsicherheit im Lande zu steigern, gab es kein wirksameres Mittel, als das Schreckgespenst des Verrats heraufzubeschwören und die französischen Juden nebst den Freimaurern zu „Preußensöldlingen" zu stempeln. Wiewohl von Haß gegen die Deutschen erfüllt, standen die französischen Patrioten nicht an, sich an den deutschen Antisemiten ein Beispiel zu nehmen. Im Jahre 1891 verstiegen sich mehrere Mitglieder der französischen Abgeordnetenkammer zu dem Vorschlag, die Juden aus Frankreich zu vertreiben. Zwar wurde das ungeheuerliche Projekt von der Kammer nicht einmal der Besprechung gewürdigt, doch setzten die Antisemiten, die es bei ihrem Antrag lediglich auf eine Demonstration abgesehen hatten, ihre Wühlarbeit unbeirrt fort. Ein Jahr später gründeten sie in Paris mit finanzieller Unterstützung des Jesuitenordens die Tageszeitung „Libre Parole", zu deren Redakteur Drumont bestellt wurde. Für das durch und durch korrupte, vor keiner noch so niederträchtigen Verleumdung zurückschreckende Blatt war jedes aufsehenerregende Ereignis eine Gelegenheit mehr, um gegen die angeblich mit den Freimaurern insgeheim verbundenen Juden zu hetzen. So gab die Tatsache, daß unter den vielen in den Panamaskandal verwickelten Politikern und Finanziers auch einige Juden waren, dem Hetzblatt Anlaß, die Juden samt und sonders als das Land aussaugende „Panamisten" hinzustellen. Zugleich zogen Drumont und seine Mitarbeiter immer wieder die Vaterlandstreue der jüdischen Offiziere in Zweifel, was mehrere der Insultierten dazu veranlaßte, die Verleumder zum Zweikampf herauszufordern. Eines dieser Duelle, in dem der jüdische Hauptmann Mayer seine Offiziersehre gegen den von Drumont aufgehetzten Marquis Maurès verteidigte, endete mit dem Tode des Beleidigten. Der tragische Zwischenfall bewog den Kriegsminister Freycinet in der Abgeordnetenkammer eine Erklärung abzugeben, in der er in voller Übereinstimmung mit der Kammermehrheit das Treiben der Antisemiten als ein Verbrechen wider das Vaterland brandmarkte (1892). Daraufhin verfielen die antisemitischen Verschwörer, das Beispiel der von den Eiferern der Kirche angezettelten Ritualmordprozesse vor Augen, auf den Plan, zwecks Entehrung der gesamten französischen Judenheit irgendeinen jüdischen Offizier wegen Landesverrats auf die

Anklagebank zu bringen. Dies war der Hintergrund der berühmten, 1894 in Szene gesetzten Dreyfus-Affäre, die in Frankreich zum Mittelpunkt heftigster politischer Kämpfe werden und die ganze gesittete Welt Jahre hindurch in atemloser Spannung halten sollte.

§ 24. Die Dreyfus-Affäre

Der Fall Dreyfus hatte seine Wurzeln in dem Morast des Militarismus und der Revanchepolitik. Auf dem europäischen Festland standen damals, Gewehr bei Fuß, zwei Mächtegruppen einander gegenüber, der Drei- und der Zweibund, deren gegenseitige Beziehungen von schärfstem Mißtrauen erfüllt waren. Die den Botschaften der Großmächte attachierten Militäragenten waren unablässig bemüht, hinter die militärischen Geheimnisse der Gegenseite zu kommen. Ein solcher geheimer Nachrichtendienst war auch bei der deutschen Botschaft in Paris eingerichtet, und der französische Generalstab verfügte seinerseits über ein Abwehrorgan, ein Büro der Gegenspionage. Eines Tages, im September 1894, unterbreitete nun das französische Nachrichtenbüro dem Kriegsminister Mercier ein aus der deutschen Botschaft entwendetes, von unbekannter Hand aufgesetztes Schriftstück, das ein Verzeichnis („Bordereau") der den Deutschen ausgelieferten Abschriften von Geheimdokumenten des französischen Kriegsministeriums enthielt. Es folgte daraus, daß sich in die für die militärische Sicherheit des Landes verantwortliche Stelle ein Verräter eingeschlichen habe, und der Verdacht richtete sich alsbald gegen den jungen, seit kurzem im Generalstab dienstlich tätigen jüdischen Offizier *Alfred Dreyfus*. Im Jahre 1859 als Sohn eines Fabrikanten im Elsaß geboren, absolvierte Dreyfus das Pariser Polytechnikum und diente sodann bei der Artillerie, in der er es bis zum Hauptmann brachte. Von militärischem Ehrgeiz erfüllt, bahnte er sich hierauf den Weg in den Generalstab, die Hochburg der französischen Chauvinisten, in die bisher kein einziger Jude Zutritt gefunden hatte. Seiner Vaterlandsliebe und militärischen Begabung war somit volle Anerkennung zuteil geworden, und, stolz auf seinen Erfolg, versah nunmehr der Sohn des Tuchfabrikanten den Dienst in der Werkstatt der Kriegsrevanche. Er ahnte nicht, daß er von Feinden umringt war. Als man nach dem Urheber des „Bordereau" zu fahnden begann, fiel der Verdacht auf Dreyfus nur aus dem Grunde, weil er Jude war.

Gab es doch für diese Vermutung keinen objektiven Anhaltspunkt: der begüterte, mit einer Millionärstochter verheiratete Offizier konnte sich ja unmöglich zum Verrat um schnöden Lohnes willen verleiten lassen, und auch seiner Gesinnung nach war er ein patriotischer Heißsporn, ein ausgesprochener Deutschenhasser, dessen sehnlichster Wunsch es war, das heimatliche Elsaß erneut unter französischer Herrschaft zu sehen. Nichtsdestoweniger beschloß der judenfeindliche Chef des Generalstabs Boisdeffre, um das ihm unterstellte Amt von jedem Makel reinzuwaschen, gerade Dreyfus zum Sühnopfer zu machen. Obwohl bei der Vergleichung der Handschrift des Verdächtigten mit der Schrift des „Bordereau" ein Teil der Sachverständigen jede Ähnlichkeit zwischen dieser und jener aufs entschiedenste bestritt, wurde der jüdische Offizier verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Ohne Rücksicht darauf, daß die Verhaftung streng geheimgehalten wurde, beeilten sich die judenfeindlichen Generalstäbler, die ihnen geistesverwandten Journalisten hiervon in Kenntnis zu setzen, und die Folge war, daß das von Drumont geleitete Blatt „Libre Parole" sowie die übrigen reaktionären Zeitungen zwecks entsprechender Beeinflussung der Untersuchungsbehörden ein Zetergeschrei über den jüdischen Verrat erhoben und unnachsichtige Bestrafung des Verräters forderten.

Der Kriegsminister Mercier konnte sich indessen vorerst nicht dazu entschließen, Dreyfus, an dessen Schuld er starke Zweifel hegte, dem zuständigen Militärgericht zu überantworten. Erst nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß der von den Antisemiten entfesselte Entrüstungssturm ihn von seinem Posten wegzufegen drohe, lenkte er ein und schlug sich wider besseres Wissen auf die Seite der Ankläger. Während der Gerichtsverhandlung wurde den Richtern ein den Angeklagten angeblich überführendes „Geheimdossier" zugesteckt; es war dies ein Stoß von Akten, unter denen sich ein aus der deutschen Botschaft stammender Zettel befand, in dem es hieß, daß mit Hilfe „dieser Canaille D." der Plan der Befestigung von Nizza beschafft worden sei; und die Mitglieder des Kriegsgerichts wurden nun zu dem Glauben verführt, daß mit dem Anfangsbuchstaben „D" kein anderer als Dreyfus gemeint sei. Im Widerspruch zum Gesetz wurde jedoch dieses Belastungsmaterial in der Gerichtsverhandlung selbst nicht erwähnt. Über den jede Schuld weit von sich weisenden Angeklagten sollte eben unter allen Umständen der Stab gebrochen werden. Drey-

fus wurde denn auch wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu Degradation und lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt (22. Dezember 1894). Die Zeremonie der Degradation wurde auf dem Pariser Marsfeld in Gegenwart einer sich dicht drängenden Zuschauermenge vollzogen. Nach der Verkündung des Urteils rief Dreyfus aus: „Ihr habt einen Unschuldigen verurteilt. Es lebe Frankreich, es lebe die Armee!" Diese Worte rief er wiederholt aus voller Kehle auch noch, als man ihm unter dem wütenden Geschrei der Menge: „Tod dem Verräter!" die Achselstücke herunterriß und über seinem Kopfe den Offiziersdegen entzweibrach. Der Menge zu Gefallen beschlossen die Behörden, die lebenslängliche Haft des Verurteilten in eine langgedehnte Todesmarter zu verwandeln. Dreyfus wurde nach einer der Inseln von Französisch-Guayana (Südamerika) deportiert, die ihres verderblichen Klimas halber als „Teufelsinsel" verrufen war. Seine Frau war bereit, ihm in die Verbannung zu folgen, doch wurde ihre dahingehende Bitte in gesetzwidriger Weise abgeschlagen. Von der Welt abgeschieden, mit der Verachtung einer ganzen Nation, deren Gunst er gesucht hatte, beladen, sah sich Dreyfus auf der öden, von den Meereswogen umbrandeten Felsinsel gleichsam bei lebendigem Leibe begraben.

Die Verurteilung von Dreyfus wirkte in höchst ungünstiger Weise auf die Lage der gesamten französischen Judenheit zurück. Die auf das Haupt eines einzelnen Juden gehäufte Schmach blieb an allen seinen Stammesgenossen haften. Die geistlichen und weltlichen Antisemiten gewannen festen Boden unter den Füßen und durften sich nunmehr in öffentlichen Versammlungen, im Parlament sowie in der Presse nach Herzenslust austoben. Sie forderten mit Ungestüm den Ausschluß der Juden aus dem Staatsdienst und hofften, nach und nach die völlige Aufhebung der jüdischen Gleichberechtigung durchsetzen zu können. „Der Verräter Dreyfus" wurde in diesen Kreisen zu einem anderen Namen für den Juden schlechtweg, eine Verallgemeinerung, vor der zuweilen sogar Liberale nicht zurückschreckten. Der französischen Judenheit aber, die während des langen Assimilationsprozesses national wehrlos geworden war, ging die Kraft ab, gegen ihren Feind geschlossen vorzugehen. Es war offensichtlich, daß nur die Rehabilitation des Verurteilten einen Umschwung in dem Verhältnis der Franzosen zu den Juden herbeiführen konnte, doch standen dem fast unüberwindliche Hindernisse im Wege, da die Wieder-

herstellung des guten Rufes des zu Unrecht Entehrten die Enthüllung der Machenschaften der höchsten militärischen Stellen und damit zugleich die Beeinträchtigung des Ansehens Frankreichs im Auslande, sowohl im verbündeten Rußland als auch in den Ländern des wenig freundschaftlichen Dreibundes, voraussetzte. Und als zwei Jahre nach der Einkerkerung des unschuldigen Dreyfus auf der Teufelsinsel der Kampf um die Revision seines Prozesses einsetzte, erhob sich im Lande in der Tat ein so gewaltiger politischer Sturm, daß die Handvoll französischer Juden mehr als einmal in schwerster Gefahr schwebte.

Der erste Anstoß zu der Wiederaufnahme des Verfahrens ging von einem Manne aus, der, wiewohl Offizier des französischen Generalstabs, sich durch das von diesem gesponnene Lügengewebe nicht hatte beirren lassen. Es war dies der Oberst Picquart, der, 1896 an die Spitze des Nachrichtenbüros gestellt, nach Einsichtnahme in das Dreyfus zum Verhängnis gewordene „Geheimdossier" die Feststellung machte, daß es keinerlei den Verurteilten belastende Schriftstücke enthalte. Zugleich war es Picquart gelungen, dem wirklichen Verräter auf die Spur zu kommen. Es wurde nämlich ein vom deutschen Militärattaché an den französischen Major Esterhazy gerichtetes Stadttelegramm abgefangen, aus dem hervorging, daß der letztere Spionage treibe. Bald stellte sich heraus, daß auch das seinerzeit aufgegriffene „Bordereau" von diesem genußsüchtigen und stets geldbedürftigen Offizier aufgesetzt worden sei. Sein langjähriges verbrecherisches Treiben stand somit fest, und fraglich war nur noch, ob Esterhazy der einzige Spion im Generalstab gewesen sei oder mit Dreyfus zusammengearbeitet habe. Picquart war schon nahe daran, die Unschuld des jüdischen Hauptmanns aufzuklären, als er auf den verzweifelten Widerstand seines Stellvertreters, des mit Esterhazy eng befreundeten Eskadronchefs Henry stieß, des Urhebers jener Fälschungen, die zur Verurteilung von Dreyfus geführt hatten. Da die Überführung Esterhazys auch Henry ins Verderben zu stürzen drohte, beeilte sich dieser, zu einer neuen Fälschung zu greifen und zugleich in die Boulevard-Presse die Meldung zu lancieren, daß sich der Generalstab, allen anderslautenden Nachrichten entgegen, im Besitze eines Geheimdokuments befinde, in dem Dreyfus als Verräter militärischer Geheimnisse mit vollem Namen genannt sei. Daraufhin veröffentlichte der jüdische Mitarbeiter fortschrittlicher Pariser Blätter *Bernard Lazare* eine Flugschrift mit dem Titel „La vérité sur l'af-

faire Dreyfus" (1896), in der er nachdrücklichst erklärte, daß der Generalstab über keinerlei echte, gegen Dreyfus sprechende Dokumente verfüge und daß schon allein die Beeinflussung des Gerichts durch derlei Apokryphen hinter dem Rücken des Angeklagten ein Amtsverbrechen gewesen sei. Nunmehr ging auch vielen Politikern ein Licht auf. Unvoreingenommene Parlamentsmitglieder und Publizisten setzten sich zum Ziel, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, einer Wahrheit, die den Leitern des Kriegsressorts und der reaktionären Parteien recht unangenehm zu werden drohte. So entbrannte denn im Parlament, in der Presse und im öffentlichen Leben überhaupt ein heftiger Kampf, in dem den judenfeindlichen Chauvinisten auf der einen Seite die Parteigänger der Revision des Landesverratsprozesses, die „Dreyfusards" oder Revisionisten, auf der anderen Seite gegenüberstanden.

Ein ganzes Triennium lang (1896—1899) bildete die Dreyfus-Affäre („l'Affaire") das Zentralproblem der französischen Politik, und der Kampf um die Rehabilitation des jüdischen Hauptmanns wuchs sich zu einem prinzipiellen Streit zwischen Republikanern und Reaktionären, zwischen den Vertretern der Humanitätsidee und den engherzigen „Nationalisten" aus. Je nach der Wendung, die die Affäre nahm, kamen und gingen die Ministerkabinette, wobei am häufigsten die Kriegsminister wechselten. Auf die Aufrechterhaltung des Ansehens ihres Ressorts bedacht, standen die einander ablösenden Kriegsminister nicht an, Lüge auf Lüge zu häufen. Von der Schuld Esterhazys überzeugt, wollten sie indessen seine Verurteilung nicht zulassen, da sonst alle im Prozeß Dreyfus angewandten Schliche und Kniffe an den Tag gekommen wären. Die Antidreyfusards setzten daher das Gerücht in Umlauf, daß Esterhazy ein Opfer jüdischer Ränke sei, daß man ihn in die Affäre nur zu dem Zwecke hineingezogen habe, um einen Juden reinzuwaschen. Dies ermöglichte den Militärbehörden, die Untersuchung gegen Esterhazy so zu führen, daß der notorische Verräter, in Mißachtung aller Garantien objektiver Rechtsprechung, vom Gericht freigesprochen wurde (Januar 1898). Gegen diese schmachvolle Politik trat nun einer der volkstümlichsten Schriftsteller Frankreichs, der Meister des sozialen Romans, *Emile Zola*, in die Schranken. Er veröffentlichte in Form eines offenen Briefes an den Präsidenten der Republik Faure einen scharfen Zeitungsartikel mit der Überschrift: „J'accuse" („Ich klage an"), in dem er die Mi-

nister, die Generalität und das Kriegsgericht „des größten Verbrechens wider die Menschlichkeit" beschuldigte, dessen Opfer der Dulder auf der Teufelsinsel sei. „Ich klage das erste Kriegsgericht — so schrieb Zola — der Verletzung des Gesetzes an, der Verurteilung eines Angeklagten auf Grund eines diesem (Dreyfus) verheimlichten Dokuments. Ich klage auch das zweite Kriegsgericht an, weil es diese Gesetzesübertretung gedeckt und seinerseits in verbrecherischer Weise einen offenkundigen Verbrecher (Esterhazy) freigesprochen hat". Der geharnischte Protest Zolas machte überall im Lande tiefsten Eindruck. Hatte er doch das ganze Kriegsressort, den Abgott des militaristischen Frankreich, auf die Anklagebank verwiesen. Es erhob sich ein Zetergeschrei über die dem Heere zugefügte Beleidigung, worauf Zola von einem Schöffengericht zu einjähriger Gefängnisstrafe sowie zu einer Geldbuße verurteilt wurde; das Kassationsgericht bestätigte das ergangene Urteil, das ja formell unanfechtbar war: der temperamentvolle Schriftsteller hatte hohe Staatsbeamte der Dokumentenfälschung geziehen, ohne in der Lage zu sein, den Wahrheitsbeweis anzutreten, da die in Frage kommenden Schriftstücke sich in den Händen der Bezichtigten selbst befanden und als militärische Geheimdokumente nicht veröffentlicht werden durften. Nach der Bestätigung des gegen ihn verhängten Urteils zog sich Zola nach England zurück, um den Feinden der Gerechtigkeit keinen neuen Anlaß zur Schadenfreude zu geben und fern von Paris die Erfüllung seiner Prophezeiung abzuwarten: „Die Wahrheit ist auf dem Marsche und nichts kann sie aufhalten!"

Der Kampf um die sich Bahn brechende Wahrheit lastete fortan mit seiner ganzen Schwere auf dem Obersten Picquart. Ungeachtet dessen, daß dieser durch seine ersten Versuche, die patriotischen Fälschungen ans Licht zu bringen, bei seinen Vorgesetzten stärksten Unwillen erregt hatte, setzte er das in Angriff genommene Werk unbekümmert fort. In einem offenen Schreiben an den Premierminister Brisson erbot er sich, den Beweis zu erbringen, daß das den „jüdischen Spion" erwähnende Geheimdokument im Generalstab selbst hergestellt worden sei, und daß auch der von „der Canaille D." handelnde Zettel nicht Dreyfus, sondern eine andere Person betreffe. Der Wahrheitsverfechter Picquart fand indessen im Kriegsministerium kein Gehör und wurde ohne viel Umstände ins Gefängnis gebracht... Bald kam es indessen zu einem Zwischenfall, der die Stellung der

„Antidreyfusards" sogar in militärischen Kreisen von Grund aus erschütterte. Der Hauptschwindler Henry mußte nämlich seinem Chef Boisdeffre eingestehen, die den „jüdischen Spion" bloßstellende Urkunde aus einem patriotischen Beweggrunde, in der Sorge um die Ehre der Armee, gefälscht zu haben. Ins Gefängnis gesperrt, legte Henry, der noch andere Gaunereien auf dem Kerbholze hatte, am 31. August 1898 selbst Hand an sich. Um die gleiche Zeit flüchtete Esterhazy, um nicht in die Lage zu kommen, Dreyfus auf der Teufelsinsel ablösen zu müssen, ins Ausland. Alle, die nicht endgültig verblendet waren, sahen nunmehr ein, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses unvermeidlich geworden sei, doch sollten die französischen Juden, ehe dieses Ziel erreicht war, noch schwere Zeiten durchmachen.

In der Furcht vor der ihnen drohenden Entlarvung entfachten die Antisemiten und Antirepublikaner im ganzen Lande eine wütende Agitation, um die durch die Dreyfus-Affäre aufgewühlten Volksmassen zu einem Generalangriff sowohl gegen das Judentum als auch gegen die Republik zu bewegen. So wurde das Jahr 1898 zum traurigsten Jahre in der neuesten Geschichte der französischen Juden. Schon gleich nach der Veröffentlichung des Briefes Zolas, in dem dieser unerschrocken auf die Krebsschäden des französischen Patriotismus hingewiesen hatte, kam es in Paris zu wüsten judenfeindlichen Kundgebungen. Die Menge schrie: „Tod den Juden! Zum Teufel mit Zola!" Ähnliche Szenen spielten sich auch in den im Januar 1898 von Drumont, Rochefort und anderen Antidreyfusards veranstalteten Volksversammlungen ab. Von dem glühenden Judenhasser Guérin angeführte Banden schlugen die Schaufenster der jüdischen Läden ein, überfielen Juden gehörende Werkstätten und machten die vorgefundenen Werkzeuge unbrauchbar. Nicht anders benahmen sich die außer Rand und Band geratenen „Patrioten" in der Provinz (in Bordeaux, Marseille, Nantes, Lyon, Nancy und anderen Städten), wobei sich am wildesten vielfach die Studenten gebärdeten. Im Zeichen des das Land beherrschenden Chauvinismus standen auch die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres. Viele Wahlkandidaten mußten sich ausdrücklich zum Kult der Armee bekennen und feierlich geloben, die Revision des Dreyfus-Prozesses nach Kräften zu hintertreiben. Das neugewählte Abgeordnetenhaus wies eine beträchtliche Schar von Klerikalen und Antisemiten mit Drumont an der Spitze auf, die, zur Fraktion der

„Nationalisten" zusammengeschlossen, einen erbitterten Kampf gegen die republiktreuen Radikalen und Sozialisten führten.

Am schlimmsten trieben es die Antisemiten in *Algerien*, wo die im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre herrschende Geistesverwirrung den Feinden der Juden eine günstige Gelegenheit bot, ihre Pläne zur Ausführung zu bringen. Bereits im Jahre 1897 wurden in den wichtigsten Landeszentren (in den Städten Algier, Oran und Constantine) „antijüdische Ligen" gegründet, die in die Provinz Hetzredner entsandten und die niedrigsten Leidenschaften der Menge aufpeitschende Blättchen („L'Anti-Juif" u. a.) unterstützten. Als in der Universität von Algier der neuernannte jüdische Professor der Rechtswissenschaft Levy zur Vorlesung erschien, ließen ihn die Studenten nicht zu Worte kommen, überhäuften den hinzueilenden Rektor mit Schmähungen und zertrümmerten kurz darauf die Fensterscheiben in der Redaktion des gegen den Unfug protestierenden Lokalblattes. In der Provinz Oran verwüstete eine buntscheckige, aus Franzosen, Italienern, Spaniern und Arabern bestehende Menge die Synagogen und plünderte die jüdischen Häuser aus. In der Stadt Mostaganem kam es zu einer Schlägerei zwischen Christen und Juden, wobei diese, nachdem sich ihren christlichen Feinden auch die Muselmanen angeschlossen hatten, aufs übelste zugerichtet wurden (Mai 1897). Ihren Höhepunkt erreichte aber die Pogromwelle im Jahre 1898. Die Pariser Kundgebungen gegen den für Dreyfus eintretenden Zola zogen in der Hauptstadt Algeriens unverzüglich einen regelrechten Pogrom nach sich. „Hauen wir jeden Juden entzwei, damit sich ihre Zahl verdoppele!" — so spotteten nach Henkersart die algerischen Hetzredner. Als ihr Wortführer, ein junger italienischer Abenteurer namens Max Regis, verhaftet und dem Gericht überantwortet wurde, veranstaltete die Menge gegen den pflichttreuen Gouverneur eine feindliche Kundgebung, und das Gericht beeilte sich daraufhin den judenfeindlichen Italiener freizusprechen. Eine weitere Verschärfung erfuhr die antijüdische Bewegung in der französischen Kolonie, nachdem in Algier der dort für das Parlament kandidierende Papst des Antisemitismus, Drumont, eingetroffen war. Der Gast aus Paris konnte mit Befriedigung feststellen, daß die von ihm verfochtenen Prinzipien auf afrikanischem Boden bereits praktische Geltung erlangt hatten. Die sieghaften Antisemiten entsandten ihren Häuptling Regis nach Paris und beauftragten ihn, die Ursachen der antijüdischen Unruhen in entsprechen-

dem Sinne darzustellen sowie auf die Aufhebung der Gleichberechtigung der algerischen Juden zu dringen. Indessen wurde ein dahingehender, von der antisemitischen Fraktion gestellter Antrag von der Abgeordnetenkammer abgelehnt.

Mittlerweile näherte sich das Dreyfus-Drama seinem Ende. Die nach dem Selbstmord Henrys und der Flucht Esterhazys unvermeidlich gewordene Revision des fatalen Prozesses wurde auf den Beschluß des Ministeriums Waldeck-Rousseau, und mit Zustimmung des neugewählten Präsidenten der Republik, Loubet, endlich in Angriff genommen. Das oberste Kassationsgericht stellte fest, daß das Strafverfahren gegen Dreyfus in gesetzwidriger Weise durchgeführt worden sei, und betraute mit der erneuten Untersuchung der Sache das Militärgericht zu Rennes, wohin auch der durch die fünfjährige Haft völlig erschöpfte Gefangene von der Teufelsinsel gebracht wurde. Die Gerichtsverhandlung fand im August und September 1899 statt und löste im Lande einen leidenschaftlichen Parteikampf aus. Des Triumphes ihrer gerechten Sache gewiß, entfalteten die Dreyfusards in ihrer Presse (im „Siècle", in dem Organ Clemenceaus „Aurore" usw.) eine eindrucksvolle Agitation. Die Nationalisten wiederum zeterten, daß die Freisprechung des Angeklagten Frankreich mit Schmach bedecken müsse, da ja die Schuld in diesem Falle auf die Führer der Armee zurückfallen würde. Um ihre Reputation zu wahren, gaben sich nun diese Heeresführer, der ehemalige Kriegsminister Mercier und seine Amtsnachfolger, alle Mühe, das Gericht davon zu überzeugen, daß Dreyfus schuldig sei. Der Verteidiger des Angeklagten, der berühmte Labori, zerstörte indessen in seinen glänzenden Plädoyers das morsche, aus wurmstichigem Material errichtete Gebäude der Anklage bis auf den Grund. Die Richter waren sich darüber klar geworden, daß das Recht auf Seiten der Verteidigung sei, konnten sich aber trotzdem von dem Druck des nationalistischen Terrors nicht freimachen. Als die Gerichtsverhandlung noch im Gange war, wurde auf Labori von einem unermittelt gebliebenen Fanatiker auf der Straße ein Attentat verübt, das allerdings fehlschlug. Der Kriegsmoloch forderte offensichtlich ein weiteres Opfer, ein neues Fehlurteil. So trafen denn die Richter von Rennes mit einer Mehrheit von fünf Stimmen gegen zwei die Kompromißentscheidung, daß Dreyfus zwar schuldig sei und zu zehnjähriger Festungshaft verurteilt werden müsse, daß er jedoch Nachsicht verdiene, weshalb bei dem Präsidenten der

Republik um die Begnadigung des Verurteilten anzusuchen sei. Dieser durch und durch unaufrichtige Urteilsspruch rief bei den Dreyfusards, denen es weniger um das persönliche Los des jüdischen Hauptmanns als um den Triumph der Wahrheit und Gerechtigkeit zu tun war, tiefste Empörung hervor. Labori redete Dreyfus zu, auf die Begnadigung, durch die die auf ihn gehäufte Schmach nicht getilgt sein würde, zu verzichten und auf eine erneute Revision seines Falles zu dringen. Dem gänzlich zermürbten Gefangenen fehlte indessen die Kraft, den Kampf fortzuführen: als ihn der Präsident Loubet dem Gerichtsantrag gemäß begnadigte, gab er sich damit zufrieden und zog sich ins Privatleben zurück. Die Regierung aber hatte nichts Eiligeres zu tun, als die das Heer kompromittierende Affäre endgültig aus der Welt zu schaffen, und veranlaßte zu diesem Zwecke das Parlament ein Amnestiegesetz anzunehmen, das allen, die sich im Zusammenhang mit dem Dreyfus-Prozeß schuldig gemacht hatten, Straffreiheit zusicherte (1900).

Dem Gewissen der besten Männer Frankreichs widerstrebte es jedoch, es bei diesem Ergebnis bewenden zu lassen. Clemenceau, Jaurès und eine Reihe anderer entschiedener Republikaner waren nach wie vor unablässig bemüht, hinter die Quertreibereien der Scheinpatrioten zu kommen. Im Jahre 1903 trat Jaurès in der Deputiertenkammer mit der Erklärung hervor, daß er über noch unbekanntes Belastungsmaterial gegen die früheren Leiter des Generalstabs verfüge. Der neuernannte Kriegsminister André ließ sich das berüchtigte „Geheimdossier" vorlegen und kam zu dem Ergebnis, daß eine zweite Revision des Dreyfus-Prozesses dringend geboten sei. Dies bewog nun Dreyfus, seinerseits beim Kassationsgericht die Revision zu beantragen. Die daraufhin angeordnete Ergänzungsuntersuchung zog sich über zwei Jahre hin, so daß dem vielgeprüften Dreyfus erst im Jahre 1906 die Genugtuung zuteil wurde, vom obersten Gericht für völlig unschuldig erklärt zu werden. Damit ward nicht nur ein einzelner Jude und die für ihn von den Antisemiten haftbar gemachte französische Judenheit, sondern auch die französische Republik selbst von schwerer Schmach befreit. Der von klerikal-antisemitischem Dunst getrübte politische Horizont begann sich nach und nach aufzuklären. Das seit 1902 am Ruder stehende Ministerium Combes führte mit Nachdruck die Trennung der Kirche vom Staat durch. Indem die Regierung die Schließung der katholischen Kongregationsschulen ver-

fügte, die durch weltliche Schulen ersetzt wurden, zerstörte sie die Brutstätten des Klerikalismus. Dem entarteten Nationalismus der Drumont und Konsorten war ein Schlag versetzt worden, von dem er sich nicht wieder erholen konnte, und die Fraktionen der Nationalisten und Klerikalen büßten im Parlament jede Bedeutung ein. So war es der chauvinistischen Reaktion in Frankreich beschieden, durch die von ihr angezettelte Dreyfus-Affäre ad absurdum geführt zu werden.

§ 25. *Das innere Leben der französischen Juden*

Es wäre natürlich gewesen, wenn die französischen Juden aus den schweren Prüfungen dieser Zeit heilsame Lehren gezogen hätten, doch traf dies nur in geringem Maße zu. Die Seuche des Antisemitismus sollte auf den sich in der französischen Judenheit seit dem Ausgang des XVIII. Jahrhunderts vollziehenden Prozeß der Assimilation und der Selbstverleugnung lediglich retardierend wirken. Allerdings fehlte es nicht an Versuchen, wenigstens die Überreste der jüdischen Nationalidee, den Gedanken der die Juden aller Länder verbindenden Solidarität zu retten und das Bewußtsein wachzuerhalten, daß die westeuropäischen Bekenner des Judentums dazu berufen seien, ihre unterdrückten und zurückgebliebenen Stammesgenossen im Osten kulturell zu fördern. Auch nach dem 1880 erfolgten Tode des glänzendsten Repräsentanten dieses Missionsgedankens, des Präsidenten der Pariser „Alliance Israélite Universelle" Adolphe Crémieux (Band IX, § 49), wich die von ihm viele Jahre hindurch geleitete Organisation von dem ihr gewiesenen Weg zunächst nicht ab: sie gründete immer neue Schulen mit französischer Unterrichtssprache in den orientalischen Ländern, griff hilfreich bei schwereren Katastrophen, bei Pogromen, Ritualmordprozessen und sonstigen Judenverfolgungen im türkischen Herrschaftsbereich sowie in Rumänien ein und kam auch den Auswanderern aus Rußland zu Hilfe. Nach und nach büßte jedoch die Wirksamkeit der „Alliance" ihren politischen Charakter ein und beschränkte sich ausschließlich auf kulturelle Fürsorge und Wohltätigkeit. Es war dies eine Folge der wütenden Angriffe der sich über ganz Europa verbreitenden antisemitischen Presse, die den Pariser Verband als „Judeninternationale" und „jüdische Zentralregierung" verschrie. Unter den von Drumont an die Wand gemalten Schreckensgespenstern war es neben dem Hause Rothschild in erster Reihe die

„Alliance", die die Aufmerksamkeit der Antisemiten erregte. Was blieb den nüchternen jüdischen Politikern anderes übrig, als Loyalität zu bekunden und sich möglichst unauffällig zu benehmen? Einer politischen Intervention zugunsten der hart bedrängten russischen Juden stand überdies das seit 1891 immer festere Formen annehmende französisch-russische Bündnis im Wege, jene Annäherung der Republik an den Hort des Despotismus, die unweigerlich die Demoralisation Frankreichs nach sich ziehen mußte. Als dann in Frankreich selbst der Sturm der Dreyfus-Affäre losbrach, war die „Alliance", ebenso wie alle anderen Organisationen der französischen Juden, zu völliger Machtlosigkeit verurteilt.

Soweit sich jüdische Politiker an dem Kampf um die Wahrheit beteiligten, taten sie dies nicht als Vertreter der Judenheit, sondern als Franzosen. So der seinem angestammten Volke innerlich entfremdete Abgeordnete und Redakteur der Zeitung „République Française" *Joseph Reinach*, der gegen die in der Dreyfus-Affäre offenkundig gewordene klerikal-antisemitische Verschwörung, wie schon früher gegen den Boulangismus, lediglich als Mitglied der französischen Partei der gemäßigten Republikaner kämpfte. Näher stand dem Judentum gegen Ende seines Lebens der jüngere Mitstreiter Reinachs in der „Affaire", Bernard Lazare. Der hochbegabte, schon erwähnte Journalist und Literaturkritiker war viel zu tief veranlagt, um sich mit dem Niveau der seichten Boulevard-Presse zufrieden geben zu können: mit dem ihn quälenden Problem des Judentums unausgesetzt beschäftigt, suchte ihm Lazare auf den mannigfachsten Wegen beizukommen. Die erste von ihm gebotene Lösung entsprach ganz dem Geiste der Zeit. In einem Artikel „Juifs et Israélites" (1891) trat er den antisemitischen Verleumdungen noch mit dem wenig würdevollen Argument entgegen, daß zwischen den emanzipierten westeuropäischen „Israeliten" und den unterjochten, auf einem niedrigen Kulturniveau stehenden „Juden" Osteuropas ein strenger Unterschied zu machen sei. Zwar erblickte er in jenen nur die Avantgarde der Judenheit, doch hatte er es übersehen, daß dieser Vortrupp so weit vorausgeeilt war, daß er jede Fühlung mit den breiten Volksmassen und jegliches Verständnis für die heiligsten Güter der nationalen Kultur verloren hatte. Nicht minder trivial war der von Lazare in seinem 1894 erschienenen Buche: „Der Antisemitismus, seine Geschichte und seine Ursachen" vertretene Standpunkt, daß der das Rassen- oder

nationale Moment betonende Antisemitismus mit der endgültigen Beseitigung der Absonderung der Juden völlig gegenstandslos werden würde und daß auch der wirtschaftliche Antisemitismus der werktätigen Massen in dem Augenblick verschwinden müsse, in dem die Irregeführten zu der Erkenntnis gelangen, daß es das Kapital schlechthin und nicht nur das jüdische Kapital zu bekämpfen gelte. Von dieser landläufigen Auffassungsweise sollte Lazare erst abkommen, als ihm die Dreyfus-Affäre die tieferen Hintergründe des jüdischen Problems enthüllte. Nachdem er mehrere Jahre lang in Wort und Schrift für die Revision des Prozesses gekämpft und sein Ziel schließlich erreicht hatte, vollzog er die Schwenkung von der allgemeinen Politik zur jüdischen. Zunächst begeisterte er sich für den politischen Zionismus und beteiligte sich auch an dem zweiten Baseler Kongreß (1898), wandte sich jedoch bald, über die „diplomatischen" Methoden Herzls verstimmt, von der zionistischen Bewegung ab. Die Fühlungnahme mit den russischen und rumänischen Juden veranlaßte Lazare, unter anderem auch seine Grundansichten über den östlichen Kern des jüdischen Volkes von Grund aus zu revidieren. Der um die allseitige Lösung der jüdischen Nationalfrage ringende Wahrheitssucher wurde schon 1903, noch verhältnismäßig jung an Jahren, vom Tode ereilt.

Unter den auserlesensten Männern Frankreichs besaßen die Juden um diese Zeit nicht wenige aufrichtige Freunde, die jedoch in ihren Ansichten über Wert und Wesen des Judentums weit auseinandergingen. Ernest Renan, der sich als Geschichtsforscher in den Geist des antiken Judentums vertieft hatte, vermochte für die neuzeitliche nationale Auffassung der jüdischen Geschichte keinerlei Verständnis aufzubringen. Es ist bereits erwähnt worden, daß er zwecks Verteidigung der Juden die Reinheit ihrer Rasse und ihr Anrecht auf den Titel einer Nation bestreiten zu müssen glaubte. In der hier behandelten Zeit entstand seine fünfbändige „Geschichte des Volkes Israel" („Histoire du peuple d'Israël", 1887—1893), die zu den glänzendsten, aber auch zu den subjektivsten Werken der Historiographie gehört. Die mit der Begeisterung für den Universalismus der Propheten Hand in Hand gehende Ablehnung des für die Entwicklung des Judentums konstitutiven nationalen Prinzips, diese auch für die deutschen Theologen bezeichnende Grundeinstellung, konnte dem inneren Zusammenhang der jüdischen Geschichte unmöglich gerecht werden.

Wohl war es Renan gegeben, in genialer Intuition manche dunklen Punkte in der Geschichte des Judentums wie des Christentums schlaglichtartig zu beleuchten, doch hinderte ihn seine bei dem Freidenker atavistisch anmutende Kirchlichkeit, die bereits früher in seinen „Ursprüngen des Christentums" („Origines du Christianisme") zutage getreten war, daran, den Gesamtverlauf der jüdischen Geschichte sowie das Wesen ihres Trägers, des jüdischen Volkes, adäquat zu erfassen. Darum konnten sich auch auf das dem Volke Israel gewidmete Werk Renans gleichzeitig Judenfreunde und Antisemiten, z. B. solche Antipoden der Publizistik wie Drumont und *Anatole Leroy-Beaulieu*, berufen. In seiner umfangreichen Apologie „Israel unter den Völkern" („Israël chez les nations", 1893) gelangte dieser letztere, in Übereinstimmung mit den Humanisten des ausgehenden XVIII. Jahrhunderts, zu dem Schlußergebnis, daß „die Juden ihre Tugenden sich selber zu verdanken haben, während ihre Fehler auf die Verfolgungen durch die christlichen Völker zurückgehen". In einer 1902 erschienenen, „Doctrines de la haine" betitelten Schrift stellte Leroy-Beaulieu den Antisemitismus in eine Reihe mit solchen „Haßdoktrinen" wie dem Antiprotestantismus in den katholischen Ländern und dem Antiklerikalismus im Herrschaftsbereiche des Freidenkertums; selbst ein guter Katholik, suchte der Verfasser seine katholischen Glaubensgenossen davon zu überzeugen, daß ihre antisemitische Theorie sich leicht gegen sie selber kehren könne: werfe man doch nicht nur den Juden, sondern nicht selten auch den Klerikalen vor, daß sie einen „Staat im Staate" bilden. Einen viel schärferen Ton gegen die Judenfeinde schlug der feinsinnige Beobachter des französischen Lebens Emile Zola an, der noch vor seiner Kundgebung anläßlich der Dreyfus-Affäre in einem „Für die Juden" überschriebenen Artikel (1896) für die Verbreitung des französischen Antisemitismus ausschließlich den Klerikalismus verantwortlich machte. Seine Unvoreingenommenheit den Juden gegenüber bezeugte Zola dadurch, daß er in einigen seiner Romane („Geld", „Nana" u. a.) recht unsympathische Gestalten jüdischer Bankiers und Spekulanten auftreten läßt.

Im eigenen Lager hatten die französischen Juden um diese Zeit keine bedeutenderen Publizisten aufzuweisen. Die neuere Generation war der Assimilation verfallen und stand dem nationalen Problem völlig verständnislos gegenüber. Soweit von jüdischen Interessen noch die Rede sein konnte, beschränkten sich diese fast ausschließlich auf

den engen Bereich der Kultusgemeinden mit ihren Zentren, den Synagogen. Die Presseorgane der Gemeinden, genauer der sie repräsentierenden Rabbiner, waren die zwei in Paris erscheinenden Wochenschriften: das liberale Blatt „Archives Israélites" und das konservative „Univers Israélite", die, ganz verknöchert, für die brennenden Fragen des jüdischen nationalen Lebens keinen Sinn hatten. In den jüdischen Gelehrtenkreisen regte sich nur noch Interesse für die historische Vergangenheit des Judentums. In den letzten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts traten emsige Sammler geschichtlichen Quellenstoffes hervor, deren mühevolle Forscherarbeit die Werke ihrer deutschen Vorgänger ergänzte. Im Jahre 1880 wurde in Paris eine jüdische wissenschaftliche Gesellschaft („Société des études juives") gegründet, die sich in der Vierteljahresschrift „Revue des études juives" ein eigenes Publikationsorgan schuf. Die beachtenswerteste Leistung der neuen Zeitschrift war die Erforschung der Geschichte der Juden in Frankreich auf Grund von in den Archiven zutage geförderten Dokumenten. Dem Historiker *Isidore Loeb*, dem Großrabbiner von Frankreich *Zadoc Kahn*, *Israel Lévi* und anderen gebührt das Verdienst, diesen Teil der jüdischen Geschichte durch Darstellung mancher, die einschlägigen Kapitel der Geschichte von Graetz vervollständigenden Episoden bereichert zu haben. *Théodore Reinach*, der Bruder des erwähnten Politikers, trug in einer Reihe von Abhandlungen Material zur Geschichte der Juden in der hellenistischen Zeit zusammen[1]). Der bekannte Orientalist *Joseph Halévy* (Band IX, § 54) stellte in seinen „Studien zur Bibel" eine Reihe bibelkritischer Hypothesen auf und sein Fachgenosse *Joseph Dérenbourg* veröffentlichte Beiträge zur Geschichte der talmudischen und rabbinischen Literatur. Neben den genannten Forschern arbeiteten an der „Revue des études juives" auch jüdische Gelehrte aus anderen Ländern mit, und so wuchs

[1]) Von den Werken Reinachs ist das bedeutsamste: „Textes d'auteurs grecs et romains relatifs au judaisme" (Paris 1895), das eine systematische Zusammenstellung der das Judentum betreffenden Stellen aus dem antiken Schrifttum nebst französischer Übersetzung und erläuternden Anmerkungen bietet. Die von Reinach stammende kurzgefaßte Geschichte der Juden in der Diasporazeit („Histoire des Israélites depuis leur dispersion jusqu'à nos jours", Paris 1884; dritte Auflage 1907) ist nichts weiter als ein für die Schulen der „Alliance Israélite" bestimmtes Lehrbuch, das in betont assimilationsfreundlichem und apologetischem Geiste gehalten ist.

diese Zeitschrift im Laufe der Jahrzehnte zu einer ganzen Bibliothek wertvoller Materialien aus allen Gebieten des jüdischen Wissens an.

Woran es aber in Frankreich fehlte, war ein synthetischer Geist, der in einer umfassenden Verallgemeinerung den neu aufgehäuften geschichtlichen Stoff zu einem einheitlichen Ganzen hätte zusammenfügen können. Der einzige Gelehrte, der hierfür in Betracht kam, bot lediglich Ansätze zu einer solchen Synthese. Es war dies *James Darmsteter*, ein hervorragender Orientalist, der sich durch seine Untersuchungen über Parsismus und den Avesta („Etudes Iraniennes", 1883) hohen Ruhm erworben hatte. Einer aus Lothringen nach Paris ausgewanderten jüdischen Familie entstammend, genoß Darmsteter in seiner frühen Jugend eine traditionsgemäße, sich auf Bibel und Talmud aufbauende Erziehung; die französische Mittel- und Hochschule entfremdete ihn zwar in der Folgezeit der jüdischen Wissenschaft und wies ihm den Weg in abseits liegende Gebiete, doch sollte sein Interesse für das Problem der jüdischen Geschichte stets wach bleiben. Dieser Anhänger des Positivismus und Evolutionismus gehörte zu jenen Vertretern des Judentums, in deren „tiefstem, unzugänglichstem Seelenschacht — um mit seinen eigenen Worten zu reden — dort, wo der Geist der Ahnen ruht, zuweilen der Ton eines längst vergessenen Psalms erklingt, um sie plötzlich zu den Propheten der Vorzeit zurückzuführen". Darmsteter war in mancherlei Hinsicht Salvador (Band IX, §§ 29 und 49) wesensverwandt, dem er eine glänzende Charakterstudie widmete und dessen synkretistische Formel „Jerusalem, Rom, Paris" nachhaltigen Eindruck auf ihn gemacht hatte. Im Gegensatz zu Salvador träumte indessen Darmsteter nicht von der Verwandlung des realen Jerusalem in den geographischen Mittelpunkt der künftigen Weltreligion, sondern von einem geistigen, in das Herz der europäischen Kultur zu verlegenden Jerusalem. Aus dieser Stimmung heraus verfaßte er seine die jüdische Geschichte verherrlichende Schrift: „Coup d'œil sur l'histoire du peuple juif" (1883). Seine gelungenste Studie aber hat den biblischen Prophetismus zum Gegenstand („Les prophètes d'Israël", 1891), den er zwar, Renan folgend, nicht als eine nationale, sondern als eine universalistische Lehre deutete, jedoch mit einer viel inniger empfundenen Ehrfurcht darstellte als der skeptische Franzose. Voll Begeisterung verkündete der Verfasser, daß „die Religion des XX. Jahrhunderts aus einer Verbindung der Wissenschaft mit der Ethik der Propheten

hervorgehen" und daß in dieser Zukunftsreligion die neuzeitliche evolutionistische Weltanschauung in der „Vergötterung des kategorischen Imperativs" gipfeln werde. Die von Darmsteter gehegten Zukunftshoffnungen waren das einzige nationale Band, das ihn mit seinem Volke verknüpfte, da er den nationalen Charakter des Judentums außerhalb der rein geistigen Sphäre gleich allen Wortführern der westeuropäischen Judenheit rundweg leugnete. Es ist wohl anzunehmen, daß sich dieser durch und durch aufrichtige Forscher bei weiterem Nachdenken, insbesondere nach der im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre hereingebrochenen geistigen Krise, zu viel positiveren Ergebnissen durchgerungen hätte, wenn er nicht schon mit fünfundvierzig Jahren, im Herbst 1894, in dem gerade die „Affaire" ihren Anfang genommen hatte, aus dem Leben geschieden wäre.

§ 26. England, Holland, Belgien, Italien, die Schweiz und die Pyrenäische Halbinsel

Von Frankreich abgesehen, blieben die Juden in den übrigen, kleinere jüdische Zentren beherbergenden westeuropäischen Ländern[1]) vom Antisemitismus als einer organisierten politischen Bewegung verschont. Nach den Stürmen der Emanzipationsepoche trat im Leben dieser winzigen Splitter der Judenheit völlige Windstille ein, und man hätte auf sie das Wort anwenden können: „Glücklich die Völker, die keine Geschichte haben", wenn sie, vor den Auswüchsen des Judenhasses gesichert, zugleich mit der äußeren Geschichte nicht auch die innere, d. h. den Sinn für die alles belebende nationale Entwicklung eingebüßt hätten. Soweit sie in ihrer Ruhe gestört wurden, hatte dies seinen Grund darin, daß in diese Bezirke ungetrübten Friedens immer wieder Auswanderer aus Osteuropa verschlagen wurden, die ihren glücklicheren Stammesgenossen das Fortbestehen einer nicht assimilierten Judenheit in Erinnerung riefen. Ab und zu glommen infolge des Zustroms dieser „Fremdlinge" bald da, bald dort Fünkchen des

[1]) In all diesen Ländern zusammen gab es im Jahre 1881 nur etwas mehr als 200 000 Juden, und zwar (in runden Zahlen): in England 65 000, in Holland 82 000, in Belgien 8000, in Italien 40 000, in der Schweiz 7000, in den skandinavischen Ländern 7000 und auf der Pyrenäischen Halbinsel etwa 2000. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts nahm die jüdische Bevölkerung in Westeuropa infolge der Einwanderung aus Rußland fast überall an Stärke zu.

Antisemitismus auf, um jedoch in der von Zündstoff freien Umgebung bald wieder zu erlöschen. Auf der anderen Seite führte aber der Verkehr mit den neu zugewanderten Vertretern des nationalen Judentums dazu, daß der Entnationalisierungsprozeß der vom Volksorganismus losgetrennten Zellen seinen akuten Charakter verlor.

Vor der Judenheit *Englands* tauchte der Schatten des Antisemitismus in denselben Jahren auf, in denen sich diese Bewegung in Deutschland breit zu machen begann. Die von Gladstone geführte liberale Partei war damals über die „Treulosigkeit" ihrer jüdischen Mitläufer verstimmt, die sich auf die Seite der konservativen Regierung Disraeli-Beaconsfield geschlagen hatten (Band IX, § 51). Insbesondere wurden den Juden ihre Sympathien für die türkenfreundliche Politik Lord Beaconsfields vorgeworfen, der Rußland während des Krieges von 1877 daran gehindert hatte, unter dem Vorwand, die Balkanslawen befreien zu wollen, die Türkei zugrunde zu richten. Man witterte dahinter eine Verschwörung des semitischen Orients gegen den christlichen Okzident, und sogar Gladstone selbst stand nicht an, sich über „mangelnden jüdischen Staatsbürgersinn" („Hebrew incivism") zu beklagen. Es fand sich auch ein englischer Treitschke, der Professor Goldwin Smith, der, dem Beispiel seines deutschen Kollegen folgend, in den Jahren 1881—1883 eine Reihe antisemitischer Artikel veröffentlichte (in der Londoner Zeitschrift „Nineteenth Century"). Nachdem jedoch die Juden nach dem Tode Beaconsfields (April 1881) in die liberale Partei zurückgeströmt und die Parteileidenschaften verstummt waren, sollte auch diese Spur des Antisemitismus aus dem politischen Leben Englands völlig verschwinden. In den Jahren 1882 und 1890 war England das einzige Land in Europa, in dem trotz der zu befürchtenden diplomatischen Verwicklungen stürmische Protestkundgebungen gegen die Judenverfolgungen in Rußland stattfinden konnten (oben, §§ 15 und 18). Als im Jahre 1883, in dem sich der Geburtstag Luthers zum 400. Male jährte, der deutsche Hofprediger und Antisemitenhäuptling Stöcker eingeladen wurde, bei der Gedenkfeier im Rathaus von London eine Rede zu halten, sagte der Lord Mayor die ganze Veranstaltung mit dem Hinweis darauf ab, daß „Mr. Stöcker zu denjenigen gehöre, denen kein Lord Mayor gestatten könne, im Stadthaus der City, wo viele ehrenwerte jüdische Bürger wohnen, das Wort zu ergreifen".

Im sozialen Leben des Landes nahmen die englischen Juden nach

wie vor eine gehobene Stellung ein. Jüdische Notabeln bekleideten in der Hauptstadt des britischen Weltreiches wiederholt das Amt des Lord Mayors. Am Hofe der Königin Viktoria genossen die Vertreter der führenden Sephardim- und Aschkenasim-Geschlechter, mit Montefiore und den Rothschilds an der Spitze, höchstes Ansehen. Im Jahre 1885 erhielt zum ersten Mal ein Jude, der von der Königin zum Peer von England erhobene Nathaniel Rothschild, Sitz und Stimme im Haus der Lords. In der Folgezeit gehörten dem Oberhaus auch andere Juden an, darunter der Präsident der „Anglo-Jewish Association" und ehemalige Handelsminister im Kabinett Gladstone, Baron Worms, der als Lord Pirbright die Peerswürde erhielt und auf den neuen Titel, ein Überbleibsel des feudalen England, gleich den anderen jüdischen Lords nicht wenig stolz war. Gleichzeitig nahm auch die Zahl der jüdischen Mitglieder des Unterhauses zu und stieg gegen Ende des XIX. Jahrhunderts auf zwölf. Indessen konnte nur ein einziges unter ihnen, Sir Samuel Montagu, dessen Wahlkreis das von Juden dicht bevölkerte Londoner Viertel Whitechapel war, als jüdischer Vertreter im eigentlichen Sinne des Wortes gelten. Seiner religiösen Richtung nach ausgesprochen konservativ, gehörte er im Parlament zu den führenden Mitgliedern der liberalen Partei und wurde namentlich als Finanzsachverständiger geschätzt. Mehrere jüdische Politiker hatten in verschiedenen Kabinetten Staatssekretär- und Ministerämter inne. Ebenso wie in der Zivilverwaltung gelangten Juden auch in der Armee vielfach zu recht hohen Posten. Das enge Zusammenwirken von Juden und Christen im öffentlichen Leben hatte nicht selten ihre Verschwägerung untereinander zur Folge, doch waren die Mischehen in England keineswegs so häufig wie in Deutschland. Wiewohl nun jeder der beiden Eheleute in der Regel der angestammten Religion treu blieb, pflegten die Kinder aus solchen Mischehen als Christen erzogen zu werden, wie dies z. B. in der Ehe der Tochter Rothschilds mit dem bekannten Staatsmann Lord Roseberry der Fall war. Dieser von den höchsten Kreisen auf die jüdische Mittelschicht übergreifende Verschmelzungsprozeß hätte sich mit der Zeit verhängnisvoll auswirken müssen, wenn die seit den achtziger Jahren in ununterbrochenem Zuge aus Rußland, Polen und Rumänien einwandernden Juden nicht den Anschluß der jüdischen Inselkolonie an den großen jüdischen Kontinent mit all seinen Sorgen, Leiden und schmerzgeborenen Idealen herbeigeführt hätten.

§ 26. England und die übrigen kleineren Zentren

Seit dem Sommer 1881 landeten in London und den anderen größeren Hafenstädten Englands immer aufs neue Scharen von Ankömmlingen aus dem fernen Rußland, denen die Pogrome und die Rechtlosigkeit ihre Heimat verleidet hatten. Zum größten Teil zogen sie dann weiter nach Amerika, ein beträchtlicher Rest blieb aber jedesmal in England, namentlich in London, zurück, wo in den letzten zwei Dezennien des XIX. Jahrhunderts nahezu 50 000 ostjüdische Einwanderer ansässig wurden. Sie hausten im östlichen Teil der Stadt („East End"), in den Armenvierteln Stapney und Whitechapel. Im Laufe der Zeit bildete sich hier eine homogene jüdische Gemeinde, die sich von der im Londoner Westen durch ihre jiddische Umgangssprache, ihre Sitten sowie durch ihre sozial-wirtschaftliche Lage unterschied und in vielem an die Gemeinden des russischen Ansiedlungsrayons erinnerte. Die Eingewanderten setzten sich in ihrer großen Masse aus Handwerkern: Schneidern, Schustern und Tischlern, zusammen, die teils eigene Betriebe besaßen, teils als Lohnarbeiter tätig waren. Diese sahen sich rücksichtslosester Ausbeutung seitens ihrer Arbeitgeber preisgegeben und mußten infolge des berüchtigten „Schwitz-Systems" („Sweating system") bei niedrigsten Lohnsätzen in eine übermäßig lange Arbeitszeit einwilligen. Eine weitere Erwerbsquelle bot den Einwanderern der Kleinhandel, in dem es viele von ihnen so weit brachten, daß sie mit der Zeit zu Inhabern ansehnlicher Kaufhäuser wurden. Kleinere Auswandererkolonien bestanden überdies in den Industriestädten Manchester, Leeds, Liverpool, Glasgow, Birmingham, in denen sich jedoch die Neuankömmlinge häufiger mit Handel als mit Handwerk befaßten. In den seit dem Beginn der achtziger Jahre verflossenen zwei Jahrzehnten hatte sich die jüdische Bevölkerung Englands (von den Kolonien abgesehen) verdreifacht, so daß sie sich am Anfang des XX. Jahrhunderts auf rund 200 000 Seelen bezifferte, von denen beinahe die Hälfte in London zusammengeballt war. Die Struktur der englischen Judenheit hatte sich hierdurch von Grund aus verändert. Neben den in der christlichen Umwelt fast verschwindenden Gruppen von alteingesessenen Sephardim und Aschkenasim waren nunmehr kompakte jüdische Enklaven entstanden. Der Kontrast zwischen der assimilierten und der ihre Eigenart pflegenden Judenheit fiel besonders in London mit seinen zwei (im Westen und Osten der Stadt bestehenden) Gemeinden auf. Ihre gegenseitigen Beziehungen standen zunächst im Zeichen der Wohl-

tätigkeit: die wohlhabenden Juden des West-End ließen es sich angelegen sein, der Not ihrer Stammesbrüder im East-End in der schweren Übergangszeit nach Kräften zu steuern, eine Aufgabe, die dem Delegierten-Rat der jüdischen Gemeinden („Board of Deputies") sowie einem besonderen „Russo-Jewish Committee" oblag. In der Folgezeit trat aber immer mehr die Fürsorgetätigkeit auf kulturellem Gebiet in den Vordergrund, die Sorge um die Verbreitung der englischen Sprache unter den Einwanderern sowie das Bestreben, ihnen die Anpassung an die neuen Lebensverhältnisse überhaupt zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wurden für die eingewanderten Ostjuden Abendkurse und für ihre Kinder Elementarschulen nach englischer Art („Jews' Free School") ins Leben gerufen. Bald bildete sich innerhalb der jüdischen East-End-Kolonie eine recht zahlreiche, über einen eigenen Debattierklub verfügende Sozialistengruppe, deren Führer zwei politische Emigranten aus Rußland, *Morris Wintschewskij* und *Philipp Kranz* (Rombro), waren. Der seinerzeit von Liebermann organisierte und später aufgelöste jüdische Arbeiterbund (Band IX, § 47) war so zu neuem Leben erstanden. Seit 1885 gaben Kranz und Wintschewskij die jiddische Zeitschrift „Der Arbeiterfraind" heraus, in der sowohl Parteigänger des Sozialismus als auch Anhänger des deutschen Anarchisten Johann Most zu Worte kamen, der sich früher eine Zeitlang in London aufgehalten hatte. Der jüdische Arbeiterklub pflegte antireligiöse Demonstrationen zu veranstalten, wie etwa öffentliche Festmahlzeiten am Jom-Kippur, was zu heftigen Zusammenstößen mit den Orthodoxen und dem Londoner Rabbinat führte. Der Kampf zwischen Vätern und Söhnen war also auch im Londoner Ghetto entbrannt.

Das Londoner Ghettoleben spiegelt sich aufs getreueste in den Werken eines Schriftstellers wider, der selbst zwischen zwei Kulturen, der jüdischen und der englischen, stand, in denen *Israel Zangwills* (1864—1926). Sprößling einer lange vor der großen Wanderung der achtziger Jahre aus Polen gekommenen Familie, erblickte er das Licht der Welt in London, besuchte die dortige jüdische „Freischule", wurde später Lehrer an dieser Schule, gab jedoch bald sein Lehramt auf, um als freier Schriftsteller zu wirken. Als Sittenschilderer zeigte sich Zangwill am stärksten in seinem großen Roman „Kinder des Ghetto: Bilder aus dem Leben eines sonderbaren Volkes" („Children of the Ghetto", 1892). Das in diesem Buche zu plastischer Dar-

stellung gelangende Ghetto des Londoner Ostens schilderte der Verfasser in jenem realistisch-romantischen, Humor und Lyrik vereinigenden Stil, in dem er auch sonst ein Meister war. Zangwill selbst stand damals bereits jenseits der Ghettomauern, vom Zauber der alten Welt zwar noch umweht, jedoch mit dem Geiste ganz der neuen europäischen Kultur zugewandt. „Unser Londoner Ghetto — heißt es im Prolog zu dem Roman — ist ein Winkel voller Poesie: im Dunste des Londoner Praktizismus blühen hier noch immer die duftenden Rosen der dahinwelkenden Romantik. Hinter der unscheinbaren, gleichsam versteinerten Oberfläche dieser abgesonderten Welt verbirgt sich eine andere, innere Welt von Visionen, deren Phantastik an die der Traumgesichte des Orients reicht. Indessen erstehen in der verzauberten Ghettowelt auch tatkräftige Männer, die den Mut aufbringen, die sie von dem freieren und gehaltvolleren Leben trennende Grenzlinie zu überschreiten, und sich durch die ihnen von der immer mehr zusammenschrumpfenden Mehrheit ihrer Stammesbrüder nachgerufenen Kraftworte und Verwünschungen nicht beirren lassen. Mag es nun zum Vorteil oder Nachteil der beiden Parteien geschehen, das Ghetto wird schließlich doch verlassen werden und nur noch die Ärmsten der Armen beherbergen". Anwohner zweier Welten, fühlte sich Zangwill stets zu zwitterhaften Gestalten und Gedankengebilden, zu jenem Synkretismus der Kulturen hingezogen, von dem in der einen oder anderen Weise Disraeli-Beaconsfield, Salvador und Darmsteter träumten. Als die vollkommenste Inkarnation dieses weltumspannenden Synkretismus galten ihm aber die „Träumer des Ghetto" der Vorzeit: ein Uriel da Costa, Spinoza oder Salomon Maimon, deren Geschicke er denn auch neben denen der urjüdischen Mystiker Sabbatai Zewi und Bescht in seinen Werken dichterisch verklärte („Dreamers of the Ghetto" und „Ghetto Tragedies", 1898). Nach dem Entstehen des politischen Zionismus sollte Zangwill in der jüdischen Nationalbewegung eine führende Rolle zufallen.

Einen Gegensatz zu der „westöstlichen" Romantik Zangwills bildete die nüchterne abendländische Sachlichkeit des rationalistischen Theologen und Reformfreundes *Claude Montefiore* (geb. 1858), der einer aristokratischen Familie des Londoner West-Ends entstammte. Sein Ideal, das er in einer Reihe von Vorlesungen und Predigten („Aspects of Judaism", 1895) sowie in Form eines didaktischen Bibelkommentars („Bible for home reading", 1896—1899) verfocht,

war die Rückkehr zum biblischen Judentum unter Verzicht auf die gesamte nachfolgende historische Traditon. Des nationalen Gewandes entkleidet und auf einen abstrakten „Theismus" reduziert, verband sich das biblische Judentum der Folgezeit im Geiste Montefiores mit den Lehren des Evangeliums, und so warf er erneut die alte Frage auf, ob der Grundgehalt des Judentums nicht mit dem des Christentums in Einklang gebracht werden könne. Schulter an Schulter mit Montefiore kämpfte für das „liberale Judentum" *Israel Abrahams* (1858—1925), dessen Predigten in dem Sammelwerk „Aspekte des Judentums" mitabgedruckt sind. Von seinen historischen Schriften ist die aufschlußreichste die sich an das große kulturgeschichtliche Werk Güdemanns anlehnende Arbeit über die jüdischen Lebensverhältnisse im Mittelalter („Jewish Life in the Middle Ages", London 1896). Im Jahre 1889 gründete Abrahams in Gemeinschaft mit Montefiore die wissenschaftliche Vierteljahresschrift „Jewish Quarterly Review", das englische Seitenstück zu der Pariser „Revue des études juives". Zu den Mitarbeitern der neugegründeten Zeitschrift gehörte unter anderen der Dozent für Talmudwissenschaft an der Universität von Cambridge *Salomon Schechter* (1847—1915), der berühmte Entdecker der „Genisa" von Kairo, in der der verschollene hebräische Urtext des Buches Ben Sira sowie viele Urkunden aus der gaonäischen Zeit aufgefunden wurden. Aus Rumänien eingewandert, kam Schechter in engste Berührung mit den Spitzen der englischen Judenheit und verfaßte seine wissenschaftlichen Werke in englischer Sprache („The Wisdom of Ben Sira", „Saadyana", „Studies in Judaism", 1896 bis 1902). Im Jahre 1887 wurde eine eigene Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der englischen Juden gegründet („Jewish Historical Society of England"), an deren Spitze *Lucien Wolf* und *Joseph Jacobs* standen. Ein hervorragender Publizist, veröffentlichte Wolf zahlreiche politische Artikel sowohl in nichtjüdischen wie in jüdischen Zeitschriften (namentlich im Londoner Wochenblatt „Jewish World") und verfaßte überdies eine Reihe von historischen Abhandlungen, von denen die beachtenswerteste die Monographie über Manasse ben Israel ist („Manasseh ben Israel's Mission to Cromwell", London 1901). Jacobs gebührte das Verdienst, das „Russo-Jewish Committee" gegründet und den ganzen Pressefeldzug organisiert zu haben, der die englischen Protestkundgebungen gegen die Judenverfolgungen in Rußland zur Folge hatte. Seine Untersuchungen zur frühesten Geschichte

der englischen Judenheit („Jews of Angevin England", London 1893) sowie seine sonstigen Beiträge zur jüdischen Geschichte, Ethnographie und Statistik („Sources of Spanish Jewish History", 1894; „Jewish Ideals", „Studies of Jewish Statistics") bieten eine Fülle wissenschaftlich wertvollen Stoffes.

Der Ostwind brachte einen frischen Luftzug auch in das stagnierende Leben der Juden in *Holland*. Der Hafenplatz Rotterdam, eine Durchgangsstation für viele aus Osteuropa nach Amerika ziehenden jüdischen Familien, wurde nämlich für einen Teil von ihnen zum Zugangstor in die Niederlande selbst. Infolge dieses Zustroms nahm die Zahl der holländischen Juden, von denen etwa die Hälfte in Amsterdam ansässig war, in den letzten zwei Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts merklich zu (104 000 Seelen im Jahre 1899 gegen 82 000 im Jahre 1881). Ihr Vollbürgerrecht wurde selbst in den Jahren, in denen im benachbarten Deutschland der Sturm des Antisemitismus wütete, von keiner Seite bestritten, was nicht zuletzt damit zusammenhing, daß die Beteiligung der jüdischen Bevölkerung am politischen Leben des Landes kaum ins Gewicht fiel. Nicht stärker als die Repulsion kam hier in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Juden und Christen auch die Attraktion zum Ausdruck. Die von beiden in jeder Hinsicht gleichberechtigten Parteien geübte Zurückhaltung ersparte den holländischen Juden die Konflikte, unter denen ihre Stammesgenossen in den Nachbarländern so schwer zu leiden hatten.

Anders lagen die Dinge in dem an Holland grenzenden katholischen *Belgien*, wohin die antisemitische Seuche aus dem der Sprache und der Religion nach verwandten Frankreich verschleppt worden war. In demselben Jahre 1898, in dem die Antisemiten anläßlich der Dreyfus-Affäre in den Pariser Straßen ihre lärmenden Kundgebungen veranstalteten, machte eine Handvoll von Judenhassern auch in Belgien den Versuch, eine ähnliche Bewegung zu entfesseln. Die dem Senat angehörenden Klerikalen erhoben die Forderung, daß jüdische Einwanderer nicht neu eingebürgert werden sollten. Als dem Senat eine Vorlage über den Hausierhandel unterbreitet wurde, traten die Antisemiten mit der Behauptung auf den Plan, daß die den normalen Handelsverkehr schädigenden Hausierer samt und sonders Juden seien. Der jüdische Senator Hirsch wies jedoch demgegenüber darauf hin, daß es im Lande nicht weniger als 17 000 Hausierer gebe, Juden aber, Frauen und Kinder mitgerechnet, bloß 9000 und daß diese

folglich den Hausierhandel unmöglich monopolisiert haben könnten. Im Juli desselben Jahres tagte in Brüssel ein katholischer Kongreß, an dem sich hohe kirchliche Würdenträger auch aus anderen Ländern beteiligten. Die belgischen Klerikalen ergriffen die Gelegenheit, um mit Hilfe einer mittelalterlichen Zeremonie für den Judenhaß zu werben. Sie entsannen sich nämlich der von den Kirchenannalen überlieferten „Tatsache", daß am 17. Juli 1370 aus einer von den Juden entweihten Hostie Blut geflossen sei, wodurch man die Schuldigen habe überführen und darauf der verwirkten Strafe, dem Feuertode, zuführen können. Am Sonntag, den 17. Juli 1898, bewegte sich nun durch die Straßen von Brüssel in einer feierlichen, zum Andenken an das Wunder veranstalteten Prozession eine zehntausendköpfige Menge mit Kardinälen und Bischöfen an der Spitze. Die liberale und radikale Presse legte indessen gegen diese an die schlimmsten Überlieferungen des Mittelalters anknüpfende Kundgebung entschiedene Verwahrung ein, wobei an manchen Orten die Liberalen gemeinsam mit den Sozialisten ihrerseits Gegendemonstrationen veranstalteten. Bald nach seinem plötzlichen Auflodern sollte freilich der belgische Judenhaß wieder erlöschen: die Seuche des Antisemitismus, die nach der Erledigung der Dreyfus-Affäre selbst an ihrem Ursprungsherd abgeflaut war, war ja in Belgien mit seinem kleinen Häuflein jüdischer Bürger von Anfang an eine mehr komische als traurige Erscheinung gewesen. So erfreute sich denn die belgische Judenheit in ihren alten Sitzen Antwerpen, Brüssel, Lüttich und Gent nach wie vor ungestörter Ruhe und nahm, namentlich infolge des Zustroms der auf dem Wege nach Amerika im Lande verbleibenden Auswanderer aus Rußland und Galizien, auch zahlenmäßig zu. In dem Hauptdurchzugsort dieser Wanderer, Antwerpen, waren die Juden unter der dortigen Großkaufmannschaft und in den Reihen des Proletariats gleich stark vertreten.

Ganz außerhalb der Einflußsphäre des Antisemitismus blieb *Italien*, das unter seiner Bevölkerung von 33 Millionen kaum 40 000 jüdische Bürger zählte. Die italienischen Juden verstanden es, von ihrer bürgerlichen Freiheit in vollem Maße Gebrauch zu machen. Sie waren in der aus Volkswahlen hervorgehenden Deputiertenkammer, in der ihre Zahl zwischen 6 und 15 schwankte, wie auch im Senat vertreten und bekleideten im Staatsdienst vielfach hohe Ämter bis zu den Ministerämtern herauf. In den Strudel des allgemeinbürgerlichen Lebens hineingezogen, vergaßen die italienischen Juden nicht nur das

erst vor kurzem abgeschaffte Ghetto, sondern auch ihre ehedem durch die verhaßten Ghettomauern geschützte autonome Organisation, von der nur noch halbleere Synagogen übriggeblieben waren. An Stelle der alten unscheinbaren Bethäuser waren allerdings inzwischen in Rom, Mailand, Florenz, Livorno und Turin prächtige „Tempel" erstanden, in denen die Andacht zum Teil nach reformiertem Ritus, unter Chorgesang und Orgelklängen abgehalten wurde. Der trotzdem überhandnehmende religiöse Indifferentismus wirkte im Verein mit dem Mangel an nationalem Selbstbewußtsein geradezu verheerend. Im Jahre 1887 wurde die mit dem ruhmreichen Namen S. D. Luzzatos verbundene Rabbinerschule von Padua nach Rom verlegt, ohne daß der Ortswechsel zu ihrem Aufschwung beigetragen hätte. Die jüdische Wissenschaft war in Italien verkümmert: die schöpferischen Kräfte des Judentums wurden von der italienischen Wissenschaft und Literatur absorbiert. Unter den dem Judentum entstammenden italienischen Gelehrten war der berühmteste der Anthropologe und Psychiater *Cesare Lombroso,* dessen Lehren von den psychophysischen Eigentümlichkeiten der Verbrecher sowie von den mannigfachen Berührungspunkten zwischen Genie und Irrsinn starke Beachtung fanden. — Für die Einwanderung von osteuropäischen Juden kam das übervölkerte Italien, aus dem die autochthonen Einwohner selbst massenhaft nach Amerika übersiedelten, fast gar nicht in Betracht.

In der *Schweiz* hatte sich das Verhältnis der christlichen Umwelt zu den Juden auch nach deren erzwungener Emanzipation (Band IX, § 52) nicht geändert. Zwar trat dort der neu aufgekommene aggressive Antisemitismus nicht in Erscheinung, doch war die die Juden von der christlichen Bevölkerung trennende Kluft trotz der äußeren Assimilation der ersteren nicht überbrückt. Die patriarchalischen Schweizer versuchten für die Juden hie und da aufs neue Beschränkungen einzuführen. Als Vorwand hierfür diente, wie schon früher in Deutschland, der Tierschutz. Einige Kantone untersagten nämlich die angeblich tierquälerische Viehschlachtung nach jüdischem Ritus, was den gesetzestreuen Juden den Fleischgenuß unmöglich machte. Als nun der Bundesrat das ergangene Verbot als dem Verfassungsprinzip der Gewissensfreiheit widersprechend beanstandete, setzte im Lande eine heftige Agitation ein, die die Bundesversammlung dazu bewog, in der Frage der Zulässigkeit einer Abweichung von der landesüblichen Viehschlachtungsart einen Volksentscheid herbeizuführen. Die

Volksabstimmung ergab eine Mehrheit von 188 668 Stimmen gegen 116 592 und von 11 Kantonen gegen 10 für das umstrittene „Schechita"-Verbot, so daß dieses für die ganze Schweiz Gesetzeskraft erlangte (1893). Die zum größten Teil orthodoxen Schweizer Juden mußten nunmehr, gleich ihren Glaubensgenossen in Sachsen, sich entweder mit vegetarischer Kost begnügen oder koscheres Fleisch aus dem Auslande beziehen. — Die Zahl der Juden in der Schweiz stieg um die Jahrhundertwende auf rund 10 000, von denen fast ein Drittel aus Rußland stammte. Wie bereits erwähnt, strömten aus Rußland nach der Schweiz außer den Auswanderern im eigentlichen Sinne des Wortes alljährlich Hunderte von Vertretern der jüdischen Jugend beiderlei Geschlechts, die, von den russischen Bildungsanstalten ferngehalten, die den Ausländern Zutritt gewährenden Hochschulen von Zürich, Bern, Lausanne und Genf aufsuchten. Die jungen Wanderer pflegten in der Regel nach Abschluß ihres Bildungsganges in ihre Heimat zurückzukehren, indessen gab es auch solche, die in der Schweiz verblieben und später dort naturalisiert wurden. Das nationale Selbstbewußtsein der alteingesessenen Schweizer Juden, das dem Gefrierpunkt nahe war, sollte durch die warme Strömung von Osten her vor endgültiger Erstarrung bewahrt bleiben. Das rege Leben und Treiben in den Kreisen der revolutionär gesinnten ostjüdischen Jugend und nicht zuletzt die Tatsache, daß in Basel seit 1897 wiederholt die zionistischen Kongresse tagten, wirkten anregend auch auf die autochthone Judenheit und rüttelten sie aus ihrem Schlummer.

In *Spanien* war das vor vierhundert Jahren ergangene Gesetz, wonach den Juden das Betreten des Landes untersagt war, formell noch immer nicht abgeschafft, so daß dort in den achtziger Jahren nur etwa 400 jüdische Einwohner gezählt wurden, die sich zumeist als ausländische Handelsvertreter in Barcelona und Madrid niedergelassen hatten. Aber auch diese Wenigen mußten ihre gemeinsame Andacht in Privathäusern verrichten, da den Juden nach der spanischen Verfassung jede „religiöse Kundgebung", d. h. der öffentliche Gottesdienst verwehrt war. Allerdings machten maßgebende spanische Kreise im Jahre 1886, wie schon fünf Jahre früher, unmittelbar nach den Pogromen in Rußland, den Versuch, die Juden aus dem Osten zur Einwanderung nach Spanien zu bewegen, doch sollten die dahingehenden Bemühungen fruchtlos bleiben. — Verschwindend gering war die Zahl

der Juden auch in *Portugal*, ungeachtet dessen, daß die Freiheit der Religionsübung dort bereits zu Beginn des XIX. Jahrhunderts proklamiert worden war. In dem Lande, in dem die Bevölkerung seit dem XVI. Jahrhundert gewohnt war, die Juden nur unter der Maske von Marranen zu sehen, konnte eben das Prinzip der Toleranz schwer Wurzel fassen. So bestand denn in Portugal um die Jahrhundertwende lediglich eine einzige regelrechte jüdische Gemeinde, die von Lissabon, der etwa 300 hauptsächlich aus Nordafrika und Gibraltar eingewanderte Familien angehörten.

§ 27. *Das judenfeindliche Rumänien*

Das an der Grenzscheide von Osteuropa und Westeuropa gelegene *Königreich Rumänien*, von jeher ein Hort grimmigen Judenhasses, verbarg unter dem Deckmantel des Scheinkonstitutionalismus einen Zustand politischer Barbarei und unter dem des modernen Prinzips des Rechtsstaates eine so weitgehende Entrechtung seiner jüdischen Bevölkerung, wie sie sonst nur noch in dem gleichfalls griechisch-orthodoxen Nachbarreiche Rußland fortbestand. Eine unwissende, von den Grundherren, den „Bojaren", ausgebeutete Bauernmasse, ein nicht minder unwissendes, fanatisiertes, die Verdrängung der Juden aus den Städten anstrebendes Kleinbürgertum und eine vom Polizeiwachtmeister bis zum Minister hinauf korrupte Beamtenschaft — so sah das christliche Rumänien aus; eine Viertelmillion Menschen, die dem feudalen Agrarlande zu industriellem Aufschwung hätten verhelfen können, durch die grausamen Gesetze jedoch auf die unterste Stufe des wirtschaftlichen Lebens, in den Bereich des Kleinhandels, des Kleingewerbes, ja des Pauperismus zurückgedrängt und zu kultureller Rückständigkeit verdammt wurden — dies war das Bild, das in den letzten Dezennien des XIX. Jahrhunderts die Judenheit Rumäniens bot. Ein Rußland im Kleinen, unterschied sich jedoch das Donaukönigreich von dem nördlichen Nachbarlande dadurch, daß in diesem die Unterdrückung der Juden eine Folgeerscheinung des herrschenden und von den liberal-demokratischen sowie den revolutionären Parteien bekämpften Absolutismus war, während in dem „konstitutionellen" Rumänien die Schuld an dem mit den Juden getriebenen Hohn die Öffentlichkeit nicht weniger als die Regierung traf, wobei der Judenhaß der liberalen Kabinette den der konservativen sogar

noch übertraf. Das Miniaturbild Rußlands mußte aber aus dem Grunde noch abstoßender wirken als das Original, weil in Rumänien die Juden ihrer bürgerlichen Rechte unter Verletzung einer internationalen Verpflichtung beraubt wurden.

Es ist bereits berichtet worden (Band IX, § 53), auf welche Weise die europäischen Großmächte, die auf dem Berliner Kongreß von 1878 in die Unabhängigkeit Rumäniens unter der Voraussetzung der bürgerlichen Gleichstellung der dortigen Juden eingewilligt hatten, von dem neuen Staat hintergangen worden waren. Indem Regierung und Parlament alle jüdischen Einwohner, selbst die im Lande geborenen, als „Ausländer" erklärten, schufen sie eine ungeheuerliche politische Fiktion: eine Klasse von „einheimischen Fremden", die auch kein anderer Staat zu seinen Untertanen zählte und die desungeachtet in Rumänien in bezug auf die Steuer- und Militärdienstpflicht den Inländern gleichgestellt, hinsichtlich ihrer persönlichen Rechte aber noch schlimmer daran waren als die Ausländer[1]). Wie erinnerlich, durften diese fiktiven Ausländer lediglich individuell um ihre Naturalisation nachsuchen, wobei das für die Einbürgerung zuständige Parlament die dahingehenden Gesuche in der Regel abschlägig beschied, so daß in den letzten zwei Dezennien des XIX. Jahrhunderts nicht mehr als 600 Juden die rumänische Staatsangehörigkeit erlangten. Die Großmächte, deren Pflicht es gewesen wäre, für die Einhaltung der Bestimmungen des Berliner Vertrags Sorge zu tragen, leisteten dieser betrügerischen Rechtsverletzung seitens der Machthaber und Volksvertreter Rumäniens keinen aktiven Widerstand. Vor einer Intervention zugunsten der Juden sicher (Beaconsfield war bereits 1881 gestorben), brachten die rumänischen Gesetzgeber ihre Experimente mit wachsender Dreistigkeit zur Ausführung. Durch die in den Gesetzen immer häufiger wiederkehrende Klausel, daß die neuergehenden Bestimmungen lediglich für Inländer Geltung hätten, wurden die Juden der elementarsten Rechte beraubt und in eine Lage versetzt, der gegenüber die rechtliche Stellung der eigentlichen, den Schutz ihres Heimatlandes genießenden Ausländer geradezu benei-

[1]) Der die Voraussetzungen der Naturalisation festsetzende Art. 7 der rumänischen Verfassung von 1879 statuierte einen Unterschied zwischen unter fremdem Schutz stehenden Ausländern und solchen, „die nicht unter fremdem Schutz stehen", womit ausschließlich die rumänischen Juden gemeint waren, da es damals die nach dem Weltkrieg so zahlreich gewordenen „Staatenlosen" überhaupt nicht gab.

denswert war. Am schwersten lasteten auf den Juden die Beschränkungen im Bereiche des Wirtschaftslebens: als „Ausländer" besaßen sie nicht das Recht, außerhalb der Städte Land zu erwerben, erhielten kaum Zutritt zu den ehrenvolleren, insbesondere den freien Berufen und wurden obendrein wegen der ihnen aufgenötigten Vermittlertätigkeit im Handel sowie ähnlichen wenig geachteten Beschäftigungsarten als Schmarotzer beschimpft und durch Repressivmaßnahmen bekämpft.

Die in der Erfindung der Fiktion von den „einheimischen Fremden" bekundete Originalität hinderte die rumänischen Machthaber keineswegs daran, in den Einzelheiten der von ihnen angewandten antijüdischen Maßnahmen aufs getreueste das russische Entrechtungssystem zu kopieren. Fast hatte es den Anschein, daß zwischen Petersburg und Bukarest eine diesbezügliche „entente cordiale" bestehe, daß das Ministerium Bratianu bei einem Ignatjew oder Tolstoj Erkundigungen darüber einhole, welche drakonischen Gesetze gegen die Juden an der Reihe seien, um ähnliche Maßnahmen im eigenen Lande zu ergreifen. Besonders kraß trat dies in der Art und Weise zutage, in der in Rumänien die dort ebenso wie in Rußland zu einer Landplage gewordene Trunksucht „bekämpft" wurde. Die Not hatte nämlich viele rumänische Juden dazu gezwungen, in Stadt und Land Schankwirtschaften zu betreiben. Daraufhin war nun, in der Absicht, dieses einträgliche, wenn auch wenig ehrenvolle Gewerbe zu einer Domäne der Christen zu machen, ein Gesetz erlassen worden, wonach Dorfbewohner ohne zu öffentlichen Wahlen berechtigenden Landbesitz, d. h. Juden, keine Spirituosen verkaufen durften. Das ergangene Verbot veranlaßte die jüdischen Schankwirte, ihre Wirtshäuser in benachbarte, von ihren bäuerlichen Stammgästen häufig besuchte Flekken zu verlegen, doch beeilte sich die Regierung zu erläutern (Runderlaß von 1881), daß in den zu einem Landkreis gehörenden Flekken für das Schankgewerbe die gleichen Bestimmungen gelten wie in den Dörfern, wodurch viele Tausende von jüdischen Familien mit einem Schlage um ihre Erwerbsquelle gebracht wurden. Darüber hinaus wurden die Juden von dem in Staatsregie genommenen Tabakvertrieb und Drogenhandel ausgeschlossen, durften keine Apotheken verwalten und sich nicht als Börsenmakler betätigen. Die jüdischen Kaufleute, die die Mehrheit der rumänischen Kaufmannschaft bildeten, besaßen nicht das Recht, zu den Handelskammern zu wählen,

und waren somit genötigt, sich den Beschlüssen ihrer christlichen Konkurrenten zu fügen. Bezüglich der Aktiengesellschaften war es Vorschrift, daß der Vorstand stets eine Mehrheit von Rumänen, d. h. Nichtjuden, aufweisen müsse. Die Rechtsbeschränkungen erstreckten sich sogar auf die jüdischen Fabrikarbeiter: fünf Jahre nach der Gründung eines industriellen Betriebes mußte sich dessen Belegschaft zu zwei Dritteln aus Rumänen zusammensetzen, auch wenn der Betrieb von einem jüdischen Unternehmer und jüdischen Arbeitern in Gang gebracht worden war.

Zur Rechtfertigung dieser ganzen polizeilichen Reglementierung wurde das Prinzip proklamiert: „Rumänien den Rumänen!" und die Theorie aufgestellt, daß jedes von einem Juden selbst im Schweiße seines Angesichts verdiente Stück Brot den Rumänen abgerungen sei. Die praktische Konsequenz dieser Theorie war die, daß die Juden mit allen Hunden gehetzt werden müßten, damit sie, in die Enge getrieben, das Land für immer verlassen. Der Haman von Rumänien, der boshafte Ministerpräsident Joan Bratianu, verdeutlichte seine judenfeindliche Politik durch die folgende Parabel. Ein abgezehrter Fuchs habe sich durch ein Zaunloch in einen Weingarten eingeschlichen, sich dort sattgefressen und sei so dick geworden, daß er nicht wieder habe hinaus können, worauf der Besitzer des Gartens das Tier in eine Ecke getrieben und es so lange ausgehungert habe, bis es mager genug geworden sei, um durch dasselbe Loch wieder hinauszuschlüpfen. Das gleiche Verfahren werde nun — so führte Bratianu aus — auf die Juden angewandt, die, von Not und Hunger getrieben, nach Rumänien gedrungen, dort fett geworden seien und infolgedessen weder die Möglichkeit noch den Willen hätten, aus dem Lande zu ziehen, so daß man sie nur durch das Aushungerungsverfahren wieder loswerden könne. Diese von bestialischer Gesinnung zeugende Tierfabel sollte einen der grausamsten Beschlüsse der rumänischen Machthaber begründen: das von ihnen ins Parlament eingebrachte Projekt eines Gesetzes, durch das den Juden der Hausierhandel untersagt werden sollte. Es war dies ein Gewerbe, das von dem ärmsten Teil der jüdischen Bevölkerung betrieben wurde: ein armer Teufel, der ein paar Geldstücke in der Tasche hatte, eine Witwe, ein Greis, die nicht Mittel genug besaßen, um einen eigenen Laden zu eröffnen, pflegten die billigsten Bedarfsartikel einzukaufen, mit ihrer Ware von Ort zu Ort zu ziehen und diese mit einem minimalen Ge-

winn abzusetzen. Der Hausierhandel ernährte allein in Bukarest nicht weniger als 400, im ganzen Lande aber etwa 5000 Familien. Als die die Existenz der Hausierer bedrohende Vorlage von der Deputiertenkammer gutgeheißen und an den Senat weitergeleitet wurde, unterbreiteten die Bukarester Juden dem Oberhaus eine Petition, in der sie in eindringlichen Worten darauf hinwiesen, daß die Gutheißung des ins Auge gefaßten Gesetzes 25 000 Menschen dem Hungertode preisgeben würde. Die Regierung legte indessen dem Senat ihrerseits Gegenerklärungen christlicher Kaufleute vor, die den Ministern für die von diesen ergriffene Initiative wärmste Anerkennung zollten, worauf-hin der Senat dem judenfeindlichen Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilte (1884). Nunmehr war es Aufgabe der Polizei, nach dem Rechten zu sehen. Die jüdischen Hausierer wurden von der Straße weg in die Gefängnisse eingeliefert, vor Gericht gestellt und zu Geldbußen verurteilt. Die Zeitungen meldeten aus Bukarest, Jassy und anderen Städten immer neue Fälle von Hungertod und Selbstmord in den ihrer letzten Existenzmöglichkeit beraubten jüdischen Familien.

Mit nicht geringerem Eifer machte man den Juden die freien Berufe streitig. In demselben Jahr, in dem man Tausenden der Ärmsten den Hausierhandel untersagte, verwehrte man unter dem Hinweis darauf, daß die Ausübung des Anwaltsberufes den Genuß der politischen Rechte voraussetze, den jüdischen Juristen nicht nur, vor Gericht zu plädieren, sondern sogar bei Advokaten Sekretärdienste zu tun. Jüdische Ärzte, Ingenieure und Techniker durften kein öffentliches Amt bekleiden. In auffälliger Übereinstimmung mit der russischen Politik wurde überdies der Beschluß gefaßt, den Juden die Mittel- und Hochschulen möglichst unzugänglich zu machen und ihnen so den Weg zu den freien Berufen gänzlich zu versperren. Die Verhältnisse im Bildungswesen wiesen nämlich in Rumänien eine weitgehende Ähnlichkeit mit denen in Rußland auf. Seit den sechziger Jahren war die jüdische Jugend in den Bann des neuzeitlichen Geistes geraten und strömte gegen den Willen der älteren orthodoxen Generation in hellen Scharen in die staatlichen Elementar-, Mittel- und Hochschulen. Zu Beginn der achtziger Jahre waren im Durchschnitt bereits 15% der Schülerschaft in den rumänischen Schulen Juden, in Städten mit kompakter jüdischer Bevölkerung aber (in Jassy, Bukarest u. a.) sogar 30 bis 50%, was übrigens nur dem prozentualen Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung der betreffenden Städte

entsprach. Den rumänischen Patrioten graute indessen vor dem Gedanken, daß die Schule „verjudet" werden könnte, daß die Rumänen infolgedessen im Bereiche der Bildung und der akademischen Berufe den Kürzeren ziehen würden, und so forderten sie, daß das Übel an der Wurzel gefaßt werde. Dies veranlaßte nun den Unterrichtsminister im Verwaltungswege vorzuschreiben, jüdische Kinder („Kinder fremder Nationalität") in die Elementar- und Mittelschulen erst dann aufzunehmen, wenn nach Einschulung aller Aufnahme begehrenden Kinder rumänischer Nationalität noch freie Plätze zur Verfügung stünden. Es geschah dies in demselben Sommer des Jahres 1887, in dem ein ähnlicher Runderlaß auch in Rußland erging. Im Jahre 1893 erhob das Parlament die Willkürmaßnahme des Ministers zum Gesetz, das einige Jahre später auch auf die Hochschulen ausgedehnt wurde.

Den aus der Staatsschule verdrängten Juden blieb keine andere Wahl, als private Elementar- und Mittelschulen ins Leben zu rufen, die denn auch bald an verschiedenen Orten gegründet wurden. Die jüdischen Kinder besuchten gern diese Lehranstalten, in denen sie nicht der Verhöhnung seitens judenfeindlicher Kameraden und Lehrer ausgesetzt waren. Die Regierung, die es darauf abgesehen hatte, den Juden die Bildungsmöglichkeiten abzuschneiden, konnte es indessen nicht dabei bewenden lassen und suchte die jüdischen Schulen durch allerlei Schikanen zugrunde zu richten. Da in diesen Schulen nicht der Sonntag, sondern der Sabbat gefeiert wurde, drohte der Unterrichtsminister den Schuldirektoren an, bei weiterer Verletzung des Gesetzes über die Sonntagsruhe die Lehranstalten zu schließen. Als die jüdischen Direktoren hierauf übereinkamen, zwei Tage in der Woche zu feiern, wurde ihnen vom Minister bedeutet, daß der Unterricht dem staatlichen Lehrprogramm gemäß an sechs Tagen in der Woche erteilt werden müsse. Nunmehr wurde beschlossen, in den jüdischen Schulen auch am Sabbat zu unterrichten, jedoch nur in der Religion; indessen glaubte der Minister auch diesen Beschluß mit dem Hinweis darauf beanstanden zu müssen, daß in dem allgemeinen Lehrplan für den Religionsunterricht kein ganzer Schultag vorgesehen sei . . . Damit war aber der Höhepunkt in der Verhöhnung der Juden noch keineswegs erreicht.

Das Schlimmste war, daß man die aller Bürgerrechte entbehrenden „Ausländer" dazu zwang, Soldaten für das rumänische Heer zu stellen, d. h. eine Pflicht zu erfüllen, die Ausländern überhaupt nicht

auferlegt werden durfte. In den Jahren 1879—1882 nahm man zwar davon Abstand, die Juden in das Heer einzureihen, damit die ausgedienten jüdischen Soldaten nicht die ihnen verheißene Naturalisation beanspruchen könnten; nachdem sich jedoch die rumänischen Machthaber davon überzeugt hatten, daß die Großmächte an der offenkundigen Verletzung des Gleichberechtigungsartikels des Berliner Vertrags nicht den geringsten Anstoß nahmen, beschlossen sie, die Juden erneut zum Militärdienst heranzuziehen, ihnen aber das Bürgerrecht auch weiterhin zu verweigern. Als diese Frage im Parlament zur Debatte stand (1882), sprachen einige Deputierte die Befürchtung aus, die Großmächte könnten die Forderung erheben, daß wenigstens die aus dem Heere entlassenen Juden eingebürgert werden; darauf gab der Ministerpräsident Bratianu mit zynischer Offenheit die folgende Erklärung ab: „Es herrscht heute in ganz Europa eine Reaktion gegen die Juden, und zwar selbst dort, wo sie früher nicht zum Vorschein gekommen ist. Wer wird sich jetzt für sie einsetzen? Österreich-Ungarn vielleicht oder gar Deutschland? Rußland kam ja hierfür nie in Betracht". Nach dieser beruhigenden Erklärung wurde das Gesetz über die Militärpflicht der Juden angenommen, und seine strenge Handhabung führte dazu, daß es in Rumänien im Jahre 1895 bereits 30 000 jüdische Soldaten und Reservisten gab, was etwa 11% der gesamten jüdischen Bevölkerung ausmachte, ein Prozentsatz, der bedeutend höher war als der entsprechende prozentuale Anteil der christlichen Soldaten. Die jüdischen Landesverteidiger waren innerhalb der Armee ebenso schutz- und rechtlos wie im bürgerlichen Leben. Im Jahre 1893 richteten die im Heere dienenden Juden an Regierung und Parlament eine Denkschrift, in der sie sich darüber beklagten, daß sie keinen Zutritt zu den Offiziersschulen hätten und daß der Offiziersrang für sie überhaupt unerreichbar sei, daß sie in vielen Regimentern nicht einmal zu Sergeanten befördert würden und daß die jüdischen Ärzte, im Gegensatz zu ihren christlichen Kollegen, die berufsmäßige Verwendung fänden, als einfache Sanitätssoldaten dienen müßten. Die Beschwerdeführer stießen jedoch auf taube Ohren.

Aller politischen Rechte beraubt, weder im Parlament noch auch in der kommunalen Selbstverwaltung vertreten, besaßen die rumänischen Juden keinerlei legale Mittel, mit denen sie die auf Willkür und Betrug aufgebaute Gewaltherrschaft hätten bekämpfen können.

Von der Partei der „Liberalen", an deren Spitze zwei judenfeindliche Minister, die Brüder Joan und Demeter Bratianu, standen, hatten sie von vornherein nichts zu erhoffen; der Anlehnung an die konservative Partei stand wiederum das dieser allgemein entgegengebrachte Mißtrauen im Wege, obschon in Rumänien die konservativen Kabinette (so das von Carp) der judenfeindlichen Politik der „Dynastie Bratianu" wiederholt einen Dämpfer aufsetzten[1]). So blieb nur noch der Weg des illegalen Kampfes offen. Das jüdische Proletariat schloß sich denn auch der sozialistischen Bewegung an, zu deren hervorragendsten Führern Nachum Katz gehörte, bekannt unter seinem rumänischen Pseudonym *Dobrodjeanu Gers*. Die Polizei setzte freilich den jüdischen Sozialisten aufs härteste zu und wies sie auf Grund des Gesetzes über „staatsgefährliche Ausländer" nicht selten aus dem Lande. Zugleich bot dieses Gesetz eine Handhabe auch zur Unterdrückung der legalen Opposition. So wurde im Jahre 1885 wegen der von ihm an der judenfeindlichen Regierungspolitik geübten Kritik der Lektor für rumänische Literatur an der Bukarester Universität *Moses Gaster* ausgewiesen, der sich hierauf nach England wandte, dort zum Chacham der sephardischen Gemeinde von London gewählt wurde und später eine wichtige Rolle in der zionistischen Bewegung spielen sollte. Gleichzeitig wurde der den amtlichen Judenhaß in der Presse bekämpfende Historiker und Publizist *Elias Schwarzfeld* des Landes verwiesen.

Während die Regierung so jedes freimütige Wort zugunsten der Juden rücksichtslos unterdrückte, ließ sie den antisemitischen Scharfmachern völlig freie Hand. Im Jahre 1895 wurde in Rumänien eine „Antisemitenliga" gegründet, der mehrere Minister sowie viele Abgeordnete und höhere Beamte beitraten. Das Statut der Liga verpflichtete ihre in verschiedenen Städten Rumäniens bestehenden Ortsgruppen, „alles daranzusetzen, um die Lage der rumänischen Juden unerträglich zu machen und sie zur Auswanderung zu bewegen". Die von den Antisemiten entfaltete Propaganda führte bald zu regelrechten Judenhetzen. Als die jüdischen Reservisten in Bukarest eine Protestver-

[1]) Dies hatte seinen Grund darin, daß in der liberalen Partei das mit den Juden konkurrierende Bürgertum den Ausschlag gab, während in der konservativen Partei die Grundherren, die „Bojaren", maßgebend waren, die beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Dienste der jüdischen Vermittler in Anspruch nehmen mußten.

sammlung gegen die judenfeindlichen Praktiken der Regierung veranstalteten, wurden sie von Studenten überfallen, setzten sich aber zur Wehr, so daß auf beiden Seiten Blut floß. Dies gab zu einem Straßenpogrom Anlaß, bei dem jüdische Läden ausgeplündert wurden (November 1897). Gleichzeitig brach eine Judenhetze in Galatz aus. Im Mai 1899 kam es zu einem Pogrom in dem von Juden dicht bevölkerten Jassy. Dies hatte die panische Flucht der Gehetzten zur Folge, die sich bald in großen Massen in Wien und London zusammenballten (1899—1900). Von dort aus wurde ein Teil der Flüchtlinge von den lokalen Hilfsorganisationen nach Amerika befördert, während sich der Rest genötigt sah, die Rückreise nach der Heimat anzutreten; indessen wurden die Heimkehrenden nicht über die rumänische Grenze gelassen und mußten noch lange ein unstetes Wanderleben führen.

Nicht stark genug, um der Bedrückung und Willkür Einhalt zu gebieten, behauptete sich die rumänische Judenheit ausschließlich durch passive Resistenz, durch engen inneren Zusammenschluß. Die jüdische Landesbevölkerung, die sich im Jahre 1899 auf 269 000 Seelen bezifferte, bestand zu vier Fünfteln aus in kompakten Massen siedelnden Städtern, und nur ein Fünftel war auf dem platten Lande ansässig. In manchen Städten (in Jassy, Botoschani u. a.) bildeten die Juden, wie schon beiläufig erwähnt, mehr als die Hälfte der gesamten Stadtbevölkerung. Die beiden größten Gemeinden waren die von Bukarest und Jassy, von denen eine jede etwa 45 000 Seelen zählte. Während nun in diesen großstädtischen Gemeinden der Orthodoxie Gruppen von fortschrittlich gesinnten Intellektuellen gegenüberstanden, war die Provinz eine unbestrittene Domäne der Altfrommen, in erster Linie der Chassidim, so daß das Leben dort in ähnlichen Bahnen verlief wie in dem benachbarten russischen Bessarabien und Podolien. Hier wie dort sprachen die Juden jiddisch, und in dieser Sprache wurden in Jassy auch einige Presseorgane herausgegeben. Jassy war zugleich der Ort, wo der Begründer des jüdischen Theaters *Abraham Goldfaden* seine ersten Volksstücke aufführte. Für die Entwicklung einer jüdisch-rumänischen Literatur waren dagegen die Verhältnisse viel zu ungünstig. Von den wenigen rumänisch schreibenden jüdischen Schriftstellern mußten die Besten das Land aus dem einen oder anderen Grunde verlassen. Der schon früher erwähnte Schwarzfeld, der seine Studien zur Geschichte der rumänischen Juden, seine Erzählungen aus ihrem Leben sowie Zeitungsartikel über ihre bür-

gerliche Lage zunächst in der Landessprache verfaßte, begann nach seiner Ausweisung aus Rumänien französisch zu schreiben und veröffentlichte in dieser Sprache in Paris unter dem Pseudonym *Sincerus* ein Buch, in dem er einen eindrucksvollen Überblick über die judenfeindliche Politik der rumänischen Machthaber seit dem Berliner Kongreß gab („Les juifs en Roumanie", 1901). Aus Rumänien stammte, wie erwähnt (oben, § 26), auch der Gelehrte Salomon Schechter, der nach langjähriger Wirksamkeit in England nach New York übersiedelte, um die Leitung des dortigen Jüdischen Theologischen Seminars zu übernehmen. Innerhalb der rumänischen Judenheit selbst erstanden der neuzeitlichen geistigen Kultur zukunftsreiche Pflanzstätten in den Vereinigungen jener Vertreter der jüngeren Generation, die sich zunächst für die Chowewe-Zion-Bewegung und sodann für den Zionismus begeisterten. Von dem nach Amerika gerichteten Hauptstrom der jüdischen Emigration aus Rumänien zweigte sich denn auch ein Nebenstrom ab, der nach Palästina floß, wo die rumänischen Juden einige landwirtschaftliche Kolonien gründeten.

§ 28. *Die Balkanländer Bulgarien, Serbien, Griechenland und die europäische Türkei*

Anders als in Rumänien gestaltete sich das Los der Juden in *Bulgarien* und *Serbien*, die gleich dem Bojarenlande ihre Unabhängigkeit dem Berliner Kongreß verdankten. Wie erinnerlich, waren diese beiden Balkanstaaten der ihnen vom Kongreß auferlegten Pflicht, den Juden das Vollbürgerrecht zuzuerkennen, aufs getreulichste nachgekommen (Band IX, § 53). Nach der 1885 erfolgten Angliederung des türkischen Ostrumelien mit der Hauptstadt Philippopel an Bulgarien war die Zahl der bulgarischen Juden auf das Doppelte gestiegen (1887 gab es in Alt- und Neubulgarien zusammen 24 000 und 1900 bereits 33 000 Juden). Zu etwa neun Zehnteln setzte sich die jüdische Landesbevölkerung aus Sephardim zusammen, die an ihrer altüberkommenen Umgangssprache, dem Spaniolischen oder Ladino, festhielten. Die fast ausschließlich in den Städten (in Sofia, Rustschuk, Philippopel, Varna) lebenden bulgarischen Juden betätigten sich vorwiegend im Kleinhandel und Handwerk. In jeder Beziehung Vollbürger, waren sie sowohl in der kommunalen Selbstverwaltung als auch im Parlament vertreten. Die Regierung des Fürstentums, des nach-

maligen Königreichs Bulgarien, brachte ebenso wie der Landesherr, der Prinz Alexander von Battenberg, den jüdischen Bürgern uneingeschränktes Vertrauen entgegen, und diese wiederum bekundeten während des Krieges mit Serbien (1885) glühenden Patriotismus. Die Gemeinden von Rustschuk, Widdin und Varna rüsteten auf eigene Kosten zwei jüdische Legionen in einer Gesamtstärke von 800 Mann aus, und zugleich stellten sich viele jüdische Mädchen dem Heere als Krankenschwestern zur Verfügung. Dem verdienstvollen Führer der Legion von Rustschuk David Misrachi wurde die goldene Tapferkeitsmedaille verliehen, bei welcher Gelegenheit der Fürst Alexander die jüdischen Streiter als „würdige Nachkommen der Makkabäer" pries. Es lag indessen eine große Tragik darin, daß die bulgarischen Makkabäersöhne gegen die Serbiens kämpfen mußten, die gleich jenen Sephardim waren . . . Ebenso wohlwollend wurden die Juden auch nach der Übernahme der Regierung durch den Prinzen Ferdinand von Coburg (1887) behandelt, der ein Gegner des russischen Einflusses in Bulgarien und auch von judenfeindlichen Anwandlungen frei war. Nur ein einziges Mal vermochte sich die Seuche des Antisemitismus den Weg in das bulgarische Land zu bahnen. Im Jahre 1890 kam es nämlich in Sofia auf der Universität sowie auf den Gymnasien zu Zusammenstößen zwischen Christen und Juden und darüber hinaus zu einer feindlichen Kundgebung gegen einen jüdischen Abgeordneten, den Großgrundbesitzer Gabbe. Ein Jahr später wurde in der Stadt Wratza ein Ritualmordprozeß eingeleitet, der jedoch dank der tatkräftigen Verteidigung des bekannten Politikers und Advokaten Stoilow mit der Freisprechung der jüdischen Angeklagten endete. Kulturell standen die bulgarischen Juden höher als die übrige Landesbevölkerung. In den staatlichen Schulen waren die Juden relativ zahlreicher vertreten als die Bulgaren und zeichneten sich durch besonderen Fleiß aus. In Sofia, Philippopel und anderen Städten gab es aber auch jüdische Sonderschulen, deren Unterhalt die Pariser „Alliance" bestritt und in denen die allgemein bildenden Fächer in bulgarischer Sprache, die jüdischen dagegen im Ladino gelehrt wurden. Der in den Gemeinden eine Zeitlang bestehende, historisch erklärliche Gegensatz zwischen der alteingesessenen sephardischen Mehrheit und der zugewanderten aschkenasischen Minderheit büßte nach und nach seine Bedeutung ein, und so wurden in Bulgarien zu Großrabbinern wiederholt europäisch gebildete Aschkenasim aus Öster-

reich und Deutschland gewählt: Dr. Dankowitz, der Historiker Moritz Grünwald und der bekannte Zionistenführer Marcus Ehrenpreis.

Eines noch ungetrübteren Friedens erfreute sich die kleine Sephardim-Kolonie in Serbien. Das von der Landesverfassung verkündete Prinzip der uneingeschränkten Bürgergleichheit wurde von der Regierung des Fürsten Milan Obrenowitsch auch den Juden gegenüber in loyalster Weise zur Anwendung gebracht. Ehedem abgesondert, gliederten sich die serbischen Juden nach und nach in das allgemeinbürgerliche Leben des Landes ein. Einer von ihnen, Abraham Oser, wurde Parlamentsabgeordneter, und einige andere Juden erhielten Staatsämter. Zugleich traten auch jüdische Rechtsanwälte, Ingenieure und Ärzte auf den Plan. Die große Masse aber, die sich ausschließlich aus Stadtbewohnern zusammensetzte, befaßte sich mit Handel. Im Privatleben bestand indessen die Absonderung der serbischen Juden weiter fort, da sie von der slawischen Landesbevölkerung durch eine tiefe Kluft getrennt waren. Noch im Jahre 1895 bezeichneten bei der Volkszählung 80% der Juden als ihre Muttersprache das Spaniolische und nur 3% die serbische Sprache. Die einige Jahre später vorgenommene Zählung ergab jedoch ein ganz anderes Bild: der prozentuale Anteil der spaniolisch sprechenden Juden betrug nur noch 27%, der der serbisch sprechenden 46%, während der Rest die deutsche und andere Sprachen als Umgangssprache angab. Da nun eine so tiefgreifende Veränderung sich in der kurzen Zwischenzeit unmöglich vollzogen haben konnte, so ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die amtlichen Ermittlungen nicht der Wirklichkeit entsprachen und daß die jüdischen Landesbewohner zu einem beträchtlichen Teil aus politischen Erwägungen die Landessprache als ihre Muttersprache angegeben hatten. Das einzige 1884—1899 herausgegebene Presseorgan der serbischen Juden „El amigo del Pueblo" („Volksfreund") wurde in spaniolischer Sprache publiziert. Von den rund 6000 in Serbien ansässigen Juden hatten 4000 ihren Wohnsitz in Belgrad, die übrigen in Nisch, Schabatz und anderen Städten. Als Großrabbiner der serbischen Gemeinden wirkte eine Zeitlang (1886 bis 1894) der bekannte hebräische Schriftsteller *Simon Bernfeld* aus Berlin (oben, § 6).

Recht unsicher war hingegen in dieser Zeit die Lage der Juden in *Griechenland,* dessen etwa 10 000 Seelen zählende jüdische Bevölkerung sich nicht im Herzen des Landes, sondern in seinen Rand-

gebieten konzentrierte. Während in den Städten Thessaliens (Larissa, Volos, Trikala) etwa 4000 und auf der Insel Korfu sowie den übrigen jonischen Inseln nahezu 5000 Juden ansässig waren, beherbergte Athen nur eine kleine ca. 300 Seelen umfassende Gemeinde, die erst gegen Ende des XIX. Jahrhunderts eine modernen Ansprüchen genügende Synagoge erbaute (1899). Die Verfassung des Königreichs Griechenland gewährleistete zwar allen Bürgern das gleiche Recht, und auch die Landesregierung wich von diesem Prinzip nicht ab, doch stand das griechische Volk nicht auf demselben Niveau wie seine Führer. So kam es auf Korfu, wo die Handelskonkurrenz der Juden den Griechen schon immer ein Dorn im Auge gewesen war, wiederholt zu Zusammenstößen. Im Jahre 1891 brach dort anläßlich einer Ritualmordbeschuldigung ein förmlicher Pogrom aus. Kurz vor Ostern wurde nämlich auf der Insel die Leiche der siebenjährigen Rubina Sarda, der Tochter eines jüdischen Schneiders, aufgefunden, die, wie sich später herausstellte, von griechisch-orthodoxen Fanatikern ermordet worden war. Die den Mördern nahestehenden Kreise brachten indessen das Gerede in Umlauf, daß die Ermordete nicht ein jüdisches, sondern ein christliches Mädchen sei, das die Juden aus der albanischen Stadt Janina verschleppt und zu rituellen Zwecken geschlachtet hätten. Schon einen Tag nach der Auffindung der Leiche, am 14. April, brach nun eine erregte Menge, laut nach Rache rufend, in das Judenviertel der Stadt Korfu ein und begann die Einwohner zu mißhandeln und ihre Häuser zu plündern. Von Polizei und Truppen zurückgedrängt, umzingelte die Menge den verhaßten Stadtteil und leitete eine regelrechte Belagerung ein: drei Wochen lang waren die eingeschlossenen Juden der Möglichkeit beraubt, ihrem gewohnten Tagewerk nachzugehen und sogar die nötigen Lebensmittel auf dem Stadtmarkte einzukaufen. Viele der Belagerten brachen vor Erschöpfung zusammen, es kamen auch Todesfälle vor, doch konnte man die Verstorbenen nicht bestatten, da der jüdische Friedhof außerhalb des Judenviertels lag. Auch nach Aufhebung der Belagerung wurden die sich in der Stadt zeigenden Juden vielfach aufs schwerste mißhandelt. Dieser Terror bewog etwa 1500 jüdische Einwohner von Korfu, die Insel zu verlassen und in Italien sowie in der Türkei Zuflucht zu suchen; nachdem die Erregung der griechischen Bevölkerung sich gelegt hatte, kehrte allerdings der größte Teil der Flüchtlinge in die Heimat zurück. Unter Einwirkung der Geschehnisse auf Korfu kam

es zu Judenverfolgungen auch auf einer zweiten jonischen Insel, auf Zante, deren gesamte jüdische Bevölkerung (etwa 250 Seelen) auswandern mußte.

Die einige Jahre später in einem anderen Zentrum der griechischen Judenheit, in Thessalien, einsetzende judenfeindliche Bewegung hatte einen politischen Hintergrund: den 1897 ausgebrochenen, für Griechenland unglücklichen Krieg gegen die Türkei. Den Hauptkriegsschauplatz bildete die Gegend von Larissa und anderen Städten mit einer zahlreichen jüdischen Bevölkerung. Ungeachtet dessen, daß das griechische Heer viele jüdische Krieger in seinen Reihen zählte und daß seine Niederlagen der jüdischen Bevölkerung überaus teuer zu stehen kamen, wurde diese türkenfreundlicher Gesinnung verdächtigt. Es äußerte sich hierin der für eine unterlegene Partei bezeichnende Argwohn sowie das dringende Bedürfnis der Besiegten, ihren Ärger an dem ersten besten Opfer auszulassen. Sobald Thessalien von der türkischen Besatzung frei geworden und erneut unter griechische Verwaltung gekommen war (1898), entfaltete denn auch die lokale Presse eine judenfeindliche Agitation, indem sie darauf drang, daß die Juden, die während der Okkupation zu den Türken gehalten hätten, zwecks Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in der vom Kriege heimgesuchten Provinz aus dieser ausgewiesen werden sollten. Auf die Beschuldigung hin, die Juden hätten die von den Türken requirierte Habe der Griechen aufgekauft, wurden die jüdischen Häuser durchsucht, und die von Hetzrednern aufgestachelten „Patrioten" veranstalteten judenfeindliche Kundgebungen, die hie und da in Tätlichkeiten und Plünderungen ausarteten. In Larissa war jeder Jude, der sich über die Schwelle seines Hauses wagte oder seinen Laden öffnete, von der Gefahr bedroht, aufs übelste zugerichtet zu werden, und so war über die jüdischen Stadtbewohner, wie seinerzeit auf Korfu, der Belagerungszustand verhängt. Ähnlich gestaltete sich die Lage in Volo und Trikala, wobei in der letzteren Stadt auch noch die Synagoge eingeäschert wurde. Viele der terrorisierten Juden entschlossen sich, den Wanderstab zu ergreifen. Bald trafen in den großen Zentren der türkischen Judenheit, in Saloniki und Smyrna, allein aus Larissa etwa hundert Familien, d. h. ein Drittel der dortigen jüdischen Einwohnerschaft, ein, von denen ein Teil, nachdem sich die Unruhen in Thessalien gelegt hatten, wieder heimkehrte. Wiewohl die Regierung, führende Männer der Öffentlichkeit und die fortschrittlichen Zeitungen

gegen den Judenhaß der griechischen Volksmassen ankämpften, war das Übel, ein Erbstück des alten Byzanz, schwer auszurotten. — Im kulturellen Leben der Judenheit Griechenlands hatte sich das byzantinische Grundelement schon längst in der darüberliegenden sephardischen Schicht aufgelöst, und die spaniolische Sprache war unter den dortigen Juden viel mehr verbreitet als die neugriechische.

All diese zwerghaften Zentren der Balkanjudenheit wurden indessen von der um die Jahrhundertwende etwa 200 000 Seelen zählenden jüdischen Kolonie in der *europäischen Türkei* weit in den Schatten gestellt. Die größten der dortigen Gemeinden waren die von Saloniki, Konstantinopel und Adrianopel (75 000, 65 000 und 17 000 Seelen), neben denen eine ganze Reihe von Gemeinden mittlerer Größe in Monastir (6000 Seelen), Janina (4000 Seelen), Serres, Üsküb und anderen Städten bestanden. Die politische Lage der Juden war in diesem Teil des Ottomanischen Reiches viel günstiger als in vielen Ländern der „christlichen" Kultur. Die Rolle eines Sündenbocks, die in Rußland und Rumänien die Juden spielten, war in der Türkei den Armeniern zugedacht worden, die unter periodisch wiederkehrenden Verfolgungen seitens der Türken aufs schwerste zu leiden hatten. Die Juden galten hingegen als loyale Bürger, und der Sultan Abdul Hamid lobte wiederholt ihren Patriotismus. Bei ihren bescheidenen politischen Ansprüchen hatten die türkischen Juden auch allen Grund, mit ihrer Lage zufrieden zu sein: das den Muselmanen und Griechen zugestandene Minimum an bürgerlichen Rechten wurde auch ihnen nicht vorenthalten. Die türkische Bevölkerung war überhaupt frei von Judenhaß, und soweit dieser in Erscheinung trat, ging er auf die wirtschaftliche Mißgunst der Griechen zurück. Lichtscheue Elemente der griechischen Bevölkerung versuchten, wie schon früher (Band IX, § 54), Ritualmordaffären anzuzetteln, doch blieben all ihre Machenschaften dank der Wachsamkeit der Behörden erfolglos. Die wirtschaftliche Rivalität zwischen Griechen und Juden spitzte sich besonders in dem gemeinsamen Zentrum der beiden Nationalitäten, in Saloniki, zu. Die Juden, die in Saloniki mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft bildeten, gaben diesem Brennpunkt des internationalen Seehandels ein eigenartiges Gepräge. In allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens kam dort jüdischer Fleiß und jüdischer Geist zur Geltung. Hochangesehene Bank- und Kaufherren, hatten die Juden in Saloniki zugleich die mühevollen Berufe der Lastträger und sonstigen

Hafenarbeiter monopolisiert. Den Reisenden fielen unwillkürlich die stattlichen Gestalten der unter der Last der Frachtgüter gebeugten sephardischen Juden auf. Am Sabbat stand das ganze rege Handelsleben von Saloniki still: es feierten die Bankiers, es feierten die Groß- und Kleinhändler, die Handwerker und Hafenarbeiter. Der starke Einschlag der aus Rußland, Österreich und Rumänien eingewanderten Aschkenasim brachte in die verknöcherte Kultur der Sephardim Leben und Bewegung. Das „Ladino" vermischte sich mit dem „Jiddischen". Indessen herrschte das sephardische Element unter den Juden der europäischen Türkei noch immer vor. Die in Konstantinopel und Saloniki erscheinenden jüdischen Blätter („El Tiempo", „El Telegrafo" u. a.) wurden in spaniolischer Sprache und in hebräischer Schrift publiziert. In den zahlreichen, in französischem Geiste geleiteten Schulen der Pariser „Alliance" eigneten sich die jüdischen Kinder mit Leichtigkeit die ihrer spanischen Mundart verwandte französische Sprache an. So wuchs eine neue, europäisierte, jedoch unter dem Einfluß westjüdischer Erziehungsmethoden zur Assimilation neigende Generation heran, die angesichts der Unmöglichkeit einer Angleichung an die Türken einem oberflächlichen Kosmopolitismus verfiel.

Fünftes Kapitel

Die große Wanderung und die neuen Zentren in Amerika und Palästina (1881—1900)

§ 29. Die Einwanderung nach Amerika in den achtziger Jahren

Das Ende des XIX. und der Beginn des XX. Jahrhunderts stellen in der Geschichte des jüdischen Volkes die Epoche der großen Wanderung dar. Seit der Vertreibung aus Spanien kannte die Diaspora keine so anhaltende Verschiebung der Massen wie die, zu der es nach den russischen Pogromen von 1881 gekommen war. Die Verfolgungen in Rußland und Rumänien sowie das Elend im österreichischen Galizien trieben Jahr für Jahr Zehntausende von Juden, die auf der Suche nach Brot und Frieden in den nahegelegenen, unter Übervölkerung leidenden westeuropäischen Ländern keine Unterkunft finden konnten, in die fernen und fernsten Zonen. Der Hauptstrom der jüdischen Emigration ergoß sich in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin damals Millionen von Arbeitslosen und politisch Unterdrückten aus allen Ländern der Alten Welt strömten: Irländer, Italiener, Deutsche, Polen sowie Vertreter verschiedener anderer Nationalitäten. In kleineren Gruppen übersiedelten die Juden nach Kanada, Südamerika und Südafrika. Gering an Umfang, jedoch in nationaler Hinsicht besonders bedeutsam war die Abwanderung nach der alten Heimat des zerstreuten Volkes, dem türkischen Palästina, eine Bewegung, die im Zeichen des damals mit ungewöhnlicher Stärke zur Geltung kommenden Ideals der nationalen Wiedergeburt stand. All diese Massenbewegungen sollten eine Verschiebung der Zentren der Diaspora zur Folge haben. Die bis dahin abseits von der großen Heerstraße der jüdischen Geschichte stehende außereuropäische Juden-

heit gewann immer mehr an Bedeutung. Gleichzeitig mit der Entstehung eines neuen Riesenzentrums in Amerika regte sich junges Leben auch in Asien, der zu einer Trümmerstätte gewordenen Urheimat der allmenschlichen und jüdischen Kultur, ein verheißungsvolles Anzeichen des sich im Morgenlande anbahnenden geschichtlichen Umschwungs.

Die Hauptmasse der Wanderer stammte aus Rußland. Diese Masse war es, die im Verein mit den ihr verwandten Auswandererscharen aus Galizien und Rumänien die jüdische Kolonie in Amerika so anschwellen ließ, daß diese zum zweitgrößten Zentrum der Weltjudenheit ward (den ersten Platz behauptete noch immer das Zentrum in Rußland). Auf den Trümmern Rußlands erstand Amerika — so könnte man in talmudischem Stile diese Entwicklung kennzeichnen. Vier Jahrhunderte nach Columbus hatte das wandernde Israel Amerika aufs neue als das gelobte Land der Masseneinwanderung entdeckt. Während die große transatlantische Republik vor 1881 innerhalb der Weltdiaspora einen entlegenen Winkel darstellte und eine jüdische Bevölkerung von kaum einer Viertelmillion Seelen aufwies, das Endergebnis einer auf eine fast vierhundertjährige Geschichte zurückblickenden Einwanderung zunächst von Sephardim und sodann auch von Aschkenasim, betrug die Zahl der allein in den letzten zwanzig Jahren des XIX. Jahrhunderts in die Vereinigten Staaten eingewanderten Juden über eine Million (später sollte die Gesamtzahl der dortigen Juden auf fast 4 000 000 ansteigen). Ein sich so rasch vollziehender Prozeß konnte sich allerdings nicht reibungslos abwickeln, und so wurde das neue Diasporazentrum jenseits des Ozeans unter Schmerzen geboren. Von diesen Geburtswehen weiß nur derjenige, der die sich Jahre hindurch in der ganzen Welt auf Bahnhöfen und in Hafenplätzen dicht drängenden Auswandererfamilien gesehen und ihre Seufzer gehört hat, das Stöhnen von Obdachlosen, die Menschenhaß und Hunger ans Ende der Welt trieben, einer von härtestem Kampf um die Existenz ausgefüllten Zukunft entgegen. Wiewohl nun die Auswanderung aus Osteuropa nach Amerika mit elementarer Gewalt vor sich ging, spielten in dieser Bewegung auch idealistische Motive keine geringe Rolle. Wenn die notleidenden Massen in Amerika vor allem Verdienstmöglichkeit und Schutz vor Gewalttaten suchten, so schwebte den mitauswandernden Intellektuellen ein höheres Ziel vor. Während der Krise von 1881—1882 stand nämlich in Rußland innerhalb der

jüdischen Gebildetenschicht den von der uralten messianischen Sehnsucht übermannten „Palästinensern" die Richtung der nach politischer Freiheit lechzenden „Amerikaner" gegenüber (oben, §§ 15 u. 22). Die einen wie die anderen trafen sich jedoch in der Auffassung, daß das neu aufzubauende jüdische Gemeinschaftsleben, um in sich gefestigt zu sein, die unmittelbare Berührung mit der Erde, dem Ackerbau, zur Grundlage haben müsse. So schritten denn anfänglich auch an der Spitze der aus Rußland nach Amerika ziehenden Auswanderer Pioniere der landwirtschaftlichen Kolonisation, doch sollte sich die übergroße Mehrheit der Emigranten nicht dem Ackerbau, sondern den ihnen vertrauteren Betätigungsarten zuwenden: dem Handwerk und Handel sowie der Fabrikarbeit, die dem gesamten jüdischen Wirtschaftsleben im kapitalistischen Amerika das Gepräge gaben.

Der Plan, in Amerika jüdische landwirtschaftliche Kolonien ins Leben zu rufen, bildete den Hauptpunkt des Programms der im Frühjahr 1882 in Südrußland gegründeten Gesellschaft „Am Olam" („Das ewige Volk"), deren Mitglieder zumeist revolutionär gesinnte junge Leute waren. Noch ehe diese jedoch Zeit gehabt hatten, an die Verwirklichung ihres Planes zu gehen, sahen sie sich mitten im Strudel der panischen Massenflucht. Über das Los der sich in Brody zusammenballenden jüdischen Flüchtlinge aus Rußland ist bereits ausführlich berichtet worden (oben, § 13; vgl. auch § 22). Auf die erste Sturzwelle folgten weitere, und auf diese Weise bildete sich ein Strom von ostjüdischen Auswanderern, der nun Jahrzehnte hindurch den fernen Küsten Amerikas, vor allem New York, zustreben sollte. Mit der Landung war aber der Leidensweg der jüdischen Wanderer noch lange nicht zu Ende. Alle in amerikanischen Häfen eintreffenden Emigranten, welcher Nationalität sie auch sein mochten, wurden einem strengen Verhör sowie einer ärztlichen Untersuchung unterzogen und nur im Falle eines befriedigenden Ergebnisses der Kontrolle ans Land gelassen. In der ersten Zeit nach ihrer Ankunft in New York hausten die mittellosen Emigranten in den kahlen Hafenbaracken von Castel Garden, in denen sie so lange blieben, bis sie in der Stadt Arbeit und Unterkunft fanden.

Die notleidenden, der englischen Sprache nicht mächtigen Ankömmlinge fanden tatkräftige Unterstützung bei dem in New York gegründeten „Hilfsverein für jüdische Einwanderer" („Hebrew Immigrant Aid Society", abgekürzt „Hias"), dessen Hauptaufgabe es war,

den Arbeitsnachweis und die Fachausbildung der ungelernten Arbeiter zu organisieren. Der Urheber dieser Hilfsaktion war *Michael Heilprin*, der, aus Polen gebürtig, im Jahre 1848 die Revolution in Ungarn miterlebt hatte und sodann nach den Vereinigten Staaten übersiedelte, wo er sich als Journalist und Mitherausgeber der Amerikanischen Enzyklopädie einen Namen machte. Ein hochherziger Menschenfreund, sorgte Heilprin nicht nur für die Linderung der materiellen Not der Emigranten, sondern lieh diesen auch moralischen Beistand. In einer viel weniger segensreichen Weise wirkte sich für die Einwanderer die Hilfe der sonstigen jüdisch-amerikanischen Wohltätigkeitsgesellschaften („United Hebrew Charities" u. a.) aus. Viele „Wohltäter" unter den Fabrikbesitzern scheuten sich nicht, die Notlage der ihnen von den öffentlichen Arbeitsnachweisen zugeführten Stammesbrüder auszunützen und ihnen nur die Hälfte des landesüblichen Lohnes zu zahlen. Der hierdurch bewirkte allgemeine Rückgang der Lohnsätze brachte den Eingewanderten auch noch die Feindseligkeit der einheimischen Arbeiterschaft ein, die die Ostjuden wegen ihrer unfreiwilligen Lohndrückerei den verachteten chinesischen Kulis gleichstellte. Nach und nach machten sich indessen die neu zuwandernden jüdischen Arbeiter die Forderungen ihrer amerikanischen Klassengenossen zu eigen, traten gleich diesen den Gewerkschaftsverbänden bei und griffen in ihrem Interessenkampf gegen die Arbeitgeber immer häufiger zum Streik. Die miteingewanderten radikalen Intellektuellen taten das Ihre, um in Amerika, wo der Sozialismus noch in den Kinderschuhen steckte, die Gewerkschaftsbewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Die Auswanderung aus Osteuropa, die zu Beginn der achtziger Jahre den Charakter einer Massenflucht hatte, sollte in der Folge in geregelteren Bahnen verlaufen. In dem Jahrzehnt 1881—1890 ließen sich in Amerika etwa 400 000 Juden aus Rußland, Galizien, Rumänien und anderen Ländern nieder, wodurch die Stärke der jüdischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, den natürlichen Zuwachs miteingerechnet, auf rund 700 000 Seelen anstieg, von denen sich nahezu ein Drittel in New York konzentrierte. Beträchtlich wuchsen in diesem Jahrzehnt auch die Gemeinden in Chicago, Boston, Philadelphia und einer Reihe anderer in den östlichen Staaten gelegener Städte an, wohingegen der Zustrom von jüdischen Einwanderern in die westlichen Staaten viel geringer war. Wie tief aber die Einwan-

derer auch in das Land eindringen mochten, fast immer war es New York, wo sie zuerst amerikanischen Schliff erhielten. Die jüdischen Einwanderer siedelten sich dort, ebenso wie in London, in bestimmten Stadtvierteln, in der sogenannten „Unterstadt" („Down Town") an, in der sie auf diese Weise aus freien Stücken ein Ghetto erstehen ließen. Im Gegensatz zu den alteingesessenen jüdischen Familien New Yorks, die zum größten Teil aus Deutschland stammten und ihrem Wohlstande entsprechend in den geräumigen Häusern der Innenstadt wohnten, mußten die in der Unterstadt zusammengepferchten Ankömmlinge aus Osteuropa mit den menschenunwürdigsten Wohnverhältnissen in übervölkerten Mietskasernen („Tenement houses") vorliebnehmen, doch sollten sie gerade an dem engen Zusammenleben der ins Riesenhafte anschwellenden homogenen Masse ihren stärksten Rückhalt finden. Allerdings bildete das Ghettoleben in Amerika nur eine Zwischenstufe in dem Prozeß der Entstehung des neuen Zentrums. Während die Einwanderer aus Rußland oder Galizien früher trostlosem Elend preisgegeben waren, standen sie nunmehr in einem Existenzkampf, der zwar äußerst hart war und durch die Notwendigkeit, sich den neuen Lebensverhältnissen anzupassen, eine weitere Komplikation erfuhr, zugleich aber Aussichten auf einen siegreichen Abschluß bot. Die einwandernden Massen verteilten sich auf die verschiedensten Arbeitsgebiete. Diejenigen unter den Neuankömmlingen, die in keinem Beruf ausgebildet waren, stürzten sich, wenn sie über einige mitgebrachte oder von den Wohltätigkeitsorganisationen gespendete Dollars verfügten, am häufigsten auf den Hausierhandel, die sogenannte „Pedlarei" (Band IX, § 32). Aus den in den Tragkörben der armen Hausierer gesammelten Ersparnissen sollte im Laufe der Jahre mehr als ein kapitalkräftiges Handelshaus in New York und anderen Städten erstehen. Die Namen der aus kleinen und kleinsten Anfängen zu „Millionären" aufgestiegenen Händler waren in aller Munde, und die Erzählungen über ihren märchenhaften Aufstieg spornten viele unternehmungslustige Ankömmlinge aus Osteuropa dazu an, ihr Glück im Hausierhandel zu versuchen.

Ein erheblicher Teil der jüdischen Einwanderer wandte sich indessen der physischen Arbeit in Fabriken oder in fabrikähnlichen Werkstätten zu. Die Grenzen zwischen Fabrikindustrie und Handwerk waren nämlich in Amerika fließend: sowohl der Fabrikarbeiter als

auch der Handwerker stellten in dem komplizierten amerikanischen Produktionsmechanismus lediglich winzige Schrauben dar, da dort infolge eines auf die Spitze getriebenen Systems der Arbeitsteilung jeder Herstellungsprozeß in eine Fülle von einzelnen Verrichtungen zerlegt wurde, in denen auch ungelernte Arbeitskräfte leicht Geschicklichkeit erlangen konnten. Man brauchte z. B. nicht die Schneiderkunst zu beherrschen, um in einer Schneiderwerkstatt zu arbeiten, in der Dutzende von Menschen beschäftigt waren, von denen der eine zuschnitt, der andere steppte oder Knopflöcher benähte, der dritte die Knöpfe annähte, der vierte das Bügeleisen handhabte usw. Die Herstellung von Wäsche und die Werkschneiderei waren denn auch die in den Judenvierteln von New York am meisten verbreiteten Berufe. An zweiter Stelle rangierte die Zigaretten- und Zigarrenherstellung, das Hauptverwendungsgebiet für Frauen- und Kinderarbeit. Die in diesen Produktionszweigen herrschende Konkurrenz drückte die Löhne bei einem zwölf- bis fünfzehnstündigen Arbeitstag auf ein Mindestmaß herab. Die Arbeitgeber der unter der amerikanischen Abwandlung des englischen Schwitzsystems stöhnenden neuen Einwanderer, der sogenannten „Grünen", waren aber nicht selten zu Wohlstand gelangte Emigranten, die sich seinerzeit selbst hatten ausbeuten lassen müssen. Vielfach lebte allerdings der Werkstattbesitzer, der „Boss" (vgl. das jiddische „Baleboss"), kaum besser als die von ihm beschäftigten Arbeiter. Nicht leicht hatten es auch die Büroangestellten und Vertreter der freien Berufe: die Ärzte, Ingenieure und Journalisten, die zwar besser bezahlt wurden, jedoch viel schwerer Beschäftigung finden konnten. Daher waren die neu zuwandernden Intellektuellen häufig genötigt, ihre Laufbahn in Amerika mit schwerster körperlicher Arbeit zu beginnen und sich überhaupt in dem ersten besten Beruf zu betätigen. Einer dieser Emigranten gibt in dem von ihm verfaßten Buche über die große Wanderung der achtziger Jahre das folgende Verzeichnis der Betätigungsarten, in denen er sich selbst in den ersten sieben Jahren nach seiner Ankunft in Amerika versucht hatte: „Ich war der Reihe nach Erdarbeiter, Tagelöhner auf einer Farm, Eisenbahnkontrolleur, Spezereihändler, Bankangestellter, Studiosus der Medizin, Sanitätsinspektor, Hausverwalter, Lehrer an einer städtischen Schule, Redakteur eines Wochenblattes und zuletzt Mitarbeiter einiger großer amerikanischer Zeitungen". Den wenigsten war es vergönnt, an die Verwirklichung der hochflie-

genden Pläne der in Rußland hervorgetretenen geistigen Führer der Emigrationsbewegung zu gehen und den Versuch zu machen, in Amerika eine jüdische Landwirtschaft erstehen zu lassen.

Die ersten Kolonisationsversuche schlugen fehl. Die jungen Parteigänger der Kolonisationsidee, die im Jahre 1881 und in den folgenden Jahren in Amerika eintrafen und von denen viele der schon erwähnten Vereinigung „Am Olam" angehörten, gingen zwar unverzüglich mit Feuereifer ans Werk, stießen aber von Anfang an auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Den ersten in den Staaten Louisiana, Dacota und Oregon zum Teil auf kommunistischen Grundsätzen aufgebauten Kolonien („Crémieux", „Bethlehem", „Montefiore" u. a.) sollte ihre ungünstige Lage sowie die Unerfahrenheit der Kolonisten zum Verhängnis werden. Soweit der angekaufte Boden nicht den Überschwemmungen des Mississippi ausgesetzt und daher sumpfig war, fiel die Saat den widrigen klimatischen Verhältnissen, Dürre und Wind, zum Opfer. Trotz ihres großen Arbeitseifers vermochten sich die Kolonisten gegen die Ungunst der äußeren Verhältnisse nicht zu behaupten, um so mehr, als auch die ihnen von den New Yorker Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellten Mittel recht spärlich waren. Über das Jahr 1885 hinaus hat sich denn auch keine von diesen Kolonien halten können. Am längsten kämpfte um ihre Existenz die 1883 im westlichen Staate Oregon mit von Michael Heilprin gesammelten Mitteln gegründete mustergültige Dorfkommune „Neu Odessa". Mit Ackergerät ausgerüstet, verlegten sich die Mitglieder dieser Agrargenossenschaft, etwa fünfzig aus Odessa eingewanderte junge Leute, auf den Getreidebau, ohne zu beachten, daß sich die örtlichen Verhältnisse viel eher für die von den Farmern der Umgegend betriebene Viehzucht und Milchwirtschaft eigneten. Die Folge war, daß die Pioniere ohne Nebenverdienst nicht auskommen konnten und sich genötigt sahen, den ihnen gehörenden Wald abzuholzen und das Holz an die benachbarte Eisenbahnstation zu liefern; bald war jedoch der verfügbare Holzvorrat erschöpft, während der Erlös zur notwendigen Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion noch immer nicht ausreichte. Jahre hindurch kämpften die Kolonisten mit schwerster Not, die so groß war, daß sie sogar auf die Gründung von Familien verzichten mußten, bis sie schließlich die Geduld verloren und einer nach dem anderen „Neu Odessa", die Schöpfung eines enthusiastischen Idealismus, verließen. Viele von ihnen brachen nach New York

auf, besaßen aber nicht einmal das nötige Geld, um die Eisenbahnfahrt von San Franzisco aus bezahlen zu können, so daß sie den ganzen quer durch den Kontinent, vom Stillen zum Atlantischen Ozean führenden Weg in monatelangem Marsch zu Fuß zurücklegen mußten (1888). — Viel günstiger war die Lage der drei 1882 in nächster Nachbarschaft voneinander in einem der stark bevölkerten *östlichen* Staaten, in New Jersey, gegründeten Kolonien „Alliance", „Karmel" und „Rosenhain", in denen sich ursprünglich siebzig aus Rußland eingewanderte Familien angesiedelt hatten. Dank der Nähe der Großstädte, insbesondere des bedeutendsten Industriezentrums des Landes New York, konnten die vornehmlich Garten- und Weinbau treibenden Siedler ihre Erzeugnisse leicht absetzen. Indessen wäre auch hier unvermeidlich eine Krise ausgebrochen, wenn die Kolonisten und ihre Gönner nicht auf den Gedanken gekommen wären, mit den landwirtschaftlichen Betrieben ein städtisches Gewerbe, die Wäschefabrikation, zu verbinden. Die neugegründeten fabrikartigen Werkstätten zur Anfertigung von Hemden verschafften den Familien der Siedler in der von landwirtschaftlicher Arbeit freien Zeit einen auskömmlichen Nebenverdienst und bildeten eine wichtige Stütze für die neuen Kolonien, die sich allerdings auf diese Weise im Laufe der Jahre in Siedlungen halb städtischen Charakters verwandelten. Auf der gleichen Kombination von Stadt und Land beruhte auch der Wohlstand der im Jahre 1891 in demselben Staate gegründeten Kolonie Woodbine. Mit der Unterstützung des Barons Hirsch ins Leben gerufen, sollte sich diese Kolonie in der Folgezeit zu einem von einem Kranz von Farmen umgebenen jüdischen Industriestädtchen entwickeln. Überhaupt nahm die jüdische Landwirtschaft in Amerika, soweit sie gedieh, das für das Land bezeichnende individualistische Gepräge an, und so bildeten die wenigen, in den verschiedenen Staaten der Union verstreuten jüdischen Farmen die einzige reale Verwirklichung des Traumes, der einst die idealistischen Pioniere der Kolonisation beseelt hatte.

§ 30. Die Einwanderung nach Amerika in den neunziger Jahren

Das Jahr 1891 stellt in der Geschichte der Einwanderung nach Amerika eine nicht minder sturmbewegte Zeit dar wie das Jahr 1882. Die Vertreibung aus Moskau sowie die Verschärfung des antisemiti-

schen Terrors in Rußland überhaupt hatte erneut eine panische Flucht der Gehetzten nach Übersee zur Folge. Um nun den Zustrom der besitzlosen Massen zu unterbinden, verfügte die Washingtoner Regierung, daß Neuankömmlinge ohne ein gewisses Minimum an Existenzmitteln und ohne bestimmte Aussichten auf einen Verdienst am Landen verhindert und nach Europa zurückbefördert werden sollten. Auf der im New Yorker Hafen gelegenen Insel Ellis Island, dem Kontrollplatz für die eintreffenden Emigranten, spielten sich herzzerreißende Szenen ab, so daß dieser Landungsplatz mit gutem Recht den Beinamen „Träneninsel" erhielt. Gleichwohl war es dem weitaus überwiegenden Teil der Emigrantenmasse gelungen, sich in die Vereinigten Staaten Eingang zu verschaffen, und die Zahl der dorthin in den Jahren 1891—1892 aus Rußland, Rumänien, Galizien und anderen Ländern eingewanderten Juden erreichte die Rekordhöhe von rund 250 000 Seelen. Im New Yorker Ghetto kochte und brodelte es: die Werkstätten und Fabriken füllten sich mit „Grünen", die Fürsorgeanstalten, das Komitee des Baron Hirsch-Fonds und andere Organisationen, taten das Menschenmögliche, um den neueintreffenden Emigranten Arbeit zu verschaffen und sie auf das ganze Land zu verteilen, doch konnte den durch den plötzlichen Zustrom vieler Tausende von mittellosen Familien hervorgerufenen Mißständen nur zum Teil abgeholfen werden. Die seit 1893 in Amerika anhaltende Wirtschaftskrise, deren Folge ein allgemeiner Rückgang der Einwanderung aus Europa war, wirkte auch auf die jüdische Emigrationsbewegung zurück: die Zahl der alljährlich aus Rußland einwandernden Juden sank in der Zeitspanne 1893—1900 erneut auf das Durchschnittsniveau von 30 000 Seelen, zu denen allerdings ebensoviel jüdische Einwanderer aus Rumänien und Galizien kamen. So zählten die Vereinigten Staaten bereits um 1900 anderthalb Millionen jüdische Einwohner, von denen nicht weniger als ein Drittel nach wie vor auf New York entfiel.

Die nach Amerika einwandernden Juden, deren Anteil an der Gesamtzahl der Einwanderer aus Europa 12 bis 15% betrug, verfolgten andere Ziele als die große Mehrheit ihrer nichtjüdischen Schicksalsgenossen. Irländer, Italiener, Deutsche oder Polen reisten in der Regel nach Amerika ohne Familie, mit dem Vorhaben, dort binnen wenigen Jahren zu Geld zu kommen und sodann in die Heimat zurückzukehren; die über den Ozean ziehenden Juden verließen hingegen

die stiefmütterliche Heimat für immer, in der Hoffnung, in Amerika ein neues Vaterland zu finden, weshalb sie auch ihre Familien entweder mit sich nahmen oder, sobald sie festeren Boden unter den Füßen fühlten, nachkommen ließen. Die ihren Angehörigen vorausgeeilten Familienväter bestritten mit dem von ihnen verdienten Gelde den Unterhalt der in der alten Heimat zurückgebliebenen Familien, bis der ersehnte Augenblick kam, da sie diesen „Schiffskarten" zur Überfahrt schicken konnten. Die Wiedervereinigung mit ihren Angehörigen bedeutete für die Auswanderer zugleich die endgültige Loslösung von ihrem Geburtslande, und fortan fühlten sie sich in der Wahlheimat fest verwurzelt. Ein fünfjähriger Aufenthalt in den Vereinigten Staaten begründete von Gesetzes wegen Anspruch auf Einbürgerung, die auch anstandslos vollzogen zu werden pflegte, so daß die Verwandlung eines rechtlosen Untertanen der russischen Despotie in einen vollberechtigten Bürger der freien Republik zu den alltäglichsten Erscheinungen gehörte. Die neu naturalisierten Juden nahmen regsten Anteil an dem politischen Leben des Landes, insbesondere an den Parlaments- und Kommunalwahlen. Die an Stärke rasch zunehmende jüdische Bevölkerung mit ihren nach Hunderttausenden zählenden Wahlstimmen gewann eine immer größer werdende politische Bedeutung. Bei den Präsidentschaftswahlen, bei denen sich die Kandidaten der zwei maßgebenden Parteien, der republikanischen und der demokratischen, gegenüberstanden, hing die Entscheidung in vielen Großstädten, vor allem in New York, von den jüdischen Stimmen ab. Das Bewußtsein ihrer bürgerlichen Vollwertigkeit fesselte die Juden noch mehr an ihr neues Vaterland. Während des 1898 zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien um die Insel Kuba ausgebrochenen Krieges meldeten sich denn auch viele Juden freiwillig zum Kriegsdienst. Das in New York ausgerüstete Freiwilligenregiment bestand zur größeren Hälfte aus patriotisch gesinnten jüdischen jungen Leuten, und in Philadelphia wurde sogar eine rein jüdische Legion aufgestellt. Bedeutend war auch die Zahl der Juden, die in den Reihen der regulären Truppen sowie in der Marine mitkämpften. Bekanntlich wurde Spanien in diesem Kriege geschlagen und verlor an die amerikanische Union außer Kuba den Rest seiner westindischen Besitzungen. So war es den jüdischen Bürgern Amerikas beschieden, an der Vertreibung der spanischen Machthaber aus jenem Weltteil mitzuwirken, den Spanier vier Jahrhunderte früher, im Jahre der Ver-

treibung der Juden aus Spanien, entdeckt hatten. Die Nachkommen der Sephardim und die Einwanderer aus Rußland, dem Lande der neuen Inquisition, waren gleichsam zu Werkzeugen in der Hand der geschichtlichen Nemesis geworden.

Bereits ein Jahrzehnt nach Beginn der Massenauswanderung der russischen Juden schrieb einer der aktivsten Führer dieser Bewegung: „Wer mitangesehen hat, wie der bettelarme, niedergedrückte, eingeschüchterte Bewohner des berüchtigten Ansiedlungsrayons, wie der Nebbich-Jude, über dessen Haupte stets das Damoklesschwert brutaler Gewalt schwebte und der vor dem ersten besten Polizisten wie Espenlaub zitterte, sich, durch den Kampf ums Dasein gestählt, unter der Einwirkung der Unabhängigkeit in einen freien, aufrechten amerikanischen Juden verwandelte, dem niemand zu nahe treten darf und der zu einem *Bürger* im vollen Sinne dieses Wortes geworden ist, der kann angesichts dieser wunderbaren Metamorphose die ungeheure Bedeutung der Emigrationsbewegung nie und nimmer in Zweifel ziehen". Allen Beobachtern des Lebens der nach Amerika neu zuwandernden jüdischen Massen fiel in der Tat die Rapidität auf, mit der sich die Ankömmlinge aus Osteuropa den ungewohnten Lebensverhältnissen anpaßten. Die patriarchalischen, etwa aus einem litauischen oder podolischen Flecken herübergekommenen Juden legten, um nicht als „Grüne" verspottet zu werden, schon nach wenigen Jahren ihre altmodische Tracht ab und ersetzten diese durch die Arbeiterbluse oder den landesüblichen Anzug; ebenso wie die langschößigen Röcke verschwanden nach und nach von der Bildfläche auch die langen Bärte und die Schläfenlocken der Männer sowie die Perücken der Frauen. Selbst die Sabbatheiligung vermochte den neuen Lebensverhältnissen nicht standzuhalten. Nach anfänglichem Zögern pflegten sich nämlich die jüdischen Handarbeiter zu entschließen, auch am Sabbat zu arbeiten, da in allen Betrieben, abgesehen von denjenigen, deren Inhaber altfromme Juden waren, am Sonntag gefeiert wurde. Die mit der Fabrikarbeit notwendig verbundene Entweihung des Sabbats und der übrigen Feiertage war freilich für viele Vertreter der älteren Generation ein Grund mehr, um den Kleinhandel der Betätigung in industriellen Betrieben vorzuziehen. Die erste Generation der Einwanderer hielt überhaupt die altüberkommene religiöse Lebensordnung im großen und ganzen aufrecht. Die konservativen Anschauungen der Neuankömmlinge fanden in dem gewohnten, von Landsleuten durch-

setzten Milieu der dichtbevölkerten Judenviertel einen überaus günstigen Nährboden. Einem alten Brauche gemäß pflegten sich die aus derselben Stadt oder Gegend stammenden Einwanderer an ihrem neuen Wohnort zu Landsmannschaften zusammenzuschließen, die in besonderen Betstuben zusammenkamen und verschiedene Institutionen zur gegenseitigen Unterstützung gründeten. Wie einst in Konstantinopel nach der Vertreibung aus Spanien (Band VI, § 2), bestanden in New York Hunderte von nach den einzelnen Landsmannschaften benannten Betstuben: die der Kownoer, Wilnaer, Kischinewer usw. Diese in der Regel in Privatwohnungen untergebrachten Synagogen stellten nicht nur Andachtsstätten, sondern zugleich kleine Klubs dar, in denen die Mitglieder der Landsmannschaften gesellige Zusammenkünfte veranstalteten, aber auch ihre Geschäfte erledigten. Die in den Judenvierteln vorherrschende Muttersprache der Einwanderer, das „Jiddisch", wich vor der englischen Sprache, die die Jugend in der Schule erlernte, nur Schritt für Schritt zurück. Abendkurse in der englischen Sprache wurden übrigens auch von den erwachsenen Einwanderern gern besucht, denen es jedoch bei der Erlernung der Landessprache lediglich darauf ankam, sich, sei es in der Werkstatt oder im Straßenhandel, mit Nichtjuden verständigen zu können. Im Verkehr miteinander bedienten sie sich dagegen ausschließlich der eigenen Muttersprache, in die sie aber verschiedene englische Fachausdrücke und Redensarten einführten, wodurch allmählich ein anglisierter Sonderdialekt des Jiddischen entstand. Dies war die Sprache, in der die Blätter der Judenviertel von New York und anderen amerikanischen Großstädten erschienen. Um die Jahrhundertwende gab es etwa fünfzehn solcher Blätter, die teils Wochenschriften, teils Tageszeitungen waren. Besonders weite Verbreitung fanden die parteilosen Blätter „Jiddische Gazetten", „Jiddisches Togblat", „Jiddische Zeitung" und die sozialistischen Presseorgane „Die Arbeiterzeitung" (1890—1902), „Der Vorwärts" (erscheint seit 1897) sowie die Monatsschrift „Zukunft" (1892—1897; erscheint wieder von 1902 ab).

Die Entstehung einer breiten jüdischen Proletarierschicht schuf in Amerika einen neuen Resonanzboden für die *sozialistische* Propaganda. Die revolutionäre Energie der aus Rußland stammenden Jugend brach sich eruptiv Bahn und kam zunächst in einem terroristischen *Anarchismus* zum Ausdruck. Die zündenden Reden des Amerika

zu Agitationszwecken bereisenden deutschen Anarchisten Most mußten auf diejenigen, die der russische Despotismus der Möglichkeit beraubt hatte, in ihrer Heimat zu leben und zu wirken, einen besonders nachhaltigen Eindruck machen. Der revolutionäre Idealismus paarte sich indessen bei den jüdischen Anarchisten nicht selten mit hemmungslosem Libertinismus, aus dem heraus sie an Stelle der sie ehedem bindenden Norm: „Alles ist verboten" nunmehr das Leitprinzip setzten: „Alles ist erlaubt". So riefen denn die anarchistischen Schwärmer zu Gewalttaten gegen die Kapitalisten und die Träger der Staatsgewalt auf, veranstalteten antireligiöse Demonstrationen, etwa öffentliche Unterhaltungsabende am Jom Kippur, und gingen auch sonst darauf aus, die menschliche Gesellschaft mit einem Schlage umzugestalten. Sie gaben sich alle Mühe, jeden Arbeiterstreik zu einer die „Weltrevolution" anbahnenden Volkserhebung anwachsen zu lassen. In ihren Zeitschriften „Die Wahrheit", „Die freie Gesellschaft" und „Die freie Arbeiterstimme" (1889—1900) verdolmetschten die jüdischen Jünger Mosts die Gedankengänge, die das deutsche Organ ihres Meisters, die New Yorker „Freiheit", entwickelte. Dem jüdischen Anarchismus rückte indessen bald in Wort und Schrift die jüdische *Sozialdemokratie* zu Leibe, die in den neunziger Jahren zu immer maßgebenderem Einfluß gelangte und deren geschickt redigierte Parteiblätter „Arbeiterzeitung" und „Vorwärts" auch in literarischer Hinsicht zu den besten Publikationen in jiddischer Sprache gehörten. In diesen Blättern arbeiteten die hervorragendsten Wortführer des jüdisch-amerikanischen Sozialismus mit: *Abraham Kahan, Lewis Miller* (Bandes), *Abraham Ljessin* (Wald), die aus London übergesiedelten Philipp Kranz und Morris Wintschewsky (oben, § 26) sowie eine Reihe anderer begabter Publizisten, unter denen mehr als einer vormals dem Anarchismus gehuldigt hatte.

Auch die schöne Literatur in der jüdischen Volkssprache war in stetem Aufschwung begriffen. Dem New Yorker Ghetto erstand ein Sänger in dem großen Lyriker *Morris Rosenfeld* (1862—1925). Aus dem Gouvernement Suwalki gebürtig, wurde der von der Auswandererwelle des Jahres 1882 mitgerissene Rosenfeld zunächst nach London und sodann nach New York verschlagen, wo er in einer jener großen Schneiderwerkstätten Arbeit fand, deren Besitzer, die Notlage der „Grünen" ausnützend, diese nach allen Regeln des „Sweating-Systems" ausbeuteten. Bald kam in dem Schneidergesellen der Dichter zum Vorschein,

in dessen Geist sich in den endlosen Arbeitsstunden, da seine müde Hand mit Nadel oder Bügeleisen hin und her glitt und in seinen Ohren die Seufzer der ihn umgebenden, gleich ihm von dem brutalen Arbeitgeber angetriebenen weißen Sklaven widerhallten, Vers an Vers und Strophe an Strophe reihte. Ein Opfer sowohl der nationalen als auch der sozialen Knechtschaft, verlieh Rosenfeld in seinen einprägsamen Gedichten diesen beiden Seiten des jüdischen Mißgeschicks Ausdruck, doch sollte er seine dichterische Stärke und Originalität mehr als proletarischer denn als nationaler Dichter offenbaren. Der aus dem Polizeistaat in die freie Republik geflüchtete und unversehens in die Krallen des beutegierigen Kapitalismus geratene Wanderer mußte sich unausbleiblich mit der ganzen Wucht seines Zornes gegen das auch die Länder der höheren Kultur bedrückende Ungeheuer wenden. Sein Gedicht „Schwitz-Werkstatt" („Sweat-Shop"), in dem die Seelenmarter der in dem Londoner und New Yorker Ghetto ausgesaugten Tagelöhner nachklingt, steht an Ausdruckskraft dem berühmten „Lied vom Hemd" von Thomas Hood keineswegs nach. Hier der Wortlaut einer dieser Strophen:

„Es roischen in Shop asei wild die Maschinen,
As oftmol vargeß ich in Roisch, doß ich bin.
Ich wer in dem schrecklichen Tummel varlorn,
Mein Ich wert botel (vernichtet), ich wer a Maschin.
Ich arbet und arbet, un arbet on Cheschbon (ohne Maß),
Es schaft sich un schaft sich, un schaft sich on Zol.
Far wos? un far wemen? — Ich weiß nit, ich freg nit, —
Wie kumt a Maschin zu denken amol? . . ."

Nicht weniger ergreifend ist das traurige Lied von dem sein Haus in frühester Morgenstunde verlassenden und nur spät abends von der Arbeit zurückkehrenden Vater, der sein Söhnchen nur dann zu sehen bekommt, wenn es bereits schläft oder noch nicht erwacht ist („Mein Jüngele"). Die zornsprühende Weissagung des Dichters von dem revolutionären Strafgericht über die Raubritter des Kapitalismus („A Newue") erinnert an die leidenschaftlichen Strafreden eines Amos oder Jesaja. Der im Banne des proletarischen Sozialismus stehende Rosenfeld hatte indessen ein starkes Gefühl auch für die nationale, von der Klassenlage unabhängige Not des Judentums. Die Poesie der Vergangenheit, die innere Geschlossenheit und Schönheit des Lebens im alten Judäa übte auf ihn, als der polare Gegensatz zu der Zwie-

spältigkeit des Diasporalebens, einen unwiderstehlichen Zauber aus, und so bildet die Sehnsucht nach Zion das Leitmotiv seiner nationalen Lieder. Diese Verbindung von Sozialismus und Zionismus stellte den dichterischen Prolog zu jener politischen Bewegung dar, die zu Beginn des XX. Jahrhunderts einen Teil der jüdischen Jugend in Rußland und Amerika erfassen sollte (die Partei „Poale Zion"). Der Dichter selbst hatte um diese Zeit die schwersten Jahre bereits hinter sich: der Erfolg seiner ins Englische übersetzten und von der Kritik mit großem Beifall aufgenommenen Gedichte hatte es ihm ermöglicht, sich ganz der literarischen Tätigkeit zu widmen.

Die mit dem Übergang von der russischen Knechtschaft zu der amerikanischen kapitalistischen „Freiheit" verbundene Enttäuschung wirkte auch erschütternd auf zwei andere dichterisch veranlagte Einwanderer: auf *David Edelstadt* (1866—1892) und *Joseph Bowschower* (1873—1915). Der erste, der aus der erzrussischen Stadt Kaluga stammte und seine Jugendgedichte in russischer Sprache schrieb, kam im Pogromjahr 1881 nach Kiew, von wo aus er zusammen mit einer Gruppe von Mitgliedern der Vereinigung „Am Olam" nach Amerika zog. Dort arbeitete der jugendliche Intellektuelle zunächst als Fabrikarbeiter in Cincinnati, worauf er dann nach New York übersiedelte, sich der anarchistischen Bewegung anschloß und zu deren begeistertem Sänger wurde. Die ganze Inbrunst seines vielgeprüften, von persönlichem Glück noch nie erhellten Herzens ergoß sich nunmehr in zündende Verse in der jüdischen Volkssprache, in denen der Dichter dazu aufrief, „unter der roten Fahne" für die Freiheit der Werktätigen zu kämpfen. Der heißblütige Kämpfer fiel schon mit sechsundzwanzig Jahren der Schwindsucht zum Opfer und wurde auf seinem Posten von Bowschower abgelöst, der, 1890 aus der chassidischen Hochburg Ljubawitschi in Amerika angekommen, sich gleichfalls den amerikanischen Anarchisten anschloß und seine Kampflieder gleichzeitig in jiddischer und englischer Sprache schrieb. Nachdem er einige Jahre hindurch Sturm geläutet und zum Angriff gegen die Bollwerke der alten kapitalistischen Welt angefeuert hatte, brach er jäh zusammen und verfiel der geistigen Umnachtung, von der er sich bis an sein Lebensende nicht mehr erholen sollte.

Gleichzeitig mit den trauererfüllten Sängern des neuen Ghetto traten auch dessen Sitten und Bräuche schildernde Prosaisten hervor. Das Hauptthema ihrer zum Teil humoristischen Schriften bildete die

Umwandlung des jüdischen Einwanderers in einen amerikanischen Bürger, des „Grünen" in einen „Gelben". Der als sozialistischer Publizist bereits erwähnte Abraham Kahan war zugleich Verfasser von seine künstlerische Begabung verratenden Novellen. Absolvent des Wilnaer Lehrerseminars, wurde Kahan bereits als junger Schullehrer in die russische revolutionäre Bewegung hineingezogen und mußte 1882, von der politischen Polizei verfolgt, die Heimat verlassen. In New York angelangt, setzte er sich mit den Führern des amerikanischen Sozialismus in Verbindung, wurde Mitarbeiter verschiedener englischer Zeitungen und Zeitschriften und bald auch Mitbegründer der jüdischen Sektion der Sozialdemokratie sowie der amerikanischen sozialistischen Presse in jiddischer Sprache. Von seinen belletristischen Schriften in englischer Sprache fand besondere Beachtung der Roman „Jekel, eine Ghettoerzählung" („Jekel, a tale of the ghetto", 1895), dessen Held, ein Einwanderer aus Osteuropa, sich dadurch lächerlich macht, daß er sich als hundertprozentiger Yankee aufspielt. Später Redakteur der Zeitung „Vorwärts", ging Kahan ganz in der jiddischen Journalistik auf und wurde zu einem ihrer prominentesten Vertreter. Gleichzeitig taten sich als Darsteller des Ghettolebens, dessen Elend sie aus eigener Erfahrung nur zu gut kannten, die Novellisten *Leon Kobrin* und *Israel Libin* (Gurewitsch) hervor. Das Honorar, das ihnen die lokalen jiddischen Blätter für ihre Erzählungen zahlten, war so dürftig, daß die beiden Schriftsteller sich ihren Lebensunterhalt durch schwere körperliche Arbeit verdienen mußten. Kobrin arbeitete in einer Schneiderwerkstatt und sodann in einer Bäckerei, war aber für körperliche Arbeit wenig geeignet, da seine Phantasie unablässig mit der künstlerischen Gestaltung des ihn umbrandenden Lebens beschäftigt war. Libin wiederum, der sich als Zeitungsträger betätigte, war auf diesen Verdienst auch dann noch angewiesen, als die von ihm ausgetragenen Zeitungen bereits seine oft überaus kunstvollen Erzählungen zum Abdruck brachten.

Die ostjüdische Kolonie von New York schuf sich auch ein eigenes Volkstheater. Im Repertoire dieses Theaters standen an erster Stelle die Stücke desselben Jakob Gordin, der kurz vor den Pogromen des Jahres 1881 in Jelisawetgrad die „Geistig-biblische Brüderschaft" gegründet hatte (oben, § 22). Nach dem Zusammenbruch seines mißglückten Unternehmens ließ sich Gordin von den Ideen Leo Tolstojs hinreißen und übersiedelte 1891 in die Vereinigten Staaten, wo er den

Versuch machte, eine kommunistische Agrargenossenschaft nach dem Vorbild der russischen Tolstojaner-Kolonien ins Leben zu rufen. Nachdem auch dieser Plan gescheitert war, schrieb Gordin in Anlehnung an die klassischen Werke der europäischen dramatischen Literatur eine Reihe von moralisierenden Volksstücken in jiddischer Sprache (das populäre Drama „Mirele Efros" und viele andere). Die von Jakob Adler und anderen talentvollen Bühnenkünstlern geleiteten Schauspielertruppen nahmen sich der Gordinschen Stücke an und machten sie zum Fundament des neu erstehenden Volkstheaters, das nach und nach zu einem wichtigen Kulturfaktor im jüdisch-amerikanischen Leben wurde.

Abseits von der im Sturm und Drang der Wanderbewegung entstandenen, von Haß und Liebe durchglühten Volksliteratur stand das innerlich ausgeglichene Schrifttum der eingesessenen, längst amerikanisierten Juden aschkenasischer Herkunft, die von den Neuankömmlingen aus dem Osten als „Jahudim" bezeichnet wurden. Diese jüdische Aristokratie von New York und anderen amerikanischen Großstädten, die in besonderen religiösen Gemeinden, sogenannten „Kongregationen", zusammengeschlossen war, besaß auch ihre eigenen Presseorgane, die, wie kaum betont zu werden braucht, in englischer Sprache erschienen (die damaligen hebräischen Publikationen „Ha'Ibri" und „Ner ha'maarabi" waren für einen sehr kleinen Leserkreis bestimmt). Die angesehensten jüdisch-amerikanischen Zeitschriften waren die Wochenblätter „The American Hebrew", „The Jewish Messenger" und „The Jewish Comment" sowie die Monatsschrift „Menorah" (seit 1886). Vom Jahre 1893 ab erschienen überdies regelmäßig die Schriften der „Jewish Historical Society of America", in denen Abhandlungen zur Geschichte der amerikanischen Juden zum Abdruck gelangten. Die wenigen Gelehrten, die sich damals um die jüdische Wissenschaft in Amerika verdient machten, stammten zumeist aus Deutschland und Österreich. So der reformfreundliche Theologe *Kaufmann Kohler* (1843—1926), *Gotthard Deutsch* (1859—1921), Richard Gottheil, Emil Hirsch und Cyrus Adler. Um die Jahrhundertwende nahmen diese Forscher im Verein mit jüdischen Gelehrten Europas die Publikation der monumentalen „Jewish Encyclopedia" in Angriff, deren zwölf Bände in den Jahren 1901—1906 in New York erschienen.

Der einzige dynamische Faktor im geistigen Leben des assimilier-

ten Teiles der amerikanischen Judenheit blieben nach wie vor die reformatorischen Bestrebungen im Bereiche der Religion. Die Initiative auf diesem Gebiete ging nunmehr von dem eben erwähnten Rabbiner Kohler aus, der seinem Schwiegervater David Einhorn im Predigeramte am New Yorker Reform-Tempel gefolgt war. Die 1885 von Kohler nach Pittsburg einberufene Rabbinerkonferenz stellte das folgende radikale Programm auf: das von seinen Schlacken gesäuberte Judentum sei das Paradigma einer fortschrittlichen, mit den Ergebnissen der modernen Wissenschaft übereinstimmenden Religion; von den Vorschriften des mosaischen Gesetzes seien die allgemeingültigen sittlichen Gebote und die damit zusammenhängenden Riten, nicht aber die das nationale Moment betonenden Normen verbindlich, während den der modernen Weltanschauung widersprechenden talmudischen Gesetzesvorschriften die bindende Kraft überhaupt abgehe; die Lehre von der Unsterblichkeit der Seele sei nur insofern anzuerkennen, als sie nicht mit dem dem Judentum wesensfremden Glauben an die leibliche Totenauferstehung sowie an Hölle und Paradies verbunden werde; die Juden hätten nicht als Nation, sondern als Religionsgemeinschaft, wie etwa die christliche oder muselmanische, zu gelten; ferner könnten die sozialen Gesetze der Bibel einen Anhaltspunkt für die Lösung der modernen Arbeiterfrage bieten (dieser letztere Hinweis war offenbar gegen die damals von den Einwanderern aus Rußland getriebene sozialistische Agitation gerichtet). Im Jahre 1889 schlossen sich die reformistischen Rabbiner in Amerika zu der Organisation „Central Conference of American Rabbis" zusammen, an deren Spitze bis zu seinem Tode der Patriarch der amerikanischen Reformbewegung Isaak Wise (Band IX, § 55) stand. Die Leitung der alljährlich zusammentretenden Rabbinerkonferenzen gab auch ein wissenschaftliches Jahrbuch heraus. Die Rabbinerkonferenz von 1897 nahm zu der um diese Zeit einsetzenden zionistischen Propaganda durch die folgende unzweideutige Erklärung ihres Präsidenten Wise Stellung: „Ehre und Position des amerikanischen Israel verlangen gebieterisch, daß diese die Gefühle der amerikanischen Judenheit, abgesehen von den Idiosynkrasien der Neuankömmlinge, ausdrückende Versammlung ihr strikt ablehnendes Verhalten gegen jeden Versuch einer Wiederherstellung des jüdischen Staates kundtue". Am bemerkenswertesten war hierbei, daß die um ihre Ruhe besorgten assimilierten „Jahudim" die nationale wie die sozialistische Bewegung als

„Idiosynkrasien der Neuankömmlinge" glaubten herabsetzen zu sollen.

Indessen konnten sich auch die assimilierten Kreise nicht ganz der Erkenntnis verschließen, daß die in ununterbrochenem Zuge aus Osteuropa einwandernden jüdischen Massen dazu berufen seien, das amerikanische Zentrum neu aufzubauen. Diese dunkle Vorahnung mochte es gewesen sein, die der jungen Dichterin *Emma Lazarus* (1849 bis 1887) ihre von nationaler Leidenschaft erfüllten poetischen Schöpfungen eingab. Tochter eines Plantagenbesitzers sephardischer Herkunft, spürte die zum Freundeskreise des bekannten Dichterphilosophen Emerson gehörende Schriftstellerin die Bande, die sie mit dem Judentum verknüpften, zum ersten Mal beim Anblick der im New Yorker Hafen landenden Flüchtlinge aus Rußland. In ihrem Herzen loderte plötzlich das Märtyrerpathos ihrer Urahnen, der spanischen Exulanten, auf, sie erlernte die hebräische Sprache, vertiefte sich in das Studium der Bibel und der jüdischen Geschichte und begann Gedichte und Erzählungen zu schreiben, die von ihrer innigen Liebe zu dem ihr angestammten Duldervolke und von ihrem festen Glauben an seine Wiedergeburt zeugen („Songs of a Semite", „The banner of the Jew", „By the waters of Babylon", 1882—1887). Den sie beseelenden romantischen Zionismus brachte Emma Lazarus überdies in einer Artikelserie mit der Überschrift „Epistel an die Hebräer" zum Ausdruck. Zugleich nahm die Dichterin regsten Anteil an der von M. Heilprin eingeleiteten Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bewohner des New Yorker Ghettos. Die segensreiche Tätigkeit der hochherzigen Dichterin, die in das Jammertal der Unterstadt hinabgestiegen war, um an den Sorgen ihrer leidenden Brüder mitzutragen, sollte jedoch durch ihren frühzeitigen Tod ein jähes Ende finden.

§ 31. Das neue Kolonisationswerk in Palästina

Zwei Katastrophen waren es, die in der neueren Zeit den Anstoß zu einer Masseneinwanderung von Juden in Palästina gaben: die Vertreibung aus Spanien und die Pogrome in Rußland. Zu Beginn des XVI. Jahrhunderts hatten sich die heimatlosen Sephardim und die miteinwandernden Aschkenasim lediglich in den Städten, in der Nähe der heiligen Stätten angesiedelt; gegen Ende des XIX. Jahrhunderts wurde aber die Besiedlung des von den Arabern der Verwahrlosung

preisgegebenen flachen Landes in Angriff genommen. Hatten sich die Pioniere des XVI. Jahrhunderts bei ihrer Übersiedlung in die damals unter türkische Herrschaft gekommene alte Heimat des jüdischen Volkes von dem mystischen Glauben an das Herannahen der „Zeit der Wunder" von einem messianischen Pathos leiten lassen, das auch noch in vielen nachfolgenden Generationen fortwirken sollte, so waren die aus Rußland stammenden und von nationaler Begeisterung beschwingten Pioniere des XIX. Jahrhunderts in der festen Überzeugung hinausgezogen, daß das jüdische Palästina nur durch zähe Arbeit, durch wirtschaftlichen und politischen Kampf wieder aufgebaut werden könne. Die sich auf die Städte beschränkende Kolonisation der Vorzeit hatte zur Bildung einer Reihe von Gemeinden halb klösterlicher Art geführt, deren Mitglieder an den heiligen Trümmerstätten trauernde Beter waren; die Kolonisation des flachen Landes in der neuesten Zeit ließ eine Reihe von landwirtschaftlichen Kolonien mit einer arbeitsfreudigen Bevölkerung erstehen, Keimzellen einer normalen Lebensgemeinschaft, und wirkte zugleich belebend auf die der Totenstarre verfallenen palästinensischen Städte.

Die Begegnung der neuen Einwanderer mit den Nachkommen der alten glich der Begegnung zweier Welten. Als die ersten jungen Pioniere aus der Mitgliederschaft des in Rußland gegründeten Vereins „Bilu" (oben, § 22) im Sommer 1882 in Palästina eintrafen, bot sich ihnen dort ein trostloses Bild: das von primitivsten Ackerbau treibenden arabischen Bauern, den sogenannten „Fellachen", und den in den Steppen umherstreifenden Beduinen bewohnte Land wimmelte von Pilgern aller Konfessionen und von Priestern, die aus der Religion ein Geschäft machten. Die jüdische Bevölkerung verteilte sich auf die Städte Jerusalem, Hebron, Safed und Tiberias im Landesinneren sowie auf die Hafenplätze Jaffa in Judäa und Haifa in Galiläa. Zum überwiegenden Teil setzte sie sich nach wie vor aus seßhaft gewordenen Wallfahrern zusammen, aus frommen Greisen, die aus aller Herren Ländern mit dem alleinigen Wunsch nach dem Heiligen Lande gekommen waren, den Rest ihrer Tage mit Beten und Thorastudium zu verbringen. Diese von der „Chalukka" (Band IX, § 54) erhaltenen, für ihre Frömmigkeit und die von ihnen an der „Westmauer" („Klagemauer") verrichtete Andacht mit dem täglichen Brot belohnten Frommen stellten ein schweres Hindernis für jedes soziale und kulturelle Aufbauwerk dar. Wächter der heiligen Gräber, Torhüter des

Jenseits, vermochten sie kein Verständnis für diejenigen aufzubringen, die nach Palästina nicht gekommen waren, um dort zu sterben, sondern um dort zu leben und zu kämpfen, nicht um an den Ruinen des verfallenen Jerusalem zu trauern, sondern um ein neues Jerusalem zu errichten. Mißtrauisch begegneten den Ankömmlingen aus Rußland auch die türkischen Behörden, deren Aufgabe es war, das „zu Füßen Jerusalems liegende tote Land" vor jedem frischen Lufthauch zu bewahren. Auf die Gerüchte von einer bevorstehenden Masseneinwanderung hin ordnete die türkische Regierung im Jahre 1882 an, daß in Jaffa nur solche jüdische Reisende ans Land gehen dürften, die im Besitze einer besonderen, in Konstantinopel ausgestellten Landungsgenehmigung („Teskere") wären. Die Vorkämpfer des neuen Kolonisationswerkes, die sich danach sehnten, bei der Wiedergeburt der alten Heimat ihres Volkes Pionierdienste zu leisten, ließen sich indessen durch alle ihnen in den Weg gelegten Hindernisse nicht einschüchtern.

Im Laufe des Sommers 1882 gingen an der Küste von Jaffa mehrere Dampfer mit kleineren Gruppen von Wallfahrern neuen Schlages an Bord vor Anker. Ihre Führer waren der Vereinigung „Bilu" angehörende junge Intellektuelle. Einige Mitglieder dieser Vereinigung suchten inzwischen die türkische Regierung in Konstantinopel zu bewegen, den nach Palästina ziehenden Wanderern Einlaß zu gewähren und ihnen brachliegendes Land zur Verfügung zu stellen, doch verliefen die Unterhandlungen ergebnislos. So sollten denn viele der „Bilu"-Mitglieder die Folgen der türkischen Prohibitivmaßnahmen am eigenen Leibe erfahren: in Jaffa am Landen verhindert, mußten sie, wie einst die Israeliten in der Wüste, einen langen Umweg machen und sich zunächst nach Ägypten wenden, um erst von dort aus über Port Said in das Land der Väter zu gelangen. Die Söhne des geknechteten Volkes hielten Einzug in die geknechtete Heimat. Es stand ihnen ein langer, qualvoller Kampf bevor: es galt, das seit Jahrhunderten mit Trümmern bedeckte Heimatland in harter Arbeit urbar zu machen, mit Pflug und Hacke wieder zu erobern. Die Ankömmlinge gingen ohne Säumen ans Werk. Zum Teil fanden sie in der seinerzeit von der Pariser „Alliance" in der Nähe von Jaffa gegründeten Musterfarm „Mikwe Israel" als Tagelöhner Verwendung; andere wieder erwarben in derselben Gegend ein ödes Stück Land, auf dem die erste Ackerbaukolonie in Judäa „Rischon Lezion" erstand. Bald kam es je-

doch zu einer Wiedervereinigung der beiden Gruppen in der neu gegründeten Kolonie. Unter ungewohnten klimatischen Verhältnissen, von glühender Hitze, Wechselfieber und Augenkrankheiten geplagt, arbeiteten die Pioniere der Kolonisation mit jenem Schwung, zu dem allein ein hohes Ziel zu befähigen vermag. Sie mußten steinigen, seit Jahrhunderten vom Pflugeisen nicht mehr berührten Boden aufackern, in dem wasserarmen Lande abgrundtiefe Brunnenschachte graben sowie in der kältesten Jahreszeit, solange sie sich noch keine Wohnhäuser erbaut hatten, in Zelten hausen. Zwar brach mancher unter den allzu primitiven Lebensverhältnissen und der übermenschlichen Kraftanstrengung zusammen, doch wichen die meisten der Erbauer des neuen Palästina nicht von ihren Posten. Im selben Jahre trafen zwei Einwanderergruppen aus Rumänien ein und gründeten die Kolonien Samarin oder „Sichron Jakob" bei Haifa und „Rosch Pina" in der Nähe von Safed. Mittlerweile machte auch das Kolonisationswerk der russischen Juden weitere Fortschritte. Im Jahre 1883 ließen sich Einwanderer aus Rußland in der nahe Jaffa gelegenen Kolonie „Petach Tikwa" nieder, die, für die autochthonen Juden angelegt, mangels geeigneter Arbeitskräfte unbesiedelt geblieben war, und gründeten überdies die Kolonie „Jessod Hammaala" in Galiläa. Im darauffolgenden Jahre erstanden in Judäa die Siedlungen Ekron und Gedera (Katra), wobei sich in jenem alterprobte Ackerbauer aus den südrussischen Kolonien, in diesem eine Gruppe von bis dahin in „Rischon Lezion" tätigen „Bilu"-Mitgliedern ansiedelten.

Die materielle Lage all dieser Kolonien war überaus prekär. Der Wiederaufbau der Landwirtschaft in dem völlig verödeten Lande setzte außer der angestrengten Arbeit der Kolonisten die Investition von großen Kapitalien voraus. Der größte Teil des Bodens im bergigen Judäa eignete sich nämlich nicht für den Getreide-, hingegen für den Weinbau, der bekanntlich erst einige Jahre nach der Pflanzung der Reben einträglich wird und für den daher den Kolonisten die nötigen Mittel fehlten. Die „Chowewe Zion" in Rußland (oben, § 22) besaßen viel Enthusiasmus, jedoch wenig Geld, während die reichen westeuropäischen Juden nicht national genug gesinnt waren, um sich für Palästina zu interessieren. So drohte den Kolonien völliger Verfall. Im letzten Augenblick eilte ihnen indessen einer der bekanntesten Vertreter der westeuropäischen Plutokratie, der Baron *Edmond Rothschild,* der Chef des bekannten Pariser Bankhauses, zu Hilfe, bei dem

das Interesse für Börsentransaktionen die Anhänglichkeit an die Heimat seiner Urväter nicht verdrängt hatte. Noch nie sind die Millionen der Rothschilds mit größerem Nutzen angelegt worden. Als Baron Edmond im Jahre 1884 von der kritischen Lage der in Palästina neugegründeten Kolonien erfuhr, ließ er zunächst an die notleidenden Kolonistenfamilien beträchtliche Geldunterstützungen verteilen und nahm sodann nach und nach sämtliche Kolonien in seine Fürsorge. Er zögerte nicht, Millionen von Francs für die Reorganisation der Wirtschaft in den um ihre Existenz ringenden Kolonien herzugeben: an Stelle des der Bodenbeschaffenheit in Judäa nicht angemessenen Ackerbaus wurde in den dortigen Siedlungen unter Anleitung von erfahrenen Agronomen der Weinbau nach französischem Vorbild eingeführt, und zugleich wurden die Siedler in Galiläa dazu angehalten, sich neben Getreidebau mit Gartenbau und Seidenraupenzucht zu befassen. Überall wurden für die Kolonisten neue Häuser sowie Synagogen, Spitäler, Schulen und Kinderheime errichtet. Die Kolonisten selbst erhielten für ihre Arbeit einen festen, sich nach der Zahl ihrer Familienangehörigen richtenden Lohn, und so nahmen die ehedem selbständigen Landwirte nunmehr eine Mittelstellung zwischen Pächtern und Tagelöhnern ein. Alle Kolonien unterstanden einer von Baron Rothschild eingesetzten Administration, in der entsprechend vorgebildete Beamte tätig waren. Gleichwohl waren die in den ersten Jahren in den „freiherrlichen Kolonien" erzielten Erfolge minimal. Das Vormundschaftssystem wirkte demoralisierend sowohl auf die Bevormundeten als auch auf die Vormünder. Die von Paris aus ernannten Verwaltungsbeamten, die den die Kolonisten beseelenden nationalen Idealen des Judentums zumeist völlig gleichgültig gegenüberstanden, behandelten die ihrer Fürsorge Anvertrauten wie einen Haufen zuchtloser Landarbeiter, mischten sich in das innere Leben ihrer Schutzbefohlenen ein und rächten sich an den ihnen Mißliebigen durch Subventionskürzung, ja durch den Ausschluß aus der Siedlergemeinschaft. Dies hatte wiederum zur Folge, daß in den Kolonien einerseits Liebedienerei, andererseits Aufsässigkeit in Erscheinung traten. Die Kühneren unter den Kolonisten, die ihre Abhängigkeit als eine lästige Fessel empfanden, sagten der Administration den Kampf an und organisierten gegen diese „Erhebungen", die mit Gewaltmitteln, zuweilen mit Hilfe der türkischen Polizei, unterdrückt wurden. Das Schlimmste war aber, daß mit dem Schwinden des Anreizes zur Arbeit, der durch das

Unabhängigkeitsbewußtsein sowie durch die Freude am Ertrage der eigenen Scholle bedingt war, auch die Arbeitsenergie der Kolonisten in ständigem Sinken begriffen war. Zugleich schwand der Antrieb zur Gründung neuer Kolonien, und die Palästinafreunde in Rußland, die von einer baldigen Wiedergeburt Zions geträumt hatten, verloren immer mehr den Mut.

Eine Änderung trat in dieser Lage erst mit dem Anbruch der neunziger Jahre ein, nachdem sich in Rußland die Vereine der „Chowewe Zion" zu einer offiziell anerkannten „Palästina-Gesellschaft" zusammengeschlossen hatten (ihr voller Name war „Gesellschaft zur Unterstützung jüdischer Ackerbauer und Handwerker in Syrien und Palästina"). Zu den das Odessaer Komitee der Gesellschaft leitenden Ideologen der „Autoemanzipation" Leon Pinsker und Lilienblum gesellte sich bald als Dritter im Bunde *Ascher Ginzberg*, der gerade damals unter dem literarischen Pseudonym *Achad Haam* die weitere Vertiefung der nationalen Ideologie in Angriff genommen hatte. Die Gesellschaft entwarf einen großzügigen Plan für die in Palästina zu entfaltende kolonisatorische und geistig-kulturelle Tätigkeit und schuf zu diesem Zwecke eine eigene Verwaltungsstelle in Jaffa. Noch ehe man jedoch an die Verwirklichung dieses Planes schreiten konnte, brach über die russische Judenheit die in der Vertreibung aus Moskau gipfelnde Krise des Jahres 1891 herein, und wieder einmal fluteten Tausende und Abertausende von Vertriebenen und Flüchtlingen über die Reichsgrenze, von denen sich ein Teil nach Palästina wandte. In der jüdischen Öffentlichkeit hatte sich inzwischen die Auffassung durchgesetzt, daß der Wiederaufbau Palästinas nicht von der Ansiedlung armer, unterstützungsbedürftiger Kolonisten, sondern von dem Zuzug kapitalkräftiger Einwanderer zu erwarten sei, die in der Lage wären, dort weitausgedehnte Ländereien zu erwerben, diese durch jüdische oder arabische Landarbeiter bebauen zu lassen und mit der Zeit auch eine lebensfähige Industrie im Lande zu entwickeln. Gleichsam über Nacht bildeten sich in verschiedenen Gegenden Rußlands Erwerbsgesellschaften, die nach Palästina Bevollmächtigte entsandten mit dem Auftrag, dort Ländereien aufzukaufen. Das kleine, unter türkischer Herrschaft verödete und zur Domäne frommer Pilger gewordene Land füllte sich plötzlich mit Grundstückskäufern und -maklern. Es setzte eine tolle Spekulation in Grundstücken ein. Die türkischen und arabischen Bodenbesitzer erhöhten von Tag zu Tag den

Preis der von ihnen angebotenen Landparzellen, die skrupellosen Handelsvermittler betrogen Käufer wie Verkäufer, und viele bereits abgeschlossene Geschäfte mußten wieder rückgängig gemacht werden. Mittlerweile war den türkischen Ortsbehörden, die die Regierung in Konstantinopel auf die „Invasion" der neuen Landeroberer aufmerksam gemacht hatten, eine Verordnung zugegangen, die das ehedem für die russischen Juden geltende Verbot, in Palästina Immobilien zu erwerben, ja sich dort sogar länger als drei Monate aufzuhalten, erneut in Kraft setzte. Zwar bestand die Möglichkeit, die prohibitiven Bestimmungen durch Beamtenbestechung, den berühmten „Bakschisch" zu umgehen oder Land auf den Namen von Personen nichtrussischer Staatsangehörigkeit zu kaufen; um so unüberwindlicher waren aber die Schwierigkeiten, die ihren Grund in den primitiven wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes hatten. So waren denn die einzigen Ergebnisse der Expedition der unternehmungslustigen „Gründer" nach der verwahrlosten türkischen Provinz, in der alle Voraussetzungen für eine rasche industrielle Entwicklung fehlten, Enttäuschung und große materielle Verluste. Der im Frühjahr 1891 in Palästina weilende Achad Haam hatte diesen schweren Rückschlag klar vorausgesehen: in seinen „Wahrheit aus Palästina" betitelten Artikeln warnte er aufs eindringlichste vor einer ungeregelten, forcierten Kolonisation und verlangte, daß deren Befürworter den wirtschaftlichen Möglichkeiten und der politischen Lage des Landes voll Rechnung tragen.

Die Tatsachen hatten den Beweis erbracht, daß Palästina für eine Masseneinwanderung, auch in einem viel geringeren Ausmaß als die Einwanderung nach Amerika, vorerst nicht in Betracht komme und daß das Siedlungswerk dort nur langsame Fortschritte machen könne. Durch die bittere Erfahrung gewitzigt, suchten die neuen Pioniere der Kolonisation die Fehler ihrer Vorgänger zu vermeiden und erzielten auch größere Erfolge. Im letzten Jahrzehnt des XIX. Jahrhunderts gründeten sie in Judäa und Galiläa, zum Teil mit von Privatpersonen oder privaten Genossenschaften aufgebrachten Mitteln, zum Teil mit Unterstützung des Odessaer Komitees der „Palästina-Gesellschaft" eine Reihe von neuen Ackerbaukolonien (Rechoboth, Chedera, Mischmar Hajarden, Kastinieh, Metula u. a.). Unterdessen führte der in den alten Kolonien fortdauernde Kampf gegen die Bevormundung durch die Vertrauensmänner des Barons Rothschild dazu, daß um die

Jahrhundertwende (1899—1900) die Verwaltung des größten Teiles dieser Kolonien von der Jewish Colonization Association übernommen wurde, die Baron Hirsch ursprünglich zur Errichtung jüdischer Siedlungen in Argentinien gegründet hatte. Das Pariser Komitee der JCA, die für die palästinensischen Kolonien beträchtliche Geldsummen zur Verfügung stellte, befreite die Kolonisten nach und nach von der sie bedrückenden administrativen Kontrolle. Der Selbstverwaltung teilhaftig geworden, nahmen die Kolonien einen rascheren Aufschwung und wurden zum festen Kern des künftigen jüdischen Zentrums im Heimatlande Israels. Noch war dieser Kern nicht groß: im Jahre 1900 gab es in Palästina rund dreißig jüdische Kolonien mit 5600 Bewohnern. Allerdings hatte sich dort in den letzten zwei Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts auch die Zahl der jüdischen Stadtbewohner auf fünfzig- bis sechzigtausend Seelen erhöht, von denen nahezu die Hälfte in Jerusalem ansässig war, während sich der Rest auf von früher her bestehende und neuerstandene städtische Gemeinden (Jaffa, Haifa, Akko, Gaza) verteilte. Neben den frommen Müßiggängern, die von der „Chalukka" erhalten wurden, neben Kleinhändlern und armen Handwerkern, waren nunmehr in den Städten Palästinas auch Juden ansässig, die sich in der Industrie betätigten und freie Berufe ausübten.

Ebenso langsam wie im Bereiche der materiellen Kultur vollzog sich in Palästina der Erneuerungsprozeß auch im Bereiche der geistigen Kultur. Die neue Gebildetenschicht, die später der alles freie Schaffen in Grund und Boden verdammenden rabbinischen und chassidischen Schicht (Band IX, § 54) den Rang streitig machen sollte, war noch im Werden. Die Übergangszeit drückte der palästinensischen Literatur nur insofern den Stempel auf, als in ihr einige Talmudgelehrte hervortraten, die, statt sich mit scholastischen Spitzfindigkeiten abzugeben, zu den Tagesfragen Stellung nahmen. So *Michael Pines*, der seinerzeit die reformatorischen Tendenzen Lilienblums bekämpft hatte, nun aber in die von seinem ehemaligen Gegner ausgegebene Parole: „Heimwärts!" einstimmte und sich für das in Palästina neu eingeleitete Siedlungswerk einsetzte. Pines forderte freilich von den Pionieren der Kolonisation Aufrechterhaltung strenger religiöser Zucht, fand indessen bei der freidenkerischen Jugend, wie nicht anders zu erwarten war, keine Gegenliebe. Ähnlich lauteten die Forderungen, die der hochbegabte Schriftsteller *Wolf Jawitz* in der

von ihm 1891—1895 in Jerusalem herausgegebenen Zeitschrift „Ha'arez" (auch „Pri ha'arez") erhob. Später wandte sich Jawitz der Geschichtsschreibung zu und errang als Verfasser der einzigen in streng orthodoxem Geiste abgefaßten Geschichte des jüdischen Volkes, deren neun Bände bis zum Ausgang der gaonäischen Epoche reichen („Toldoth Israel", Warschau-London, 1904—1922), große Anerkennung. Gegen den Strom der Orthodoxie wagte in Palästina lediglich *Elieser Ben Jehuda* (früher Perelmann; 1857—1922) zu schwimmen, der sich als einer der ersten Verfechter des Palästinagedankens schon vor der Inangriffnahme des neuen Kolonisationswerkes in Jerusalem niedergelassen hatte. Alles Sinnen und Trachten Ben Jehudas war auf die Umwandlung des Hebräischen aus einer Schriftsprache in eine lebendige Umgangssprache gerichtet, eine Idee, der er sein ganzes Leben widmete. Im häuslichen Leben wie im Verkehr mit der Außenwelt bediente er sich ausschließlich des Hebräischen und bewog viele, dem von ihm gegebenen Beispiel nachzueifern. So setzte sich in der neugegründeten jüdischen Schule in Jaffa allmählich das Hebräische als Unterrichtssprache durch. Die von Ben Jehuda herausgegebene Wochenschrift „Hazewi" führte in die biblische Sprache, um diese der modernen Ausdrucksweise anzupassen, eine Fülle von den jüdischen Mundarten der nachbiblischen Zeit sowie der verwandten arabischen Sprache entlehnten Wörtern ein. Demselben Zwecke der „Spracherweiterung" diente auch das von Ben Jehuda herausgegebene monumentale „Wörterbuch der hebräischen Sprache" („Milon ha'laschon ha'iwrith"). Die Entwicklung des Hebräischen zu einer Sprache des täglichen Verkehrs war von großer Bedeutung für die gegenseitige Annäherung der zwei sich bis dahin fremd gegenüberstehenden Elemente der jüdischen Bevölkerung Palästinas, der Aschkenasim und Sephardim, von denen jene einen deutschen, diese einen spanischen Jargon sprachen. Trotz seiner großen Verdienste war Ben Jehuda Verfolgungen seitens der Jerusalemer Fanatiker ausgesetzt: war er doch der erste in der heiligen Stadt lebende Jude, der vor aller Augen die Speisegesetze, die Vorschriften über die Sabbatruhe u. dgl. verletzte. Man scheute sich sogar nicht, ihn bei den türkischen Behörden zu denunzieren, mit dem Erfolg, daß seine Zeitschrift verboten und er selbst hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Die Altfrommen begügten sich in Palästina mit der Lektüre der Wochenschrift „Chabazeleth", deren Herausgeber *Israel Dow*

Frumkin sich ohne Murren unter das Joch der Ultraorthodoxen beugte. Seit 1882 erschien in Jerusalem überdies das wissenschaftliche Jahrbuch „Jeruschalajim", in dem sein Herausgeber *A. M. Luncz* und andere Palästinaforscher ihre Untersuchungen zur Geschichte des Landes publizierten.

Im Bereiche der Dichtkunst brachte Palästina in dieser Zeit lediglich einige Nationallieder hervor, darunter allerdings auch die Marseillaise des Zionismus, die „Hatikwa". Der Verfasser dieses Liedes von der Hoffnung war der aus Galizien eingewanderte *Naphtali Herz Imber*, dessen 1886 zu der Sammlung „Barkai" vereinigten Gedichte fast durchweg von der Sehnsucht nach der Wiedergeburt Zions erfüllt sind. Es war gleichsam eine Ironie des Schicksals, daß sich der Sänger der Auferstehung Palästinas genötigt sah, das von ihm heißgeliebte Land zu verlassen und sein Glück anderwärts, zunächst in England, sodann in Amerika zu versuchen, wo er, durch langjährige Wanderungen und Entbehrungen zermürbt, im Jahre 1909 starb.

§ 32. Die Kolonien in Argentinien. Die Einwanderung nach Kanada und Südafrika

Zu den Ländern, denen sich die Blicke des wandernden Israel zuwandten, gehörte nicht zuletzt *Argentinien*. Nach dem Scheitern der Hoffnungen auf eine großzügige Kolonisation der mit Trümmern übersäten alten Heimat gab es einen Augenblick, da die Söhne des sich nach der Berührung mit der Erde sehnenden Wandervolkes bereit waren, die fruchtbaren Ebenen der südamerikanischen Republik zu besiedeln, die bei der Riesenausdehnung ihres Territoriums nur äußerst spärlich bevölkert war. Als dort im Jahre 1889 die erste Einwandererschar, etwa 800 aus Podolien und Bessarabien stammende Juden, landeten, die überredungstüchtige Agenten der interessierten Schiffahrtsgesellschaften durch Verheißung goldener Berge in das ferne Land gelockt hatten, fanden sie in der Hauptstadt Argentiniens, Buenos Aires, nur eine Handvoll Stammesgenossen, vornehmlich Vertreter ausländischer Handelshäuser, vor. Während nun ein Teil der Neuankömmlinge in der Hauptstadt blieb, ging der Rest an die Gründung einer eigenen Siedlung auf dem flachen Lande. Indessen fühlten sich die weit in die Fremde verschlagenen Einwanderer inmitten

der sich aus Spaniern und Mestizen („Gauchos") zusammensetzenden und in ihrer großen Masse auf einer niedrigen Kulturstufe stehenden Bevölkerung einsam und verlassen. Bald sollte jedoch das am Ende der Kulturwelt liegende Argentinien die Aufmerksamkeit des sich nach einem Asyl für die verfolgten russischen Juden umsehenden Barons Hirsch auf sich lenken. In anderem Zusammenhange war bereits davon die Rede, welche phantastischen Pläne man während der panischen Flucht aus Rußland in den Jahren 1891 bis 1892 mit Argentinien verband (oben, § 20). Nun setzte sich zwar schon nach kurzer Zeit die Erkenntnis durch, daß das Vorhaben, drei Millionen Juden aus dem russischen Spanien nach dem ehemaligen amerikanischen Spanien zu befördern, nur ein schöner Traum sei, doch wurde die in Aussicht genommene Kolonisierung Argentiniens, wenn auch in recht bescheidenem Ausmaß und erst nach Überwindung schwerer Hindernisse, dennoch verwirklicht.

Sowohl die Leiter des Siedlungswerkes in Argentinien als auch die Siedler selbst hatten schwere Fehler gemacht. Noch ehe auf den von den Vertretern Hirschs angekauften Ländereien Vorkehrungen zur Aufnahme von Kolonisten getroffen und die notwendigsten landwirtschaftlichen Geräte beschafft worden waren, setzte ein gewaltiger Zustrom von Einwanderern ein, die in Ermangelung von Wohnhäusern ein volles Jahr in elenden Herbergen oder in Zelten hausen mußten. Die von Baron Hirsch eingesetzte Administration konnte sich lange nicht darüber schlüssig werden, ob die Kolonisten, dem Zentralisationssystem gemäß, in nahe beieinander gelegenen Kolonien angesiedelt oder auf verschiedene Provinzen verteilt werden sollten. Überdies bestanden zwischen der Administration und den Einwanderern große Meinungsverschiedenheiten über die Anlage der Wohnstätten innerhalb der einzelnen Siedlungsbezirke selbst: während das Bestreben der Kolonisten dahin ging, geschlossene Dorfgemeinden mit entsprechenden religiösen und sonstigen kulturellen Institutionen zu gründen, gaben manche der Verwaltungsbeamten, die sich um die national-religiösen Bedürfnisse der Siedler nur wenig kümmerten, dem in Argentinien vorherrschenden Einzelgehöftsystem den Vorzug, bei dem jede der angesiedelten Familien eine abgesonderte, von der ihr gehörenden Nutzungsfläche eingeschlossene und von den Nachbarhöfen weit entfernte Wohnstätte besaß. Nach längerem Hin und Her wurde der Beschluß gefaßt, jüdische Kolonien gleichzeitig in den

drei Provinzen: Santa Fé, Entre Rios und Buenos Aires anzulegen, die Gründung von geschlossenen Dorfsiedlungen und religiösen Gemeinden aber den Kolonisten zu überlassen. So entstanden in den Jahren 1892—1894 die Kolonien Mosesville, San Antonio, Morizia und Klara (die beiden letzteren nach den Vornamen des Barons Hirsch und seiner Gattin benannt) mit einer Gesamtzahl von etwa 3000 Bewohnern. In den folgenden Jahren trafen aus Rußland neue, von dem Petersburger Komitee der JCA beförderte Scharen von Einwanderern ein, von denen viele aus den landwirtschaftlichen Kolonien Südrußlands stammten. Trotz aller Anstrengungen bezifferte sich indessen die jüdische Landbevölkerung in Argentinien zu Beginn des XX. Jahrhunderts auf nur 7000 Seelen. Dieses langsame Tempo der Kolonisation erscheint übrigens angesichts der Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, durchaus natürlich. Sahen sich doch die Angekommenen, die in ihrer Mehrzahl bis dahin von der Landwirtschaft keine blasse Ahnung hatten, plötzlich in ein Land mit ungewohntem subtropischen Klima versetzt und vor die Aufgabe gestellt, jungfräulichen Boden urbar zu machen, der zwar fruchtbar war, dessen Ertrag jedoch immer wieder von der Landplage Argentiniens, den Heuschreckenschwärmen, vernichtet wurde. Nichtsdestoweniger wurden die Kolonisten aller Schwierigkeiten Herr; sie verwandelten wilde Steppen in blühende Felder und durften daher den mit ihrem Schweiß getränkten Boden mit Fug und Recht ihr eigen nennen. Der erste Schritt zur Ansiedlung von Juden in Argentinien war getan. Auf die Kolonisation des flachen Landes, die bald zum Stillstand kam, folgte die Ansiedlung in den Städten, mit dem Ergebnis, daß die jüdische Gemeinde von Buenos Aires um die Jahrhundertwende bereits 10 000 Seelen umfaßte.

Anders gestaltete sich der Prozeß der Einwanderung der Juden nach *Kanada*. In diesem nordamerikanischen Dominion des Britischen Reiches waren vor 1881 nicht mehr als 3000 Juden ansässig, zumeist Nachkommen von aus England und Südfrankreich eingewanderten Sephardim. In Montreal und Toronto, den Hauptstädten der Provinzen Quebec und Ontario, von denen die erstere vorwiegend von den sogenannten Frankokanadiern, die letztere von Engländern bevölkert war, waren die jüdischen Einwohner zu kleinen Gemeinden zusammengeschlossen. Die im Besitze des Vollbürgerrechts befindlichen alteingesessenen Juden hatten sich von der sie umgebenden

Bevölkerung assimilieren lassen und bezeichneten sich bei den amtlichen Volkszählungen nicht als Angehörige der jüdischen Nation, sondern nur als „Bekenner der jüdischen Religion". Eine „jüdische Nationalität" tauchte in Kanada erst in der Zeit der großen Auswanderung aus Osteuropa auf. Seit dieser Zeit wandte sich nämlich ein Teil der den Vereinigten Staaten von Nordamerika zustrebenden Einwanderermassen, sei es infolge der dort herrschenden Arbeitslosigkeit oder der Verschärfung der behördlichen Kontrollmaßnahmen (wie sie z. B. zwecks Eindämmung der Einwanderung in den Jahren 1891—1892 verfügt wurden), nach dem angrenzenden britischen Dominion. Die in Montreal, Toronto und Winnipeg ihr Glück versuchenden Emigranten aus Osteuropa befaßten sich in der Regel, ebenso wie die Mehrzahl ihrer Landsleute in der Neuen Welt überhaupt, mit Kleinhandel und Handwerk, insbesondere mit Pedlarei und Schneiderei; vereinzelte Einwanderergruppen wandten sich aber auch der Landwirtschaft zu und fanden auf den in der Nähe der Städte gelegenen Farmen Verwendung oder gründeten eigene Ackerbaukolonien (so im Jahre 1891 die Kolonie „Hirsch"). Gegen Ende des XIX. Jahrhunderts erhöhte sich die Zahl der jüdischen Einwohner Kanadas auf nahezu 16 000 Seelen. Ein Teil der autochthonen Bevölkerung, namentlich manche Kreise der katholischen Frankokanadier in der Provinz Quebec, glaubten indessen gegen die „Überfremdung" des Landes ankämpfen zu müssen, und so entfalteten die Journalisten von Montreal während des Dreyfus-Prozesses unter dem Einfluß ihrer klerikalen Pariser Berufsgenossen eine heftige judenfeindliche Agitation. Gleichwohl nahm die Zahl der jüdischen Einwanderer immer mehr zu. In kultureller Hinsicht bildete die neue Judenheit Kanadas gleichsam einen Ausläufer des ostjüdischen Massivs in den Vereinigten Staaten, eine Kolonie der Metropole New York, die die kanadischen Juden, solange diese noch keine eigene jiddische Presse besaßen, mit Tageszeitungen versorgte und aus der auch jüdische Schauspielertruppen zu Gastspielen ins Land kamen. Die Tatsache, daß sich in Kanada zwei Nationalitäten, die englische und die französische, in die Herrschaft teilten, machte die Assimilation für die jüdischen Neuankömmlinge doppelt schwierig, weshalb es ihnen nur als ein Gebot des gesunden Menschenverstandes erschien, dem eigenen Wesen die Treue zu halten. Die Einwanderer der neueren Jahrgänge zögerten denn auch nicht, sich bei den amtlichen

Volkszählungen in aller Form der „jüdischen Nationalität" zuzählen zu lassen.

Ebenso wie Kanada wiesen auch die britischen Kolonien in *Südafrika*: die Kapkolonie und Natal sowie der Oranje-Freistaat und Transvaal bis zu den achtziger Jahren nur eine geringe jüdische Bevölkerung auf. Die Juden, die sich dort in früherer Zeit niedergelassen hatten und von denen die meisten in Kapstadt, dem Hauptsitz der britischen Verwaltung, wohnten, waren fast ausschließlich aus England und Holland eingewanderte Großkaufleute. Weitblickende Unternehmer, gründeten sie in diesen Gebieten, in denen die Weißen die herrschende Minderheit bildeten, die Arbeiterklasse sich aber aus Farbigen, Kaffern und Malaien zusammensetzte, große Betriebe zur Ausbeutung der natürlichen Hilfsquellen des Landes sowie sich mit Import und Export befassende Handelsniederlassungen. Im Wirtschaftsleben Transvaals und des Oranje-Freistaates waren der Bergbau und die Gewinnung von Kohle, Metall und Diamanten vorherrschend. Nachdem sich die große Burenkolonie *Transvaal* um die Mitte des XIX. Jahrhunderts in eine selbständige Republik verwandelt hatte, wurde diese nach und nach zum Hauptsiedlungsgebiet der südafrikanischen Juden. Die Abwanderung dorthin verstärkte sich insbesondere nach 1872, dem Jahre, in dem in Transvaal Gold entdeckt wurde. Kurz darauf setzte gerade der Exodus aus Rußland ein, und mancher vermögende, zuerst nach London verschlagene Jude zog von dort weiter nach Südafrika. Durch die wirtschaftlichen Erfolge dieser Einwanderer angeregt, folgten ihrem Beispiel auch viele ihrer ärmeren Landsleute, die einen schwunghaften Handel unter den Kaffern trieben und namentlich in den in der Nähe der Goldminen gelegenen Ortschaften gute Geschäfte machten. Die stärkste Anziehungskraft übte auf die Einwanderer aus Rußland die im Mittelpunkt des Golddistrikts neuerstandene Stadt *Johannesburg*. Hier, ebenso wie in der Hauptstadt von Transvaal, Pretoria, wurden jüdische Gemeinden gegründet, in denen die aus Litauen stammenden Mitglieder den Ausschlag gaben.

Die bürgerliche Lage der Juden war in der Burenrepublik Transvaal weniger günstig als in den englischen Besitzungen in Südafrika. Durch die im Jahre 1890 von den konservativ gesinnten, unter Führung des Präsidenten Krüger stehenden Buren beschlossene Verfassung wurden die Rechte der Ausländer sowie der Andersgläubigen, der

Katholiken und Juden, stark eingeschränkt (niederländischer Abkunft, waren die Buren, wie die meisten Holländer, reformierte Protestanten). Die Andersgläubigen durften fortan keine verantwortlichen Staatsposten bekleiden und nicht in das Parlament, den „Volksraad", gewählt werden; außerdem blieben die in protestantischem Geiste geleiteten Staatsschulen der katholischen und jüdischen Schüler- und Lehrerschaft, wenn nicht formell, so doch de facto verschlossen. Bezeichnend für den engen Horizont der in der Burenrepublik führenden Männer ist der folgende der Komik nicht entbehrende Zwischenfall: der zur Feier der Einweihung der Synagoge in Johannesburg eingeladene Präsident Krüger eröffnete diese „im Namen unseres Herrn Jesu Christi" (1891). — Die Ausländer wollten sich die Minderung ihrer Rechte nicht gefallen lassen und lehnten sich gegen die Regierung wiederholt auf, bis es schließlich zu einem bewaffneten Aufstand kam. An der Protestbewegung nahmen auch die Juden teil, von denen mehrere ins Gefängnis kamen und einer, Lionel Philipps, sogar zum Tode verurteilt wurde (1896). Massenkundgebungen und an den Volksraad gerichtete Petitionen zwangen indessen den Präsidenten Krüger zur Nachgiebigkeit: er stellte im Parlament den Antrag, in dem den Andersgläubigen das Vollbürgerrecht vorenthaltenden Verfassungsartikel das Wort „Protestanten" durch die Formel zu ersetzen: „Diejenigen, die an die in der Bibel niedergelegte göttliche Offenbarung glauben", drang jedoch mit seinem Vorschlag nicht durch (1899). Mittlerweile war, nicht zuletzt wegen der Ausländerfrage, der Burenkrieg, der Krieg der beiden Burenrepubliken Transvaal und Oranje-Freistaat gegen England ausgebrochen (1899 bis 1900). Die Juden kämpften auf der einen wie auf der anderen Seite: die jüdischen Bürger Englands waren von dem Gedanken beseelt, daß sie für die Gleichheit und gegen die Überbleibsel des Mittelalters stritten, während die in den Reihen der Buren kämpfenden Juden sich von ihrem auch mit wirtschaftlichen Interessen verbundenen Landespatriotismus leiten lassen mochten. Der mit großer Erbitterung geführte Krieg endete bekanntlich mit der Angliederung der Burenrepubliken an das Britische Weltreich. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts (1904) erreichte die jüdische Bevölkerung Südafrikas die beträchtliche Stärke von rund 50 000 Seelen, von denen 20 000 in der Kapkolonie, 15 000 in Transvaal und die übrigen in der Oranjeflußkolonie sowie in Natal ansässig waren.

Zweites Buch

Die nationale und revolutionäre Bewegung

(1901—1914)

Erstes Kapitel

Die nationale Bewegung (1897—1905)

§ 33. Herzl und der „Judenstaat"

Die antisemitische Reaktion in Europa hatte die große Wanderung der jüdischen Volksmassen und zugleich die Erschütterung der Ideologie der assimilierten Gebildetenschicht zur Folge. Symptome eines Umschwungs in der Geschichte des Wandervolkes, waren seine Massenwanderungen stets von geistigen Krisen begleitet. Während jedoch diese Krisen in älterer Zeit eine religiöse Färbung hatten und in einem mystischen Messianismus zum Ausdruck kamen, sollte die innere Krise gegen Ende des XIX. Jahrhunderts im Zeichen eines *politischen* Messianismus stehen. Angesichts der sich innerhalb der Diaspora vollziehenden Verschiebung des nationalen Zentrums mußte naturnotwendig die Frage entstehen, ob dieses Zentrum nicht aus der Diaspora nach Palästina, dem Heimatlande Israels, verlegt werden solle. Die unzerstörbare Sehnsucht der jüdischen Nation nach dem Lande, in dem ihre geschichtliche Wiege gestanden hatte, erwachte mit neuer Kraft, und in dem Dunkel der feindlichen Fremde leuchtete die verheißungsvolle Zukunft des „Landes ohne Volk", das dem „Volke ohne Land" zurückgegeben werden sollte.

Die Idee der Wiederherstellung des nationalen Zentrums in Palästina war bereits der Leitstern der „Chibath-Zion"-Strömung, jener palästinafreundlichen Bewegung, die in den achtziger Jahren in *Rußland*, dem Hauptherd des Judenhasses, zum Durchbruch gekommen war. In ihren Hoffnungen auf die bürgerliche Emanzipation enttäuscht, hatten Lilienblum, Pinsker und Lewanda die Parole ausgegeben: „Wir sind überall fremd, es gilt heimzukehren!" Diese einfache Lösung des vielverschlungenen Problems des Judentums fand zwar als Theorie lebhaften Anklang, hatte jedoch in der Praxis nur

geringe Folgen. Die großen Wanderermassen konnten den Pionieren der Palästinakolonisation auf den von diesen Enthusiasten der Idee gebahnten schmalen Pfaden nicht folgen. Die Tatsache, daß nach Amerika alljährlich Zehntausende, nach Palästina aber nur Hunderte auswanderten, ließ die Hoffnung auf die Rückverlegung des Zentrums des Volkes aus der Diaspora in seine historische Heimat als wenig begründet erscheinen. Die hochfliegenden Zukunftspläne schrumpften unversehens zu dem bescheidenen Siedlungswerk des Odessaer Palästina-Komitees sowie zu der ebenso bescheidenen Forderung Achad Haams zusammen, daß Palästina ein „geistiges Zentrum" der Juden werden solle. In *Österreich,* dem nach Rußland am dichtesten von Juden bevölkerten Diasporalande, wurden in dieser Zeit die nationalen Ideen von Smolenskin und Pinsker nur noch in dem Wiener Studentenverein „Kadimah" gepflegt. Im Jahre 1893 veröffentlichte der Führer dieses Vereins *Nathan Birnbaum,* der seit der Mitte der achtziger Jahre die zionistische Zeitschrift „Selbstemanzipation" herausgab (oben, § 11), in Wien eine Flugschrift unter dem Titel: „Die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Lande. Ein Appell an die Guten und Edlen aller Nationen". Es war dies ein überaus eindringlicher, ja rührender Appell, doch war der Verfasser nicht in der Lage, die Art der von der Elite aller Nationen geforderten Hilfe näher zu umschreiben. Der messianische Traum hatte eben seine Schwungkraft eingebüßt, und so lebte er in den Herzen nur als eine stille Sehnsucht, die bestenfalls die schmerzhaften Schläge von außen lindern konnte. Da fiel in das verklingende Rezitativ der um Zion Trauernden plötzlich die klangvolle Stimme eines der nationalen Bewegung bisher fernstehenden Mannes ein, der unter dem Druck äußerer Ereignisse in diese Bewegung hineingezogen wurde, eine übermenschliche Energie entfalten und den schwunglos gewordenen Traum erneut beflügeln sollte: die Stimme von *Theodor Herzl* (geb. 1860, gest. 1904).

Sprößling einer assimilierten Budapester Familie, hatte Herzl während seiner Studienjahre die ersten Ausbrüche des Antisemitismus in Wien und im heimatlichen Ungarn miterlebt: den Rohling-Bloch-Prozeß sowie die Tisza-Eszlar-Affäre (oben, §§ 7 und 10). Die Tragödie seines Volkes machte indessen zunächst keinen tieferen Eindruck auf ihn, wie er damals überhaupt in keiner Beziehung über das Milieu der nationalen Marranen hinausragte, die aus Furcht vor dem

Antisemitismus ihr jüdisches Antlitz aufs sorgsamste maskierten. Nach einem mißlungenen Versuch, im österreichischen Justizdienst Anstellung zu finden, wandte sich der junge Jurist der literarischen Tätigkeit zu. Er wurde Mitarbeiter der liberalen Wiener „Neuen Freien Presse", lenkte bald durch seine philosophisch angehauchten Feuilletons die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich und ging im Jahre 1891 als ständiger politischer Berichterstatter dieses Blattes nach Paris. Seine glänzenden Berichte über die Sitzungen des französischen Parlaments und seine meisterhaften Skizzen aus dem Leben der Weltstadt wurden von dem Wiener Publikum mit Bewunderung aufgenommen (die ersteren erschienen in der Folge als Buch unter dem Titel „Das Palais Bourbon"). Für die europäische Politik interessierte sich Herzl in dieser Zeit nur als ein passiver Beobachter, während er für die jüdischen Angelegenheiten, wie alle an der deutschen liberalen Presse mitarbeitenden Juden, zunächst überhaupt kein Interesse zeigte. Das nationale Gefühl erwachte in ihm zum ersten Mal im Jahre 1894, als in Paris vor seinen Augen der durch den Dreyfus-Prozeß entfesselte Judensturm losbrach. Wiewohl sich Herzl an den in Deutschland und Österreich-Ungarn wütenden Antisemitismus längst gewöhnt hatte, wurde er durch die Tatsache, daß auch Frankreich, das Heimatland der Revolution und der Judenemanzipation, der gleichen Seuche anheimfiel, aufs tiefste erschüttert. Die Dreyfus-Affäre brachte ihn zu der Überzeugung, daß die antisemitische Bewegung sich mit schicksalhafter Notwendigkeit über den ganzen Erdkreis ausbreiten müsse. In einer aus späterer Zeit stammenden Rede bekannte er rückschauend: „Zum Zionisten hat mich der Dreyfus-Prozeß gemacht, dessen Zeuge ich in Paris 1894 war. Ich lebte damals in Paris als Zeitungskorrespondent und wohnte der Verhandlung des Kriegsgerichts bei, bis sie geheim erklärt wurde. Ich sehe den Angeklagten noch in seiner dunklen, verschnürten Artillerieuniform in den Saal kommen . . . Und auch der Wutschrei der Menge auf der Straße vor der École Militaire gellt mir noch unvergeßlich in den Ohren: ‚A mort, à mort les juifs!' Tod allen Juden, weil dieser eine ein Verräter war! Aber war er wirklich ein Verräter? . . . Aber der Fall Dreyfus enthält mehr als einen Justizirrtum; er enthält den Wunsch der ungeheuren Mehrheit in Frankreich, einen Juden und in diesem einen alle Juden zu verdammen. Tod den Juden! heulte die Menge, als man dem Hauptmann seine Tressen vom Waffenrocke riß. Und seither ist das

‚Nieder mit den Juden!' ein Feldgeschrei geworden. Wo? In Frankreich! Im republikanischen, modernen, zivilisierten Frankreich, hundert Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte. Der Fall Dreyfus läßt sich in der Geschichte nur vergleichen mit dem Widerruf des Ediktes von Nantes . . . Das Edikt der großen Revolution wird widerrufen . . . Wenn aber ein im übrigen fortschreitendes, hochzivilisiertes Volk auf solche Wege gelangen konnte, was war von anderen Völkern zu erhoffen?" — Und so zog Herzl den Schluß, daß „die Juden keinen anderen Ausweg und keine Rettung haben als die Rückkehr zum eigenen Volke und die Übersiedlung nach dem eigenen Lande". Dieser Gedanke bildet den Kern des von Herzl 1895 niedergeschriebenen Buches „Der Judenstaat". Der Verfasser selbst wies darauf hin, daß er bisher seinem Volke völlig fremd gegenübergestanden und weder von der Lage der jüdischen Massen in Rußland noch auch von den Schriften eines Heß und Pinsker Kenntnis gehabt habe, die lange vor Herzl ähnliche Gedankengänge entwickelt hatten.

Zwar war Herzl noch immer nicht imstande, seine nationale Idee positiv zu begründen, doch betonte er umso stärker das ihn bewegende negative Motiv: die Nation — so definierte er — ist „eine historische Gruppe von Menschen, die erkennbar zusammenhängt und einen gemeinsamen Feind hat". „Wir sind ein Volk, der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu". Da es nun kein einziges Diasporaland gebe, in dem dieser Feind nicht anzutreffen wäre, so tue es not, sich auf einen eigenen Staat zurückzuziehen. Der messianische Traum, alt wie das jüdische Galuth, gewann im Geiste Herzls die Gestalt eines modernen politischen Gedankens. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die dem jüdischen Volke den Besitz Palästinas durch allmähliche Besiedlung gesichert wissen wollten und die Sorge um die Erlangung der staatlichen Autonomie einer späteren Zukunft vorbehielten, beschloß Herzl die Errichtung des Baues von oben her in Angriff zu nehmen: zunächst sollten die Großmächte zu einer formellen Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf ein bestimmtes Territorium bewogen werden, worauf erst die Massenansiedlung der Diasporajuden auf diesem Territorium in die Wege geleitet werden sollte. Hierbei hatte Herzl vor allem zwei Länder im Auge, in denen die Kolonisierung des flachen Landes durch Juden bereits im Gange war: Palästina und Argentinien, zwischen denen er die endgültige Wahl noch nicht getroffen hatte. Die ins einzelne gehende Darstellung

verlieh dem „Judenstaat" den Charakter einer sozialen Utopie etwa von der Art der einige Jahre früher erschienenen Romane Bellamys („Looking backward", 1888) und des Wiener Journalisten Theodor Hertzka („Freiland", 1890)[1]. Als die nächstliegende Aufgabe bezeichnete Herzl die Gründung zweier Organisationen, einer „Society of Jews" und einer „Jewish Company". Die „Society" hätte mit den Großmächten Verhandlungen über die Abtretung eines zu neutralisierenden Gebietes zu führen und die Verfassung des neu zu errichtenden Staates auszuarbeiten, wobei Herzl eine „demokratische Monarchie" oder eine „aristokratische Republik" empfahl. Der „Jewish Company" wiederum sollte, gleich den mit einem „Charter" zur Besiedlung irgend eines außereuropäischen Gebietes versehenen englischen Kolonialgesellschaften, die Aufgabe zufallen, den „Abzug" der Juden, der, wie der Verfasser betonte, Jahrzehnte dauern würde, zu organisieren und in Form einer Aktiengesellschaft das ganze Unternehmen zu finanzieren. Ihren Hauptsitz sollte die „Company" in London haben, um so „unter dem Schutze einer gegenwärtig nicht antisemitischen Großmacht" zu stehen (daher auch die englischen Bezeichnungen für die beiden in Aussicht genommenen Organisationen). Zugleich hob der Verfasser hervor, daß es ihm fernliege, die Juden in ein ausschließlich Ackerbau treibendes Volk verwandeln zu wollen, und daß es ihm viel angemessener erscheine, ihnen auf der festen Basis der Landwirtschaft die Entfaltung einer regen Handels- und Industrietätigkeit zu ermöglichen.

Herzl war keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß sein kühnes Projekt auf entschiedenen Widerstand stoßen würde, daß es die einen unrealisierbar und utopisch, die anderen unerwünscht, ja schädlich finden würden, und so suchte er in seiner Schrift die grundsätzlichen Einwände im voraus durch die folgenden Argumente zu entkräften: „Ich halte die Judenfrage — so führte er aus — weder für eine soziale, noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im

---

[1]) Wie Herzl selbst damals über sein Werk dachte, erhellt aus seiner Tagebuchaufzeichnung vom Mai 1895: „Ich arbeite — heißt es da — seit einiger Zeit an einem Werk, das von unendlicher Größe ist. Es sieht aus wie ein mächtiger Traum . . . Wird aus dem *Roman* keine Tat, so kann aus der Tat ein Roman werden."

Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird. Wir sind ein Volk, *ein* Volk. Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten . . . In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge angeschrien . . . Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehr . . . Im jetzigen Zustande der Welt und wohl noch in unabsehbarer Zeit geht Macht vor Recht". Herzl gab zwar zu, daß die bis ans Ende durchgeführte Massenassimilation eine endgültige Lösung der Judenfrage bedeuten würde, meinte aber, daß die große Mehrheit des jüdischen Volkes weder in der Lage sei noch den Willen habe, sich assimilieren zu lassen und sich darum in einem eigenen Staate ein Refugium schaffen müsse; dadurch würde zugleich denjenigen Elementen der Nation, die in der Diaspora zurückbleiben würden, die Assimilation erleichtert und dem Antisemitismus der Boden entzogen werden. So lief denn der Herzlsche Zionismus in seiner ursprünglichen Formulierung auf das Bestreben hinaus, „eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für jene zu schaffen, die sich nicht assimilieren wollen oder können".

Nachdem der in Paris weilende Herzl mit der Abfassung des „Judenstaates" zu Ende war, beschloß er, vor der Veröffentlichung der Schrift den Rat einiger Freunde einzuholen und das neue Projekt reichen Philanthropen auseinanderzusetzen, auf deren Mitwirkung er bauen zu können glaubte. Im Sommer 1895 knüpfte er schriftliche und mündliche Unterhandlungen mit Baron Hirsch, dem Urheber des Kolonisationswerkes in Argentinien, an und suchte diesen für seine politischen Pläne zu gewinnen, die jedoch dem praktisch denkenden Finanzmann viel zu phantastisch erschienen. Aber auch die meisten persönlichen Freunde Herzls standen seinem Projekt mit größter Skepsis gegenüber. Ungeteilte Sympathie und volles Verständnis fand der Plan Herzls nur bei seinem Pariser Freunde *Max Nordau* (1849 bis 1923). Die beiden Schriftsteller waren zum jüdischen Nationalproblem auf Wegen gelangt, die viele parallel laufende Strecken aufwiesen. Der in Budapest als Sohn des jüdischen Lehrers Gabriel Südfeld zur Welt gekommene Nordau war älter als sein Landsmann Herzl und zur Zeit ihrer Begegnung in Paris in der Literatur schon viel be-

kannter als dieser. Auch Nordau, der Medizin studiert hatte und sich als Arzt in Paris betätigte, hatte mit Zeitungsfeuilletons begonnen, wandte sich aber später sozial-psychologischen Problemen zu. In einer Reihe temperamentvoll geschriebener Bücher deckte Nordau die Kehrseiten der glänzenden europäischen Kultur auf. Starkes Aufsehen erregten überall in Europa namentlich seine Bücher: „Die konventionellen Lügen der Kulturmenschheit" (1883), „Paradoxe" (1885) und „Entartung" (1892). Sein dialektisch zugespitzter Stil wirkte besonders anregend auf jene Kreise, die für populäre „Lebensphilosophie" mehr Sinn hatten als für die tieferen philosophischen Probleme. Das Problem des Judentums erstand vor Nordau in seiner ganzen Bedeutsamkeit erst nach Ausbruch des Dreyfus-Skandals. Als ihn nun kurz darauf der junge Wiener Journalist in sein Judenstaat-Projekt einweihte, griff der für logische Konstruktion stark empfängliche Geist Nordaus die neue Idee als die radikalste Lösung der Judenfrage sofort auf. Seither wirkte er Seite an Seite mit Herzl für die Propaganda des politischen Zionismus, und die Namen der beiden Schriftsteller wurden als die der anerkannten Führer der zionistischen Bewegung stets zusammen genannt.

Im Frühjahr 1896 ließ Herzl in Wien, wohin er inzwischen aus Paris zurückgekehrt war, seinen „Judenstaat" im Drucke erscheinen. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand damals in der österreichischen Hauptstadt die Bildung einer antisemitischen Mehrheit im Gemeinderat sowie die gegen den Willen des Kaisers erfolgte Wiederwahl Luegers zum Bürgermeister (oben, § 8). Der Wiener Judenheit hatte sich tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigt, und so erschien die Herzlsche Schrift im rechten Augenblick. Den nachhaltigsten Eindruck machte sie aber auf die seit Jahren bestehenden Vereine der Palästinafreunde in Galizien, Rumänien und Rußland. In den Briefen, die der neu erstandene politische Messias aus diesen Kreisen erhielt, wurde nachdrücklichst betont, daß für den künftigen Judenstaat nur ein Land in Betracht kommen könne: Palästina. Daraufhin entschloß sich Herzl, der bis dahin zwischen Palästina und Argentinien geschwankt hatte, das Banner Zions zu entrollen. Konnten doch die Vereine der „Chowewe Zion" für die politische Organisation, deren Gründung Herzl erwog, als Kaders dienen. Noch vor der Gründung der geplanten Organisation unternahm Herzl einen Schritt, der die Realisierbarkeit seiner utopisch scheinenden Pläne vor Augen führen sollte,

indem er in diplomatischen Kreisen den Boden hinsichtlich der Möglichkeit von Konzessionen in Palästina zu sondieren begann. Im Juni 1896 begab er sich nach Konstantinopel und leitete dort diesbezügliche konfidentielle Unterhandlungen mit den Vertretern der Pforte ein, mußte aber bald einsehen, daß bei dem von käuflichen Hofschranzen umgebenen Sultan Abdul Hamid auf geradem Wege kaum etwas zu erreichen sei. Der feurige Kämpfer schreckte indessen vor den offenbar gewordenen Schwierigkeiten nicht zurück und reiste ohne Säumen nach London, um dort für seinen diplomatischen Feldzug einen zweiten Stützpunkt zu schaffen. Von dem bekannten Schriftsteller Israel Zangwill in den Londoner „Makkabäerklub" eingeführt, hielt Herzl vor den Klubmitgliedern eine Rede, die er mit der sensationellen Mitteilung begann, daß „der Plan der Errichtung eines Judenstaates", den die Wortführer der westeuropäischen Judenheit als Wahnwitz abtun zu können glaubten, „von regierenden Persönlichkeiten in durchaus ernster Weise diskutiert" werde. Des weiteren sprach sich der Redner mit aller Entschiedenheit gegen das bislang in Palästina angewandte System der „Infiltration" aus, der Ansiedlung von kleineren Kolonistengruppen, die in Ermangelung völkerrechtlicher Garantien für das Kolonisationswerk stets der Gefahr ausgesetzt seien, aus dem Lande wieder vertrieben zu werden. Einige Monate später erklärte Herzl in einer Versammlung der „Österreichisch-Israelitischen Union" in Wien, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Türkei den Sultan wohl dazu bestimmen könnten, den Juden gegen eine von jüdischen Finanziers zu realisierende größere Anleihe alle erwünschten Konzessionen zuzugestehen. Welcher Art die Verfassung der Wiener Zuhörerschaft Herzls war, ist aus den folgenden einleitenden Worten seiner Rede zu ersehen: „Einige von Ihnen werden gehört haben — sagte er — daß ich den jüdischen Staat gründen will, und Sie sind hierher gekommen, um sich den komischen Kauz anzusehen, der eine solche immerhin ungewöhnliche Unternehmung vorhat". Darum trat auch Herzl in seinen weiteren Ausführungen mit allem Nachdruck dem Einwand entgegen, daß sein Projekt nichts als eine Ausgeburt der Phantasie sei, sowie dem nicht weniger schwer wiegenden Vorwurf, daß sein im Widerspruch zum Assimilationsdogma die Einheit des jüdischen Volkes voraussetzendes Vorhaben das Vertrauen zu der Staatsbürgergesinnung der Juden in den

verschiedenen Ländern untergraben und so dem Antisemitismus neue Nahrung bieten könne.

Diese unüberwindliche Angst vor dem Antisemitismus war es eben, die den Wiener Oberrabbiner Moritz Güdemann dazu bewog, dem politischen Zionismus die Fehde anzusagen. Der hochgelehrte jüdische Kulturhistoriker veröffentlichte nämlich im Jahre 1897 in Wien eine Abhandlung unter dem Titel „Nationaljudentum", in der er zu beweisen suchte, daß der neu aufgekommene Begriff „jüdische Nation" letzten Endes ein Produkt des Antisemitismus sei, der stets und überall das Moment der Rasse und der nationalen Individualität betone. Die Juden selbst hätten sich seit dem Verlust ihres Staates nie als eine Nation, sondern lediglich als eine im Dienste universaler Ideale stehende Religionsgemeinschaft betrachtet. Im Hinblick darauf, daß die zur Allmenschlichkeit tendierende jüdische Religion ihrem innersten Wesen nach „antinational" sei, würde nun, wie Güdemann meinte, die Umgestaltung des Judentums aus einem religiösen Verband in einen nationalen einen Schritt nach rückwärts, einen Rückfall in den längst überwundenen Urzustand bedeuten. Vollends reaktionär sei daher der politische Zionismus, der die Juden ohne Rücksicht auf die ihnen von der göttlichen Vorsehung in der Diaspora zuteil gewordene Sondermission zur Errichtung eines eigenen Staates auffordere. Ähnlich lautete der Protest gegen die nationale Auffassung des Judentums, mit dem der Londoner Oberrabbiner *Nathan Adler* hervortrat. In ihren Entgegnungen auf die Kritik Güdemanns wußten weder Herzl noch Nordau zugunsten der Nationalidee *positive* Argumente von durchschlagender Kraft vorzubringen, und so verlegten sie den Schwerpunkt ihrer Polemik auf persönliche Vorwürfe: Herzl teilte unter anderem mit, daß er Güdemann seinerzeit die Aushängebogen des in Druck gegebenen „Judenstaates" zugesandt und von diesem den Bescheid erhalten habe, die Schrift sei in keinem einzigen Punkte berichtigungsbedürftig. Durch diese Feststellung Herzls war der Beweis erbracht, daß der Rabbiner seine polemische Abhandlung keineswegs aus eigenem Antrieb verfaßt hatte. Hinter dem Seelsorger standen sicherlich die von ihm „Betreuten", die Häupter der Wiener Kultusgemeinde, denen der plötzlich aufgetauchte Schatten des „Nationaljudentums" angesichts des antisemitischen Kesseltreibens in der Hauptstadt Österreichs besonders großen Schrecken einjagen mußte

und die daher die vermeintliche Gefahr durch rabbinische Beschwörungen zu bannen suchten.

Im Juni 1897 gründete Herzl in Wien die Wochenschrift „Die Welt", die zum Kampforgan des politischen Zionismus wurde. Die nächste Aufgabe der Bewegung war nunmehr die Vorbereitung eines Kongresses, auf dem sich die Zionisten zu einer politischen Partei konstituieren sollten. Es galt, die breitesten Schichten des Volkes mobil zu machen, und niemand war dieser Riesenaufgabe mehr gewachsen als Herzl. Als ehemaliger Zeitungskorrespondent mit dem modernen parlamentarischen Mechanismus und mit den Methoden der politischen Parteien vertraut, ein glänzender Redner, der auf die Zuhörerschaft schon allein durch seine imposante Erscheinung bezaubernd wirkte, war Herzl gleichsam dazu prädestiniert, zum Lenker der Volksmassen zu werden. Selbst die Kreise, die für seine Ideen nicht empfänglich waren, konnten sich dem Einfluß seiner Persönlichkeit, seines eisernen Willens und der von ihm ausgehenden Suggestionskraft nicht entziehen. So gelang es ihm in kürzester Frist mit der Unterstützung einer kleinen Gruppe von Wiener Gesinnungsgenossen, den Zusammentritt eines zionistischen Weltkongresses zu sichern. Um das Interesse für den Kongreß noch mehr zu steigern, wurden Gerüchte über den Erfolg der Schritte verbreitet, die zwecks Verwirklichung der Judenstaat-Idee bei den verschiedenen Regierungen unternommen worden waren. Als Tagungsort des für den August 1897 anberaumten Kongresses war ursprünglich München in Aussicht genommen. Sobald jedoch die Nachrichten hierüber in die Presse kamen, schlugen die Assimilationsfreunde Alarm. Die Rabbiner der wichtigsten Gemeinden Deutschlands (die von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M. und München) veröffentlichten in den Zeitungen eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Die Bestrebungen sogenannter Zionisten, in Palästina einen jüdisch-nationalen Staat zu gründen, widersprechen den messianischen Verheißungen des Judentums, wie sie in der Heiligen Schrift und den späteren Religionsquellen enthalten sind. Das Judentum verpflichtet seine Bekenner, dem Vaterlande, dem sie angehören, mit aller Hingebung zu dienen und dessen nationale Interessen mit ganzem Herzen und mit allen Kräften zu fördern". Es war ohne weiteres klar, daß diese Deklaration weniger die jüdische als die christliche Öffentlichkeit im Auge hatte, und Herzl hatte allen Grund, in seinem Artikel „Protestrabbiner" (16. Juli 1897) über die „ver-

ächtlichen und verachteten Beteuerungen" zu spotten, „die um die Gunst der Feinde winseln". An den Punkt der Deklaration anknüpfend, in dem von der Treue der Juden dem Vaterland gegenüber, „dem sie angehören", die Rede war, brandmarkte Herzl den Sklavensinn derjenigen, die sich für „Angehörige" des Vaterlandes hielten, statt dieses, wie es freien Bürgern gezieme, als ihnen gehörend zu betrachten. Als sich der Vorstand der Münchener Gemeinde kurz darauf in aller Form gegen die Abhaltung des zionistischen Kongresses in der bayerischen Hauptstadt aussprach, sahen sich die Veranstalter des Kongresses genötigt, sich nach einem anderen Tagungsort umzusehen, und ihre Wahl fiel auf die schweizerische Stadt Basel.

§ 34. Die ersten Zionistenkongresse (1897—1900)

In den letzten vier Tagen des August 1897 wurde das Baseler Stadthaus zum Schauplatz eines geschichtlichen Ereignisses. Die dort aus verschiedenen Ländern zusammengekommenen Vertreter der Juden taten einhellig ihren Willen kund, das jüdische Volk in seiner alten Heimat als eine normale Nation wiedererstehen zu lassen. Die geschichtliche Bedeutung dieser Versammlung wäre noch größer gewesen, wenn sie die Mehrheit des jüdischen Volkes repräsentiert und die Möglichkeit gehabt hätte, in dessen Namen zur Widerlegung der Lüge des XIX. Jahrhunderts die Erklärung abzugeben, daß die über die ganze Welt zerstreute Judenheit nach wie vor als einheitliche Nation fortbestehe. Da indessen die unter dem Zeichen des „Judenstaates" zusammentretende Versammlung nur ein Parteikongreß war, mußte sie sich darauf beschränken, die nationale Existenz des Judentums *unter Vorbehalt* zu proklamieren und von dem Erwerb eines eigenen Territoriums abhängig zu machen. Aber auch in dieser Form war die Kundgebung von größter Tragweite. Schon allein die Tatsache, daß der Aufruf zur nationalen Wiedergeburt in Westeuropa erklungen war, dort, wo die Juden seit der Zeit des Pariser Synhedrions nicht müde geworden waren, zu beteuern, daß sie auf den Titel einer Nation ein für allemal verzichtet hätten, kündigte einen historischen Umschwung an. Durch das Baseler Werk von 1897 ward der 1807 in Paris begangene Fehltritt in weitgehendem Maße wieder gut gemacht.

Der Eröffnungssitzung des Kongresses am 29. August 1897 wohnten 200 Delegierte sowie 300 Gäste und Zeitungskorrespondenten bei.

Die Delegierten aus Rußland, Vertreter der dortigen „Chowewe Zion", insbesondere des Odessaer Palästina-Komitees (M. Ussischkin, W. Temkin u. a.) spielten auf diesem Kongreß noch nicht die ihnen später zufallende aktive Rolle. Der Grund war der, daß in ihrer eigenen Mitte Unstimmigkeit darüber herrschte, ob die bisher betriebene Kleinkolonisation Palästinas fortgesetzt oder aber vorderhand eingestellt und erst nach Erlangung völkerrechtlicher Garantien für die Bildung eines jüdischen Zentrums in größerem Maßstabe wieder aufgenommen werden solle. Ähnliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Palästinafreunden" alten Schlages und den neuen „Zionisten" bestanden auch innerhalb mancher anderen Delegationen. Die durch die Eröffnungsreden Herzls und Nordaus ausgelöste Begeisterung ließ allerdings diese Meinungsverschiedenheiten zunächst verstummen. Schon der stimmungsvolle Auftakt zum Kongreß, bei dessen Eröffnung der Senior der Delegierten, Dr. K. Lippe aus Rumänien, unter Hinweis auf die vor Jahrtausenden mit Zustimmung des Gebieters des Morgenlandes Kyros erfolgte Rückkehr der Juden nach Judäa den Vorschlag machte, an den türkischen Sultan ein Begrüßungstelegramm zu schicken, hinterließ bei den Anwesenden einen tiefen Eindruck. Der von durchsichtigen diplomatischen Erwägungen diktierte Antrag fand einstimmige Annahme, und viele Delegierte gaben sich in ihrem überschwänglichen Optimismus der Illusion hin, daß damit bereits politische Unterhandlungen eingeleitet seien. Um alle Kongreßteilnehmer zu gemeinsamer Arbeit zu bewegen, suchte Herzl in seiner programmatischen Rede[1]) die verschiedenen Schattierungen des nationalen Gedankens zu einer Synthese zu bringen. Durch die glückliche Formulierung: „Der Zionismus ist die Heimkehr zum Judentum noch vor der Rückkehr ins Judenland", in der der Gedanke zum Ausdruck kam, daß schon die Hoffnung auf die politische Wiedergeburt in dem assimilierten Juden das nationale Selbstbewußtsein wiedererwecken müsse, hatte Herzl den Rahmen seines ursprünglichen Programms in unzweideutigster Weise über das Politische hinaus erweitert. Indem er in seinen weiteren Ausführungen den Pionieren der Palästina-Kolonisation rückhaltlose Anerkennung zollte, wies er zugleich darauf hin, daß die Fortführung des Siedlungswerkes auf der

[1]) Die offizielle Verhandlungssprache des ersten Kongresses, ebenso wie die der folgenden, war die deutsche Sprache, in die alle in anderen Sprachen, selbst hebräisch, gehaltenen Reden übersetzt wurden.

alten Basis die Volkssache im ganzen wenig fördern würde: selbst wenn sich in Palästina alljährlich 10 000 Einwanderer niederließen, würde die Rückkehr der neun Millionen Diasporajuden in ihre alte Heimat neun Jahrhunderte in Anspruch nehmen, wobei noch zu bedenken wäre, daß die türkischen Behörden sogar eine sich in so bescheidenen Grenzen haltende Immigration nicht dulden und gegen die sich in das Land „Einschmuggelnden" Repressivmaßnahmen ergreifen würden. Die Massenansiedlung von Juden im Lande ihrer Väter und die Gründung einer gesicherten nationalen Heimstätte in Palästina habe daher zur unumgänglichen Voraussetzung ein mit der Pforte auf der Grundlage gegenseitiger Dienstleistungen abzuschließendes politisches Übereinkommen. Die Aufgabe des Kongresses sei nun, die hierfür in Betracht kommenden Wege und Mittel ausfindig zu machen und zu den anzuknüpfenden politischen Unterhandlungen die Ermächtigung zu erteilen.

Den stärksten Eindruck machte auf den Kongreß das von Max Nordau entworfene „Gesamtbild von der Verfassung der Judenheit". In seiner großangelegten Rede stellte er das ganze jüdische Volk als einen an körperlichem und geistigem Siechtum leidenden Organismus dar, dessen Grundgebrechen der unerbittliche Arzt einer strengen ätiologischen Untersuchung unterzog. Überall — so führte er aus — bestehe eine „Judennot", eine Not, wie sie kein anderes Volk kenne. In Osteuropa, wo die Mehrheit des jüdischen Volkes konzentriert sei, komme diese Not in einem verzweifelten Kampf um die materielle Existenz zum Ausdruck, der durch die politische Unterdrückung und bürgerliche Entrechtung eine weitere Verschärfung erfahre. In Westeuropa, wo die bürgerliche Emanzipation den Juden den Kampf ums Dasein erleichtert habe, hätten die Juden moralisch zu leiden: ungeachtet dessen, daß sie sich hier bereitwilligst von der Umwelt assimilieren ließen, fühlten sie sich stets fremd und angefeindet: „Die Völker, die die Juden emanzipierten, haben sich einer Selbsttäuschung über ihre Gefühle hingegeben . . . Die Judenemanzipation ist nicht die Folge der Einsicht, daß man sich an einem Stamme schwer vergangen, daß man ihm Entsetzliches zugefügt habe und daß es Zeit sei, tausendjähriges Unrecht zu sühnen; es ist einzig die Folge der geradlinig geometrischen Denkweise des französischen Rationalismus im XVIII. Jahrhundert . . . Die Männer der großen Umwälzung stellten eine regelrechte Gleichung auf: jeder Mensch hat von Natur be-

stimmte Rechte; die Juden sind Menschen; folglich haben die Juden von Natur die Menschenrechte. Und so wurde in Frankreich die Gleichberechtigung der Juden verkündet, nicht aus brüderlichem Gefühl für die Juden, sondern weil die Logik es erforderte". Das Gleiche treffe auch auf alle anderen Nationen zu, soweit sich diese die Prinzipien der französischen Revolution zu eigen gemacht und die politische Freiheit eingeführt hätten. Die Aufnahme des Prinzips der bürgerlichen Gleichheit in ihre Verfassungen habe die zivilisierten christlichen Völker von der ererbten Feindseligkeit gegen die Juden keineswegs befreit. Für den emanzipierten Juden sei es hingegen eine Herzensangelegenheit gewesen, sich mit der christlichen Umwelt zu verschmelzen. So habe er nicht gezögert, seine Zitadelle, das mittelalterliche Ghetto, das ihn ehedem vor der feindlichen Umwelt geschützt habe, bis auf den Grund zu schleifen, um jedoch bald zu erfahren, daß seine brüderlichen Gefühle nirgends Anklang fänden. Nach dem Buchstaben des Gesetzes gleichberechtigt, gelte er in Wirklichkeit als Bürger minderen Rechts. Der Antisemitismus neuester Observanz habe für die Juden eine Hölle auf Erden geschaffen. „Der emanzipierte Jude ist haltlos, unsicher in seinen Beziehungen zu den Nebenmenschen, mißtrauisch gegen die geheimen Gefühle selbst der Freunde. Seine besten Kräfte verbraucht er in der Unterdrückung und Ausrottung oder mindestens in der mühsamen Verhüllung seines eigensten Wesens, denn er besorgt, daß dieses Wesen als jüdisch erkannt werden möchte, und er hat nie das Lustgefühl, sich ganz zu geben wie er ist, er selbst zu sein, wie in jedem Gedanken und Gefühl, so in jedem Ton der Stimme, in jedem Augenlidschlag, in jedem Fingerspiel". Diese „neuen Marranen" hätten schwerer zu leiden als die Marranen im alten Spanien, die immerhin den Trost gehabt hätten, daß sie wenigstens insgeheim dem Judentum die Treue hielten, während die Scheinapostaten der Neuzeit innerlich völlig ausgehöhlt seien. Wenn das seelisch kranke Judentum überhaupt noch geheilt werden könne, so nur auf dem Wege des Zionismus.

Das von Nordau entworfene düstere Bild wirkte auf die Zuhörer so erschütternd, daß viele von ihnen während des Vortrags in Tränen ausbrachen. Als der Redner mit seinen Ausführungen zu Ende war, wurde er Gegenstand stürmischer Ovationen. Alle hatten das Gefühl, daß die Diagnose von dem am meisten dazu berufenen Arzt gestellt worden sei, und daß es nunmehr nottue, ein Heilverfahren

ausfindig zu machen, durch das das dahinsiechende jüdische Volk vor dem Untergang gerettet werden könnte. Die eingehende Erörterung dieses Heilverfahrens, des zionistischen Programms, führte schließlich zu der Annahme einer Deklaration, die also lautete: „Der Zionismus erstrebt die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles nimmt der Kongreß folgende Mittel in Aussicht: 1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. 2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen, nach Maßgabe der Landesgesetze. 3. Die Stärkung des jüdischen Selbstgefühls und Volksbewußtseins. 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen". So wurde die Verfassung des politischen Zionismus, das sogenannte „Baseler Programm", festgelegt. Sodann gelangte das Statut der zionistischen Parteiorganisation zur Annahme: als höchstes Parteiorgan galt laut diesem Statut der periodisch einzuberufende Kongreß, der ein sich aus Vertretern verschiedener Länder zusammensetzendes Aktionskomitee sowie eine ständige Exekutive mit dem Sitz in Wien zu wählen hatte; zur Erwerbung der Parteimitgliedschaft genügte die Entrichtung eines Jahresbeitrages in der Höhe von ungefähr einer Reichsmark, der in Anlehnung an die uralte Traditon als „Schekel" bezeichnet wurde. Bis zum Zusammentritt des nächsten Kongresses sollte das Aktionskomitee die Finanzinstrumente der zionistischen Organisation, vor allem die Kolonialbank, ins Leben rufen. Zum Präsidenten der Exekutive wurde Herzl gewählt, der sowohl bei den Vorbereitungen zum Kongreß als auch als Leiter der Verhandlungen außerordentliche organisatorische Fähigkeiten an den Tag gelegt hatte. Nur dank der großen Kunst, mit der er die Leidenschaften der Versammlung zu meistern wußte, gewann der Baseler Kongreß mit seiner ungleichartigen und vielsprachigen Teilnehmerschaft den Charakter eines europäischen Parlaments. An der achtunggebietenden Gestalt Herzls brachen sich die Wogen auch der zügellosesten Erregung.

Der ein Jahr später wiederum in Basel zusammentretende *zweite Zionistenkongreß* (28.—31. August 1898) zählte bereits 385 Mitglieder und unterschied sich von dem ersten Kongreß durch den sachlicheren Charakter seiner Verhandlungen. Der Zionismus hatte in der

Zwischenzeit große propagandistische Erfolge erzielt. Die Betonung der politischen Aufgaben der Bewegung hatte dieser in Westeuropa viele neue Anhänger zugeführt, und auch in Rußland hielten die „Politiker" den sich mit der Kleinkolonisation zufriedengebenden Palästinafreunden die Wage. Die Delegierten aus Rußland kamen nach Basel mit einem fest umrissenen Programm und konnten so auf die Kongreßbeschlüsse weitgehenden Einfluß nehmen. In das Präsidium wurden diesmal außer Herzl und Nordau der bekannte Kiewer Augenarzt Max Mandelstamm sowie der Londoner Chacham Moses Gaster gewählt. In seiner Eröffnungsrede sprach Herzl nunmehr weniger von den Endzielen des Zionismus als von dessen nächstliegenden Aufgaben. Als das innerpolitische Ziel der zionistischen Bewegung bezeichnete er die „Eroberung der Gemeinden", d. h. die Entsendung von Zionisten in die wählbaren Gemeindevorstände und sonstigen Gemeindeinstitutionen, wodurch es den falschen Volksvertretern etwa von der Art der erwähnten „Protestrabbiner", denjenigen, die „gleichzeitig um Zion beten und gegen Zion auftreten", unmöglich gemacht werden sollte, im Namen des Volkes das Wort zu ergreifen. Im Bereiche der Außenpolitik empfahl Herzl, sich das wohlbekannte Geschäftsprinzip des „do ut des" zur Richtschnur zu nehmen und der türkischen Regierung für den das Kolonisationsrecht in Palästina verbriefenden Charter finanzielle Dienste anzubieten, zu welchem Zwecke eine Bank gegründet werden müßte, die, sobald das erforderliche Kapital aufgebracht sei, mit ihren Operationen zu beginnen hätte. — Die eindrucksvolle Rede Max Nordaus hatte abermals die allgemeine Lage der Juden zum Gegenstand und war den traurigen Ereignissen des verflossenen Jahres gewidmet. Diese Ereignisse: die in Frankreich anläßlich der Kampagne zugunsten der Revision des Dreyfus-Prozesses erfolgten antisemitischen Kundgebungen sowie die Pogrome in Algerien, Rumänien und Galizien gaben dem Redner neue Anhaltspunkte für die Begründung seiner These von der völligen Unhaltbarkeit der Lage der Juden in der Diaspora. Zugleich geißelte er in schärfster Weise die saturierten und sich dem Lose ihres Volkes gegenüber indolent verhaltenden Westjuden, die sich nur aus dem Grunde für Juden hielten, weil sie einmal im Jahre, am Jom-Kippur, die Synagoge besuchten und sich an den Gerichten der jüdischen Küche sowie an den Witzen Heines delektierten. Für diese

Art Judentum prägte Nordau die Bezeichnung „Auch- und Bauchjudentum".

Der zweite Kongreß machte es bereits offensichtlich, daß innerhalb der Zionisten ein Differenzierungsprozeß eingesetzt hatte. Außer den schon erwähnten Unstimmigkeiten zwischen „Politikern" und „Praktikern" begann sich auch eine sozialistische Opposition zu regen (N. Syrkin u. a.). Zugleich traten Meinungsverschiedenheiten zwischen Freidenkern und Orthodoxen hinsichtlich der von der Partei zu entfaltenden Kulturarbeit zutage. Die aus Rußland eingetroffenen Rabbiner hegten nämlich die Befürchtung, daß die freidenkerischen Zionisten religiösen Reformen nach Art der in Deutschland durchgeführten Vorschub leisten könnten, und so waren die aufgeklärten Rabbiner des Westens (Gaster und Ehrenpreis) genötigt, die formelle Zusicherung zu geben, daß die zionistische Kulturarbeit das Gebiet der Religion nicht antasten würde. Die Politiker und Praktiker einigten sich schließlich dahin, daß die Kolonisation Palästinas hinfort nicht mehr planlos, sondern mit vorheriger Zustimmung der türkischen Regierung und unter Aufsicht eines vom Kongreß einzusetzenden Sonderausschusses betrieben werden sollte.

Der letztere Beschluß verpflichtete die zionistische Exekutive, alles daran zu setzen, um beim Sultan die Genehmigung zu einer Massenbesiedlung Palästinas mit Juden zu erlangen. Herzl bot nun zur Erreichung dieses Zieles seine ganze diplomatische Kunst auf. Er nahm unverzüglich die Unterhandlungen mit den türkischen Staatswürdenträgern auf, die jedoch, den Gepflogenheiten der orientalischen Diplomatie treu, eine eindeutige Stellungnahme vermissen ließen. Als sich der Zionistenführer überzeugt hatte, daß keine Aussicht bestehe, den Sultan auf direktem Wege für die Palästina-Sache zu gewinnen, entschloß er sich zu einem Umwege. Er begab sich, von Mitgliedern des Zionistischen Aktionskomitees begleitet, wieder nach Konstantinopel und wurde dort von dem auf der Durchreise nach Palästina befindlichen deutschen Kaiser Wilhelm II. in einer Audienz empfangen. Herzl bat den deutschen Kaiser, dem großen historischen Werk des Zionismus seinen Beistand zu leihen, insbesondere aber den Sultan entsprechend zu beeinflussen (18. Oktober 1898). Zwei Wochen später, am 2. November, wurde die jüdische Abordnung vom Kaiser erneut empfangen, diesmal in Jerusalem selbst. Das Oberhaupt der

Zionisten richtete an Wilhelm II. eine Ansprache in einem feierlichen Stil, der dieser historischen Begegnung des geistigen Nachkommen der Hasmonäer mit dem der Kreuzritter kaum angemessen war: „Eine Abordnung von Söhnen Israels — so begann Herzl — naht sich in tiefster Ehrfurcht dem Deutschen Kaiser im Lande, welches das unserer Väter war. Viele Geschlechter sind gekommen und gegangen, seit diese Erde jüdisch war. Spricht man davon, so ist es nur noch, wie von einem Traum aus sehr alten Tagen. Aber der Traum lebt noch, lebt in vielen hunderttausend Herzen; er war und ist ein wundervoller Trost in gar manchen schmerzensreichen Stunden unseres armen Volkes . . . Die zionistische Bewegung vom heutigen Tage will aus den Möglichkeiten unserer Zeit heraus die Judenfrage lösen . . . Das Land unserer Väter eignet sich für eine Kolonisierung und Kultivierung. Ew. Majestät haben das Land gesehen. Es schreit nach Menschen, die es bebauen sollen. Und wir haben unter unseren Brüdern ein schreckliches Proletariat. Diese Menschen schreien nach einem Lande, das sie bebauen wollen. Nun möchten wir aus den zwei Notständen — des Landes und des Volkes — eine neue Wohlfahrt schaffen. Für so gut halten wir diese Sache, für so wert einer Teilnahme der Großmütigsten, daß wir Ew. Kaiserliche Majestät um Ihre hohe Hilfe zu dem Werke bitten. Aber wir würden es nicht wagen, wenn in uns ein Gedanke an etwas enthalten wäre, wodurch der Herrscher dieses Landes gekränkt oder beeinträchtigt werden könnte. Die Freundschaft Ew. Majestät für Seine Majestät den Sultan ist so bekannt, daß kein Zweifel über die Absicht derjenigen bestehen kann, die sich um die Allergnädigste Vermittlung ihrer Wünsche an Ew. Majestät wenden können". Herzl beschloß seine Rede mit einer Bewillkommnung des in die ewige Stadt Einzug haltenden „Kaisers des Friedens". Die Antwort, die der „Friedenskaiser", der Hort des bewaffneten Friedens, auf diese Rede gab, lautete recht unbestimmt. Wilhelm II., der, wie später bekannt wurde, eine unüberwindliche Antipathie gegen das Judentum hatte, war ja auch für die Rolle eines Vermittlers zwischen dem türkischen Sultan und dem jüdischen Volk am wenigsten geeignet. So stand denn die Begegnung des jüdischen Gläubigen der Idee mit dem deutschen Anbeter der gepanzerten Faust im Zeichen eines tragischen Mißverständnisses.

Da nun die Diplomatie der schönen Worte keinen Schritt weiter führte, tat es not, schleunigst den finanziellen Apparat der Zionisti-

schen Organisation, die Kolonialbank, in Betrieb zu setzen, um auf die Türken durch das klingende Gold Eindruck zu machen. Im Jahre 1899 wurde denn auch das Finanzinstitut unter dem Namen „The Jewish Colonial Trust" in das Londoner Handelsregister eingetragen, doch sollte es erst nach geraumer Zeit in Wirksamkeit treten, nachdem durch die Zeichnung auf die emittierten Aktien das erforderliche Minimum an Kapital flüssig gemacht worden war (eine Viertelmillion Pfund Sterling bei einem Grundkapital von zwei Millionen). Die Zeichner waren in ihrer überwiegenden Mehrheit kleine Leute, und nicht selten gaben arme russische Juden ihre letzten zehn Rubel her, um wenigstens eine Aktie zu besitzen, deren Erwerb ihnen ebenso wie die Entrichtung des „Schekels" die Illusion gab, an dem Wiederaufbau des Heimatlandes mitbeteiligt zu sein. Abgesehen von seinen Audienzen bei hochgestellten Persönlichkeiten war dies der einzige handgreifliche Erfolg, auf den Herzl in seiner Eröffnungsrede auf dem *dritten Kongreß* zu Basel (15.—18. August 1899) hinweisen konnte. Die Hauptaufgabe der neu gegründeten Kolonialbank wurde von ihm dahin präzisiert, daß diese sich um die Erlangung eines „Charters", d. h. eines verbrieften Rechtstitels auf die Besiedlung Palästinas, bemühen müsse, der in die Form eines regelrechten Vertrages zwischen der Pforte und dem als juristische Person in England anerkannten jüdischen Finanzinstitut zu kleiden sei. Manchen Kongreßmitgliedern schien es indessen allzu gewagt, die Zukunft des jüdischen Volkes auf der erkauften Gunst des türkischen Sultans gründen zu wollen, weshalb das Projekt auftauchte, die in der Nähe Palästinas gelegene und unter englischer Verwaltung stehende Insel Cypern zu kolonisieren. Das Projekt stammte von dem Delegierten Davis Trietsch, der die Idee eines „Großpalästina" propagierte, d. h. sich für die Ausdehnung des jüdischen Kolonisationswerkes auch auf die Palästina benachbarten Länder einsetzte. Der überwiegenden Mehrheit der Delegierten erschien aber schon allein die Erörterung des „Cypern-Projektes" als ein Verrat am Zionismus, und so wurde der Antrag Trietschs kurzerhand von der Tagesordnung abgesetzt. — Auch der *vierte Kongreß*, der im August 1900 in London tagte, brachte den Zionismus seinem Endziel nicht näher. Der mit dem Wechsel des Tagungsortes bezweckte Erfolg: die Erregung des Interesses der englischen Öffentlichkeit und namentlich der reichen Londoner Juden für die Sache des Zionismus,

blieb aus. Wohl wurden die Künder der Erlösung durch das von jüdischen Einwanderern aus Rußland dicht bevölkerte East End mit hellem Jubel empfangen, das aristokratische West End trat indessen aus seiner kühlen Reserve nicht heraus, und manche Assimilationsfreunde glaubten sogar gegen die Aufrollung der jüdischen Nationalfrage in England, wo sich, wie sie in einer Presseerklärung betonten, die Bekenner des Judentums in nationaler Hinsicht als Engländer fühlten, entschiedene Verwahrung einlegen zu müssen.

Im Hinblick darauf, daß die Propaganda von der Kongreßtribüne herab nicht den erwünschten Widerhall fand, wurde besonderer Nachdruck auf die Entfaltung einer großzügigen Agitation in Wort und Schrift gelegt, der vor allem das offizielle Parteiorgan, „Die Welt", dienstbar gemacht wurde. Einen besonders scharfen polemischen Ton schlug in seinen Reden und Artikeln Max Nordau an. So ließ er einen von ihm 1898 in Berlin gehaltenen Vortrag in den Satz ausklingen: „Das Judentum wird zionistisch sein oder es wird nicht sein!" Da die tieferen, sich damals im russischen Judentum Bahn brechenden nationalen Strömungen ganz außerhalb seines Gesichtskreises blieben, zögerte er nicht, den Zionismus der nationalen Bewegung schlechthin gleichzusetzen. Für Nordau wie für Herzl gab es nur die zwei Pole: Assimilation und politischer Zionismus; glaubten sie doch, daß das Judentum nur insofern eine Nation sei, als es „einen gemeinsamen Feind" habe, eine Ansicht, die offenbar unter dem Drucke des Antisemitismus entstanden war. Das tragische Geschick der assimilierten Westjuden, das die beiden Zionistenführer aus eigener Kraft bezwungen hatten, wurde von ihnen auch zum Gegenstand zweier Theaterstücke gemacht, deren Aufführung eine starke propagandistische Wirkung hatte. Im Mittelpunkt eines dieser Stücke, des von Herzl noch vor dem „Judenstaat" verfaßten Dramas „Das neue Ghetto" (1895), steht ein jüdischer Rechtsanwalt, der infolge der ihm zugefügten antisemitischen Unbill sein Judentum mit Schärfe betont; er bietet dem Antisemitismus trotzig die Stirn, was ihn schließlich das Leben kostet: er fällt in einem Zweikampf als Verteidiger der jüdischen Ehre und stirbt mit dem Rufe „Hinaus aus dem Ghetto!" Ähnlich ist das Drama Nordaus „Doktor Kohn" (1899) aufgebaut: ein begabter Mathematiker, der sich als Jude vergeblich um ein akademisches Lehramt bewirbt, verliebt sich in die Tochter eines längst getauften und vollständig assimilierten Juden, wird von dem Bruder des Mädchens,

einem deutschen Leutnant und eingefleischten Antisemiten, beleidigt und sodann von seinem Beleidiger in einem Duell getötet; die tödliche Kugel im Leibe, spricht der Held des Stückes die bedeutungsvollen Worte: „Der Haß der Feinde nötigt jedem einzelnen Juden die Würde eines rechtmäßigen Vertreters seines ganzen Stammes auf".

Im Jahre 1901 brachte Herzl die von ihm im „Judenstaat" eingehend begründete und bereits auf so verschiedenen Wegen propagierte Idee auch noch in einem Staatsroman zur Darstellung, dem er den Titel „Altneuland" gab. Das Buch war mit dem Motto versehen: „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen". Die Utopie schildert das Leben in Palästina zwanzig Jahre nach der Erlangung des ersehnten „Charters". Die Wildnis hat sich inzwischen in eine der kultiviertesten und blühendsten Gegenden auf Erden verwandelt und ist zu einem Brennpunkt des Touristenverkehrs, wie etwa die Schweiz, geworden. In weiträumigen Gartenstädten ragen prächtige Gebäude von neuester Stilart gen Himmel; das Land ist von einem engmaschigen Eisenbahnnetz überzogen; das Tote Meer ist mit dem Mittelmeer durch einen Kanal verbunden und das Wassergefälle des Jordan bildet eine unerschöpfliche Quelle elektrischer Energie für Beleuchtungs- und Industriezwecke. Ganz Palästina ist mit landwirtschaftlichen Betrieben und großen Fabrikwerken bedeckt und ist nicht nur von Juden, sondern von aus Europa und Amerika übergesiedelten Vertretern aller Nationen bevölkert, so daß das Land eine vielsprachige Kosmopolis darstellt. Selbst die palästinensischen Juden haben keine gemeinsame Umgangssprache, da sie sich des Hebräischen lediglich in der Synagoge und zum Teil im Schulwesen und Schrifttum bedienen. Alle Menschen sind dort gleich, alle durch eine idyllische Freundschaft verbunden, und in Jerusalem sowie an den übrigen heiligen Stätten erheben sich Tempel aller Religionsgemeinschaften; ungetrübte Freude, Zufriedenheit und gegenseitige Liebe führen das Zepter in diesem glücklichen Arkadien, wo im Laufe von zwei Jahrzehnten Millionen von Juden und Angehörigen anderer Nationen eine neue Heimat gefunden haben... In seiner kritischen Würdigung des Herzlschen Staatsromans fragte Achad Haam voll Verwunderung: Wo bleibt da der Judenstaat und die jüdische Kultur? Indessen war es Herzl offenbar nur darum zu tun, den europäischen Staaten mit ihrem Kult der vorherrschenden Nationalität die weltbürgerliche Weitherzigkeit der jüdischen Volksgemeinschaft entgegenzustellen und das Bild eines Landes hervorzu-

zaubern, das zwar kein spezifisch jüdisches Gepräge verraten, dafür aber auch keine Spur der „Judennot" aufweisen sollte.

§ 35. Der politische Zionismus bis zum Tode Herzls (1901—1904)

Je weiter die Zeit fortschritt, desto schärfer wurde der zwischen der düsteren Wirklichkeit und dem Traum des politischen Messianismus obwaltende Gegensatz. Die qualvolle Lage der russischen Juden wurde von Jahr zu Jahr unerträglicher, und in demselben Maße wuchs die Spannung, mit der sie der Erlangung des Rechts auf Massenbesiedlung des gelobten Landes entgegensahen. Dies veranlaßte die von Herzl geleitete zionistische Exekutive, erneut entsprechende Schritte bei der türkischen Regierung, und zwar unmittelbar beim Sultan Abdul Hamid zu unternehmen. Um sich zum Kalifen der Rechtgläubigen Zutritt zu verschaffen, nahm Herzl die Vermittlerdienste eines der besten Kenner der Türkei, des einer Preßburger jüdischen Familie entstammenden ungarischen Forschungsreisenden *Hermann Vambery* in Anspruch, der in den sechziger Jahren unter der Maske eines Mohammedaners das Morgenland durchwandert hatte, in Konstantinopel mit den Hofkreisen in nähere Berührung getreten und auch Vertrauensmann des nachmaligen Sultans Abdul Hamid geworden war. Mit Empfehlungsschreiben Vamberys ausgerüstet, begab sich nun Herzl im Mai 1901 zusammen mit den Mitgliedern des Aktionskomitees Wolffsohn und Marmorek nach Konstantinopel, wo er vom Sultan in längerer Audienz empfangen wurde. Im Verlaufe der Unterredung gelang es Herzl, Abdul Hamid davon zu überzeugen, daß die Zionisten der Türkei gegenüber durchaus loyal gesinnt seien und dieser für den erwünschten Charter wichtige finanzielle Gegendienste leisten könnten. Der Zionistenführer machte auf den Türkenherrscher den Eindruck eines „Propheten" und wurde vor seiner Verabschiedung gnädigst dazu aufgefordert, den Plan der Besiedlung Palästinas schriftlich darzulegen. Voller Zuversicht kehrte Herzl nach Wien, dem Sitz der Exekutive, zurück, von wo aus er unverzüglich eine Reise nach Paris und London unternahm, um die dortige jüdische Hochfinanz zu veranlassen, die für den Erwerb des Charters benötigten zwei Millionen Pfund flüssig zu machen. Der um die „historische Hilfe" nachsuchende Zionistenführer fand indessen bei den Finanzmagnaten taube Ohren. Als er ein Jahr später, im Juli 1902, abermals

nach Konstantinopel kam, wurde er zwar mit diplomatischen Ehren empfangen und zusammen mit den Vertretern der Auslandsmächte zum Selamlik in das Residenzpalais geladen, doch sollte die Aussprache, die er mit dem Großwesir hatte, ergebnislos verlaufen: die Verhandlungen scheiterten daran, daß Herzl die Überlassung eines zusammenhängenden Siedlungsgebietes in Palästina verlangte, während die Pforte bei dem völlig unannehmbaren Gegenvorschlag beharrte, wonach die nach der Türkei einwandernden Juden auf verschiedene Provinzen des Reiches verteilt werden sollten.

Unter solchen Umständen konnte Herzl dem Ende 1901 in Basel zusammentretenden *fünften Zionistenkongreß* nur die eine erfreuliche Mitteilung machen, daß die in London gegründete Kolonialbank nunmehr „aktionsfähig" sei. Da indessen die der Bank zur Verfügung stehenden Mittel äußerst gering waren, beschloß der Kongreß, zwecks Finanzierung des Bodenankaufs in Palästina einen „Nationalfonds" ins Leben zu rufen, obgleich von vornherein wenig Aussicht bestand, auf diesem Wege größere Summen aufzubringen. Sich seiner Ohnmacht auf außenpolitischem Gebiete bewußt, wandte sich der Kongreß der Erörterung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der Diaspora zu. In seinem die unsichere wirtschaftliche Lage der Juden behandelnden Bericht berührte Nordau den wundesten Punkt des jüdischen Volkslebens: das Überhandnehmen der völlig entwurzelten „Luftmenschen". Zangwill wiederum geißelte in einer geistvollen Rede die verkehrte Politik der die Millionen des Barons Hirsch verwaltenden Pariser Kolonisationsgesellschaft (JCA), die dem Volke nach Wohltäterart Almosen hinwerfe, jedoch nicht fähig sei, sich zu einer nationalen Großtat aufzuraffen. Eine besonders heftige Diskussion löste die Frage aus, ob sich das zionistische Programm auch auf die „Gegenwartsarbeit", namentlich auf kulturellem Gebiete, erstrecken solle. Wärend die neuentstandene „Demokratische Fraktion" (Leo Motzkin, Chaim Weizmann, Martin Buber u. a.) die Entfaltung einer großzügigen kultur-reformatorischen Tätigkeit in Palästina wie in der Diaspora forderte, drang der Flügel der Orthodoxen, die „Misrachi"-Fraktion, darauf, daß auf kulturellem Gebiete die religiöse Tradition in keiner Weise angetastet werde. Im Gegensatz zu diesen beiden oppositionellen Fraktionen vertrat Herzl, ebenso wie die übrigen Führer des Parteizentrums, den Standpunkt, daß auf die kulturelle „Gegenwartsarbeit" überhaupt zu verzichten sei, da diese die

Energie der Parteileitung nur von ihrem Hauptziel: der Erlangung eines Siedlungsgebietes für das jüdische Volk, ablenken würde.

Der Mißerfolg der mit der Pforte geführten Unterhandlungen legte der zionistischen Exekutive den Gedanken nahe, sich nach einem Palästina benachbarten, jedoch nicht von der Türkei beherrschten Gebiet umzusehen, und so richteten sich ihre Blicke unwillkürlich auf den Landstrich, der Palästina mit dem unter englischem Protektorat stehenden Ägypten verband. Im Herbst 1902 erklärte sich nun die englische Regierung auf die von Herzl in Gemeinschaft mit dem Londoner Zionisten Leopold Greenberg gemachten Vorstellungen hin in der Tat bereit, der zionistischen Organisation auf der Sinaihalbinsel, in der von Arabern nur spärlich bevölkerten Gegend von El-Arisch, eine Landkonzession zu erteilen. Die zionistische Expedition, die hierauf den Auftrag erhielt, an Ort und Stelle zu untersuchen, inwiefern das Gebiet von El-Arisch für die Massenkolonisation geeignet sei, und der auch ein Vertreter der ägyptischen Regierung angehörte, gelangte zu durchaus positiven Ergebnissen. Nachdem Herzl bei englisch-jüdischen Finanzmännern für das Projekt Interesse gefunden hatte, begab er sich voller Hoffnung nach Kairo, um die Verhandlungen mit dem englischen Residenten in Ägypten, Lord Cromer, persönlich zum Abschluß zu bringen. Plötzlich trat jedoch bei der ägyptischen Regierung eine Sinnesänderung ein: sie erklärte, die erwünschte Konzession nicht erteilen zu können, da das für die Bewässerung des Gebietes von El-Arisch erforderliche Nilwasser für das ägyptische Land selbst unentbehrlich sei. Es steht dahin, welchen Ausgang der Versuch der Kolonisierung des öden Landes genommen hätte, doch kann dem Vorhaben als solchem eine gewisse historische Größe nicht abgesprochen werden. Die planmäßige Ansiedlung von Juden in der von der erhabenen Sinai-Erzählung umwobenen Gegend, durch die nach den frommen Berichten der Weg der Kinder Israel aus dem Reiche der Pharaonen in das gelobte Land geführt hatte, hätte Reminiszenzen von größter Tragweite wachrufen und sich letzten Endes für das Kolonisationswerk in Palästina selbst förderlich erweisen müssen.

Der Plan, die Juden in die Sinaiwüste, das Wanderungsgebiet ihrer Urahnen, zurückzuführen, sollte gerade in jenem unseligen Frühling des Jahres 1903 scheitern, als im Lande der russischen Pharaonen erneut eine schwere Katastrophe hereinbrach: das Gemetzel von Ki-

schinew, das den Auszug aus dem neuen Ägypten, und sei es auch in die Wüste, zur dringendsten Notwendigkeit machte. Angesichts dieser Sachlage hielt sich Herzl für verpflichtet, im „Hause der Sklaverei" vorzusprechen, um die russischen Fronvögte davon zu überzeugen, daß es in ihrem ureigensten Interesse liege, die Sache des Zionismus zu fördern. Obwohl er offiziell als Zweck seiner Reise nach Rußland die Absicht angab, über die Aufhebung der vom Innenminister Plehwe gegen die zionistische Bewegung verfügten Repressivmaßnahmen vorstellig zu werden, hatte er in Wirklichkeit viel Größeres im Sinne: er hoffte nämlich die Petersburger Regierung zu einer diplomatischen Unterstützung der Zionisten bei ihren Unterhandlungen mit der Pforte bewegen zu können. Anfang August in Petersburg eingetroffen, hatte Herzl mehrere Unterredungen mit Plehwe, in deren Verlauf der allmächtige Minister erklärte, daß die russische Regierung mit dem Zionismus nur insofern sympathisiere, als dieser die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus Rußland bezwecke, daß aber jeder Versuch der Zionisten, die jüdische Bevölkerung in Rußland selbst zu einem nationalen Verband zusammenzuschließen, als ein Anschlag auf die Grundlagen der national-russischen Politik rücksichtslos unterdrückt werden würde. Nun gelang es zwar Herzl, den Argwohn des Chefs des Reichssicherheitsdienstes zu zerstreuen und ihn davon zu überzeugen, daß der politische Zionismus als solcher lediglich die Errichtung eines jüdischen Zentrums außerhalb der Diaspora anstrebe und daß daher die Förderung der zionistischen Bewegung mit den Interessen der russischen Regierung durchaus kongruent sei; nichtsdestoweniger konnte der Zionistenführer beim Verlassen Petersburgs keineswegs das Bewußtsein haben, seinem Ziele erheblich nähergekommen zu sein.

Mittlerweile rückte der Tag immer näher heran, an dem der *sechste Weltkongreß der Zionisten* eröffnet werden sollte (er tagte in Basel vom 23. bis 28. August 1903), und es galt, ein Mittel zu finden, durch das die fortschreitende Krise des politischen Zionismus gebannt werden könnte. Dies war der Grund, der Herzl dazu bewog, abermals nach einem Strohhalm zu greifen, der sich ihm durch das Anerbieten des englischen Kolonialministers Chamberlain bot, den Juden auf Grund eines die innere Autonomie verbürgenden Charters in Britisch-Ostafrika, im Gebiet von *Uganda*, zwischen dem Hafen Mombassa und dem Viktoriasee Siedlungsland zur Verfügung zu stellen.

In seiner bei der Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede wies Herzl ausdrücklich darauf hin, daß die Annahme des englischen Anerbietens keineswegs einen Verzicht auf die Besiedlung Palästinas bedeuten würde, da es sich hierbei lediglich um eine für die sofortige Erleichterung des Loses der notleidenden jüdischen Massen notwendige „Kolonisationsaushilfe" handle. Trotz dieses beruhigenden Hinweises entbrannten wegen des von Herzl übermittelten Vorschlags Debatten von solcher Heftigkeit, daß sie den Kongreß und die ganze Zionistische Organisation zu sprengen drohten. Die Wortführer der Opposition, zumeist Delegierte aus Rußland, erklärten, daß das Uganda-Projekt dem Endziele des Zionismus, dem Baseler Programm, ins Gesicht schlage, daß der neugewiesene Weg zu einem „Zionismus ohne Zion" führe und daß die Leitung der Organisation mithin die Volkssache verrate und die Nationalidee preisgebe. Demgegenüber machten Herzl und die übrigen Parteiführer aus Westeuropa geltend, daß Uganda lediglich als ein „Nachtasyl" (wie der Ausdruck Nordaus lautete) auf dem Wege nach Zion gedacht und daß es untunlich sei, das hochherzige Anerbieten Englands kurzerhand abzulehnen. Nach Abschluß der äußerst stürmischen Verhandlungen gelangte ein Kompromißvorschlag zur namentlichen Abstimmung, in dem die endgültige Annahme des englischen Angebotes von den Untersuchungsergebnissen einer nach Uganda zu entsendenden Expedition abhängig gemacht wurde. Die vorgeschlagene Resolution war in die Form einer Frage gekleidet, auf die die Kongreßteilnehmer mit „Ja" oder „Nein" zu antworten hatten. Das Ergebnis der Abstimmung, bei der von 500 Delegierten nur 185 ein Nein-Votum abgegeben hatten, machte auf die Opposition einen niederschmetternden Eindruck. Alle „Neinsager" verließen demonstrativ den Sitzungssaal, viele laut schluchzend. Dieser Gefühlsausbruch mußte um so ergreifender wirken, als die von der Trauer um Zion Übermannten, wiewohl sie in ihrer Mehrzahl aus dem Pogromlande stammten, sich an das Land ihrer Träume nicht etwa darum klammerten, weil es ihnen das Ende der materiellen Not zu verheißen schien, sondern vor allem darum, weil ihnen dort die Befreiung von der geistigen „Judennot" winkte. Es hatte den Anschein, als ob eine Spaltung der zionistischen Bewegung nicht mehr aufzuhalten sei, doch gelang es Herzl, auf dem Kongreß selbst die Gefahr zu bannen. Seine Schlußrede gipfelte in der pathetischen Erklärung: „Von diesem Platze verbürge ich mich per-

sönlich dafür, daß an dem Baseler Programm, an dessen Schaffung ich mitgewirkt habe, nichts geändert werden soll. Wenn ich dein vergesse, Jerusalem, verdorre meine rechte Hand!"

Obgleich das Gelöbnis des Führers auf die verzweifelten Palästinafreunde bis zu einem gewissen Grade beschwichtigend wirkte, beschlossen sie dennoch nach der Beendigung des Kongresses, eine Aktion zu beginnen, um mit vereinten Kräften das Uganda-Projekt zu Fall zu bringen. Die Initiative hierzu ging von dem tatkräftigen Mitglied des zionistischen Aktionskomitees Menachem Ussischkin aus, der sich bereits in der „Chowewe Zion"-Bewegung in Rußland hervorgetan hatte. Von einer Reise nach Palästina zurückgekehrt, richtete Ussischkin an die Zionisten einen Aufruf, in dem er gegen die in Westeuropa wirkenden Führer den Vorwurf erhob, daß sie durch das ewige „Politisieren und Diplomatisieren" völlig verblendet seien. In Gemeinschaft mit anderen oppositionellen Mitgliedern des Aktionskomitees veranstaltete er in Charkow eine Konferenz, die an Herzl die ultimative Forderung stellte, das Ostafrika-Projekt unverzüglich fallen zu lassen, ohne erst die Entscheidung des nächsten Kongresses abzuwarten. Das Ultimatum brachte die Anhänger Herzls in Harnisch und fügte auch diesem selbst eine tiefe Kränkung zu. Um über seine Treue dem Zionsideal gegenüber keine Zweifel zu lassen, entschloß sich Herzl, mit der Pforte erneut diplomatische Unterhandlungen anzuknüpfen, in der Hoffnung, daß der Sultan angesichts der Bereitwilligkeit Englands, den Zionisten einen Charter zu gewähren, sich nachgiebiger zeigen werde. Anfang 1904 unternahm Herzl eine Reise nach Rom, wo er den König Viktor Emanuel für die zionistische Sache einzunehmen wußte und überdies in Unterredungen mit dem Kardinal-Staatssekretär und dem Papst Pius X. selbst den Kirchenfürsten die Überzeugung beizubringen trachtete, daß es den Zionisten durchaus fernliege, die heiligen Stätten der Christen in Palästina anzutasten.

Die rastlosen Anstrengungen Herzls, durch die er sein Ideal zu retten hoffte, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß er bereits am Ende seiner Kraft war. Die ununterbrochene, mit schweren Aufregungen verbundene Arbeit hatte im Laufe der Jahre seine Gesundheit untergraben, und es stellte sich bei ihm ein akutes Herzleiden ein. Auf der im April 1904 in Wien abgehaltenen Konferenz des Großen Aktionskomitees kam es zwar zu einer formellen Aussöhnung

zwischen der Opposition und dem Führer der Partei, doch war das kranke Herz durch psychische Einwirkung nicht mehr zu heilen. Am 3. Juli (20. Tammus) 1904 wurde Theodor Herzl in Edlach (unweit von Wien) vom Tode ereilt. — Er erreichte ein Alter von nur 44 Jahren, von denen er die letzten neun ganz dem Dienste an seinem Volke gewidmet hatte. In diesen Jahren hatte er gleich einer Flamme gebrannt und war bald zu Asche geworden. Theodor Herzl hat in der jüdischen Geschichte einen Vorgänger: Salomo Molcho (Band VI, § 11). Wie Molcho aus dem religiösen Marranentum des XVI. Jahrhunderts zu seinen verfolgten Brüdern gekommen war, fand Herzl den Weg zu ihnen aus dem nationalen Marranentum des XIX. Jahrhunderts. Ebenso wie Molcho gleichzeitig messianische Predigten gehalten und Unterhandlungen über die Befreiung Palästinas von der Türkenherrschaft mit dem römischen Papst und dem deutschen Kaiser geführt hatte, hat auch der jüdische Publizist und Politiker Herzl diplomatische Unterhandlungen mit den Herrschern Europas angeknüpft. Der exaltierte Mystiker des XVI. Jahrhunderts fand sein Ende auf dem Scheiterhaufen der Inquisition; Herzl aber ließ sein Leben auf einem von ihm selbst errichteten Altar, in den Flammen eines leidenschaftlichen politischen Kampfes. Mit seinem Tode war die heroische Epoche des Zionismus, eines der eindrucksvollsten Kapitel in der Geschichte der jüdischen messianischen Bewegungen, zum Abschluß gelangt.

§ 36. Der geistige Zionismus Achad Haams

Der politische Zionismus vermochte das jüdische Nationalproblem nicht restlos zur Lösung zu bringen. Ein Produkt der Reaktion gegen den Antisemitismus und aus dem Bestreben entstanden, dem gekränkten jüdischen Ehrgefühl Genugtuung zu verschaffen, stimmte der Zionismus insofern mit den Grundtendenzen der messianischen Lehren überein, als auch er lediglich an die subjektive Glaubens- und Willenskraft appellierte. „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen" — dieses Wort konnte Herzl nur aus der Überzeugung heraus prägen, daß die Verwirklichung des Märchens vom Judenstaate nur eine entsprechend starke Anspannung des Volkswillens erfordere. Auf die Frage jedoch, was mit dem jüdischen Volke geschehen solle, falls sich die Macht der äußeren Verhältnisse und der Widerstand der Um-

welt als unüberwindlich erweisen würden, blieb der politische Zionismus die Antwort schuldig. Die sich an der Geschichte orientierenden Geister mußten sich gegen den hypothetisch fundierten Nationalismus, der den Juden zurief: Ihr werdet euch als Nation nur in Zion erhalten können, während ihr in der Diaspora unweigerlich der völligen Entnationalisierung verfallen werdet — schon aus dem Grunde auflehnen, weil er in schreiendem Widerspruch zu der Erfahrung von zwei Jahrtausenden stand. Eine wirklich befriedigende Lösung der Judenfrage setzte als Ausgangspunkt nicht die von einer einzigen Generation gesammelten Eindrücke, sondern die Lehren voraus, die sich aus dem gesamten Geschichtsverlauf ergaben. Es galt, mit anderen Worten, das Problem zu vertiefen, in seiner ganzen Weite zu fassen und es in die Kette der historischen Evolution einzugliedern. In diesem Sinne stellte nun der geistige oder Kulturzionismus Achad Haams das erste wesentliche Korrektiv zum politischen Zionismus dar.

Ascher Ginzberg (1856—1927), der der weiteren Öffentlichkeit unter seinem literarischen Pseudonym *Achad Haam* („Einer aus dem Volke") bekannt wurde, begann seine Wirksamkeit zu einer Zeit, als die „Chowewe-Zion"-Bewegung bereits weite Verbreitung gefunden hatte, der politische Zionismus aber noch nicht auf den Plan getreten war. Aus der chassidischen Aristokratie der Ukraine hervorgegangen und mit dem jüdischen Wissen in seiner ganzen Mannigfaltigkeit vertraut, verstand es Ginzberg, nachdem er Anhänger des Systems des wissenschaftlichen Evolutionismus geworden war, dieses mit der Weltanschauung des Judentums zu einer Einheit zu verbinden. In den achtziger Jahren ließ er sich in Odessa nieder und schloß sich, wie schon beiläufig erwähnt, Pinsker und Lilienblum, den beiden Vorkämpfern der Palästinabewegung an, um jedoch sehr bald seine eigenen Wege zu gehen. Im Jahre 1889 veröffentlichte er nämlich unter seinem später so ruhmreich gewordenen Pseudonym Achad Haam in der Zeitung „Hameliz" einen Artikel mit der Überschrift „Lo se ha'derech" („Nicht dies ist der Weg"), in dem er den Palästinafreunden klarzumachen suchte, daß sie auf falscher Fährte seien. Es sei eine Illusion, zu glauben — so führte er aus — daß nach Ausgabe der Parole zur Besiedlung der alten Heimat alles Heil von vereinzelten Kolonistengruppen und deren Gönnern zu erwarten sei, vielmehr gelte es, die Bestrebungen der Palästinafreunde zu einem Gemeingut des Volkes zu machen und dessen Willen zur Wiedergeburt überhaupt zu beleben;

die erste Sorge müsse nicht darin bestehen, das Land für das Volk, sondern das Volk für das Land vorzubereiten und es für ein freies nationales Leben zu erziehen. Der Gedanke, daß das Palästina-Ideal zu einem *Mittel* der Vertiefung des nationalen Selbstbewußtseins gemacht werden müsse, wurde zum Leitprinzip des in Odessa unter den Auspizien Achad Haams gegründeten Ordens „Bne Mosche" („Söhne Moses"). Diese Vereinigung, die sich in der Folge zu einer Art Freimaurerbund entwickelte und einige Jahre (1889—1897) bestand, besaß mehrere „Logen" in verschiedenen Städten Rußlands und Palästinas, die vornehmlich für die Förderung der Kulturarbeit in den palästinensischen Kolonien Sorge trugen. In dem Programm des Bundes hieß es: „Die Geschichte der Juden in der Zeit der Zerstreuung, insbesondere im letzten Jahrhundert, hat bewiesen, daß es uns unmöglich ist, unter fremden Völkern als Menschen zu leben und gleichzeitig Angehörige einer besonderen Nation zu sein, auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens mitzuwirken und dabei ein seinen Anschauungen und Sitten nach eigenartiges Volk zu bleiben. Wehe uns in schlechten wie in guten Zeiten! Das Mißgeschick schädigt unseren menschlichen Charakter, das Wohlergehen aber unseren nationalen Geist; jenes flößt den anderen Verachtung für uns ein, dieses verleitet uns dazu, unsere eigene Nation zu verachten. Der Weg des Lebens und der Weg des Todes liegen vor uns. Um leben zu können, müssen wir uns ein eigenes Heim an einer sicheren Stätte, im heimatlichen Lande errichten. Vor allen Dingen muß aber unser Bund die Menschenherzen mit moralischen Waffen erobern: er muß den Begriff der Nationalität erweitern und ihn zum Rang eines sittlichen Ideals erheben".

Der Bund der „Söhne Moses", der sich dazu berufen fühlte, das Wüstengeschlecht des Einzugs in das Gelobte Land würdig zu machen, hatte allerdings seine Kräfte stark überschätzt; umso erfolgreicher arbeitete jedoch der Stifter des Bundes an der Vervollkommnung des von ihm aufgestellten Nationalprogramms. Der Einfluß Achad Haams begann sich insbesondere nach der übereilten Kolonisation des Jahres 1891 auszuwirken, als er durch seine Artikelreihe „Wahrheit aus Palästina" die Öffentlichkeit darüber aufklärte, daß die auf individuelle Initiative zurückgehende Kolonisation nicht nur unzweckmäßig sei, sondern das Volksideal geradezu gefährde (oben, § 31). Von da ab wurde es für Achad Haam zu einem Grunddogma,

daß der nationale Wiederaufbau weniger in Zion, als durch Zion zu erfolgen habe. In einem Aufsatz über Pinsker brachte er seine Doktrin mit der Ideenwelt des Verfassers der „Autoemanzipation" in Zusammenhang, indem er darauf hinwies, daß Pinsker, der anfänglich zur Errichtung einer „sicheren Zufluchtsstätte" auf einem beliebigen freien Territorium aufgerufen und sich später für Palästina entschieden habe, gegen Ende seines Lebens zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Sammlung der Diaspora auch auf diesem Wege nicht erreicht werden könne und daß Palästina lediglich für die Gründung eines kleinen Kulturzentrums der Nation in Frage komme. Die Pinsker kurz vor seinem Ableben in verschwommenen Umrissen vorschwebende Idee entwickelte nun Achad Haam zu der klaren Formel: „Das nationale Zentrum muß eine Zufluchtsstätte nicht für die Juden*heit*, sondern für das Juden*tum* sein. Die Einwirkung dieses Zentrums auf alle Punkte der Peripherie wird eine Wiederverjüngung des nationalen Geistes und eine Wiedererstarkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in allen jüdischen Herzen nach sich ziehen". Somit kam es Achad Haam vor allem auf die „Verlegung des Zentrums" in die Ebene des Geistes an, d. h. auf die Schaffung eines Mittelpunktes für alle zentripetalen Kräfte der Nation.

Die Begründung, die Achad Haam diesen Thesen in seinen geschichtsphilosophischen „Fragmenten" („Perurim") gab, lief im Grunde auf eine neue Theorie der Entwicklung des jüdischen Messianismus hinaus. Der antike politische Messianismus war bekanntlich im Mittelalter zu einer mystischen, passiven Zukunftshoffnung erstarrt; der Zionismus im ausgehenden XIX. Jahrhundert bedeutete, bei Lichte besehen, den Versuch, das politische Element des Messianismus in modernisiertem Gewande wieder erstehen zu lassen, insofern nämlich Herzl all seine Hoffnungen auf ein diplomatisches Wunder setzte, das in der jüdischen Geschichte eine plötzliche Umwälzung herbeiführen sollte; Achad Haam war aber der Glaube an eine solche sprunghafte Revolution stets fremd, und so erhoffte er die Wiederverjüngung des jüdischen Volkes allein von einer schrittweisen Evolution. Der Mystik und Utopie abhold, wandte er sich entschlossen der wissenschaftlichen Methode zu. Am unverkennbarsten trat die Denkerkraft Achad Haams in der Diagnose der Krankheit seines Zeitalters zutage, die er mit viel größerer Treffsicherheit zu stellen wußte als etwa Max Nordau in seinen nachmaligen effektvollen Kongreß-

reden. Bereits im Jahre 1891 gab Achad Haam in dem Aufsatz: „Äußere Freiheit und innere Knechtschaft" eine meisterhafte Darstellung der Assimilationspsychologie. Die emanzipierten Westjuden — so führte er aus — die sich einbildeten, freie Bürger zu sein, seien in Wirklichkeit Sklaven, da sie im Prozeß der Assimilation ihren „Wirtsvölkern" zu Gefallen auf die Freiheit ihrer Volksindividualität verzichteten. Aus Furcht, des Mangels an Vaterlandsliebe und Bürgersinn verdächtigt zu werden, stellten sie die Einheit des jüdischen Volkes und seine Verbundenheit mit Zion in Abrede. Die Assimilationsfreunde, die die Idee der nationalen Wiedergeburt verwerfen, legen umso größeren Wert auf die Theorie, daß das Judentum dazu berufen sei, der Menschheit zur Wiedergeburt zu verhelfen. In dieser Theorie, derzufolge die Juden unter allen Völkern der Erde zerstreut bleiben müßten, um ihre Mission, die Verbreitung des reinen Monotheismus, erfüllen zu können, erblickte Achad Haam einen Beweis mehr für die knechtische Selbsterniedrigung der assimilierten Judenheit, die ihrem eigenen Dafürhalten nach zu nichts Besserem tauge als zu Handlangerdiensten bei der Vervollkommnung anderer Völker. (Viel naheliegender erscheint allerdings die Annahme, daß die Missionstheorie von den Widersachern der nationalen Idee als ein, sei es noch so minderwertiger, Ersatz für diese erfunden worden ist.)

Je kräftiger sich der politische Zionismus entwickelte, desto schärfer prägten sich auch die Grundzüge seines Widerparts, des geistigen Zionismus aus. Der erste Baseler Kongreß, dem Achad Haam als Gast beiwohnte, machte nämlich auf ihn einen nicht minder deprimierenden Eindruck als das unglückselige Gründungsfieber in Palästina, das er einige Jahre zuvor aus nächster Nähe beobachtet hatte. Was er der in Westeuropa inaugurierten Bewegung vorzuwerfen hatte, war das übermäßige Vertrauen auf diplomatische Künste sowie die Erweckung unrealisierbarer und daher den Keim der Enttäuschung in sich bergender Hoffnungen. So mußte denn die warnende Stimme Achad Haams mitten in dem den Wiener Diplomaten bejubelnden Chor als eine schrille Dissonanz wirken. Verkündete er doch schon einige Tage nach dem Schluß des ersten Zionistenkongresses: „Das Heil Israels wird durch Propheten kommen, nicht durch Diplomaten". „Bitter ist die Wahrheit — so schrieb er um diese Zeit in einem anderen Artikel — aber bei all ihrer Bitterkeit doch besser als Phantasterei. Wir müssen uns selbst eingestehen, daß die Sammlung der

in alle Welt zerstreuten Juden auf natürlichem Wege nicht möglich ist. Denn auf natürlichem Wege ist es wohl möglich, irgend einmal einen Judenstaat zu gründen, wo die Juden sich so stark vermehren werden, daß das Land von ihnen ganz erfüllt sein wird; aber auch dann muß die Mehrzahl des Volkes über fremde Länder zerstreut bleiben; unsere Zerstreuten ‚aus allen vier Weltgegenden' zu sammeln, ist unmöglich: das kann nur die Religion als Ergebnis einer übernatürlichen ‚Erlösung' verheißen. Wenn darum der Judenstaat nicht als Sammlung der Zerstreuten verstanden werden darf, sondern als Ansiedlung eines kleinen Teiles des Volkes in Palästina, wie vermag er dann der physischen Not der Majorität des Volkes abzuhelfen?" Was aber die sittliche Judennot anbelange, von der Nordau auf dem Kongreß gesprochen habe, so werde diese in Osteuropa ganz anders aufgefaßt als in Westeuropa. Im Westen bedeute sie die Not der assimilierten Juden, die, von der Reaktion des Antisemitismus überrascht, vor allem darunter litten, daß ihre Liebe verschmäht worden sei; im Osten beginne man hingegen zu begreifen, daß die Wurzeln des Übels viel tiefer liegen: in dem Zwang, die nationale jüdische Kultur in jedem der vielen Diasporaländer einer anderen fremden Kultur unterzuordnen, was zur Folge habe, daß das Volk seine Eigenart und Einheit einbüße. Im Westen kenne man nur die Not der *Juden* („zarath ha'jehudim"), vor der man im Judenstaat Rettung suche; im Osten sei man sich aber der Not des *Judentums* („zarath ha'jahaduth") bewußt, deren Behebung den Wiederaufbau des geistig-kulturellen Zentrums in Palästina, und sei es nur auf der Basis eines kleinen Volksteiles, voraussetze. „Kurz, die Chowewe-Zion wünschen nicht minder als der Zionismus (der politische) den Judenstaat herbei und auch sie glauben an die Möglichkeit seiner künftigen Begründung; während aber der Zionismus in ihm ein Wundermittel gegen die Armut und die Gewähr für ein sicheres Leben sowie für eine ehrenvolle Stellung unter den Nationen zu finden hofft, suchen die Chowewe-Zion in ihm nur eine gesicherte Heimstätte für das Judentum und ein kulturelles Band für die Einigung des Volkes. Der Zionismus beginnt daher sein Werk mit politischer Agitation, die Chibbath-Zion-Bewegung mit nationaler Kultur".

Dies war der Geist, in dem Achad Haam in der von ihm herausgegebenen Monatsschrift „Ha'Schiloach" (Berlin-Odessa, 1896—1903) zu allen Beschlüssen des Zionisten-Kongresses sowie zu den vom Wie-

ner Aktionskomitee unternommenen Schritten Stellung nahm. Als Herzl seinen Staatsroman „Altneuland" veröffentlichte, führte Achad Haam in dem schon erwähnten kritischen Artikel den Nachweis, daß das von dem Zionistenführer entworfene Idealbild des Judenstaates nichts Jüdisches an sich habe. Die Besprechung mit ihrer feinen Ironie traf ins Schwarze: Herzl fühlte sich verletzt, und sein Freund Nordau beeilte sich, dem verwegenen Kritiker den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Das hohe Ansehen, das der „Achadhaamismus" unter den Zionisten in Rußland genoß, konnte aber hierdurch nicht erschüttert werden. Auf der im August 1902 in Minsk abgehaltenen Konferenz der Zionisten Rußlands errang Achad Haam mit seinem Referat über die auf den zionistischen Weltkongressen so heftig umstrittene „Kulturfrage" einen nachhaltigen Erfolg. Um die bestehenden Gegensätze zum Ausgleich zu bringen, schlug der Referent vor, eine allgemein jüdische Kulturorganisation zu schaffen, die mit der zionistischen Parteiorganisation in enger Fühlung stehen und die „Konzentration unserer geistigen Diaspora" zum Ziele haben sollte, die Sammlung jener in fremden Literaturen verzettelten schöpferischen Kräfte, deren Zersplitterung zum Erlahmen des nationalen Schaffens geführt habe. Die nationale Erziehung in der Schule und vermittels der Literatur müsse, meinte Achad Haam, sowohl in der Diaspora als auch in Palästina die Hauptsorge bilden. „Die Gründung einer Hochschule für Wissenschaft und Kunst in Palästina, einer Akademie für Sprache und Literatur — sagte er wörtlich — sind Werke, die uns unserem Ziele näher bringen als hundert Bauernkolonien, denn die Kolonien sind nur Steine für den Bau der Zukunft, während ein wissenschaftliche Kräfte und schöpferische Talente vereinigendes Zentrum schon heute imstande ist, dem Geiste des ganzen Volkes neue Impulse zu geben und seinen nationalen Gütern wahres Leben einzuhauchen". Auch in der weiteren Entwicklung seines Planes wich Achad Haam von seiner monistischen und zentralistischen Grundauffassung nicht ab: gleichwie Palästina ihm als das einzige wahrhaft nationale Zentrum galt, war ihm das Hebräische die einzige nationale Sprache, weshalb er die jüdische Literatur in fremden Sprachen, ja selbst in der Umgangssprache der großen Masse des Volkes, nicht als organischen Bestandteil der nationalen Literatur anerkennen wollte. Der übertriebene Rigorismus Achad Haams stand freilich in einem unverkennbaren Mißverhältnis zu der gesamten geistesgeschichtlichen Entwick-

lung des Judentums, dessen ureigenste Schöpfungen uns in den verschiedensten sprachlichen Formen überliefert sind, wie dies durch die griechisch geschriebenen Apokryphen nicht minder bekräftigt wird als durch den aramäisch abgefaßten Talmud oder die arabischen Werke der jüdischen Philosophen des Mittelalters, von der neuzeitlichen „Wissenschaft des Judentums" ganz zu schweigen.

In der Zeit des an die Epoche eines Sabbatai Zewi gemahnenden messianischen Rausches war die warnende Stimme des nüchternen Denkers, der gleich einem Sasportas oder Emden unermüdlich gegen die Utopisten kämpfte, die das Volk an ihre Phantasien glauben machten und es so dem Schrecken eines jähen Erwachens aussetzten, von nicht hoch genug zu veranschlagender Bedeutung. Am heilsamsten war der Einfluß Achad Haams in Rußland, wo die unter den Verfolgungen und der Entrechtung stöhnenden Juden für politische Wunschträume besonders empfänglich waren. Er war es, der sie darüber aufklärte, daß die nationale Wiedergeburt nicht durch eine große Willensanstrengung von heute auf morgen herbeigeführt werden könne, daß sie vielmehr als ein langwieriger Prozeß aufzufassen sei, in dem die zentripetalen Kräfte erst nach und nach das Übergewicht über die zentrifugalen gewinnen würden. Seine Lehren führten zur Vertiefung des nationalen Selbstbewußtseins, das der politische Zionismus durch den Pomp der Kongresse und durch seine diplomatischen Kombinationen eher getrübt als geklärt hatte. Indessen hatte Achad Haam dieses Bewußtsein nur nach einer einzigen Richtung hin vertieft, ohne den Versuch zu machen, ihm jene weltumspannende Weite zu geben, die für die nationale Evolution des Judentums von der Geschichte selbst vorausbestimmt ist.

§ 37. Der Autonomismus als Schlüssel zum Diasporaproblem. Das Prinzip der nationalen Minderheiten

Nicht anders als der politische ging auch der geistige Zionismus von dem Prinzip der „Verneinung des Galuth", d. h. von der Überzeugung aus, daß die Judenheit im „Galuth", in der Diaspora, sich als einheitliche Nation nicht zu entwickeln vermöge, weshalb es nottue, das Zentrum der Weltjudenheit aus der Diaspora nach Palästina zu verlegen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Richtungen bestand lediglich darin, daß dem politischen Zionismus alle Juden,

die nicht nach dem „Judenstaat" ziehen würden, zur Entnationalisierung verdammt zu sein schienen, wohingegen der geistige Zionismus den nationalen Fortbestand der Diasporajudenheit von der Einwirkung jener Elite abhängig machte, der er die Aufgabe zuwies, in Palästina ein Zentrum wahrhaft nationaler Kultur, einen Quell geistiger Nahrung für das gesamte zerstreute Volk zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber auch noch eine dritte Doktrin, die das nationale Zentrum *innerhalb* der Diaspora erhalten wissen wollte und diese, soweit sie an dem für das innere Leben des zerstreuten Volkes Jahrhunderte hindurch maßgebenden Prinzip des *Autonomismus* festhalten würde, für durchaus lebensfähig erklärte. In den Jahren 1897—1902, der Blütezeit des politischen Zionismus, fand die neue Lehre in Rußland und Österreich zunächst als Theorie Verbreitung, um sodann auch zum programmatischen Ausgangspunkt oder zu einem organischen Bestandteil des Programms jüdisch-nationaler Parteien in den beiden Hauptzentren der Diaspora zu werden[1]).

Im Gegensatz zum Zionismus, der sich vornehmlich auf die Erfahrungen des XIX. Jahrhunderts, der in die Reaktion und den Antisemitismus ausmündenden Epoche der Emanzipation und Assimilation stützte, gründete sich die Theorie des Autonomismus oder des „geistigen Nationalismus" auf Lehren, die sich aus dem Gesamtverlauf der jüdischen Geschichte ergeben. Der Autonomismus ging nämlich von der so häufig übersehenen Tatsache aus, daß die Diaspora auf einen Werdegang zurückblickt, dessen Anfänge dem Zusammenbruch des alten judäischen Staates weit vorausgehen, woraus der Schluß gezogen werden kann, daß sie ein nicht wegzudenkender Faktor der gesamten jüdischen Geschichte ist. Sowohl die morgenländische Diaspora des Altertums als auch die europäische Diaspora der späteren Zeit, so betonte ferner der Autonomismus, wiesen stets festgefügte nationale Zentren auf, von denen die bedeutendsten die geistige Hegemonie innehatten, die sich auf viele kleinere Zentren erstreckte. Wenn nun das jüdische Volk, von einigen wenigen völlig losgetrennten und

[1]) Das System des Autonomismus wurde in Rußland von dem Verfasser dieser „Geschichte" in einer Reihe von Abhandlungen unter der Gesamtüberschrift „Briefe über das alte und neue Judentum" entwickelt, die in den Jahren 1897 bis 1902 von der Zeitschrift „Woss'chod" veröffentlicht wurden und 1907 in Petersburg als erweiterte Sonderausgabe in Buchform erschienen. Eine deutsche Ausgabe der „Briefe" ist in Vorbereitung. Über die in der gleichen Linie liegende Wirksamkeit Nathan Birnbaums in Österreich s. weiter unten im Text.

verdorrten Zweigen abgesehen, in allen seinen gesunden Teilen seine nationale Eigenart zu erhalten vermocht hat, so geht dies darauf zurück, daß es zu allen Zeiten am Prinzip der inneren Autonomie, an der Gemeindeselbstverwaltung sowie an der Unabhängigkeit seiner kulturellen und sonstigen öffentlichen Institutionen festgehalten hat. Im Hinblick darauf, daß das jüdische Leben viele Jahrhunderte hindurch im Zeichen der Religion stand und daß den Mittelpunkt des autonomen Ghettos die Synagoge bildete, glaubten indessen die Ideologen der neuzeitlichen Assimilation, die Judenheit als eine sich auf verschiedene Nationen verteilende Religionsgemeinschaft charakterisieren zu können. Diese grundfalsche Auffassung eben bewog das Pariser Synhedrion im Jahre 1807 zu verkünden, daß „das Judentum heutzutage keine Nation mehr darstellt", eine Behauptung, die zum Dogma des XIX. Jahrhunderts ward. Die jüdische nationale Bewegung in ihrer jüngsten Phase beweist jedoch, daß die Judenheit, wiewohl auf viele Staaten verteilt, eine in sich gefestigte Nation bildet, und daß die Religion nur eine ihrer Lebensäußerungen ist. Die jüdische Nationalidee in ihrer vom Autonomismus zeitgemäß säkularisierten Form gipfelt mithin in der Erkenntnis, daß alle Bruchteile des politisch zerstückelten Volkes Glieder einer einzigen, durch kulturgeschichtliche Bande zusammengehaltenen Nation sind, die in allen Nationalitätenstaaten gleich den übrigen nationalen Minderheiten ihre *nationalen Rechte*: den Anspruch auf die Autonomie von Gemeinde, Schule und Sprache geltend machen kann und soll. Dieses Programm hatte sowohl die Länder im Auge, in denen die bürgerliche Emanzipation bereits erreicht war, als auch die jüdischen Zentren Osteuropas, die so vor die Aufgabe gestellt wurden, gleichzeitig die bürgerlichen und nationalen Rechte zu erkämpfen. Als auf ein weiteres Mittel zur Linderung der Judennot in Osteuropa wies das autonomistische Programm auf eine für die jüdische Geschichte von jeher bezeichnende Erscheinung hin: auf die Verlegung der nationalen Zentren in Länder mit günstigeren Lebensbedingungen. Hatte doch gerade in den letzten Jahrzehnten die Auswanderung aus Rußland zur Bildung des großen jüdischen Zentrums in Nordamerika und des neuen kleinen Zentrums in Palästina geführt. Angesichts der mit dem palästinensischen Zentrum verbundenen Hoffnungen auf eine kulturelle Renaissance bedurfte es jedoch des ausdrücklichen Hinweises darauf, daß die unerläßliche Voraussetzung hierfür die Or-

ganisation der Diaspora gemäß den Prinzipien der Kulturautonomie sei. Dadurch, daß der Zionismus in die Grenzen seiner realisierbaren Möglichkeiten verwiesen und in das nationale Programm als ein Punkt neben anderen eingegliedert wurde, sollte klargemacht werden, daß es nicht angehe, das Los des überallhin zerstreuten Volkes von dem Erfolg oder Mißerfolg abhängig zu machen, den die Ansiedlung eines Teiles dieses Volkes in seiner alten geschichtlichen Heimat haben würde.

Vollends erwiesen schien dem Autonomismus die Lebenskraft der Diaspora durch die Tatsache ihrer nationalen Wiederbelebung nach jener gefährlichen Krise des XIX. Jahrhunderts, deren Kennzeichen das Zurückweichen der antiquierten Thesis der Ghetto-Absonderung vor der Antithesis der Assimilation war. Das Jahrhundert der Verneinung ging ja unter den unverkennbaren Anzeichen der Bildung einer neuen Synthesis zu Ende, die die Verbindung des Prinzips der Humanität mit dem der Nationalität, des Staatsbürgerrechts mit der Autonomie ankündigte. Als eine für die Juden günstige Zeiterscheinung wurde insbesondere das alle kleinen Nationen beseelende Streben nach Selbstbestimmung gewertet. Es war überaus bedeutsam, daß in Staaten mit bunt gemischter Bevölkerung, wie Österreich-Ungarn und Rußland, die nationalen Minderheiten, auch wenn sie nicht in einzelnen Provinzen konzentriert, sondern über das ganze Staatsgebiet verstreut waren, mit allem Nachdruck die innere Autonomie forderten. Die von den Völkern zu Beginn des XX. Jahrhunderts erstrebte Deklaration der nationalen Rechte sollte gleichsam ein Gegenstück zu der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte bilden, die die große französische Revolution dem Einzelindividuum gebracht hatte. Das Endziel aller dahingehenden Bestrebungen war die Umgestaltung des Nationalstaates, für den die Unterdrückung der nationalen Minderheiten durch die herrschende Nation bezeichnend war, in einen „Nationalitätenstaat", in einen politischen Verband gleichberechtigter Völker. So lag der Schluß nahe: nachdem das Prinzip der nationalkulturellen Autonomie ebenso wie das der bürgerlichen Gleichheit zu einem Bestandteil der Verfassung aller Rechtsstaaten werden wird, wird auch das jüdische Volk vor der Entnationalisierung nicht weniger gesichert sein als ehedem durch die seine Eigenart schützenden Ghettomauern. Die Entscheidung über die Einzelheiten der künftigen jüdischen Autonomie wollte der Autonomismus dem Leben selbst

überlassen, doch nahm er als Grundlage der auszubauenden Selbstverwaltung nicht die „Kultusgemeinde" nach westeuropäischer Art, sondern die weltliche *Volksgemeinde* in Aussicht. Die Volksgemeinden sollten sich, dem autonomistischen Programm zufolge, in jedem Staat zu einem die Zentralorgane der Selbstverwaltung einsetzenden Verband zusammenschließen, und diese Verbände sollten ihrerseits einen Weltverband bilden, der allgemein nationale Kongresse abzuhalten und die gesamte Judenheit zu repräsentieren hätte. In der Sprachenfrage vertrat der Autonomismus den Standpunkt, daß der öffentlich-rechtliche Schutz sowohl für die alte Nationalsprache als auch für die Umgangssprachen oder „Jargons" der verschiedenen Diasporagruppen, insbesondere für das „Jiddisch", die Muttersprache der Mehrheit der Juden Europas und Amerikas, zu beanspruchen sei, während er im öffentlichen Erziehungswesen die nationale Schule der staatlichen nebengeordnet wissen wollte. Mit der Erfüllung all dieser Bedingungen — so lautete die Prognose des Autonomismus — wird das neue Judentum ebenso widerstandsfähig sein wie es das alte gewesen ist.

Das Verhältnis des Autonomismus zu den anderen Ideenströmungen im Judentum stellte sich wie folgt dar. Die Assimilation lehnte er als den Grundirrtum des XIX. Jahrhunderts, als einen schmählichen Verzicht auf die eigene nationale Individualität zugunsten derjenigen der „Wirtsvölker" rundweg ab. Vom Zionismus wiederum trennte die Autonomisten vor allem das von jenem verkündete Prinzip der „Verneinung des Galuth", das die Annahme in sich schloß, der größte Teil des jüdischen Volkes müsse unweigerlich der nationalen Entartung verfallen. Bezüglich des positiven Programms des Zionismus forderten die Autonomisten strenge Unterscheidung zwischen Utopie und Realität, wobei sie bei aller Sympathie für den Wiederaufbau Palästinas nicht umhin konnten, vor der Ablenkung aller Kräfte nach dieser einen Richtung zu warnen, da hierdurch die Organisierung der Diaspora in Frage gestellt werden müsse. Am nächsten stand dem Autonomismus der geistige Zionismus, insofern der letztere sich zum Ziele gesetzt hatte, in Palästina auf der Grundlage normalen Wirtschaftslebens einen Quell unverfälschter jüdischer Kultur hervorsprudeln zu lassen, der vor allem der Diaspora zugute kommen sollte.

Das Leben selbst sollte bald den Beweis erbringen, daß die Autonomisten den richtigen Weg eingeschlagen hatten. Als sich in Ruß-

land im Revolutionsjahr 1905 der zwischenparteiliche „Verband zur Erlangung der Vollberechtigung des jüdischen Volkes" gebildet hatte, nahm er in sein Programm einen die nationalen Rechte ausdrücklich fordernden Punkt auf (unten, § 42). Daraufhin beschlossen auch die russischen Zionisten auf ihrem im Jahre 1906 in Helsingfors abgehaltenen Parteitag, die Forderung der national-kulturellen Rechte der Diaspora zu einem Programmpunkt des von ihnen befürworteten „synthetischen Zionismus" zu machen (unten, § 47). Um die gleiche Zeit entschieden sich überdies die jüdischen sozialdemokratischen Gruppen für das Prinzip der Kulturautonomie, zum Teil allerdings nicht ohne Vorbehalt (unten, § 38).

Denselben Verlauf wie in Rußland nahmen die Dinge auch in Österreich, dem klassischen Nationalitätenstaate, in dem die Juden bekanntlich vor allem darunter zu leiden hatten, daß jede der sich befehdenden Territorialnationen: Deutsche, Tschechen, Polen und Ungarn, die jüdischen Bewohner des entsprechenden Territoriums für ihr eigenes Volkstum in Anspruch nahm. Mehr als anderswo mußte sich hier als die einzig mögliche Lösung der jüdischen Frage die vom Autonomismus begründete Erkenntnis aufdrängen, daß die Juden nicht Bestandteile anderer Völker, sondern ein Volk für sich seien. Als Verfechter der autonomistischen Lehren tat sich in Österreich namentlich der schon erwähnte Publizist Nathan Birnbaum hervor, der bis dahin zu den führenden Vertretern des Zionismus gehört hatte. Der von ihm auf dem ersten Baseler Kongreß gehaltene Vortrag über „Zionismus als Kulturbewegung" bewegte sich noch ganz in den von der Partei gewiesenen Bahnen, doch veranlaßten ihn die Erfahrungen, die er während seiner zweijährigen Tätigkeit als Mitarbeiter Herzls gemacht hatte, dem Ideal des politischen Zionismus die Treue aufzusagen. Nach dem zweiten Kongreß trat er aus der zionistischen Organisation aus und wandte sich mit einer Reihe von Artikeln an die jüdische Öffentlichkeit (publiziert seit 1902 unter dem Pseudonym *Mathias Acher*), in denen er zu beweisen suchte, daß das Volk durch diplomatische Verhandlungen nicht erlöst werden könne und daß durch die „Verneinung des Galuth", die mit der Verneinung jeder Möglichkeit eines nationalen Lebens der Juden außerhalb Palästinas gleichbedeutend sei, nur der Assimilation Vorschub geleistet werde. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz betonte er, daß die Diaspora, insbesondere ihr Kern, die kompakte

Masse der Ostjuden, noch kräftig genug sei, um sich im Kampfe um das nationale Dasein voll behaupten zu können. Besäßen doch die russischen, polnischen und rumänischen Juden mitsamt ihren in Amerika und anderen Weltteilen verstreuten Kolonien das hervorstechendste Merkmal der Nationalität: eine eigene Muttersprache — das „Jiddisch"; diese Sprache müsse nun als mächtiger Faktor der Volkseinheit neben der alten Nationalsprache, deren Geltungsbereich sich auf die Literatur und Schule beschränke, liebevoll gepflegt werden. So predigte denn Birnbaum in diesen Jahren unablässig, daß es ein Gebot der Zeit sei, eine alljüdische Organisation für die Vertiefung der von den Zionisten verschmähten Arbeit im Galuth ins Leben zu rufen. „Israel geht vor Zion" — so lautete die 1905 von ihm geprägte Formel. Bald fand er einen Weg, auf dem ihm auch die praktische Verwirklichung seines Programms winkte: es war dies der Kampf um die Gleichberechtigung der jüdischen Nation in der Mitte der übrigen Nationen Österreichs, denen das Wahlgesetz des Jahres 1907 weitestgehende Möglichkeiten zur parlamentarischen Verfechtung ihrer Ansprüche auf Kulturautonomie eröffnet hatte (unten, §§ 46 und 48).

§ 38. Die sozialistischen Parteien

Gleichzeitig mit der nationalen Ideologie entfaltete sich der jüdische Sozialismus, der das Prinzip des Klassenkampfes bald im Gegensatz zum nationalen Prinzip, bald in Verbindung mit diesem betonte. Wie wohl allen Bewegungen dieser Epoche: dem Zionismus und Autonomismus nicht weniger als dem Sozialismus, Befreiungstendenzen innewohnten, machte dieser den übrigen Parteien die Befreiungsmission auf das entschiedenste streitig. Die Heimat des *jüdischen* Sozialismus war Osteuropa, in erster Linie Rußland. In Westeuropa gingen bekanntlich die Sozialisten jüdischer Abkunft in den verschiedenen Landesparteien völlig auf und lehnten es sogar ab, die Judenfrage auf die Tagesordnung der internationalen Kongresse zu setzen (oben, §§ 4 und 8). Dieselbe Haltung nahmen zunächst auch die jüdischen Sozialisten in Rußland ein, jedoch nur solange es dort keine organisierte jüdische Arbeiterbewegung gab, und der Sozialismus lediglich einen Programmpunkt der revolutionär gesinnten Intellektuellen bildete. Der assimilierten, aus der russischen Schule hervor-

gegangenen jüdischen Jugend, soweit sie sich in den Dienst der Umsturzbewegung stellte, galt nämlich damals der Kosmopolitismus als unantastbares Dogma, die nationale Bewegung aber, mochte sie das Freiheitsideal noch so hoch halten, als Ausfluß „bürgerlicher Reaktion" (oben, § 22). Ein Umschwung trat in dieser Gesinnung erst in den neunziger Jahren des XIX. Jahrhunderts ein, als sich unter den kompakten jüdischen Massen des Ansiedlungsrayons eine urwüchsige Arbeiterbewegung auszubreiten begann, zu deren Führern nun die sozialistisch gesinnten Intellektuellen wurden.

Die jüdische Arbeiterbewegung, deren Anfänge auf das Ende der achtziger Jahre zurückgehen, trat zuerst in Litauen und Weißrußland (Wilna, Minsk) vornehmlich unter den im Handwerk und der Hausindustrie beschäftigten Lohnarbeitern in Erscheinung. Von dort aus griff sie bald auf die im Aufstieg begriffenen litauischen und polnischen Industriezentren Bialystok, Smorgon, Warschau, Lodz u. a. über. Die damals des Koalitionsrechts noch entbehrenden Arbeiter schlossen sich zu illegalen Vereinen zusammen, die in der ersten Zeit lediglich wirtschaftliche Ziele verfolgten: sie organisierten „Streik-Kassen" und suchten durch Arbeitsniederlegung Lohnerhöhung und Kürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Indessen waren die Ergebnisse dieses Wirtschaftskampfes recht geringfügig, da im Handel und Gewerbe des Ansiedlungsrayons Zwergbetriebe vorherrschten, deren Besitzer ihrer sozialen Lage nach kaum besser gestellt waren als die von ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer litten in gleicher Weise unter dem Drucke des herrschenden politischen Regimes: unter bürgerlicher Entrechtung, unter den Beschränkungen der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit. Bald wurde es klar, daß der Wirtschaftskampf von dem politischen Kampf, der gegen den russischen Absolutismus gerichtet war, nicht getrennt werden könne, und so gerieten die jüdischen Arbeitervereine seit der Mitte der neunziger Jahre immer mehr ins revolutionäre Fahrwasser. Die die soziale Befreiung anstrebende Bewegung hätte die nationale Freiheitsbewegung aufs glücklichste ergänzen können, hätte dem nicht engherziger Parteigeist im Wege gestanden. Hielten doch die jüdischen Marxisten starr an dem Dogma fest, daß das Klassenprinzip dem nationalen polar entgegengesetzt sei. Die der Gebildetenschicht angehörenden Führer der jüdischen Arbeitermassen suchten diese für den revolutionären Sozialismus in seiner kosmopolitischen Abwand-

lung zu gewinnen. Die national gesinnte „Intelligenz" wurde bei den Arbeitern als „bürgerlich" verschrien. Es wurde ihnen eingehämmert, daß „die Intelligenz als solche einen Klassencharakter" habe, und daß „jede die eine oder andere Gruppe der Intelligenz jeweils beherrschende Idee auf dem Boden materieller Klasseninteressen erwachsen" sei. Den Angehörigen eines auf eine dreitausendjährige Ideengeschichte zurückblickenden Volkes, das zu seinen heiligsten Gütern unter anderen den ethischen Sozialismus der Propheten zählte, impfte man die Überzeugung ein, daß „der einzige Motor der Geschichte der Klassenkampf" sei, und daß „Hand in Hand mit der Zerstörung des Aristokratismus die Zerstörung des Idealismus" gehen müsse[1]). Obzwar nun diese Prediger des Marxismus das nationale Prinzip grundsätzlich verwarfen, gelangten sie zu der Einsicht, daß es unumgänglich sei, eine Sonderorganisation der jüdischen Arbeiter zu schaffen, weil ja die Propaganda unter den jüdischen Proletariermassen nur in deren Umgangssprache, dem „Jiddisch", mit Erfolg betrieben werden konnte, wozu sich noch ein politisches Motiv gesellte: die Notwendigkeit, mit besonderem Nachdruck die Aufhebung der antijüdischen Ausnahmegesetze zu fordern, die die werktätigen Juden selbst in der Mitte ihrer christlichen Klassengenossen als elende Parias erscheinen ließen. So wurden denn alle Vereine der jüdischen Arbeiter zu einem „Allgemeinen Jüdischen Arbeiter-Bund in Rußland und Polen" zusammengeschlossen, der in der Folge kurzweg „Bund" genannt zu werden pflegte.

Die erste nach Wilna einberufene Konferenz des „Bundes" fand im September 1897, einen Monat nach dem ersten Baseler Zionistenkongreß, statt. Die Sitzungen des Häufleins der Delegierten mußten im Geheimen abgehalten werden, da die jüdischen Sozialisten nach ihrem Beschluß, zu revolutionären Kampfmethoden überzugehen, von der Polizei aufs schärfste verfolgt wurden. Nachdem sich der „Bund" als Partei konstituiert hatte, traten seine Organe unverzüglich in Funktion: neben dem in Rußland tätigen Zentralkomitee wurde ein Propagandazentrum im Auslande, in Genf, geschaffen, das die

[1]) Diese Sätze sind einer Rede entnommen, die der später zum Führer der russischen sozialdemokratischen Partei gewordene Enkel des Herausgebers des „Ha'Meliz" *Martow-Zederbaum* (gest. 1923) im Mai 1895 in Wilna auf einer Versammlung jüdischer Parteifunktionäre gehalten hat, und deren wörtliche Wiedergabe in der Broschüre „Der Wendepunkt in der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung" zu finden ist.

in der Volkssprache erscheinende Zeitschrift „Jüdischer Arbeiter" herausgab, während in Rußland in Geheimdruckereien die „Arbeiterstimme" gedruckt wurde. Im Jahre 1898 trat der „Bund" der neugegründeten „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" als Sondersektion bei, wobei er sich das Recht vorbehielt, in speziell das jüdische Proletariat angehenden Fragen selbständig vorzugehen. Im Vergleich zu den an der Führung der russischen Parteien mitbeteiligten Juden, die allesamt ausgesprochene Internationalisten und Assimilationsfreunde waren, erschienen die Vertreter des „Bundes" als „Nationalisten", während es der von ihnen repräsentierten Richtung in Wirklichkeit in der ersten Zeit an einem bestimmten nationalen Programm überhaupt fehlte. Zwar versuchte der „Bund" auf seinen der ersten Konferenz folgenden Parteitagen ein solches Programm zu formulieren, doch war er infolge seiner marxistischen Rechtgläubigkeit dazu verurteilt, sich hierbei in immer schwerere Widersprüche zu verwickeln. Die ursprüngliche Tendenz ging dahin, das nationale Element im Programm auf die Anerkennung der jüdischen Volkssprache als eines unentbehrlichen Werkzeugs der Propaganda zu beschränken. Als auf dem dritten Parteitag des Bundes, der 1899 in Kowno stattfand, beantragt wurde, für die Juden nicht nur die bürgerliche Gleichberechtigung, sondern auch nationale Rechte zu fordern, wurde dieser Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß die Verteidigung gesamtnationaler Interessen das Proletariat in seinem Klassenbewußtsein irremachen würde. Am heftigsten wurde die nationale Frage auf der vierten Konferenz des Bundes umstritten, die im April 1901 in Bialystok tagte. Einer der angesehensten Parteiführer, M. Liber-Goldmann, verlangte nämlich, daß sich der „Bund" für die Gleichberechtigung und Autonomie der jüdischen Nationalität einsetzen solle; die Mehrheit der Konferenzteilnehmer zeigte indessen für ein solches „Maximum-Programm" kein Verständnis und stimmte für die folgende Resolution: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Begriff ‚Nationalität' auch auf das jüdische Volk anwendbar sei. Da jedoch die Konferenz die Anmeldung des Anspruchs auf die jüdische nationale Autonomie unter den gegenwärtigen Verhältnissen als vorzeitig betrachtet, beschließt sie, daß man zwar für die Abschaffung aller antijüdischen Ausnahmegesetze kämpfen und gegen jeden Anschlag auf die jüdische Nationalität protestieren, es zugleich aber vermeiden müsse, durch die Entfachung des Nationalgefühls

dieses in einen das proletarische Klassenbewußtsein trübenden Chauvinismus ausarten zu lassen".

Die vom „Bund" auf derselben Konferenz genehmigte Resolution über sein Verhältnis zur russischen Sozialdemokratie lautete wie folgt: „Indem sich die Konferenz die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei als eine föderative Vereinigung sämtlicher sozialdemokratischer Parteien der das Russische Reich bewohnenden Nationen denkt, beschließt sie, daß auch der das jüdische Proletariat repräsentierende Bund einen föderativen Bestandteil der Gesamtpartei bilden soll". Im Zusammenhang mit der Betonung des nationalen Charakters des Judentums rief dieser Beschluß unter den Führern der russischen Partei, die von ihren jüdischen Genossen in dem Glauben gelassen worden waren, daß es eine „jüdische Nation" überhaupt nicht gebe, stärksten Unwillen hervor und veranlaßte sie, gegen den „Bund" den Vorwurf des „Separatismus" zu erheben. Im Verlaufe der hierüber im Zentralorgan der Partei „Iskra" („Der Funke") entbrannten Polemik trat der Führer des linken Parteiflügels, der nachmalige Diktator Rußlands *Lenin*, dem Föderalismus der jüdischen Sozialisten mit einem scharfen Artikel entgegen, in dem er sich folgendermaßen vernehmen ließ: „Der völlig unhaltbare Gedanke einer jüdischen Sondernation ist seiner politischen Bedeutung nach reaktionär. Überall in Europa ging die Liquidation des Mittelalters und die Entfaltung der politischen Freiheit Hand in Hand mit der politischen Emanzipation der Juden, mit deren Verzicht auf den Jargon zugunsten der Sprachen der sie umgebenden Völker und überhaupt mit einer unverkennbar fortschreitenden Assimilierung der jüdischen Bevölkerung durch deren Umwelt . . . Die Judenfrage spitzt sich eben zu der Alternative zu: entweder Assimilation oder Absonderung. Die Idee einer jüdischen Nationalität steht somit in Widerspruch zu den Interessen des jüdischen Proletariats". Mit noch größerem Nachdruck polemisierte um der Idee der proletarischen Assimilation willen das jüdische Mitglied des Zentralkomitees der russischen Partei, der schon erwähnte Martow-Zederbaum, gegen den „Bund". Diese Polemik hatte sich kurz vor jener denkwürdigen Londoner Konferenz der russischen Sozialdemokratie entsponnen, auf der es zur Spaltung der Partei in Bolschewisten und Menschewisten kam (im Sommer 1903). Bezeichnend ist, daß sich die führenden jüdischen Sozialdemokraten ausnahmslos auf die Seite der Menschewisten schlugen, an deren Spitze neben Martow *Dan-*

Gurwitsch und *Trotzky-Bronstein* standen, während die zu Lenin haltende Bolschewisten-Fraktion nur sehr wenige jüdische Mitglieder aufzuweisen hatte und unter diesen keinen einzigen Schriftsteller oder Agitator von Ruf.

Ein weiteres Ergebnis der Londoner Konferenz war die Loslösung des „Bundes" von der russischen Gesamtpartei. Nachdem die Konferenz den Plan einer Umgestaltung der Partei auf national-föderativer Grundlage und die beantragte Erweiterung der Autonomie des „Bundes" mit erdrückender Mehrheit abgelehnt hatte, erklärten die Vertreter des letzteren den Austritt der von ihnen repräsentierten Organisation aus der russischen sozialdemokratischen Partei und verließen den Sitzungssaal. Während nun die assimilierten jüdischen Intellektuellen ganz in der russischen Sozialdemokratie aufgingen, beschlossen die mit den jüdischen Arbeitermassen des Ansiedlungsrayons verwachsenen Wortführer des „Bundes", diesen als Sonderorganisation fortbestehen zu lassen. Die Ereignisse der folgenden Jahre, die „politischen" Pogrome auf der einen und die Revolution von 1905 auf der anderen Seite, veranlaßten zwar den „Bund", sich erneut der russischen Sozialdemokratie anzuschließen (1906), zugleich war er aber auch genötigt, seinem nationalen Programm festere Umrisse zu geben: als nämlich alle jüdischen Parteien in dem stürmischen Revolutionsjahr mit dem Anspruch auf nationale Rechte der Juden hervortraten, machte sich auch der „Bund" die Forderung der „nationalkulturellen" Autonomie zu eigen, worunter er allerdings lediglich die Anerkennung der Rechte der jüdischen Volkssprache im öffentlichen Leben, insbesondere im Schulwesen, verstand.

Die Tatsache, daß die jüdischen Marxisten bei all ihrer dogmatischen Befangenheit ein immer steigendes Verständnis für die Erfordernisse des nationalen Lebens zeigten, hing nicht zuletzt mit den neuen Strömungen innerhalb des westeuropäischen Sozialismus zusammen. Von dem Wunsch geleitet, das Knäuel der Nationalitätenfrage im mosaikartig bunten Habsburgerreiche zu entwirren, erklärte nämlich der 1899 in Brünn abgehaltene Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, daß die Autonomie-Bestrebungen der auf die verschiedenen Mehrheitsnationen verteilten nationalen Minoritäten durchaus berechtigt seien. Um die gleiche Zeit entwickelte der deutsch-österreichische Sozialist Karl Renner (Pseudonym: Springer) für die

nicht auf einem national einheitlichen Territorium siedelnden Völkerschaften das Prinzip der „Personalautonomie", die letzten Endes auf eine Art von Gemeindeselbstverwaltung hinauslief, wie sie in der jüdischen Diaspora von jeher bestanden hatte. Das sich allgemein geltend machende Bestreben, das Ideal des Sozialismus mit den nationalen Freiheitsidealen zu einer Einheit zu verbinden, fand nun in der jüdischen Öffentlichkeit, sowohl bei den Zionisten als auch bei den Autonomisten, lebhaften Widerhall. In den Jahren 1901—1905 wurde diese gleichzeitig von verschiedenen Seiten angestrebte Ideenverbindung zum Ausgangspunkt dreier gesonderter Strömungen, die nach und nach die Form mehr oder weniger selbständiger Organisationen annahmen. Es waren dies: 1. die „Poale-Zion" („Die Arbeiter Zions"), die von einem idealen Ausgleich zwischen Nationalismus und Sozialismus in dem freien Palästina der Zukunft träumten und die Kulturarbeit im „Galuth" lediglich als ein Mittel zur Erreichung des ihnen vorschwebenden höchsten Zieles betrachteten (ihr konsequentester Theoretiker war der jung verstorbene *Ber Borochow* aus Jekaterinoslaw); 2. die „Zionisten-Sozialisten", deren Theorie in ihrer ursprünglichen, radikalen, von *Nachman Syrkin* und *Jakob Lestschinski* vertretenen Fassung besagte, daß den jüdischen werktätigen Massen in der Diaspora die Möglichkeit genommen sei, sich zu „proletarisieren" (d. h. in erwünschtem Maße in der Fabrikindustrie unterzukommen) und somit auch einen dem Marxismus entsprechenden Klassenkampf zu führen, weshalb es dringend geboten sei, für das jüdische Volk ein autonomes Landgebiet zu erkämpfen, mit dem Ziele, dort dem wahren Sozialismus zum Siege zu verhelfen; 3. die gleichfalls territorialistische Gruppe der „Wiedergeburt", die jedoch als ihre Hauptaufgabe nicht die Errichtung einer neuen Heimstätte für das jüdische Volk, sondern den Kampf um eine möglichst weitgehende Autonomie in der Diaspora betrachtete. Nach der Revolution von 1905 konstituierte sich diese Gruppe zur „Jüdischen Sozialistischen Partei", deren Mitglieder sich auch „Sejmisten" nannten, da ihr Parteiprogramm als höchstes Organ der jüdischen Selbstverwaltung einen „Sejm", d. h. Landtag vorsah. Der bedeutendste Theoretiker der „Sejmisten" war der hochbegabte Publizist *Chaim Shitlowsky*, der vornehmlich in der jiddischen Volkssprache schrieb und sich wie wenig andere um die Propaganda des jüdischen nationalen Gedankens in den sozialistischen Kreisen ver-

dient gemacht hat[1]). — All diese Gruppen und Ideenströmungen sollten unter der Einwirkung der sich im ersten Viertel des XX. Jahrhunderts vollziehenden Umwälzungen tiefgreifende Wandlungen durchmachen, worüber des näheren in den folgenden Kapiteln berichtet wird.

§ 39. Die literarische Renaissance

Mit der national-politischen Bewegung war eine literarische Renaissance verbunden, die besonders in Rußland reiche Früchte tragen sollte. War der Aufschwung des literarischen Schaffens um die Mitte des XIX. Jahrhunderts eine Folge der Aufklärungs-, der „Haskala"-Bewegung gewesen, so stellte um die Jahrhundertwende die Idee der nationalen Wiedergeburt das belebende Prinzip in der Literatur dar. Der Weg führte nunmehr vom Humanitätsprinzip zum Nationalitätsprinzip, genauer, zu einer Synthese der beiden Prinzipien. Dieser Prozeß, dessen Anfänge in die achtziger Jahre zurückreichen (oben, § 22), gelangte bereits gegen Ende des folgenden Jahrzehnts zur höchsten Entfaltung. Die Annäherung der Gebildetenschicht an das Volk, die sich inzwischen angebahnt hatte, kam auf literarischem Gebiet vor allem darin zum Ausdruck, daß sich die Literatur in den beiden jüdischen Nationalsprachen, der hebräischen und der jiddischen, immer mehr europäisierte, die Literatur in russischer Sprache aber nationalen Geist zu atmen begann. Die Ausdrucksformen der beiden Nationalsprachen erreichten einen hohen Grad der Vollkommenheit, und zugleich erhielt das literarische Schaffen, das dichte-

[1]) Bereits in seiner 1892 in London in russischer Sprache veröffentlichten Broschüre „Ein Jude an die Juden" suchte der damals im Auslande als politischer Emigrant lebende Shitlowsky seine in den Reihen der sozial-revolutionären Partei mitkämpfenden russischen und jüdischen Genossen davon zu überzeugen, daß die jüdische Nation kein Phantom sei: „Die Juden — schrieb er — machen in Rußland nicht vier Prozent des russischen Volkes, sondern hundert Prozent ihres eigenen Volkes aus". Zum Kampf für die nationalen Rechte in der Diaspora forderte er namentlich in dem 1901 erschienenen Aufsatz: „Zionismus oder Sozialismus?" auf. Indem Shitlowsky in der Umgangssprache der Volksmassen das festeste nationale Band erkannte und dementsprechend dem Jiddisch in seinem System den wichtigsten Platz einräumte, wurde er zum Urheber des „Jiddischismus" in der jüdischen Publizistik. Er war es, der den Gebildeten das Ziel wies, auf dem Wege über die Sprachgemeinschaft mit dem Volke zu diesem zurückzufinden und durch Förderung des Ackerbaus wie der produktiven Arbeit überhaupt zur Gesundung des jüdischen Wirtschaftslebens beizutragen.

rische wie das publizistische, auch seinem Inhalte nach den Charakter unverkennbarer Originalität.

Der allgemeine Aufschwung kam in erster Linie der Presse zugute. Zu Beginn der neunziger Jahre wurden die hebräischen Wochenschriften „Ha'Meliz" und „Ha'Zefira", von denen die erste in Petersburg, die andere in Warschau erschien, in moderne politische Tageszeitungen umgewandelt. Einige Jahre später traten die wissenschaftlich-literarischen Jahrbücher in hebräischer Sprache vor der aktuelleren Monatsschrift „Ha'Schiloach" zurück, die seit 1896 in Odessa erschien und zunächst von Achad Haam, seit 1903 von Joseph Klausner herausgegeben wurde. Diese Zeitschrift war es, durch die die Weltanschauung der jüdischen Jugend um die Jahrhundertwende entscheidend beeinflußt wurde. Auch die jiddische Literatur, die früher mit bescheidenen Jahrbüchern vorliebnehmen mußte, sah sich nunmehr im Besitz einer eigenen Presse: auf die anregende Warschauer Wochenschrift „Der Jud" (1899—1902) folgte bald die erste jiddische Tageszeitung „Der Fraind", die seit 1903 in Petersburg herausgegeben wurde und den Anstoß zur Gründung einer ganzen Reihe geschickt redigierter Zeitungen in Warschau und anderen Zentren des Ansiedlungsrayons gab. Das altbewährte Kampforgan der Emanzipationsbewegung, die Monatsschrift „Woss'chod" mitsamt ihrer wöchentlichen Beilage, geriet immer mehr unter den Einfluß der nationalen Geistesrichtung, während sich das zweite in Petersburg in russischer Sprache erscheinende jüdische Organ, die Wochenschrift „Zukunft" (1899—1903), für den Zionismus entschied. Diese Organe der Intellektuellen verloren indessen ihre Hegemonie immer mehr an die Literatur, die sich unmittelbar an das große Leserpublikum wandte und sich teils der alten Schriftsprache, teils der lebenden Umgangssprache des Volkes bediente.

In der Publizistik hatte damals Achad Haam die Führung inne, dessen System bereits eingehend gewürdigt worden ist (oben, § 36). Zugleich mit den brennenden Tagesfragen zog der feinfühlige Denker auch die letzten, ewigen Probleme des Judentums in den Kreis seiner Betrachtungen, indem er das Allgemeine und das Besondere als Glieder derselben Evolutionskette zur Einheit verband. Seine Aufsätze, die er zu vier Bänden unter dem gemeinsamen Titel „Al paraschath derachim" vereinigte (1895—1913), fanden besonders im Geiste und im Herzen jener Leser lebhaften Widerhall, die, „am Scheidewege"

stehend, ratlos waren, ob sie den Weg der überholten einseitigen „Aufklärung" oder den der neu verkündeten Synthese zwischen dem Humanitätsprinzip und dem Nationalismus gehen sollten. — In der Journalistik behauptete der Herausgeber der Warschauer Zeitung „Ha'-Zefira" *Nahum Sokolow* die Vorrangstellung, der sich nach einigem Zögern dem politischen Zionismus anschloß. Die Artikel Sokolows, in denen die Elemente der europäischen und jüdischen Bildung zu einer wundervollen Harmonie zusammenflossen, übten auf eine ganze Generation von Lesern in den polnischen und litauischen Städten und Städtchen eine nachhaltige erzieherische Wirkung aus. Im Bereiche der literarischen Kritik wurde der moderne Geist in würdigster Weise von *David Frischmann* (1864—1922) vertreten, der seine kritischen Besprechungen zum Anlaß nahm, um dem jüdischen Leser die Grundlehren der Ästhetik auseinanderzusetzen („Tohuwabohu", Warschau 1885; „Michtabim al dewar ha'safruth", 1898). Als Verfasser und Übersetzer von belletristischen Werken in Vers und Prosa trug Frischmann überdies nicht wenig zur Verfeinerung der neuen Ausdrucksmittel der alten Schriftsprache bei. Eine Sonderstellung nimmt in der hebräischen Literatur *Micha Joseph Berdyczewski* (1865—1921) ein. Der Sprung aus Podolien, der Heimat des Bescht, nach Breslau und Berlin hatte in seiner Seele eine ähnliche Krise zur Folge, wie sie einst Salomon Maimon hatte durchmachen müssen. Als sich der ehemalige Chassid und Talmudbeflissene mit den Lehren Nietzsches vertraut gemacht hatte, bäumte sich in ihm der Mensch gegen den Juden, das Individuum gegen die Gemeinschaft auf. Berdyczewski begann gegen die Hypertrophie der Geistigkeit und der Bücherweisheit in der jüdischen Kultur zu wettern und bekämpfte insbesondere den „geistigen Zionismus" Achad Haams, ohne zu merken, daß in dessen Lehren unter der nationalen Hülle die Synthese von Jude und Mensch bereits weit gediehen war („Al em ha'derech", „Nemuschoth" u. a., Berlin 1899). Die in dem Berliner Einsiedler fortwirkende Erbanlage ließ ihn jedoch bald eine Art Brücke zwischen den Lehren Nietzsches und dem Chassidismus schlagen, und so hielt er in einer Reihe von Novellen („Sefer Chassidim" u. a., 1900) dem modernen Bildungsmenschen mit seiner inneren Zerrissenheit die unberührte Ganzheit der chassidischen Psyche entgegen. In den letzten Jahren seines Lebens fand der rebellische Schriftsteller Trost in der Nachdichtung der von der Aggada, dem Midrasch und dem alten mystischen Schrifttum

überlieferten Legenden, deren ganzen Zauber er der deutschen Leserwelt in den mehrbändigen Werken „Die Sagen der Juden" und „Der Born Judas" erschloß.

Eine Wiedergeburt im eigentlichen Sinne dieses Wortes sollte aber die altehrwürdige hebräische Poesie erleben, die, durch die Dichterphalanx des XIX. Jahrhunderts in ihren Ausdrucksmöglichkeiten erheblich bereichert, nunmehr im Schaffen *Chaim Nachman Bialiks* (geb. 1873) sowohl der sprachlichen Form als auch dem Inhalte nach zur höchsten Stufe der Vollkommenheit emporstieg. Aus einem kleinen wolhynischen Flecken gebürtig, hatte Bialik im Elternhause die harte Schule des Elends und im Beth-ha'midrasch die strenge Talmudschule durchgemacht, worauf er in der ruhmreichen Jeschiba von Woloshin die Gipfel der rabbinischen Gelehrsamkeit erklomm. Bald schlug er jedoch den ausgetretenen Pfad der „Aufklärung" ein, auf dem er in den Bann der die Jeschiba-Jugend zu Beginn der neunziger Jahre begeisternden Ideen Achad Haams geriet. Von den Dichtern, die auf ihn einen nachhaltigen Eindruck machten, ist namentlich Frug zu nennen. Indessen war Bialik, wie schon die ersten seiner reiferen Gedichte zeigten, seinem russisch dichtenden Vorgänger an Wucht der Gestaltungskraft und auch an Tiefe des ihn beseelenden Nationalgefühls weit überlegen. Was ihn bewegte, war nicht die für Frug bezeichnende Trauer über das Los des verfolgten Volkes, sondern die zornige Erbitterung darüber, daß das Volk innerlich versklavt und unfähig sei, dem Aufruf zum Befreiungskampfe Folge zu leisten. Kurz vor dem ersten Baseler Kongreß entlud sich der Zorn des von der zionistischen Bewegung mitgerissenen Dichters in einer Strafrede, die mit den Worten beginnt:

„Wahrlich, Gras ist das Volk, wie verdorrt in der Glut,
Wahrlich, morsch ist der Stamm, ohne Mark, ohne Blut.
Hat ihm Gott nicht gedroht, bald von hier, bald von dort? —
Doch das Volk stellt sich tot, rührt kein Glied, sagt kein Wort . . ."

Als jedoch der Dichter von dem erhebenden Verlauf des Kongresses Kunde erhielt, übermannte ihn tiefe Rührung, der er in einem dichterischen Gruß an die „Nach Zion Berufenen" Ausdruck verlieh (1897). Der weithin vernehmbare Aufruf zur Wiedergeburt wirkte auch auf den älteren Sänger der Trauer, Simon Frug, wiewohl diesem die Enttäuschungen, die die „Chowewe-Zion"-Bewegung seinerzeit mit sich gebracht hatte, nicht erspart geblieben waren, wie ein wahres „Wun-

der". In dem auch so betitelten, dem Baseler Kongreß gewidmeten Gedicht (aus dem Zyklus „Zioniden") richtete Frug an das noch immer von Wundern träumende jüdische Volk die Frage:

„Ist nicht das Wunder schon vollbracht?
Ward nicht ein Herz uns zum Fanal,
Das nun auf Gipfeln strahlend wacht
Und spendet Licht dem Jammertal?"

Bald beschlichen jedoch sein Dichterherz aufs neue schwere Zweifel. In dem Gedichte „Credo", seinem zionistischen Glaubensbekenntnis, gab Frug der ihn bedrückenden Befürchtung Ausdruck; daß es wieder einmal zu der in der jüdischen Geschichte so häufig wiederkehrenden Tragödie des Pseudomessianismus kommen könne. So stimmte er denn in seiner bangen Sorge das Gebet an:

„O möge doch der Zionsstern,
Der Wandrer lockt aus nah und fern,
Nicht jenen Meteoren gleichen,
Die, jäh erstrahlend, jäh verbleichen".

Der jäh erstrahlte politische Messianismus büßte in der Folge seinen Glorienschein auch in den Augen Bialiks ein, der sich erneut den lyrischen Motiven zuwandte, die ihn als Menschen und Juden schon von früher her erfüllten. Seine wirkliche Dichtergröße offenbart sich in jenen Schöpfungen, in denen er den Heldengeist des alten Judentums verherrlicht. Die schwungvollsten, infolge der in ihnen mitklingenden heiligen Sehnsucht besonders ergreifenden Strophen Bialiks sind der weltentrückten Heimstätte des Geistes, der alten Beth-ha'midrasch-Klaus, gewidmet, in der der Dichter, über Talmudfolianten gebeugt, seine frühe Jugend verbracht hatte. Hier einige Bruchstücke aus dem im Jahre 1898 entstandenen Poem:

„Willst du der Quelle näher kommen, aus der die todgeweihten Brüder
Den Mut zum Heldentod geschöpft, die Kraft, den Richtplatz freudig zu betreten
Und auf dem Scheiterhaufen mit „Gott ist einzig!" zu vergehen . . .
Willst du die Burg erschauen, in der die Väter ihr liebstes Gut,
Die heil'ge Tora aufbewahrten — kehr in das schiefe Bethaus ein und schau dich um:
Es wiegen sich im fahlen Zwielicht, Ähren gleich, verschwommene Gestalten,
Galuthsöhne, die das vergilbte Blatt des Midrasch, der Gemara, Psalmenklang
Des Lebens Joch und Sorgen vergessen macht . . . Ein traur'ger Anblick fremdem Auge!
Doch wird das Herz alsbald dir sagen: Hier ist das Bollwerk unsrer Seele . . .
Ein Funke nur von jenem Feuer, das einst die Ahnen angezündet,
Ein Tropfen nur aus jenem Tränenstrom, der nun für uns — wer will es leugnen? —
Zum Lebensquell geworden ist, zum Unterpfand der Ewigkeit auf Erden!"

In dem Gedicht „An der Schwelle des Beth-ha'midrasch" pocht der im Lebenskampf müde gewordene Dichter an die Pforte des Tempels seiner Jugend und sucht Zuflucht in dem alten Nest, das die flügge werdenden Jungen, eines nach dem anderen, verlassen; seine Trauer gilt sowohl der Verwüstung der eigenen Seele als auch dem Verfall der „Zufluchtsstätte des ewigen Volkes und seines mächtigen Geistes", in deren Schatten die nun in der Fremde umherirrende, von der feindlichen Umwelt teils zurückgestoßene, teils aufgesogene Jugend sich einst so geborgen fühlte. In dem Poem „Der Talmudbeflissene" („Ha'matmid", 1895) ist der Jeschiba-Schüler eines immer seltener werdenden Schlags verewigt, der Tag und Nacht dem Studium obliegt und in den schwermütigen Singsang, die Begleitmusik zu den uralten Texten, die ganze Sehnsucht seines jungen Herzens hineinlegt, das von den Freuden des Lebens nie berührt ward, dem Liebe und Glück nie gelächelt haben:

„‚Oj! Oj! Raba sagte . . .' — so schluchzt deine Seele,
Vergehend, verwelkend in der Zucht deiner Tugend,
Als sollte der Aufschrei aus heiserer Kehle
Übertönen die Stimme der vergeudeten Jugend".

Es steht also für den Dichter außer Zweifel, daß die Einzelpersönlichkeit auf diesem Wege verkümmern müsse, andererseits ist er sich aber auch dessen bewußt, daß das Volk seine Erhaltung gerade den Nasiräern der altüberlieferten Wissenschaft zu verdanken habe. Ob wohl auch das neue Leben solche Helden des Geistes hervorbringen wird? Der Schöpfer des „Ha'matmid" ließ die Frage unentschieden, als wäre es ihm noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er selber und seinesgleichen durch die Pflege des alten Geistes in neuer Form jene Synthese zwischen altem und neuem Judentum anbahnten, von der allein die nationale Wiedergeburt erhofft werden konnte. Nach dem Kischinewer Pogrom (1903) bemächtigte sich des Dichters eine noch düsterere Stimmung, und so schlug er in seinen Gesängen unheilverkündende Kassandratöne an.

Im Gegensatz zu dem großen Sänger der nationalen Trauer ließ sich der individualistisch veranlagte *Saul Tschernichowski* (geb. 1875 in der Krim) in seinem dichterischen Schaffen von unbefangener Lebensbejahung leiten. In seinem Gedicht „Vor dem Standbild Apollos" („Le'nochach pessel Apollo") beichtete er dem von ihm angebeteten griechischen Gotte die Erbsünde des Juden: die Verachtung

der äußeren Schönheit und der irdischen Genüsse. In der Mitte der Rigoristen der altjüdischen Art fühlt er sich als ein sich ungehemmt auslebender Hellene. Im Mittelpunkt des Schaffens Tschernichowskis steht denn auch neben epischer Schilderung jüdischen Landlebens erotische Lyrik. Als Meister der Verskunst ist er in eine Reihe mit Bialik zu stellen, und seine hebräische Übersetzung des „Hiawatha" von Longfellow weist einen Reichtum sprachlicher Nuancen auf, der kaum von irgendeiner modernen europäischen Sprache übertroffen wird.

Die meisten der Dichter, die sich in Poesie und Prosa um die Wiedergeburt der alten hebräischen Sprache bemühten, scharten sich um die Monatsschrift „Ha'Schiloach". Indessen mußten die „Hebraisten" unter den jüdischen Schriftstellern auf dem Gebiete des Romans und der Novelle hinter den jiddisch schreibenden Dichtern, denen bei der Darstellung des Volkslebens als Ausdrucksmittel die Sprache des Volkes selbst zu Gebote stand, weit zurückbleiben.

Der Altmeister des jiddischen Kunstepos, S. Abramowitsch oder Mendele Mocher Sforim (Band IX, § 48), erreichte um diese Zeit den Höhepunkt seines Schaffens. Der von ihm neu bearbeitete Roman „Wünschfingerl" („Der Wunschring") bot ein großartiges Bild des Lebens der jüdischen Volksmassen in der Regierungszeit Nikolaus' I. und in der nachfolgenden Aufklärungsepoche. Von 1896 ab erschien im „Ha'Schiloach" unter dem Titel „Be'emek ha'bacha" („Im Jammertal") auch eine hebräische Version des „Wunschringes", wobei sich der Verfasser alle Mühe gab, durch Einführung von der neuhebräischen Literatur entlehnten Ausdrücken und Wendungen die engen Schranken der Bibelsprache zu überwinden. Ein Seitenstück zu dieser der Vergangenheit zugewandten Epopöe bildet die große autobiographische Novelle „Schlojme Reb Chaims" („Schloimale"), deren Zauber auf einer einzigartigen Verflechtung von Epos und Lyrik beruht. In einer Reihe weiterer Erzählungen („Bi'jeme ha'raasch", „Bi'jeschiba schel mata" u. a.), in denen die Irrungen und Wirrungen der neuesten Epoche der Pogrome und der großen Wanderung geschildert werden, herrscht teils ein humoristischer Ton, teils die für einen Außenstehenden bezeichnende Ironie vor, was seinen Grund darin hat, daß der Dichter, ein typischer Repräsentant der „Haskala"-Epoche, sich in dem Chaos, aus dem die neuen Ideenströmungen hervorgehen sollten, nicht zurechtzufinden vermochte.

Seine sich über ein halbes Jahrhundert hinziehende schöpferische

Arbeit brachte Abramowitsch den Ehrentitel „Der Sejde", d. h. „Der Großvater der neujüdischen Literatur", ein. In der Tat war es ihm beschieden, den Erfolg seiner geistigen Kinder und Kindeskinder noch mitzuerleben. Von diesen die Volksliteratur zu immer höheren Entwicklungsstufen führenden Schriftstellern ist vor allem der große Humorist *Schalom Alejchem* (Salomo Rabinowitsch, geb. 1859 in Perejaslaw, gest. 1916 in New York) zu nennen, der das Jammertal des Ansiedlungsrayons mit herzerfrischendem Lachen erfüllte. Von dem Wunsche geleitet, die Schundromane eines Schomer-Schaikewitsch und ähnliche „Jargon"-Erzeugnisse zu verdrängen, versuchte er sich zunächst im psychologischen Roman („Stempenju", „Jossel Solowej", 1889—1890), erkannte jedoch bald seinen wahren Beruf, den eines Meisters des Humors. In kurzen, in den Jahren 1900—1905 entstandenen Humoresken, zumeist Monologen, die sich nach den wiederkehrenden Gestalten der über ihre Erlebnisse berichtenden Hauptheiden („Menachem Mendel", „Tewje der Milchiger") zu innerlich zusammenhängenden Serien ordnen ließen, schilderte Schalom Alejchem die einfältigen Bürger von Masepewka und Kasrilewka (wie die Gattungsnamen für das typische jüdische Städtchen des Ansiedlungsrayons lauten) und zwar sowohl auf dem Hintergrund ihrer elenden, patriarchalischen Wohnorte als auch auf dem der Großstädte, in die manche von ihnen auf der Suche nach Brot verschlagen werden. Der naiv lustige Habenichts, der alle Weltereignisse aus der Perspektive seines Krähwinkels heraus beurteilt und mit gutmütigem Lächeln von seinem Mißgeschick erzählt — dies ist der Lieblingsheld Schalom Alejchems. Die „kleinen Leutchen mit den kleinen Begriffen" („Kleine Menschelech mit kleine Hassoges"), die tragikomischen Ghettowanderer, wie etwa der „Luftmensch" Menachem Mendel, und die „lachenden Philosophen" vom Schlage des Milchmannes Tewje — all diese Menschen mit ihrem chassidischen „Bitochon", einem Gemisch von Resignation und Zuversicht, treten uns in den Schriften Schalom Alejchems als die Helden jenes passiven Widerstandes entgegen, durch den sich das Volk inmitten seines beispiellosen Elends aufrechtzuerhalten vermochte. Die achtunggebietenden Stützen der alten Lebensordnung fesselten die Aufmerksamkeit des Dichters so sehr, daß er den Strömungen und Erschütterungen, die diese Lebensordnung in den fortschrittlicheren Kreisen zerrütteten, kaum noch Beachtung schenkte.

Der tiefsinnigste Volksdichter dieser Zeit, *Jizchak Leib Perez* (geb. 1851 in Zamošč, gest. 1915 in Warschau), schrieb zunächst in dem für die Aufklärungsära bezeichnenden kritischen Ton. In seinen ersten Erzählungen und Dichtungen stellte er die „Dunkelmänner" Polens, die „Batlanim", bloß, Nichtstuer, die durch die hypnotische Macht des Chassidismus gelähmt, die ganze Bürde der Familiensorgen auf ihre praktischeren Frauen abwälzen; zugleich deckte er aber auch die sozialen Mißstände auf: die Ausbeutung der Arbeiter, die schreckliche Not der vor den Augen der prassenden Reichen verhungernden Armen („Erzählungen und Bilder", „Reisebilder", 1890—1900). Nach und nach treten jedoch in seinem Schaffen an Stelle der sozialen Frage die Probleme der Einzelpersönlichkeit, an Stelle des Realismus und der Satire der Symbolismus und die ehedem von ihm selbst bekämpfte chassidische Romantik. Unter der Hülle der Mystik hatte er nämlich im Chassidismus eine tief verankerte Weltanschauung entdeckt, und so schuf er seinen eigenen Zaddikim-Kult, in dessen Mittelpunkt ein über dem Alltag schwebendes Wesen von harmonischer Ganzheit steht, das auf alle im Schlamm des Lebens Versinkenden und nach der Läuterung der Seele Lechzenden eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausübt. Die 1909 erschienenen „Volkstümlichen Geschichten" von Perez stellen eine Nachdichtung chassidischer Legenden dar und gewähren einen Einblick in jene Atmosphäre, in der die polnische Judenheit auch heute noch lebt und webt. War es dem schmunzelnden Realisten Schalom Alejchem darum zu tun, die äußeren Lebensverhältnisse der jüdischen Kleinstädter und ihre naive Vorstellungswelt wiederzugeben, so sollte Perez, nachdem er sich zum Symbolismus bekehrt hatte, die sich in der anspruchslosen Volksweisheit spiegelnde Volksseele poetisch verklären. Das dichterische Schaffen erwies sich wieder einmal als der Weg, auf dem sich der moderne Geist mit dem Volksempfinden in kühner Synthese zu verschmelzen vermag.

Viel unbefangener als der Humorist Schalom Alejchem und der Symbolist Perez erfaßte die idyllische Schönheit der patriarchalischen Lebensordnung ihr jüngerer Zeitgenosse *Schalom Asch* (geb. 1881 in Kutno, Gouvernement Warschau). In seinem in Prosa abgefaßten Poem „Ein Städtchen" („A Städtl", 1904) wird das Leben und Treiben der Juden in einem polnischen Flecken in jenem ruhigen, epischen Tone geschildert, in dem das häusliche Leben der Griechen bei Homer

oder die deutsche Lebensweise in „Hermann und Dorothea" dargestellt ist. Von Humor, Kritik und Symbolik völlig frei, ist das Werk Aschs ganz von einem unmittelbaren Gefühl für das alte, feste, in den entlegenen Winkeln Polens von den Stürmen der Zeit noch unberührt gebliebene Lebensgefüge erfüllt. Nach der Revolution von 1905 wandte sich Asch dem Drama und der Novelle zu, doch ist über diese Periode seines Schaffens in einem anderen Zusammenhang zu berichten (unten, § 50).

Langsamere Fortschritte als die jiddische Prosa machte die Poesie in der lebenden Volkssprache, wiewohl in dieser nunmehr auch Frug dichtete. Der den „Jargon" ursprünglich gering schätzende Dichter ließ sich zunächst nur dazu herbei, in der jiddischen Sprache gereimte Feuilletons zu schreiben; in der Folge geriet er jedoch immer mehr in den Bann des Volksdialekts, und manche seiner jiddischen Gedichte stehen an Kraft des lyrischen Pathos seinen besten dichterischen Schöpfungen in russischer Sprache keineswegs nach. Jiddische Verse schrieb auch Perez zu Beginn seiner literarischen Tätigkeit, doch kam er in seiner Lyrik nicht über die Nachahmung Heines hinaus, während seine Gedichte epischen Charakters von seiner eigenen Prosa weit in den Schatten gestellt wurden.

Neues Leben regte sich um die Jahrhundertwende auch im Bereiche der wissenschaftlichen Literatur. Die an die Werke der westeuropäischen Schöpfer der Wissenschaft des Judentums anknüpfende Forschungsarbeit wurde immer intensiver. Vor allem war es die Geschichte der Juden in Polen und Rußland, die seit den neunziger Jahren systematisch bearbeitet wurde; es erschien eine ganze Reihe von diesem Gegenstand gewidmeten Untersuchungen und Monographien, vorwiegend in russischer Sprache (in der Monatsschrift „Woss'chod"). Besonders bezeichnend waren hierbei die Versuche, der jüdischen Historiographie im Einklang mit jener soziologischen Auffassung, der sich die jüdische Geschichte als ein ununterbrochenes Ringen des Nationalindividuums um seine Autonomie darstellte, neue, noch nicht betretene Wege zu weisen.

Zweites Kapitel[1])

Die Pogrome und die Revolution in Rußland (1903—1907)

§ 40. Das Gemetzel von Kischinew und der Ausbruch der politischen Pogrome (1903)

Die zwanzigjährige Reaktion züchtete in Rußland die Revolution. Durch die ihr zu Beginn der achtziger Jahre versetzten Schläge zu Boden gedrückt, sollte die russische Revolution um die Jahrhundertwende, nachdem die Hoffnungen auf eine Änderung des politischen Kurses der Regierung Nikolaus' II. endgültig zerronnen waren, aufs neue ihr Haupt erheben. Die Gärung unter den Arbeitern und Studenten wurde immer stärker, immer häufiger kam es zu Ausständen in den Industriezentren und zu „Unruhen" auf den Universitäten, immer weiter griff die durch die unterirdische Presse betriebene revolutionäre Propaganda um sich. In den Jahren 1898—1900 konstituierten sich in Rußland zwei große Umsturzparteien: die der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre. Die letzte scheute sich nicht, im Kampfe gegen den Zarismus, der jede freiheitliche Regung durch Polizeiterror zu unterdrücken suchte, ihrerseits zum Terror zu greifen. Im Frühjahr 1902 fiel diesem der Innenminister Sipjagin in dem streng bewachten Gebäude des Staatsrates zum Opfer. Daraufhin ernannte der Zar zum Minister des Innern einen noch eingefleischteren Reaktionär, den schon vielfach erwähnten, aus dem Polizeidienst hervorgegangenen Plehwe, einen der erfahrensten Leiter der innenpolitischen Spionage, dessen Name mit dem Martyrologium der russischen Judenheit für immer verbunden bleiben wird.

[1]) Die Zeitangaben richten sich in diesem Kapitel durchweg nach dem Gregorianischen Kalender und nur bei der Schilderung besonders wichtiger Ereignisse ist zugleich auch das Datum nach dem sogenannten „Alten Stil", dem in Rußland bis 1919 geltenden Julianischen Kalender angegeben.

Wie leicht vorauszusehen war, fand die neu ausgebrochene Umsturzbewegung bei der jüdischen Jugend lebhaften Anklang. Jede andere Kulturnation, die ebenso beharrlich gepeinigt und gedemütigt worden wäre wie die Juden, hätte sicherlich nicht anders reagiert wie diese und auch nicht weniger erbitterte Umstürzler hervorgebracht. So war es nur natürlich, daß die russischen Juden dem Revolutionsheer relativ mehr Kämpfer stellten, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes entsprochen hätte; indessen blieb dieser Anteil hinter dem Maß ihrer Leiden noch immer zurück. Die jüdischen Sozialisten schlossen sich in der Regel der russischen Sozialdemokratie oder dem jüdischen Arbeiter-„Bund" an, den Parteien, die an den Lehren Marxens festhielten und lediglich einen planmäßigen Klassenkampf anerkannten; doch waren die Juden auch in der russischen Partei der Sozialrevolutionäre zahlreich vertreten, in der einige von ihnen sogar eine führende Rolle spielten (Gerschuni, Gotz u. a.). An den Terrorakten nahmen die Juden nur in vereinzelten Fällen unmittelbar teil. Besondere Erwähnung verdient das Attentat, das in Wilna von dem dem „Bund" angehörenden Arbeiter Hirsch Lekert auf eigene Faust verübt wurde. Über die unerhörte Brutalität des dortigen Gouverneurs von Wahl empört, der im Jahre 1902 die verhafteten jüdischen Maidemonstranten kurzerhand hatte auspeitschen lassen, gab Lekert auf den wild gewordenen Machthaber mehrere Schüsse ab, die jedoch alle fehlgingen, worauf der Rächer der verletzten Arbeiterehre gehenkt wurde. Hätte sich die Regierung vom Staatsinteresse leiten lassen, so wäre sie von selbst zu der Einsicht gelangt, daß es weniger die umstürzlerische Propaganda als das herrschende Unterdrückungssystem war, das die Juden revolutionierte. Solche Gedankengänge lagen aber außerhalb des Gesichtskreises der Bürokratenkaste, deren Vertreter ausschließlich auf die Wahrung ihrer Standesinteressen und die Sicherung ihrer persönlichen Karriere bedacht waren, wofür wiederum nur die Aufrechterhaltung des Absolutismus Gewähr bot. Die sich durch die Revolution persönlich bedroht fühlenden Bürokraten waren so sehr von Rachedurst erfüllt, daß sie die Stimme des gesunden Menschenverstandes völlig überhören mußten. So beschloß man denn in den Regierungssphären, für die Beteiligung jüdischer Jugendkreise an der revolutionären Bewegung das ganze jüdische Volk büßen zu lassen und diesem mit drastischen Mitteln Schrecken einzujagen. Der Innen-

minister Plehwe war es, in dessen Kopf der teuflische Plan reifte, die russische Freiheitsbewegung als fremder Hände Werk hinzustellen und die allgemeine Unzufriedenheit nach der Seite der „Fremdstämmigen", in erster Linie der Juden, zu dirigieren. Hierzu schien es aber geboten, den von der Regierung seinerzeit gegen die Judenpogrome aufgerichteten Damm niederzureißen und den Judenfeinden freie Hand zu lassen. „Die Revolution soll in jüdischem Blute erstickt werden" — so lautete die grausige Formel, die die Schergen Nikolaus' II. seit 1903 jedesmal, wenn die Wogen der russischen Freiheitsbewegung hoch gingen, ohne Säumen zur Anwendung brachten.

An Zündstoff war kein Mangel. Besonders sicher fühlten sich die judenfeindlichen Brandstifter in *Kischinew*, der Hauptstadt Bessarabiens. In der neben 60 000 christlichen Einwohnern 50 000 Juden beherbergenden Stadt herrschte in früherer Zeit Friede und Eintracht, obschon die Unwissenheit und der Aberglaube der sich aus Moldauern und Russen zusammensetzenden christlichen Stadtbevölkerung leicht zu Zusammenstößen hätte führen können. Die durch das offiziöse Petersburger Blatt „Nowoje Wremja" aufgeklärte russische Beamtenschaft versäumte es indessen nicht, auch dort die Saat des Judenhasses auszustreuen. Am eifrigsten betätigte sich in dieser Richtung der Finanzbeamte Kruschewan, ein russifizierter Moldauer, der in Kischenew seit 1897 die erzreaktionäre und darum von der Regierung subventionierte Zeitung „Bessarabez" herausgab. Jahre hindurch wurde Kruschewan nicht müde, die Leser seines Hetzblattes gegen die Juden aufzustacheln, die in einem Atem kapitalistischer Ausbeutung und sozialistischer Propaganda, der Begehung von Ritualmorden und politischer Aufsässigkeit bezichtigt wurden. Die Zeitung erfreute sich der besonderen Gunst des sie von Staats wegen zensierenden Vizegouverneurs Ustrugow, der in ihr auch selbst judenfeindliche Artikel veröffentlichte. Diese Hetze war um so gefährlicher, als das Organ Kruschewans das einzige in Bessarabien von der Regierung geduldete Blatt war. Anfang 1903 bot sich Kruschewan und seinen Hintermännern ein Anlaß, die von ihnen betriebene Propaganda noch weiter zu verschärfen. In dem im benachbarten Gouvernement Cherson gelegenen Städtchen *Dubossary* wurde nämlich die mit Stichwunden bedeckte Leiche eines russischen Knaben aufgefunden. Wiewohl nun der Knabe, wie sich später herausstellte, von

seinen eigenen, auf eine ihm zugefallene Erbschaft erpichten Angehörigen ermordet und von den in das Blutmärchen eingeweihten Tätern zu recht durchsichtigen Verdunkelungszwecken „nach Jüdenart" zugerichtet worden war, beeilte sich der „Bessarabez", noch vor Abschluß des Untersuchungsverfahrens zündende Artikel zu veröffentlichen, in denen die christliche Bevölkerung unverblümt dazu aufgefordert wurde, an den Juden wegen des von ihnen begangenen Ritualmordes blutige Rache zu nehmen. Bald kam es denn auch in Dubossary zu einem Pogromversuch, der von den Juden nur im letzten Augenblick vereitelt werden konnte. Indessen war dieser Zwischenfall nur ein harmloses Vorspiel zu dem wohlorganisierten denkwürdigen Pogrom in Kischinew.

Kurz vor Ostern 1903 setzte in Kischinew ein Kesseltreiben ein, aus dem deutlich zu ersehen war, daß irgendeine Geheimorganisation fieberhaft an der Verwirklichung eines ungeheuerlichen Planes arbeitete. Alle Fäden der verbrecherischen Verschwörung liefen in dem russischen Ortsklub zusammen, dessen Mitglieder vornehmlich Beamte der Gouvernementsverwaltung waren. In der ganzen Stadt wurden Flugblätter verbreitet, in denen es hieß, daß es durch Zarenukas gestattet sei, an den drei ersten Tagen des griechisch-orthodoxen Osterfestes ein blutiges Gericht über die Juden abzuhalten. Der sorgfältig vorbereitete Brand brach am Sonntag, den 6. (19.) April aus, dem ersten Tage des Osterfestes und dem letzten des jüdischen Passah, genau in dem Augenblick, der von den Brandstiftern in Aussicht genommen worden war. Als um die Mittagsstunde die Kirchenglocken zu läuten begannen, gingen Banden von Kleinbürgern und Handwerkern in allen Stadtteilen wie auf ein verabredetes Zeichen an die Zerstörung der jüdischen Wohnungen und Läden. Die Polizeimannschaften sowie die aufgebotenen Truppen sahen dem verbrecherischen Wüten untätig zu und begnügten sich damit, hin und wieder einzelne Plünderer abzuführen, um jedoch die Festgenommenen sogleich wieder zu entlassen. Dies bestärkte die Menge noch mehr in dem Glauben, daß die Juden für vogelfrei erklärt worden seien. Banden von Betrunkenen ballten sich zu immer größeren Haufen zusammen, und die Straßen hallten von dem Ruf wider: „Schlagt die Jüden!". Mit dem Anbruch der Dunkelheit begann das Gemetzel. Die mit Knüppeln, Äxten und Messern bewaffneten Mordgesellen machten die Juden in ihren Häusern und auch auf offener Straße nieder, ohne

von den Behörden auch nur im geringsten daran gehindert zu werden; als jedoch eine Schar von Juden, mit eisernen Stöcken bewehrt, den Versuch machte, die Unholde zu vertreiben, wurde sie von der Polizei unverzüglich der Verteidigungswaffen beraubt. Um zehn Uhr abends trat eine Pause ein: im Hauptquartier der Bandenführer beriet man bis in die späte Nacht hinein über die weiteren Kriegsoperationen und kam überein, den entfesselten Leidenschaften freiesten Lauf zu lassen. So nahm denn das grausige Gemetzel von Kischinew am 7. (20.) April seinen Fortgang. Die Juden wurden in unglaublich bestialischer Weise zu Tode gemartert: den einen wurden Nägel in den Kopf geschlagen, den anderen die Augen ausgestochen und den sich in Todeszuckungen Windenden wurde der Gnadenstoß versagt; kleine Kinder wurden von den oberen Stockwerken auf die Straße geworfen, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieben, Frauen wurden die Brüste abgeschnitten. Groß war auch die Zahl der vergewaltigten Frauen. Banden von Betrunkenen brachen in die Synagogen ein und verunreinigten in nicht wiederzugebender Weise die heiligen Thorarollen. In einer der Synagogen stellte sich der alte Schammes (Tempeldiener), in den Gebetmantel gehüllt, den Unmenschen entgegen und deckte den Thoraschrein bis zum letzten Atemzuge mit seinem Leibe.

Als eine jüdische Abordnung am Morgen des zweiten Pogromtages den Gouverneur von Bessarabien, von Raaben, um Hilfe anging, erhielt sie von diesem die Antwort, daß er auf Befehle aus Petersburg warte. Erst als der Tag zur Neige ging, traf die telegraphische Anweisung des Innenministers Plehwe ein, die Unruhen zu unterdrücken, und sogleich erging an die aufgebotenen Truppen der Befehl, auf die Mordbrenner scharf zu schießen. Die Menge sah ein, daß die Schonzeit zu Ende war, und zerstreute sich schleunigst in alle Winde. Nur in den Außenbezirken, die noch immer von Truppen entblößt waren, dauerte das Massaker und die Plünderung bis zum Morgen des dritten Ostertages fort. Die von den Kischinewer Juden während des Pogroms erlittenen Verluste bezifferten sich auf 45 Tote, 86 Schwer- und etwa 500 Leichtverletzte; die Zahl der zerstörten und ausgeplünderten Häuser und Läden belief sich auf 1500. Am schwersten hatte der ärmere Teil der jüdischen Bevölkerung gelitten, da die wohlhabenden Familien zumeist in der Lage waren, sich für entsprechendes Entgelt polizeilichen Schutz gegen die Po-

grombanden zu sichern. Während die Juden so schwere Opfer zu beklagen hatten, waren von den Banditen nur zwei ums Leben gekommen.

Sobald die Nachrichten über das Kischinewer Gemetzel in die Öffentlichkeit gedrungen waren, ging durch Rußland und die ganze gesittete Welt ein Schrei des Entsetzens. Die liberale russische Presse erhob gegen die unter den Augen der Behörden vollbrachten Schandtaten schärfsten Protest. Daraufhin beeilte sich Plehwe, den protestierenden Presseorganen Schweigen zu gebieten und zwang alle russischen Zeitungen zum Abdruck der lügenhaften amtlichen Meldung, die den von langer Hand vorbereiteten Pogrom als Folge einer zufällig ausgebrochenen und von den Juden selbst provozierten Schlägerei hinstellte. Um so ergreifender wirkten die Enthüllungen, die die Auslandspresse machte. Die Londoner „Times" veröffentlichten den Wortlaut eines Geheimschreibens Plehwes an den Gouverneur von Bessarabien, in dem diesem zwei Wochen vor dem Pogrom vorgeschrieben wurde, im Falle des Ausbruchs antijüdischer „Unruhen" von der Anwendung der Waffengewalt Abstand zu nehmen, um in der von der Revolutionspropaganda noch nicht erfaßten russischen Bevölkerung keine feindseligen Gefühle gegen die Regierung aufkommen zu lassen. Die Zeitungen Europas und Amerikas waren voll von eingehenden Schilderungen der Kischinewer Schreckenstaten. Die Westjuden sammelten zugunsten der Pogromopfer in die Millionen gehende Summen und brachten so indirekt ihren politischen Protest zum Ausdruck. Auch in Rußland selbst erschollen trotz des Schweigegebotes weithin vernehmbare Proteststimmen, so die von Leo Tolstoj, von Korolenko und anderen. Von Hand zu Hand gingen Abschriften des folgenden Schreibens, das der eben erst von der orthodoxen Kirche exkommunizierte Tolstoj abgefaßt hatte: „Schon aus den ersten Zeitungsnachrichten begriff ich — schrieb er — den ganzen Schrecken des Geschehenen und empfand gleichzeitig mit schneidendem Mitleid für die unschuldigen Opfer der Grausamkeit der Bevölkerung Bestürzung über die Bestialität all dieser sogenannten Christen und Abscheu gegen diese sogenannten Kulturmenschen, die die Menge aufgehetzt hatten und mit ihren Untaten einverstanden waren. Mit besonderem Entsetzen erfüllte mich aber der Hauptschuldige: unsere Regierung mit ihrer tierische Instinkte und Fanatismus im Volke entfachenden Klerisei und ihrer Bande beamteter Räuber. Das Ver-

brechen von Kischinew ist nichts als eine direkte Folge jener Propaganda der Lüge und der Gewalt, die von der russischen Regierung mit solcher Energie betrieben wird".

Am tiefsten erschüttert durch die Katastrophe war die russische Judenheit. Der jüdischen Öffentlichkeit bemächtigte sich ein Gefühl, in dem sich Zorn mit Scham mischte: Zorn gegen die für das Blutbad Verantwortlichen, Scham um der Brüder willen, die sich fast widerstandslos von den Unmenschen hatten hinschlachten lassen. In einem seiner grenzenlosen Trauer über die Wehrlosigkeit des Volkes Ausdruck gebenden jiddischen Gedicht appellierte Frug an die Opferfreudigkeit des jüdischen Herzens:

„Brüder, Schwester hot Rachmones! Groiß un schrecklich is di Noit.
Gibt di Toite oif tachrichim (Leichentuch), gibt di Lebedige Broit . . ."

Den gewaltigsten Ausdruck fand aber die nationale Empörung in dem hebräischen Poem Bialiks „In der Stadt des Gemetzels" (es wurde ursprünglich mit Rücksicht auf die Zensur unter der Überschrift: „Sage von Nemirow" veröffentlicht). Es war dies ein einziger Anklageschrei gegen das Volk der Demut. Der Herr spricht zu seinem Propheten:

„Groß ist der Schmerz; ob noch größer die Schmach,
Entscheide selbst, o Menschensohn . . .
Erwehr dich der Tränen, vergieße sie nicht,
Hinter kupfernen Mauern verbirg dein Gesicht;
Laß sieden und dampfen das ätzende Naß
Im Schacht deines Herzens, in glühendem Haß;
Ernähr eine Otter mit dem giftigen Saft
Und laß sie gewinnen an verhaltener Kraft
Bis zum Tag des Gerichts über die elende Brut —
Über das Volk deiner Liebe, deiner schäumenden Wut . . ."

Ohne es zu wissen, sprach der Dichter nur die Gefühle aus, die das ganze Volk bewegten. Auch im Volke rief der Pogrom von Kischinew Erbitterung und Kampfentschlossenheit wach. Noch nie war die jüdische Jugend so revolutionär gesinnt. Sie drängte allenthalben zur Organisation der Selbstwehr. Kurz nach der Katastrophe vom 6. und 7. April bildeten sich denn auch in verschiedenen Orten der Ukraine und Litauens geheime Wehrverbände. Der Innenminister Plehwe sollte zu seiner Verblüffung erfahren, daß das zwecks Einschüchterung der jüdischen Revolutionäre angerichtete Blutbad die diametral entgegengesetzte Wirkung hatte. So richtete er denn ohne Säumen an die Gouverneure einen Runderlaß mit der Weisung, „kei-

nerlei Selbstwehrvereinigungen zu dulden", aber auch die nötigen Maßnahmen „zur Abwendung von Gewalttaten und zur Unterdrükkung der Unruhen" zu ergreifen. Wie sich später zeigte, wurde indessen die letztere Vorschrift nirgends beachtet, wohingegen der erste Punkt des Erlasses mit unerbittlicher Strenge befolgt wurde: wo immer auch ein Pogrom ausbrach, nahmen die Truppen in erster Linie die jüdische Bürgerwehr unter Feuer.

Der Schmerz und die Beschämung, die die Tage von Kischinew hinterlassen hatten, drückten dem jungen Schwärmer *Pinchas Daschewskij*, einem am Kiewer Polytechnikum studierenden Mitglied der zionistisch-sozialistischen Fraktion, die rächende Waffe in die Hand. Er begab sich nach Petersburg, wo der Urheber des Kischinewer Gemetzels, Kruschewan, von Plehwe begünstigt, nunmehr das judenhetzerische Blatt „Snamja" herausgab. Um an dem unverbesserlichen Giftmischer für seine Missetaten Vergeltung zu üben, überfiel der mit einem Dolche bewaffnete Daschewskij am 17. Juni den Hetzer auf einer der belebtesten Verkehrsstraßen der Hauptstadt und verwundete ihn am Halse. Die Kruschewan beigebrachte Verletzung war so leicht, daß er, ohne die ihm in der nächsten jüdischen Apotheke angebotene Hilfe in Anspruch zu nehmen, seinen Weg weiter fortsetzen konnte. Der verhaftete Daschewskij erklärte vor dem Untersuchungsrichter geradeheraus, daß er die Absicht gehabt habe, Kruschewan zu ermorden, um das Blutbad von Kischinew zu rächen. Die gerichtliche Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da es Plehwe daran lag, seine Polizeigeheimnisse vor dem Tageslicht zu bewahren. Das gegen Daschewskij ergangene Urteil fiel durch seine ungewöhnliche Härte auf: es lautete auf fünf Jahre Zwangsarbeit. Die vom Verteidiger des Angeklagten, Oskar Grusenberg, eingelegte Revision wurde vom Senat abschlägig beschieden. Der junge Rächer, aus dessen Tat der heilige Zorn des Märtyrervolkes sprach, wurde in Fesseln geschlagen und unter die gemeinen Verbrecher verbannt, während der Anstifter zum Massenmord sein verbrecherisches Werk unter der Protektion der höchsten Regierungsstellen unbehelligt fortführen durfte.

Der Polizeigewaltige Plehwe versäumte nicht, aus dem Fall Daschewskij weitestgehende Schlußfolgerungen zu ziehen. In der Erkenntnis, daß das Gemetzel von Kischinew das jüdische Nationalgefühl zu einer lodernden Flamme entfacht und auch die zionistische

Jugend revolutioniert habe, faßte er den Beschluß, gegen die jüdische nationale Bewegung den ihm zu Gebote stehenden Unterdrückungsapparat einzusetzen. Im Juli 1903 wandte er sich an alle Gouverneure mit einem „streng vertraulichen" Runderlaß, in dem vorgeschrieben wurde, gegen die Propaganda des Zionismus, der von seinem ursprünglichen Ziele, der Verpflanzung der Juden nach Palästina, abgewichen sei und nunmehr, „in der Absicht, die jüdische Nationalidee zu stärken, den Zusammenschluß der Juden zu festgefügten Organisationen an ihren jetzigen Siedlungsstätten predige", energische Maßnahmen zu ergreifen. In Befolgung dieses Erlasses begannen nun die Polizeibehörden den Zionisten an vielen Orten Schwierigkeiten zu machen: sie untersagten den Verkauf der Aktien der Jüdischen Kolonialbank, die Sammlung von Spenden für den Nationalfonds sowie die Veranstaltung von zionistischen Versammlungen. Bald führte der gegen die jüdische nationalrevolutionäre Bewegung eröffnete Kampf zu einer neuen Katastrophe.

In der lebhaften weißrussischen Handelsstadt *Homel*, in der die Juden die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, hatten die Zionisten und „Bundisten" zur Abwendung der Pogromgefahr Selbstwehren ausgerüstet. Als es am 29. August 1903 auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Bauern und Juden kam, der sich in einen Pogrom auszuwachsen drohte, gelang es denn auch den Mitgliedern des jüdischen Selbstschutzes, den Krawallen rasch ein Ende zu machen, wobei ein Bauer getötet wurde. Den christlichen Einwohnern von Homel, insbesondere den Eisenbahnarbeitern, schien es indessen wider die Naturordnung zu gehen, daß die Juden die Russen in die Flucht schlugen. Zwei Tage später, am 1. September, verließ ein großer Haufen von Arbeitern die Eisenbahnwerkstätten und begann in Gemeinschaft mit herbeigeeilten russischen Kleinbürgern jüdische Häuser und Synagogen zu verwüsten. Bald stellte sich indessen den Pogrombanden eine mehrere Hundert Mann starke Abteilung der jüdischen Selbstwehr in den Weg. Die Angreifer wären vor der tapferen Verteidigerschar sicherlich zurückgewichen, wenn auf dem Kampfplatz nicht just in diesem Augenblick Militär erschienen wäre, das ohne viel Umstände auf die Juden eine Salve abgab, mit dem Ergebnis, daß drei jüdische Wehrmänner auf der Stelle getötet und noch mehr verwundet wurden. Durch die Unterstützung der Truppen ermuntert, nahm der Pöbel sein Zerstörungswerk mit noch größerem

Eifer wieder auf. Die die Juden mißhandelnden und ihr Hab und Gut plündernden Banden fühlten sich hinter den Absperrketten, die die Soldaten überall um sie herum gebildet hatten, in völliger Sicherheit, da die von der jüdischen Selbstwehr wiederholt unternommenen kühnen Versuche, diese Ketten zu durchbrechen, von vornherein aussichtslos waren. Das Fazit des erst gegen Abend beendeten Pogroms war: auf seiten der Angegriffenen 12 Tote und Schwerverwundete, viele Mißhandelte und Leichtverletzte sowie etwa 250 ausgeplünderte Wohnungen und Läden, auf seiten der Angreifer 8 Tote und Verwundete. Unter den von der Polizei Festgenommenen überwogen bei weitem die Juden.

Einige Tage darauf traf in Homel der Gouverneur von Mohilew ein und wandte sich an die zu ihm befohlenen Vertreter der jüdischen Gemeinde mit der folgenden Ansprache: „Euch allein trifft die Schuld an dem Vorgefallenen. Sind doch die Juden jetzt in allen regierungsfeindlichen Bewegungen die Rädelsführer und Häupter. Der ganze ‚Bund' und die Sozialdemokratie — alles Juden. Ihr propagiert unter der unzivilisierten Bevölkerung Aufsässigkeit, Auflehnung gegen die Regierung; die russischen Massen wollen indessen davon nichts wissen und erheben sich gegen euch selber". Durch den Mund des Gouverneurs sprach Plehwe selbst. Das von der Regierung erlassene Communiqué gab nämlich als Ursache des Pogroms von Homel einen Überfall der Juden auf die russischen Stadtbewohner und die Truppen an, die nur „in Notwehr" zur Feuerwaffe gegriffen hätten. „Die Unruhen — so schloß die amtliche Auslassung — haben ihren Grund in dem äußerst feindseligen und herausfordernden Verhalten der ortsansässigen Juden gegenüber den Christen". In schreiendstem Widerspruch zur Wahrheit wurde so die Schuld an den Gewalttaten von Amts wegen auf die Helden der Selbstwehr abgewälzt.

Im Herbst 1903 war endlich die Voruntersuchung über den Osterpogrom von Kischinew zum Abschluß gekommen. Um jede Spur der planmäßigen Wühlarbeit, die dem Pogrom vorangegangen war, zu verwischen, wurden alle Vertreter der Beamtenschaft und der russischen Oberschicht, selbst diejenigen, deren Mitschuld aus den Angaben vor den Untersuchungsbehörden unzweideutig hervorging, samt und sonders aus dem Spiele gelassen, so daß die Anklage lediglich gegen gedungene und freiwillige Mordbuben aus dem Volke erhoben

wurde, deren Zahl sich auf etwa 400 belief. Da vorauszusehen war, daß die Wahrheit vor Gericht dennoch aufgedeckt werden würde, wurde dieses von dem Plehwe gefügigen Justizministerium angewiesen, die Öffentlichkeit auszuschließen. Den Zivilklägern, der Elite des Rechtsanwaltsstandes, gelang es auch in der Tat bei der Gerichtsverhandlung, deren Widerhall durch alle geschlossenen Türen drang, den Beweis zu erbringen, daß auf der Anklagebank lediglich die blinden Werkzeuge der eigentlichen Verbrecher saßen, weshalb sie eine Nachuntersuchung forderten, die sich auch auf die Hauptschuldigen erstrecken sollte. Nachdem das Gericht diesen Antrag abgelehnt hatte, verließen die Rechtsanwälte nach Abgabe eindrucksvoller Protesterklärungen einer nach dem anderen den Gerichtssaal. Einer der angesehensten Vertreter der Nebenkläger, der russische Rechtsanwalt Karabtschewskij, führte hierbei aus: „Ganz Kischinew wurde während der Ausschreitungen in einen einzigen antiken Zirkus verwandelt, in dem vor den Augen neugieriger Zuschauer aus dem Kreise der Zivil- und Militärbeamten sowie einer festlich gestimmten Menge auf die Arena wehrlose Opfer getrieben und gegen diese wütende Bestien losgelassen wurden, bis das Schlußzeichen gegeben ward, auf das hin das grausige Schauspiel sofort ein Ende nahm". Nach dem Ausscheiden der Nebenkläger zögerte das Gericht nicht mehr, den ganzen Pogrom als einen gewöhnlichen Kriminalfall zu behandeln, und verurteilte einen Teil der Angeklagten zu Zuchthausstrafen, wohingegen die Zivilklagen der ruinierten Juden restlos abgewiesen wurden. Als ein halbes Jahr später die Schadenersatzklage, die die Geschädigten gegen die für ihren Ruin unmittelbar verantwortlichen Beamten, den nach dem Pogrom abgesetzten Gouverneur von Raaben, den Vizegouverneur Ustrugow und den Kischinewer Polizeichef eingereicht hatten, im Senat zur Verhandlung kam, gaben die Beklagten die zynische Erklärung ab, daß „die Vermögenseinbuße der Juden durch die in Rußland, Westeuropa und Amerika gesammelten Spenden mehrfach gedeckt sei", worauf auch die höchste Gerichtsinstanz des Reiches die Kläger abwies. Die Regierung mußte eben unter allen Umständen verhindern, daß ihre Ausführungsorgane für den den Juden zugefügten Schaden haftbar gemacht würden, da ein solcher Präzedenzfall, wie der Kischinewer Gouverneur naiv argumentierte, „die Träger der Staatsgewalt in eine unmögliche Lage versetzen" und letzten Endes den Ausgabenetat des Reiches um viele Millionen erhöhen würde.

§ 41. Der Russisch-Japanische Krieg (1904)

Dem ersten Jahre der politischen Pogrome folgten die Jahre des Krieges gegen Japan und der ersten russischen Revolution. Einen Tag nach der Kriegserklärung, am 10. Februar 1904, schrieb der „Woss'chod": „Es ist jetzt nicht die Zeit, in alten Wunden zu wühlen. Wir wollen uns alle erdenkliche Mühe geben, die jüngste Vertreibung aus Port Arthur[1]), die Pogrome von Kischinew und Homel und vieles, vieles andere zu vergessen. Mögen die jüdischen Eltern davon ablassen, über das bittere Los ihrer Kinder nachzusinnen, denen die Schulpforten verschlossen geblieben sind. Das Blut der jüdischen Soldaten, die durchweg als Gemeine in den Krieg ziehen werden, wird ebenso reichlich fließen wie das russische Blut". Die Zahl der jüdischen Frontsoldaten, die im Fernen Osten zum Ruhme Nikolaus' II. für die Angliederung der Mandschurei an das den Juden verwehrte Sibirien kämpften, war in der Tat sehr erheblich, da die in Westrußland ausgehobenen Rekruten vorwiegend in die sibirischen Regimenter eingereiht zu werden pflegten, die nun als erste gegen die Japaner in Bewegung gesetzt wurden. Unverhältnismäßig groß war auch die Zahl der sich im Felde aufopfernden jüdischen Ärzte, die, weil sie von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen waren, in erster Linie eingezogen werden konnten. Während Zehntausende von entrechteten Juden so ihr Leben für das Ansehen Rußlands im fernen Asien einsetzten, waren ihre Brüder im Inneren des Landes nach wie vor schlimmster Unterdrückung ausgesetzt. In verschiedenen außerhalb des Ansiedlungsrayons gelegenen Gegenden schickten sich die Ortsbehörden an, die Angehörigen der zum Militär eingezogenen jüdischen Reservisten und Ärzte unter dem Vorwand auszuweisen, daß das Wohnrecht der Betreffenden von der Berufstätigkeit ihres Ernährers abhängig sei und mit dessen Einziehung automatisch außer Kraft trete. Dies ging der Regierung in Petersburg denn doch zu weit, und so erließ sie die Verfügung, die Familien der jüdischen Heeresangehörigen „bis Kriegsende" an ihrem jeweiligen Wohnort zu belassen.

Mittlerweile nahm aber der Judenhaß im öffentlichen Leben, durch den Kriegschauvinismus genährt, immer ungeheuerlichere For-

[1]) Zwei Monate vor Ausbruch des Krieges hatte der russische Statthalter im Fernen Osten den Juden den Aufenthalt in Port Arthur sowie auf der Halbinsel Kwan-tung überhaupt untersagt.

men an. Die durch den überraschenden Siegeszug der japanischen Truppen gereizte reaktionäre Presse („Nowoje Wremja" und andere Blätter) setzte die Schauermär in Umlauf, daß die seit dem Kischinewer Pogrom von Rachegier erfüllten Juden den ihnen „rassenverwandten" Japanern in jeder Weise behilflich seien, indem sie aus Rußland insgeheim Gold ausführten, das japanische Heer mit Pferdematerial versorgten und Geld zum Ankauf von Schlachtschiffen für die feindliche Marine sammelten. Es war offensichtlich, daß eine Bande von Giftmischern darauf hinarbeitete, den „Landesverrat" der Juden zum Vorwand für einen blutigen Pogrom zu machen. Die Hetzgerüchte wurden absichtlich im März, unmittelbar vor der österlichen Pogromzeit verbreitet, genau ein Jahr nach dem Auftauchen der Blutlüge von Dubossary. „Die Brandstifter sind wieder am Werk" — schrieb der „Woss'chod" in seiner Meldung über die Panik, die sich der jüdischen Bevölkerung Südrußlands bemächtigt hatte. In Kischinew, wo man eine Wiederholung des Pogroms befürchtete, setzte mit neuer Stärke die Auswanderung nach Amerika ein; in Odessa rüsteten sich die Juden im geheimen zur Abwehr. Die besorgniserregenden Nachrichten drangen auch in die Auslandspresse. Die Regierung erkannte jedoch bald, daß es untunlich sei, während des Krieges gegen den äußeren Feind auch noch den Krieg im Innern wieder aufzunehmen. So ging denn den Gouverneuren ein Runderlaß zu, während des Osterfestes keine Ausschreitungen zu dulden. Der neu ernannte Gouverneur von Bessarabien, Urussow, und der Stadthauptmann von Odessa wandten sich hierauf an die Bevölkerung mit eindringlichen Ermahnungen, die auch ihre Wirkung taten. Sobald die Ortsbehörden die Überzeugung gewonnen hatten, daß die Pogrome den höchsten Stellen unerwünscht seien, nahm das verbrecherische Treiben ein Ende, und das Osterfest verlief, wie die Zeitungen im April melden konnten, „allenthalben ohne jede Ruhestörung"[1]).

[1]) In den Memoiren des Fürsten Urussow wird die folgende bezeichnende Episode festgehalten. Als er zur Zeit seiner Amtstätigkeit in Kischinew in den unruhvollen Tagen vor dem Osterfeste mit dem Polizeichef die zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt zu ergreifenden Maßnahmen besprach, fiel es ihm auf, daß sein Untergebener nur halb bei der Sache war. Eine Sinnesänderung trat bei dem Polizeichef erst dann ein, als ihm der Gouverneur das Telegramm zeigte, in dem der Innenminister vorschrieb, keine Pogrome zu dulden: „Seien Sie unbesorgt — rief er auf der Stelle aus —, nun wird es in Kischinew zu keiner Ruhestörung mehr

Am 28. Juli 1904 wurde der allmächtige Plehwe, als er sich gerade zu einem Immediatvortrag beim Zaren begab, auf einer Petersburger Straße durch die Bombe eines russischen Terroristen in Stücke gerissen. Die Revolution marschierte. Nach zwei Jahren wütenden Polizeiterrors, nach den verzweifelten Versuchen, die Aufmerksamkeit der Reformen verlangenden Volksschichten zunächst durch Pogrome und sodann durch den nach außen hin geführten Krieg abzulenken (Plehwe hatte zum Krieg gegen Japan in der Hoffnung getrieben, daß der Chauvinismus die Revolution zum Verstummen bringen würde), war das Zarenreich mehr denn je von der Gefahr des Umsturzes bedroht. Das heraufziehende Gewitter erschütterte das Selbstvertrauen der Regierung und bewog sie, Mittel zu suchen, durch die das Volk versöhnt werden könnte. Am 24. August erging anläßlich der Geburt des Thronfolgers ein „Gnaden"-Manifest, das der Bevölkerung verschiedene Erleichterungen brachte, von denen die wichtigste die Beseitigung des letzten Überrestes der Knutenherrschaft: die Abschaffung der für Bauern und Soldaten noch immer bestehenden Prügelstrafe war. Am selben Tage tat der Zar durch einen Ukas kund, daß es ihm „gerecht" erscheine, „noch vor der allgemeinen Revision der Gesetze in betreff der Juden die für sie geltenden Wohnrechtsbestimmungen in mancherlei Hinsicht abzuändern". Diese Änderungen waren recht geringfügig und liefen auf folgendes hinaus: die akademisch gebildeten Juden erhielten das Recht, sich auf dem flachen Lande niederzulassen und dort Immobilien zu erwerben; ihre nächsten Angehörigen sollten auch nach ihrem Ableben unbeschränkte Freizügigkeit genießen; die gleichen Vergünstigungen wurden auch den sich im Kriege Auszeichnenden in Aussicht gestellt. Dies war der „gerechte" Lohn, mit dem die jüdische Bevölkerung für die ungeheuren Opfer bedacht wurde, die sie der Krieg in der Mandschurei kostete. Die jüdische Öffentlichkeit ging an dem ihr hingeworfenen Almosen achtlos vorbei und wandte sich den ungleich weiteren Perspektiven zu, die sich dem damaligen Rußland eröffneten. Traten doch in der Eiswüste der Reaktion bereits die ersten Anzeichen des „politischen Frühlings" in Erscheinung.

Anfang September wurde der Wilnaer Generalgouverneur Swjato-

---

kommen". Der Hüter der Ordnung war eben bis dahin davon überzeugt gewesen, daß die Regierung die Pogrome herbeiwünsche, und so entschloß er sich, seine Pflicht erst auf einen ausdrücklichen Befehl des Ministers zu tun.

polk-Mirskij, der den Ruf eines Liberalen genoß, zum Innenminister ernannt. Nach seinem Amtsantritt erklärte er, daß er die Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen Regierung und Volk anstrebe; schon früher hatte er in Wilna einer jüdischen Abordnung seine Absicht kundgetan, sich in der Judenfrage von Gerechtigkeit und „Güte" leiten lassen zu wollen. Wie sich bald zeigte, war indessen der menschenfreundliche Minister gegen die erneut hereinbrechende Flut der Barbarei völlig machtlos. Es kam nämlich eine neue Abart von Judenhetzen auf: die *Mobilmachungs-Pogrome*. Über den bevorstehenden Abtransport nach der mandschurischen Walstatt erbittert, gingen die eingezogenen russischen Reservisten in der Linie des geringsten Widerstandes vor und ließen ihren Zorn an den Juden aus. Gemeinsam mit dem Stadtmob drangen betrunkene Soldatenbanden in die jüdischen Häuser ein, mißhandelten die Einwohner und bemächtigten sich ihrer Habe. Zu besonders schweren Ausschreitungen kam es am 19. und 20. September in Alexandria (Gouvernement Cherson), wo die Wüteriche in die von Andächtigen überfüllte Synagoge einbrachen (es war gerade am Jom Kippur) und etwa zwanzig Personen aufs übelste zurichteten. Einen Monat später spielten sich ähnliche Exzesse auch in Weißrußland ab. Am schlimmsten trieb es die durch den Abschaum der Stadtbevölkerung verstärkte Soldateska in Mohilew am Dnjepr, wobei den Hauptschaden der ärmste Teil der jüdischen Bevölkerung erlitt, darunter viele Familien von Reservisten, die an der Front kämpften (23. Oktober). Im Gouvernement Witebsk richteten sich die Angriffe der verwilderten Soldaten zuweilen wahllos gegen Juden wie Nichtjuden, ja sogar gegen die Polizei. Um die im Gange befindliche Mobilmachung nicht zu gefährden, glaubten eben die Behörden bei der Unterdrückung der Unruhen von allzu strengen Maßnahmen gegen die „Vaterlandsverteidiger" absehen zu müssen, so daß die neue Pogromwelle erst Ende Oktober wieder abflaute.

In denselben Oktobertagen des Jahres 1904 wurde in Homel der dortige Pogrom des Vorjahres zum Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung gemacht. Die noch zu Lebzeiten Plehwes ausgearbeitete Anklageschrift stellte die ganze Sache in auffällig tendenziöser Weise so dar, als ob es die jüdische Selbstwehr gewesen sei, die, um Rache für Kischinew zu nehmen, einen antirussischen Pogrom veranstaltet hätte, während die Russen sich lediglich verteidigt hätten. Unter den

60 Angeklagten gehörten denn auch nicht weniger als 36 der schwer heimgesuchten jüdischen Bevölkerung an. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung war die Regierung diesmal genötigt, auf den Ausschluß der Öffentlichkeit zu verzichten, doch wurde der Gerichtspräsident angewiesen, während der Verhandlungen keine politischen Enthüllungen zuzulassen. Den angeklagten Juden standen die hervorragendsten jüdischen und russischen Anwälte zur Seite. Fast drei Monate dauerte der Zweikampf zwischen der die Aufdeckung der Wahrheit anstrebenden Verteidigung und dem auf die Verdunkelung des wahren Sachverhalts ausgehenden Krongericht. Der Mißbrauch der diskretionären Gewalt seitens des Gerichtspräsidenten zwang indessen schließlich die Verteidiger und Nebenkläger der jüdischen Parteien, in demonstrativer Weise ihre Vollmachten niederzulegen. Der Prozeß endete im Januar 1905 mit der Verurteilung etwa der Hälfte der angeklagten Christen und Juden zu geringfügigen Freiheitsstrafen, wobei das Gericht für die Verurteilten auch noch Strafmilderung beantragte, und zwar ohne zwischen Angreifern und Angegriffenen irgendeinen Unterschied zu machen. Das ergangene Urteil wurde in der russischen juristischen Wochenschrift „Prawo" („Das Recht") in folgender Weise kommentiert: „Die Wahrheit kommt selbst in diesem Urteilsspruch deutlich zum Vorschein. Wenn die Schuld an dem Blutvergießen und den Plünderungen sowohl Christen wie Juden nur in sehr geringem Maße trifft (wie wäre sonst die äußerste Milde der verhängten Strafen zu erklären?), so drängt sich jedem unwillkürlich die Frage auf: wer ist nun der eigentliche Urheber der in Homel vollbrachten Schreckenstaten? Die einzig mögliche Antwort auf diese Frage lautet: außer den Christen und Juden gibt es einen dritten Schuldigen — die politisierende Bürokratie. Dieser Schuldige fehlte zwar auf der Anklagebank, doch ist er mitverurteilt. Er ist es, der aus Furcht vor der strafenden Gerechtigkeit über die ganze Sache den Schleier einer allgemeinen Amnestie warf".

Solcherart war der Ausklang des verhängnisvollen Zeitabschnitts, der in der jüdischen Geschichte durch die Namen Kischinew und Homel, in der Rußlands durch die Niederlagen von Port Arthur und Mukden gekennzeichnet ist. Die Stürme dieser zwei Jahre hatten etwa 125 000 Juden aus Rußland nach Amerika getrieben. Gegen Ende der Schreckenszeit begann sich allerdings der politische Horizont aufzuheitern: die Wogen der Freiheitsbewegung drückten alle ihnen ent-

gegengesetzten Dämme ein, und die gemarterten russischen Juden stürzten sich voller Begeisterung in die brausende Flut. Indessen sollte ihnen selbst die Freude am Sieg der russischen Revolution durch fürchterliche Pogrome vergällt werden.

§ 42. Die Revolution von 1905

Der von Swjatopolk-Mirskij inaugurierte „politische Frühling", der Versuch der Regierung, sich mit den liberalen Kreisen auszusöhnen, verlieh der Freiheitsbewegung den Charakter der Rechtmäßigkeit. Die im Stillen von einer konstitutionellen Monarchie träumenden Liberalen durften nunmehr ihre geheimen Wünsche laut zum Ausdruck bringen. Im November 1904 nahm eine in Petersburg zusammengetretene Konferenz der Wortführer der Landschaften eine Resolution an, die die Mitwirkung von Volksvertretern bei der Gesetzgebung forderte. Eine ähnlich lautende, von einer stark besuchten Advokaten- und Schriftstellerversammlung beschlossene Resolution forderte überdies „die Aufhebung sämtlicher nationalen und konfessionellen Beschränkungen". Auch die Presse führte, nachdem der Druck der Zensur nachgelassen hatte, eine freiere Sprache. Zugleich traten politische Verbände mit ins Einzelne ausgearbeiteten Programmen auf den Plan. Die Regierung mußte sich, wenn auch nur widerstrebend, zu Zugeständnissen bequemen. Derselbe Zarenukas vom 25. Dezember 1904, der sich in schärfster Weise gegen die „lärmenden Versammlungen" und die von diesen geforderte Umgestaltung „der unerschütterlichen Prinzipien der Staatsordnung" wandte, stellte auf der anderen Seite eine Reihe von Reformmaßnahmen in Aussicht: die Besserung der Rechtslage der Bauernschaft, die Erweiterung der Kompetenz der Landschaften, staatliche Arbeiterversicherung, Milderung des polizeilichen Druckes und der Zensurvorschriften sowie „die Revision der die Rechte der Fremdstämmigen beschränkenden Gesetze", soweit diese nicht „durch die vitalen Staatsinteressen und den offensichtlichen Nutzen des russischen Volkes diktiert sind". Der letztere Vorbehalt machte das Versprechen, das den „fremdstämmigen" Juden gegeben ward, von vornherein wertlos, da ja ihre Entrechtung von den Reaktionären stets durch „vitale Staatsinteressen" gerechtfertigt zu werden pflegte. Der Auftrag, die angekündigten Halbreformen in die Form von Gesetzentwürfen zu kleiden, wurde einer bürokratischen

Instanz, dem sogenannten „Ministerkomitee" erteilt, so daß die Vertreter der Öffentlichkeit sogar bei dieser Vorberatung völlig ausgeschaltet blieben.

Das heftige Widerstreben, mit dem sich Nikolaus II. zu Konzessionen an das Volk bereit fand, hatte zur Folge, daß die Freiheitsbewegung immer mehr anschwoll. Am „blutigen Sonntag", dem 9. (22.) Januar 1905 kam es in Petersburg zum offenen Ausbruch der Revolution, für die soziale und politische Forderungen in gleicher Weise bestimmend waren. Der Versuch der in den Streik getretenen Petersburger Arbeiter, dem Zaren eine bescheidenen Reformwünschen Ausdruck gebende Petition zu überreichen, endete mit einer schweren Katastrophe. Die vom Priester Gapon geführten, unter Vorantragung von Kreuzen und Kirchenfahnen zum Winterpalais ziehenden Arbeitermassen wurden von der kaiserlichen Garde mit Gewehrsalven empfangen, wobei außer einer beträchtlichen Zahl von Demonstranten viele unbeteiligte Zuschauer, darunter mehrere Juden, ums Leben kamen. Die Heimtücke des Zaren, der auf die Bitte um Reformen mit einem Kugelregen geantwortet hatte, entfesselte in den beiden Reichshauptstädten sowie in der Provinz einen Sturm der Entrüstung, der sich in regierungsfeindlichen Kundgebungen, Ausständen von Fabrikarbeitern und auch in Terrorakten entlud.

Die Beteiligung der Juden an der Revolutionsbewegung fiel am stärksten in den westlichen und südlichen Gouvernements auf, wo die Zahl der vom „Bund" und anderen sozialistischen Parteien organisierten jüdischen Arbeiter nach und nach eine recht beträchtliche Höhe erreicht hatte. In Odessa wurde der Polizeichef von einem jüdischen Arbeiter namens Stilmann durch einen Revolverschuß verwundet; auch in Mohilew am Dnjepr entging der Polizeichef, den man allgemein für den im letzten Herbst erfolgten Pogrom verantwortlich machte, nur mit knapper Not dem Revolverattentat eines jüdischen Jünglings. Die Regierung, der nach den Januarereignissen statt des liberalen Swjatopolk-Mirskij der konservative Bulygin als Innenminister angehörte, verwies auf solche Zwischenfälle als auf einen Beweis dafür, daß die Juden „die Führer der Revolution" seien, um durch diese Behauptung ihre judenfeindliche Politik zu rechtfertigen. Unter den hohen Staatswürdenträgern war der dem Ministerkomitee präsidierende Witte der einzige, der aus der Tatsache, daß sich die revolutionäre Stimmung der Juden immer mehr verschärfte, eine direkt ent-

gegengesetzte Schlußfolgerung zog. In einer im Februar abgehaltenen Sitzung des Komitees erklärte er, daß „das regierungsfeindliche Verhalten, das sich heutzutage unter der jüdischen Bevölkerung bemerkbar macht, eine Rückwirkung der schweren materiellen Verhältnisse ist, unter denen die von den Ausnahmegesetzen betroffene Mehrheit der russischen Juden ihr Dasein fristet"; „die gegen die Regierung gerichteten Umtriebe der Juden — so sagte er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen warnend voraus — werden schwer zu bekämpfen sein, solange die angekündigte Verbesserung des Loses der Fremdstämmigen nicht Wirklichkeit geworden ist".

Mittlerweile wurde die Regierung von der jüdischen Öffentlichkeit mit Petitionen bestürmt, in denen viel radikalere Reformen als die seinerzeit im Zarenukas angekündigten gefordert wurden. Im Februar gingen Witte mehrere Sammelpetitionen zu, die in der Forderung der Gleichberechtigung gipfelten. So klang eine im Namen von 32 Gemeinden (der von Petersburg, Wilna, Kowno, Homel, Berditschew, Kischinew u. a.) unterbreitete Bittschrift in die folgenden Worte aus: „Alle Juden Rußlands sind im gegenwärtigen Augenblick von dem einen Gedanken durchdrungen, daß das grausame System der endlosen Rechts- und Freiheitsbeschränkungen die Grundlage ihrer Existenz unterwühlt, daß es so nicht weiter gehen kann. Durch alles von ihnen Erlebte erschöpft, erwarten die Juden nunmehr ihre völlige Befreiung, die endgültige Abschaffung aller Ausnahmegesetze, damit sie im Besitze der Freiheit und Gleichberechtigung Hand in Hand mit den übrigen Bürgern des großen Reiches für dessen Wohlfahrt und Gedeihen wirken können". In einem noch schärferen Tone war die Denkschrift gehalten, die im Namen der radikaleren Gruppen innerhalb der eben genannten Gemeinden sowie in dem von 26 weiteren Gemeinden, darunter der von Moskau und Odessa, abgefaßt war: „Wir erklären — hieß es da — daß wir jeden Versuch, die jüdische Bevölkerung durch irgendwelche partielle Erleichterungen zu befriedigen und zu beruhigen, als völlig aussichtslos betrachten. Als Menschen mit einem ausgeprägten Gefühl der Selbstachtung und freiheitlich gesinnte Staatsbürger harren wir der Gleichberechtigung". Die Wilnaer Radikalen wollten dem noch den folgenden Punkt hinzugefügt wissen: „Als Kulturnation beanspruchen wir das Recht auf nationalkulturelle Selbstbestimmung, das allen das Russische Reich bildenden Völkern zugestanden werden muß".

Die Freiheitsbewegung griff unaufhaltsam um sich. Advokaten, Ingenieure, Eisenbahner schlossen sich zu Berufsverbänden zusammen, hie und da brachen bedrohliche Eisenbahnerstreiks aus, die Studentenunruhen wollten kein Ende nehmen. Die Regierung wußte nichts Besseres zu tun als die Kosaken ihre Knute schwingen und die Soldaten schießen zu lassen. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Obrigkeit bewogen die Partei der Sozialrevolutionäre, den roten Terror zu verschärfen. Am 17. Februar wurde im Kreml von Moskau der dortige Generalgouverneur, der Großfürst Sergej, ermordet. Als der russische Revolutionär Iwan Kaljajew gegen diesen Onkel des Zaren, einen der niederträchtigsten Romanoffs, die tödliche Bombe schleuderte, dachte er wohl kaum daran, daß er, ein Werkzeug der geschichtlichen Nemesis, den Moskauer Haman auch für die Verhöhnung des Judentums bestrafe. Die steigende Revolutionsflut sowie die katastrophalen Niederlagen im Fernen Osten machten Nikolaus II. mürbe, und so fand er sich erneut zu Konzessionen bereit. Am 18. Februar (3. März) ergingen drei Zarenerlasse: ein Manifest, das die trotz des „blutigen Krieges" entfesselten revolutionären „Wirren" als „Landesverrat" brandmarkte und alle „Wohlgesinnten" zum Kampfe gegen den inneren Feind aufrief; ferner ein an den Innenminister Bulygin gerichtetes Reskript, in dem der Zar seinen Willen kundtat, „die würdigsten, von der Bevölkerung erwählten Männer zur Beratung gesetzgeberischer Vorschläge hinzuzuziehen", d. h. eine *beratende* Volksvertretung einzuführen; endlich ein Ukas an den Senat über die Institutionen und Privatpersonen zuzuerkennende Befugnis, der Regierung „Vorschläge zur Vervollkommnung der Staatseinrichtung" zu unterbreiten. Die russischen fortschrittlichen Kreise versäumten nicht, von dem der Bevölkerung zuerkannten Petitionsrecht weitestgehenden Gebrauch zu machen. Es ergoß sich ein Schwall von Entschließungen und Erklärungen, die allesamt auf die eine radikale Reform drangen: auf die Abschaffung der Autokratie und die Einführung einer parlamentarischen Verfassung. Auch die jüdischen Institutionen blieben nicht abseits stehen, und die älteste unter ihnen, die Petersburger „Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden" (Band IX, § 47), nahm die folgende Resolution an: „Eine sachgemäße, den kulturellen Eigenheiten des jüdischen Volkes entsprechende Organisation des Bildungswesens der Juden ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß sie der übrigen Bevölkerung Rußlands rechtlich gleich-

gestellt werden. Die freie kulturelle Entwicklung und die völlige Gleichheit der Nationalitäten wird nur dann gesichert sein, wenn von allen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität, der Konfession und des Standes auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Stimmrechts gewählte Volksvertreter sich an der gesetzgebenden Gewalt sowie an der Kontrolle der Staatsverwaltung beteiligen werden". In ähnlicher Weise brachten auch viele andere jüdische Institutionen ihre unmittelbaren Aufgaben mit der Grundforderung der Zeit, der Schaffung einer konstitutionellen Staatsform in Verbindung.

So wurde das Bedürfnis rege, eine politische Zentralstelle zu schaffen, die den Kampf um die jüdische Gleichberechtigung planmäßig organisieren sollte. Im April 1905 trat denn auch in Wilna eine Konferenz von Wortführern der jüdischen Öffentlichkeit zusammen, auf der der „Verband zur Erreichung der Vollberechtigung des jüdischen Volkes in Rußland" gegründet wurde, der sich zum Ziel setzte, „die *bürgerlichen, politischen* und *nationalen* Rechte der russischen Juden in vollem Maße zu verwirklichen". Die nationalen Rechte wurden in dem Programm des Verbandes in Übereinstimmung mit der Theorie des Autonomismus definiert, nämlich als „Freiheit der national-kulturellen Selbstbestimmung, die in weitestgehender Gemeindeautonomie sowie in dem Recht auf die eigene Sprache und auf ein selbständiges Schulwesen zum Ausdruck kommen soll". Zum erstenmal in der neuesten Geschichte hatte eine jüdische Vereinigung ein Programm aufgestellt, in dem die Nationalrechte neben die Staatsbürgerrechte gesetzt wurden, zum erstenmal war der Versuch gemacht worden, den Befreiungskampf im Namen der jüdischen *Nation* und nicht, wie dies in Westeuropa der Fall gewesen war, in dem einer sich der herrschenden Nation zuzählenden „Religionsgemeinschaft" zu führen. Das von der Wilnaer Konferenz gewählte Zentralkomitee des Verbandes hatte seinen Sitz in Petersburg und umfaßte 22 Mitglieder (L. Bramson, S. Dubnow, B. Goldberg, Sch. Levin, M. Ratner, H. Sliosberg, M. Winawer u. a.), Vertreter verschiedener Richtungen, die sich auf das bezeichnete Programm geeinigt hatten. Die ersten konkreten Beschlüsse des Verbandes lauteten dahin, daß zugleich mit dem allgemeinen parlamentarischen Wahlrecht Garantien für eine gerechte Vertretung der nationalen Minderheiten in jedem Wahlkreis zu fordern seien und daß die russische Öffentlichkeit bewogen werden müsse, in den die Bürgergleichheit fordernden Resolutionen aus-

drücklich die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes zu erwähnen. Darüber hinaus richtete der erste Verbandstag an alle jüdischen Stadtverordneten, die der bestehenden Bestimmung gemäß nicht gewählt, sondern von den Ortsbehörden ernannt zu werden pflegten (oben, § 20), die Aufforderung, auf ihr mit der nationalen Würde nicht zu vereinbarendes Amt zu verzichten. Die Folge war, daß an vielen Orten die jüdischen Mitglieder des Stadtrats nach entschiedener Verwahrung gegen das die Juden des kommunalen Wahlrechts beraubende Gesetz ihre Mandate in demonstrativer Weise niederlegten.

Je mächtiger die versklavte russische Judenheit an ihren Fesseln rüttelte, desto größer wurde die Rachgier der ihr wegen ihrer Beteiligung an der Freiheitsbewegung grollenden reaktionären Mächte. Der Revolutionsflut, die den besten Teil der russischen Öffentlichkeit mit sich gerissen hatte, wälzte sich die schlammige Welle der „Schwarzen Hundert" entgegen, des Verbandes, in dem sich die Spitzen der Reaktionäre mit der Hefe des russischen Volkes zusammengefunden hatten. „Acheronta movebo" — dies war die Drohung, die der Zarismus in seinem verzweifelten Ringen mit der Revolution nunmehr systematisch wahr zu machen begann. Indem die Reaktion die russische Unterwelt auf die liberale Gebildetenschicht und die Juden losließ, war es ihr um die Erreichung dreier Ziele zu tun: vor allen Dingen um die Einschüchterung der Liberalen und Sozialisten, sodann um Vorspiegelung eines „Volksprotestes" gegen die konstitutionellen Bestrebungen und schließlich um die Bekräftigung der alten Version, daß die ganze Freiheitsbewegung eine Angelegenheit der Fremdstämmigen, insbesondere der Juden, sei. Die für die Pogrome offen ausgegebene Parole lautete denn auch nunmehr: „Tod den Revolutionären und Jüden!" In einem von dem südrussischen „Nationalistenbund" verbreiteten Flugblatt war zu lesen: „Der Schrei ‚Nieder mit der Selbstherrschaft!' ist der Schrei jener Blutsauger, die man allgemein unter dem Namen Jüden, Armenier und Polen kennt. Hütet euch vor den Jüden! Sie sind die Wurzel alles Bösen, das ganze Unglück unseres Lebens. Schon naht der herrliche Augenblick, da es in Rußland keine Jüden mehr geben wird. Nieder mit den Verrätern! Nieder mit der Konstitution!" — Aus vielen Städten ging den Zeitungen die telegraphische Meldung zu: „Man erwartet Pogrome", die auch in der Tat unverhohlen für die Osterzeit vorbereitet wurden. In vereinzelten Fällen ordneten zwar die Gouverneure Vorbeugungsmaßnahmen gegen die erwarteten Aus-

schreitungen an, in der Regel wurden aber die blutrünstigen Hetzer von den Militär- und Zivilbehörden, insbesondere von der politischen Geheimpolizei, der berüchtigten „Ochrana", direkt begünstigt. Im April 1905 wurde die Fabrikstadt Bialystok, ein Mittelpunkt der jüdischen Arbeiterbewegung, zum Schauplatz wüster Szenen: die dort stationierten Kosaken überfielen am hellen Tage jüdische Passanten und nahmen die Durchsuchung der Synagogen und der Wohnhäuser der Juden zum Vorwand, um diese zu mißhandeln und auszuplündern. In den Ostertagen unternahmen Bauernbanden einen Angriff gegen die jüdischen Bewohner des Fleckens Dussjaty (Gouvernement Kowno). In der südrussischen Stadt Melitopol plünderte eine betrunkene Menge die jüdischen Geschäfte aus, steckte sie in Brand und wandte sich dann auch gegen die Häuser der Russen, wurde jedoch bald von der aus jüdischen und russischen jungen Leuten bestehenden Selbstwehr zerstreut. In Simferopol setzten die Mitglieder der monarchistischen „Schwarzen Hundert" das Gerücht in Umlauf, ein jüdischer Knabe hätte ein Heiligenbild in eine Senkgrube geworfen, woraufhin ein Pogrom ausbrach, der nur dank dem entschlossenen Widerstand der bewaffneten jüdischen Jugend keine größeren Dimensionen annahm und durch das Eingreifen der Ortsgarnison auch ganz unterdrückt wurde.

All diese bald hier, bald dort ausbrechenden Tumulte sollten indessen vor dem Blutbad in *Shitomir* verblassen, das gleich der Tragödie von Kischinew auf sorgfältige politische Regie zurückging. In der Hauptstadt Wolhyniens, wo Russen und Juden gemeinsam revolutionäre Kundgebungen veranstalteten, sprang nämlich die Rolle der letzteren in der sozialistischen Bewegung mehr in die Augen, und so beschlossen die „Schwarzen", dem „Rebellen"-Stamm einen Denkzettel zu geben. Sie verbreiteten allerlei Lügennachrichten, wie etwa die, daß die Juden ein „Christengemetzel" planten, bei den außerhalb der Stadt abgehaltenen Schießübungen ein Zarenbildnis als Zielscheibe benützten u. dgl. m., während in Wirklichkeit die jüdische Jugend sich nur zur Abwehr des von der Gegenseite vorbereiteten Angriffs rüstete. Nachdem nun die Hetzer aus Moskau Zuzug erhalten hatten, ging das blutige Schauspiel an den Ostertagen prompt in Szene. Drei Tage lang (6.—8. Mai) war die Stadt in der Gewalt betrunkener Horden, die mordend und plündernd unter der jüdischen Bevölkerung wüteten, in der festen Überzeugung, daß der Zar denjenigen, die seine

freiheitsdurstigen Feinde ausrotteten, nichts anhaben würde. Die Mitglieder der jüdischen Selbstwehr vollbrachten Wunder an Tapferkeit, schlugen, soweit sie von den Behörden nicht daran gehindert wurden, die Angriffe mit Todesverachtung zurück und fielen auf ihrem Posten dort, wo Polizei und Truppen mit den Pogrombanden gemeinsame Sache machten. Der dreitägige Pogrom forderte auf jüdischer Seite 15 Todesopfer und etwa 100 Verwundete, zumeist junge Arbeiter und Handwerker, aber auch einige Studenten. Bei der Verteidigung der überfallenen jüdischen Bevölkerung war auch ein Russe umgekommen, der Student Blinow, auf den sich die vertierten „Schwarzen", uniformierte wie nicht uniformierte, mit dem Ruf: „Bist zwar Russe, aber ein Roter, und schlimmer als die Jüden!" gestürzt und solange eingeschlagen hatten, bis er tot am Boden lag.

An einem dieser Ostertage spielte sich eine ergreifende Tragödie auch in dem nahe Shitomir gelegenen Flecken *Trojanow* ab. Auf die erste Nachricht von dem in der Hauptstadt Wolhyniens wütenden Pogrom brachen vierzehn jüdische Jünglinge aus dem benachbarten Tschudnow, mit Revolvern bewaffnet, auf, um den bedrängten Brüdern zu Hilfe zu eilen. Unterwegs, in Trojanow, stießen sie auf einen ihnen auflauernden Haufen von Bauern, denen gemeldet worden war, daß „jüdische Russenmörder" im Anmarsch seien. Nun kam es vor den Augen der ortsansässigen Juden zu einem fürchterlichen Gemetzel, dessen Einzelheiten in dem folgenden Bericht eines der geretteten Tschudnower Jünglinge festgehalten sind: „Nachdem uns die Bauern in Trojanow umzingelt hatten — heißt es da — durchsuchten sie uns, nahmen uns alles weg und begannen sodann mit Knüppeln und Äxten auf uns einzuhauen. Ich sah, wie meine Kameraden einer nach dem anderen tot zu Boden sanken. Als der Landjäger endlich zur Stelle war, waren von uns vierzehn außer mir nur noch drei Mann am Leben. Der Landjäger gab Befehl, uns ins Shitomirer Krankenhaus zu transportieren, doch wurde ich auf dem Transport von den Bauern der Wache entrissen und erneut aufs grausamste mißhandelt. Erst auf das Zureden der Wachleute, die darauf hinwiesen, daß sie mich befehlsmäßig nach Shitomir befördern müßten, fanden sich die Bauern bereit, mich freizugeben. ‚Zuvor aber — meinten sie — soll sich dieser Hund seine Jüdchen ansehen'. Und man zerrte mich zu den ermordeten Kameraden. Ich erblickte zehn Leichen . . . Ich werde diesen Anblick nie vergessen: bei dem einen war der Kopf

vom Rumpfe getrennt, beim anderen der Bauch aufgeschlitzt, anderen wieder die Arme abgeschlagen . . . Ich verlor das Bewußtsein". Die zehn Gräber der auf dem Friedhof von Trojanow beigesetzten jungen Märtyrer sollten von der ganzen Judenheit als Heiligtum verehrt werden.

Nach dem Untergang der russischen Flotte in der Seeschlacht bei Tsushima (Mai 1905) loderten die Flammen der russischen Revolution noch heller auf, und auch die von ihr mitgerissenen Juden antworteten auf die Pogrome mit einer Verschärfung des revolutionären Kampfes. Auf der ganzen, von der Konstitutionell-Demokratischen Partei über die Sozialdemokratie zu den Sozialrevolutionären sich erstreckenden Freiheitsfront standen die jüdischen Kämpfer in den vordersten Reihen. So bildete sich ein Zauberkreis: die vom alten Regime am schwersten unterdrückten Juden mußten sich notgedrungen in die Freiheitsbewegung stürzen, wofür sich das schwarze Rußland an ihnen durch Pogrome rächte, die jedoch die jüdische Bevölkerung nur noch mehr revolutionierten. Im Sommer 1905 kam es immer wieder zu judenfeindlichen Ausschreitungen der Soldateska. Die Soldaten und Kosaken wollten gleichsam die vernichtenden Niederlagen der russischen Streitkräfte im Fernen Osten durch die leichter zu erringenden Siege über die „inneren Feinde" wettmachen, als welche in den Flugblättern der „Schwarzen" in erster Linie die Juden bezeichnet wurden. Die jüdischen Einwohner von Minsk, Brest-Litowsk, Sjedlce und Lodz wurden im Laufe des Juni von dem patrouillierenden Militär wiederholt überfallen und aufs schwerste mißhandelt. In Lodz wurden gemeinsam demonstrierende polnische und jüdische Arbeiter von den Soldaten unter mörderisches Feuer genommen. Ein wahres Blutbad richteten die uniformierten Mörder am 13. Juli in Bialystok an, wo sie den ganzen Tag hindurch ohne jeglichen Anlaß auf die friedlichen jüdischen Passanten feuerten, wobei etwa fünfzig Personen getötet und noch mehr verwundet wurden. In der südrussischen Stadt *Kertsch* waren es die Zivilbehörden, die die Organisation eines Pogroms in die Hand nahmen. Nachdem dort unter Beteiligung der jüdischen Jugend eine friedliche Kundgebung gegen die Autokratie stattgefunden hatte, veranstalteten die Spitzen der Ortsbehörden eine „patriotische" Gegenkundgebung, in deren Verlauf die zarentreuen Demonstranten, zu denen nicht wenige stadtbekannte Diebe gehörten, zu einem Sturmangriff auf die Häuser der

Juden übergingen, um unter dem Deckmantel des Patriotismus deren Hab und Gut zu plündern; als der jüdische Selbstschutz zur Abwehr schritt, wurde gegen diesen Militär aufgeboten, das zehn der jungen Helden auf der Stelle niederschoß (13. August). Bei der später eingeleiteten Untersuchung wurde festgestellt, daß der Pogrom von der Polizei und Gendarmerie nach vorheriger Fühlungnahme mit dem Polizeidepartement in Petersburg aufs sorgfältigste vorbereitet worden war. Es waren dies gleichsam die Truppenübungen für die große Pogromschlacht, die noch im Oktober desselben Jahres geliefert werden sollte.

§ 43. Die Oktoberpogrome (1905)

Mitten im tosenden Lärm der revolutionären und gegenrevolutionären Kundgebungen brütete die Regierung über die Frage, wie die durch den Zarenukas vom 18. Februar verheißene Volksvertretung mit dem autokratischen System in Einklang gebracht werden könnte. Die mit der Entscheidung hierüber beauftragte, vom Innenminister Bulygin geleitete Kommission arbeitete einen Entwurf aus, der der in Aussicht genommenen „Reichsduma" eine bloß *beratende* Stimme zuerkannte und unter anderem die Juden von der Volksvertretung gänzlich ausgeschlossen wissen wollte, da es ungereimt zu sein schien, die der Bürgerrechte Beraubten mit politischen Rechten auszustatten. Die jüdische Öffentlichkeit war empört. Bereits im Juni erschienen in der Presse zahlreiche Protestresolutionen, die im Namen der Gemeinden von Petersburg, Riga, Wilna, Kischinew, Shitomir und vielen anderen Städten abgefaßt und zum Teil in einem überaus scharfen Tone gehalten waren. Als am 19. Juni eine Abordnung der Landschaften und Städte vom Zaren in Audienz empfangen wurde, unterließ es der Führer der Abordnung, der Professor der Moskauer Universität Fürst Sergej Trubezkoj, nicht, in seiner Ansprache zu betonen, daß kein Teil der Bevölkerung von der Volksvertretung ausgeschlossen bleiben, daß es „keine Entrechteten und Benachteiligten" geben dürfe. Die Regierung wurde schwankend, und das Ministerkomitee beschloß, „um die Juden nicht noch mehr zu reizen", die gegen diese gerichtete Bestimmung der Wahlordnung zu streichen. Während der im Laufe des Juli unter persönlichem Vorsitz Nikolaus' II. abgehaltenen Beratungen über die endgültige Fassung des

Reichsduma-Statuts kam auch die Judenfrage erneut zur Sprache. Die Vertreter der Hofkamarilla drangen darauf, daß „die schädliche jüdische Nation" keinen Zutritt zur Reichsduma erhalte, doch stießen sie auf den Widerstand der sich ihrer Verantwortung bewußten Staatsmänner (des Finanzministers Kokowzew u. a.), mit denen sich auch der Zar selbst einverstanden erklärte. So geschah es, daß diejenigen, die der unveräußerlichsten Bürgerrechte, selbst der Freizügigkeit beraubt waren, nun in den Besitz des wichtigsten politischen Rechts kamen, des der Teilnahme an der Volksvertretung.

Nach der im August erfolgten Veröffentlichung des Reichsduma-Statuts schrieb der „Woss'chod": „Nunmehr hat der Jude das Recht, zum Volksvertreter gewählt zu werden, ohne das Recht zu haben, sich in der Hauptstadt, dem Sitz der Volksvertretung, aufzuhalten". Wiewohl auf Grund der verkündeten „Verfassung" die Reichsduma lediglich Gutachterrechte besaß und das Wahlgesetz auf dem Zensusprinzip aufgebaut war, rüstete sich die jüdische Öffentlichkeit mit Ausnahme ihres linken Flügels zum bevorstehenden Wahlkampf, in der Hoffnung, mit dem Beistand der Volksvertretung viel weiter gehende Ziele zu erreichen. Der stürmische Gang der Ereignisse machte indessen alle Vorbereitungen gegenstandslos. In den mit Autonomie bedachten Hochschulen wurden Massenversammlungen abgehalten, in denen der Ruf zu einem Generalangriff gegen den Absolutismus erscholl. Die autonomen Professorenkollegien kümmerten sich nicht mehr um den für die Juden bestehenden numerus clausus, und der Strom der jüdischen Jugend ergoß sich in das brausende Meer der russischen Studentenschaft. Überall — auf der Universität, in der Fabrik, in der Eisenbahnwerkstatt — lautete die Parole: Generalstreik. Durch die allgemeine und gleichzeitige Niederlegung der Arbeit im ganzen Reiche sollte der Autokratie eine demokratische Verfassung, vor allen Dingen die unverzügliche Anerkennung der politischen Freiheiten abgetrotzt werden. Aber auch im Lager der Gegenrevolution blieb man nicht untätig und rüstete fieberhaft zu der den „Aufrührern", insbesondere den Juden, zugedachten Bartholomäusnacht. Die unversöhnlichsten Reaktionäre, Polizeispitzel und sonstige Zarendiener, schlossen sich zu diesem Zwecke zum „Verband des russischen Volkes" zusammen, dessen verbrecherische Machenschaften und enge Beziehungen zu den „höchsten Stellen" erst später

bekannt werden sollten, nachdem bereits Ströme von Blut vergossen worden waren[1]).

Es brach der denkwürdige Oktober des Jahres 1905 an. Auf den Eisenbahnen wurde der Generalstreik proklamiert, und bald standen in sämtlichen Industriezentren des Landes alle Räder still. Die Zusammenstöße zwischen Revolutionären und Truppen wurden immer häufiger. In Petersburg gab der Polizeigewaltige Trepow den Tagesbefehl aus, „keine Munition zu sparen", doch war die Revolution mit noch so blutrünstigen Befehlen nicht niederzuringen. Im letzten Augenblick geriet der Absolutismus ins Schwanken und wich vor dem Ansturm des Volkes zurück: am 17. (30.) Oktober erging ein Zarenmanifest, das der Bevölkerung alle Staatsbürgerfreiheiten (Freiheit der Person, der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, das Vereins- und Versammlungsrecht) gewährleistete und zugleich die Umgestaltung der Reichsduma zu einem *gesetzgebenden* Organ sowie die Demokratisierung des Wahlrechts verhieß. Über die *Gleichheit* der Bürger und die Gleichberechtigung der Nationalitäten schwieg sich indessen das Manifest aus, und auch die mitveröffentlichte Denkschrift des zum Premierminister ernannten Witte ließ sich hierüber nur in äußerst gewundenen Ausdrücken aus. Gleichwohl machte das Manifest im ganzen Lande einen ungeheuren Eindruck. Allenthalben fanden anläßlich der Umwandlung der Domäne des Despotismus in einen konstitutionellen Staat feierliche Kundgebungen statt, an denen auch die Juden regsten Anteil nahmen. Dem Jubel des befreiten Volkes sollte indessen ein überraschender Überfall der gegenrevolutionären Verschwörer ein jähes Ende bereiten. Wie auf Kommando traten die „Schwarzen Hundert", die sich um die Fahne des „Patriotismus" scharenden Pogrombanden, auf den Plan, und es begann eine furchtbare Blutorgie, die sich über eine ganze Woche, vom 18. bis zum 25. Oktober (1.—7. November), hinziehen sollte. Die Hauptopfer dieser endlosen Bartholomäusnacht waren die Juden: sie sollten als erste dafür büßen, daß dem Absolutismus das Freiheitsmanifest abgerungen

[1]) Die Enthüllungen in der Presse und der Reichsduma lassen keinen Zweifel darüber, daß an der Organisation der Oktoberpogrome dem Zaren nahestehende Personen beteiligt waren: sie waren es gewesen, die verschiedenen Gouverneuren die Weisung gegeben hatten, die „Patrioten" zu „Kampfwehren" zu organisieren. Die überall in der Provinz verbreiteten, zu Pogromen aufrufenden Flugblätter stammten aus der Druckerei des Polizeidepartements in Petersburg und die hierfür benötigten Summen aus dem zur Verfügung des Zaren stehenden Geheimfonds.

worden war. Im Laufe von nur sieben Tagen kam es an etwa sechshundert, zum Teil außerhalb des Ansiedlungsrayons gelegenen Orten zu schweren Ausschreitungen und in rund fünfzig weiteren Städten (Odessa, Kiew, Kischinew, Kalarasch, Simferopol, Romny, Krementschug, Tschernigow, Nikolajew, Jekaterinoslaw, Kamenez-Podolsk, Jelisawetgrad u. a.) zu regelrechten blutigen Pogromen.

Was allgemein auffiel, war der streng einheitliche Plan, nach dem die Schreckenstaten vollbracht wurden. In der Regel verliefen die Ereignisse nach dem folgenden Schema: gleich nach Verkündung der politischen Freiheiten veranstalteten die Vertreter der fortschrittlichen und revolutionären Parteien Massenversammlungen unter freiem Himmel und Straßenumzüge, über denen hie und da rote Fahnen mit entsprechenden Kampflosungen wehten; gleichzeitig sammelten sich die „Patrioten", zumeist lichtscheue Elemente unter Anführung von Spitzeln und verkleideten Polizisten, zu einer Gegenkundgebung, formierten sich zu einem Zug, dem das Zarenbildnis und Fahnen in den Nationalfarben vorangetragen wurden, und brachen plötzlich unter Absingung der Nationalhymne aus irgendeiner Seitengasse hervor, um sich mit lautem „Hurra!" und dem Ruf: „Nieder mit den Hochverrätern und ihrem Judenzaren!" auf die Freunde der Freiheit zu stürzen. Unmittelbar darauf folgte der Pogrom. Soweit sich die Juden zur Wehr setzten, wurden sie von den die „patriotischen" Demonstranten eskortierenden Soldaten und Kosaken unter Feuer genommen. So konnten die Pogrombanden völlig unbehindert, von Haus zu Haus, von Straße zu Straße ziehen und ihr blutiges Zerstörungswerk mit methodischer Gründlichkeit vollbringen. In der Metropole Südrußlands, Odessa, dauerte der Pogrom vier volle Tage. Die dortige jüdische Selbstwehr legte wahren Heldenmut an den Tag und wäre sicherlich der Lage Herr geworden, wenn ihr nicht die regulären Truppen in den Arm gefallen wären. Das Fazit der den Odessaer Juden gelieferten Schlacht war: über 300 Tote, Tausende von Verstümmelten und Verwundeten, 140 Witwen, 600 Waisen und mehr als 40 000 wirtschaftlich Ruinierte. Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Pogrome in Dutzenden von anderen Städten, wobei es allerdings nicht an bemerkenswerten Varianten fehlte (so wurden z. B. in Njeshin die Führer der Gemeinde mit dem Rabbiner an der Spitze durch Bedrohung ihres Lebens dazu gezwungen, öffentlich ihre Zarentreue zu

beschwören). Die Zahl der Städte, Flecken und Dörfer, in denen die Pogrombanden sich damit begnügt hatten, jüdisches Hab und Gut zu plündern und zu zerstören, ging aber, wie gesagt, in die Hunderte. Selbst außerhalb des Ansiedlungsrayons, wo es die „Schwarzen Hundert" auf die Ausrottung der russischen „Intelligenz" abgesehen hatten, blieben in einer Reihe von Städten (in Saratow, Woronesch u. a.) die dort bestehenden kleinen jüdischen Gemeinden nicht verschont.

Die Grausamkeit der Gegenrevolution, die just im Augenblick der Verkündung des Oktobermanifestes ausbrach, trieb die Revolution auf den Weg rücksichtsloser Gewaltanwendung. Die Heimtücke Nikolaus' II., der mit der einen Hand das Zeichen zur Versöhnung mit der liberalen Öffentlichkeit gegeben, mit der anderen aber dieser hinterrücks einen Dolchstoß versetzt hatte, rief allgemeine Empörung hervor. Auch die gemäßigten demokratischen Parteien hatten nun zu dem vom Zaren verpfändeten Wort kein Vertrauen mehr. Es rissen allenthalben chaotische Zustände ein. Die politischen Massenstreiks, an deren Organisation auch der jüdische „Bund" mitbeteiligt war, drohten in eine allgemeine Anarchie auszuarten; auf dem flachen Lande griffen die Agrarunruhen immer weiter um sich, bei denen Hunderte von gutsherrlichen Häusern zerstört und niedergebrannt wurden; in Polen und den baltischen Provinzen herrschte der Revolutionsterror. Im Dezember brach in Moskau ein bewaffneter Arbeiteraufstand aus, der von der Regierung Witte-Durnowo blutig unterdrückt wurde, worauf Strafexpeditionen ins Land hinauszogen, die Gefängnisse sich mit politischen Häftlingen füllten und Hinrichtungen zu einer alltäglichen Erscheinung wurden. Von der reaktionären Hofkamarilla geschürt, flackerte der Judenhaß des Zaren mit neuer Stärke auf. Auf die ihm von einer Abordnung des „Verbandes des russischen Volkes" vorgetragene Bitte, den Juden unter keinen Umständen die Gleichberechtigung zuzuerkennen, gab er die vielsagende Antwort: „Ich werde es mir überlegen"[1]).

---

1) Über die Nikolaus II. in diesen Tagen beherrschende Stimmung gibt ein Brief Aufschluß, den er am 27. Oktober (9. November) 1905, unmittelbar nach der Pogromwoche, an die Zarin-Mutter schrieb: „Das Volk empörte sich gegen die Frechheit der Revolutionäre und Sozialisten, und da neun Zehntel davon Jüden sind, ließ es seinen ganzen Zorn an diesen aus — daher die antijüdischen Pogrome". Wie bereits betont, konnte der Zar über die wahren Hintergründe der „Volksempörung" gegen die Revolutionäre und Juden keinen Augenblick im Unklaren gewesen sein.

Etwa vier Wochen nach den Pogromorgien fand in Petersburg der zweite Delegiertentag des „Verbandes zur Erlangung der jüdischen Vollberechtigung" statt, der dem die ganze russische Judenheit erfüllenden Zorn kraftvollen Ausdruck verlieh. Der Antrag, beim Grafen Witte um die unverzügliche Anerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden nachzusuchen, wurde von dem Verbandstag mit der folgenden Begründung abgelehnt: „In Anbetracht dessen, daß die jüngsten, ihrem Ausmaß und der Zahl der Opfer nach ungeheuerlichen Pogrome, wie es unwiderleglich bewiesen ist, von der Polizei und den Spitzen der Ortsbehörden offen begünstigt und vielfach unter deren direkter Mitwirkung angezettelt worden sind; daß ferner die Regierung, unbekümmert um die grauenerregenden Verbrechen ihrer örtlichen Organe keinen von den Schuldigen des Amtes enthoben und vor Gericht gestellt hat, sowie im Hinblick auf die vom Grafen Witte wiederholt abgegebene Erklärung, daß die Regierung es derzeit im Interesse der Juden selbst ablehnen müsse, ihre Gleichberechtigung zu proklamieren, da eine solche Maßnahme angeblich die judenfeindliche Erregung der Volksmassen steigern würde, während die Pogrome in Wirklichkeit gerade in der Entrechtung der Juden ihren Grund haben — beschließt die Konferenz, daß es zwecklos ist, an den Grafen Witte eine Abordnung zu entsenden und mit ihm Unterhandlungen anzuknüpfen, daß vielmehr alle Bemühungen darauf zu richten sind, die russische Judenheit zum *Kampf* um ihre Gleichberechtigung im Anschluß an die allgemeine Freiheitsbewegung zu organisieren". Der Losung des Kampfes um die nationalen Rechte eingedenk, faßte der Verbandstag zugleich den kühnen Beschluß, eine jüdische Konstituante einzuberufen. Die diesbezügliche Resolution lautete wie folgt: „Es sind unverzüglich Voranstalten zur Einberufung einer die Judenheit von ganz Rußland repräsentierenden Nationalversammlung zu treffen, die in Übereinstimmung mit dem Willen der gesamten jüdischen Bevölkerung die Formen und Prinzipien ihrer nationalen Selbstbestimmung und die Grundlagen ihrer inneren Organisation festlegen soll".

§ 44. Die Reichsduma und die Pogrome im Jahre 1906

Mit dem Anbruch des Jahres 1906 begann die erste parlamentarische Wahlkampagne in Rußland. Ein Teil der Öffentlichkeit hegte die Hoffnung, daß sich die Reichsduma nach ihrem

Zusammentritt, allen Widerständen der Regierung zum Trotz, zu einer konstituierenden Versammlung ausrufen werde, um im Namen des Volkes die geheiligten Prinzipien der Freiheit und Gleichheit zu sanktionieren. Die Organisation der jüdischen Wählermassen nahm der Vollberechtigungs-Verband auf sich, der alle damit zusammenhängenden Fragen zum Hauptgegenstand der Verhandlungen seines dritten, im Februar 1906 abgehaltenen Verbandstages machte. Gegen den Vorschlag der linksstehenden Konferenzteilnehmer, die in der irrigen Annahme, die Reichsduma würde zu einem „Bollwerk der Reaktion" werden, den Boykott der Duma-Wahlen beantragt hatten, wurde beschlossen, an diesen regsten Anteil zu nehmen, nach Möglichkeit jüdische Wahlkandidaten aufzustellen und dort, wo dies undurchführbar sein sollte, nur solche nichtjüdische Kandidaten zu unterstützen, die sich verpflichten würden, in der Duma für die bürgerlichen, politischen und nationalen Rechte der Juden einzutreten. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, „darauf zu bestehen, daß die Judenfrage in der Reichsduma unbedingt im Zusammenhang mit der Festlegung der Grundbestimmungen der Verfassung und der elementaren Bürgerfreiheiten gelöst werde". — Die Vorbedingungen der Wahlkampagne waren überaus ungünstig. Das über viele Verwaltungsbezirke verhängte Kriegsrecht ermöglichte es den Polizeibehörden, die Wahlagitation stark einzudämmen, und zugleich kündigten die „Schwarzen", um die Juden einzuschüchtern, für die herannahende Osterwoche neue Pogrome an. In Warschau scheuten sich die polnischen Chauvinisten nicht, den Juden für das „freche Vorhaben", eigene Kandidaten aufzustellen, mit Gewalttaten zu drohen. Auf der anderen Seite hielten der „Bund" und andere jüdische sozialistische Gruppen an ihrer Taktik des Duma-Boykotts fest und sprengten hie und da die Wählerversammlungen. Indessen sollten die Wahlen, allen widrigen Verhältnissen zum Trotz, im großen und ganzen glatt verlaufen: die angekündigten Pogrome blieben aus, die Wahlbeteiligung der jüdischen Bevölkerung war überaus rege, und das Ergebnis war, daß zwölf Juden Deputiertenmandate erhielten. Die tatkräftigsten der jüdischen Duma-Abgeordneten waren: *Maxim Winawer,* einer der Hauptführer der russischen Konstitutionell-Demokratischen Partei (der sogenannten „Kadetten") sowie Vorsitzender des jüdischen Vollberechtigungs-Verbandes, der zu den Führern des Zionismus gehörende *Schmarja Levin* und *Leon Bramson,* der sich in der Duma

an die Spitze der halbsozialistischen Bauernfraktion der „Trudowiki" (der „Werktätigen") stellte. Alle jüdischen Abgeordneten standen auf der nationalen Plattform des Vollberechtigungs-Verbandes und wurden durch einen Beschluß des vierten Verbandstages (Mai 1906) dazu verpflichtet, in jüdischen Angelegenheiten gemeinsam, wenn auch nicht als geschlossene Parlamentsfraktion, zu handeln.

Am 27. April (10. Mai) fand die Eröffnungssitzung der Reichsduma statt, in der die „Kadetten", jene Partei, die bei der jüdischen Bevölkerung den größten Anklang gefunden hatte und der acht von den zwölf jüdischen Duma-Abgeordneten angehörten, eine feste Mehrheit bildeten. Eine solche Zusammensetzung der Kammer schien eine rasche Lösung der Judenfrage gemäß dem Prinzip der bürgerlichen Gleichheit zu gewährleisten. Die kurze Duma-Session sollte jedoch ganz mit den Kämpfen der oppositionellen Fraktionen gegen die nunmehr von dem eingefleischten Reaktionär Goremykin geführte Regierung ausgefüllt werden. In der Antwortadresse auf die Thronrede hatte zwar die Duma darauf hingewiesen, daß „Freiheit und Ordnung ohne die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz keinen festen Bestand haben können", doch war in der hierauf in der Duma verlesenen Regierungserklärung das Prinzip der Gleichberechtigung mit keinem einzigen Worte erwähnt, woraus hervorging, daß die Machthaber fest entschlossen waren, in der Judenfrage keine Konzessionen zu bewilligen. Das Verhalten der Regierung veranlaßte den Abgeordneten Winawer in einer eindrucksvollen Rede zu erklären: „Wir Juden, Vertreter einer der im Lande am meisten gepeinigten Nationen, haben von dieser Tribüne, von der herab so viel über die politische Freiheit geredet wurde, noch kein einziges Wort über uns selbst gesprochen, weil es uns nicht angemessen schien, an diesem Platze die bürgerliche Ungleichheit auch nur zu erwähnen. Nun ist uns aber klar, daß die Regierung auch weiterhin ihren alten Weg zu verfolgen gedenkt, und so müssen wir betonen: solange ihr die bürgerliche Sklaverei dulden werdet, wird das Land nicht zur Ruhe kommen". Zu einer eingehenderen Erörterung der Gleichberechtigungsfrage sollte es indessen nicht mehr kommen, da die durch dringende allgemein staatliche Angelegenheiten, insbesondere durch die Agrarfrage in Anspruch genommene Duma sich genötigt sah, aus dem Gesamtkomplex der Judenfrage zunächst die Pogrompolitik der Regierung herauszugreifen und diese insbesondere über die Beteili-

gung des Polizeidepartements an den Metzeleien des Jahres 1905 zu interpellieren. Noch ehe jedoch die Antwort des Innenministers auf die im Mai eingebrachte Interpellation erfolgt war, brach erneut ein Pogrom aus: in *Bialystok*.

In diesem Stützpunkt der jüdischen Arbeiterbewegung hatten nämlich die judenfeindlichen Verschwörer an dem von Polizei und Truppen im Jahre 1905 zweimal pflichtgemäß veranstalteten Gemetzel noch immer nicht genug, und so ergriffen sie die erste beste Gelegenheit (ein von unbekannter Hand verübtes Attentat, dem der Ortspolizeichef zum Opfer gefallen war), um ihre verbrecherischen Pläne wieder einmal in die Tat umzusetzen. Am 1. (14.) Juni, als sich durch die Straßen von Bialystok eine Kirchenprozession bewegte, fiel plötzlich ein Schuß, und sogleich hieß es: „Die jüdischen Anarchisten feuern auf den Kirchenzug". Unmittelbar darauf brach ein Pogrom aus, an dem sich neben dem Straßenmob auch Soldatenhaufen mit wahrem Diensteifer beteiligten. Den Auftakt bildete die Mißhandlung und Plünderung der Juden, den Ausklang ein grausiges Blutbad. Männer und Frauen wurden in bestialischer Weise hingemordet, viele wurden in Stücke gehauen, anderen wurden nach Kischinewer Vorbild Nägel in den Schädel geschlagen; die in den Straßen patrouillierenden Soldaten schossen währenddessen in die Fenster der jüdischen Häuser und machten die fliehenden Juden nieder. Achtzig Tote und Hunderte von Verwundeten — dies war das Schlußergebnis der vom reaktionären Furor heraufbeschworenen Katastrophe. Tags darauf beschloß die Reichsduma, auf einen von Sch. Levin, Roditschew und anderen Abgeordneten in glühenden Reden begründeten Antrag hin, das Blutbad von Bialystok zum Gegenstand einer dringenden Anfrage an die Regierung zu machen und eine dreigliedrige Parlamentskommission mit der Untersuchung der Ereignisse an Ort und Stelle zu betrauen. In ihrem nach der Rückkehr vom Schauplatz des Gemetzels erstatteten Bericht stellten die Mitglieder der parlamentarischen Untersuchungskommission mit aller Unzweideutigkeit fest, daß das Verbrechen von Bialystok ein wohl vorbereiteter gegenrevolutionärer Akt gewesen war und daß die Ortsgarnison durch den Überfall auf die friedliche jüdische Bevölkerung schwere Schuld auf sich geladen hatte.

Als die Regierung endlich dazu kam, die seinerzeit beschlossene Interpellation über die Oktoberpogrome zu beantworten, stand die Kammer ganz unter dem Eindruck der jüngst vollbrachten Schrek-

kenstaten. Der farblosen Erklärung des Innenministers Stolypin trat mit einer scharfen Rede der liberale Deputierte Urussow, der ehemalige Gouverneur von Kischinew entgegen, der im Verlaufe seiner Ausführungen die Regierung bloßstellende Geheimnisse enthüllte. Er berichtete sensationelle Einzelheiten über die dem Polizeidepartement angegliederte Geheimdruckerei, aus der die zur Ausrottung der Juden auffordernden „patriotischen" Flugblätter hervorgingen, und gab die folgenden Worte des die ganze Sache überwachenden Gendarmerieoffiziers wieder: „Ein Pogrom kann ganz nach Wunsch arrangiert werden, mit zehn oder auch mit zehntausend Opfern" . . . Die Rede des Fürsten Urussow klang in die Worte aus: „Die Gefahr wird nicht gebannt sein, solange die Verwaltung und das Los des ganzen Landes von Menschen abhängen wird, die ihrer Erziehung nach Polizeiwachtmeister sind und ihrer Gesinnung nach zum Pogromgesindel gehören". In der hierauf von der Kammer genehmigten Resolution wurde die judenfeindliche Regierungspolitik aufs entschiedenste verurteilt. Heftige Debatten löste ferner in der Reichsduma der Bericht der nach Bialystok entsandten Untersuchungskommission aus. Die Unverfrorenheit, mit der die Regierung die Schuld an dem dortigen Pogrom auf die Juden selbst abwälzte, rief in der Kammer tiefste Empörung hervor; nicht weniger aufreizend wirkte die Dreistigkeit der höheren Militärinstanzen, die durch einen Sonderbefehl den in Bialystok stationierten Truppen „für den wackeren Dienst während des Pogroms", d. h. für die Erschießung von wehrlosen Juden, Anerkennung ausgesprochen hatten. Der in den Volksvertretern kochende Zorn entlud sich mit eruptiver Kraft in den Reden der jüdischen Abgeordneten Winawer, Levin und Jakubson, welch letzterer zu den drei nach Bialystok entsandten Parlamentsmitgliedern gehört hatte. Der „russische Mirabeau", Roditschew, prangerte die Träger der Staatsgewalt als die eigentlichen Urheber des Gemetzels an. Die Debatte schloß mit der Annahme einer Übergangsformel, die das herrschende System der Unterjochung und des Terrors als „beispiellos in der Geschichte der Kulturländer" brandmarkte und die sofortige Demission des Kabinetts forderte. Daraufhin beschloß der Zar, der Duma selbst den Laufpaß zu geben. Als die Abgeordneten zwei Tage später, am 9. (22.) Juli, vor dem Parlamentsgebäude erschienen, fanden sie an der geschlossenen Eingangspforte den Auflösungsbefehl angeschlagen, in dem es unter anderem hieß, daß die Reichsduma

„von dem ihr zuständigen Gebiet abgewichen sei, indem sie sich der Untersuchung der Handlungen der allerhöchst eingesetzten Behörden" zugewandt habe. Die Parlamentsopposition beantwortete diese Brüskierung mit dem sogenannten „Wiborger Manifest", in dem das Volk aufgefordert wurde, der Regierung, die seine Vertreter auseinandergetrieben habe, keine Steuern zu zahlen und keine Rekruten zu stellen. Der Aufruf war von allen jüdischen Abgeordneten mitunterzeichnet, was für sie, ebenso wie für alle übrigen Mitglieder des Wiborger Rumpfparlaments, in der Folge Freiheitsstrafen und den Verlust des Wahlrechts nach sich zog.

Der Revolutionsterror, der während der Duma-Session nachgelassen hatte, setzte nun mit neuer Kraft ein. Schlag auf Schlag folgten Attentate auf das Leben der höchsten Staatsbeamten (besonders verheerend war der Dynamitanschlag gegen die Villa Stolypins, der gleichzeitig mit der Auflösung der Duma zum Premierminister ernannt worden war), wohlorganisierte revolutionäre Raubüberfälle, wilde Arbeiterstreiks u. dgl. Die Regierung griff zu grausamen Repressalien: im September 1906 wurde das Standrecht proklamiert, und die Feldgerichte schickten im Laufe von nur fünf Monaten über tausend „politische Verbrecher", darunter viele Juden, aufs Schafott. Zur wirksameren Bekämpfung der umstürzlerischen Bestrebungen der Juden wurde gegen diese von der Regierung außer dem Justizterror auch noch der Straßenterror, die Massenerschießung, in Anwendung gebracht. So zettelte der Chef der Geheimpolizei in Sjedlce, Tichanowitsch, einen Pogrom an, der sich über zwei Tage (8. und 9. September) hinzog und in dessen Verlauf 30 Juden getötet und etwa 150 verwundet wurden. Das Unglück war durch in provokatorischer Absicht auf eine Militärpatrouille abgegebene Schüsse verursacht worden, auf die hin die wutentbrannte Soldateska Feuerüberfälle auf jüdische Häuser unternommen und jüdische Passanten in verschiedenen Stadtteilen niedergeschossen hatte. Wiewohl ein anderer Beamter der lokalen Geheimpolizei amtlich gemeldet hatte, daß die Juden keinerlei Anlaß zum Pogrom gegeben hatten und daß dieser nichts anderes als eine planmäßig vorbereitete polizeilich-militärische Exekution gewesen war, ging deren Urheber, Tichanowitsch, nicht nur straffrei aus, sondern wurde von dem Warschauer Generalgouverneur für die bewiesene „Energie und Umsicht" sogar ausdrücklich belobt.

Während die Ortsbehörden der „Judenrevolution" durch so primitive Mittel Herr zu werden hofften, versuchte die Reichsregierung dem Übel durch eine teilweise Milderung der jüdischen Rechtlosigkeit beizukommen. In einem am 24. August 1906 ergangenen Runderlaß versprach das Kabinett Stolypin, „ohne Säumen nachzuprüfen, welche Rechtsbeschränkungen als offensichtlich veraltet lediglich Erbitterung erregen und unverzüglich abgeschafft werden könnten und welche hingegen für die Beziehungen der jüdischen Nationalität zur Urbevölkerung wesentlich sind und als Sache des Volksgewissens nicht ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften abgeändert werden dürften". Indessen versagte der Zar dem dahingehenden Beschluß des Ministerrats seine Sanktion. Vergebens suchte Stolypin Nikolaus II. zu überzeugen, daß Nachgiebigkeit in der Judenfrage „den nichtrevolutionären Teil der Judenheit beschwichtigen", daß sich aber im Falle der Ablehnung des für die Juden günstigen Projekts das ganze Odium unmittelbar gegen die Person des Zaren richten würde; der gekrönte Schwachkopf, der Rußland dem Verderben entgegenführte, wollte von Konzessionen nichts wissen. Sein letztes Wort soll, wie verlautet, gewesen sein: „Solange ich regiere, ist in Rußland an die Gleichberechtigung der Juden nicht zu denken". Nikolaus II. war eben damals ganz dem Einfluß der sogenannten „Geheimregierung", der reaktionären Hofschranzen, verfallen, die sich wiederum auf den „Verband des russischen Volkes" stützten. Dieser Bund, dessen Hauptaufgabe die Organisation von Judenpogromen war, wurde denn auch bald in einem Schreiben des Zaren als „Stütze des Thrones" anerkannt.

Noch blieb die Hoffnung auf die neue Duma, die im Februar 1907 zusammentreten sollte. Die Wahlkampagne verlief im ganzen Lande unter dem stärksten Drucke der Behörden und ihrer schwarzen Helfershelfer, die den Juden die Wahlerfolge ihrer Kandidaten mit Pogromen zu vergelten drohten. Die Zusammensetzung der zweiten Duma war derartig, daß an eine normale Arbeit kaum zu denken war: während das konstitutionell-demokratische Zentrum aus den Wahlen stark geschwächt hervorgegangen war, hatten die beiden extremen Flügel, der der Rechtsradikalen und der der Sozialisten, an Stärke erheblich zugenommen. Die Juden waren in der Duma nunmehr nur durch drei wenig bekannte Persönlichkeiten vertreten, da die wegen des „Wiborger Aufrufs" zur gerichtlichen Verantwortung gezogenen

Mitglieder der ersten Duma aus den Wählerlisten gestrichen waren. Die neu zusammengetretene Kammer erschöpfte sich in einem fruchtlosen Kampf zwischen ihrem linken und rechten Flügel. Die Judenfrage gelangte diesmal lediglich in der „Kommission für Gewissensfreiheit" zur Erörterung. Die Regierung hatte nämlich einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Abschaffung aller konfessionellen Rechtsbeschränkungen „außer den jüdischen" vorgesehen war, und die Duma-Kommission faßte den Beschluß, diese Klausel auszumerzen und so die jüdische Gleichberechtigung als einen Ausfluß der Gewissensfreiheit durchzusetzen. Aber auch die damit verbundenen Hoffnungen sollten bald zunichte werden: unter dem Vorwand, daß eine Verschwörung der sozialdemokratischen Fraktion aufgedeckt worden sei, schickte die Regierung am 3. (16.) Juni auch die zweite Duma nach Hause. Gleichzeitig erfolgte ein Staatsstreich: das bis dahin geltende Wahlgesetz, das den breiten Volksmassen und den unterdrückten Nationen eine mehr oder weniger gerechte Vertretung in der Duma sicherte, wurde in gesetzwidriger Weise so umgestaltet, daß bei den zukünftigen Wahlen der konservative Teil der Wählerschaft, vor allem der Landadel und die Geistlichkeit, einen entscheidenden Sieg davontragen mußte. Es setzte eine neue Ära der Reaktion ein, die alle Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen drohte.

Drittes Kapitel

Die jüdische Welt im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg

§ 45. Deutschland (1901—1914)

Zu derselben Zeit, da in Rußland der erbitterte Kampf des Zarismus gegen die Freiheitsbewegung zu einer Verschärfung des Judenhasses führte, war der streitbare Antisemitismus in Deutschland in merkbarem Abflauen begriffen. Der westeuropäische Antisemitismus hatte um die Jahrhundertwende seine stürmische Jugend bereits hinter sich und trat nun in ein gesetzteres Alter ein. Die Radau-Antisemiten fanden kaum noch Anklang. Dies hatte seinen Grund keineswegs in einer Abschwächung der judenfeindlichen Gefühle in der deutschen Oberschicht, sondern eher in dem Bestreben, die antisemitische Gesinnung in zweckmäßigerer und ernsterer Form zur Geltung zu bringen. Von der Oberfläche des öffentlichen Lebens verschwunden, setzte der Antisemitismus in der Tiefe seine Wühlarbeit unentwegt fort. In seiner „korrekten" Abwandlung galt er in den konservativen Kreisen geradezu als unerläßliches Akzessorium des guten Tones: „Im Grunde ist jeder anständige Mensch Antisemit" — meinte einer der Wortführer der konservativen Partei. Die Konservativen hatten dem Antisemitismus seine Jugendsünde, das Liebäugeln mit dem Sozialismus, längst vergeben und machten ihn nunmehr zum Werkzeug ihrer feudal-agrarischen und kapitalistischen Standespolitik. An dem Prinzip der Bekämpfung des Judentums mit friedlichen Mitteln hielten auch die reaktionären deutschen Regierungen, insbesondere die *Preußens*, fest. Nicht genug damit, daß die Minister die durch die Verfassung gewährleistete bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in der Praxis verletzten, standen sie sogar

nicht an, von der Parlamentstribüne herab zu erklären, daß dem auch nicht anders sein könne, da die christliche Bevölkerung die von Staats wegen als gleichberechtigt geltenden Juden nicht als *gleichwertige* Mitbürger anerkennen wolle.

Im Februar 1901 wurde der Justizminister Schönstedt im preußischen Abgeordnetenhaus interpelliert, aus welchen Gründen er den jüdischen Juristen Gerichtsämter vorenthalte und selbst die würdigsten jüdischen Kandidaten nicht einmal als Notare bestätige. Die Antwort des Ministers lautete wie folgt: „Ich leugne nicht die ausgezeichneten Eigenschaften der jüdischen Notare, ihre Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue, aber ich kann nicht die Tatsache unberücksichtigt lassen, daß ein großer Teil der christlichen Bevölkerung den Juden mißtrauisch gegenübersteht, und gerade das Amt des Notars, den man in den vertraulichsten Angelegenheiten konsultiert, setzt doch ein besonderes Vertrauen voraus. Das Gleiche gilt von der Ernennung der Juden zu Richtern". Das sich in seiner Mehrheit aus Vertretern der bevorrechteten Stände zusammensetzende preußische Abgeordnetenhaus genehmigte hierauf eine Resolution, in der es dem Minister, wenn auch in verschleierter Form, beistimmte: „Künftighin — hieß es da — wird das Ministerium bei der Bestätigung der Notare sich *wie bisher* von der Rücksicht auf die Interessen der Gesamtbevölkerung leiten lassen". Die jüdischen Gemeinden von Berlin, Frankfurt a. M., Königsberg und anderen preußischen Städten legten zwar gegen die antikonstitutionelle Erklärung des Justizministers bei dem preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler Bülow Verwahrung ein, wurden aber von diesem keiner Antwort gewürdigt. Im selben Jahr richteten die Juden des Großherzogtums Hessen-Darmstadt an den Landtag eine Petition, in der sie sich darüber beschwerten, daß von den sich um Gerichts- und Staatsanwaltsämter bewerbenden Juden nur diejenigen nicht abgewiesen würden, die in die Taufe einwilligten; „wie in der alten Zeit vor der Verfassung — so schrieben die Petenten — herrscht auch heute eine Ordnung, unter der der Verrat an der Religion belohnt, die Treue für sie aber bestraft wird". Die Antwort, die der hessische Justizminister Dittmar auf diese Beschwerde erteilte, stellte eine Wiederholung der Erklärungen seines preußischen Kollegen dar: grundsätzlich — sagte er — halte er sich an die Verfassung, doch müsse er in jedem einzelnen Falle der Stimmung der Bevölkerung, insbesondere

der Landbevölkerung, Rechnung tragen, bei der die Einsetzung eines Juden in ein Richteramt Unwillen erregen könnte. Ähnlich lagen die Dinge in Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig und Württemberg. Eine Ausnahme bildete nur Bayern, wo die Juden häufig im Justizdienst angestellt und anstandslos als Notare bestätigt wurden.

Überall in Deutschland war den Juden ferner im aktiven Militärdienst der Offiziersrang unzugänglich. Diese Zurücksetzung wurde von den Juden als Bekundung des Mißtrauens zu ihrer Vaterlandsliebe empfunden und traf besonders schmerzlich diejenigen unter ihnen, die selbst im Banne des preußischen Armeekultes standen. Die jüdischen Einjährigen, die Anspruch auf Beförderung zum Reserveleutnant hatten und doch als Gemeine oder Unteroffiziere aus dem Heere entlassen wurden, fühlten sich geradezu persönlich beleidigt. Die hierüber wiederholt interpellierten Kriegsminister gaben die stereotype Antwort, daß sie keinen Einfluß auf die Offizierskorps nehmen könnten, die nun einmal keine Juden als Kameraden in ihrer Mitte dulden wollten. Dies traf allerdings zu und war übrigens nur natürlich: die preußischen Junker konnten unmöglich mit Menschen fraternisieren, die in ihrem Stammbaum keine Helden des Faustrechts aufzuweisen hatten. Indessen wurden die Juden auch von jenem Gebiet ferngehalten, auf dem sie als Nachkommen der ältesten Helden des Geistes besonders am Platze gewesen wären: selbst die hervorragendsten jüdischen Gelehrten wurden in den Hochschulen nicht zu ordentlichen Professoren ernannt und mußten bestenfalls mit dem bloßen Professortitel vorliebnehmen. Nicht weniger als die Kultusminister waren daran die Professorenkollegien schuld, die, vom Antisemitismus stark infiziert, bei Neubesetzung eines Lehrstuhles jüdische Bewerber nicht berücksichtigten. Häufigere Verwendung fanden jüdische Lehrkräfte in den auf Kosten der Stadtgemeinden unterhaltenen höheren Schulen, wohingegen ihnen der Zutritt zu den Volksschulen äußerst erschwert war. Soweit jüdische Lehrer und Lehrerinnen dort tätig waren, durften sie in der Regel lediglich in Mathematik und Naturwissenschaften unterrichten, nicht aber in Deutsch und Geschichte, den beiden Fächern, denen man ausschlaggebende Bedeutung für die Erziehung der Jugend in patriotischem Geiste beimaß.

Die harmonische Zusammenarbeit des amtlichen und gesellschaftlichen Antisemitismus ließ die deutschen Juden wieder nachdenklich

werden. Der seinerzeit gegründete „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" sowie der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" waren ihren Zielen keinen Schritt näher gekommen. Die Ermahnungen der christlichen Führer der ersten Vereinigung hatten die Antisemiten ebensowenig bekehrt wie die Apologien und Gerichtsklagen des „Centralvereins". Es wurde allmählich klar, daß es nicht auf die Erweichung der bösen Affekten verfallenen Herzen, sondern auf aktive Selbsthilfe ankomme. Zu einer solchen Selbsthilfe eben rief die deutsche Judenheit der Geschichtsschreiber und Führer der Berliner Gemeinde *Martin Philippson* auf, der Sohn des bekannten Publizisten Ludwig Philippson. Er regte die Einberufung eines „Judentages" und die Schaffung eines ständigen politischen Organs an, das die früher erlangte Gleichberechtigung auf dem Papier zu einer praktisch wirksamen Errungenschaft ausbauen sollte. In dem von ihm 1901 an die jüdische Öffentlichkeit gerichteten Aufruf schlug Philippson Töne der Selbstbezichtigung an: „Wir suchten alles zu vermeiden — so ließ er sich vernehmen — was uns vor der Welt als Juden erscheinen ließ. Wir sorgten nur dafür, nicht allzusehr aufzufallen, niemand an unsere selbständige Existenz zu erinnern. Was wir erreicht haben, weiß jedermann. Eben auf die Feiglinge, die sich hinter dem Busch verborgen hielten, ergoß der Antisemitismus sein ganzes Maß von Haß, Verachtung und Barbarei". Die deutsche Judenheit müsse nun, wie er weiter ausführte, eine eigene politische Organisation schaffen, die gegen die Minderung der jüdischen Bürgerrechte mit allen gesetzlichen Mitteln, durch Einwirkung auf die Reichsregierung und den Reichstag sowie die Regierungen und Landtage der einzelnen Länder anzukämpfen hätte; bei den Parlamentswahlen müßten die Juden ihre Stimme nur für die Kandidaten derjenigen Parteien abgeben, die sich für die Gleichberechtigung der Juden einsetzten. Die Anregung Philippsons rief freilich bei vielen assimilierten Juden, diesen „innerlich Geknechteten", die Befürchtung wach, daß man sie des politischen Separatismus zeihen würde und daß sie sich die Sympathien der gemäßigten Liberalen, die ja einem nur gemäßigten Antisemitismus huldigten, verscherzen würden. Um so lebhafteren Anklang fand der Gedanke des politischen Zusammenschlusses in jenen jüdischen Kreisen, in denen man zwischen Assimilation und Zionismus schwankte. Nach längeren Vorbereitungen wurde schließlich 1904 ein neuer „Verband der deut-

schen Juden" gegründet, der im Oktober 1905 seinen ersten Verbandstag in Berlin abhielt. Aus vielen in dieser Versammlung gehaltenen Reden klang Reue über den Abfall der jüdischen Gebildeten vom angestammten Volkstum; selbst der Leiter des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", Rechtsanwalt Eugen Fuchs, konnte nicht umhin festzustellen, daß „die Emanzipation das Assimilantentum im bösesten Sinne des Wortes, . . . das *restlose* Aufgehen in der Mitwelt gezeitigt habe". Indessen unterließ man es, aus diesem Eingeständnis die naheliegende Konsequenz zu ziehen, daß die Juden ein *Volk* sind, das seine eigene volkspolitische Linie verfolgen müsse. In demselben Jahr, in dem der „Verband zur Erlangung der Vollberechtigung des jüdischen Volkes in Rußland" die Parole zum Kampf für die „bürgerlichen, politischen und *nationalen* Rechte" ausgab (oben, § 42), begnügten sich die gemäßigten Assimilationsfreunde in Deutschland mit einer Entschließung, in der lediglich die Solidarität der Juden in der Verteidigung ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung proklamiert wurde. Ein dermaßen vages Programm verurteilte den neugegründeten Verband von vornherein zur Ohnmacht und brachte es bald mit sich, daß die Grenze zwischen diesem und dem „Centralverein", der den Abwehrkampf gegen den Antisemitismus im Namen der Deutschen jüdischer Konfession fortführte, allmählich verwischt wurde.

Über ihre wirtschaftliche Lage konnten allerdings die Juden in Deutschland nicht klagen. Sie gehörten vorwiegend der sich mit Handel und Industrie befassenden Mittelschicht an und erfreuten sich dementsprechend eines hohen Wohlstandes. Nach der Berufsstatistik von 1907 waren unter den Juden die selbständig Berufstätigen weit stärker vertreten als die Angestellten und Arbeiter, während innerhalb der christlichen Bevölkerung nur der vierte Teil der ersten Gruppe angehörte. Die Folge davon war, daß es in den Großstädten (Berlin, Frankfurt a. M., Breslau usw.) unter der jüdischen Einwohnerschaft verhältnismäßig viel mehr Personen mit nach den höchsten Sätzen versteuertem Jahreseinkommen gab als unter den Christen[1]). Auch die jüdischen Vertreter der freien Berufe: die Anwälte, Ärzte und Ingenieure, gelangten oft zu hohem Ansehen und bedeu-

[1]) Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges waren in den großindustriellen Unternehmungen Deutschlands 13% aller Direktoren und 24% der Aufsichtsratsmitglieder Juden. Noch stärker waren die Juden im Bankwesen vertreten.

tendem Einkommen, so daß sie in materieller Hinsicht ihren Ausschluß aus dem Staatsdienst kaum zu bedauern brauchten. Was sie allenfalls betrüben mochte, war die Tatsache, daß sie sich außerhalb der in Deutschland so geschätzten Bürokratie sahen und keine Aussicht hatten, den Geheimratstitel zu erwerben, mit dem sich selbst um die Wissenschaft hochverdiente Professoren in kindischer Eitelkeit zu brüsten pflegten. Für die meisten akademisch gebildeten Juden war jedoch die Unmöglichkeit, ihre Kenntnisse im Staatsdienst zu verwerten, zugleich die Ursache materieller Not, und demgemäß wuchs das jüdische Gebildetenproletariat in viel rascherem Tempo an als das christliche. Not und beruflicher Ehrgeiz veranlaßten die Entrechteten häufig, die Taufe zu nehmen. Aber auch abgesehen von den Scheintaufen bildete das nationale Marranentum, das Bestreben, das nationale Gesicht zu maskieren, in den jüdischen Gebildetenkreisen ein ebenso verbreitetes Mittel der Selbsterhaltung wie etwa die Mimikry in der Tierwelt.

Gegen diesen Übelstand erhob ein deutscher Gelehrter, den die zionistische Bewegung zu der Erkenntnis gebracht hatte, daß auch nicht maskierte Juden mit europäischer Bildung nichts Widernatürliches seien, seine Stimme. Es war dies der bekannte Nationalökonom *Werner Sombart*, dessen damals erschienenes Werk „Die Juden und das Wirtschaftsleben" (1910), eine eindrucksvolle Darstellung der Rolle, die die Juden seit dem XVII. Jahrhundert in der Entwicklungsgeschichte des europäischen Kapitalismus gespielt hatten, allgemeines Aufsehen erregte. Diese Untersuchung hätte zusammen mit den von der wissenschaftlichen Kritik hierzu gemachten Berichtigungen für die jüdische Historiographie überaus bedeutsam werden können, wenn der Verfasser im zweiten Teil seines Werkes nicht den mißglückten Versuch unternommen hätte, die wirtschaftliche Rolle der Juden, die ausschließlich auf die sozialen Bedingungen ihres Lebens in der Diaspora zurückzuführen ist, aus einer Reihe heterogener Faktoren herzuleiten: aus ihrer Religion sowie aus den für das jüdische Volk von altersher charakteristischen somatischen und seelischen Eigentümlichkeiten. Wiewohl nun die methodologische Auffassung Sombarts im Bereiche der Geschichtsforschung falsch war, sollte er bei der Beurteilung der Lage der Juden im zeitgenössischen Deutschland einen viel schärferen Blick zeigen als viele jüdische Politiker. In einer Reihe öffentlicher Vorträge, die er in verschiedenen Städten hielt und

sodann zu dem Buche „Die Zukunft der Juden" (1912) vereinigte, vertrat nämlich Sombart die folgende These: haben alle Bemühungen der Juden, in der Umwelt aufzugehen, nur zu dem entgegengesetzten Resultat geführt, wofür der Antisemitismus eine krasse Bestätigung sei, so bleibe dem Juden nichts anderes übrig, als auf dem historisch erprobten Weg weiterzugehen und sich selber sowie seinem Volkstum die Treue zu bewahren. Der vergeblich nach dem Tode lechzende Ahasver müsse sich eben entschließen, als ewiger Jude weiterzuleben. Das Judentum müsse seine ganze Willenskraft aufbieten, um sich der ganzen Welt zum Trotz als ein selbständiger Volksorganismus, als „Judenvolk" zu behaupten. „Brauche ich es zu sagen — so betonte Sombart — daß wir im Judenvolke eine der wertvollsten Arten vor uns sehen, die das Menschengeschlecht hervorgebracht hat? Welche gewaltige Lücke müßte in der Menschenwelt entstehen, wenn die jüdische Art verschwände! Von allen Einzelheiten abgesehen, das Judenvolk ist es, das seit den Propheten den großen ethischen Ton in das Menschheitskonzert gebracht und durch seine großen Söhne auch heute immer wieder bringt". Auf Grund dieser Auffassung begrüßte Sombart die sich im Osten anbahnende nationale Wiedergeburt des Judentums und kritisierte die deutschen Juden, die alles daran setzten, sich in die höheren deutschen Kreise Zutritt zu verschaffen, und deren größter Ehrgeiz darauf gerichtet sei, zu einem Staatsamt zu gelangen oder den Offiziersrock tragen zu dürfen. Wie beleidigend auch das Verhalten der die Juden aus ihrer Mitte ausschließenden preußischen Junker und Bürokraten sein möge, noch entwürdigender sei für die Juden das Werben um die Gunst ihrer Gegner: möge sich doch die Kriegskaste aus Kriegernachkommen ergänzen. Der neuzeitliche Antisemitismus beweise, daß mit der fortschreitenden Annäherung der Juden an ihre Umwelt auch die Reibungswiderstände größer würden, weshalb deren Verringerung nur dann zu erwarten sei, wenn sich die Juden ihrer christlichen Umwelt gegenüber mehr Zurückhaltung auferlegen würden. Solche Gedankengänge muteten freilich die Assimilanten paradox an. Man warf Sombart vor, dem Antisemitismus das Wort zu reden, eine Beschuldigung, die die Feiglinge früher auch gegen den Zionismus erhoben hatten. Besonders ungehalten waren die großen liberalen Blätter, die es stets vermieden, die Judenfrage auch nur zu berühren, um nicht an die jüdische Abkunft ihrer Herausgeber und Redakteure erinnert zu werden, und deren

schmähliche Taktik Sombart, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, festgenagelt hatte.

Der „Verband der deutschen Juden", der jahraus jahrein öffentlich dagegen protestierte, daß die jüdischen Staatsbürger des Ehrenrechts beraubt seien, dem preußischen Offizierskorps anzugehören, ging achtlos an der traurigen Tatsache vorbei, daß 600 000 deutsche Juden weder im Reichstag noch in den Landtagen eigene Vertreter besaßen. Diejenigen jüdischen Abgeordneten, die zu ihrem Parlamentssitz als Mitglieder deutscher liberaler Parteien oder als Sozialdemokraten gelangten, waren durch das Dogma der Verleugnung der jüdischen Nation gebunden und konnten sich schon kraft ihres Mandats nicht als deren Vertreter betrachten. Während der Debatten über die Judenfrage meldeten sie sich nur äußerst selten zum Wort und ließen gern ihren nichtjüdischen Fraktionsführern den Vortritt, doch zogen es die Nationalliberalen nunmehr vor, sich ganz in Schweigen zu hüllen, und auch unter den Fortschrittlern oder Freisinnigen fehlte es jetzt an so eifrigen Verteidigern der jüdischen Gleichberechtigung, wie es einst Rickert und Richter gewesen waren. Der dem Reichstag von 1902—1906 als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion angehörende *Eduard Bernstein* stand dem Judentum um jene Zeit noch ziemlich fern, obschon der von ihm vertretene „Revisionismus", die Lehre, in der das vom Marxismus verabsolutierte Prinzip des Klassenkampfes durch die Idee des sozialen Friedens ersetzt war, eine unverkennbare Verwandtschaft mit dem ethischen Sozialismus der Bibel aufwies.

Im Gemeindeleben der deutschen Juden standen sich noch immer die Liberalen und Orthodoxen gegenüber, gleichsam versteinerte Zeugen der längst verklungenen Reformationskämpfe. Um die Jahrhundertwende machten die radikalen Reformfreunde in Berlin Propaganda für die Verlegung des öffentlichen Sabbatgottesdienstes auf den Sonntag, damit auch die am Sabbat beruflich Tätigen an der feierlichen Andacht teilnehmen könnten. Indessen lehnten diesen Schritt nicht nur die Orthodoxen, sondern auch die gemäßigten Liberalen ab. Es entbrannte eine leidenschaftliche Polemik zwischen den Verfechtern und den Gegnern des „Zwittersabbats". Die die Wünsche der Radikalen befürwortende Petition wurde schließlich vom Rabbinat und der Mehrheit der „Repräsentanten-Versammlung" der Berliner Gemeinde abgelehnt (1898). Die formelle Preisgabe der altehrwür-

digen Sabbatheiligung erschien nämlich als allzu gefährliche Konzession an das Christentum. Ein Jahrzehnt später wurde ein neuer Versuch zur Wiederbelebung des religiösen Liberalismus unternommen. Die 1908 gegründete „Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland" beauftragte eine aus Rabbinern und gelehrten Laien bestehende Kommission mit der Ausarbeitung von mit der modernen Weltanschauung vereinbaren religiösen „Richtlinien". Der Entwurf der Kommission legte nun drei Glaubenssätze als verbindlich fest: das Dogma vom einzigen Gott der reinen Geistigkeit, der Gerechtigkeit und der Liebe, von der Gottähnlichkeit des Menschen als des Trägers des Strebens nach unendlicher Vollkommenheit sowie von der Einheit des Menschengeschlechts als der Gesamtheit der Kinder Gottes, die der Verwirklichung des messianischen Ideals des Friedens und der Gerechtigkeit auf Erden entgegengeführt werden solle. Von den rituellen Vorschriften des Judentums wollte der Entwurf nur die auf die Beschneidung, den Sabbat und die Feiertage bezüglichen in Kraft belassen, während für den Gottesdienst ein Nebeneinander der hebräischen und deutschen Sprache vorgesehen war. Allein dieses Projekt der Schmälerung des Judentums sollte von der 1912 in Posen abgehaltenen Konferenz der „Vereinigung" angesichts der Gefahr einer weiteren Verschärfung des religiösen Zwiespalts verworfen werden. Viel angriffslustiger war die „Trennungs-Orthodoxie", die in den Gemeinden von jeher darauf ausging, das Tischtuch zwischen sich und dem „Rat der Gottlosen", den Reformisten, zu zerschneiden. In demselben Jahre 1912, in dem die Liberalen zur Vermeidung von Friktionen auf Weiterführung der Reform verzichteten, traten die kampfentschlossenen Orthodoxen Deutschlands, Österreichs und Rußlands in Kattowitz zu einer Rabbiner und Laien vereinigenden Konferenz zusammen, auf der die „Agudas Jisrael" („Der Bund Israels") gegründet wurde, die alle „Gesetzestreuen" in der ganzen Welt zwecks „Gestaltung des Lebens im Geiste der Thora" zusammenzuschließen versuchte. Unter „Thora" verstand man hierbei den ganzen historischen Ballast von den kasuistischen Spitzfindigkeiten des Talmud bis zu denen der „Schulchan-Aruch"-Verfassung. Der bald darauf ausgebrochene Weltkrieg verhinderte zunächst die „Aguda" daran, eine regere Tätigkeit zu entfalten; sobald aber der Krieg zu Ende war, nahm diese „streitbare Synagoge", die ihre Hauptstützpunkte in Frankfurt a. M. und in Warschau, in Wien und in Jerusalem hat,

den systematischen Kampf gegen das „Ketzertum" mit verdoppelter Energie auf, und zwar in erster Linie nicht gegen die stark geschwächten Liberalen, sondern gegen den Zionismus wie gegen die neue nationale Bewegung überhaupt, soweit deren Anhänger nicht unter der Fahne der Stockfrommen marschierten.

Eine Rückwirkung der nationalen Bewegung war es, daß selbst die assimilierten deutschen Juden sich nach und nach mit dem sie ehedem häretisch anmutenden Gedanken der Solidarität der Juden aller Länder befreundeten. Die nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der größten Judennot waren mit ein Grund dafür, daß in Berlin eine besondere jüdische Organisation geschaffen wurde, die sich zum Ziele setzte, den Juden Osteuropas und des Nahen Orients, insbesondere Palästinas, wirksame Hilfe zu leisten. Es war dies der 1901 gegründete „Hilfsverein der deutschen Juden", an dessen Spitze der tatkräftige Kämpfer gegen den Antisemitismus, der Publizist *Paul Nathan* stand. Kurz nach seiner Gründung sah sich der Verein infolge des Kischinewer Pogroms von 1903 und der Oktoberpogrome von 1905 vor überaus schwierige Aufgaben gestellt, bei deren Bewältigung er mit außerordentlicher Aktivität vorging, mit dem Ergebnis, daß er für die Opfer der Katastrophen Millionenbeträge aufbrachte. In den Jahren 1905—1906 führte Nathan im Namen des „Hilfsvereins" Unterhandlungen mit den russischen Ministern Witte und Stolypin, ohne jedoch irgendeinen Erfolg zu erzielen. Seitdem legte der „Hilfsverein" das Hauptgewicht auf die Unterstützung der aus Rußland auswandernden Juden sowie auf die Gründung jüdischer Schulen auf dem Balkan und in Palästina. Hierbei traten die Berliner Kulturträger in Wettbewerb mit denen von Paris: ebenso wie die Pariser „Alliance Israélite Universelle" darauf ausging, die jüdische Schule mit französischem Geist zu erfüllen, strebte der „Hilfsverein" deren Germanisierung an. Es hing dies nicht zuletzt mit den Verpflichtungen des letzteren gegenüber der deutschen Regierung zusammen, der es darum zu tun war, gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Erschließung Vorderasiens durch die im Bau befindliche Bagdadbahn auch den kulturellen Einfluß Deutschlands zur Geltung zu bringen. Im Jahre 1912 nahm der „Hilfsverein" die Errichtung eines „Technikums" in Palästina in Angriff zwecks Förderung der Industrie in dem sich dort entfaltenden jüdischen Zentrum, doch sollte es wegen der Unterrichtssprache in der geplanten Lehranstalt zwischen den

Führern des „Hilfsvereins" und den Zionisten bald zu einem Konflikt kommen (unten, § 53).

Die politische Lage der deutschen Juden blieb bis zum Ausgang dieser Epoche unverändert. Noch zwei Monate vor Ausbruch des Weltkrieges befaßte man sich im Reichstag und im preußischen Landtag wieder einmal mit Interpellationen über die Verletzung der jüdischen Gleichberechtigung. Im Landtag war es der Führer des radikalen Flügels der Sozialdemokratie Karl Liebknecht, der die antisemitische Regierungspolitik brandmarkte und vom Kultusministerium Aufklärung darüber verlangte, weshalb es selbst den verdienstvollsten jüdischen Dozenten keinen der erledigten Lehrstühle einräume. Im Reichstag stand erneut die sattsam bekannte Frage der Nichtzulassung der Juden in das Offizierskorps zur Debatte. Die Erklärung des Kriegsministers lautete diesmal dahin, daß eine derartige Behandlung jüdischer Aspiranten in der Tat verfassungswidrig sei und daß künftighin die anspruchsberechtigten Juden nach Möglichkeit zu Reserveoffizieren befördert werden würden. Diese Erklärung wurde Anfang Mai 1914 abgegeben, und schon drei Monate später rückten Zehntausende von jüdischen Soldaten im Verband des deutschen Heeres gegen die russische und französische Grenze vor, geweiht dem Tode auf den Schlachtfeldern des völkermordenden Weltkrieges . . .

§ 46. Österreich-Ungarn (1901—1914)

In dem von Nationalitätenhader zerfleischten Habsburgerreiche befand sich die mehr als zwei Millionen Seelen zählende jüdische Bevölkerung[1]) auch noch zu Beginn des XX. Jahrhunderts in der Lage einer nicht anerkannten Nation, die jede der miteinander ringenden Parteien zu sich herüberzuziehen suchte und die von „Freunden" wie Feinden gleicherweise malträtiert wurde. In Deutsch-Österreich, insbesondere in Wien, erntete der Antisemitismus nunmehr die Früchte seiner langjährigen Arbeit. Unter dem Deckmantel des „christlichen Sozialismus" schaltete und waltete er, durch den Bürgermeister Lueger

[1]) Vgl. oben, §§ 7, 9 u. 10. In dem auf die Zählung von 1900 folgenden Jahrzehnt hatte die Zahl der Juden in Österreich-Ungarn nur unerheblich zugenommen. In Galizien, das von Juden am dichtesten bevölkert war, wurde der natürliche Zuwachs durch die Abwanderung wieder wettgemacht. Am Vorabend des Weltkrieges bezifferte sich die Gesamtzahl der in der Donaumonarchie ansässigen Juden auf rund 2 200 000.

würdig vertreten, in der Selbstverwaltung der Hauptstadt und führte zugleich das große Wort auch im niederösterreichischen Landtag. In Galizien herrschte wiederum der polnische Antisemitismus, der auf die Juden einen wirtschaftlichen Druck ausübte und sie auch der politischen Bewegungsfreiheit zu berauben suchte. Indem sich die Polen bei den Reichsrats- und Landtagswahlen der jüdischen Stimmen zum Nachteil der Ruthenen bedienten, säten sie zwischen den von ihnen unterdrückten Nationen unheildrohende Zwietracht. In Böhmen, wo die Exzesse des Jahres 1897 noch in frischer Erinnerung waren, mußten die Juden, obwohl der Sprache nach den Deutschen näher stehend, zwischen diesen und den Tschechen lavieren. In den Bezirken, in denen die tschechische Nationalität ausschlaggebend war, zählten sie sich dieser zu, wenn auch nur formell. Dieses System des Anschlusses an eine fremde Nationalität hatte seine Wurzeln darin, daß das österreichische Gesetz die Juden nach wie vor nicht als besondere Nation und die Umgangssprache der jüdischen Massen, das Jiddisch, nicht zu den gesetzlich anerkannten nationalen Sprachen rechnete. Eben darum konnten die Polen Hunderttausende von Juden zu Polen stempeln und so das Übergewicht über die Ruthenen erlangen. Manche ruthenischen Politiker und auch der von Gerechtigkeitssinn erfüllte tschechische Abgeordnete Prof. Thomas Masaryk, der Führer der kleinen Partei der „Realisten", unterstützten zwar das Bestreben des nationalgesinnten Teiles der Judenheit, sich als eine besondere Nationalität zu konstituieren, doch stand der Verwirklichung solcher Pläne vieles im Wege: das geltende Gesetz, die Drohungen der in den einzelnen Kronländern vorherrschenden Nationen und nicht zuletzt der innere Krebsschaden, der Widerstand der Assimilationsfreunde, die ein jüdisches Volkstum ableugneten.

Eine Änderung trat in dieser Lage erst ein, als sich im alten Österreich ein neuer Geist zu regen begann und eine mit der nationalen Frage aufs engste verbundene Parlamentsreform auf die Tagesordnung kam. Im Oktober 1905 wich nämlich die durch die russische Revolution eingeschüchterte österreichische Regierung vor der demokratischen Bewegung zurück und gab das Versprechen, an Stelle des bestehenden Klassen-Wahlsystems das allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen. Das Jahr 1906 war mit Vorbereitungen zu dieser Reform ausgefüllt. Der im Reichsrat eingebrachte Reformentwurf unterschied in Österreich nach dem Merkmal der Sprache acht

Nationen (Deutsche, Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowenen, Serbo-Kroaten, Rumänen und Italiener) und wollte die Reichsratssitze zwischen den Vertretern dieser Nationen auf Grund einer Kombination des allgemeinen Stimmrechts mit einem komplizierten System von nationalen Kurien verteilt wissen. Nur die Juden, die in Österreich ihrer zahlenmäßigen Stärke nach an fünfter Stelle rangierten, sollten keine eigenen Volksvertreter haben. Nun wurde sich endlich die österreichische Judenheit, soweit sie national gesinnt war, ihrer nationalen Entrechtung bewußt. Die Zionisten, die der Wiener jüdischen Volkspartei angehörenden Autonomisten, deren Ideologe Nathan Birnbaum war, und die separatistischen jüdischen Sozialisten, die ehedem der polnischen sozialistischen Partei angehört hatten, entfalteten eine rege Propaganda für die Anerkennung der Juden als Nationalität sowie dafür, daß ihnen im Parlament eine gerechte Vertretung eingeräumt werde. Während der Beratung über die Wahlrechtsreform im Reichsrat gingen denn auch diesem und der Regierung etwa 250 jüdisch-nationale Petitionen zu. Indessen wurden die Forderungen der Juden im Parlament lediglich von den Ruthenen unterstützt, denen es darauf ankam, die Vorherrschaft der Polen in Galizien zu brechen, während alle übrigen Fraktionen, namentlich die polnische, entschieden gegen die jüdischen Aspirationen auftraten. Die Polen erklärten mit allem Nachdruck, in Galizien neben sich und den Ruthenen keine „dritte Nation" dulden zu wollen. Am gleichen Strange zogen die liebedienerischen „Polen mosaischer Konfession", der assimilierte Teil der jüdischen Gebildetenschicht und Großbourgeoisie: sie verstanden es, die unaufgeklärten Massen der Chassidim durch den Hinweis auf die von den Polen zu befürchtende Rache einzuschüchtern und zu einer Protestkundgebung gegen die nationaljüdischen Postulate zu bewegen. Angesichts eines so weitgehenden Zwiespalts innerhalb der Judenheit selbst beschloß nun die schwankend gewordene Regierung, die Wahlrechtsvorlage in ihren Grundzügen unverändert zu lassen. Soweit an dieser Änderungen vorgenommen wurden, betrafen sie lediglich die Abgrenzung der einzelnen Wahlkreise in Galizien und der Bukowina, wodurch die Juden in den von ihnen am dichtesten bevölkerten Gegenden die Möglichkeit erhielten, ihren Wahlkandidaten, sei es mit eigenen Kräften oder mit Hilfe der Ruthenen, zu Reichsratsmandaten zu verhelfen.

Bald nach der am 26. Januar 1907 erfolgten Verkündung des neuen Wahlgesetzes setzte im ganzen Lande eine stürmische Wahlkampagne ein. Besonders erregt waren die Gemüter in Galizien und der Bukowina. Die Polen forderten, daß die jüdischen Wähler ihre Stimmen für die polnischen Kandidaten abgeben, wollten aber ihrerseits jüdische Kandidaten nur dann unterstützen, wenn sich diese verpflichteten, nach Erlangung des Mandats der polnischen Reichsratsfraktion (dem „Polenklub", „Kolo") beizutreten und sich streng an deren Weisungen zu halten. Indessen gingen auf diese schmählichen Bedingungen lediglich die Assimilationsfreunde und die politisch unaufgeklärten Massen ein, wohingegen die jüdischen Nationalisten allenthalben die Parole des Kampfes für die nationalen Rechte des Judentums ausgaben und eigene Kandidaten aufstellten. Die jüdische nationale Partei konnte mit Bestimmtheit auf einen Wahlerfolg in 6—7 Wahlkreisen rechnen, doch sollten infolge des von polnischer Seite ausgeübten Wahlterrors nur vier ihrer Vertrauensmänner Mandate erringen (in Galizien die Zionisten Adolf Stand, Dr. Heinrich Gabel und Dr. Arthur Mahler, in der Bukowina der frühere Reichsratsabgeordnete Dr. Benno Straucher). Zugleich wurden ins Parlament zehn Verfechter der Assimilation, Vertreter deutscher und polnischer Parteien gewählt (so Camillo Kuranda und Julius Ofner in Wien, Nathan Löwenstein u. a. in Galizien). Die Wahlen führten im ganzen zur Stärkung der beiden extremen Flügel: der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten, so daß die Kammer, in der das liberal-demokratische Zentrum äußerst schwach war, einen „schwarz-roten" Anstrich erhielt. Zum Präsidenten des Reichsrats wurde der Führer der christlich-sozialen Partei und Intimus Luegers Dr. Richard Weißkirchner gewählt. Bei der Wahl gaben auch die jüdischen Mitglieder der Polenfraktion ihre Stimme für diesen Antisemiten ab (Juni 1907). Es entsprach dies ja nur der allgemeinen Verhaltensmaxime der Assimilanten: hatten sie doch schon bei den Reichsratswahlen für unverhohlene Judenhasser aus den Kreisen der polnischen Schlachta gestimmt und mußten daher mit ihren reaktionären Parteifreunden, denen sie ihre Mandate verdankten, nun durch dick und dünn gehen.

Die wahren Vertreter der Judenheit, die vier Deputierten der angeblich nicht existierenden Nation, schlossen sich keiner der bestehen-

den Parlamentsfraktionen an, sondern bildeten im Reichsrat eine Sondergruppe, den „Jüdischen Klub". Es war dies die erste jüdische Fraktion in einem europäischen Parlament. In seiner programmatischen Kungebung verpflichtete sich der jüdische Klub, in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien der jüdischen Volkspartei für die Anerkennung der Judenheit Österreichs als einer gleichberechtigten und gleichwertigen Nationalität einzutreten und sich in allgemein staatlichen Fragen streng an die Grundlinien der demokratischen und fortschrittlichen Politik zu halten. Dieser Verpflichtung kamen die jüdischen Abgeordneten auch getreu nach. Sie nahmen regen Anteil an den Debatten über die ganz Österreich bewegenden Fragen, die sie von ihrem nationalen Standpunkt beleuchteten; sie versäumten nicht, wegen jeder Verletzung der Rechte der Juden und ihrer nationalen Würde die Regierung zu interpellieren und wiesen die Anwürfe der Christlich-Sozialen mit einem Freimut zurück, den sich die Juden im österreichischen Parlament bisher noch nie erlaubt hatten. Trotz der zahlenmäßigen Schwäche des jüdischen Parlamentsklubs mußte die Regierung diesem manchmal doch Rechnung tragen, besonders wenn er bei den Abstimmungen zum Zünglein an der Wage werden konnte (sämtliche deutsche Fraktionen verfügten mit der italienischen zusammen im Reichsrat über 257 Stimmen, die slawischen aber über 255).

Ein ganz anderes Bild bot der galizische Landtag, in dem infolge des im Lande nach wie vor bestehenden ständischen Klassenwahlsystems die Polen noch immer das Heft fest in der Hand hielten. In ihrem erbitterten Kampf mit den ihnen zahlenmäßig kaum nachstehenden Ruthenen (in Galizien entfielen auf jede der beiden Nationalitäten ungefähr drei Millionen Seelen) erlangten die Polen das Übergewicht im Landtag des öfteren nur mit Hilfe der jüdischen Abgeordneten, die sich schon vor den Wahlen verpflichten mußten, die polnische Politik zu unterstützen. Die Liebedienerei dieser „Hausjuden" der Polen kannte keine Grenzen. Sie gingen Hand in Hand mit der klerikal-junkerlichen „Allpolnischen" Partei sowie der neugegründeten chauvinistischen Partei der „Nationaldemokraten", die sich sowohl in Galizien als auch in Kongreßpolen in ausgesprochen judenfeindlicher Weise betätigte. Anfang 1908 erließ die „Allpolnische" Partei einen Aufruf, in dem es unter anderem hieß: „Von der festen Überzeugung durchdrungen, daß der wahre Fortschritt nur durch das friedliche Zusammenwirken aller Klassen der Bevölkerung zu erzielen

ist, die in ihrer überwiegenden Mehrheit der katholischen Kirche angehört, treten wir dafür ein, daß das ganze öffentliche Leben des Landes im Geiste der christlichen Moral geregelt werde". Zugleich mit den Kämpen des Allpolentums und des Klerikalismus unterzeichneten diesen Aufruf auch Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit, die Reichsratsabgeordneten Löwenstein, Gold, Kolischer u. a., denen es nicht unbekannt geblieben sein konnte, in welch trauriger Weise die „christliche Moral" der polnischen Grundherren und des Klerus auf das Los der jüdischen Massen Galiziens zurückwirkte. Je gefügiger sich die jüdischen Handlanger der polnischen Politik zeigten, desto wütender wurden von den Polen diejenigen Juden angegriffen, die es wagten, eine eigene nationale Politik zu treiben. Ebenso wie die Nationaldemokraten in Warschau mit Emphase erklärten, daß sie keine „zweite Nation an der Weichsel" dulden würden, verkündeten sie in Lemberg und Krakau, daß es in Galizien keinen Raum für eine „dritte" Nation gebe. Den Heißspornen, die die Unabhängigkeit Polens anstrebten, schien eben ein polnisches Staatswesen mit nicht polonisierten Fremdstämmigen ein Unding zu sein; da sich jedoch die ruthenischen Bauernmassen allen Polonisierungstendenzen gegenüber ablehnend verhielten und ihren Unwillen gegen die Herrschsucht der im Landtag dominierenden Schlachta zuweilen sogar durch Gewalttaten bekundeten (wie durch die 1908 erfolgte Ermordung des Statthalters von Galizien Grafen Potocki), so machten die Polen die Juden zum Objekt ihres Assimilationseifers. Selbst die polnischen Sozialisten wollten von einer jüdischen Nationalität nichts wissen. Als ihre jüdischen Parteigenossen die Anerkennung einer solchen durchzusetzen suchten, wurden sie als „Separatisten" verschrien und mußten sich von den unduldsamen polnischen Sozialdemokraten trennen. Der Wortführer der polnischen Sozialdemokraten im Reichsrat Daszynski stellte die Existenz einer jüdischen Nation und Sprache in Abrede und sprach demgemäß den Juden auch das Recht auf kulturelle Autonomie ab.

Die jüdische nationale Bewegung hatte aber inzwischen merkliche Fortschritte gemacht. Jüdische Studierende bezeichneten sich bei der Eintragung in die akademischen Register im Widerspruch zu dem mit der Geschichte vergeblich rechtenden österreichischen Gesetz der Nationalität nach als „Juden". Die Hochschulbehörden suchten sie durch Strafen, ja sogar durch Relegation dazu zu zwingen, sich irgendeiner vom Staate anerkannten Nation zuzuzählen, doch gaben die

„Rebellen" nicht nach. Bei der im Dezember 1910 veranstalteten Volkszählung kam es zu einer eindrucksvollen Demonstration von jüdischer Seite. Wiewohl es vorgeschrieben war, bei der Zählung keine andere Umgangssprache als eine der amtlich zugelassenen anzugeben, forderten die Zionisten, die Volksparteiler und die nationalgesinnten Sozialisten die jüdischen Massen in öffentlichen Versammlungen auf, mit der von der Regierung aufrecht erhaltenen konventionellen Lüge zu brechen und in die Sprachrubrik das Wort „jüdisch" einzutragen. In vielen Städten Galiziens und der Bukowina bildeten sich besondere Komitees, die der jüdischen Bevölkerung bei der Ausfüllung der Fragebogen behilflich waren. Die Mühe war nicht umsonst: in Czernowitz gaben drei Viertel und selbst in der Hochburg der Polonisatoren, in Krakau, ein Viertel aller Juden als ihre Umgangssprache die jüdische an. Im ganzen beteiligte sich aber an der demonstrativen Kundgebung für die Volkssprache nur die Hälfte der gesamten jüdischen Bevölkerung Galiziens und der Bukowina, da kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß die österreichische Obrigkeit an dieser Willenskundgebung achtlos vorbeigehen werde, und daß das vorschriftswidrige Verhalten Ordnungsstrafen nach sich ziehen müsse. Viele Juden wurden in der Tat zur Verantwortung gezogen, worauf manche, um nicht die angedrohte Geldbuße erlegen zu müssen, in den Volkszählungsformularen das Wort „jüdisch" durch „polnisch" ersetzten. Dies war die Art und Weise, in der man im „Nationalitätenstaat" nationale Statistik trieb.

Als im Jahre 1909 der Landtag der *Bukowina* über eine Reform des dortigen Landtagswahlrechts beriet, sprach er sich dafür aus, daß die hunderttausendköpfige jüdische Bevölkerung, die im Lande neben den vier anerkannten Nationen: den Deutschen, Rumänen, Ruthenen und Polen eine wichtige Rolle spielte, in einer besonderen nationalen Kurie ihr Wahlrecht ausüben könne. Auch die österreichische Regierung, die die endlosen nationalen Zwistigkeiten satt hatte, hätte vielleicht diesem lediglich ein kleines Randgebiet des Reiches berührenden Beschluß ihre Zustimmung erteilt, wenn die Juden sich einmütig für seine Durchführung eingesetzt hätten. Einflußreiche Parteigänger der Assimilation leisteten jedoch der geplanten Neuerung sogar aktiven Widerstand: zwei Reichsratsabgeordnete, der der deutsch-fortschrittlichen Fraktion angehörende C. Kuranda und das Mitglied des Polenklubs N. Löwenstein, baten den Ministerpräsidenten Bienerth, den „die

Freiheit des Juden in der Wahl der Nationalität beengenden" Landtagsbeschluß nicht zu bestätigen. Die „Freiheit", auf die diese beiden Deputierten pochten, war die des Schachers mit der Nationalität, dank dem der eine als Deutscher, der andere als Pole in den Reichsrat gewählt wurde. Als die Vertreter der jüdischen nationalen Partei demgegenüber um die Bestätigung des vom Bukowinaer Landtag gefaßten Beschlusses nachsuchten, wurden sie nun mit dem Hinweis darauf abgewiesen, daß die Regierung unmöglich die von einem Teil der Juden selber verleugnete jüdische Nationalität anerkennen könne, zumal der „Jargon" keine offiziell anerkannte Umgangssprache sei. So blieb denn der für die Juden so bedeutsame Landtagsbeschluß ohne praktische Folgen. Gleichwohl erhob die österreichische Regierung im folgenden Jahre (1910) keinen Einspruch gegen die Bildung einer jüdischen Wahlkurie in dem kurz zuvor annektierten *Bosnien*. Das dort eingeführte Landtagswahlrecht war nämlich auf dem Unterscheidungsmerkmal der Religion aufgebaut, mit der Maßgabe, daß Katholiken, Griechisch-Orthodoxe, Muselmanen und Juden eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Zahl von Abgeordneten zu wählen hatten. Dadurch waren der 12 000 Seelen zählenden jüdischen Bevölkerung Bosniens zwei Landtagssitze gesichert, von denen der eine dem Großrabbiner vorbehalten blieb. Hier war es also das konfessionelle Prinzip, das den Juden zustatten gekommen war: als religiöse Gruppe ließ man sie wohl gelten, nicht aber als Nationalität.

Der innerjüdische Kampf zwischen Nationalisten und Assimilationsfreunden sollte während der Parlamentswahlen von 1911 zu einer Katastrophe führen. In der galizischen Stadt Drohobycz standen sich zwei jüdische Kandidaten für den Reichsrat gegenüber: ein Zionist und der schon erwähnte Günstling der Polen Nathan Löwenstein. Um nun diesem zum Siege zu verhelfen, schreckten die polnischen Behörden nicht vor den gröbsten Wahlfälschungen zurück, auf die sie sich von jeher meisterlich verstanden: während man vielen jüdischen nationalgesinnten Wählern die Wahlberechtigung aus fadenscheinigen Gründen aberkannte und sie von den Wahlurnen fortdrängte, ließ man für Löwenstein eine Unmenge von fiktiven Stimmen abgeben. Die hierüber empörten Nationaljuden erhoben stürmischen Protest. Eine Schar von Protestierenden, vorwiegend Arbeiter, demolierte das Wahlbüro Löwensteins, das Hauptquartier der Fälscher, und begab sich zum Wahllokal, um die Schwindler auf frischer Tat zu ertappen. Polizei

und Truppen stellten sich jedoch der aufgeregten Menge entgegen und empfingen sie auf Befehl ihres polnischen Vorgesetzten mit Gewehrsalven, wobei 20 Personen getötet und noch mehr verwundet wurden (19. Juni 1911). Die Kunde von dieser Greueltat, dem durch den Bruderkampf entstandenen Blutvergießen, machte auf die große Masse des jüdischen Volkes erschütternden Eindruck. Die systematisch betriebenen Wahlfälschungen hatten aber die Niederlage der jüdischen nationalen Partei zur Folge: sie war nunmehr im Reichsrat nur noch durch einen Abgeordneten, den in der Bukowina gewählten Dr. Benno Straucher vertreten, wohingegen in Galizien sieben polonisierte Juden (Löwenstein u. a.) sowie mehrere nicht weniger assimilierte jüdische Sozialdemokraten (Diamand u. a.) und in Deutsch-Österreich die schon erwähnten Vorkämpfer der Angleichung an die Deutschen, Kuranda und Ofner, gewählt wurden. Die jüdische Reichsratsfraktion existierte nicht mehr. Das einzige, womit sich die Juden trösten konnten, war die schwere Wahlniederlage der antisemitischen Christlich-Sozialen, die selbst in ihrer Hochburg Wien viele Mandate eingebüßt hatten. Die Mitglieder des Polenklubs wiederum waren genötigt, ihrem Judenhaß aus Rücksicht auf ihre jüdischen Kollegen im Reichsrat Zügel anzulegen. Die gleiche Zurückhaltung legten sich die Polen fortan auch im galizischen Landtag auf; um so zäher hielten jedoch die polnischen Behörden Galiziens an ihrer judenfeindlichen Taktik im Bereiche des Wirtschaftslebens fest.

Der wirtschaftliche Chauvinismus der Polen war noch schlimmer als ihre politische Unduldsamkeit. Er war es, auf den vor allem das sprichwörtlich gewordene Elend der galizischen Juden zurückging. Das ganze Land war mit einem Netz von Konsumgenossenschaften überzogen, die von den Polen hauptsächlich zu dem Zwecke gegründet worden waren, um den jüdischen Kleinhändlern ihren armseligen Verdienst abzujagen. Durch die Einführung des Salz- und Branntweinmonopols in Galizien wurden viele Tausende von jüdischen Familien, die sich ehedem durch den Salzhandel und das Schankgewerbe ernährt hatten, um ihren Unterhalt gebracht. Nachdem die Erteilung von Schankkonzessionen in das Ermessen der galizischen Behörden gestellt worden war (1911), fanden bei diesen fast nur noch polnische Reflektanten Berücksichtigung, während die Juden aus dem ihnen von der alten polnischen Adelsherrschaft selbst aufgezwungenen Schankgewerbe rücksichtslos hinausgedrängt wurden. Die Folge war, daß von

den 15000 jüdischen Familien, die ehedem vom Spirituosenhandel gelebt hatten, rund 8000, d. h. etwa 40000 Personen, brotlos wurden. Zweitausend dieser an den Bettelstab gebrachten Familienväter begaben sich nach Wien und veranstalteten dort eine öffentliche Protestkundgebung. Die Minister versprachen Abhilfe zu schaffen, lösten aber ihr Versprechen nicht ein. — Die jüdischen Hilfsorganisationen (die Wiener „Israelitische Allianz", der „Baron-Hirsch-Fonds" u. a.) suchten nach wie vor die Lage der galizischen Juden durch Gründung von allgemein bildenden Lehranstalten und von Fachschulen, von Kreditgenossenschaften und Fürsorgeämtern für Auswanderer zu verbessern, doch ging es über ihre Kraft, die in der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes sowie in dem österreichisch-polnischen Regime wurzelnde Not zu beheben.

Stabiler war um diese Zeit die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung *Ungarns*, die zahlenmäßig fast ebenso stark war wie die Galiziens und der Bukowina zusammengenommen (rund 900 000 Seelen). In Budapest war man nämlich damals dermaßen durch den Kampf um die Unabhängigkeit von Wien sowie die Bekämpfung des sich im Lande selbst regenden Separatismus der Kroaten und Slowenen in Anspruch genommen, daß die einst so brennende Judenfrage kaum noch Beachtung fand. In den für die Idee des einen und unteilbaren Magyarenstaates begeisterten politischen Parteien bürgerte sich die Ansicht ein, daß die Juden der Magyarisierung am zugänglichsten und darum auch politisch zuverlässiger seien als die slawischen oder rumänischen Landesbewohner. Und in der Tat dachten die durch die antisemitische Hetze der achtziger Jahre eingeschüchterten ungarischen Juden nicht daran, der Regierung gegenüber irgendwelche nationalen Rechte geltend zu machen. Sie hielten unentwegt an der Meinung fest, daß sie als Juden lediglich einer „Religionsgemeinschaft" angehörten, wofür ihre inneren religiösen Zwistigkeiten allerdings der schlagendste Beweis waren. Die jüdische Bevölkerung war nach wie vor in Orthodoxe und „Neologen" aufgeteilt, und jede der Parteien wollte von den Synagogen und kulturellen Institutionen der Gegenpartei nichts wissen. Die ungarischen Juden bekamen denn auch von Freundes- wie von Feindesseite wiederholt zu hören, daß sie gleichsam zwei verschiedene konfessionelle Gruppen bildeten. Besonders unversöhnlich waren die sich an die veralteten Riten und Bräuche klammernden Orthodoxen. Zahlenmäßig waren sie die bei weitem Stärkeren: im Jahre

1906 beherrschte die Orthodoxie mehr als die Hälfte der großen und drei Viertel der kleinen Gemeinden. Die festesten Stützpunkte der Altfrommen stellten, ebenso wie in Rußland und Polen, die weltabgeschiedenen Städtchen und Flecken dar. Da nun bei den Orthodoxen die nationale Idee von der Religion absorbiert, bei den Neologen aber durch die Assimilationssucht verdrängt wurde, fehlte es in Ungarn an jeglichen Voraussetzungen für den Kampf um die staatliche Anerkennung der Judenheit als Nationalität. Den beiden Parteien war es lediglich darum zu tun, ihren Kultusgemeinden in der einen oder anderen Form die Autonomie zu sichern.

Mittlerweile hatte die ungarische Regierung ihren Willen kundgetan, daß ein von sämtlichen Gemeinden beschickter Kongreß den Entwurf einer die ganze jüdische Landesbevölkerung zu einer Einheit zusammenschließenden Gemeindeordnung ausarbeite, doch waren die Orthodoxen trotz der Verständigungsbereitschaft der Neologen nicht gewillt, sich mit den „Gottlosen" an einen Tisch zu setzen. Erst zu Beginn des Jahres 1912 kam in Budapest eine Konferenz zustande, auf der beide Parteien vertreten waren. Auf dieser Tagung erschollen flammende Aufrufe zur Einigung, zur Schaffung eines alle Gemeinden vereinigenden Zentralorgans an Stelle der zwei noch immer nebeneinander bestehenden „Kanzleien" der Reformisten und Orthodoxen; es wurde auch eine Resolution über die „Einheit und Unteilbarkeit der Judenschaft" innerhalb der autonomen Gemeinden genehmigt. Indessen sollten alle guten Vorsätze unausgeführt bleiben. Waren doch auf der Konferenz von den 2000 im Lande bestehenden Gemeinden nur 243, darunter nicht mehr als 26 orthodoxe vertreten. Angesichts einer solchen Zusammensetzung des Gemeindetages besaßen dessen Beschlüsse für die Altfrommen keine bindende Kraft. So blieb der religiöse Dualismus in der Gemeindeverfassung der ungarischen Judenheit ebenso unverändert bestehen wie der politische Dualismus in dem Gesamtaufbau der Donaumonarchie.

Was an den assimilierten ungarischen Juden besonders auffiel, war ihr von Furcht genährter magyarischer Hyperpatriotismus. Die ultranationale ungarische Unabhängigkeitspartei, die den Juden einst die Emanzipation unter der Bedingung vorbehaltloser Magyarisierung zugestanden hatte, hatte ihre jüdischen Mitläufer im Laufe der Zeit ganz entnationalisiert; sie war es, der die zehn oder fünfzehn jüdischen Mitglieder des ungarischen Parlaments ihre Sitze verdankten

und der diese kleinlauten „Magyaren mosaischer Konfession" stets parieren mußten. In einer Geltendmachung nationaler Rechte der Juden hätten diese eine ungeheuerliche Verletzung des ihnen heiligen „Handelsvertrages" erblickt, in dem als Preis für die Emanzipation die Assimilation fixiert war. Die zu immer höherem Wohlstand aufsteigenden ungarischen Juden, namentlich die von Budapest, die an Zahl (ca. 170 000 Seelen) sogar die Judenheit Berlins und Wiens übertrafen, fürchteten nichts so sehr wie einen neuen Ausbruch des Antisemitismus, durch den ihre wirtschaftliche Position gefährdet werden könnte. Erst der allmählich ins Land eindringende Zionismus sollte die Gedankenwelt der teils magyarisierten, teils bei ihrer Altfrömmigkeit beharrenden Judenheit durch neue Lebenskeime bereichern. Noch ehe jedoch die nationale Bewegung in Ungarn merklichere Fortschritte machen konnte, brach der Weltkrieg aus, dessen Nachwehen auf das Los der ungarischen Juden in überaus verhängnisvoller Weise einwirken sollten.

§ 47. Rußland in den Jahren der Gegenrevolution (1907—1914)

Der Staatsstreich vom Juni 1907 (oben, § 44) versetzte der russischen Freiheitsbewegung einen schweren Schlag. Infolge der Änderung des Wahlgesetzes ward die Verfassung zur Magd der Autokratie. Der Regierung war nunmehr in der Reichsduma eine kompakte Mehrheit gesichert. Das Land war jenen „Schwarzen Hundert" ausgeliefert, die im Jahre 1905 den Revolutionsbrand in Strömen jüdischen Blutes zu ersticken gesucht hatten. Die im „Verband des russischen Volkes" zusammengeschlossenen monarchistischen Umstürzler forderten in aller Öffentlichkeit zur Abschaffung der konstitutionellen Verfassung auf. Als das Haupt dieser schwarzen Horden, der Arzt Dubrowin, Nikolaus II. zu dem im Juni erfolgten Staatsstreich beglückwünschte, erhielt er vom Zaren die Zusicherung, daß der „Verband des russischen Volkes" fortan eine „feste Stütze des Thrones" bilden werde. Die Gegenrevolution war entfesselt. Die Zeitungen waren voll von Nachrichten über Verhaftungen und Hinrichtungen von Revolutionären. Das „Stolypinsche Halstuch", der Galgenstrick, symbolisierte nunmehr die Staatsgewalt. Die fast zwei volle Jahre (bis 1909) tagaus tagein vollstreckten Todesurteile ließen den greisen Leo Tolstoj in den Verzweiflungsschrei ausbrechen: „Ich kann nicht

schweigen!" Während nun die revolutionären Schwärmer, Jünglinge wie Mädchen, von denen nicht wenige jüdischer Abkunft waren, erbarmungslos zum Richtplatz geschleppt wurden, gingen die Missetäter, die sich an den „patriotischen" Pogromen der Jahre 1905 und 1906 beteiligt hatten, völlig straffrei aus. Teils waren sie von den mitschuldigen Ortsbehörden den Gerichten überhaupt nicht überliefert worden, teils wurden sie von der Verbüßung der gegen sie wegen Plünderung und Mord erkannten Strafen auf Weisung aus Petersburg befreit. Der Straferlaß wurde in der Regel vom Zaren auf ein vom Justizminister Schtscheglowitow befürwortetes Gesuch der „zuständigen" Ortsgruppe des „Verbandes des russischen Volkes" verfügt. Um so härtere Strafen trafen die Mitglieder der jüdischen Selbstwehr. So verurteilte das Odessaer Kriegsgericht eine Gruppe jüdischer junger Leute, die im Oktober 1905 den Pogromhorden mutig getrotzt hatten, als angebliche Mitglieder eines „Geheimbundes, der in der Absicht, die herrschende Ordnung zu stürzen, das jüdische Proletariat zu einem bewaffneten Angriff auf Polizei und Truppen ausgerüstet" habe, zu langjährigen Zuchthausstrafen.

Solcherart waren die Auspizien, unter denen im Herbst 1907 die Wahlen zur dritten Reichsduma vor sich gingen. Nicht genug damit, daß das neue Wahlgesetz die Aussichten der fortschrittlichen und demokratischen Parteien auf ein Mindestmaß herabdrückte, stand die Regierung nicht an, viele oppositionelle Kandidaten mit den Mitteln des Polizeiterrors auszuschalten. Infolge der willkürlich gehandhabten Einteilung der Wählerschaft in ständische Gruppen sollten die jüdischen Wahlkandidaten besonders schlecht abschneiden. Das Gouvernement Kowno und Kurland waren die einzigen Wahlkreise, in denen es den Juden gelang, je einen Mann ihres Vertrauens durchzubringen (es waren dies die in der weiteren Öffentlichkeit bis dahin unbekannten Rechtsanwälte N. Friedmann und L. Nisselowitsch). Die Verständigung zwischen der gemäßigt-konservativen Partei der „Oktobristen" und den Rechtsradikalen ermöglichte die Bildung einer regierungstreuen Rechtsmehrheit in der neugewählten Kammer. Namentlich war es die Judenfrage, in der diese Mehrheit geschlossen der ins Hintertreffen geratenen, aus „Kadetten", „Trudowiki" und einer Handvoll Sozialisten bestehenden Opposition entgegentrat. Die ausgesprochen judenfeindliche Stimmung der reaktionären Duma trat bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit anläßlich der Verabschiedung des die Unver-

letzlichkeit der Person betreffenden Gesetzentwurfs kraß zutage. Auf das Drängen der Opposition wurde nämlich als eine der Hauptvoraussetzungen der persönlichen Freiheit die Freizügigkeit anerkannt, doch schaltete die Mehrheit in den Gesetzentwurf hinter die Worte: „Niemand kann in der Wahl des Wohnsitzes und in der Freizügigkeit beschränkt werden, ausgenommen die im Gesetz bezeichneten Fälle" die vielsagende Klausel ein: „und die in Gegenden außerhalb des Ansiedlungsrayons eintreffenden Juden" (1908). Diesem Vorbehalt lag die böswillige Absicht zugrunde, die Institution des Ansiedlungsrayons, die über Millionen von Menschen grundlos verhängte lebenslängliche Freiheitsstrafe aufs neue ausdrücklich zu sanktionieren.

Zu den erniedrigenden Rechtsbeschränkungen kam aber nunmehr auch noch die öffentliche Verhöhnung des Judentums von der weithin sichtbaren Parlamentstribüne. Tonangebend waren hierbei die Führer der Rechtsradikalen, der Vertreter von Bessarabien, Purischkewitsch, und der des Gouvernements Kursk, Markow, die allerdings zugleich mit dem Judentum auch alle geheiligten Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit, und zwar als Ausfluß „speichelleckerischer Humanität", verächtlich zu machen suchten. Das Wort „Jüd" („żyd") galt nicht mehr als unparlamentarisch. Zu jeder neuen Gesetzesvorlage stellten die Vertreter der Mehrheit Abänderungsanträge, die darauf zielten, die Juden in ihren Rechten weiter zu beschränken oder sie wenigstens zu kränken. Das Kriegsministerium wurde aufgefordert, die Säuberung des Heeres von den Juden als einem schädlichen und in Kriegszeiten unzuverlässigen Element durchzuführen und im Hinblick auf die von den jüdischen Ärzten während des Krieges gegen Japan an der Front getriebene revolutionäre Propaganda keine Juden über die Schwelle der Militärärztlichen Akademie zu lassen. Ferner forderten die „Oktobristen" die Nichtzulassung der Juden zum Friedensrichter-Amt, da man sich sonst gegen die Prinzipien des „christlichen Staates" versündigen würde (1909). Als der Vertreter der Opposition Karaulow aus diesem Anlaß ausrief: „Wo die Gleichheit fehlt, wo es Paria-Völker gibt, dort gibt es keine konstitutionelle Ordnung!", rief man ihm von den Bänken der Rechten zu: „Gottlob, die ist auch nicht nötig!" Mit ebenso hämischen Zwischenrufen unterbrachen die Schildknappen des Despotismus die warnende Äußerung des Abgeordneten Roditschew: „Ohne Wegräumung der antijüdischen Beschränkungen wird der Tempel der Freiheit unzugänglich bleiben".

Ein wahrer Schwall von Schmähungen ergoß sich aber jedesmal, wenn einer der zwei jüdischen Dumaabgeordneten das Wort ergriff, so daß diese die allergrößten Anstrengungen machen mußten, um sich Gehör zu verschaffen. Im Jahre 1910 gelang es zwar dem Abgeordneten Nisselowitsch, 166 seiner Kollegen zur Unterzeichnung eines Initiativantrags über die Aufhebung des Ansiedlungsrayons zu bewegen, doch sollte die Vorlage über das Stadium einer fruchtlosen Ausschuß-Beratung nicht hinauskommen.

Die reaktionäre Duma ermutigte die Regierung zu einer weiteren Verschärfung ihrer Unterdrückungspolitik. Der immer mehr nach rechts abschwenkende Premierminister Stolypin dachte nicht mehr an sein 1906 gegebenes Versprechen, die „offensichtlich veralteten, lediglich Erbitterung erregenden Rechtsbeschränkungen" abzuschaffen, vielmehr hatte es den Anschein, als ob er und die Mitglieder seines Kabinetts es sich geradezu zur Aufgabe gemacht hätten, die Juden zu erbittern. Der Abgeordnete Friedmann hatte allen Grund, im Februar 1910 in der Duma zu erklären, daß „die Juden sogar in der schlimmsten Zeit, die sie unter Plehwe durchzumachen hatten, nicht mit solcher Härte behandelt wurden, wie sie jetzt üblich geworden ist". Die Ausweisungen von Juden aus den ihnen verwehrten Städten und Dörfern nahmen in der Tat einen epidemieartigen Charakter an. Im Frühjahr 1910 wurde beschlossen, dem Moloch des Judenhasses eine ganze Hekatombe darzubringen: mit einem Schlage sollten aus Kiew 1200 jüdische Familien ausgewiesen werden. Die Polizeibehörden gingen hierbei mit unerbittlicher Grausamkeit vor und machten keinen Unterschied zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Erwachsenen und Säuglingen. Die dadurch in Westeuropa ausgelöste Entrüstung nötigte allerdings die Regierung, die Ausweisung wieder einzustellen. Desto hemmungsloser durfte der Minister für Volksaufklärung Schwarz, dessen Name für diese ganze Zeit symbolisch ist, die jüdische Schuljugend peinigen. Auf sein Betreiben wurde vom Zaren der vor der Revolution für die Juden im Schulwesen geltenden „Prozentnorm" (oben, § 17) unter Ausschaltung der gesetzgebenden Körperschaften durch eine Notverordnung Gesetzeskraft verliehen (September 1908). Nun sollten die Juden an den Hochschulen wieder nicht mehr als 3 bis 10 Prozent der gesamten Studentenschaft ausmachen. Da jedoch die jüdische Jugend in der Revolutionszeit den ihr entgegengestellten Damm vielfach durchbrochen hatte, wurde in vielen

Lehranstalten bis zur Wiederherstellung des vorgeschriebenen Verhältnisses die Immatrikulation von Juden überhaupt eingestellt. Von neuem zogen Scharen von wissensdurstigen Jünglingen und Mädchen nach Westeuropa, wo sie nicht nur Fachkenntnisse erwarben, sondern auch ihren Willen für den revolutionären Kampf gegen ein Regime stählten, das ihnen das Recht auf Bildung aberkannte. Die Prozentnorm wurde überdies auch für die Mittelschulen neu fixiert und zwar auf 5 bis 15 Prozent. Die Feinde der Aufklärung gingen jedoch noch einen Schritt weiter, und im März 1911 wurde der numerus clausus durch einen Zarenukas selbst auf die sich der Maturitätsprüfung als Externe unterziehenden Juden ausgedehnt, was für diese mit der Festsetzung eines numerus nullus gleichbedeutend war, da sich ja die Christen, denen die Schulen offen standen, nur in seltenen Ausnahmefällen um das Reifezeugnis als Externe bewarben. Auch dieses Gesetz erging ohne vorherige Beratung in der Reichsduma während einer kurzen Unterbrechung ihrer Sitzungsperiode unter mißbräuchlicher Anwendung des Notverordnungsrechts. Als dann in die Duma eine dringende Interpellation über diesen Mißbrauch eingebracht wurde, wurde die Anfrage von der regierungstreuen Kammermehrheit abgelehnt.

Je schärfer die Verfolgungen wurden, desto mehr wuchs nach dem bekannten psychologischen Gesetze die Wut der Verfolger. Im Frühjahr 1911 beschloß der „Verband des russischen Volkes" einen monströsen Ritualmordprozeß in Szene zu setzen und zettelte die berühmte „Beilis-Affäre" an. Der Umstand, daß die Leiche eines ermordeten russischen Knaben (Juschtschinskij), dessen Verwandte einer Diebesbande angehörten, in der Nähe einer Kiewer jüdischen Fabrik aufgefunden worden war, wurde nämlich von den Judenhassern zum Anlaß genommen, um von der Duma aus in das ganze Land hinauszuposaunen, daß die Juden einen Ritualmord begangen hätten, wobei die Tat einem jüdischen Angestellten dieser Fabrik, Mendel Beilis, zur Last gelegt wurde. Zunächst hatte die Regierung Skrupel, das nichts weniger als „rätselhafte", weil in einer Diebeshöhle verübte Verbrechen als Ritualmord zu qualifizieren, doch kam bald ein Ereignis dazwischen, das den Machthabern über ihre Verlegenheit hinweghalf. Im September 1911 wurde im Opernhaus von Kiew im Beisein des Zaren und seiner Minister, die anläßlich kirchlicher Feierlichkeiten in der Stadt weilten, der Ministerpräsident Stolypin tödlich

verwundet. Der Attentäter war ein Enkel des bekannten jüdischen Schriftstellers Grigorij Bogrow (Band IX, § 48), der angehende Rechtsanwalt Dmitrij Bogrow, der sich eine Zeitlang zum Anarchismus bekannt hatte und in der Folge zu revolutionären Zwecken in die Dienste der Geheimpolizei getreten war. Diese Tat eines Einzelnen genügte, um einen Paroxysmus der Wut gegen die gesamte Judenheit hervorzurufen, und schon rüstete man sich in Kiew in aller Öffentlichkeit zu einem Judengemetzel. Der Regierung schien es indessen inopportun, die Massenhinrichtungen unter den Augen des in der Stadt weilenden Zaren zuzulassen. So blieb der blutige Straßenpogrom aus, und statt dessen setzte ein sich über zwei Jahre hinziehender, im Zeichen der Blutlüge stehender Justizpogrom ein. Der Justizminister Schtscheglowitow zögerte nicht länger, den Fall Beilis zu einer Ritualmordaffäre aufzubauschen und diese zu einem Prozeß gegen die gesamte Judenheit auswachsen zu lassen. Zwei Jahre lang diente dieser Fall den Reaktionären zum Anlaß für eine wütende Agitation in Wort und Schrift, auf der Straße und in der Reichsduma. Der Prozeß rief in der ganzen Welt starke Erregung hervor, da es allenthalben bekannt war, daß es sich bei der ganzen Sache nicht um von Juden vergossenes Blut, sondern lediglich um einen Vorwand für das Vergießen jüdischen Blutes handle. Hunderte von christlichen Theologen veröffentlichten in Europa und Amerika Protesterklärungen gegen die Blutlüge; alle Vertreter der russischen Öffentlichkeit, die auf Ehre und Vernunft hielten, wandten sich von der judenfeindlichen Clique mit Abscheu ab — die Veranstalter des gerichtlichen Schauspiels aber ließen sich durch diese Kritik nicht irremachen und waren fest davon überzeugt, daß ihnen der erwünschte Erfolg sicher sei. Die im Herbst 1913 in Kiew durchgeführte Gerichtsverhandlung machte indessen die Hoffnungen des Justizministers und seiner schwarzen Gefolgschaft zunichte. Ungeachtet dessen, daß das Gerichtskollegium ad hoc zusammengesetzt war, daß die Berufsrichter notorische Judenfeinde waren und auf der Geschworenenbank ungebildete Bauern und Kleinbürger saßen, wurde der Angeklagte Beilis freigesprochen. Zu einem solchen Ausgang des Prozesses trug nicht wenig die wuchtige Gegenagitation der fortschrittlichen russischen Kreise bei, aber auch die jüdischerseits sorgfältig organisierte Verteidigung, zu der die hervorragendsten Advokaten und Sachverständigen (Oskar Grusenberg, der Moskauer Rabbiner Jakob Mase u. a.) zugezogen wurden. Ob dieses

Mißerfolges erbittert, ließ Schtscheglowitow gegen eine Reihe liberaler Zeitungen, die die Machenschaften der Regierung ans Licht gebracht hatten, sowie gegen die Petersburger Anwaltskammer, die in einer besonderen Resolution die Haltung des Justizministeriums in der Beilis-Affäre getadelt hatte, Anklage erheben. So kam es im Sommer 1914, einen Monat vor Ausbruch des Weltkrieges, zu dem aufsehenerregenden „Advokaten-Prozeß", der mit der Verurteilung von 25 angesehenen russischen und jüdischen Rechtsanwälten wegen „Aufreizung des Volkes gegen die Regierung" endete.

Der Widerstand, den die russische Judenheit der wiedererstarkten Reaktion leistete, war viel aktiver als in der vorrevolutionären Zeit. Das politische Selbstbewußtsein der jüdischen Massen war in den Jahren der Freiheitsbewegung viel reifer geworden, und überdies verfügten jetzt die fortschrittlichen Kreise dank der der Regierung abgerungenen Verfassung, trotz deren Unzulänglichkeit, über viel mehr legale Kampfmittel als ehedem. Von der Tribüne der Reichsduma erklangen immer wieder weithin vernehmbare Proteste der Opposition gegen die reaktionäre Regierungspolitik; der Meinungsäußerung in Wort und Schrift waren ziemlich weite Grenzen gezogen, die die Radikalen in der Praxis auch noch zu überschreiten pflegten; das neue Vereinsrecht ermöglichte die Gründung verschiedener kultureller und wirtschaftlicher Organisationen, die aber nicht selten nur ein Aushängeschild für politische Betätigung waren. Auch die jüdischen politischen Parteien entfalteten eine teils legale, teils illegale Wirksamkeit, wobei ihre Spitzenorganisationen zumeist als ein den Dumaabgeordneten zur Seite stehender „Beirat" fungierten. Die Rolle einer solchen Dachorganisation spielte zunächst der im Revolutionsjahr 1905 entstandene „Verband zur Erlangung der Vollberechtigung des jüdischen Volkes" (oben, § 42), doch löste dieser sich schon 1907 wieder auf. Als erste trennte sich von ihm die zionistische Partei, die sich auf ihrer Ende 1906 in Helsingfors abgehaltenen Konferenz auf das schon beiläufig erwähnte Programm des „synthetischen Zionismus", d. h. auf die Verbindung der Palästina-Idee mit dem Prinzip der nationalen Betätigung in der Diaspora festgelegt hatte und es für ratsam hielt, unter eigener Fahne zu kämpfen. Ferner schied aus dem „Vollberechtigungs-Verband" die „Jüdische Volksgruppe" aus, die grundsätzlich gegen den Zionismus wie überhaupt gegen die Suche nach neuen Zentren außerhalb Rußlands war.

Den Hauptnachdruck legte diese von M. Winawer und H. Sliosberg geleitete Gruppe auf den Kampf um die bürgerliche Gleichberechtigung in engstem Anschluß an das fortschrittliche Russentum, während sie ihr Programm hinsichtlich der „nationalen Rechte" auf die Forderung der Gemeindeselbstverwaltung beschränkte. Ganz auf dem Boden der jüdisch-nationalen Politik stand die dritte aus dem „Vollberechtigungs-Verband" ausgeschiedene Gruppe, die sich als „Volkspartei" bezeichnete (S. Dubnow, M. Kreinin u. a.). Dem Programm dieser Gruppe, die infolge der über Rußland hereingebrochenen Reaktion keine festeren Wurzeln fassen konnte, lag der Autonomismus zugrunde, jene Lehre, die in ihrer Entwicklung dem Zionismus parallel lief und bereits vor der Revolution begründet worden war (oben, § 37). Gleichzeitiger Kampf um die bürgerlichen und nationalen Rechte, die Schaffung autonomer *Volksgemeinden* und deren Zusammenschluß zu einem von einem zentralen Selbstverwaltungsorgan geleiteten Verband, ein nationales Schulwesen und die Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden Sprachen des Volkes, der alten Schriftsprache und der Umgangssprache — dies waren die Hauptpunkte des Programms der Volkspartei. Auf Grund der Erkenntnis der geschichtlichen Bedeutsamkeit der Verschiebung der Diasporazentren trat diese Partei überdies für die Regelung der Auswanderungsbewegung nach Amerika sowie für die Kolonisation Palästinas ein. Im „Vollberechtigungs-Verband" war auch noch eine vierte Strömung vertreten gewesen: die wenig zahlreiche, von L. Bramson geleitete „Demokratische Gruppe", die sich von der „Volksgruppe" nur dadurch unterschied, daß sie in den allgemein politischen Problemen mehr nach links tendierte. Nach der Auflösung des Verbandes schlossen sich die Petersburger Vertreter dieser vier Sondergruppen wiederholt zu einer Koalition zusammen und arbeiteten gemeinsam in dem ständigen Rat, der mit den jüdischen Dumaabgeordneten die Richtlinien für die jüdische Politik festlegte. Außerhalb dieser Koalition blieben lediglich jene sozialdemokratischen Gruppen („Bund" u. a.), denen die Klasseninteressen über die nationalen gingen und die ein Zusammenwirken mit den „bürgerlichen" Politikern rundweg ablehnten, obgleich die so Bezeichneten in ihrer Mehrzahl über den Klassen standen und überzeugte Demokraten waren.

Wiewohl die Gleichberechtigung für die russischen Juden auch nach der Revolution von 1905 noch immer ein Desideratum war,

hatte sich ihre *wirtschaftliche* Lage in den dem Weltkrieg vorangehenden Jahren erheblich gebessert. Die Ursache hiervon war der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung Rußlands sowie die wichtige Rolle, die die Juden in der russischen Industrie spielten. In der sich in den polnischen und litauischen Provinzen immer mehr entfaltenden Textilindustrie, deren Hauptzentren Lodz, Bialystok und Warschau waren, betätigten sich die Juden nicht nur als Unternehmer und Arbeiter, sondern in noch viel größerer Zahl als Angestellte und als Handelsreisende, die für den Absatz der Fabrikate im ganzen Russischen Reiche arbeiteten. Hausindustrie und Handwerk entwickelten sich immer mehr zu fabriksmäßiger Produktion. Dank der größeren Bewegungsfreiheit, die den wirtschaftlichen Vereinigungen eingeräumt wurde, erhielt die jüdische Bevölkerung eine neue Waffe im Kampf ums Dasein: es entstand ein ganzes Netz von Kredit- und Einkaufsgenossenschaften, die den Händlern und Handwerkern billigen Kredit gewährten und den letzteren Produktionsmittel lieferten. Überhaupt war die russische Judenheit auf dem besten Wege zur wirtschaftlichen Gesundung, was im Zusammenhang mit ihrer kulturellen und politischen Entwicklung den Anbruch einer neuen Aera ankündigte. Der Weltkrieg und der darauf erfolgte Zusammenbruch Rußlands sollte alle diese Hoffnungen in ein Nichts zerrinnen lassen; aber auch früher schon waren die mißgünstigen Nachbarn der Juden in *Russisch-Polen* bemüht, den steigenden Wohlstand der „Fremdlinge" von Grund aus zu zerstören.

Im Weichselland war um diese Zeit die Partei der „Nationaldemokraten" herrschend, adelige und bürgerliche Chauvinisten, die in der Reichsduma unter Führung von Dmowski die judenfeindliche Politik der russischen Rechtsparteien mitmachten. Woran diese polnischen Hypernationalisten vor allem Anstoß nahmen, war die sich in Warschau und anderen größeren Städten Polens entfaltende nationale Kultur der Juden. Die Tatsache, daß in diese Handels- und Industriezentren immer mehr „Litwaken", d. h. litauische Juden, zuwanderten, ließ in den polnischen Chauvinisten Befürchtungen aufkommen, und das Wort „nationale Rechte" im Munde jüdischer Politiker schien ihnen allen Anstand zu verletzen. Den „Litwaken" wurde zweierlei vorgeworfen: einerseits beschuldigte man sie der Russifizierungstendenzen, weil sie sich auf den Straßen von Warschau und Lodz der russischen Sprache bedienten, andererseits warf man ihnen vor, daß sie

auf polnischem Boden ein „zweites Judäa" aufrichteten, als abgesonderte Nation aufträten, eigene politische Organisationen ins Leben riefen, eine eigene Presse in zwei jüdischen Sprachen und ein eigenes Volkstheater besäßen und Polen durch ihren deutschen „Jargon" germanisierten. Das Hauptziel der polnischen Heißsporne war aber die Verdrängung der Juden aus allen Gebieten des Wirtschaftslebens gemäß den Leitprinzipien der allpolnischen Organisationen in Galizien, insbesondere durch Gründung von Konsumgenossenschaften. Es wurde die Parole ausgegeben: „Kauft nicht bei Juden! Kauft nur bei Volksgenossen!" und die christliche Bevölkerung mied den jüdischen Krämer im Glauben, hiedurch eine patriotische Pflicht zu erfüllen. Das jüdische Handwerk wiederum vermochte der Konkurrenz der Fabrikindustrie nicht standzuhalten, während die infolgedessen immer zahlreicher werdenden jüdischen Proletarier, soweit sie an der Sabbatheiligung festhielten, schon allein aus diesem Grunde in den Fabriken nicht beschäftigt werden konnten.

Ebenso wie von den „Nationaldemokraten" wurde die jüdische Nationalbewegung auch von den polnischen Fortschrittlern, der Gruppe Swentochowskis, bekämpft. Im Jahre 1909 veröffentlichte der „Polnische Progressistenbund", dem sich auch polonisierte Juden angeschlossen hatten, die folgende Resolution: „Der Bund betrachtet die Juden nicht als eine besondere Nation, sondern als konfessionelle Stammesgruppe ohne ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein (?), die nur auf dem Wege der politischen und kulturellen Assimilation aus dem Ghetto herauskommen und die faktische Gleichberechtigung erlangen kann. Der Jargon kann nicht als Nationalsprache gelten. Die polonisierten Juden betrachten wir als unsere Mitbrüder, die sich absondernden Juden aber als fremdes und unter Umständen auch als feindliches Element". Die Nationaljuden beantworteten diese Herausforderung mit der folgenden Erklärung: „Wir legen energische Verwahrung gegen die Beschuldigung ein, daß die Juden dem polnischen Volke feindlich gesinnt seien. Der jüdische Nationalismus ist seinem Wesen nach kultureller Natur und von allen aggressiven Tendenzen frei. Lediglich die Anerkennung der bürgerlichen und national-kulturellen Rechte des jüdischen Volkes kann die Juden zu Bundesgenossen der Polen bei der Arbeit an der friedlichen Entwicklung Polens machen".

Die Polen gingen indessen an solchen Erklärungen achtlos vor-

bei. Nach der 1909—1910 entfesselten wirtschaftlichen Boykott-Bewegung entbrannte im Jahre 1912 anläßlich der Wahlen zur vierten Reichsduma ein rein politischer Kampf. Im Wahlmännerkollegium des Wahlkreises Warschau, wo die Zahl der jüdischen Einwohner inzwischen auf etwa 200 000 angewachsen war, verfügten nämlich die Juden über die absolute Mehrheit, erklärten sich aber aus Rücksicht auf das überspannte Nationalgefühl der Polen, die ihre Hauptstadt unbedingt nur durch Polen in der Duma vertreten sehen wollten, nichtsdestoweniger bereit, für einen polnischen Kandidaten zu stimmen, mit dem alleinigen Vorbehalt, daß dieser nicht Antisemit sei. Trotz des von jüdischer Seite bewiesenen Entgegenkommens nominierte aber das polnische Wahlkomitee einen Antisemiten, den Nationaldemokraten Kucharzewski, als Kandidaten. Nunmehr hätten die Juden allen Grund gehabt, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, doch zeigten sie sich abermals nachgiebig und beschlossen, ihre Stimmen für einen polnischen Sozialdemokraten abzugeben, da es nur in dieser Partei Polen gab, die vom Antisemitismus noch nicht infiziert waren. So erhielt das Warschauer Duma-Mandat der polnische Arbeiterführer Jagello. Die höheren polnischen Kreise schäumten nun vor Wut darüber, daß sich die Juden angemaßt hätten, in die „nationalen Wahlen" entscheidend einzugreifen. Es setzte eine wüste Hetze ein, und in der polnischen Presse ebenso wie auf der Straße scheute man sich nicht, die Juden mit dem auf den Kiewer Ritualmordprozeß anspielenden Spitznamen „Beilis" zu belegen. Der wirtschaftliche Boykott wurde mit noch nie dagewesener Erbitterung durchgeführt.

Die Seuche des Judenhasses nahm im Weichselland immer gefährlichere Formen an, und zu Beginn des Weltkrieges sah sich die polnische Judenheit von dem rachgierigen polnischen Bürgertum aufs schwerste bedroht. Aus diesem Lager der Judenfeinde erscholl der Kampfruf: „Es ist kein Raum für zwei Nationen an der Weichsel!", gleichsam ein Todesurteil für zwei Millionen Juden, die die Kühnheit hatten, sich als Bestandteil der jüdischen und nicht der polnischen Nation zu betrachten. Gleich nach Beginn des Weltkrieges sollte diese giftige Saat auch an der russischen Front in Polen üppig ins Kraut schießen und der jüdischen Landesbevölkerung unsagbares Leid zufügen.

§ 48. Zionismus und Territorialismus

Gleichzeitig mit der Entfaltung der national-autonomistischen Bewegung in den Ländern der jüdischen Massensiedlung, in Rußland und Österreich, schritt die Entwicklung des Zionismus fort, der vielen noch immer die einzige Möglichkeit einer radikalen Lösung der Judenfrage zu gewährleisten schien. Die in der zionistischen Partei kurz vor dem Ableben Herzls ausgebrochene Krise war überstanden. Der Streit, der auf dem sechsten Kongreß zu Basel zwischen den Palästinafreunden und den Verfechtern des Uganda-Projekts entbrannt war (oben, § 35), führte auf dem folgenden Baseler Kongreß (Juli 1905) zu einer Sezession: zum Zusammenschluß eines Teiles der „Ugandisten" zu einer besonderen Partei der „Territorialisten". Während über Rußland die Stürme der Revolution dahinbrausten und die jüdischen Volksmassen zwischen Freiheitshoffnung und Pogromangst hin und her schwankten, debattierte man im friedlichen Basel über die Frage, ob es zulässig sei, im Widerspruch zu dem Zionsideal für die Zehntausende von Flüchtlingen aus Rußland ein Asyl außerhalb des für eine Masseneinwanderung ungeeigneten Palästina zu schaffen. Eine Gruppe von Kongreßteilnehmern mit Israel Zangwill an der Spitze vertrat den Standpunkt, daß jedes freie, den Juden unter Zusicherung der Autonomie zu überlassende Territorium für das jüdische Volk mit der Zeit ein zweites Palästina werden könne. Es war dies, wie die Gegner ironisch meinten, ein „Zionismus ohne Zion". Für eine solche radikale Revision der Parteigrundsätze war die Kongreßmehrheit nicht zu haben, und so stimmte sie für die Resolution der „Zione-Zion" (Ussischkin, Tschlenow u. a.), in der die Aufrechterhaltung des Baseler Programms proklamiert wurde. Zugleich wurde jedoch beschlossen, an die Massenbesiedlung Palästinas erst nach Erlangung einer formellen Konzession (eines „Charters") zu gehen und sich bis dahin auf ein sich in bescheideneren Grenzen haltendes Kolonisationswerk zu beschränken. Die Aufgabe, den ersehnten „Charter" zu erlangen, oblag weiterhin der Parteiexekutive, zu deren Präsidenten der tatkräftige Mitstreiter Herzls, der Kölner Kaufmann *David Wolffsohn*, gewählt wurde, der sich namentlich um den Ausbau der Finanzorgane der Partei verdient gemacht hatte (der Sitz der Exekutive wurde nunmehr von Wien nach Köln verlegt). Der neugewählte Präsident knüpfte denn auch mit der türkischen Regierung

erneut Unterhandlungen an, die aber ebenso ergebnislos verliefen wie die seinerzeit von Herzl geführten. So mußte man sich mit der „Kleinkolonisation" bescheiden. Der im August 1907 im Haag abgehaltene Zionistenkongreß beschloß eine Gesellschaft für den Aufkauf und die Parzellierung von Boden in Palästina („Palestine Land Development Company") sowie ein „Palästina-Amt" zu gründen, zu dessen Leiter der Nationalökonom Arthur Ruppin gewählt wurde.

Nach der jungtürkischen Revolution des Jahres 1908, die die Türkei zu einem konstitutionellen Staat machte, schöpften die Zionisten neuen Mut. Man war allgemein der Ansicht, daß die liberale jungtürkische Regierung viel mehr Chancen auf eine Verständigung hinsichtlich des in Palästina zu schaffenden jüdischen Zentrums biete als der Despot Abdul Hamid. Indessen sollten sich auch diese Hoffnungen als trügerisch erweisen. Die Machthaber der neuen Türkei, die Jungtürken, waren Fanatiker des Zentralismus und wollten von einer Autonomie der arabischen und aller anderen vom Ottomanischen Reiche abhängigen Nationen nichts wissen. Darum waren die Jungtürken auch Gegner des Zionismus, der die Schaffung eines jüdischen autonomen Zentrums in Palästina anstrebte, und schlugen ihrerseits vor, daß die Juden sich in anderen türkischen Provinzen, und zwar in weithin verstreuten, der Assimilation leichter zugänglichen Gruppen ansiedeln. Der zionistischen Kreise bemächtigte sich schwere Enttäuschung, der der Parteiführer Nordau auf dem neunten, im Dezember 1909 in Hamburg abgehaltenen Kongreß in den folgenden Worten Ausdruck verlieh: „Was wir wollen, das ist im Rahmen des ottomanischen Staates eine Nationalität zu bilden, wie alle anderen Nationalitäten im Reiche. Man hat uns gesagt: ‚Kommt nur immer zu uns nach der Türkei, wir werden euch gleichmäßig über alle Provinzen des Reiches verteilen, und in Palästina lassen wir euch überhaupt nicht ein!' Angesichts derartiger Anschauungen ist es ein Gebot der Ehre und der Selbstachtung, auf das Baseler Programm hinzuweisen. Wenn die Zionisten nach der Türkei gehen wollen, so ist es, um palästinensische Juden zu sein, nicht um sich irgendwo in Mazedonien oder Kleinasien zu Türken zu machen. Wenn sie sich assimilieren wollen, so haben sie das bei sich zu Hause näher und billiger und sparen die Reisekosten". Der Kongreß zollte zwar dem Redner, der den Angriff auf die nationale Würde kraftvoll abgewehrt hatte, lauten Beifall, doch konnten die ihm dargebrachten Ova-

tionen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wieder eine Hoffnung: die auf die nationale Duldsamkeit der neuen Türkei, geschwunden war. Der Zionismus sah sich erneut vor unüberwindlichen Hindernissen, und so war der Hamburger Kongreß genötigt, sich mit den Problemen der Kleinkolonisation Palästinas, mit dem von dem Nationalökonom Franz Oppenheimer angeregten Plan der Gründung von Siedlungsgenossenschaften und ähnlichen von dem politischen Ideal des Zionismus recht weitab liegenden Dingen zu befassen.

Der zehnte Kongreß der Zionisten, der wiederum in Basel (im August 1911) stattfand, wurde als „Jubelkongreß" bezeichnet, obschon seine Teilnehmer nichts weniger als freudig gestimmt waren. In Rußland wütete damals die grimmigste Reaktion, deren Schergen mit der Vorbereitung des „Beilis-Prozesses" beschäftigt waren. Die Auswanderungsbewegung nahm immer mehr zu, während in Amerika und in den anderen Ländern der Einwanderung Gegenmaßnahmen gegen den übermäßigen Zustrom der Fremdlinge an der Tagesordnung waren. Auch in der Türkei trug man sich mit dem Gedanken, der Einwanderung der Juden einen Damm entgegenzusetzen. Schon in den einleitenden Sätzen seiner Rede betonte denn auch Nordau, daß der „Jubelkongreß" gar keine Veranlassung habe, zu „jubilieren". „Das jüdische Volk — sagte er — lebt gegenwärtig die düstersten Tage seiner Geschichte in der Zerstreuung. Alle unsere Posten haben uns nur eine Meldung zu erstatten: Feinde ringsum!" In dem vom Aktionskomitee erstatteten Bericht wurde auf die kurz zuvor stattgehabte Sitzung des türkischen Parlaments hingewiesen, in der gegen die Zionisten die Beschuldigung erhoben worden war, daß sie den Abfall Palästinas vorbereiteten. Um diesen Vorwurf zu entkräften, hob der Präsident der zionistischen Organisation Wolffsohn in seiner Eröffnungsrede hervor, daß das Baseler Programm mit dem von Herzl in seinem „Judenstaat" noch vor der Parteigründung entwickelten politischen Plan nichts gemein habe: „Nicht einen Judenstaat wollen wir schaffen — so führte er aus — sondern eine Heimstätte auf dem alten Boden unserer Urahnen, wo wir ohne Verfolgungen und Bedrückungen eine nationale Wiedergeburt erleben könnten". Diese Erklärung war mehr als ein diplomatischer Schachzug: auf dem zehnten Kongreß trat der politische Zionismus in der Tat den Rückzug vor dem praktischen und kulturellen Zionismus an, vor der alten „Chibath-Zion" und dem Achadhaamismus. Alle Kongreß-

beschlüsse waren auf das eine Ziel gerichtet: „Stärkung der jüdischen Positionen in Palästina". Es wurde beschlossen, die Tätigkeit der landwirtschaftlichen und finanziellen Organe zu intensivieren, den Kolonisten Kredit zu sichern, für die Investition von Kapital in die Landesindustrie zu sorgen sowie Mittel- und Hochschulen mit hebräischer Unterrichtssprache zu gründen. Die die „Kultur" betreffende Resolution erregte aufs neue, wie schon auf den ersten Kongressen, das Mißtrauen der Mitglieder der orthodoxen „Misrachi"-Fraktion, die sich unter anderem darüber beschwerten, daß in dem hebräischen Gymnasium in Jaffa der Bibelunterricht zwar hebräisch, jedoch in der religiösen Tradition widersprechendem „kritischem" Geiste erteilt werde. Erst als den Misrachisten klar gemacht wurde, daß es ihnen völlig frei stehe, eigene religiöse Schulen zu gründen, gaben sie ihre Bedenken auf. Eine Konzession an die Zeitverhältnisse bedeutete auch der Kongreßbeschluß, der der zionistischen Organisation zur Pflicht machte, in Gemeinschaft mit den parteilosen Emigrationsgesellschaften für die Regelung der jüdischen Auswanderung ohne Rücksicht auf das jeweilige Wanderungsziel zu sorgen. Hiermit gaben die Zionisten zum ersten Mal zu, daß die Errichtung eines Zentrums in Palästina nur einen Teilausschnitt aus dem großen Problem der Verschiebung der nationalen Zentren darstelle und daß dieses Teilproblem nicht in seiner Isoliertheit gelöst werden könne. Zugleich verlegte die zionistische Partei auch ihr eigenes Zentrum, den Sitz der auf dem Kongreß neu gewählten Exekutive, von Köln nach Berlin, dem Wohnort des an Stelle Wolffsohns zum Präsidenten der Organisation gewählten Professors Otto Warburg.

Der letzte Weltkongreß der Zionisten in der Vorkriegszeit, der im August 1913 in Wien stattfand, besiegelte den Übergang vom politischen Zionismus zum „praktischen". Der Präsident der Organisation Warburg stellte ausdrücklich fest, daß der Zionismus in eine neue Entwicklungsphase eingetreten sei: während er in seiner Anfangsperiode im Zeichen der politischen Propaganda gestanden habe, seien die Zionisten nunmehr der Ansicht, daß die bescheidene praktische Arbeit in Palästina nicht nur Mittel, sondern in einem gewissen Sinne auch Ziel sei, insofern nämlich die Stärkung des jüdischen Elementes im Lande eine konkrete Basis für die künftige autonome Verfassung schaffe. Auf einen melancholischen Ton war die Rede des hervorragenden Publizisten Nahum Sokolow gestimmt, der auf diesem Kon-

greß statt Max Nordau einen Überblick über die damalige Lage gab. Den Tiefen des jüdischen Geistes enger verbunden als Nordau, versuchte Sokolow auf das nationale Problem eine neue Antwort zu geben: „Wie sieht — fragte er — das jüdische Leben in der Diaspora jetzt aus? Ein Tohuwabohu! Kann der Zionismus das Leben der Diaspora ändern? Diese schicksalsschwere Frage drängt sich unabweisbar in unsere Seele. Ich will zur Beantwortung dieser Frage dem Jammerbild der Zerrissenheit und Ratlosigkeit der Diaspora ein anderes Bild entgegensetzen: die Diaspora, geographisch wohl zerstreut, aber durch die Existenz eines lebendigen Zentrums geeint; die Diaspora, wenn auch noch mit ihren von außen hereinbrechenden Leiden, aber ohne ihr Kleinsein, ihre Demütigkeit, ohne ihre innere Untertänigkeit, ohne Assimilation, die Diaspora mit einer wirklichen jüdischen Solidarität . . . Das Tun gehört noch der Diaspora, der Impuls — Palästina". Diese Worte waren vom Geist des Kulturzionismus Achad Haams erfüllt: der Ketzer von gestern ward nunmehr von den Dogmatikern des Zionismus offiziell anerkannt. Der Kongreß und die ihm vorangehende Konferenz der russischen Zionisten wandten denn auch den Fragen der nationalen Erziehung und der Befestigung der Herrschaft des Hebräischen in Schule und Literatur („Hebraismus") größte Aufmerksamkeit zu. Mit großer Begeisterung wurde insbesondere der Vorschlag Ussischkins angenommen, in Jerusalem eine nationale Universität zu gründen, die als Anziehungspunkt für die gesamte Diaspora gedacht war. Der Triumph des geistigen Elements im Zionismus — dies war das Ergebnis des Wiener Kongresses. Ein Jahr später brach der Weltkrieg aus, in den auch die Türkei bald hineingezogen wurde, und erst der Ausgang des vierjährigen Ringens der politischen Titanen sollte der zerstückelten Nation die Aussicht auf ein autonomes jüdisches Palästina eröffnen.

Neben dem Zionismus entwickelte sich auch der *Territorialismus* weiter, der sich zu jenem wie ein Nebenfluß zum Hauptstrom verhielt. Dem gleichen Quell entsprungen, der Ideologie Pinskers und Herzls, die ja ursprünglich zwischen Palästina und irgendeinem anderen zur Errichtung eines freien nationalen Zentrums geeigneten Territorium keinen Unterschied machten, gingen die beiden Strömungen mit der Zeit weit auseinander. Nachdem im Jahre 1905 der Zionistenkongreß sich entschieden gegen die Errichtung eines nationalen Zentrums außerhalb Palästinas ausgesprochen hatte, gründete,

wie erwähnt, Israel Zangwill zusammen mit einigen anderen Kongreßteilnehmern (darunter dem Führer der Zionisten-Sozialisten Nachman Syrkin) eine besondere Organisation. Es geschah dies in jenem Sommer, da Zehntausende von jüdischen Auswanderern, die die gegenrevolutionären Pogrome aus Rußland vertrieben hatten, in den verschiedenen Häfen Europas der Weiterbeförderung nach Amerika harrten. Das Leben selbst legte so die Aufgabe nahe, den immer mehr anschwellenden Auswandererstrom in irgendeine menschenarme Kolonie Großbritanniens oder eines anderen europäischen Staates zu lenken, um dort mit Zustimmung der betreffenden Kolonialmacht ein autonomes jüdisches Gemeinwesen zu errichten. „Wir wollen — sagte Zangwill auf dem Kongreß — Zehntausende und Hunderttausende von Emigranten retten und sie auf eigenem Boden als organisierte jüdische Gemeinschaft konsolidieren. Die jüdische Emigration ist eine konkrete Tatsache: alljährlich verlassen hunderttausend Menschen Rußland. Warum müssen sie sich aber zerstreuen und von fremden Zivilisationen verschlungen werden, die ihr ganzes geistiges Leben verstümmeln werden?" Aus dieser Auffassung heraus gründete Zangwill im gleichen Jahre in London die „Jewish Territorial Organisation" (abgekürzt JTO), deren Programm folgendermaßen lautete: „Unser Ziel ist, für jene Juden, die in den von ihnen jetzt bewohnten Ländern nicht bleiben wollen oder nicht bleiben können, ein mit autonomen Rechten ausgestattetes Territorium zu erwerben. Zu diesem Zwecke beabsichtigt die Organisation, mit den Regierungen und den öffentlichen und privaten Institutionen, die in der Lage und willens sind, den Juden ein Territorium abzutreten, Unterhandlungen anzuknüpfen sowie die für den bezeichneten Zweck erforderlichen Finanzorgane, Auswanderungsämter, Arbeitsvermittlungsstellen u. dgl. zu schaffen". Dem in London gegründeten, von Zangwill präsidierten Zentralrat der Organisation gehörten als Mitglieder der Kiewer Ophthalmolog Max Mandelstamm, der Warschauer Rechtsanwalt Jesinowski, der Londoner Politiker Lucien Wolf sowie die amerikanischen Notabeln Sulzberger und Spielmann an. Der Zentralrat wählte eine „Geographische Kommission", die daran ging, die ganze außereuropäische Welt nach einem geeigneten Territorium abzusuchen. Im Jahre 1907 legte diese Kommission der in London zusammengetretenen Territorialisten-Konferenz eine Reihe von Projekten über die Gründung von Kolonien in Nord- und Südamerika, in

Australien, Afrika und Asien vor. Im folgenden Jahre wurde eine Forschungsexpedition nach der Cyrenaika (Nordafrika) entsandt, wo bereits in ältester Zeit ein jüdisches Kulturzentrum bestanden hatte, doch fielen die Ergebnisse der Untersuchung negativ aus. Hierauf (1909) tauchte der Plan der Kolonisierung der öden türkischen Provinz Mesopotamien auf, des Landes, in dem die Wiege des jüdischen Volkes noch vor dessen Einzug in Palästina gestanden hatte. Man rechnete hierbei mit einem weitgehenden Entgegenkommen der Türkei, die ja ein unmittelbares Interesse daran zu haben schien, daß die für die Bewässerung des brachliegenden Landes benötigten Kapitalien von jüdischer Seite investiert werden. Der phantasievolle Zangwill entwarf bereits das Bild eines künftigen Mesopotamien, das durch jüdische Arbeit ebenso fruchtbar und blühend „wie in den Zeiten der Patriarchen und des Babylonischen Talmud" werden würde. Bald zeigte sich jedoch, daß auch dieser Traum unrealisierbar sei.

Die Schlag auf Schlag folgenden Mißerfolge nötigten schließlich die Territorialisten, den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit von dem Gebiet der Kolonisation in das der Regelung der Auswanderung, insbesondere deren nach Amerika gerichteten Hauptströmung zu verlegen. Sie setzten sich nämlich zum Ziel, den New York und den Oststaaten zustrebenden Emigrantenstrom nach den spärlicher besiedelten West- und Südstaaten der Nordamerikanischen Union abzulenken. Zu diesem Zwecke organisierten sie in den wichtigsten Häfen Europas die Beförderung der Wanderer nach dem südlichen amerikanischen Hafenplatz Galveston, wo ein besonderes Amt (Removal Office) die Neuankömmlinge auf die nahegelegenen Staaten verteilte und ihnen Arbeit verschaffte. Gleichzeitig trat in Kiew die von Mandelstamm geleitete „Jüdische Emigrationsgesellschaft" in Tätigkeit, deren Aufgabe es war, die Auswanderer gruppenweise nach den Hafenplätzen zu befördern, wo sie sich nach Galveston einschifften. In den Jahren des Anschwellens der Emigrationsbewegung kam dieser Tätigkeit zweifellos eine große praktische Bedeutung zu, doch waren hierbei die Territorialisten von ihrem ursprünglichen Ziele, das ja nicht in der Zerstreuung, sondern in der Konzentrierung der Auswanderermassen auf einem bestimmten autonomen Territorium bestand, weit abgewichen.

Der letzte, in das Jahr 1912 fallende Versuch der JTO, ihrem ursprünglichen Ziel näherzukommen, war der Plan der Besiedlung von

Angola, der weitausgedehnten portugiesischen Kolonie in Westafrika. Die Regierung von Portugal erwartete von der Verwirklichung dieses Planes den wirtschaftlichen Aufschwung des dünn bevölkerten Gebietes, in dem auf vier Millionen Neger nur etwa 10 000 Europäer entfielen, und so nahm das Parlament einstimmig ein Gesetz über die Ansiedlung von Juden in Angola an. Diesem Gesetz zufolge sollten jedem Neusiedler 250 Hektar Nutzland zugewiesen werden, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Kolonisten die portugiesische Staatsangehörigkeit erwerben und die portugiesische Sprache erlernen. Der Plan der Besiedlung eines von wilden Negerstämmen bewohnten und unter dem Schutz der schwachen portugiesischen Republik stehenden Landes mit ungünstigem Klima stieß in der jüdischen Öffentlichkeit und Presse auf stärkste Skepsis. Bald wurde es denn auch um das Angola-Projekt still, und zugleich verfiel die ihrer Grundlage nach ziemlich feste, in ihrer Spitze jedoch wenig widerstandsfähige territorialistische Organisation der Auflösung. Die JTO, die in Rußland und in anderen Ländern eine große Mitgliederschaft besaß, wurde nämlich von Männern geleitet, die trotz des von ihnen vertretenen Programms durch die Idee des Autonomismus und der Konzentration der jüdischen Auswanderermassen nicht zusammengeschweißt waren und in ihren national-politischen Bestrebungen weit auseinandergingen. Die Hauptursache des Mißerfolgs ist jedoch weniger in den Personen als in der Sache selbst zu suchen: die Verschiebung der Zentren der Judenheit war stets ein sich langsam vollziehender historischer Prozeß, nicht aber das Ergebnis einer künstlich hervorgerufenen Bewegung.

§ 49. Der Ideenkampf im Westen

Die zionistische Bewegung, die Weltorganisation der Zionisten mit ihren periodisch zusammentretenden Kongressen bahnte die Annäherung von Ost und West an. Hatte in der Epoche der Aufklärung die westeuropäische Judenheit die Osteuropas beeinflußt, so ging nunmehr der nationale Energiestrom von Ost nach West, um hier, je nach dem Grade, in dem der eine oder andere Teil der jüdischen Gemeinschaft assimiliert war, bald positiv zu wirken, bald eine Gegenwirkung auszulösen. Während in Rußland und im österreichischen Polen die nationale Ideologie bereits feste Positionen errungen hatte, war sie in Deutschland Gegenstand eines heftigen Parteistreites.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts ließen sich noch immer die Stimmen der Epigonen der vergangenen Generation vernehmen. Im Vorwort zum „Vermächtnis an meine Glaubensgenossen", das nach seinem 1903 erfolgten Tode unter dem Titel „Die Erneuerung des Judentums" veröffentlicht wurde (Berlin 1909), gestand der Philosoph Moritz Lazarus (oben, §§ 2 u. 6) voll bitterer Enttäuschung, daß er nicht mehr damit rechne, bei seinen religiös indifferenten Zeitgenossen in Westeuropa Anklang zu finden und all seine Hoffnungen nur noch auf die Judenheit Rußlands und Amerikas setze. Wodurch sollte nun nach der Ansicht des Verfassers die „Erneuerung des Judentums" bewirkt werden? Die Antwort lautete: durch die Befreiung des reinen Glaubens der Propheten vom Joche des „Schulchan-Aruch". Lazarus verfocht mit dem Pathos eines Pioniers eine These, die von den Reformern des XIX. Jahrhunderts hundertfach abgewandelt und schon viel früher von dem „Ketzer" Leon Modena in seiner „Stimme eines Toren" (Band VI, § 19) vorweggenommen worden war. Kein Zweifel, daß der Verfasser der „Ethik des Judentums" die Säuberung der erhabenen jüdischen Religion von dem „Schutt der Jahrhunderte" inbrünstig herbeisehnte, doch wußte er in seiner Herzensnot keinen anderen Ausweg, als dem ganzen Volke die Preisgabe des Ritengehäuses zu empfehlen. Der in seinen letzten Lebensjahren zu ihm dringende Widerhall der nationalen Freiheitsbewegung vermochte ihn nicht zu der Einsicht zu bringen, daß diese Bewegung dem jüdischen Menschen die Freiheit des religiösen Gewissens verheiße, daß es die neuen Bindungen der nationalen Kultur seien, durch die die morsch gewordene Umzäunung der religiösen Gebräuche ersetzt werden könne.

Die neue Phase im Entwicklungsprozeß des Judentums wurde auch von dem liberalen Philosophen Hermann Cohen abgelehnt, den die Erfolge des Zionismus und der jüdischen nationalen Bewegung überhaupt geradezu mit Entsetzen erfüllten. Von dem deutschen Staatskult geblendet, hielt er unentwegt an der von ihm behaupteten Identität von Nation und Staat (oben, § 2) fest und erblickte schon allein in der Betonung des nationalen Charakters des Judentums einen Anschlag gegen die Souveränität der deutschen Staatsnation und ihrer Kultur. Die sich neu einbürgernden Anschauungen vom Wesen der Nationalität bewogen ihn zu einer nur formalen Konzession. In einer 1907 in einer Versammlung des „Verbandes deutscher Juden" ge-

haltenen Rede entwickelte nämlich Cohen die folgende Theorie: von einem jüdischen Volke oder von einem Teile der jüdischen Nation innerhalb des deutschen *Staates* könne überhaupt keine Rede sein, da es der Staat sei, der die Einheit der Nation und der Kultur begründe, doch könnten innerhalb einer und derselben *Nation* verschiedene *Nationalitäten* als anthropologische Sondergruppen bestehen; solcher Art sei eben die jüdische Gruppe, deren Fortbestand nur insofern geistig gerechtfertigt erscheine, als sie ihrer Weltmission, der Verbreitung des reinen Monotheismus und des messianischen Ideals der sittlich vollkommenen Menschheit, treu bleibe: dies allein sei der Gehalt des Judentums, denn in jeder anderen Beziehung sei für die Juden die in Deutschland zur höchsten Blüte gelangte europäische Kultur maßgebend. Mit der Zähigkeit eines Dogmatikers kam Cohen in seinen Schriften immer wieder auf dieses Glaubensbekenntnis zurück, zu dessen Begründung ihm in seiner philosophischen Rüstkammer eine reiche Auswahl von Argumenten zur Verfügung stand. Kurz vor dem Weltkrieg geriet er in einen Streit mit den Zionisten, der dadurch veranlaßt worden war, daß Cohen eine antizionistische Kundgebung einiger deutsch-jüdischer Notabeln mitunterzeichnet und dies in einer besonderen Erklärung mit dem Hinweis auf die dem höchsten Ideal des Judentums seitens des Zionismus drohende Gefahr begründet hatte (Februar 1914). Um eine präzisere Stellungnahme gebeten, veröffentlichte der greise Professor einen Aufsatz über Religion und Zionismus (1916), in dem er seiner Empörung über die antireligiöse Haltung des neujüdischen Nationalismus sowie über dessen Staatsfeindlichkeit, die sich in der Leugnung des Primats der deutschen Staatsgesinnung äußere, freien Lauf ließ.

Darauf trat Cohen der Vorkämpfer der in Deutschland entstandenen neuen Richtung des geistigen Zionismus, *Martin Buber*, entgegen. Enkel des Lemberger Midraschforschers Salomo Buber (oben, § 11). schloß sich Martin Buber (geb. 1878) bereits als Student in Wien der zionistischen Bewegung an, trat sodann aktiv auf den zionistischen Kongressen hervor und war auch Redakteur des zionistischen Zentralorgans „Die Welt". Die engen Bande, die den talentvollen jungen Publizisten mit den sich um Herzl scharenden politischen Zionisten verknüpften, hinderten ihn nicht daran, sich innerhalb des Zionismus einen eigenen Weg zu bahnen. Er wurde ein Doppelgänger Achad Haams in Deutschland, doch war er weit davon

entfernt, den Urheber des geistigen Zionismus zu kopieren, sondern bemühte sich, der Sehnsucht nach einem geistigen Zion in einer Form Ausdruck zu verleihen, die mehr den westeuropäischen Zeitströmungen entsprach. Dem Evolutionismus, Relativismus und Historismus Achad Haams, dessen Weltanschauung durch keinerlei religiöse Imperative gebunden war, abhold, sucht Buber im Zionismus auf den Wegen spekulativen Denkens vor allem die Lösung des religiösen Problems. Sein Gedankengang ist etwa der folgende: im Galuth schwanke die jüdische Seele zwischen Eigenem und Fremdem, und der Zionismus sei dazu berufen, die Zerrissenheit in eine Ganzheit zu verwandeln; eine solche Erneuerung, genauer „Umwandlung" des Geistes müsse aber den ganzen Menschen ergreifen, wie dies etwa im XVIII. Jahrhundert, zur Zeit der Entstehung des Chassidismus, der Fall gewesen sei. Es genüge nicht, in Zion ein über die Weltdiaspora das Licht der Kultur verbreitendes Zentrum zu schaffen, es bedürfe vielmehr einer Erleuchtung jeder individuellen Seele durch die jüdischen „Ideen der Einheit, der Tat und der Zukunft". Das Judentum sei ein sich im jüdischen Volke vollziehender „geistiger Prozeß", der in seinem gegenwärtigen Stadium zu einer neuen Synthese zwischen der nationalen und der religiösen Idee führen müsse. Im Ringen um eine konkretere Formulierung seiner Gedanken, die die „Drei Reden über das Judentum" (Buchausgabe 1911) noch vermissen ließen, gelangte Buber zu der Erkenntnis, daß es darauf ankomme, im Judentum mit seinem Widerstreit zwischen Vernunft und Mythos dem letzteren zum Übergewicht zu verhelfen, wie dies seinerzeit dem Chassidismus gelungen sei, der die Volksseele von dem Druck der rabbinischen Bücherweisheit erlöst hatte. Die Erforschung des chassidischen Schrifttums ließ nämlich Buber erkennen, daß dieses einen Urquell tiefster Religiosität in sich berge, und so gab er in neugestaltetem Sprachgewand die „Geschichten des Rabbi Nachman [von Brazlaw]" (1906) sowie die „Legende des Baalschem" (1907) heraus, kunstvolle Nachdichtungen, die vor dem Leser die verklärten Gestalten der Zaddikim und ihrer Getreuen erstehen lassen. In eine neue Form gegossen, schien das Lebensprinzip dieser alten chassidischen Welt dem Verfasser eine Wiederverjüngung des modernen Judentums zu verheißen. Der von ihm vertretene „Neochassidismus" machte Buber zu einer Art Glaubenslehrer für eine Gruppe sich nach der Rückkehr zu jüdischer Religiosität sehnender jüdisch-deutscher Intellektueller.

Die neue Geistesrichtung drückte ihren Stempel dem 1913 von dem Prager Studentenverein „Bar Kochba" veröffentlichten Sammelwerk „Vom Judentum" auf und besaß seit 1916 ein eigenes Sprachrohr in der von Buber herausgegebenen Zeitschrift „Der Jude", zu deren Mitarbeitern Hugo Bergmann, Adolf Böhm, Max Brod, Hans Kohn, Robert Weltsch, Arnold Zweig und andere Vertreter „Jung-Palästinas" zählten.

Im Gegensatz zu dem Rationalisten Cohen ging Buber nicht auf eine philosophische Begründung der *Religion*, sondern auf die Neubelebung der *Religiosität* durch den Zionismus aus. Die schon erwähnte Polemik zwischen Buber und Cohen sollte freilich die Kluft, die den Verfechter des alten *Missionismus* von dem Künder des neuen geistigen *Messianismus* trennte, nur noch unüberbrückbarer machen. In seiner Polemik gegen Buber verstieg sich Cohen unter dem Eindruck des Deutschland beherrschenden Kriegstaumels zu einer maßlosen Verherrlichung der deutschen Staatsnation („Die deutschen Geister sind allesamt Propheten der Humanität!" — rief er emphatisch aus, ohne an Luther, Treitschke und ihresgleichen zu denken) und zog zwischen sich und dem jüdischen Nationalismus, selbst dem geistigen, einen scharfen Trennungsstrich. Dies war die Grundauffassung, aus der heraus er in seinen letzten Lebensjahren (1916—1918), unter anderem in den Berliner „Neuen jüdischen Monatsheften", deren ständiger Mitarbeiter er war, zu den Tagesfragen Stellung nahm. Cohen starb am 4. April 1918, wenige Monate vor dem Zusammenbruch jenes wilhelminischen Nationalstaates, den der jüdische Philosoph als den Hort der ethischen Kultur gepriesen hatte. Es war ihm nicht beschieden, die Verwirklichung des Prinzips des Minderheitenschutzes mitzuerleben. Sein posthumes Werk „Die Religion der Vernunft aus den Quellen des Judentums" (1919) sollte nach der Absicht des Verfassers für die jüngere Generation zu einem neuen „More nebuchim" werden; die Religionsphilosophie des Neukantianers hatte indessen mit den Quellen des Judentums viel weniger gemein als die des Aristotelikers Maimonides und war überdies nicht dazu angetan, auf die Anhänger des wissenschaftlichen Evolutionismus Eindruck zu machen.

Der Kulturkampf innerhalb der deutschen Judenheit war bereits einige Jahre vor dem Weltkrieg im Gange. Der eingefleischte Assimilationsfreund und geschworene Feind des Zionismus Ludwig Geiger

schreckte nicht davor zurück, in der von ihm herausgegebenen „Allgemeinen Zeitung des Judentums" zu erklären, daß die Zionisten nicht würdig seien, in Deutschland das Bürgerrecht zu genießen. Im Jahre 1913 nahm der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" eine Resolution an, in der der Ausschluß derjenigen Mitglieder gefordert wurde, „welche ein deutsches Nationalgefühl leugnen und sich national als Juden fühlen". Selbst der gemäßigte Martin Philippson bezeichnete in seiner „Neuesten Geschichte des jüdischen Volkes" die Idee der jüdischen Nationalität als „Unding". Aber auch die nationale Ideologie der Zionisten ließ es häufig an Folgerichtigkeit fehlen: viele von ihnen waren nämlich der Ansicht, daß der Jude sich nur in Palästina national ausleben könne, während er sich in Deutschland an die herrschende Nation, deren Kultur er sich angeeignet habe, assimilieren dürfe. So verfocht z. B. der bekannte Nationalökonom Franz Oppenheimer in der zionistischen Presse die These, daß die Westjuden lediglich ein „Stammesbewußtsein" haben könnten, wohingegen das „Volksbewußtsein" allein den noch immer eine nationale Sonderexistenz führenden Ostjuden eigentümlich sei. Darum galten auch der Herausgeber der „alljüdischen", in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Freistatt" Fritz Mordechai Kaufmann und seine Mitarbeiter (Nathan Birnbaum u. a.), die seit 1913 in Deutschland den Galuth-Autonomismus propagierten, bei den deutschen Juden als verschrobene Sonderlinge.

Um diese Zeit gehörte Nathan Birnbaum noch immer zu den Verfechtern der jüdischen Nationalpolitik und trat insbesondere für die Rechte der jiddischen Sprache in Galizien und der Bukowina ein. Die von ihm damals veröffentlichten Artikel (vereinigt im zweiten Band seiner „Ausgewählten Schriften", Czernowitz 1910) sind eine Spitzenleistung der jüdischen Publizistik. In der Folge, in den Jahren des Krieges, hatte sich indessen in der Seele dieses unermüdlichen Wahrheitssuchers ein tiefgreifender Umschwung vollzogen: er wurde streng orthodox und ein aktives Mitglied der strenggläubigen „Agudas Israel"-Organisition. In den von ihm nunmehr veröffentlichten Schriften („Gottes Volk", „Vom Freigeist zum Gläubigen", „Um die Ewigkeit", 1918—1920) ging er von dem Gedanken aus, daß Israel darum ein auserwähltes Volk sei, weil es Gott in seiner Gnade, dem talmudischen Worte gemäß, mit Gesetzen überhäuft habe, weshalb jeder treue Sohn des Volkes verpflichtet sei, sich der strengen Zucht des

Gesetzes unterzuordnen und alle Vorschriften des „Schulchan-Aruch" aufs peinlichste zu beobachten. Hierbei ging Birnbaum selbst, der ehemalige „Acher", mit dem Beispiel blinder Subordination voran. So hatte er alle drei Stadien des jüdischen Nationalismus: das politische des Zionismus, das kulturelle des Autonomismus und das religiöse der Orthodoxie, eines nach dem anderen zurückgelegt, jedoch in einer der geschichtlichen Entwicklung entgegengesetzten Reihenfolge. Ebenso wie Buber kraft des religiösen Bedürfnisses zum Neochassidismus gelangt war, bejahte Birnbaum den Rabbinismus ohne Rücksicht auf dessen Entartung. Wiewohl nun die innere Religiosität des ersteren für das moderne Bewußtsein annehmbarer ist als die sich an Äußerlichkeiten klammernde Religion des letzteren, können beide Lösungen des ewigen Problems eine nur individuelle, nicht aber nationale Gültigkeit beanspruchen: die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß es ein aussichtsloses Beginnen ist, im Zeitalter freien Denkens ganze Generationen durch den Imperativ *absolut* verbindlicher Religiosität binden zu wollen (ist doch das freie religiöse Gefühl seinem Wesen nach subjektiv und relativ), ganz zu schweigen von dem Versuch, sie unter das Joch einer ritualistischen Religion zu beugen, die nur zu oft zur Verkümmerung des urwüchsigen religiösen Empfindens führt. Zeitgemäßer erscheint der Versuch der Aussöhnung des Judentums mit der modernen Gedankenwelt, den der liberale Rabbiner *Leo Baeck* in seiner Schrift „Das Wesen des Judentums" (1905) unternahm, die gleichsam ein Gegenstück zu der populären Apologie des Christentums von Adolf Harnack („Das Wesen des Christentums", 1900) bildet. Baeck sucht zu beweisen, daß das Judentum in seinem ethischen Kern im Gegensatz zum Christentum, der romantischen Gefühlsreligion, die „klassische Religion der Tat" sei.

Die einseitige Auffassung des Judentums als Religion gab im Westen selbst der wissenschaftlichen Forschung ein ausgesprochen konservatives Gepräge. Während die christlichen Gelehrten sich nach wie vor um die kritische Durchleuchtung der ältesten oder „biblischen" Epoche der Geschichte des jüdischen Volkes bemühten (nach Wellhausen der vorsichtigere Rudolf Kittel in seiner „Geschichte des Volkes Israel", 1909—1912) und sich besonders mit der Überprüfung der biblischen Berichte an Hand der neuesten Forschungsergebnisse der Assyriologie und der Ägyptologie befaßten, scheute sich die offizielle

„Wissenschaft des Judentums", dieses weiträumige Gebiet auch nur zu betreten. An den jüdischen Hochschulen von Berlin, Breslau, Wien und Budapest, selbst an denjenigen, die von den Liberalen erhalten wurden, gab es keine Lehrstühle für freie Bibelwissenschaft. Aber auch in der Literatur bezeichnete der Talmud die äußerste Grenze der freien Forschung, so daß kein einziger Versuch gemacht wurde, die „biblische Geschichte" aus der theologischen Gefangenschaft zu befreien und sie als einen organischen Bestandteil in die dreitausendjährige Geschichte des jüdischen *Volkes* einzugliedern, von der sie die christlichen Theologen in der Regel gewaltsam zu trennen pflegten. Abschreckend wirkte auf die schüchternen Geister insbesondere die mißbräuchliche Verwendung der neuesten Forschungsergebnisse durch den bekannten deutschen Assyriologen Friedrich Delitzsch, der in seinen Vorträgen und Schriften („Babel und Bibel", 1903—1904) zu beweisen suchte, daß das Alte Testament all seinen Gehalt, mit Einschluß des Monotheismus, aus älteren babylonischen Quellen geschöpft habe. Der frenetische Jubel, den Delitzsch mit seinen tendenziösen Schlußfolgerungen bei den Antisemiten geerntet hatte, ermutigte ihn zu neuen skandalösen Ausfällen, und gegen Ende seines Lebens krönte er sein „wissenschaftliches" Werk durch die Schmähschrift „Die große Täuschung" (1920), in der die Bibel als ein minderwertiges und unsittliches Buch hingestellt wurde. Die Gelehrtenwelt hatte für diese Frucht des durch den Weltkrieg aus dem Gleichgewicht gebrachten Geistes nichts als mitleidiges Kopfschütteln übrig.

Auf den anderen Gebieten der jüdischen Wissenschaft war die um die Jahrhundertwende eingetretene Stagnation nunmehr bis zu einem gewissen Grade überwunden. Die 1902 in Berlin entstandene „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums" unternahm die Publikation einer als „Grundriß der Gesamtwissenschaft des Judentums" gedachten Serie von monographischen Darstellungen der einzelnen Zweige des jüdischen Wissens. Als erste der in Aussicht genommenen Monographien erschien die mißglückte, vom Vorsitzenden der Gesellschaft Martin Philippson stammende Darstellung der neuesten Geschichte (vgl. Band VIII, Anhang, S. 412 f.), auf die jedoch so wertvolle Werke folgen sollten wie die „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter" von *Georg Caro* (Bd. I erschien 1908, Bd. II posthum 1920), die „Talmudische Archäologie" des vielseitigen Wiener Forschers *Samuel Krauss* (Bd. I—III,

1910—1912) sowie die von *Ismar Elbogen* 1913 veröffentlichte Untersuchung „Der jüdische Gottesdienst in seiner geschichtlichen Entwicklung". Große Verdienste um die jüdische Philologie und die biblische Textkritik erwarb sich der Polyhistor *Felix Perles*.

§ 50. Die Kulturbewegung und die Sprachenfrage in Rußland

Die Kulturbewegung in dem großen russischen Zentrum der Judenheit hatte den Charakter einer ausgesprochenen Massenbewegung und war aufs engste mit den konkreten Tagesfragen verbunden. Aus dem politischen Leben ausgeschaltet, strömte die ganze Schaffensenergie der Massen in den Jahren der Gegenrevolution der Kulturarbeit zu. Die politischen Freiheiten, ein Überbleibsel der Errungenschaften der Revolution, gaben, wie erwähnt, die Möglichkeit, kulturelle Gesellschaften ins Leben zu rufen und öffentliche Versammlungen mit freier Aussprache abzuhalten. So wurde im Jahre 1908 in Petersburg die „Jüdische Literarische Gesellschaft" gegründet, die bald über hundert Ortsgruppen in der Provinz zählte. Allenthalben fanden stark besuchte Versammlungen statt, in denen man nicht nur über literarische, sondern auch über soziale Fragen debattierte. Gleichzeitig wurde von Winawer, Dubnow, J. Hessen u. a. die „Jüdische Historisch-Ethnographische Gesellschaft" gegründet, die von 1909 ab in Petersburg die wissenschaftliche Vierteljahresschrift „Jewrejskaja Sstarina" („Jüdische Altertümer") herausgab. Die in Petersburg dank den Bemühungen des Barons David Günzburg seit 1907 bestehende Hochschule für jüdisches Wissen, die offiziell „Kurse für Orientkunde" hieß, lockte viele Hörer aus der Provinz herbei und sollte neun Jahre hindurch die Rolle einer freien jüdischen Universität spielen. Mittlerweile baute die älteste der bestehenden Organisationen, die „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung", das Netz der Volksschulen mit russischer und jüdischer Unterrichtssprache weiter aus.

Im Zusammenhang mit dem Problem der nationalen Erziehung gewann die *Sprachenfrage* eine immer aktueller werdende Bedeutung. Mit Ausnahme der „Assimilatoren" waren sich alle über die Notwendigkeit einer Schulreform einig, und zwar in dem Sinne, daß die jüdischen Kinder in allen Fächern in der nationalen Sprache unterrichtet werden sollten. Der Streit drehte sich lediglich darum, ob als solche

die Umgangssprache des Volkes, das von seinen Widersachern als „Jargon" verschrieene Jiddisch, oder aber Hebräisch zu gelten habe, das durch seine Einführung in die Schule aus einer Schrift- in eine lebende Umgangssprache verwandelt werden sollte. Die letztere Ansicht vertraten die Zionisten, die demgemäß in den von ihnen eröffneten Reform-Chadarim („Chadarim metukanim") als Unterrichtssprache ausschließlich das Hebräische zuließen, zu dessen Pflege sie auch Sprachzirkel gründeten („Safa berura"), wie sie überhaupt die Diaspora zu „zionisieren" suchten, um das Volk so gleichsam für den Auszug nach Palästina vorzubereiten. Die demokratisch eingestellte „Intelligenz" nahm hingegen jede Gelegenheit wahr, um dem Jiddischen in der Schule und im öffentlichen Verkehr zu Ansehen zu verhelfen, und erhob es nach und nach in den Rang einer in privaten und öffentlichen Versammlungen mit dem Russischen erfolgreich wetteifernden Verhandlungssprache. Aus einer Schulfrage wurde so der Gegensatz zwischen „Hebraisten" und „Jiddischisten" zu einem allgemeinen national-kulturellen Problem. Ist doch die Sprache außer dem geschlossenen Siedlungsgebiet das Hauptmerkmal der Nationalität, weshalb diejenigen, die nicht daran glaubten, daß das jüdische Volk sich in Palästina oder anderswo eine territoriale Grundlage schaffen könne, umso größeren Wert auf die von vielen Millionen Juden gesprochene Sprache legen mußten, die nicht nur ein Mittel politischer und kultureller Selbstbehauptung war, sondern auch zugleich die große Mehrheit des Volkes vor der Assimilation schützte. Der „Sprachenstreit" tobte auf der ganzen Linie. Jede der Parteien, die der Hebraisten wie die der Jiddischisten, forderte mit Ungestüm, daß die in öffentlichen Versammlungen auftretenden Redner sich ausschließlich der von ihr bevorzugten Sprache bedienten. In seiner Verachtung für die „Galuthsprache" gab der extreme Flügel der Hebraisten die Parole aus: „Entweder Hebräisch oder Russisch!" („Oi iwrith, oi russith"), und als auf der Hamburger Konferenz der russischen Zionisten im Jahre 1909 einer der Referenten jiddisch sprechen wollte, ließ man ihn nicht zu Worte kommen. Auf der anderen Seite machten aber auch viele Jiddischisten aus ihrer Verachtung für die „tote" hebräische Sprache, ja sogar für die hebräische Literatur kein Hehl und drangen darauf, daß fortan auf allen Lebensgebieten die lebende Sprache der Volksmassen den ersten Platz einnehme. Trotz all dieser Auswüchse lag dem Sprachenstreit zweifellos eine gesunde Tendenz zugrunde:

das Bestreben, die Existenz des Volkes auf normaler autonomer Basis aufzubauen, wozu eben die Wiederverjüngung der hebräischen bzw. die Erhaltung und Förderung der jiddischen Sprache notwendig war.

Im Jahre 1908 wurde auf die Initiative von I. L. Perez und N. Birnbaum nach Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, eine Konferenz der Jiddischisten einberufen zwecks Klärung der mit der jüdischen Volkssprache zusammenhängenden Fragen. An der Tagung beteiligten sich unter anderen die bekannten Schriftsteller Schalom Asch, Nomberg und Shitlowsky. Während nun die Heißsporne des Jiddischismus, in erster Linie die Vertreter des „Bundes", die Volkssprache als die einzige *Nationalsprache* anerkannt wissen wollten, waren die gemäßigteren Konferenzteilnehmer, darunter die angesehensten Schriftsteller, der Auffassung, daß dem Jiddischen lediglich die gleichen Rechte wie dem Hebräischen zuzuerkennen seien. Diese Ansicht setzte sich denn auch durch, und in der von der Konferenz angenommenen Resolution wurde das Jiddische nur als *eine*, nicht aber als *die* nationale Sprache anerkannt.

Die in der Epoche der Reaktion amtierende russische Regierung, der das Erstarken der jüdischen national-kulturellen Bewegung Besorgnis einflößte, versuchte dieser Bewegung, ebenso wie den gleichgerichteten Bestrebungen der Ukrainer und Polen, Einhalt zu gebieten. In einem Runderlaß an die Gouverneure wies der Premier- und Innenminister Stolypin darauf hin, daß die Kultur- und Bildungsvereinigungen der Fremdstämmigen in diesen ein „einseitiges national-politisches Selbstbewußtsein" erweckten und zur „Verschärfung der nationalen Absonderung" führten, weshalb alle solche Ziele verfolgenden Gesellschaften der Ukrainer und Juden nicht geduldet werden dürften. Demgemäß wurde 1911 die Petersburger Jüdische Literarische Gesellschaft mitsamt ihren 120 in der Provinz bestehenden Ortsgruppen, deren überaus ersprießliche Tätigkeit sich in der Eröffnung von Bibliotheken, in der Veranstaltung von Vorträgen, von Kursen für jüdisches Wissen u. dgl. äußerte, kurzerhand aufgelöst. Der gegen die jüdische Geisteskultur gerichtete Pogrom hatte allerdings keine so sichere Wirkung wie die üblichen Gesetzgebungsexzesse und Straßenpogrome: trotz der behördlichen Unterdrückungspolitik nahm die Kulturarbeit teils in legaler, teils in illegaler Form ihren Fortgang.

Auch die literarische Renaissance, die sich um die Jahrhundertwende in Rußland angebahnt hatte und durch den Revolutionssturm

für eine Zeitlang unterbrochen worden war, gelangte nunmehr zur weiteren Entfaltung. Literatur und Presse entwickelten sich gleichzeitig in allen drei Sprachen der russischen Judenheit. Der beschleunigte Pulsschlag des öffentlichen Lebens war namentlich im Zeitschriftenwesen merkbar. Neben den hebräischen Tageszeitungen „Ha'-Zefira" in Warschau, „Ha'Sman" in Wilna und der führenden Monatsschrift „Ha'Schiloach" in Odessa sowie den in Petersburg erscheinenden russischen Wochenschriften „Rasswjet", „Jewreijskij Mir" und „Nowy Woss'chod" gewannen jetzt immer größere Bedeutung die von Hunderttausenden gelesenen jiddischen Tageszeitungen: der Petersburger „Frajnd", die Warschauer Blätter „Hajnt", „Moment" u. a. Es trat eine Reihe junger talentvoller Publizisten hervor, die es verstanden, die aktuellen Zeitfragen mit den Problemen des Judentums in Beziehung zu setzen. Noch ließ sich ab und zu auch Achad Haam vernehmen, dessen klares gelassenes Wort die radikalen Vertreter des politischen Zionismus zur Besonnenheit mahnte, der aber in seiner einseitigen Bevorzugung der „hebraistischen" Kultur für die im Aufschwung begriffene „jiddischistische" Volkskultur wie für die autonomistischen Bestrebungen im Galuth überhaupt nur wenig Verständnis zeigte (vgl. seine Aufsätze „Die Verneinung des Galuth", „Der Sprachenstreit" u. a., 1909—1910). Der gleichen Sinnesart war auch der Herausgeber des „Ha'Schiloach" *Joseph Klausner*, der sich nicht nur im Bereiche der Publizistik und literarischen Kritik, sondern auch in dem der jüdischen Geschichte betätigte, in die er späterhin den Schwerpunkt seiner Forscherarbeit verlegte. Unterdessen erscholl en im „Rasswjet" die schmetternden Stimmen der zionistischen Maximalisten und radikalen „Verneiner des Galuth", *Abraham Idelsons* (gest. 1921) und *Wladimir Jabotinskys*, welch letzterer sich auch als einer der glänzendsten Redner der zionistischen Partei einen Namen machte. Zugleich war dem „Bund", dessen Presse unter Zensurverfolgungen zu leiden hatte und zum Teil aus dem Ausland eingeschmuggelt zu werden pflegte, ein hochbegabter Publizist in der Person *Wladimir Medems* (gest. 1923) erstanden. Sohn eines russifizierten jüdischen Militärarztes in Minsk und vom Vater schon bei der Geburt getauft, fand Medem in seinen Studienjahren zu seinem Volke zurück, wurde als Mitglied des „Bundes" jüdischer Sozialdemokrat und eignete sich mit der Zeit sogar die Volkssprache an. In seinen russisch und jiddisch geschriebenen Artikeln setzte sich Medem

zunächst für „sozialistische Neutralität" im Streite zwischen Nationalismus und Assimilation ein (1906), gestand jedoch später (in dem 1916 im Warschauer Blatt „Lebensfragen" veröffentlichten Artikel „Tiefer ins Leben"), daß ihn „die der Logik des menschlichen Denkens überlegene Logik der sozialen Wirklichkeit" von der Notwendigkeit eines aktiven Kampfes für die nationale Freiheit überzeugt habe, insofern diese ein Bedürfnis der jüdischen Arbeitermassen sei. Gleichsam eine Resultante all dieser sich kreuzenden Gedankenrichtungen stellte die Publizistik der „Volkspartei" und anderer demokratischer Gruppen dar (zu den Mitarbeitern der Organe dieser Gruppen, der Zeitschriften „Jewrejskij Mir" und „Die jüdische Welt", gehörten S. An-ski, I. Efrojkin, S. Niger, M. Ratner, A. Perlmann u. a.).

Ebenso wie in der Publizistik kam nunmehr auch in der schönen Literatur neben den Vertretern der älteren Generation immer mehr der Nachwuchs zur Geltung. Die Schaffenskraft Bialiks, dessen 1910 gesammelt erschienene Gedichte sowohl im hebräischen Original wie in der russischen Übersetzung von Jabotinsky stärksten Eindruck machten, war noch lange nicht erschöpft, und schon trat eine Phalanx begabter junger Dichter auf den Plan (Salman Schneur, Jakob Kahan, Jakob Fichmann, David Schimonowitsch u. a.), die von der sprühenden Lebenskraft der wiederverjüngten hebräischen Muse Zeugnis ablegten. In der künstlerischen Prosa behauptete aber nach wie vor das Jiddisch den ersten Platz. Mendele Mocher Sforim war nunmehr mit der endgültigen Ordnung seines zweisprachigen Lebenswerkes beschäftigt; der immer mehr dem Symbolismus verfallende Perez schuf die Dramen „Die goldene Keit" und „Die Nacht auf dem alten Markt"; der Humorist Schalom Aleichem stand in diesen der Revolution folgenden Jahren, in denen eine Sammlung seiner älteren und neueren Werke erschien, auf der Höhe seines Ruhmes. Mittlerweile hatte sich die Begabung Schalom Aschs in ihrer ganzen Stärke entfaltet. Seine auf jiddischen wie auf russischen Bühnen aufgeführten Dramen („Messias' Zeiten", „Der Gott der Rache", „Jichuss" u. a.) erfreuten sich stärkster Beachtung, und seine Sittenschilderungen in Novellenform ergänzten in glücklichster Weise das von ihm geschaffene Epos des jüdischen Städtchens (oben, § 39). Der Novellist *Hirsch David Nomberg* (gest. 1928) schilderte das Leben der Halbintellektuellen im rückständigen Kongreßpolen („Flügelmann" und andere Erzählungen), wandte sich aber in der Folge der Behandlung so-

zialer Themen im Feuilletonstil zu. Die straff geformten Skizzen *Abraham Reisens* zeigten in ihrem Aufbau eine gewisse Ähnlichkeit mit der Stilart des russischen Novellisten Tschechow. *David Bergelson* begründete seinen Ruf mit der 1909 erschienenen Novelle „Arum Wogsal" („Um den Bahnhof") und schrieb sodann psychologische Romane, in deren Mittelpunkt ukrainische Ghettoträumer stehen und von denen der gelungenste der 1913 veröffentlichte Roman „Noch allemen" („Das Ende vom Lied") ist. Mitten unter diesen Schriftstellern, die direkt aus den patriarchalischen jüdischen Städtchen zur Literatur gekommen waren, tauchte plötzlich ein Mann von ganz anderem Format auf, der unter dem Pseudonym *An-ski* bekannte Salomon Rappoport (1863—1920), der lange Jahre hindurch als politischer Emigrant im Auslande geweilt hatte und im Revolutionsjahr 1905 nach Rußland zurückgekehrt war. Bis dahin Mitglied der russischen Partei der Sozialrevolutionäre und russischer Novellist, wurde er nun zu einem flammenden jüdischen „Volksfreund", wandte sich der jiddischen Novelle und der Sammlung jüdischen folkloristischen Materials zu (in den Jahren 1913—1914 leitete er eine zu diesem Zwecke den Ansiedlungsrayon bereisende Forschungskommission). Auf den autobiographischen Roman „Pioniere", die jiddische Dichtung „Aschmodai" und eine Reihe realistischer Novellen ließ An-ski unter dem Einfluß von Perez entstandene symbolistische Bühnenwerke folgen, von denen das bemerkenswerteste das von ihm kurz vor seinem Tode verfaßte Chassidim-Drama „Der Dibbuk" ist, das bald zum erfolgreichsten Stück der jüdischen Kunstbühnen werden sollte. — Zu hoher Entfaltung gelangte zugleich auch die jiddische literarische Kritik. Die Werke der älteren und jüngeren Schriftsteller wurden zunächst von *Baal Machschowes* (dem Arzt Isidor Eljascheff aus Kowno, 1873—1924) und sodann von *Samuel Niger* (Tscharny) im Geiste der vornehmsten Traditionen der europäischen Kunstkritik gedeutet. Beide Schriftsteller taten sich überdies als geistreiche und temperamentvolle Publizisten hervor.

Leben und Bewegung kam auch in die jüdische Wissenschaft. Die Petersburger Historisch-Ethnographische Gesellschaft veröffentlichte in der von ihr unter der Redaktion von S. Dubnow herausgegebenen „Jewrejskaja Sstarina" eine Reihe geschichtlicher und ethnographischer Untersuchungen und setzte die Publikation der das Quellenmaterial zur Geschichte der russischen Juden enthaltenden „Re-

gesten"-Bände fort. Beiträge zur neuesten Geschichte der russischen Juden gelangten ferner in den von Saul Ginsburg herausgegebenen Sammelbüchern „Pereshitoje" (Bd. I—IV, 1908—1912) zum Abdruck. Von den neu hervortretenden Forschern widmete sich *Julius Hessen* der Geschichte der Rechtsverhältnisse der russischen Juden, *Israel Zinberg* der Geschichte der jüdischen Literatur, *Max Soloweitschik* der Bibelkritik und *S. A. Horodezky* der jüdischen Mystik. Unterdessen war man in Galizien eifrig mit der Erforschung der Geschichte der polnischen Juden beschäftigt. Besondere Verdienste erwarben sich auf diesem Gebiete: *Mayer Balaban*, der Verfasser großangelegter Monographien über die Gemeinden von Lemberg und Krakau sowie zahlreicher in polnischer, deutscher und russischer Sprache veröffentlichter Aufsätze über verschiedene Epochen der Geschichte der Juden in Polen; *Ignaz Schipper*, der Erforscher der Wirtschaftsgeschichte der polnischen Juden im Mittelalter, und *Moses Schorr*, der mit der Veröffentlichung von Monographien über die Kahalverfassung der polnischen Judenheit und über die Gemeinde von Przemysl begann und sich sodann der Assyrologie zuwandte. Zahlreiche wissenschaftliche Kräfte vereinigte in Rußland die „Jewrejskaja Enzyklopedija", deren 16 Bände in den Jahren 1908—1913 in Petersburg (im Verlag Brockhaus-Efron) erschienen. Die sich an die amerikanische „Jewish Encyclopedia" anlehnende, jedoch in wesentlichen Stücken, insbesondere in den die Geschichte der osteuropäischen Judenheit betreffenden Partien stark erweiterte russische Enzyklopädie zählte zu ihren wichtigsten Mitarbeitern neben den bereits erwähnten Forschern Dr. J. L. Kazenelson, Baron D. Günzburg, A. E. Harkavy und M. Wischnitzer.

§ 51. *Frankreich, England und Italien. Das Wiedererwachen der Marranen*

In der politischen Geschichte *Frankreichs* trat um die Jahrhundertwende ein jäher Umschwung ein. Im letzten Dezennium des XIX. Jahrhunderts hatte dort das republikanische Regime noch einen schweren Kampf mit den angriffslustigen Royalisten und Klerikalen zu bestehen, die sich, dem Zuge der Zeit folgend, als „Nationalisten" oder Antisemiten maskierten (oben, §§ 23—24). Der Ausgang des Dreyfus-Prozesses, der Zusammenbruch dieser „Affäre" der Reaktion,

stellte indessen die antirepublikanischen Verschwörer bloß, und das nach so vielen politischen Umwälzungen der Ruhe bedürftige französische Volk entschied sich endgültig für die den inneren Frieden gewährleistende demokratische Republik. So standen denn bereits in den ersten Jahren des XX. Jahrhunderts an der Spitze der Regierung aufrichtige Republikaner (als Staatsoberhaupt Loubet und als Ministerpräsident zunächst Waldeck-Rousseau und dann Combes), die fest entschlossen waren, die vielköpfige Hydra der Reaktion zu zertreten. Da nun diese ihre festesten Stützpunkte in den katholischen Klöstern und Kongregationen, vor allem in dem das ganze Land überziehenden Netz von Kirchenschulen mit ihrem mittelalterlichen Geiste hatte, bewog Combes das Parlament, die Regierung zu ermächtigen, all diese Pflanzstätten des Aberglaubens zu schließen und das gesamte Schulwesen auf einheitlicher weltlicher Basis aufzubauen (1902). Ein weiterer Schritt auf dem Wege der Bekämpfung des Klerikalismus war das 1905 ergangene „Separations-Gesetz" (betreffend die Trennung von Kirche und Staat), in dem es hieß, daß die Republik die Freiheit der religiösen Kulte zwar gewährleiste, keinen von diesen jedoch „anerkenne und unterstütze", daß sie vielmehr die Pflege religiösen Lebens privaten „Assoziationen" überlasse. Die Durchführung der neu ergangenen Gesetze und der hierdurch veranlaßte Bruch mit dem Vatikan brachten die klerikale Reaktion und ihren Gefährten, den Antisemitismus, um ihr politisches Ansehen. Der Einfluß Drumonts und seines Anhangs wurde immer schwächer. Die 1900 im Pariser Stadtrat noch über eine Mehrheit verfügende Nationalistenpartei sah sich nach den Neuwahlen zu einer Minderheit zusammengeschrumpft: die Hauptstadt Frankreichs hatte zu den politischen Geschäfte- und Radaumachern kein Vertrauen mehr.

Von dem ein Jahrzehnt lang währenden antisemitischen Terror erlöst, hätte die französische Judenheit nunmehr an den inneren Wiederaufbau gehen können, wenn der Quell ihrer nationalen Energie nicht längst versiegt gewesen wäre. Das sich auch auf die jüdischen Gemeinden erstreckende „Separations"-Gesetz rief bei den französischen Juden kein Bedürfnis nach den sich von selbst aufdrängenden Reformen wach. Hundert Jahre früher hatte Napoleon I. die jüdische Gemeinde in den Rahmen der Konsistorialverfassung gezwängt, sie in eine Art Pfarramt und die Rabbiner in Beamte ver-

wandelt, die in der Folge auch von Staats wegen besoldet wurden. Nun war die staatliche Bevormundung aufgehoben: die Juden waren in der Lage, nicht nur religiöse, sondern auch bis zu einem gewissen Grade autonome nationale „Assoziationen" zu gründen. Allein die aus dem revolutionären Rußland dringende Losung der „nationalen Rechte" fand in der assimilierten französischen Judenheit keinen Widerhall. Das Separations-Gesetz flößte den Rabbinern und ihren Getreuen zunächst sogar die Befürchtung ein, daß mit dem Fortfall der staatlichen Besoldung der jüdischen Geistlichkeit die Gemeinden sich angesichts des herrschenden religiösen Indifferentismus überhaupt auflösen würden. Diese Befürchtungen waren jedoch übertrieben: gleich den Katholiken und Protestanten gingen bald auch die Juden daran, an Stelle der Konsistorialgemeinden freie religiöse Assoziationen zu gründen. Im Jahre 1906 entstanden in Frankreich und Algerien mehr als 60 solcher Gemeinschaften. Zugleich wurde in Paris ein Zentralrat der Gemeinden ins Leben gerufen mit dem „Großrabbiner" von Frankreich an der Spitze (nach dem Tode von Zadoc Kahn im Jahre 1907 folgte ihm in diesem Amte Alfred Levy aus Lyon). Vorübergehend wirkte anregend auf das Gemeindeleben der zwischen Konservativen und Liberalen entbrannte Streit. Eine Gruppe von Pariser Freidenkern, geführt von Théodore Reinach, hatte sich nämlich zu der „Union Israélite libérale" zusammengeschlossen, die darauf ausging, nach Berliner Vorbild neben der Sabbat- die Sonntagsandacht einzuführen, mit ihrem Plan jedoch nicht durchzudringen vermochte, da man auch in Frankreich vor der Gefahr der „Christianisierung" zurückscheute. Praktische Geltung gewann nur eine einzige, unabweisbar gewordene, weil den großen Entfernungen innerhalb des Weichbildes von Paris Rechnung tragende Reform, kraft deren die Synagogenbesucher am Sabbat und an sonstigen Feiertagen die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen durften.

Während im Osten in diesen Jahren die jüdische nationale Bewegung immer mächtiger anschwoll, blieb das innere Leben der französischen Juden farblos und eintönig. Darum standen diese auch dem in den großen Zentren der Judenheit einsetzenden Regenerationsprozeß völlig verständnislos gegenüber. Die sich nach der Dreyfus-Affäre wieder sicher fühlenden Pariser Juden gaben sich der Täuschung hin, daß ihre „Glaubensgenossen" in Rußland nur deswegen in Bedrängnis seien, weil sie die heilbringende Weisheit der Assimila-

tion, des nationalen Freitodes, noch nicht erfaßt hätten. Diese irrige Auffassung war es, aus der heraus einer der Vertreter der bekannten Pariser Familie Reinach, der Hellenist Salomon Reinach, Mitglied der „Académie Française", der als Leiter der „Alliance Israélite" und der „JCA" mit den Auswanderern aus Rußland und Rumänien in nähere Berührung gekommen war, den Ostjuden heilsame Lehren erteilen zu müssen glaubte. In einer 1901 in der Zeitschrift „Univers Israélite" veröffentlichten Artikelfolge mit der Überschrift „Innerjüdische Emanzipation" forderte er die jüdischen Massen auf, ihre nationale Absonderung aufzugeben und demgemäß auf alle der Assimilation im Wege stehenden Gebräuche, insbesondere auf die auch mit wirtschaftlichen Nachteilen verbundenen Sabbat- und Speisegesetze zu verzichten: versperre doch die Sabbatheiligung den Juden den Weg zu den Fabriken, während die Speiseverbote den Unbemittelten den Genuß billigerer Fleischarten, wie etwa des Schweinefleisches, unmöglich machten. Dem Ansinnen des Westjuden Reinach trat ein Ostjude entgegen, der gleichfalls zu den Freidenkern gehörte, jedoch die „innere Knechtschaft" der Assimilationsprediger schon längst durchschaut hatte: Achad Haam. In einem knapp gehaltenen Artikel bedeutete er Reinach, daß nur diejenigen innerlich frei seien, die aus Überzeugung und nicht aus Rücksicht auf irdische Vorteile handelten, wohingegen diejenigen, die sich den Fremden zu Gefallen von ihrem eigenen Volke lossagten, innerlich geknechtet seien. „Unsere Wohltäter von diesem Schlage — schrieb er — ahnen nicht, wie wir über jene innere Knechtschaft in der äußeren Freiheit denken, die namentlich den französischen Juden zuteil ward . . . Wir glaubensfrohe Arme aus dem Osten sind es, die euch von eurer inneren Versklavung, die euch selber unbemerkt bleibt, befreien werden. Seht hin, schon kommen sie, diese Armen aus dem Osten, und gewinnen bereits Einfluß in euren Kreisen, wiewohl ihr ihnen keinerlei Beachtung schenkt. Haben doch auch die Würdenträger des antiken Rom mit Verachtung auf die Armen aus dem Osten herabgeblickt, bis die Neuankömmlinge dort das unterste zu oberst gekehrt haben". Bald nachdem diese Zeilen niedergeschrieben worden waren, ergoß sich in der Tat nach Frankreich ein neuer Strom von jüdischen Auswanderern aus Rußland.

Bis zu den Pogromjahren 1903—1905 kamen nach Frankreich nur kleinere Gruppen von jüdischen „Wanderstudenten", die, von

den russischen Hochschulen ferngehalten, an denen von Paris, Nancy und Montpellier ihren Bildungsgang fortsetzten. Neben der auf diese Weise im Quartier Latin von Paris entstandenen Kolonie der studierenden Jugend, zu der sich auch vereinzelte politische Emigranten gesellt hatten, erstand aber in der Folge ein neues Ghetto, bewohnt von jüdischen Handwerkern und Arbeitern, die durch die polizeilichen Verfolgungen und den Straßenterror aus Rußland vertrieben worden waren. Die neu zugewanderten Schneider, Schuster und Tischler verkauften ihre Arbeitskraft für billiges Geld an die mit Luxusartikeln handelnden Pariser Warenhäuser und fristeten mit ihren Familien ein elendes Dasein in den ärmsten Stadtvierteln, wo sie, ganz wie im Londoner Whitechapel, in dichtgedrängten Massen siedelten. Im Jahre 1910 gab es in Paris bereits rund 50 000 solcher Eingewanderter, d. h. kaum weniger als alteingesessene jüdische Einwohner (ganz Frankreich mit Einschluß von Algerien zählte damals ca. 200 000 Juden). Die Konkurrenz der sich mit geringem Lohn begnügenden Fremden wirkte auf die französischen Arbeiter aufreizend, deren Berufsverbände gerade damals der Arbeitgeberschaft bessere Arbeitsbedingungen abzuringen suchten. Die Folge war, daß sich unter der Arbeiterschaft eine antisemitische Agitation zu regen begann, und so drohte die seinerzeit ausgegebene Parole: „Nieder mit den Rothschilds!" in den Ruf: „Nieder mit den jüdischen Lohnsklaven!" umzuschlagen. Die Juden verstanden es jedoch, die Gefahr rechtzeitig zu bannen. Viele der Neuankömmlinge schlossen sich den Arbeitersyndikaten an, traten in näheren Verkehr mit ihren französischen Kameraden und versäumten nicht, auch eigene Organisationen für gegenseitige Hilfe ins Leben zu rufen. Allerdings konnte hierdurch das Elend im neu erstandenen Pariser Ghetto nur zum Teil behoben werden. Eine bessere Zukunft verhieß den Enterbten einerseits der Zionismus, andererseits der Sozialismus. In der von den armen Wanderern bald errichteten Volksuniversität traten neben Max Nordau, der dort wiederholt Agitationsvorträge hielt, auch mit der Zuhörerschaft enger verbundene Prediger zionistischer und verschiedener anderer Ideen auf, die sich des heimatlichen Jiddisch bedienten. Die engen Gäßchen um die Rue de Rivoli, von den Einwanderern scherzweise „Riweles (Rebeckchen)-Gaß" genannt, hallten von den vertrauten Klängen des litauischen und wolhynischen Jiddisch wider, und auf den Schildern der Werkstätten und Läden fiel die hebräische

Quadratschrift auf. Den Reinachs aus den vornehmen Pariser Straßen zum Trotz wurde hier die nationale Eigenart aufs sorgfältigste gepflegt. In derselben Stadt, wo die siebzig Mitglieder des Napoleonischen Synhedrions einst den Verzicht auf das Nationaljudentum unterzeichnet hatten, verkündeten die Einwanderer aus dem Osten mit tausend Stimmen, daß dieses Judentum voller Lebenskraft sei.

Noch auffälliger als in Frankreich war der Zustrom der jüdischen Einwanderer aus Osteuropa in *England*. Die Judenstadt von Whitechapel, dem Herzen des Londoner East End (oben, § 26), wuchs in einem Tempo, das für die längst übervölkerte europäische Hauptstadt außergewöhnlich war. Die zugewanderte jüdische Bevölkerung erlangte in diesem Viertel nach und nach sogar das zahlenmäßige Übergewicht über die alteingesessene Einwohnerschaft. Im ersten Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts bezifferte sich die Gesamtzahl der Juden in London auf nahezu 150 000, von denen rund 100 000 im Laufe des letzten Jahrhundertviertels vornehmlich aus Rußland und Rumänien zugewandert waren. Stark zugenommen hatte die jüdische Bevölkerung auch in den Provinzstädten, in denen früher nur sehr wenige Juden gelebt hatten; so zählte man im Jahre 1908 in Manchester ca. 25 000, in Leeds 15 000, in Liverpool und Glasgow je 7000 Juden. Im Jahre 1911 zählte man in England alles in allem rund eine Viertelmillion jüdischer Einwohner. Die fortschreitende Zunahme der Einwandererzahl in einem Lande, das selbst übervölkert und darum ein Land der Auswanderung war, brachte dort erneut die Judenfrage, allerdings nur in der Form einer allgemeinen Fremdenfrage, auf die Tagesordnung. Die Fremden (aliens), so hieß es, verdrängten die englischen Arbeiter aus einer Reihe von Berufen, namentlich aus der von den Juden bevorzugten Schneiderei, und verschärften überdies die in den Arbeitervierteln herrschende Wohnungsnot. Regierung und Parlament konnten das akut gewordene Wirtschaftsproblem nicht unbeachtet lassen. Eine vom Parlament eingesetzte Kommission beschäftigte sich drei Jahre lang (1902—1905) mit dem Studium der Einwanderungsfrage und arbeitete eine „Fremdenbill" („Aliens bill") aus, derzufolge für unbemittelte Ausländer die Einreise nach England erschwert werden sollte. Zwar richtete sich das projektierte Gesetz gegen die Einwanderung überhaupt, indessen war es von vornherein klar, daß es in erster Linie die unfreiwilligen jüdischen Wanderer aus Rußland und Rumänien treffen würde, was bei den Juden natürlich

schwere Besorgnis hervorrief. Aber auch die englische Regierung konnte sich nicht leichten Herzens dazu entschließen, den in den Ländern des Despotismus und der Entrechtung Verfolgten das Asylrecht zu verweigern[1]). So wurde denn die Bill vom Parlament in gemilderter Form angenommen: wohl durften fortan in den englischen Häfen nur solche Einwanderer landen, die gesund und unbescholten und zugleich in der Lage waren, die Mindestsumme von fünf Pfund und für jedes weitere Familienmitglied je zwei Pfund vorzuzeigen, doch erstreckte sich die letztere Bestimmung nicht auf diejenigen, die ihre Heimat „wegen religiöser oder politischer Verfolgungen" verließen. Die Aufnahme dieses für die unbemittelten russischen und rumänischen Juden so wichtigen Vorbehalts war auf die Initiative des Vertreter-Rats der jüdischen Gemeinden Englands („Board of Deputies") erfolgt, dessen Wortführer nachdrücklich auf die damaligen blutigen Pogrome in Rußland hingewiesen hatten.

Der Weg nach England war somit den jüdischen Auswanderern nicht ganz versperrt, immerhin aber erheblich erschwert. Abschreckend wirkte überdies die sich dort immer mehr zuspitzende Arbeiterfrage. Hin und wieder tauchte im Inselreich auch das Gespenst des Antisemitismus auf. In der irischen Stadt Limerick rief der katholische Pfarrer Creagh seine Gemeinde zum Boykott der jüdischen Geschäfte auf, deren Besitzer denn auch bald ruiniert waren (1904 bis 1905). Im August 1911 kam es zu antijüdischen Ausschreitungen in Südwales. Im Kohlenrevier von Cardiff, in der Stadt Tredegar und der Umgegend verwüsteten streikende Arbeiter Häuser und Läden der Juden und plünderten deren Habe; die wütende Menge schrie, daß die jüdischen Hausbesitzer den Mietzins in die Höhe trieben und daß die jüdischen Geschäftsinhaber das Geld für den Arbeitern auf Borg gegebene Waren durch Pfändungen beitrieben. Die Tatsache, daß diese Vorwürfe, die, wie die nachfolgende gerichtliche Untersuchung ergab, ebenso gut gegen die christlichen Händler und Hausbesitzer hätten erhoben werden können, gerade gegen die Handvoll Juden laut geworden waren, ging auf eine obskure Hetzpropaganda

[1]) Im Juli 1902 wurde von der Parlamentskommission neben anderen Sachverständigen auch der Zionistenführer Herzl vernommen, der unter Hinweis auf die Unvermeidlichkeit der Auswanderung der Juden aus den Ländern der Verfolgung zur größten Verblüffung des jüdischen Kommissionsmitglieds Lord Nathaniel Rothschild die Erklärung abgab, daß eine völlige Verschmelzung der Juden mit den sie umgebenden Völkern ein Ding der Unmöglichkeit sei.

zurück, die sich nunmehr gegen die jüdischen „Ausländer" richtete, wie sie sich vorher gegen die in den Bergwerken von Cardiff beschäftigten chinesischen Arbeiter gerichtet hatte. Die englischen Gewerkschaftsführer beeilten sich allerdings, die an den Ausschreitungen beteiligten Bergarbeiter als „Hooligans" abzuschütteln, und das Gericht verurteilte die Schuldigen zu Gefängnisstrafen sowie zum Ersatz des angerichteten Schadens. Hin und wieder drang aber der Antisemitismus auch in die höheren und höchsten englischen Kreise ein. Ein Teil der englischen Presse machte sich zum Werkzeug einer böswilligen Agitation gegen die dem Kabinett Asquith angehörenden jüdischen Minister Herbert Samuel und Rufus Isaacs, die, ebenso wie der Schatzkanzler Lloyd George, beschuldigt wurden, sich bei Erteilung der Staatskonzession an die Marconi-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie materielle Vorteile verschafft zu haben. Die zur Untersuchung dieser Angelegenheit eingesetzte Parlamentskommission stellte jedoch die Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigung fest, und der Premierminister Asquith gab im Unterhaus seiner Entrüstung über die im politischen Leben des neuzeitlichen England unerhörte Aufstachelung der „Rassen- und religiösen Leidenschaften" Ausdruck (1913). Einer der Wortführer des englischen Antisemitismus, der Schriftsteller G. K. Chesterton, betonte geflissentlich, daß er weniger „Antisemit" als „Asemit" sei, da er nämlich die Ansicht vertrete, daß auch die sich von ihrem Volkstum lossagenden Juden keine Engländer werden könnten und darum innerhalb der englischen Nation isoliert bleiben müßten.

Der sich in England hervorwagende „Asemitismus" vermochte nur vereinzelte Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die Maske der Assimilation nicht ihren Zweck erfülle. Von diesen Einsichtsvolleren schlossen sich einige dem Zionismus an, darunter auch Träger bekannter Namen, wie z. B. Sir Francis Montefiore. Ein um so entschiedenerer Gegner des jüdischen Nationalismus war aber nach wie vor Claude Montefiore (oben, § 26). Als jüdische Studenten, vornehmlich Söhne von Einwanderern, in Oxford und Cambridge nationaljüdische Vereinigungen gründeten und einer der Führer der Londoner Zionisten, der Rechtsanwalt Herbert Bentwich, daraufhin einem Pressevertreter gegenüber die Erklärung abgab, daß ihm ein solcher „Separatismus" durchaus natürlich erscheine, da diejenigen, die nicht als Engländer geboren seien, auch der Nationalität

und „der Gesinnung nach" keine Engländer sein könnten, erschien im „Jewish Chronicle" (April 1909) eine von 25 jüdischen Notabeln (C. Montefiore, Lord Rothschild u. a.) unterzeichnete Protestkundgebung, in der es also hieß: „Die Behauptung, die Juden seien ihrer Gesinnung nach keine Vollengländer und könnten es nie werden, versetzt uns in tiefe Betrübnis. Wir erblicken eine Gefahr darin, daß sich die jüdische studierende Jugend von Gedankengängen beeinflussen läßt, die zur Entfremdung zwischen den Juden und den übrigen Engländern führen und die Argumente solcher Männer wie Macaulay, denen wir die Gleichberechtigung verdanken, entkräften. Wir sind der Meinung, daß diejenigen, die sich mit dem englischen Volke nicht ganz verschmelzen und der Gesinnung nach nicht Engländer sein können, konsequenterweise keinen Anspruch auf die Rechte und Pflichten der englischen Bürger erheben sollten". Ein so weitgehender politischer Servilismus war bei einem Freigeist wie Claude Montefiore nur der Ausfluß seiner allgemeinen Auffassung vom anationalen Wesen des Judentums. Sprach er doch in seinem Buch „Outlines of Liberal Judaism" (1912) selbst dem alten Israel den nationalen Charakter ab: dieses sei, meinte er, nicht ein auserwähltes Volk im gewöhnlichen Sinne, sondern eine auserwählte religiöse Brüderschaft („a religious brotherhood"), ein „Volk von Priestern" gewesen, das zwar im Altertum in Palästina konzentriert gewesen sei, jedoch später von Gott die erhabene Mission erhalten habe, sich über die ganze Welt auszubreiten und der gesamten Menschheit den wahren Glauben zu verkünden. Im Gegensatz zu den anderen Anhängern der Missionstheorie glaubt Montefiore, daß auch das evangelische Christentum dieser Mission zum Teil gerecht geworden sei, daß aber erst das universalistische, von überflüssigen Dogmen und Riten befreite Judentum das hohe Ziel ganz zu erreichen vermöge. In seinem umfangreichen Werke „The synoptic Gospels" (1909) setzt sich Montefiore für die Aufnahme der seiner Ansicht nach vom Geiste der alten Propheten erfüllten synoptischen Evangelien in die Bibel ein, weil, wie er ausführt, nur die beide Testamente enthaltende Bibel zu einem Juden und Christen vereinigenden Heiligtum werden und dem universalistischen Judentum zum Triumph verhelfen könne. Im Lichte einer so einseitigen theologischen Geschichtsauffassung mußte Montefiore die moderne Abwandlung der Idee der jüdischen Nation und insbesondere der Zionismus geradezu als gotteslästerlich

erscheinen. So weit konnte ihm selbst sein nächster Mitarbeiter bei der Propaganda des „liberalen Judentums" Israel Abrahams nicht folgen, wiewohl dieser gerade damals zusammen mit Montefiore die „Jewish Religious Union" gegründet hatte, einen Verband, der nicht nur die Reform des Gottesdienstes, sondern auch die der Dogmatik anstrebte: Abrahams glaubte nämlich, daß die „von Zion ausgehende Thora" der Mission der Weltdiaspora nur zustatten kommen würde.

Durch ihre theologischen Gedankengebilde geblendet, wollten die Leugner der jüdischen Nationalität aus dem Londoner West End nicht sehen, daß das Volkstum, das sie als Phantom abtaten, in ihrer nächsten Nachbarschaft, im East End, immer festere Formen annahm. Die im privaten und öffentlichen Leben vorherrschende jiddische Sprache, die in dieser Sprache erscheinende Presse, das jüdische Volkstheater, jüdische Berufsverbände sowie ein ganzes Netz von sozialen Einrichtungen und Parteiorganisationen — all dies verlieh dem Osten Londons den Charakter einer mitten im russischen Ansiedlungsrayon gelegenen Stadt. Die hunderttausendköpfige Masse der in früherer und späterer Zeit zugewanderten Juden hatte es allerdings im dichtbevölkerten Whitechapel nicht leicht. Das berüchtigte „Sweatingsystem" (oben, § 26) stand nach wie vor in Blüte, und in den großen Schneiderwerkstätten sowie in den Konfektionsfabriken betrug der Lohn für einen vierzehnstündigen Arbeitstag durchschnittlich nur drei Schilling. Gegen diese brutale Ausbeutung wehrten sich die zu besonderen Gewerkschaften zusammengeschlossenen jüdischen Arbeiter durch organisierte Streiks, wobei sie mitunter im Einvernehmen mit den englischen Trade-Unions vorgingen. Als im Frühjahr 1912 die Schneider von West End, zumeist Christen, die Arbeit niederlegten, weigerten sich die jüdischen Schneider von East End, die ihren Kollegen im Westen erteilten Aufträge zu übernehmen und traten sogar selbst in einen Sympathiestreik.

Äußerst langsam bahnte sich die jüdische Nationalidee den Weg nach *Italien*, dem Lande, wo die Handvoll Juden von der christlichen Umwelt ganz absorbiert zu sein schien. Fehlte es doch hier auch an jener Zufuhr nationaler Energie, die in England und Frankreich eine Folge der Einwanderung aus dem Osten war, da Italien bekanntlich selbst gezwungen war, seinen Überschuß an unbemittelten Einwohnern an Amerika, das Wanderziel auch des heimatlosen Israel, abzu-

geben. Im neuen, mit dem Vatikan entzweiten Rom war der Boden für eine Assimilation der Juden nur zu günstig. Die politische und bürgerliche Gleichstellung war in vollem Umfange durchgeführt worden. Den Juden waren nach wie vor die höchsten Staatsämter zugänglich. Der ehemalige Professor der Rechte *Luigi Luzzatti*, der lange Jahre hindurch der Abgeordnetenkammer angehört hatte und mehrfach Finanzminister gewesen war, wurde 1910 Premierminister eines liberalen Kabinetts. Der Jude *Ernesto Nathan*, Führer der italienischen Freimaurer und ein volkstümlicher Kommunalpolitiker, wurde 1907 zum Syndicus oder Oberbürgermeister von Rom gewählt. Das Schicksal wollte es, daß, nachdem das entthronte Haupt des päpstlichen Rom zum „Gefangenen im Vatikan" geworden war, an die Spitze des weltlichen Rom ein Nachkomme der Ghettogefangenen trat. Das Amt des offiziellen Vertreters der italienischen Hauptstadt gab Nathan wiederholt Anlaß, auch politische Ansprachen zu halten. In seiner am 20. September 1910 bei der vierzigsten Wiederkehr des Tages, an dem die königlichen Truppen in Rom eingezogen waren, gehaltenen Rede betonte der Stadtsyndicus mit Nachdruck den Gegensatz zwischen der freien Hauptstadt des neuen Italien und der alten Residenz der Päpste und Kardinäle, der düsteren Hochburg des Klerikalismus mit ihrer die Ketzer verfolgenden Inquisition und ihrem dumpfen Judenghetto. Die Ausführungen Nathans machten, wie nicht anders zu erwarten war, unter den Klerikalen böses Blut; sie erhoben in ihrer Presse ein Zetergeschrei über die dem Haupte der Kirche durch den jüdischen Freimaurer zugefügte Beleidigung. Auch Papst Pius X. selbst veröffentlichte einen Protest gegen die Verunglimpfung des katholischen Glaubens durch den Vertreter einer kirchenfeindlichen Macht. Daraufhin wandte sich Nathan an den Papst mit einem offenen Brief, in dem er erklärte, daß es ihm fern gelegen habe, das religiöse Empfinden der Katholiken irgendwie verletzen zu wollen, und daß, falls er sich vor Gott versündigt habe, nur der Allmächtige allein sein Richter sein könne, da er „keine Mittler zwischen Gott und dem Menschen" anerkenne.

Dem Nationaljudentum standen allerdings die jüdischen Staatsmänner Italiens noch durchaus fern: wenn Luzzatti die judenfeindliche Politik Rumäniens öffentlich tadelte, so tat er dies weniger als Jude denn als Liberaler, und auch Nathan bekämpfte den Klerikalismus vor allen Dingen als Freimaurer. Gleichwohl stellten die Ge-

treuen des Vatikans die ganze Politik der italienischen Regierung als ein Werk der jüdischen Freimaurerei hin. Diese Agitation hatte einen gewissen Erfolg während des italienisch-türkischen Krieges in den Jahren 1911—1912, der mit der Angliederung des nordafrikanischen Tripolis an Italien endete. Der Krieg, der stets die niedrigsten Leidenschaften als Ausfluß angeblichen „Patriotismus" entfesselt, führte nämlich zu einer Annäherung zwischen Klerikalen und Liberalen, was wiederum einen gewissen Resonanzboden für antisemitische Angriffe schuf. Die scharfe Kritik, die die Eroberungspolitik Italiens in einem Teil der deutschen und englischen Blätter gefunden hatte, gab mehreren italienischen Zeitungen Anlaß, die ausländische „Judenpresse" antiitalienischer Gesinnung und böswilliger Agitation zugunsten der Türkei zu beschuldigen, mit der die Juden, wie es hieß, die Hoffnung auf die Vernichtung des Christentums verbänden. Die judenfeindlichen Ausfälle sollten indessen wirkungslos verhallen. Als im März 1912 eine von Luzzatti geführte jüdische Abordnung beim König Viktor Emanuel III. vorsprach, vernahm sie von diesem Worte der Beruhigung. Bald darauf besuchte der König in demonstrativer Weise eine Synagoge in Rom und eine zweite in der Provinz, wobei er in Erwiderung auf die an ihn gerichteten Begrüßungsansprachen „den Patriotismus und die hohe Geistigkeit der Juden" rühmte. Mit dem glücklichen Ausgang des Krieges in Afrika, der auch von der jüdischen Bevölkerung Opfer gefordert hatte, verschwand der eben aufgekeimte Antisemitismus wieder von der Oberfläche.

Immerhin blieb der vorbeigehuschte Schatten des Judenhasses nicht ohne Eindruck auf die empfindsamen Geister. Die zionistische Propaganda machte merkliche Fortschritte, und es begann sich, insbesondere unter der Jugend, das nationale Bewußtsein zu regen. Im Herbst 1911 wurde in Florenz auf Anregung des dortigen Rabbiners S. Margulies ein jüdischer Jugendtag abgehalten, auf dem flammende Reden über die geistige Wiedergeburt der Nation, die Wiederverjüngung des „dynamischen" Judentums mit seinen erhabenen sozialethischen Idealen, über die nationale Erziehung und die Entwicklung der jüdischen Kultur gehalten wurden. Es wurde beschlossen, die bereits bestehenden, sich mit Problemen der jüdischen Geschichte und mit aktuellen Fragen beschäftigenden Zirkel „Pro cultura Ebraica" zu einem Verband zusammenzuschließen sowie allenthalben Kurse für hebräische Sprache und Literatur ins Leben zu rufen. Der zweite Ju-

gendtag, der Ende 1912 in Turin stattfand, erörterte neben den Problemen der nationalen Kultur auch die Frage der Palästina-Kolonisation. Auf dem dritten Verbandstag (abgehalten im Februar 1914 in Rom) wurde über die Lage der 30 000 Juden in den neuangegliederten Provinzen Tripolis und Cyrenaika verhandelt. Von den Jugendorganisationen gefördert, griff die nationale Bewegung auch auf die ältere Generation über und brachte viele ihrer Vertreter von dem Assimilationsdogma ab. So tauchte der Plan auf, einen Verband aller italienischen Gemeinden zu gründen, der die nationale Einheit symbolisieren sollte. Der im Mai 1914 in Ausführung dieses Planes nach Rom einberufene Gemeindevertretertag formulierte als die Hauptaufgabe des neugegründeten Verbandes „die Pflege alles dessen, was dem Gesamtinteresse der Gemeinden entspricht, namentlich die Pflege der jüdischen Kultur". Der einsetzende Prozeß der nationalen Wiedergeburt der etwa 44 000 Seelen zählenden italienischen Judenheit (zusammen mit der jüdischen Bevölkerung der afrikanischen Provinzen sind es 74 000) sollte indessen durch den Weltkrieg, in den bald auch Italien hineingezogen wurde, eine jähe Unterbrechung erfahren.

Zu derselben Zeit, da viele der neuen, der nationalen Marranen die Maske der Assimilation abstreiften, setzte unter den Nachkommen der alten, der religiösen Marranen in einem schon vor Jahrhunderten in Trümmer gelegten Diasporazentrum, in *Portugal*, eine Gärung ein, deren Folge vielleicht das Wiedererblühen dieses verdorrten Zweiges der Judenheit sein wird. Bis zur Revolution von 1910 fristete, wie erinnerlich, die kleine jüdische Gemeinde von Lissabon ein nur halb legales Dasein (oben, § 26). Die neue republikanische Verfassung gewährleistete indessen den Nichtkatholiken die Freiheit der Religionsübung und verlieh zugleich den Katholiken das Recht, zu einem anderen Glauben überzutreten. Damit tat sich nun den Nachkommen der Marranen des XVI. Jahrhunderts, die insgeheim unter katholischer Maske an manchen Überlieferungen und Bräuchen des Judentums festhielten, der Weg ins Freie auf. Bald kamen denn auch diese „Kryptojuden" in Oporto, Braganza, Belmonte und manch anderer portugiesischen Stadt zum Vorschein. Die sich von Generation zu Generation vererbende Gewohnheit, die jüdische Abstammung zu verleugnen, hinderte zwar die meisten der Marranenabkömmlinge auch jetzt noch daran, sich offen zum Judentum zu bekennen, doch gab es unter ihnen auch solche, die ohne Säumen mit dem Mummenschanz

Schluß machten und auch ihre Schicksalsgenossen im gleichen Sinne zu beeinflussen suchten. Eine rege Propaganda in dieser Richtung entfaltete kurz vor Ausbruch des Weltkrieges insbesondere der junge Hauptmann *de Barros Basto*, dem bald ein Mitstreiter in einem polnischen Juden, *Samuel Schwarz* aus Lodz erstand, der, in Portugal als Bergwerksingenieur tätig, mit den Marranen in nähere Berührung gekommen war und ihre Sitten und Bräuche studiert hatte. Gleich nach Beendigung des Weltkrieges gründete Barros Basto in Oporto eine regelrechte Gemeinde zum Judentum zurückgekehrter Marranen, und nunmehr sind solche Gemeinden auch schon in Braganza und an anderen Orten im Entstehen begriffen. Die zu erwartende Rückkehr vieler Tausende von Marranen zum jüdischen Volke wird wohl zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der nächsten Epoche der jüdischen Geschichte gehören. — Ungelöst bleibt hingegen die Marranenfrage nach wie vor in *Spanien*, dessen Verfassung noch immer keine unbeschränkte Gewissensfreiheit kennt und wo es daher auch keine öffentlich anerkannten jüdischen Gemeinden gibt.

§ 52. Rumänien, die neue Türkei und die Balkankriege

Das an Judenhaß nur Rußland nachstehende Rumänien wich auch zu Beginn des XX. Jahrhunderts nicht von jener betrügerischen Politik ab, die zwecks Umgehung des Gleichberechtigungs-Artikels des Berliner Vertrages die im Lande alteingesessenen Juden zu „Ausländern" gemacht hatte (oben, § 27). Diese dolose Umbenennung gab den rumänischen Machthabern die Möglichkeit, 300 000 Juden in den erniedrigenden Zustand völliger Entrechtung zu versetzen. Das Unterdrückungssystem wurde immer raffinierter. Nachdem die Juden aus den einträglichsten Zweigen des Handels verdrängt worden waren, wurde beschlossen, sie auch der zweiten Hauptquelle ihres Erwerbes, des Rechtes auf die freie Ausübung eines Handwerks, zu berauben. So erging denn im Jahre 1902 ein Gesetz, demzufolge nur solche Ausländer sich als Handwerker betätigen durften, die in der Lage sein würden, nachzuweisen, daß in ihrem Heimatlande den Rumänen das gleiche Recht zuerkannt sei. Da nun die jüdischen Landesbewohner als nur nominelle Ausländer die erforderlichen Beweise unmöglich beibringen konnten, machte die Regierung die Zulassung von Juden zur Ausübung eines Handwerks von der Vorlegung von Dokumenten

abhängig, aus denen hervorgehen mußte, daß die Eltern der um ein Gewerbezeugnis Nachsuchenden in Rumänien geboren seien, nie eine andere Staatsangehörigkeit besessen und daß die Bittsteller selbst der Militärdienstpflicht genügt hätten; den diesen Bedingungen entsprechenden Personen wurde zugleich freigestellt, die Regierung um die Naturalisation anzugehen. Es war ohne weiteres klar, daß die hierfür vorgeschriebenen Bedingungen nur eine verklausulierte Art der Rechtsverweigerung bedeuteten: sehr viele Juden der älteren Generation waren aus Südrußland gebürtig, und auch diejenigen unter ihnen, die im Lande selbst, in den Fürstentümern Moldau und Walachei zur Welt gekommen waren, wurden in der Zeit der türkischen Oberhoheit nur ausnahmsweise in die Geburtsregister eingetragen; die Aussichten auf eine Naturalisation waren aber infolge der bereits gekennzeichneten Gepflogenheiten der hierfür zuständigen Parlamentskommission nach wie vor verschwindend gering. Von grenzenloser Verzweiflung erfüllt, wandten sich die jüdischen Handwerker an die Öffentlichkeit mit dem folgenden Aufruf: „Wir sind in Rumänien geboren und doch hat man uns zu Ausländern erklärt. Unsere Lage ist aber viel schlimmer als die der wirklichen Ausländer, denn wir ermangeln jeglichen Schutzes. Wir sind Parias, die jeder nach Belieben ausbeuten kann. Als Rumänen werden wir nur dann anerkannt, wenn es gilt, uns in das Heer einzureihen oder als Steuerzahler zu schröpfen. Man hat uns aus den Dörfern vertrieben, und nun glaubt man, daß wir auch in den Städten viel zu zahlreich sind. Wir wollen in menschenwürdigen Verhältnissen leben, und wenn dies hier unmöglich ist, so werden wir uns nach einem anderen Lande mit größeren Aussichten auf Brot und Freiheit umsehen".

Die Signatarmächte des Berliner Vertrages reagierten längst nicht mehr auf das widerrechtliche Vorgehen Rumäniens, und nur die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hatte noch ein Ohr für die von den Donauufern herübertönenden Verzweiflungsschreie. Da indessen für eine amerikanische Intervention zugunsten der bedrängten Juden die völkerrechtlichen Voraussetzungen fehlten (der Berliner Vertrag war ja nur von europäischen Mächten unterzeichnet), entschloß sich der judenfreundliche Präsident Roosevelt einen Umweg einzuschlagen. Im September 1902 forderte der amerikanische Staatssekretär Hay die bei den europäischen Mächten akkreditierten Vertreter der Vereinigten Staaten durch eine Zirkularnote auf, auf

diese Regierungen dahin einzuwirken, daß sie Rumänien an die Erfüllung seiner Verpflichtungen hinsichtlich der Emanzipation der Juden erinnern möchten. Die indirekte Intervention der amerikanischen Republik wurde in der Zirkularnote damit begründet, daß die aus Rumänien massenweise über den Ozean ziehenden armen jüdischen Auswanderer den Vereinigten Staaten zur Last fielen, doch wurde zugleich betont, daß der eingeleitete Schritt in erster Linie von dem Wunsche diktiert sei, den Opfern der Gewalttaten beizustehen. Die amerikanische Note war in einem Tone edler Humanität gehalten, der bei den europäischen Diplomaten längst eine Seltenheit geworden war: „Die Lehren der Geschichte und die Erfahrungen unserer Nation — hieß es da — zeigen, daß den Juden in hohem Maße die geistigen und sittlichen Eigenschaften aufgeklärter Bürger eigen sind. Keine andere Gruppe von Einwanderern ist uns willkommener als sie, soweit sie für den Kampf ums Dasein physisch und geistig gewappnet sind. Kommen sie aber in unser Land als Verbannte, durch physische und moralische Bedrückung zerrüttet und der öffentlichen Fürsorge bedürftig, dann entbehren die Einwanderer jener Grundeigenschaften, die ihre Übersiedlung grundsätzlich nützlich und annehmbar erscheinen lassen . . . Unsere Regierung vermag dem in Rumänien geschehenden Unrecht nicht unwidersprochen zuzusehen und sieht sich genötigt, gegen die Behandlung der Juden in Rumänien nicht nur darum zu protestieren, weil unser Land dadurch geschädigt wird, sondern auch aus Gründen der Menschlichkeit". Der Protest der großen transatlantischen Republik fand freilich weder bei den russischen Machthabern, den Lehrmeistern Rumäniens in der Kunst der Judenverfolgung, noch bei dem mit Rußland verbündeten Frankreich Anklang; aber auch die Dreibundmächte rührten sich nicht, und selbst England stellte sich angesichts der Passivität der Kontinentalmächte auf den Standpunkt, daß es inopportun sei, sich allein in die rumänischen Angelegenheiten einzumischen. Nichtsdestoweniger verfehlte die schroffe Zurechtweisung von amerikanischer Seite ihre Wirkung auf die rumänische Regierung nicht und veranlaßte sie sich zu mäßigen: das ungeheuerliche Gesetz in betreff der ausländischen Handwerker wurde den Juden gegenüber nicht zur Anwendung gebracht und auch sonst ließ das judenfeindliche Wüten eine Zeitlang nach.

Im Jahre 1907 brach über die rumänischen Juden im Zusammenhang mit den im Lande um sich greifenden Agrarunruhen eine

schwere Katastrophe herein. Die von den Großgrundbesitzern, den „Bojaren", geknechtete Bauernschaft hatte sich nämlich gegen ihre Unterdrücker aufgelehnt, wandte sich aber zuerst, der Linie des geringsten Widerstandes folgend, gegen die in den Dörfern der Moldau lebenden Juden. Ebenso wie in der Ukraine in den Zeiten Chmelnickijs waren die Juden vielfach auch in der Moldau Pächter von Landgütern, deren Eigentümer durch die Erhebung eines übermäßigen Pachtzinses ihre jüdischen Vertragspartner zur Mitausbeutung der Bauern zwangen. Nachdem nun die Aufständischen in ihrer blinden Wut mit den jüdischen Landpächtern in den Dörfern abgerechnet hatten (März-April 1907), überfluteten sie die benachbarten Städte und Flecken, um die Juden überhaupt auszuplündern und zu mißhandeln. In der Absicht, die ihnen drohende Gefahr abzuwenden, scheuten sich die Bojaren und die mit ihnen eng verbundenen Lokalbehörden nicht, die aufsässige Menge offen zu Gewalttaten gegen die Juden anzufeuern. Die Präfekten von Botoschani und mehreren anderen Kreisen entfalteten in ihren Verwaltungsbezirken eine rege Pogromagitation, während die subalternen Polizeibeamten und die Soldaten bei dem Zerstörungswerk nicht selten selbst mit Hand anlegten. Auf diese Weise wurden in der Moldau Tausende von jüdischen Familien ruiniert. Durch den erfolgreichen Feldzug gegen die Juden ermutigt, schritten die Bauern bald zum Angriff gegen ihren eigentlichen Feind, die Großgrundbesitzer. Nachdem die Erhebung auch auf die Walachei übergegriffen hatte, nahm sie den Charakter einer ausgesprochen bojarenfeindlichen Bewegung an, in deren Verlauf viele Gutsbesitzer aufs übelste zugerichtet, ja sogar ermordet, ihre Landschlösser ausgeplündert und niedergebrannt wurden. Nun zögerte der Innenminister Jonel Bratianu nicht mehr, gegen die Aufrührer energische Maßnahmen zu ergreifen. Die zur Unterdrückung des Aufstandes ausgesandten Truppen gingen mit unerhörter Grausamkeit vor: Scharen von Bauern wurden durch Artilleriefeuer vernichtet und ganze Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Nach Wiederherstellung der Ordnung beeilte sich die Regierung, den Gutsbesitzern im Aufstandsgebiet Schadenersatz in Aussicht zu stellen, während die ruinierten Juden nicht nur nicht entschädigt, sondern sogar als die angeblich Schuldigen hingestellt wurden: dem Parlament wurde eine Vorlage unterbreitet, wonach die Grundbesitzer ihre Ländereien in Zukunft „Ausländern" nicht mehr in Pacht geben sollten. Obendrein wurden

viele jüdische Familien, die während der Panik geflüchtet waren, von den Behörden daran gehindert, in ihre alten Wohnsitze zurückzukehren.

Die Auswanderung der Juden aus der Moldau und Walachei, dem rumänischen Sodom und Gomorrha, nahm erheblich zu. Die meisten zogen nach Amerika, doch blieben vereinzelte Auswanderergruppen unterwegs in England und anderen Ländern. Zugleich stieg auch das Interesse der rumänischen Juden für den Zionismus; da indessen die Kolonisation Palästinas gerade damals ins Stocken geraten war, wandten sich die Zionisten und parteilosen Nationaljuden in Rumänien, das Beispiel der russischen Judenheit vor Augen, mit aller Energie der Kulturarbeit in der Heimat zu. Es wurden immer mehr Vereine zur Förderung der jüdischen Kultur, in nationalem Geiste geleitete Schulen sowie Zeitschriften in jiddischer und rumänischer Sprache (teils in Jassy, teils in Bukarest) gegründet. Auf einer Konferenz der Gemeindevertreter wurde die Gründung eines autonomen Landesverbandes der rumänischen Judenheit angeregt, doch war es von vornherein klar, daß Regierung und Parlament die hierzu erforderliche Sanktion verweigern würden. In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter der Londoner „Times" Lucien Wolf äußerte sich zwar der „liberale" Minister Sturdza in lobender Weise über die zionistischen Bestrebungen und erklärte sich auch bereit, die Abwanderung der rumänischen Juden nach Kräften zu fördern, versäumte aber hierbei nicht, gleich den russischen Ministern Plehwe und Stolypin zu betonen, daß er jede auf die Festigung der jüdischen Nationalität in der Diaspora gerichtete Tätigkeit für „verbrecherisch" halte. „Stellt ihr eine Nationalität dar, mit welchem Rechte bestreitet ihr dann die Behauptung der rumänischen Regierung, daß ihr Ausländer seid?" — so meinte der heimtückische Minister, indem er sich zur Rechtfertigung des rumänischen Kniffes auf die jüdische Nationalbewegung berief. Solche Erklärungen ließen den Juden wenig Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage. Das Schicksal fügte es ferner, daß die Grenzen der rumänischen Hölle sogar noch weiter gesteckt wurden und daß sich die Zahl der dort schmachtenden Juden noch vergrößerte. Es war dies eine Folge der Balkankriege, die die europäischen Besitzungen der Türkei zu einem kleinen Rest zusammenschrumpfen ließen.

Die Umwälzung vom Juli 1908 hatte der altersschwachen *Türkei* neue Lebenskräfte zugeführt. Die Urheber der Umwälzung, die euro-

päisch erzogenen Jungtürken, strebten danach, ihre Heimat der westlichen Zivilisation teilhaftig werden zu lassen, ohne jedoch zwischen deren Licht- und Schattenseiten zu unterscheiden. Eine konstitutionelle Monarchie, gemäßigter Liberalismus, bürgerliche Gleichheit, aber unter unbestrittener politischer Suprematie der Türken und ohne die geringsten Zugeständnisse an die autonomistischen Bestrebungen der Griechen, Armenier, Araber und Mazedonier — dies war das Programm der jungtürkischen Partei „Einheit und Fortschritt", deren Zentralkomitee in den ersten Jahren nach der Revolution die tatsächliche Herrschaft über das Land hatte. Die Absicht, die nichttürkischen Nationalitäten zu „ottomanisieren", brachte diese in Gegensatz zu der Regierung, und nur die Juden bildeten hierbei in der ersten Zeit eine Ausnahme. Die autochthonen Sephardim von Konstantinopel, namentlich aber des sephardischen Hauptzentrums und zugleich der Hochburg der Jungtürken, Saloniki, wurden von patriotischer Leidenschaft für die Türkei ergriffen. Die Gebildeteren unter ihnen, die aus den Orient-Schulen der „Alliance Israélite" hervorgegangen waren, gehörten sogar zu den aktiven Mitgliedern der Partei „Einheit und Fortschritt". Die an der „École Normale Israélite Orientale" pädagogisch ausgebildeten, in den „Alliance"-Schulen in der Türkei tätigen jüdischen Lehrer traten allenthalben als Apostel der Assimilation und des türkischen Zentralismus auf. Bei den Wahlen zum ersten türkischen Parlament im November 1908 stimmten die Juden durchweg für die Jungtürken. Das jungtürkische Zentralkomitee stellte seinen jüdischen Mitgliedern vier Mandate zur Verfügung, so daß in Konstantinopel, Saloniki, Smyrna und Bagdad je ein Jude ins Parlament gewählt wurde. Eine wichtige Rolle spielten in der Folge namentlich der Vertreter von Saloniki, der Rechtsanwalt Emanuel Carasso, sowie der Professor der Rechte Nissim Mazliach aus Smyrna, die im Parlament häufig in die Debatten über allgemeine Fragen eingriffen, für speziell jüdische Angelegenheiten aber wenig Interesse zeigten. So unterließen sie es z. B. die Abschaffung des „roten Zettels" für die in Palästina eintreffenden Juden zu fordern, dessen Inhaber sich im Lande nicht länger als drei Monate aufhalten durften. Die neue konstitutionelle Regierung hielt aber an dieser schmählichen, noch aus der Zeit Abdul Hamids stammenden Vorschrift aus dem Grunde fest, weil auch ihr der Zustrom von Juden nach deren historischer Heimat unerwünscht war. Die antizionistische Haltung der herrschenden Partei, deren jü-

dische Mitglieder nicht ausgenommen, sollte denn auch bald kraß zutagetreten.

Im März 1911 erklärte der Großwesir Hakki Pascha im Parlament, daß der „rote Zettel" eine unentbehrliche Sicherheitsmaßnahme gegen die „Phantasien" der Zionisten sei, die aus Palästina ein jüdisches Zentrum machen wollten. Daraufhin bemerkte der jüdische Abgeordnete Carasso, daß der Zionismus nicht ernst genommen zu werden verdiene. Demgegenüber betonte der Deputierte von Damaskus, der Mohammedaner Riza Bey, daß die zionistische „Gefahr" nicht unterschätzt werden dürfe, und legte der Kammer handgreifliche Beweise des jüdischen Separatismus vor: mit nationalen Emblemen versehene Fahnen, Siegel und Marken der zionistischen Partei. Zum Schluß teilte er mit, daß er von seinen Wählern beauftragt worden sei, sich dafür einzusetzen, daß keine Juden nach Palästina eingelassen würden. Um die durch diese Aussprache in Aufregung versetzten türkischen Patrioten zu beschwichtigen, begab sich der Konstantinopler Chacham Baschi (der Großrabbiner der Türkei) *Haim Nahum* zum Großwesir, beglückwünschte diesen zu seiner Rede über den Zionismus und versicherte ihn des Patriotismus der türkischen jüdischen Gemeinden. Es war übrigens nur natürlich, daß der ehemalige Dozent an der von der „Alliance Israélite" in Konstantinopel begründeten Rabbinerschule, der nur dank seinen Beziehungen zu den Jungtürken zum Amte des Chacham Baschi gelangt und so zum offiziellen Vertreter der türkischen Judenheit geworden war, seinen mächtigen Gönnern zu Gefallen sein wollte. Ein anderer assimilierter jüdischer Politiker, der Herausgeber des in spaniolischer Sprache erscheinenden Konstantinopler Sephardim-Organs „El Tiempo", David Fresco, verstieg sich sogar zu der Erklärung, daß die Juden auf den Abfall Palästinas von der Türkei hinarbeiten. Zugleich fanden die albernsten Gerüchte bei der muselmanischen Bevölkerung Glauben. So wurde selbst der Finanzminister Dschawid Bey, dessen Eltern der in Saloniki bestehenden Sekte der „Dönmehs" (Band VII, § 59) angehörten, der Sympathien für den Zionismus, insbesondere einer Begünstigung der Konstantinopler Filiale der Jüdischen Kolonialbank verdächtigt, während in Wirklichkeit dieser zum Führer der neuen Türkei gewordene Nachkomme der Messianisten des XVII. Jahrhunderts für den jüdischen politischen Messianismus des XX. Jahrhunderts kaum Interesse bekundete.

Der in der Türkei selbstherrlich regierenden jungtürkischen Partei „Einheit und Fortschritt" sollte bald ein Rivale in dem „Liberalen Bund" erstehen, der die Vertreter der die Autonomie anstrebenden Völker vereinigte. Da nun die Juden als entschiedene Anhänger der Jungtürken galten, so ließen es sich deren Gegner nicht nehmen, judenfeindliche Töne anzuschlagen. Während der Parlamentswahlen im Jahre 1912 brachten mehrere in der Hauptstadt und in der Provinz erscheinende Blätter, insbesondere griechische, von glühendem Judenhaß erfüllte Artikel. Die jüdischen Wähler sahen sich in einer recht heiklen Lage: einerseits schien es ihnen riskant, mit den immer mehr ihre Volkstümlichkeit einbüßenden Jungtürken zusammenzugehen, andererseits konnten sie sich auch nicht entschließen, dem „Liberalen Bund" zu folgen, in dem judenfeindlich gesinnte Griechen und Araber eine führende Rolle spielten. Gerade diese Notlage sollte aber die besser beratenen jüdischen Politiker auf den Gedanken bringen, daß es am zweckmäßigsten sei, einen eigenen nationalen Verband zu bilden und ein besonderes Wahlkomitee einzusetzen. Das von dem neugegründeten Komitee veröffentlichte „Politische Programm der ottomanischen Juden" verkündete neben dem Prinzip der Einheit und Unteilbarkeit der Türkei das der nationalen Rechte aller dort vertretenen Nationen: „Alle Elemente der Bevölkerung — hieß es da — haben ein Anrecht auf die Erhaltung ihrer nationalen und religiösen Eigenart und die Pflege ihrer nationalen Sprache und Kultur. Die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen begründet das Recht jeder Nationalität auf die entsprechende Mitwirkung in der Staatsverwaltung und die proportionale Vertretung in beiden gesetzgebenden Kammern sowie in den Verwaltungsräten der einzelnen Wilajets (Provinzen)". Während die türkischen Juden so die ersten Vorbereitungen zu einer inneren Umstellung trafen, brach auf der Balkanhalbinsel ein Krieg aus, der den Anfang vom Ende des Osmanischen Reiches bedeutete.

Im Herbst 1912 schlossen Bulgarien, Serbien und Griechenland ein Angriffsbündnis zwecks Aufteilung der europäischen Besitzungen der Türkei und eröffneten die Feindseligkeiten gegen den gemeinsamen Feind. Bei Kriegsausbruch waren in den unter türkischer Herrschaft stehenden Balkangebieten etwa 200 000 Juden ansässig, während man in den drei verbündeten Staaten insgesamt rund 60 000 jüdische Einwohner zählte (in Bulgarien 45 000, in Serbien und Griechenland je 7000). In den Reihen der verbündeten Heere kämpften

nahezu 5000 jüdische Soldaten, wohingegen in der türkischen Armee die Juden recht spärlich vertreten waren, da die Kriegsdienstpflicht in der Türkei auf Nichtmohammedaner erst nach Einführung der Verfassung ausgedehnt worden war. Zu den bereits im stehenden Heer dienenden Juden kam aber noch eine Schar junger jüdischer Leute aus Saloniki hinzu, die sich aus ottomanischem Patriotismus freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatten. Das Geschick des zerstreuten Volkes zeigte sich abermals in seiner ganzen Tragik: die Nachkommen der spanischen Exulanten auf dem Balkan standen sich in zwei feindlichen Lagern gegenüber. Aber auch abgesehen davon war die Lage der jüdischen Bevölkerung auf der zu einem einzigen Schlachtfeld gewordenen Balkanhalbinsel trostlos genug. In raschem Vormarsch nahmen die verbündeten Truppen eine türkische Stadt nach der anderen ein. Im Oktober und November besetzten die Serben Üsküb und Monastir, die Bulgaren schlossen Adrianopel ein, die Griechen bemächtigten sich des Hauptsitzes der Sephardim, Saloniki. Im ganzen Okkupationsgebiet litten die Juden unter der Kriegsnot in viel höherem Maße als die Christen: diese wurden von den siegreichen Verbündeten allenthalben als Glaubens- und Stammesgenossen behandelt, die Juden dagegen als Türkenfreunde. So waren denn Requisitionen, Plünderungen und Pogrome an der Tagesordnung. Nur in Ausnahmefällen (wie etwa bei der Einnahme von Seres durch die Bulgaren) gelang es den in der Armee der Verbündeten kämpfenden jüdischen Soldaten, die jüdische Zivilbevölkerung vor einem Pogrom zu bewahren.

Am schwersten wurde die 70 000 Seelen umfassende Gemeinde von Saloniki heimgesucht. Die Tatsache, daß sich die Juden in dem dort seit altersher tobenden „judäo-hellenischen" Streit um die Vorrangstellung auf die türkische Macht gestützt hatten, wurde ihnen nämlich nach der Einnahme der Stadt durch die griechischen Truppen (November 1912) als eine Sühne fordernde Schuld angerechnet. Es kam zu Ausschreitungen, bei denen es auch einige Menschenopfer gab. Der Athener Regierung waren freilich die Ausschreitungen der griechischen Soldateska nichts weniger als erwünscht, da hierdurch die für die Angliederung von Saloniki an Griechenland erforderliche Zustimmung der europäischen Mächte in Frage gestellt wurde. Hinzu kam, daß auch die Bulgaren auf den Besitz des bedeutenden Hafenplatzes Ansprüche erhoben. Die Bulgaren behandelten aber die Juden

im großen ganzen viel besser als die Griechen, weshalb es im ureigentlichen Interesse Griechenlands lag, daß sich die jüdischen Stadtbewohner nicht endgültig gegen dieses und für Bulgarien entschieden. Bald traf denn auch aus Athen der Befehl ein, keine weiteren Unruhen zu dulden. Der nach Saloniki gekommene König Georg versicherte die von ihm empfangene jüdische Abordnung seiner Sympathien für die Juden und wies darauf hin, daß die jüdische Bevölkerung in den griechischen Stammlanden längst emanzipiert sei. Im gleichen Sinne äußerte sich der griechische Premierminister Venizelos dem Großrabbiner von Saloniki gegenüber. Zugleich versprach die griechische Regierung, die auf Verfügung der Okkupationsbehörden zum Schaden der Juden erfolgte Verlegung des Wochenmarktes vom Montag auf den Sonnabend wieder rückgängig zu machen.

Noch waren die Wunden des ersten Balkankrieges nicht geheilt, als schon der zweite Balkankrieg ausbrach, diesmal zwischen den Verbündeten selbst, die bei der Teilung der Kriegsbeute nicht handelseinig werden konnten. Im Juli 1913 entrissen Serbien und Griechenland, deren Koalition bald auch Rumänien beitrat, den Bulgaren den größten Teil des von diesen neu eroberten Gebietes. Rumänien bemächtigte sich der bulgarischen Festung Silistria. Das geschlagene Bulgarien bat um Frieden, der denn auch im August 1913 in Bukarest geschlossen wurde. Nach dem Bukarester Friedensvertrag erhielt von dem der Türkei verloren gegangenen Gebiet mit etwa 100 000 jüdischen Einwohnern Griechenland das Gebiet von Saloniki mit 80 000 Juden und Serbien die Gegend von Monastir und Üsküb mit einer zehntausendköpfigen jüdischen Bevölkerung, während der Gebietszuwachs Bulgariens nur gering war, da das im ersten Balkankrieg eroberte Adrianopel wieder an die Türken abgetreten werden mußte. Rumänien aber sicherte sich den Besitz des bulgarischen Gebietes von Silistria (Neu-Dobrudscha), zu dessen Einwohnern auch einige Tausend Juden gehörten.

Die Lage der Juden, die die türkische Staatsangehörigkeit mit der bulgarischen und serbischen hatten vertauschen müssen, verschlimmerte sich keineswegs, da die jüdische Gleichberechtigung in Bulgarien und Serbien nach wie vor voll respektiert wurde. Weniger stabil war die Lage der neuen jüdischen Untertanen Griechenlands, das nach Angliederung des Bezirks von Saloniki statt über das Los von 7000 Juden über das von 87 000 zu entscheiden hatte. Die griechische

Regierung verhielt sich zwar der jüdischen Bevölkerung Neugriechenlands gegenüber durchaus korrekt, doch vermochten die Griechen Salonikis ihren alteingewurzelten Judenhaß nicht so leicht zu überwinden, so daß es hin und wieder zu Zusammenstößen kam. Am ungünstigsten gestalteten sich die Lebensverhältnisse der jüdischen Bevölkerung in dem Gebiet, das dem an der Entrechtung der Juden grundsätzlich festhaltenden Rumänien neu einverleibt worden war. Solange der Bukarester Frieden noch nicht geschlossen war und die rumänische Regierung zur Sicherung ihrer Beute der internationalen Sanktion bedurfte, täuschte sie die Bereitwilligkeit vor, die den Juden im besetzten Gebiet unter bulgarischer Herrschaft zuerkannte Gleichberechtigung auch in Zukunft ungeschmälert zu lassen. Obendrein hatte die Regierung bei der Mobilmachung des rumänischen Heeres versprochen, die nach Tausenden zählenden jüdischen Teilnehmer des Feldzuges insgesamt zu naturalisieren. Im Vertrauen auf dieses Versprechen waren viele Juden sogar freiwillig zu den Fahnen geeilt. Alle auf die Regierungserklärung gesetzten Hoffnungen sollten indessen zuschanden werden. Nach Friedensschluß setzte im Lande eine so wütende Agitation gegen die Einbürgerung der Juden ein, daß das Ministerium Majorescu darauf verzichtete, gegen den Strom zu schwimmen. Am eifrigsten wurde die judenfeindliche Agitation von der rumänischen „Kulturliga" betrieben, deren Wortführer in einigen Städten offen zu Pogromen aufriefen. Antisemitische Studenten drohten den Juden, falls diese von ihren Emanzipationsbestrebungen nicht ablassen würden, in Rumänien eine Lage zu schaffen, der gegenüber „Rußland mit seinen Pogromen und Ritualmordprozessen als das Gelobte Land erscheinen würde". Noch am Vorabend des Weltkrieges, im Juli 1914, wurden in Rumänien Flugblätter verbreitet, die unter der ironischen Überschrift: „Den Juden ihr Recht!" unverblümt zu Gewalttaten aufforderten. So schickte sich das im Banne „großrumänischer" Aspirationen stehende Land an, die Höllenqualen des von ihm gemarterten Volkes noch zu verschärfen. Die ganze Balkanhalbinsel war gleichsam von einem bösen Geist besessen. An die Stelle des niedergerungenen Ottomanentums traten der „Panhellenismus" sowie die Ideale eines „Großbulgarien" und „Großserbien", und es bedurfte nur noch eines einzigen Funkens, um den angehäuften Zündstoff in Brand zu setzen und ganz Europa in ein Flammenmeer zu verwandeln.

§ 53. Der Aufstieg des jüdischen Palästina

Nach dem Scheitern des diplomatischen Zionismus drängten sich von selbst die Vorzüge des praktischen Zionismus auf (oben, § 48). „Stärkung der jüdischen Positionen in Palästina" — so lautete nunmehr die allgemeine Losung. Die selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen des türkischen Regimes nicht ausgeschlossene allmähliche Vergrößerung der jüdischen Stadt- und Landbevölkerung, Ankauf von Grund und Boden, Heranziehung von Kapital zur Entwicklung der Industrie, Erweiterung des Netzes der finanziellen, genossenschaftlichen und kulturellen Institutionen — dies war das Programm des Zionismus in seiner neuesten Phase. Während man um die Jahrhundertwende, in der Zeit der ideologischen Experimente, den Nachdruck auf die landwirtschaftliche Kolonisation gelegt und diese als die Grundlage des zu errichtenden Zentrums betrachtet hatte, beschloß man jetzt, das Hauptaugenmerk auf die Besiedlung der Städte und die Förderung der Industrie zu richten, was auch mehr dem Grundcharakter der jüdischen Wirtschaftstätigkeit in der Diaspora entsprach. Die Folge dieser Umstellung war ein merklicher Aufschwung der palästinensischen Städte, in die viele wohlhabende jüdische Familien aus Rußland einwanderten. In dem Zeitraum 1901—1914 stieg die Zahl der Juden in Palästina von etwa 70 000 auf rund 100 000 an (gegenüber 600 000 Arabern). Obgleich sich nur ein geringer Teil der Neuankömmlinge der Landwirtschaft zuwandte, machte die landwirtschaftliche Kolonisation, mit dem Tempo der früheren Zeit verglichen, bedeutende Fortschritte: im Jahre 1907 bestanden in Palästina 27 jüdische Kolonien mit insgesamt 7000 Einwohnern, sieben Jahre später aber bereits 43 Kolonien mit 12 000 Seelen. Zugleich wurden in den Kolonien die arabischen Tagelöhner in steigendem Maße durch jüdische Arbeitskräfte ersetzt, was den Siedlungen einen ausgeprägteren nationalen Charakter verlieh. Diese Erfolge beruhten nicht zuletzt darauf, daß die zionistischen Führer, die sich früher mehr mit Politik als mit praktischer Arbeit befaßt hatten, nunmehr ihre Aufmerksamkeit vor allem dem im Gange befindlichen Aufbauwerk zuwandten. Im Jahre 1908 eröffnete die zionistische Organisation in Jaffa ein „Palästina-Amt", an dessen Spitze der bekannte Nationalökonom *Arthur Ruppin*, der Verfasser des Buches „Die Juden der Gegenwart" (1. Aufl. 1904), trat. Ruppin brachte

für sein Amt den Enthusiasmus des Zionisten und das Organisationstalent des Deutschen mit. Seine Sorge galt in gleicher Weise der landwirtschaftlichen Kolonisation wie der Besiedlung der Städte, und mit den dem Palästina-Amt vom Jüdischen Nationalfonds und der Jüdischen Kolonialbank zur Verfügung gestellten Mitteln wurde sowohl der Ankauf von Ackerboden, als auch der Häuserbau finanziert (als vermittelnde Instanzen fungierten hierbei die „Palestine Land Development Company" und die Gesellschaft „Achusath Bajit").

Die „Zweite Alija", wie die nach der russischen Revolution von 1905 neu einsetzende Einwanderung nach Palästina genannt wurde, führte dem Lande Menschenmaterial von neuem Schlage zu: so die der Partei „Poale Zion" angehörende Jugend, die von dem Wunsche nach nationaler und dem nach gleichzeitig sozialer Aufbauarbeit beseelt war. Mit Unterstützung der oben genannten zionistischen Institutionen gründeten die zu Produktivgenossenschaften zusammengeschlossenen neuen Pioniere kleinere Kolonien, vornehmlich in Galiläa, in der Nähe des Genezarethsees („Kinereth", „Daganja" u. a.), in denen auf kollektivistischer Grundlage gewirtschaftet wurde. Neben den sich zum Marxismus und zum Prinzip des Klassenkampfes bekennenden „Poale Zion" erstand in Palästina die mehr idealistische sozialistische Partei „Ha'poël ha'zaïr" („Der junge Arbeiter") die zwar gleichfalls die Vergesellschaftung der Produktionsmittel forderte, jedoch hierbei mehr das nationale als das Klassen-Prinzip betonte. Der Ideologe dieser Partei war *Aron David Gordon* (gest. 1922), der eine „Religion der Arbeit" predigte. Schon in vorgerücktem Alter nach Palästina eingewandert, machte sich Gordon von allen Gewohnheiten des Intellektuellen frei und war als schlichter Landarbeiter tätig. Zugleich baute er eine ganze Doktrin der „Erneuerung des Menschen" („Chiddusch ha'Adam") auf, wie der Titel einer seiner Schriften lautet: der Ackerbau — so lehrte Gordon — erneuere die Seele des Einzelnen, und durch genossenschaftliche Arbeit auf dem alten nationalen Boden sowie durch die Wiederverjüngung der alten nationalen Sprache werde die Seele des Volkes genesen und der Erlösung teilhaftig werden. Die Partei „Ha'poël ha'zaïr" propagierte ihre Ideen in der ebenso betitelten, seit 1906 in Palästina erscheinenden Zeitschrift, doch sollte sie erst nach dem Weltkrieg und der Besetzung Palästinas durch die Engländer größeren Einfluß auf das Kolonisationswerk gewinnen, und zwar im Zusammenhang mit der 1920 einsetzenden

„Dritten Alija", der Zuwanderung der dritten Generation der Einwanderer, der „Chaluzim" („Pioniere").

Die Fortschritte in der Besiedlung der Städte traten am eindrucksvollsten in dem Hafenplatz Jaffa zutage, wo neben der alten Araberstadt die rein jüdische Vorstadt *Tel Awiw* erstand, die im Jahre 1909 erst 550, im Jahre 1926 aber bereits 40 000 Einwohner zählte. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges erhielt Tel Awiw die Rechte einer besonderen Stadtgemeinde, die von einem ausschließlich aus jüdischen Stadtverordneten bestehenden Munizipalrat und einem jüdischen Bürgermeister (dem Ingenieur Meïr Dizengoff) verwaltet wurde. In den zum Teil nach hervorragenden jüdischen Männern benannten Straßen von Tel Awiw („Jehuda Halevi-", „Montefiore-", „Herzl-", „Achad Haam-Straße" u. a.) waren häufig die Laute der hebräischen Sprache zu hören, deren sich namentlich die Jugend, so die Zöglinge des 1905 begründeten hebräischen Gymnasiums („Gymnasia iwrith", auch „Herzliah" genannt) bedienten. In dieser Schule mit Simultanunterricht für Knaben und Mädchen wurde die Schülerschaft in allen Fächern in der nationalen Sprache unterwiesen. Viele Kinder, denen ihre Eltern eine nationale Erziehung angedeihen lassen wollten, wurden aus Rußland und anderen Ländern nach Jaffa geschickt, um die dortige Musterschule zu besuchen (im Jahre 1911 betrug die Zahl ihrer Schüler 342 und stieg in der Folgezeit noch weiter). Die hebräische Unterrichtssprache herrschte aber auch in den Elementarschulen vor, für die die Lehrkräfte in einem besonderen Lehrerseminar in Jerusalem ausgebildet wurden. Aus der „Mundart der Kinder" wurde die wiederverjüngte alte Sprache nach und nach zur Umgangssprache der sich bis dahin des Jüdisch-Deutschen oder des Spaniolischen bedienenden Erwachsenen und schuf so jene nationale Atmosphäre, von der die Anhänger des geistigen Zionismus geträumt hatten. Das neuerstandene Tel Awiw hatte einen wohltuenden Einfluß vor allem auf die jüdische Gemeinde in Alt-Jaffa, wo neben 30 000 Mohammedanern und 10 000 Christen 12 000 Juden lebten. Einen raschen Aufschwung nahm zugleich die jüdische Gemeinde in der Hafenstadt *Haifa*, die nach der Erbauung der Eisenbahnlinie Haifa-Damaskus zu einem wichtigen Handelszentrum wurde und etwa 3000 jüdische Einwohner zählte.

Zu neuem Leben erwachte auch das alte *Jerusalem*. Ehedem die Sammelstätte der frommen Kostgänger der „Chalukka", der Klagen-

den an der „Westmauer", wurde die Stadt jetzt zum Mittelpunkt des sich verjüngenden Palästina. Im Jahre 1912 setzte sich die Bevölkerung von Jerusalem, in runden Zahlen gerechnet, aus 60 000 Juden, 20 000 Christen und 15 000 Mohammedanern zusammen. Es war eine Folge der nationalen Bewegung, daß der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung der Stadt, der im Jahre 1881 nur ein Drittel umfaßte, nun mehr als die Hälfte betrug. Zwar hatten dort die in der altüberlieferten Frömmigkeit verknöcherten Sephardim und Aschkenasim zahlenmäßig noch immer das Übergewicht, doch geriet das Jerusalemer Leben in seiner Dynamik immer mehr unter den Einfluß neuzeitlichen Geistes. Die zahlreichen von der „Alliance Israélite" und dem „Hilfsverein der Deutschen Juden" unterhaltenen Schulen vermittelten Tausenden von Kindern, die noch vor kurzem ausschließlich auf die einseitige religiöse Erziehung im Cheder und in der Jeschiba angewiesen waren, eine moderne allgemeine und nationale Bildung. Für die jüdischen Fächer war in diesen Schulen nach dem Vorbild der zionistischen Lehranstalten die hebräische Sprache eingeführt. Die Kunstgewerbeschule „Bezalel" (gegründet 1906 von Boris Schatz) bildete in dem Lande primitivster Handwerksmethoden Meister der handwerklichen Produktion aus. Einen bedeutenden Zuwachs erfuhr um diese Zeit auch die jüdische Bevölkerung in den alten Zentren *Safed, Tiberias* und *Hebron,* in denen die Zahl der Juden auf 7000, 5000 und 2000 anstieg; darüber hinaus entstanden ganz neue jüdische Gemeinden in Saïda (dem alten Sidon), Gaza, Akko, Ramleh, Berseba. In Nablus, dem biblischen Sichem, hatten sich noch die Überreste des halbisraelitischen Stammes der Samaritaner (etwa 170 Seelen) erhalten, eine aussterbende Sekte mit einem „Hohepriester" an der Spitze.

Vom Standpunkt des politischen Zionismus mochten freilich die Erfolge der Kolonisation recht geringfügig erscheinen, da die jüdische Bevölkerung Palästinas bei dem gegebenen Wachstumstempo für lange Zeit hinaus zu der Rolle einer schwachen Minderheit verurteilt war. Mit um so größerer Genugtuung blickten aber die Kulturzionisten auf die Fortschritte der nationalen Erziehung und die Wiederverjüngung der hebräischen Sprache. Ebenso wie der „Jiddischismus" zum Panier der demokratischen Schichten der Diaspora geworden war, begeisterte sich das junge Palästina für den „Hebraismus". In beiden Fällen war das gleiche Motiv ausschlaggebend, die Erkennt-

nis, daß, je geringer die Aussicht ist, für die jüdische Nation eine feste territoriale Basis zu erlangen, ein umso größerer Nachdruck auf die Festigung der jüdischen Kultur gelegt werden müsse, wobei den einen als Hauptmittel hierzu die Pflege der alten nationalen Sprache, den anderen aber die Kultivierung der Umgangssprache der Volksmassen galt. Der damals in Rußland zwischen Hebraisten und Jiddischisten tobende Sprachenstreit (oben, § 50) hatte sein Gegenstück in dem in Palästina ausgefochtenen Abwehrkampf gegen die Versuche, im Schulwesen die Souveränität des Hebräischen im Interesse fremder Sprachen in Frage zu stellen. Im Jahre 1913 wurde nämlich die Gründung einer Technischen Hochschule aktuell, in der die in den Mittelschulen mit hebräischer Unterrichtssprache vorgebildete palästinensische Jugend ihren Bildungsgang fortsetzen könnte. Bereits vor längerer Zeit war ein besonderer Fonds begründet worden, dessen Mittel sich aus einer von dem alten Moskauer „Chowew Zion" K. S. Wissotzky gespendeten Summe sowie aus einem größeren Beitrag des New Yorker jüdischen Philanthropen Jacob H. Schiff zusammensetzte. Die Verwaltung der Gelder stand dem „Hilfsverein der Deutschen Juden" zu, der, wie schon erwähnt, in Palästina Schulen unterhielt, und zwar teils mit hebräischer, teils mit deutscher Unterrichtssprache. Das geplante Technikum sollte im Jahre 1914 in Haifa eröffnet werden, doch vermochten sich die seinem Kuratorium angehörenden Vertreter der zionistischen Organisation und des „Hilfsvereins" über die einzuführende Unterrichtssprache nicht einig zu werden. Die ersten verlangten, daß in der dem Technikum als Vorstufe anzugliedernden Realschule sämtliche Fächer in hebräischer Sprache gelehrt werden sollten und daß diese Sprache allmählich, mit fortschreitender Aneignung der nötigen Sprachkenntnisse seitens der Professoren und mit der Publikation der erforderlichen Lehrbücher, auch in der Hochschule eingeführt werde. Die vom geschäftsführenden Vorsitzenden des „Hilfsvereins", dem Publizisten Dr. *Paul Nathan*, geführte Mehrheit des Kuratoriums war jedoch damit nicht einverstanden und faßte den Beschluß, daß der Unterricht in allen Fächern mit Ausnahme der jüdischen in deutscher Sprache erteilt werden sollte. Daraufhin schieden die zionistischen Mitglieder des Kuratoriums (Achad Haam, Schemarja Levin und Dr. Tschlenow) aus diesem aus, indem sie erklärten, daß der gefaßte Beschluß im Widerspruch zu dem „erhabenen Ideal der Wiedergeburt des jüdischen Volkes, seiner Kultur und

Sprache in Palästina" stehe (Oktober 1913). Die Kunde hiervon löste in Palästina stärkste Erregung aus. Die Mehrzahl der an den Schulen des „Hilfsvereins" tätigen jüdischen Lehrer trat in einen Proteststreik, und als der aus Berlin eingetroffene Dr. Nathan die Streikenden fristlos entließ, wurde er auf der Straße beschimpft und mit Drohungen überhäuft. In der Folgezeit erklärten sich beide Parteien zu einem Kompromiß bereit, da brach aber der Weltkrieg aus, und die ganze Kulturarbeit in Palästina geriet ins Stocken. — In diesem Kulturstreit trat ein tiefer national-politischer Zwiespalt zutage. Während es den Zionisten um die Schaffung eines geistigen Zentrums für die jüdische Nation zu tun war, hatten Nathan und seine assimilierten Freunde aus dem „Hilfsverein" einesteils nur rein utilitaristische Ziele (die Ausbildung jüdischer Techniker), anderenteils die Wahrnehmung der schon erwähnten (oben, § 45) fremden politischen Interessen im Auge: die Erweiterung des deutschen Einflusses im Orient[1]).

Dem Aufschwung des jüdischen Palästina entsprach auch eine Neubelebung seiner *Literatur*. Die dorthin aus den Ländern der Zerstreuung übersiedelnden Schriftsteller hatten im Lande der frommen Pilger die Ideenkämpfe aufflackern lassen, die auch die Diasporajudenheit bewegten. Neben den bereits von früher her bestehenden Zeitschriften der Orthodoxie („Chabazeleth", herausgegeben von I. D. Frumkin) und der Freisinnigen („Ha'Zewi", herausgegeben von Ben Jehuda, sowie „Doar Ha'jom") begann sich eine sozialistische Presse zu entwickeln („Ha'poël ha'zaïr" u. a. Blätter). Einen Sammelpunkt für die palästinensischen Schriftsteller bildeten überdies die in den Jahren 1907—1908 von *Sch. Ben Zion* (S. Guttmann) periodisch herausgegebenen Bände des „Ha'Omer". Der schon in Rußland als radikaler Publizist und als Verfasser sozialer Romane hervorgetretene *Joseph Chaim Brenner* gehörte nun zu den eifrigsten Mitarbeitern der oben genannten sozialistischen Zeitschrift. Der aus Galizien gebürtige *Samuel Joseph Agnon* (eigentl. S. J. Czaczkes) schilderte die

[1]) Es ist nunmehr feststehende Tatsache, daß Paul Nathan nach den Weisungen des deutschen Auswärtigen Amtes handelte und daß er als Vertreter des „Hilfsvereins" von den deutschen Diplomaten in der Türkei unterstützt wurde. Wie widernatürlich die Mitwirkung eines solchen Mannes an dem jüdisch-nationalen Aufbauwerk war, erhellt aus der folgenden Bemerkung seines Biographen: „Er war so ganz Deutscher, daß ihm die Vorstellung, noch einer anderen Nation, der jüdischen, anzugehören, nicht einmal ein Lächeln entlocken konnte" (s. Bibliographie).

altüberkommenen jüdischen Lebensformen in einem originellen, sich an die rabbinischen und chassidischen Legenden anlehnenden Stil, während der Kolonist *Moses Smiliansky* in seinen Novellen die jüdischen Lebensverhältnisse im neuen Palästina auf dem Hintergrunde der arabischen Umwelt darstellte. Auch die der älteren Generation angehörenden Literaten *Mordechai ben Hillel Ha'kohen* und *Alexander Süßkind Rabbinowitz* waren nach wie vor schriftstellerisch tätig, der eine als Publizist und Memoiren-Verfasser, der andere als Sittenschilderer und pädagogischer Schriftsteller.

Wie bescheiden auch die Errungenschaften des Zionismus in Palästina waren, so erregten sie dennoch die Mißgunst der arabischen Nationalisten, vor allem der Großgrundbesitzer, der „Effendis", sowie der muselmanischen Geistlichkeit. Scharfe Gegner des jungtürkischen Zentralismus, knüpften diese Heißsporne mit ihren Stammesgenossen in Syrien, Ägypten und Arabien geheime Unterhandlungen über die Wiedererrichtung des einst von Türkenstämmen zertrümmerten Bagdader Kalifats an. Das Zentrum der weit verzweigten Organisation der Panarabisten war Kairo, von wo aus auch die Agitation gegen die den Anspruch der Araber auf die Vorherrschaft in Palästina bestreitende zionistische Bewegung genährt wurde. Aber auch in Palästina selbst, in Haifa, erschien ein judenfeindliches Blatt („Karmel"), das sowohl den mohammedanischen wie den christlichen Teil der arabischen Landesbevölkerung zum Kampf gegen das jüdische Siedlungswerk aufrief. Es war dies ein Wetterleuchten, das bereits das Gewitter ankündigte, das nach der Katastrophe des Weltkrieges das jüdische Zentrum in Palästina heimsuchen sollte.

§ 54. Das große Zentrum in Amerika

Das jüdische Zentrum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wuchs nach wie vor mit märchenhafter Schnelligkeit. Während sich dorthin in den letzten zwei Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts rund eine Million Juden aus Rußland, Galizien und Rumänien gerettet hatten, nahm die transatlantische Union in den ersten dreizehn Jahren des XX. Jahrhunderts nahezu anderthalb Millionen der Bedrängten auf. Beim Ausbruch des Weltkrieges stellte die infolge der Massenein-wanderung auf über 3 000 000 Seelen angewachsene Judenheit

der Vereinigten Staaten das zweitgrößte Diasporazentrum nach dem russischen dar. Mit der Alten Welt organisch verwachsen, nahmen die amerikanischen Juden an den Sorgen und Leiden ihrer in der europäischen Heimat zurückgebliebenen Stammesbrüder wärmsten Anteil. Die Kunde von dem Kischinewer Pogrom im Jahre 1903 hatte nirgends einen so erschütternden Eindruck gemacht wie in den Vereinigten Staaten. Das Mitleid mit den Verfolgten und der Haß gegen ihre Peiniger fand stürmischen Ausdruck in Hunderten von in New York, Philadelphia, Chicago und vielen anderen Städten abgehaltenen Protestversammlungen, in der zornsprühenden Sprache der Presse sowie in flammenden Aufrufen zur Organisation eines Hilfswerks für die Ruinierten und Verwaisten. Das jüdische Leid weckte aber lebhaften Widerhall auch in der christlichen Bevölkerung der Republik, vor allem in den Regierungskreisen. Der Staatssekretär Hay, der sich kurz vorher an die europäischen Mächte mit einer Note über die Unterdrückung der Juden in Rumänien gewandt hatte, fragte bei dem amerikanischen Botschafter in Petersburg Mac Kormick telegraphisch an, womit sich die „Freunde" in Amerika den schwer heimgesuchten Kischinewer Juden nützlich erweisen könnten. Die Antwort des offenbar von der Regierung Plehwes beeinflußten Botschafters lautete indessen, daß „den amtlichen Angaben zufolge im südwestlichen Rußland keine Notlage bestehe, so daß jede Hilfsaktion überflüssig" sei. Desungeachtet brachten die Amerikaner, die allen Grund hatten, den offiziellen russischen Meldungen keinen Glauben zu schenken, für die Opfer der Judenhetze riesige Geldsummen auf. Die jüdischen „Bne Brith"-Logen sammelten Unterschriften für eine Petition an den Zaren Nikolaus II., in der zugleich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, den Judenverfolgungen in Rußland ein Ziel zu setzen, die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der um den Weltfrieden besorgte Kaiser (eine Anspielung auf die Haager Friedenskonferenz) sich auch die Befriedung seines eigenen Landes angelegen sein lassen werde, eine diplomatische Liebenswürdigkeit, die wie bittere Ironie klang. Der Präsident der Union Theodore Roosevelt erklärte sich bereit, die Petition, für die in 36 Staaten mehr als 12 000 Unterschriften (darunter die vieler Parlamentarier, Gouverneure, Bischöfe und sonstiger einflußreicher Persönlichkeiten) gesammelt worden waren, an den Zaren weiterzuleiten, doch teilte die russische Regierung mit, daß sie es ablehnen müsse, ein solches Dokument entgegenzunehmen. Darauf-

hin ordnete Roosevelt an, daß die Petitionslisten mit sämtlichen Unterschriften, zu einem Bande vereinigt, dem Staatsarchiv zur Verwahrung übergeben werden, zum ewigen Andenken an den Widerhall, den die russischen Greueltaten in der amerikanischen Republik gefunden, sowie an die Art und Weise, wie der Zar und seine Regierung auf dieses Echo reagiert hatten.

Auch die Pogrome im Oktober 1905 lösten in Amerika einen Sturm der Entrüstung aus. An der aus diesem Anlaß am 4. Dezember in New York veranstalteten Trauerprozession beteiligte sich eine hunderttausendköpfige Menge, bei deren Durchzug von vielen Kirchentürmen herab Trauergeläute ertönte. Beide Häuser des Kongresses der Vereinigten Staaten nahmen einstimmig die folgende Resolution an: „Durch die grauenvollen Nachrichten über die Niedermetzelung von Juden in Rußland aufs schwerste beunruhigt, spricht das Volk der Vereinigten Staaten allen, die wegen ihrer Abkunft und Religion verfolgt werden, herzliches Mitgefühl aus". Diese Resolution wurde vom Präsidenten Roosevelt erst am 26. Juni 1906, nach dem blutigen Pogrom von Bialystok sanktioniert, als es sich gezeigt hatte, daß die Juden auch im konstitutionellen Rußland, selbst während der Parlamentssession, vor den wildesten Gewalttaten nicht sicher seien. Die besorgniserregenden Nachrichten aus der alten Heimat veranlaßten die in Amerika bereits heimisch gewordenen Einwanderer, ihren in Rußland zurückgebliebenen Angehörigen Schiffskarten zu schicken, mit der Aufforderung, unverzüglich die Reise nach Übersee anzutreten. Es setzte ein wahres Auswanderungsfieber ein. Im Hafen von New York trafen aus Libau und Hamburg in ununterbrochenem Zuge Riesendampfer ein, überfüllt von der Neuen Welt zustrebenden Frauen, Kindern und Greisen. Während der vier Jahre der Pogrome, der Revolution und der Gegenrevolution (1903—1907) gingen in Amerika mehr als 400 000 russische Juden ans Land. Da keine Aussicht bestand, alle Einwanderer im übervölkerten New York bzw. in den Oststaaten überhaupt unterzubringen, suchte das schon erwähnte „Removal Office" (oben, § 48) die Neuankömmlinge auf die spärlicher bevölkerten Süd- und Weststaaten der Union zu verteilen.

In Ausführung des von den jüdischen Politikern in Amerika schon längst erwogenen Planes, eine ständige Organisation zur Wahrnehmung der Interessen der Ostjuden zu schaffen, wurde um diese Zeit, im November 1906, in New York das „American Jewish Committee"

gegründet, an dessen Spitze sich der bekannte Richter Meyer Sulzberger, der hochangesehene Rechtsanwalt Louis Marshall, der Bankier Jacob H. Schiff, der Präsident der „Jewish Historical Society" Cyrus Adler sowie der zionistische Rabbiner Dr. J. L. Magnes stellten. Einer der Mitbegründer des Komitees war überdies der jüdische Handelsminister Oskar Strauß, früher Botschafter in Konstantinopel. Die Aufgabe der neu geschaffenen Organisation ging, wie es in ihren Statuten hieß, dahin, „der Verletzung der bürgerlichen und religiösen Rechte der Juden entgegenzuwirken und die Lage der Verfolgten zu erleichtern". Außer Stande, die russische Politik unmittelbar zu beeinflussen, unternahm das „American Jewish Committee" den Versuch einer indirekten Einflußnahme, die zwar die Lage der Juden in Rußland nicht verbesserte, ihnen aber immerhin eine moralische Genugtuung gab. Durch Aufrollung der sogenannten „Paßfrage" bewog nämlich das „Jewish Committee" die Regierung der Union, sich für die Rechte der nach Rußland reisenden amerikanischen Juden einzusetzen und so gegen die dort fortdauernde Entrechtung der Juden überhaupt Verwahrung einzulegen. Die Anwendung der für die russischen Juden geltenden Beschränkungen der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit auf die in Rußland eintreffenden amerikanisch-jüdischen Bürger bildete schon lange den Gegenstand eines diplomatischen Meinungsaustausches zwischen Washington und Petersburg. Nach dem zwischen den beiden Ländern im Jahre 1832 geschlossenen Handelsvertrag sollten die Angehörigen jeder der vertragschließenden Mächte im Herrschaftsbereich des anderen Kontrahenten gemäß dem Prinzip der Gleichberechtigung behandelt werden. Während nun die Vereinigten Staaten die eingegangenen Verpflichtungen loyal erfüllten, indem sie Hunderttausenden von russischen Staatsbürgern, Juden und Christen, Zuflucht gewährten, machte sich Rußland in bezug auf die jüdischen Bürger Amerikas eines groben Vertragsbruches schuldig, da diese nur ausnahmsweise, mit einer besonderen Genehmigung des russischen Außenministeriums, nach Rußland gelassen wurden, und zwar zu nur vorübergehendem Aufenthalt im Ansiedlungsrayon. Freie amerikanische Bürger gingen auf diese Weise im Zarenreich mit einem Schlage der Freizügigkeit und anderer unveräußerlicher Rechte verlustig. Der amerikanische Kongreß forderte die Regierung wiederholt auf, die Aufhebung der schmählichen Rechtsbeschränkung von Rußland zu verlangen, doch traf von der Botschaft in Petersburg jedes Mal die

stereotype Meldung ein, daß die russischen Machthaber in der jüdischen Frage unnachgiebig seien. Die unversöhnliche Haltung der Petersburger Regierung hatte ihren Grund vor allem in der Befürchtung, daß im Falle der Anerkennung des „amerikanischen Passes" eine Rückwanderung der in den Vereinigten Staaten zu Vollbürgern gewordenen russischen Juden einsetzen könne und daß viele der Entrechteten eigens dazu nach Übersee ziehen würden, um sich dort naturalisieren zu lassen und sodann, gegen die Entrechtung gesichert, in die alte Heimat zurückzukehren; obendrein schien es inopportun, den ausländischen Juden Rechte zuzuerkennen, die man den einheimischen verweigerte, da ja hierdurch die russische Politik ad absurdum geführt worden wäre. — Eine Wendung trat in dieser Lage der Dinge erst nach 1910 ein, nachdem das „American Jewish Committee" im ganzen Lande eine rege Agitation gegen die ungeheuerlichen Praktiken der russischen Regierung entfaltet hatte.

Im Januar 1911 ging dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Resolution des Verbandes der jüdisch-amerikanischen Gemeinden („Union of American Hebrew Congregations") zu, in der die Kündigung des Handelsvertrages mit dem sich über die Rechte der Bürger der Union hinwegsetzenden und hiedurch das Ansehen der amerikanischen Republik schädigenden Zarenreiche gefordert wurde. Ähnlich lautende Resolutionen nahmen gleichzeitig stark besuchte Versammlungen in verschiedenen Städten der Union sowie die „Legislaturen" (gesetzgebenden Körperschaften) mehrerer Einzelstaaten an. Die in Washington aus dem ganzen Lande einlaufenden Entschließungen bewogen die Regierung, den Kongreß um die Ermächtigung zur Durchführung des allseitig gewünschten Schrittes zu ersuchen. Nach einer lebhaften Erörterung im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gelangte die Frage der Kündigung des Handelsvertrages mit Rußland im Dezember 1911 vor das Plenum des Repräsentantenhauses. Die sich zu Worte meldenden Vertreter der demokratischen und der republikanischen Partei gaben einhellig ihrer Entrüstung über die Politik der russischen Regierung Ausdruck, wobei mehrere von ihnen die Juden in schwungvollen Wendungen als mustergültige Bürger und Förderer des Kulturfortschritts rühmten. Fast einstimmig (mit 300 Stimmen gegen eine) wurde hierauf von der Kammer die folgende denkwürdige Resolution genehmigt: „Das Volk der Vereinigten Staaten bestätigt das Grundprinzip, wonach die Rechte der

der Union angehörenden Bürger ihrer Rasse oder Religion halber nicht beeinträchtigt werden dürfen; da sich nun die russische Regierung in Verletzung des 1832 zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland geschlossenen Vertrages weigert, vollgültige Pässe amerikanischer Bürger mit Rücksicht auf die Rasse oder die Religion ihrer Inhaber anzuerkennen, beschließt der Kongreß, daß der erwähnte Vertrag in kürzester Frist zu lösen ist und beauftragt den Präsidenten, der russischen Regierung mitzuteilen, daß nach Ablauf eines Jahres nach der Kündigung dieser Vertrag außer Kraft tritt". Der gleiche Beschluß wurde vom Senat gefaßt. Die Befristung der Vertragslösung erfolgte auf Wunsch des Präsidenten Taft, der der russischen Regierung Zeit zur Änderung ihrer Haltung geben wollte. Nikolaus II. und seine Berater dachten indessen nicht daran, Entgegenkommen zu zeigen, und am 1. Januar 1913 trat so der gekündigte Handelsvertrag außer Kraft.

Die Freude der Juden über diesen moralischen Sieg wurde jedoch durch böse Vorahnungen getrübt. Die Regierung der Vereinigten Staaten trug sich nämlich damals ernstlich mit dem Plan, dem übermäßigen, das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten desorganisierenden Zustrom von Einwanderern aus Europa und Asien Einhalt zu gebieten[1]). Bei der Erwägung der die Einwanderung beschränkenden Maßnahmen hatte man am wenigsten die Juden im Auge, die im allgemeinen als erwünschtes Element galten, da sie sich bekanntlich, im Gegensatz zu den Italienern, Polen oder Ungarn, die das Land in der Regel nach vorübergehendem Aufenthalt mit dem verdienten Geld wieder verließen, in Amerika dauernd anzusiedeln pflegten; gleichwohl war vorauszusehen, daß die gegen die Einwanderung überhaupt gerichteten Maßnahmen auch die Juden treffen würden. Für die Drosselung der Einwanderung waren einerseits die sogenannten „Natives", die sich für die „amerikanische Rasse" begeisternden, fremdenfeindlichen Yankees, andererseits die zu der „American Federation of Labor" zusammengeschlossenen Gewerkschaftsverbände, die die fremden Arbeiter deshalb fernhalten wollten, weil diese die Löhne drückten. Anfangs 1913 gelang es nun den „Natives", eine Reihe von dra-

[1]) Die Gesamtzahl der Einwanderer betrug in dieser Periode durchschnittlich eine Million jährlich. In dem Jahr, in dem in den Vereinigten Staaten die Kampagne gegen die Immigration den Höhepunkt erreichte (vom 1. Juli 1912 bis zum 1. Juli 1913), trafen dort 1 198 000 Einwanderer ein, darunter 105 000 Juden (74 000 aus Rußland und 31 000 aus anderen Ländern).

konischen Maßnahmen gegen die Masseneinwanderung durchzusetzen. Nach langen und heftigen Debatten im Senat und im Repräsentantenhaus nahm der Kongreß eine Bill an, derzufolge in die Vereinigten Staaten lediglich des Lesens und Schreibens in irgend einer Sprache kundige und ihrer körperlichen wie geistigen Verfassung nach einer Reihe weiterer Bedingungen genügende Einwanderer eingelassen werden sollten. Da das beschlossene Gesetz gegen die Interessen einer großen Zahl Einlaß begehrender Wanderer aller Nationalitäten gerichtet war, machte Präsident Taft von seinem Recht des suspensiven Vetos Gebrauch, indem er dem Senat mitteilte, daß er sich nicht den Entschluß abzuringen vermöge, die dem altamerikanischen Prinzip der Einwanderungsfreiheit zuwiderlaufende Bill zu sanktionieren (Februar 1913). Als kurz darauf der der republikanischen Partei angehörende Taft von dem Führer der z. T. „nativistischen" demokratischen Partei Woodrow Wilson im Präsidentenamt abgelöst wurde und die Befürchtung entstand, daß der neue Präsident bei einer abermaligen Beratung über die suspendierte Bill im Kongreß diese ausdrücklich befürworten würde, setzte im ganzen Lande eine fieberhafte Agitation in Wort und Schrift gegen die geplanten Prohibitivmaßnahmen ein, an der auch die jüdischen Gemeinden und politischen Organisationen regsten Anteil nahmen. Der Erfolg war, daß in die Anfang 1914 vom Repräsentantenhaus des Kongresses erneut angenommene Immigrationsbill einige mildernde Bestimmungen aufgenommen wurden, unter anderem die, daß den ihre Heimat wegen religiöser Verfolgungen verlassenden Wanderern (was vor allem auf die russischen und rumänischen Juden zutraf) die Bildungsprüfung erlassen werden sollte. Noch bedurfte das projektierte Gesetz der Zustimmung des Senats und der Sanktion des Präsidenten, doch kamen Ereignisse dazwischen, die es völlig in den Hintergrund rückten: im Frühjahr 1914 begann der Krieg der Vereinigten Staaten mit Mexiko und im Sommer brach der Weltkrieg aus, der die Masseneinwanderung aus Europa für mehrere Jahre lahmlegen sollte.

Im Verlaufe der einwandererfeindlichen Kampagne begannen sich in manchen christlichen Kreisen, namentlich unter den Deutschamerikanern, antisemitische Tendenzen zu regen. Das Kampfmittel, das die Antisemiten gegen die Juden in Anwendung brachten, war der Boykott: sie weigerten sich, ihre jüdischen Mitbürger in ihre Vereine und Klubs aufzunehmen, und suchten die von ihnen bevorzugten Hotels,

Restaurants und Kurorte „judenrein" zu machen. In manchen Sommerfrischen in der Umgebung von New York prangte an den Erholungsheimen die Aufschrift: „Jüdischer Besuch verbeten". Um diesem Unfug ein Ende zu machen, wurde in der Legislatur des Staates New York auf Veranlassung des „American Jewish Committee" der Antrag gestellt, derlei öffentliches Ärgernis erregende Verstöße gegen das Prinzip der Bürgergleichheit zu verbieten. Daraufhin genehmigte die Legislatur einen „Nachtrag zum Gesetz über die Bürgerrechte" (veröffentlicht im April 1913), durch den den Besitzern und Leitern von Gaststätten und ähnlichen Unternehmen untersagt wurde, irgend jemandem den Zutritt dorthin durch Bekanntmachung oder in einer anderen Form ohne gesetzlichen Grund zu verwehren, wobei den Zuwiderhandelnden gerichtliche Geldbußen „wegen Schmälerung der Rechte amerikanischer Bürger" angedroht wurden.

Daß im Laufe von drei Jahrzehnten aus der chaotischen Masse der ununterbrochen zuströmenden jüdischen Einwanderer der festgefügte Kern eines neuen Diasporazentrums wurde, ging auf den im Stillen wirkenden Organisationstrieb zurück. Im Jahre 1909 schlossen sich die unzähligen kleinen Gemeinden, Synagogenvereine und Landsmannschaften, in die die fast eine Million Seelen starke jüdische Bevölkerung von New York zerfiel, zu einem einheitlichen Gemeindeverband („Kehilla") zusammen. Der an der Spitze der „Kehilla" stehende Rat bestand aus Vertretern sämtlicher religiöser Kongregationen, Kulturinstitutionen und Gesellschaften für gegenseitige Hilfe. Nachdem es bald darauf zu einem ähnlichen Zusammenschluß in dem mehr als 100 000 Juden zählenden Philadelphia gekommen war, schickte sich auch die jüdische Bevölkerung von Chicago (etwa 100 000 Seelen), von Boston (75 000), Baltimore (50 000) und mehreren anderen Großstädten an, den gleichen Weg der Zentralisation zu gehen. Die Verbände, die die heterogensten sozialen Gruppen zusammenfaßten, vermochten freilich die ihre Mitglieder trennenden geistig-kulturellen Unterschiede nicht zum Verschwinden zu bringen. Nach wie vor bestand der Gegensatz zwischen den amerikanisierten deutschen Juden, den „Jahudim", und den an ihrer eigenen Umgangssprache und herkömmlichen Lebensordnung festhaltenden Ostjuden. Im Bereich des religiösen Lebens standen sich die zwei Parteien der Reformierten und Orthodoxen gegenüber, von denen jede ihre besonderen Synagogen, Schulen, Rabbiner und Lehrer besaß. Eine mächtige Organi-

sation stellte der Verband der reformierten Rabbiner dar, der alljährlich eine Landeskonferenz („Central Conference of American Rabbis") abzuhalten pflegte und dem der Verband der orthodoxen Rabbiner vergeblich den Rang streitig zu machen suchte. Aussicht auf eine Annäherung zwischen den einzelnen, durch den Einfluß verschiedener Kulturen einander entfremdeten Bestandteilen der amerikanischen Judenheit bot lediglich die neue national-kulturelle Bewegung. Eine wichtige Rolle sollte in diesem Einigungsprozeß sowohl der zionistischen als auch der sozialistischen Organisation zufallen. Die jüdische Arbeiterbewegung, die sich in Amerika bereits seit langem auszubreiten begann (oben, § 30), nahm gerade in dieser Zeit, als zu dem dortigen Arbeiterheer jahraus jahrein Zehntausende von Neuankömmlingen aus Rußland stießen, einen besonders raschen Aufschwung. Die vielen Arbeiterzirkel verbanden sich zu einer einzigen ringförmigen Kette, dem „Arbeiter-Ring", einer Art proletarischen Logenbundes, der im Jahre 1914 rund 50 000 Mitglieder zählte.

Der wichtigste der Einigungsfaktoren war aber die gemeinsame Umgangssprache der Ankömmlinge aus Rußland, Polen und Rumänien, das Jiddisch. Dutzende von Tageszeitungen und sonstige Periodica, die in New York und anderen Großstädten in dieser Sprache erschienen, führten die große Masse der Einwanderer in das Leben der neuen Umwelt ein. Gehaltreichere geistige Nahrung boten ihren Lesern die sozialistischen Monatsschriften „Zukunft" und „Dos naie Leben" (der Herausgeber der letzteren war der Jiddischist Shitlowsky). Es traten neue talentvolle Schriftsteller auf den Plan: der Publizist und Dichter *Abraham Ljessin*, Mitherausgeber der Tageszeitung „Vorwärts" und Leiter der eben erwähnten Zeitschrift „Zukunft"; der Dramatiker *David Pinski*, dessen erstes 1903 erschienenes Bühnenwerk „Die Familie Zwi" unter dem Eindruck des Kischinewer Pogroms entstanden war; *Joseph Opatoschu*, ein Romanschriftsteller, dessen Begabung sich in ihrer ganzen Stärke erst nach dem Weltkrieg entfalten sollte. Das hebräische Schrifttum führte hingegen auf amerikanischem Boden nach wie vor ein kümmerliches Dasein. Die alteingesessenen „Jahudim" begnügten sich mit Presseorganen in englischer Sprache, von denen die angesehensten die alten in New York und Chicago erscheinenden Wochenblätter „American Hebrew" und „American Israelite" sowie die Monatsschrift „Menorah" waren. Diese Kreise waren es, die die Errichtung des Monumentalbaues der schon

erwähnten zwölfbändigen „Jewish Encyclopedia" (New York, 1901 bis 1906) ermöglicht hatten. Der Initiator des großzügigen wissenschaftlich-literarischen Unternehmens war der aus Mähren stammende Publizist Dr. Isidor Singer, der nach vergeblichen Versuchen, die benötigten Mittel in Paris und London zu erhalten, schließlich bei den amerikanischen Juden für seinen Plan Verständnis fand. Die Redaktion der Enzyklopädie setzte sich aus amerikanischen Gelehrten zusammen (C. Adler, G. Deutsch, M. Jastrow, S. Schechter, R. Gottheil, K. Kohler, J. Jacobs, H. Rosenthal u. a.), die unter Mitwirkung von „konsultierten" Redakteuren in Europa und mit Hilfe eines ganzen Heeres von Mitarbeitern, vornehmlich aus Deutschland, die Riesenarbeit in wenigen Jahren zu bewältigen vermochten. Trotz allen ihr anhaftenden Mängeln, die bei diesem ersten, weitab von den jüdischen wissenschaftlichen Zentren gemachten Versuch auch kaum zu vermeiden waren, stellt die „Jewish Encyclopedia" ein beachtliches nationales Denkmal dar.

§ 55. *Die Splitter der Diaspora in der außereuropäischen Welt*

Das Zentrum der sich um die Jahrhundertwende infolge der großen Wanderung bildenden neuen Diaspora lag in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, während ihre Peripherie sich über die britischen Kolonien in Amerika, Australien und Südafrika sowie die ehemals spanischen Besitzungen in Südamerika ausbreitete. Von den britischen Besitzungen kam für die Ansiedlung von Juden in erster Linie *Kanada* (oben, § 32) in Betracht, das, an die Vereinigten Staaten angrenzend, gleichsam dazu vorausbestimmt zu sein schien, den Überschuß der dorthin ziehenden Wanderer aufzunehmen. Der Masseneinwanderung nach Kanada stand indessen einerseits die Tatsache im Wege, daß die jüdischen Handwerker und Kleinhändler im Lande einer schwach entwickelten Industrie, anders als in den Vereinigten Staaten, keine Aussicht hatten, in Fabrikbetrieben unterzukommen; andererseits wurde sie durch die Feindseligkeit gehemmt, die der im Haupteinwanderungsgebiet, in der Provinz Quebec mit ihrer größten Stadt Montreal, überwiegende französische Teil der Landesbevölkerung den Juden von jeher bekundete. Diese widrigen Verhältnisse sollten sich insbesondere nach 1905 auswirken, als durch die hochgehende Welle der Emigration größere Gruppen von Auswanderern auch nach Ka-

nada verschlagen wurden. Im ersten Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts stieg die dortige jüdische Bevölkerung von 25 000 auf 75 000 Seelen, bei einer Gesamtzahl von 7 000 000 Landesbewohnern. Der größte Teil der Neuankömmlinge (etwa 30 000) ließ sich in Montreal nieder, dem bedeutendsten Industriezentrum des Landes, zugleich aber auch einer Hochburg des katholischen Obskurantismus. Unter der Schutzherrschaft des freiheitsliebenden Großbritannien, das Kanada zu einem autonomen Dominion gemacht hatte, konnten sich dort die Franzosen den Luxus des Klerikalismus leisten, der damals in Frankreich selbst von einem Combes und Clemenceau im Zaume gehalten wurde. Alle Schulen der Provinz Quebec, von den Elementar- bis zu den Hochschulen, standen unter der Kuratel des katholischen Klerus, der die Jugend im Geiste fanatischer Unduldsamkeit erzog. Es kam so weit, daß die Zöglinge der Jesuitenkollegien in Montreal die Juden sogar auf der Straße nicht selten belästigten und mißhandelten. Die katholische Presse tat das Ihre, um den Judenhaß zu schüren. Besser war die soziale Lage der Juden in jenen Provinzen Kanadas, in denen die englische Bevölkerung überwog, so in den Städten Toronto (22 000 Juden) und Winnipeg (12 000), wohin jedoch die Einwanderung infolge der wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz erschwert worden war. Jeder neu eintreffende Wanderer wurde dort einer eingehenden ärztlichen Untersuchung sowie einem strengen Verhör unterzogen und mußte außer dem vorgeschriebenen Mindestbetrag an barem Gelde einen ordnungsmäßigen Auslandspaß vorzeigen, den bei weitem nicht alle der russischen Hölle Entronnenen besaßen. Unter solchen Umständen konnte die Ansiedlung von Juden in Kanada nur langsame Fortschritte machen.

Auch das Wachstum der jüdischen Bevölkerung in den englischen Besitzungen *Südafrikas* (oben, § 32), die nach dem Burenkrieg zur Südafrikanischen Union vereinigt und einem englischen Generalgouverneur unterstellt wurden, hatte sich erheblich verlangsamt. Die dortige jüdische Kolonie, die zu Beginn des XX. Jahrhunderts etwa 50 000 Seelen zählte und durch Zuwanderung aus Europa kaum noch vergrößert wurde, erfreute sich einer Prosperität, die dem Einzelnen wie der Allgemeinheit die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten bot. Die von vielen jüdischen Einwanderern gegründeten Handels- und Industrieunternehmungen nahmen in dem Lande der Bergwerke, Goldminen, Tabak- und Zuckerrohrpflanzungen mit seinen billigen

Arbeitskräften, den eingeborenen Kaffern, vielfach einen glänzenden Aufstieg. Die wohlorganisierten Gemeinden in Johannesburg (etwa 10 000 Juden), Kapstadt (7000) und Pretoria gelangten zu immer größerer Entfaltung. Im Jahre 1910 erschienen in Johannesburg zwei jüdische Zeitungen, die eine in jiddischer, die andere in englischer Sprache, und die dortige jüdische Gemeindeschule wurde von mehr als 500 Schülern besucht. Die im Lande bestehenden Zionistenvereine verfolgten mit regstem Interesse die Entwicklung der nationalen Bewegung im fernen Europa und versäumten es nicht, zu den zionistischen Weltkongressen regelmäßig Delegierte zu entsenden.

Winzig klein war die jüdische Kolonie in *Australien*, wo, Neu-Seeland mitinbegriffen, kaum 20 000 Juden ansässig waren. Es waren dies zumeist alteingesessene, aus England und Deutschland eingewanderte Familien, während osteuropäische Juden nur äußerst selten den Weg in diese ferne Zone fanden. Die in den beiden bedeutendsten australischen Städten Sydney und Melbourne gegründeten Gemeinden, von denen jede etwa 6000 Seelen umfaßte, erinnerten an die jüdischen Kongregationen in England und waren den neuen nationalen Strömungen wenig zugänglich.

Anders lagen die Dinge in *Argentinien*, dessen jüdische Kolonie nach wie vor engste Beziehungen zu ihrem russischen Herkunftsland aufrechterhielt. Die jüdische Bevölkerung in der großen südamerikanischen Republik war in der Zeit der verstärkten Auswanderung aus Osteuropa merklich angewachsen und bezifferte sich im Jahre 1911 auf rund 100 000 Seelen, von denen sich etwa ein Viertel auf die landwirtschaftlichen Kolonien verteilt hatte, ca. 30 000 in der Hauptstadt Buenos Aires lebten und der Rest sich in anderen Städten angesiedelt hatte. Die unter Schmerzen geborenen Ackerbaukolonien (oben, § 32) standen nunmehr in Blüte und stellten die feste Grundlage für das neu erstandene jüdische Zentrum dar. Da die Juden in den Kolonien in kompakten Massen siedelten, in den Städten aber von einer rückständigen spanischen Einwohnerschaft umgeben waren, waren sie in Argentinien dem Assimilationsprozeß nicht in dem Maße ausgesetzt wie in kulturell höher stehenden Ländern. In Buenos Aires erschienen jiddische Blätter, und die Zahl der jüdischen Bildungsinstitutionen nahm dort fortwährend zu. — In *Brasilien*, das einst eine zahlreiche Kolonie sephardischer Auswanderer beherbergt hatte, vermochte sich die neuzeitliche Diaspora nicht zu akklimatisieren. Ob-

gleich die Regierung von Brasilien die Einwanderung begünstigte, siedelte sich in dem Lande mit dem für die Ankömmlinge aus Osteuropa schwer erträglichen tropischen Klima nur eine geringe Zahl von Juden an. Immerhin sollte im Jahre 1905 in der Hauptstadt der Republik Rio de Janeiro eine kleine jüdische Gemeinde entstehen. Die Gesamtzahl der in Brasilien ansässigen Juden belief sich im Jahre 1914 auf kaum 3000. — In *Mexiko* und den südlicher gelegenen kleinen mittelamerikanischen Republiken lebten um diese Zeit, weithin verstreut und kaum organisiert, etwa 10 000 Juden, vornehmlich Immigranten aus den Vereinigten Staaten.

Die um die Jahrhundertwende mit Hochdruck betriebene Kolonialpolitik der europäischen Großmächte schreckte nun auch die alten Diasporasitze in *Nordafrika* jäh aus ihrem Schlafe auf. Das Eindringen der Europäer in die Berber-Länder, die von jeher der Nährboden des muselmanischen Fanatismus gewesen waren und deren despotische Duodezfürsten, die Sultane und Beys, die Oberhoheit des türkischen Sultans nur nominell, soweit dieser als Kalif der Rechtgläubigen galt, anerkannten, stellte einen überaus schmerzlichen Prozeß dar. Besonders grauenvoll war in den nordafrikanischen Ländern Algerien, Tunis, Marokko und Tripolis die Lage der jüdischen Bevölkerung, die zwar von den europäischen Eroberern vom Sklavenjoch befreit wurde, auf der anderen Seite aber wegen ihrer Sympathien für die „Feinde des Islam" unter der grausamen Rachgier der unterlegenen autochthonen Stämme zu leiden hatte. In dem von Frankreich schon vor langer Zeit annektierten *Algerien* sollten die Juden, wie erinnerlich, während des Dreyfus-Prozesses, viele Jahre nach Erlangung des französischen Bürgerrechts, plötzlich zwischen zwei Feuer, den Antisemitismus der Christen und den religiösen Fanatismus der Araber geraten (oben, § 24). Reibungsloser vollzog sich die Ausdehnung der französischen Schutzherrschaft auf *Tunis* (1881), wo die neue Protektoratsmacht davon Abstand nahm, das vom jüdischen Minister Crémieux in Algerien gewagte Experiment zu wiederholen, und den autochthonen Juden das französische Bürgerrecht nur in vereinzelten Fällen verlieh. Auf diese Weise war dem Neid und der Rachsucht der gleichfalls leer ausgegangenen Muselmanen der Stachel genommen, zugleich wurde indessen hierdurch die hunderttausendköpfige jüdische Bevölkerung Tunesiens (im Jahre 1904 zählte man dort 108 000 Juden), in der nach Jahrhunderte währender Lethargie der

Geist der Ahnen, der spanischen Exulanten, wiedererwacht war, dazu verdammt, in ihrem primitiven Kulturzustand zu verharren. Die dort von früher her bestehende und erneut bestätigte Autonomie der jüdischen Gemeinden hätte lediglich in Verbindung mit der bürgerlichen Freiheit zu einem Faktor des nationalen Fortschritts werden können, während sie unter den gegebenen Verhältnissen nur den trägen Konservativismus förderte. Die aus den Schulen der „Alliance Israélite" hervorgehende Jugend empfand denn auch die herrschenden Zustände als überaus lästig und richtete ihre Blicke sehnsuchtsvoll nach Paris.

Gleichwohl konnte die Lage der Juden in Algerien und Tunis noch immer beneidenswert erscheinen im Vergleich mit derjenigen ihrer Stammesbrüder im dritten Berber-Lande, in *Marokko*, das nach wie vor von selbständigen Sultanen despotisch regiert wurde und erst nach wechselvollen Kämpfen von Frankreich und Spanien erobert und aufgeteilt werden sollte. Mit dem Erstarken des europäischen Einflusses in Marokko übersiedelten die in den Binnenstädten grausamen Verfolgungen ausgesetzten Juden in immer größerer Zahl nach den Küstenstädten, insbesondere nach Tanger, wo sie sich unter dem Schutze der fremden diplomatischen Vertretungen wußten (Band IX, § 54). Die fortschrittlichen Kreise der marokkanischen Judenheit, die französisch sprechenden Kaufleute, Lehrer und Zöglinge der „Alliance"-Schulen, waren in diesem unwirtlichen Gebiet des dunklen Kontinents die Schrittmacher der europäischen Zivilisation, vor allem deren französischer Spielart. Die Fremdenfreundlichkeit der Juden zog diesen den Haß der Mauren zu, der sich ganz besonders um die Jahrhundertwende verschärfte, als Marokko zum Zankapfel mehrerer europäischer Mächte geworden war und das Ende seiner politischen Unabhängigkeit herannahen sah. Während des Krieges, der zwischen dem von Frankreich mit Waffenmacht unterstützten Sultan Abdul Asis und dem Gegensultan Mulay Hafid entbrannt war, fielen die Parteigänger des letzteren in Casablanca und einigen anderen Städten über die Juden her, wobei viele getötet und in die Gefangenschaft abgeführt wurden (1907). Die Begründung der französischen Herrschaft in Marokko kam den Juden überhaupt teuer zu stehen. Im April 1912 entlud sich die Erbitterung der Mauren gegen die Fremden in einem Überfall auf das Judenviertel in Fes, das drei Tage lang der Schauplatz blutiger Ausschreitungen war. Ein Jahr später einigten

sich Frankreich und Spanien über die Abgrenzung ihrer Einflußsphären in Marokko, und ein Teil des Küstenlandes mit der Hafenstadt Tanger kam unter das spanische Protektorat. Im Februar 1914 empfing der spanische König Alfons XIII. in Madrid eine Abordnung der Juden von Tanger, versicherte sie seiner judenfreundlichen Gesinnung und versprach, der jüdischen Bevölkerung Schutz angedeihen zu lassen. Vier Jahrhunderte nach der Vertreibung der Juden aus Spanien war es so einem spanischen König beschieden, zum Beschützer und Gönner der Nachkommen der nach Marokko verschlagenen Exulanten zu werden.

Kurz vorher, im Herbst 1911, war ein anderes nordafrikanisches Gebiet, das bis dahin unter türkischer Herrschaft stehende *Tripolis* (Tripolitanien), von Italien besetzt worden. Die Handelsinteressen, die Italien dort besaß, sowie die Tatsache, daß im Lande viele italienische Staatsangehörige ansässig waren, hatten der römischen Regierung zum Vorwand gedient, um ein Ultimatum an die Pforte zu richten und gleichzeitig die Kriegsflotte an die tripolitanische Küste zu senden. Nach dem im Jahre 1912 geschlossenen Friedensvertrag gelangte Italien in den Besitz von Tripolis und der angrenzenden Cyrenaika, die von uraltersher jüdisches Siedlungsgebiet gewesen war. So kamen noch weitere 30 000 im dunklen Erdteil beheimatete Juden unter die Herrschaft eines zivilisierten Landes. Ebenso wie es seinerzeit Frankreich in Tunis getan hatte, sanktionierte nunmehr auch Italien die Autonomie und Jurisdiktion der in Tripolis (der Hauptstadt des neu angegliederten Gebietes), Bengasi und anderen Orten bestehenden jüdischen Gemeinden.

Zu Beginn des XX. Jahrhunderts geriet somit ganz Afrika unter die Herrschaft oder unter das Protektorat europäischer Staaten. *Ägypten* stand bereits seit 1882 unter dem Protektorat Englands. Wiewohl die dortige jüdische Kolonie zahlenmäßig kaum ins Gewicht fiel (im Jahre 1907 zählten die Gemeinden von Kairo und Alexandrien je 10 000 Seelen, zu denen kleinere Gruppen an anderen Orten hinzukamen), schien ihr ein neuer Aufstieg bevorzustehen: der Welthafen Alexandrien, der Suëzkanal und die Nähe des wieder erwachten Palästina — all dies verhieß dem uralten jüdischen Zentrum in Ägypten die Wiedererlangung seiner ehemaligen Bedeutung. — Nachdem sich die Italiener in Erythräa festgesetzt und *Abessinien* erschlossen hatten, erwachte in der westeuropäischen Judenheit auch

das Interesse für das Los der „Falachas", der wiederentdeckten Nachkommen der jüdischen Einwohner des alten Äthiopien, die sich, von ihren Sonderüberlieferungen abgesehen, zur Religion der Bibel bekannten. Im Auftrag des Barons Edmond Rothschild begab sich der aus Russisch-Polen stammende Pariser Orientalist Jacques Faitlowitsch im Jahre 1904 nach Abessinien, studierte dort die Lebensverhältnisse der „Falachas" und kehrte mit der Nachricht zurück, daß der etwa 50 000 Seelen zählende Stamm immer mehr zusammenschrumpfe, da viele seiner Angehörigen von den europäischen Missionaren zum Christentum bekehrt würden. Daraufhin beschlossen die Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit in Europa, alles daran zu setzen, um den wohl seit uralter Zeit am Judentum unentwegt festhaltenden Stamm zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde in Florenz ein von dem dortigen Oberrabbiner S. Margulies geleitetes Komitee „Pro Falachas" gegründet, das im Jahre 1913 Faitlowitsch beauftragte, in der italienischen Kolonie Erythräa ein Lehrerseminar für junge Falachas zu schaffen, denen der Unterricht in den für ihre Stammesgenossen in Abessinien zu eröffnenden Schulen übertragen werden sollte.

Der neuauflebende Drang Europas nach *Asien*, eine weitere Folge der bereits gekennzeichneten Kolonialpolitik, brachte es mit sich, daß sich auch in diesem Weltteil die längst der Stagnation verfallene jüdische Diaspora zu regen begann. Palästina verdankte sein Wiedererwachen und seine teilweise Wiederverjüngung jüdischen Pionieren; in den anderen asiatischen Provinzen der Türkei, in Syrien, Kleinasien und Mesopotamien, war es die selbstsüchtige europäische Diplomatie, die als Faktor der kulturellen Erneuerung wirkte. Schon streckte das europäische Ungetüm einen seiner Fangarme, die Deutschland und England entzweiende Bagdadbahn, nach dem Reiche der erloschenen Kultur, den Trümmern des Bagdader Kalifats aus, das in dem Ottomanischen Reich einen so unwürdigen Nachfolger gefunden hatte. Die Zeit ist wohl nicht mehr fern, da die großen, jedoch leblosen Gemeinden von Bagdad (52 000 Juden), Smyrna (18 000), Aleppo (15 000) und Damaskus (10 000) sich an ihre stürmische Jugend, an die Zeit des autonomen babylonischen Zentrums, der Exilarchen und Gaonen erinnern und das Verlangen verspüren werden, die Vergangenheit wieder zur Gegenwart zu machen. — In dem noch weiter abseits liegenden arabischen *Jemen*, der Urheimat des Islam, hatten

die Juden die Verfolgungen durch die muselmanischen Fanatiker satt, und so wanderten sie in hellen Scharen nach dem Lande der Wiedergeburt, nach Palästina, aus. Wiewohl sich die „Temanim" in den dortigen jüdischen Kolonien und in den Städten nur als Lohnarbeiter ernähren konnten, fühlten sie sich auf dem heimatlichen Boden wohl und wurden bald von der Begeisterung für die nationale Erneuerung mitgerissen.

Die Rivalität zwischen England und Rußland in *Persien* lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auch auf dieses Land und damit zugleich auf das Los der 50000 dort ansässigen Juden, die nach wie vor das Leben verfemter Parias führten. Selbst nach der 1906 erfolgten Einführung der dem Schah abgerungenen liberalen Verfassung, die auch die obligate Bestimmung über die Gleichheit der Bürger enthielt, wurde die Lage der Bewohner der Judenviertel von Teheran und anderen persischen Städten nicht besser. Rußland wollte für die Juden nicht eintreten und England konnte es nicht tun, ohne es sich mit den fanatischen persischen Schiiten zu verderben. Umso angelegentlicher sorgte England dafür, daß die jüdische Bevölkerung in seiner unumstrittenen Einflußsphäre, in *Afghanistan*, wo in Kabul, Herat und anderen Städten etwa 18000 Juden ansässig waren, von den Emiren und deren Getreuen nicht bedrückt werde; Rußland hingegen rührte keinen Finger, um die Lage der in seinem Vasallenstaat *Buchara* und den anderen mittelasiatischen Chanaten unter der obrigkeitlichen Willkür stöhnenden Juden zu erleichtern, und scheute sich sogar nicht, den von dorther in das Innere des Reiches kommenden jüdischen Kaufleuten alle Menschenrechte abzuerkennen. So wanderten denn viele wohlhabende jüdische Familien aus Buchara, gleich den armen Juden aus Jemen, nach Palästina aus; während sich jedoch die „Temanim" im Lande der Väter als Tagelöhner verdangen, erbauten die reichen Ankömmlinge aus Buchara in Jerusalem prächtige Häuser und ließen dort auf diese Weise eines der schönsten Stadtviertel erstehen. Auch wenn sie, wie es häufig geschah, zu geschäftlichen Zwecken Reisen nach Rußland unternahmen, spendete ihnen der in der heiligen Stadt zurückgelassene Herd Licht und Wärme.

Die nach *Indien* und *China* versprengten Splitter der Diaspora haben den Anschluß an die jüdische Gesamtheit noch nicht gefunden. Die etwa 20000 Seelen zählende jüdische Bevölkerung Britisch-Indiens setzt sich aus zwei einander immer noch fremd gegenüberstehenden Grup-

pen zusammen, aus den Überresten der autochthonen „Beni Israel", den sogenannten „schwarzen Juden", und den Einwanderern aus Asien und Europa, die sich vornehmlich in Bombay und Kalkutta angesiedelt haben. Immerhin bildet die jüdische Gemeinde von Bombay (etwa 12 000 Seelen) mit ihren modernen Institutionen bereits eine Brücke zu der abendländischen Diaspora. Die gleiche Bedeutung besitzt die kleine Gemeinde der europäischen Juden in Schanghai für die nach dem Reich der Mitte verschlagenen Partikel des jüdischen Volkes. Diese in ihrer chinesischen Umwelt fast unkenntlich gewordenen jüdischen Enklaven sind zum Teil bereits zum Vorschein gekommen (so in der Stadt Kai-Fung-Fu), und es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die im Jahre 1900 in Schanghai gegründete „Gesellschaft zur Förderung der Wiedergeburt der chinesischen Juden" die Entdeckungen, die in dem erst vor kurzem erschlossenen China gemacht wurden, weiter vermehren wird.

Epilog

(1914—1928)

Die jüdische Welt seit dem Ausbruch des Weltkrieges

1. Der Weltkrieg und der Krieg gegen die Juden in Rußland (1914–1916)

Das Unvermeidliche war geschehen. Viele Jahre hindurch hämmerten die europäischen Regierungen den von ihnen geleiteten Völkern ein, daß „Kriegsbereitschaft der beste Friedensschutz" sei, um insgeheim den grauenvollsten aller Kriege vorzubereiten. Militarismus und Imperialismus hatten aus Europa ein einziges Pulvermagazin gemacht, das ein Funke: der österreichisch-serbische Konflikt, in die Luft sprengen sollte. In den ersten Tagen des August 1914 ließen fünf europäische Großmächte ihre Millionenheere aufmarschieren, und es begann der Vernichtungskrieg, in den nach und nach alle fünf Erdteile hineingezogen wurden. In den vier Kriegsjahren stellte das jüdische Volk fast eine volle Million Frontsoldaten. Brüder kämpften gegen Brüder. Diese von dem zerstreuten Volke in einem solchen Ausmaß noch nie erlebte Tragödie ist in all ihrer Gräßlichkeit in der von Mund zu Mund gehenden Geschichte von einem jüdischen Soldaten verewigt, der den Verstand verlor, als er den Todesschrei des von ihm niedergestochenen Angehörigen der Feindesmacht vernahm: „Schema, Jisrael!" („Höre, Israel!")

Die Mobilmachung in *Deutschland* war von einem Sturm patriotischer Begeisterung begleitet, die Tausende und Abertausende dazu bewog, freiwillig zu den Fahnen zu eilen. Große Opferfreudigkeit zeigten hierbei auch die Juden. Die allgemeine Kriegspsychose trieb Männer aller Parteien und Stände in die Reihen der Armee: Assimilanten und Zionisten, brave Bürgersöhne und Sozialisten. Viele von ihnen gaben sich dem Glauben hin, daß es eine jüdische nationale Tat sei, gegen Rußland, das Land der Pogrome, zu kämpfen. Die den tapferen jüdischen Kriegern zuteil werdenden Auszeichnungen, das Eiserne Kreuz oder die Beförderung zu Offizieren, steigerten noch den überschwänglichen Patriotismus der deutschen Juden. Die Tat-

sache, daß den Militärgeistlichen der christlichen Konfessionen „Feldrabbiner" zur Seite gestellt wurden, diese Anerkennung der Gleichwertigkeit der Juden vor dem Antlitz des Todes schien die Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit auch im Leben zu gewährleisten. Bald nach der Veröffentlichung der bekannten patriotischen Kundgebungen der deutschen Professoren ließ auch der jüdische Professor Hermann Cohen zum Schutze des militarisierten deutschen Staates schweres philosophisches Geschütz auffahren und suchte in seinen Schriften über „Deutschtum und Judentum" (1915—1916) zu beweisen, daß zwischen beiden Kulturen eine enge Verwandtschaft bestehe. Der auf seine Zugehörigkeit zur „Nation Kants" stolze Philosoph wollte es nicht wahr haben, daß zwischen seinem Ideal und dem realen wilhelminischen Deutschland ein Abgrund klaffte. Stießen doch die jüdischen Frontkämpfer selbst in den vordersten Schützengräben gar häufig auf den mehr oder weniger unverhohlenen Antisemitismus ihrer Vorgesetzten. Von diesen engstirnigen Vertretern der preußischen Offizierskaste eben ging die Forderung nach einer „Judenzählung" aus, durch die der Nachweis erbracht werden sollte, daß die jüdische Bevölkerung ihre Blutpflicht nicht voll erfülle — eine Forderung, der die höchsten militärischen Stellen im Jahre 1916 bereitwillig nachkamen. Dies hatte auf viele Anbeter des Kriegsmolochs unter den deutschen „Israeliten" eine ernüchternde Wirkung.

Die *russische* Judenheit, deren Ansiedlungsrayon gleich nach Beginn der Feindseligkeiten zum Kriegsschauplatz geworden war, hatte kaum Zeit gehabt, an den obligaten patriotischen Kundgebungen teilzunehmen, da das russische Hauptquartier gleichzeitig mit der Einleitung der militärischen Operationen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn auch der friedlichen jüdischen Bevölkerung des Operationsgebietes den Krieg erklärte. Der Oberbefehlshaber der russischen Streitmacht, der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, teilte die für alle Angehörigen des Hauses Romanow bezeichnenden Vorurteile gegen die Juden, während der Chef seines Generalstabs, der als Wortführer des reaktionären Landadels bekannte Januschkewitsch, bereits lange vor dem Kriege die Entfernung der Juden aus der Armee gefordert hatte. In voller Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Generalität waren die beiden Heerführer im Vorhinein überzeugt, daß die ein dem Deutschen verwandtes Idiom sprechende jüdische Bevölkerung des Kriegsgebietes deutschfreundlich sei und darum eine

unmittelbare Gefahr für die russische Armee bilde. So wurde denn der verhängnisvolle Beschluß gefaßt, die Führer der einzelnen Armeen zu ermächtigen, aus den von den vorrückenden Deutschen bedrohten Gegenden alle Juden samt und sonders auszuweisen. Die unheilvollen Folgen dieses Beschlusses bekam zuallererst die Judenheit von *Russisch-Polen* zu spüren, dessen Grenzen deutsche und österreichische Truppen gleich nach Kriegsausbruch überschritten hatten. Schon im August und September 1914 wurden aus den Grenzorten der Gouvernements Radom, Lomsha und Lublin ganze jüdische Gemeinden vertrieben. Die falschen Gerüchte, daß die russischen Juden zu den Mittelmächten hielten und deren eingedrungenen Truppen Verproviantierungs- und Spionagedienste leisteten, wurden insbesondere von den polnischen Patrioten genährt, die in der ersten Zeit selbst noch unschlüssig waren, ob sie auf Rußland oder Österreich ihre Hoffnungen setzen sollten. Nach dem Abzug der Deutschen aus einer vorübergehend besetzten Gegend wurden die jüdischen Einwohner nur aus dem Grunde, weil sie gezwungenermaßen die Besatzungstruppen beliefert hatten, der Sympathien für den Feind beschuldigt. Auf die fadenscheinigste Denunziation hin wurden Juden als angebliche Spione standrechtlich erschossen. Vielfach trafen die russischen Befehlshaber, als wären sie in Feindesland, die Anordnung, daß die jüdischen Gemeinden ihre Rabbiner und andere Notabeln als Geiseln ausliefern sollten.

In den letzten Monaten des Jahres 1914 brach das Unheil der Ausweisung über mehrere jüdische Gemeinden des Gouvernements Warschau (über die von Grodzisk, Skerniewice, Sochaczew u. a.) herein. Der „Evakuierungs"-Befehl an die jüdische Bevölkerung der Ortschaften in der Frontzone mußte in der Regel binnen vierundzwanzig Stunden durchgeführt werden, so daß nicht selten Tausende von ausgewiesenen Familien mangels jeglicher Transportmittel genötigt waren, Tage und Nächte hindurch zu Fuß zu wandern. Da sie sich zumeist nach Warschau wandten, ballten sich in dieser Stadt bald etwa 80 000 Vertriebene zusammen, und noch immer wollte das Wehklagen der Obdachlosen auf den dorthin führenden Landstraßen nicht verstummen. Es wird erzählt, daß bei der Begegnung einer solchen Schar von Ausgewiesenen mit einer vorbeiziehenden russischen Heeresabteilung, in der viele jüdische Gesichter zu sehen waren, die Opfer der russischen Willkür in den Ruf ausbrachen: „Brüder, seht nur, was man uns antut!" Die jüdischen Vaterlandsverteidiger konnten

indessen ihren Brüdern und Schwestern in Russisch-Polen ebensowenig beistehen wie in dem von den russischen Truppen besetzten Ostgalizien, wo die „Sieger" sich ein besonderes Vergnügen daraus machten, mit der jüdischen Bevölkerung blutigen Hohn zu treiben. Scheute sich doch der vom Zaren zum Generalgouverneur Galiziens ernannte Graf Bobrinskij nicht, den dort beheimateten Juden im Falle der Angliederung des „galizischen Rußland" an das Zarenreich die Gleichstellung mit ihren entrechteten Glaubensgenossen im Ansiedlungsrayon zu verheißen.

Die Zeit der schwersten Niederlagen Rußlands, das Jahr 1915, war zugleich das Jahr der „Siege" der russischen Heeresleitung über die friedliche jüdische Bevölkerung. Schon im Frühling dieses Jahres schien das Hauptquartier geradezu tobsüchtig geworden zu sein. Ende April und Anfang Mai erging der Befehl, alle in den westlichen Teilen der Gouvernements Kowno, Kurland, Suwalki und Grodno ansässigen Juden, insgesamt etwa 200000 Menschen, restlos auszuweisen. Alle jüdischen öffentlichen Institutionen mit dem „Hilfskomitee für die Kriegsopfer" („JEKOPO") und dem aus Vertretern verschiedener Parteien und den jüdischen Dumaabgeordneten bestehenden Petersburger „Politischen Komitee" an der Spitze wurden mobil gemacht, um die materielle und moralische Not der Unglücklichen zu lindern. Unter anderem wurde eine Protestkundgebung in der Duma organisiert, von deren Tribüne mehrere Abgeordnete die wahren Hintergründe des verbrecherischen Feldzugs gegen die Juden enthüllten (August 1915). Zugleich forderte das „Politische Komitee" die wichtigsten jüdischen Gemeinden auf, eine an den Premierminister Goremykin gerichtete Erklärung zu unterzeichnen, deren Schlußsatz wie folgt lautete: „Das jüdische Volk will schon jetzt wissen, wofür seine Söhne in diesem Kriege ihr Blut vergießen, wofür die Blüte seiner Jugend zugrunde geht, warum die Frauen an ihrem Witwen-, die Kinder an ihrem Waisenlos tragen müssen. Um deswillen etwa, damit es nach all diesen Opfern auf der russischen Erde nach wie vor geknechtet und gemartert werde, oder aber, um in der Heimat als eine Gemeinschaft freier, vollberechtigter Bürger zu leben?" Die terrorisierten Gemeinden zögerten jedoch, sich dem geplanten Schritt anzuschließen, und so wurde die Petition nie überreicht. Als sich die Regierung bald nach der Massenausweisung aus dem Gouvernement Kowno davon überzeugt hatte, daß durch die verfügte Maßnahme der

ganze Handel lahmgelegt und auch die christliche Bevölkerung stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, erklärte sie sich bereit, den Verbannten die Rückkehr zu gestatten, falls die Gemeinden als Gewähr für ihre Loyalität Geiseln stellen würden. Der Vertreter des Kownoer Wahlkreises in der Duma, der Abgeordnete Friedmann, lehnte indessen die entehrende Bedingung im Auftrage des „Politischen Komitees" mit Entrüstung ab. Die Juden fanden sich in ihr Verbanntenlos. Sehr bald sollten freilich auch ihre Verfolger den Leidensweg antreten: im August 1915 waren die aufs Haupt geschlagenen russischen Armeen auf der ganzen sich von Litauen über Polen nach Galizien hinziehenden Front in überstürztem Rückzug begriffen. Die zurückflutenden, durch die Niederlage demoralisierten Truppen stürzten sich allenthalben auf die jüdische Bevölkerung und richteten besonders schweres Unheil in den Gouvernements Wilna und Minsk an, wo während der grauenvollen Pogrome Tausende von Frauen vergewaltigt wurden.

Vom Herbst 1915 ab hatten die Mittelmächte drei Jahre lang, bis zum Ende des Weltkrieges, ganz Kongreßpolen mit Einschluß von Warschau sowie den größten Teil von Litauen mit den Städten Wilna und Kowno fest in ihrer Hand. Vom militärischen Terror der russischen Machthaber befreit, litten nunmehr zwei Millionen Juden unter dem Druck der siegreichen Okkupationsmächte, unter fortwährenden Requisitionen, unter Arbeitszwang, vor allem aber unter der bittersten Not infolge gänzlichen Mangels an Verdienstmöglichkeiten. Die Tatsache, daß die deutschen und österreichischen Truppen in ihren Reihen viele Juden zählten, ließ allerdings die Illusion entstehen, daß die beabsichtigte Errichtung des Protektorats der Mittelmächte im Osten die West- und Ostjudenheit zu einer Einheit zusammenschließen werde. Zwecks Vorbereitung dieses Zusammenschlusses wurden in Berlin besondere jüdische Organisationen gegründet („Komitee für den Osten" u. a.), und viele Publizisten stellten Betrachtungen über die Voraussetzungen der kulturellen Annäherung zwischen russischen und deutschen Juden sowie über das Jiddische als Faktor der angestrebten Germanisierung an. Inzwischen war die russische Regierung genötigt, den Ansiedlungsrayon provisorisch aufzuheben und den Hunderttausenden aus der Westmark vor deren Okkupation vertriebenen Juden in die großrussischen Gouvernements Einlaß zu gewähren. Wiewohl also die Wohnrechtsbeschränkungen, wie man in Rußland

scherzte, nicht vom Zaren, sondern von Wilhelm II. abgeschafft worden waren, hegten viele die Hoffnung, daß es Nikolaus II. auch nach Beendigung des Krieges nicht gelingen würde, den Ansiedlungsrayon wiederherzustellen. Prodeutsche Tendenzen regten sich lediglich unter den Märtyrern des russischen Kriegsfurors, während die jüdischen Politiker in ihrer Mehrzahl ententefreundlich gesinnt waren, da es ihnen wahrscheinlich schien, daß nach errungenem Sieg die beiden „großen Demokratien" des Westens das mit ihnen verbündete Rußland zur Emanzipation der Juden bewegen würden. Namentlich waren es die russischen Zionisten, die auf den Sieg der Entente all ihre nationalen Hoffnungen setzten. Entscheidend war für diese ententefreundliche Stimmung nicht zuletzt die erschütternde Nachricht über die Ende 1914, nach dem Anschluß der Türkei an die Mittelmächte, von Djemal Pascha, dem Oberbefehlshaber in *Palästina*, verfügte Internierung bzw. Vertreibung sämtlicher in Jaffa und Jerusalem lebender Juden nichttürkischer Staatsangehörigkeit, vor allem der aktiven Zionisten. Ein Teil der aus Palästina in Alexandrien eingetroffenen Verbannten bildete den Kern der „Jüdischen Legion", jener Freiwilligenformation, die im Jahre 1915 in das auf Gallipoli um die Dardanellen kämpfende englische Heer eingereiht wurde. Der von dem englischen Obersten Patterson und dem tollkühnen, aus Rußland stammenden jüdischen Offizier Joseph Trumpeldor befehligten, 600 Mann starken Abteilung („Zion Mule Corps") fiel die Aufgabe zu, unter dem mörderischen Feuer der Türken Munition und Proviant in die vordersten Linien zu transportieren, und erst nach schweren Verlusten trat die tapfere Schar zusammen mit dem englischen Landungskorps den Rückzug an.

II. Die Revolution und der Beginn des Bürgerkrieges in Rußland (1917–1918)

Im dritten Jahr der Selbstzerfleischung Europas zeigten sich die ersten Anzeichen eines Umschwungs. Noch hielt man in den amtlichen Kreisen der beiden feindlichen Koalitionen an der Losung: „Krieg bis zum siegreichen Ende!" fest, doch ließ der „Furor patrioticus" in den Völkern, deren Söhne man um der hohlen Prinzipien des Staatsprestiges und der militärischen Weltgeltung zur Schlachtbank führte, bereits merklich nach. Seit Mitte 1916 wurden gleichsam zur

Rechtfertigung des an der Menschheit begangenen Verbrechens immer lauter die Parolen verkündet: Befreiung der kleinen Nationen, nationales Selbstbestimmungsrecht, Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten. Das Programm des zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählten Wilson kündigte die Intervention Amerikas und die Verwirklichung der von der Entente proklamierten Rechtsprinzipien an. Diese frohe Botschaft stärkte den Mut der unterdrückten Nationen und ließ namentlich die Herzen der am schwersten heimgesuchten Ostjuden höher schlagen. Viele von ihnen waren noch von einer anderen Hoffnung erfüllt: auf die nach Beendigung des Krieges angesichts des unverkennbaren Verfalls der Zarenherrschaft mit Sicherheit erwartete große russische Revolution. Diese kam indessen noch schneller als man es erwartet hatte, mitten in den Stürmen des Krieges. Im Laufe von nur wenigen Tagen (vom 12.—16. März 1917) vollzog sich in Petersburg die umwälzendste und zugleich die unblutigste aller großen Revolutionen. Der Umsturz wurde im ganzen Lande und auch an der Front mit grenzenlosem Jubel begrüßt. Die Jahrhunderte alte russische Autokratie stürzte wie ein morscher Bau in sich zusammen. Nikolaus II., der den Weg aus dem Hauptquartier in die Reichshauptstadt versperrt fand, dankte ab. Durch die vom alten Regime eingegangenen Kriegsverpflichtungen an die Entente gebunden, konnte sich indessen die Provisorische Regierung (Lwow, Miljukow, Kerenski u. a.) nicht entschließen, dem Krieg unverzüglich ein Ende zu machen und dem wilhelminischen Militarismus in die Hände zu arbeiten. Die Fortführung des Krieges sollte nun der Märzrevolution in der Folge zum Verhängnis werden; in den ersten Wochen aber leuchtete sie allen Völkern Rußlands wie die helle Frühlingssonne. Die russischen Juden wurden gleichzeitig als Bürger und als Angehörige einer besonderen Nation emanzipiert: durch das Dekret der Provisorischen Regierung vom 4. April 1917 wurden ihnen alle bürgerlichen, politischen und nationalen Rechte zuerkannt. Es schien, daß in der jüdischen Geschichte die „Dritte Emanzipation" die Aera der wirklichen Befreiung nicht nur des einzelnen Juden, sondern auch der von den westlichen Verfassungen nicht anerkannten jüdischen Nation eröffne. Die russische Judenheit war für eine solche allseitige Emanzipation durchaus reif: wurden doch die jüdischen Parteien in Rußland von talentvollen Politikern und entschlossenen Kämpfern für die nationale und soziale Befreiung geführt. Mitten in den

politischen Wirren des Jahres 1917 erstanden in Petersburg und in der Provinz Organisationsausschüsse zwecks Vorbereitung der Wahlen zu einer von der gesamten jüdischen Bevölkerung des Reiches zu beschickenden Konferenz, auf der sich die Judenheit Rußlands noch vor Zusammentritt der allrussischen Konstituante als Einheit konstituieren sollte. Die innerjüdischen Parteizwistigkeiten verzögerten jedoch die Verwirklichung dieses Planes, den der vor allem infolge des ukrainischen Separatismus einsetzende Prozeß der Auflösung des Reiches sowie der drohende Bürgerkrieg endgültig zum Scheitern brachten. Schon zog das Gewitter herauf, das alle Errungenschaften der Märzrevolution, die Aprilemanzipation miteingeschlossen, zunichte machen sollte.

Die Doppelherrschaft der Provisorischen Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrats (des „Sowjets"), der Wankelmut und die Schwäche der Kerenski-Regierung, die Hinauszögerung der Liquidation des Krieges und der Einberufung der Konstituante — all dies bot der Hydra des Bolschewismus Nahrung und führte schließlich zur Katastrophe vom November 1917 (25. Oktober nach Altem Stil). Im Gegensatz zu der im März ausgebrochenen *Volks*-Revolution war die Novemberumwälzung eine *Partei*-Revolution, ein Staatsstreich, dessen Urheber eine Handvoll die Diktatur anstrebender Demagogen waren, denen die „permanente Revolution" als Selbstzweck galt und die die eben erstandene Demokratie zerstampfen, den Willen der Partei über den des Volkes stellen und den Militarismus als Mittel des Klassenkampfes zum Prinzip erheben sollten. An der Spitze der Umstürzler, die zugleich Rußland und das wichtigste Zentrum der Judenheit zerstören sollten, standen Lenin und Trotzky, ein Mann rein russischer Abstammung und ein seinem Volkstum entfremdeter Jude. Auch unter den dii minores des Bolschewismus gab es verhältnismäßig viel Juden, die, durch die Verfolgungen unter dem zaristischen Regime demoralisiert, die Flamme des Sozialismus, die zu einer Leuchte für die Völker hätte werden sollen, dazu mißbrauchten, um erneut die Scheiterhaufen der Inquisition zu entzünden. All diese Juden vom Schlage eines Sinowjew oder Kamenew, die, gleich Trotzky-Bronstein, ihre jüdischen Familiennamen durch russisch klingende Pseudonyme vergessen zu machen suchten, ein Swerdlow, ein Uritzky, ein Wolodarsky und wie sie alle hießen — sie alle gaben sich die größte Mühe, in der Revolution, in der der Marxismus zur Bemäntelung wildester

Gewalttaten diente, hinter ihren russischen Gesinnungsgenossen nicht zurückzubleiben. Die Fanatiker der „Diktatur des Proletariats" zögerten nicht, alle ihnen in den Weg tretenden Demokraten, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, unter denen die Juden gleichfalls stark vertreten waren, restlos zu vernichten. Die einzige Partei, die mit der Novemberumwälzung sympathisierte und sogar einige ihrer Führer in den Rat der Volkskommissare entsandte (darunter als Justizkommissar den später durch seine antibolschewistische Tätigkeit bekannt gewordenen Publizisten Isaak Steinberg), war die der Linken Sozialrevolutionäre, aber auch diese Gruppe ging schon nach wenigen Monaten, nachdem sich die Bolschewisten als Parteigänger eines blutrünstigen Terrorismus entpuppt hatten, zur Opposition über. Der tödliche Schuß, den der Jude Leonid Kannegießer auf den Vorsitzenden der Schrecken verbreitenden *Tscheka*, Uritzky, abgab und das mißglückte Attentat der Dora Kaplan auf Lenin (August 1918) waren ein Beweis dafür, wie treu die russischen Juden noch immer an den Idealen der Demokratie festhielten. Kannegießer erklärte ebenso wie Dora Kaplan beim Verhör, daß sie die Schändung der Freiheit, vor allen Dingen die Sprengung der konstituierenden Versammlung hätten rächen wollen. Die Hinrichtung dieser beiden Freiheitshelden bildete den Auftakt zur Entfesselung jenes „roten Massenterrors" der Bolschewisten, der seitdem mehrere Jahre hindurch hemmungslos wüten sollte.

Mittlerweile loderten in ganz Rußland die Flammen des Bürgerkrieges auf. Der Kampf gegen den Bolschewismus, der im Osten von den tschechoslowakischen Legionen sowie der Armee des Generals Koltschak und im Süden einerseits von Denikin und anderen „weißen Generälen", andererseits von den Truppen der abgefallenen Ukraine geführt wurde, machte Rußland zu einem einzigen Kriegsschauplatz. Die ukrainischen Juden sahen sich nun mitten in einem Flammenmeer. Die *Ukraine*, die gleich nach der Märzrevolution in den Bann des Separatismus geraten war, beeilte sich, nachdem Rußland zur „Sozialistischen Sowjet-Republik" ausgerufen worden war, sich von dieser ganz zu trennen. Neben dem nationalen war hierbei ein soziales Motiv ausschlaggebend, das Bestreben, sich gegen den Herd der kommunistischen Seuche durch eine feste Grenzlinie zu sichern. Der ukrainische Zentralrat („Rada") und dessen Generalsekretariat in Kiew (Winnitschenko, Petljura u. a.) bildeten gleichsam ein Gegen-

stück zu der Exekutive der Arbeiterräte und dem Rat der Volkskommissare, deren Sitz 1918 von Petersburg nach Moskau verlegt worden war. Dem Kiewer Rat gehörten fünfzig Vertreter jüdischer Parteien an, und auch innerhalb der Regierung bestand ein besonderes Ministerium für jüdische Angelegenheiten (geleitet von M. Silberfarb und W. Latzky-Bertoldy), das die nationale Autonomie der jüdischen Minorität symbolisieren sollte. Fast hatte es den Anschein, daß es der Ukraine beschieden sei, die geheiligten Prinzipien der Märzrevolution und der „Dritten Emanzipation" zu verwirklichen. Viele Vertreter der jüdischen Öffentlichkeit verließen schleunigst Petersburg und Moskau, um in Kiew Zuflucht zu suchen, doch harrte ihrer dort eine noch schwerere Enttäuschung. Im Kampfe mit den bolschewistischen Eindringlingen, die vorübergehend auch Kiew besetzt hatten, flackerten in den ukrainischen Volksmassen die wildesten Leidenschaften auf. Bereits früher waren aus den Angehörigen der demobilisierten russischen Armee besondere „ukrainische Regimenter" gebildet worden, die schon allein durch ihre Namen: „Regiment der freien Kosaken", „Chmelnickij-", „Gonta-Regiment" u. dgl., bei den Juden die grauenvollsten historischen Erinnerungen wachriefen. Den Überlieferungen des zügellosen Haidamakentums treu, überfiel nun diese „nationale Armee" die Juden in den Gouvernements Kiew und Poltawa, während bolschewistische Banden gleichzeitig gegen die jüdische Bevölkerung im Gouvernement Tschernigow wüteten. (In den Städten Gluchow und Nowgorod Sewersk kamen bei den Pogromen im März und April 1918 etwa 200 Juden ums Leben.) Das Treiben der das Land unsicher machenden Banden fand erst im Mai ein Ende, als die Deutschen und Österreicher nach der Okkupation des größten Teiles der Ukraine dort den russischen General Skoropadskij als „Hetman" einsetzten, dessen Bestreben dahin ging, das von ihm verwaltete Gebiet dereinst einer allrussischen Föderation einzugliedern. Der verhängnisvolle Herbst 1918 machte jedoch all seine Pläne zuschanden: der völlige Zerfall der deutschen Armee und die Novemberrevolution in Berlin nötigten die Deutschen, die Ukraine zu räumen, worauf der Hetman, seiner Hauptstütze beraubt, gestürzt und von einem ukrainischen „Direktorium" abgelöst wurde, das von Petljura und ähnlichen Fanatikern der nationalen Selbständigkeit gebildet wurde.

III. Der Frieden von Versailles und seine Folgen (1919—1920)

Anderthalb Jahre nach dem Zusammenbruch der Monarchie in Rußland fielen zwei weitere große Monarchien: Deutschland und Österreich-Ungarn (November 1918). Der Übermacht der vereinigten Streitkräfte der Entente und Amerikas unterlegen, konnten die Mittelmächte ihre sich auf die Bajonette stützende Staatsform nicht mehr aufrechterhalten. Das militaristische Deutschland verwandelte sich in eine friedliche Republik, das österreichische Konglomerat der Nationen löste sich in seine Bestandteile auf. Der Oberpriester des Kriegsgottes, Wilhelm II., mußte auf den Thron verzichten und nach Holland fliehen, und auch den kopfscheu gewordenen kleineren deutschen Potentaten fielen die Kronen vom Haupt. Fast gleichzeitig dankte Kaiser Karl von Österreich ab. Die nach der Revolution des 9. November in Berlin von dem Sozialdemokraten Ebert gebildete Regierung nahm unverzüglich die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an und machte übermenschliche Anstrengungen, um Deutschland vor Anarchie und Diktatur zu retten, die Rußland zum Verhängnis geworden waren. An der Spitze der auf Proklamierung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik ausgehenden deutschen Kommunisten oder „Spartakisten" standen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (eine polnische Jüdin, die deutsche Staatsbürgerin geworden war), die aber für die terroristischen Methoden eines Lenin und Trotzky nichts übrig hatten und bald selbst dem monarchistischen Terror zum Opfer fallen sollten: nach ihrer Verhaftung wurden sie von reaktionären preußischen Offizieren, angeblich bei einem Fluchtversuch, erschlagen (Januar 1919).

Eine wichtige Rolle spielten jüdische Sozialisten auch in der komplizierten bayerischen Revolution. Der Führer der Münchener Revolutionäre war der bekannte sozialdemokratische Publizist Kurt Eisner, der nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis, wo er lange Zeit wegen Antikriegspropaganda geschmachtet hatte, zum Vorsitzenden des Arbeiterrates und sodann zum Ministerpräsidenten der Republik Bayern gewählt wurde (November 1918). Drei stürmische Monate hindurch bot der Jude Eisner alle seine Kräfte auf, um von dem bayerischen Lande die Gefahr der monarchistischen Reaktion und zugleich die der kommunistischen Diktatur abzuwenden, bis er schließ-

lich, völlig erschöpft, den Entschluß faßte, zu demissionieren. Als er sich gerade auf dem Wege zum Landtag befand, um seinen Rücktritt bekanntzugeben, wurde er aber von einem antisemitischen Studenten, dem Grafen Arco, meuchlings ermordet (21. Februar 1919). Kurz darauf riefen die Kommunisten in Bayern die Räterepublik aus, die sich allerdings nur einen Monat, von Anfang April bis Anfang Mai, zu halten vermochte. Auch im Vordergrund dieser zweiten Revolution tauchten tragische Gestalten jüdischer Umstürzler auf. Der bedeutendste von ihnen war der hochbegabte Kritiker und Publizist Gustav Landauer, der schon seit Jahren ein reinigendes Revolutionsgewitter über Deutschland herbeigesehnt, sich nach der Umwälzung dem radikalen Flügel des Sozialismus angeschlossen hatte, und in Bayern dem Terror der rechtsradikalen, gegen München aufgebotenen Truppen zum Opfer fallen sollte. Gleichzeitig mit anderen Mitgliedern des Münchener Arbeiterrates verhaftet, wurde Landauer nach einem Konzentrationslager gebracht und dort von Soldaten des alten Heeres in bestialischer Weise erschlagen (2. Mai 1919). Ein anderer am kommunistischen Umsturz in Bayern beteiligter jüdischer Revolutionär, Eugen Leviné, der in seiner Jugend der russischen sozialrevolutionären Partei angehört und während des Weltkrieges in Deutschland eine pazifistische Agitation entfaltet hatte, wurde in München kriegsrechtlich erschossen (4. Juni). Nach dem Sturz der ephemeren Räterepublik setzte in Bayern eine grimmige antisemitische Reaktion ein, die sich auf die nationalsozialistischen Haufen Adolf Hitlers und seinesgleichen stützte. — Zu derselben Zeit, da man die Juden in den deutschen Landen des zerstörerischen Extremismus beschuldigte, nahmen aber zwei Juden regsten Anteil an der Wiederaufrichtung des im Kriege zusammengebrochenen Deutschland: Walther Rathenau als Reichsminister für Wiederaufbau und sodann als Minister des Äußeren und Hugo Preuß als Urheber des von der Weimarer Nationalversammlung angenommenen Entwurfs der Reichsverfassung, die zum Fundament der deutschen demokratischen Republik wurde.

Nur in einem Lande Mitteleuropas, in *Ungarn*, wo sich im Jahre 1919 die Räterepublik von März bis Juli zu behaupten vermochte, traten jüdische Bolschewisten russischen Schlages auf den Plan. An der Spitze der ungarischen kommunistischen Regierung stand Bela Kun, der während seiner fünfmonatlichen Amtstätigkeit in seiner Heimat nicht wenig Unheil anrichtete; später, nach Rußland entkommen,

wurde er dort mit besonderen Vollmachten ausgestattet und erwarb sich traurigen Ruhm durch die Ausrottung der „Bourgeoisie" in der Krim. Für die von Kun und noch einigen anderen jüdischen Tollköpfen während der kommunistischen Revolution begangenen Untaten sollten in den folgenden Jahren, als unter der Diktatur des zum Reichsverweser gewählten Admirals Horthy der reaktionäre Terror wütete, Hunderte von ungarischen Juden völlig schuldlos mit dem Leben büßen.

Das Jahr 1919, das Jahr der Liquidation des Weltkrieges, war für das jüdische Volk eine Zeit hochgespannter Hoffnungen und zugleich bitterster Enttäuschungen. Der Jahresbeginn stand im Zeichen der Erneuerung. Die jüdischen Politiker trafen beizeiten die nötigen Vorbereitungen, um der in Paris im Januar 1919 eröffneten *Friedenskonferenz* ihre Wünsche vortragen zu können. Bei diesen Vorbereitungen hatte man teils zionistische, teils allgemein nationale Ziele im Auge. Die Vertreter der zionistischen Organisation hatten bereits im vorletzten Kriegsjahre eine intensive diplomatische Tätigkeit entfaltet. Das Ergebnis der von den Wortführern des Zionismus, Chaim Weizmann und Nahum Sokolow, mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen war die am 2. November 1917 vom englischen Außenminister A. J. Balfour unterzeichnete Erklärung, daß England bereit sei, nach glücklicher Beendigung des Krieges in Palästina „ein Nationalheim für das jüdische Volk" („National home for the Jewish people") zu schaffen. Die von der jüdischen Welt mit Enthusiasmus aufgenommene „Balfour-Deklaration" bildete einen neuen Ansporn für den Kampfesmut der jüdischen Legionäre, die von den Engländern inzwischen gegen die Türken an der Palästinafront eingesetzt worden waren (im Jahre 1918 zählte die auf Anregung von W. Jabotinsky organisierte Legion 4000 Kämpfer). Nachdem die Engländer Palästina besetzt hatten, galt es, für das den Juden zugesicherte Recht, dort ein nationales Zentrum zu gründen, die völkerrechtliche Sanktion zu erlangen, um die denn auch die zionistischen Führer (Weizmann, Sokolow, Ussischkin) im Februar 1919 in einem Memorandum an die Pariser Friedenskonferenz nachsuchten. In der Folge erhielt England vom Völkerbund das Mandat über das von der Türkei abgetrennte Palästina und ging an die Verwirklichung der „Balfour-Deklaration", mußte aber hierbei der dem Zionismus feindlichen ara-

bischen Landesbevölkerung weitgehende Konzessionen machen (vgl. unten, VII).

Den zionistischen Bemühungen parallel lief die Kampagne, die zwecks Sicherung der Rechte der jüdischen nationalen Minderheiten in den nach dem Weltkriege neu entstandenen Staaten eingeleitet worden war. Die in Paris schon vor Beginn der Friedenskonferenz weilenden Vertreter der Judenheiten der betreffenden Länder schlossen sich mit den dort später eingetroffenen Delegierten zweier amerikanischer politischer Organisationen: des „American Jewish Committee" und des „American Jewish Congress" (Louis Marshall, Julian W. Mack u. a.), im März 1919 zum „Komitee der jüdischen Delegationen" („Comité des Délégations Juives") zusammen, das sich die Erlangung des völkerrechtlichen Schutzes für die jüdischen Minderheiten zum Ziele setzte. Der Initiator und Schriftführer der neuen Organisation war das Mitglied des zionistischen Aktionskomitees Leo Motzkin, der mit gleicher Wärme für die Ideen des Zionismus und für die des Diasporaautonomismus eintrat. Am 10. Mai überreichte das „Komitee der jüdischen Delegationen" der Friedenskonferenz ein umfangreiches Memorandum, in dem im Namen von neun Millionen Juden gefordert wurde, daß die Rechte der jüdischen nationalen Minderheiten in den Friedensverträgen in derselben Weise wie die Rechte der übrigen nationalen Minderheiten garantiert und daß in die Grundgesetze der neu entstehenden Staaten dementsprechende Bestimmungen aufgenommen werden sollten. Infolge der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit, deren assimilierte Vertreter den Begriff der „jüdischen Nationalität" als solchen nicht gelten lassen wollten, gelang es zwar nicht, den internationalen Areopag zur formellen Anerkennung der jüdischen Minorität als einer *nationalen* Gruppe zu bewegen, doch trug das jüdische Memorandum dazu bei, daß die auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächte die Garantie für die Rechte aller religiösen, ethnischen und nationalen Minderheiten, also auch für die der jüdischen übernahmen. Durch den Vertrag von Versailles wurden diese Rechte hinsichtlich Polens und durch die später abgeschlossenen Verträge hinsichtlich Rumäniens, Litauens, Lettlands, Jugoslawiens, Griechenlands und Bulgariens garantiert. Im Jahre 1920 beauftragte das „Komitee der jüdischen Delegationen" seine Leiter Sokolow und Motzkin die Interessen der jüdischen Minderheiten auch vor dem Völkerbund in Genf zu vertreten.

Die mit dem Friedensschluß verbundene Hoffnung auf Völkerversöhnung blieb zunächst nur ein frommer Wunsch. War doch der Vertrag von Versailles ein Friede, den schwer bewaffnete Sieger völlig entwaffneten Besiegten aufgezwungen hatten. Bei der Teilung der Kriegsbeute: der den neu gebildeten Staaten zuerkannten Gebiete, kam es immer wieder zu Aufständen, eigenmächtiger Besitzergreifung und Grenzstreitigkeiten. Mit nur auf dem Papier stehenden Garantien ausgerüstet, hatten hierbei die Juden überall sowohl unter dem Chauvinismus der Sieger als unter der Erbitterung der Besiegten zu leiden. Bereits Ende 1918 feierten die polnischen Legionäre die Ausrufung der Unabhängigkeit *Polens* durch antijüdische Exzesse, die besonders unheilvoll in Ostgalizien waren, in dessen Hauptstadt Lemberg ein Blutbad nach allen Regeln der zaristischen Pogromkunst angerichtet wurde (22.—24. November). Auch während der folgenden zwei Jahre, als Polen in seinen Grenzgebieten bald gegen die russischen Bolschewisten, bald gegen die Litauer kämpfte, waren Ausschreitungen der Legionäre und irregulärer bewaffneter Banden an der Tagesordnung. Nachdem die Polen in das zeitweilig von den Bolschewisten besetzte Wilna eingedrungen waren, erschossen sie viele völlig grundlos der Sympathien für den Bolschewismus beschuldigte Juden, darunter den bekannten jiddischen Schriftsteller A. Weiter (19. April 1919). In Pinsk wurden 35 bei einer Versammlung angetroffene Zionisten erschossen. Nach Zurückwerfung der gegen Warschau vorrückenden Roten Armee (August 1920) nahmen die den Russen nachdrängenden Polen den angeblichen „Judenverrat" erneut zum Vorwand, um der jüdischen Bevölkerung allenthalben aufs härteste zuzusetzen. Am schlimmsten trieben es die der Demoralisation verfallenen Regimenter des Generals Haller, dessen wild gewordene Soldaten die Juden in Stadt und Land in unerhörter Weise verhöhnten, ihnen Schläfenlocken und Bärte abschnitten und zuweilen jüdische Reisende auf voller Fahrt aus den Eisenbahnwagen hinauswarfen. Das Staatsoberhaupt Pilsudski, der Schöpfer der seinerzeit in den Befreiungskrieg hinausgezogenen Legionen, schien sich um die Entartungserscheinungen in seiner Armee nicht zu kümmern und schenkte den Protesten der jüdischen Sejmabgeordneten nur wenig Beachtung. Der Landhunger der jungen streitbaren Republik wurde erst mit dem Abschluß des Rigaer Friedens gestillt, der Polen einen riesigen Gebietszuwachs, den Besitz großer Teile von Weißrußland, Wolhynien

und Litauen sicherte. Auf diese Weise kam etwa ein Drittel der jüdischen Bevölkerung des ehemaligen Zarenreiches unter die Herrschaft des wiedererstandenen Polen. Zusammen mit den galizischen und Posener Juden bildete diese ein 3 000 000 Seelen umfassendes Zentrum, dem noch ein langwieriger Kampf um die Realisierung der formell zugesicherten Gleichberechtigung bevorstand.

Das gleichzeitig entstandene kleine Zentrum im unabhängigen *Litauen* sollte verschiedene Metamorphosen durchmachen. Die Hauptstadt des alten Litauen, das halb jüdische, halb polnische Wilna, fiel während der auf den Abzug der deutschen Okkupanten folgenden zwei Jahre der Reihe nach in die Gewalt der Bolschewisten, der Polen und der Litauer. Als schließlich die Kownoer Regierung ihren Sitz dorthin verlegte und sich anschickte, Wilna zur Hauptstadt „Großlitauens" auszurufen, brachen in die Stadt die Truppen des polnischen Generals Zeligowski ein, der aus dem von ihm besetzten Gebiet eine besondere politische Einheit, „Mittellitauen", bildete, um dieses fiktive Staatsgebilde im folgenden Jahre Polen einzuverleiben. Die jüdische Bevölkerung der Litauischen Republik, die gleich nach der Gründung des neuen Staates als vollberechtigte nationale Minderheit anerkannt worden war, einen eigenen Nationalrat (präsidiert von S. Rosenbaum) besaß und innerhalb der Regierung durch einen Minister für jüdische Angelegenheiten (M. Soloweitschik) vertreten war, teilte zunächst den Schmerz der litauischen Mitbürger über den Verlust ihrer historischen Hauptstadt, doch sollten sich die 150 000 in Kleinlitauen ansässigen Juden später davon überzeugen, daß ihre patriotischen Gefühle nicht die geringste Anerkennung fanden (s. unten, VI). — Ein noch winzigeres, etwa 100 000 Juden zählendes Zentrum war in *Lettland* entstanden, das den sich von Sowjetrußland her ausbreitenden Flammen des Bürgerkrieges nur mit knapper Not entronnen war. Nachdem die kleine baltische Republik die Kinderkrankheit des Judenhasses glücklich überstanden hatte, trat sie in normale Beziehungen zu der jüdischen Bevölkerung, indem sie diese als eine gleichberechtigte nationale Minderheit anerkannte. — Überaus groß war der territoriale Gewinn, den der Weltkrieg *Rumänien* brachte, dem kraft der Friedensverträge von 1919 und 1920 von Juden dicht bevölkerte Gebiete Österreich-Ungarns (die Bukowina, Siebenbürgen, das Banat) zugefallen waren und das sich überdies des russischen Bessarabien bemächtigte, wodurch sich

die Zahl seiner jüdischen Einwohner auf nahezu eine Million erhöhte. Zunächst machte die rumänische Regierung den Versuch, den Juden gegenüber die sattsam bekannte Methode der „Naturalisation" in Anwendung zu bringen, mußte sich aber schließlich nach längerem Widerstreben den Bestimmungen der Verträge von Versailles und Saint-Germain fügen, die es zur vorbehaltlosen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung verpflichteten. Dieses unfreiwillige Zugeständnis wurde den Juden Jahre hindurch mit antisemitischem Terror vergolten (unten, VI).

IV. Der Bürgerkrieg in Rußland und das Gemetzel in der Ukraine (1919—1920)

Während sich in Westeuropa nach dem verheerenden Krieg die allmähliche Wiederherstellung der Friedensverhältnisse vollzog, wurde Rußland nach wie vor vom Bürgerkrieg zerfleischt. Im größten Teil des ehemaligen Zarenreiches wütete der „Kriegskommunismus" mit all seinen Schrecken: gewaltsamer Enteignung, Terror und Hunger, durch die Millionen von Existenzen zerstört wurden. Von den Armeen der „Weißen" umringt, durch die Blockade von der ganzen Welt abgeschnitten, war das riesengroße Land dem Ersticken nahe. Das bolschewistische Ungetüm schlug gleich einem in einen Zwinger gesperrten Raubtier wütend um sich, bot gegen die Aufständischen immer größere Massen von „roten" Truppen auf und vernichtete seine politischen Gegner durch die Inquisition der „Tscheka". Die erhabene Dreifaltigkeit der großen französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ward zerschlagen und in den Staub getreten. An Stelle der Freiheit trat die Parteidiktatur, die Bekämpfung jeder freien demokratischen Gedankenregung durch grausame Verfolgung, durch Einkerkerung, Deportierung, ja durch Massenerschießungen; an Stelle der Gleichheit die Klassenjustiz und die „Klassen-Brotration", an Stelle der Brüderlichkeit Klassenhaß und brudermörderischer Bürgerkrieg. Die der Regierung angegliederten Sonderkommissariate für nationale Angelegenheiten sollten das Prinzip der Autonomie der nationalen Minderheiten symbolisieren, doch lief diese „Autonomie" für die jüdische Minderheit lediglich auf die öffentlichrechtliche Anerkennung der jüdischen Umgangssprache hinaus, während die Gemeindeselbstverwaltung völlig zunichte gemacht wurde. Im

Juni 1919 ließ das „Kommissariat für jüdische Angelegenheiten" den folgenden Befehl ergehen: „Die Räte der jüdischen Gemeinden und der Ze-Waad (der Zentralrat des Gemeindeverbandes in Moskau) sind als bürgerliche Institutionen für immer zu schließen". Alle nach der Märzrevolution frei gewählten demokratischen Gemeinderäte wurden von Rotarmisten unter Anführung irgendeines jüdischen Kommunisten gewaltsam aufgelöst. In das Lager des Kommunismus waren aber inzwischen nicht nur allerlei prinzipienlose Glücksritter, sondern auch die Mehrheit der Mitglieder des „Bundes" und anderer jüdischer sozialistischer Parteien übergelaufen, die zunächst der bolschewistischen Reaktion trotzig die Stirn geboten hatten.

Ein unvergleichlich grauenvolleres Los war den zwei Millionen Juden in der antibolschewistischen Ukraine beschieden, die zum wichtigsten Schauplatz des Bürgerkrieges geworden war. Das Jahr 1919 stellt in der jüdischen Geschichte ein vergrößertes Gegenbild der Schreckensjahre 1648 und 1768 dar: auf die zwei ersten Ausbrüche des „Haidamakentums" folgte nun unter einer neuartigen politischen Konstellation die dritte Eruption. Gleich nach dem Sturz des Hetmans Skoropadskij und dem Abzug der Deutschen aus der Ukraine (Dezember 1918) flackerte zwischen den ukrainischen Separatisten und den Bolschewisten aufs neue der Kampf um die Macht auf. Die in Kiew als „Ukrainisches Direktorium" wiederhergestellte Regierung Petljuras glaubte die Kriegsstimmung ihrer sich gegen den Ansturm der Roten Armee wehrenden Truppen durch die Entfesselung wildester Leidenschaften heben zu müssen. Die Befehlshaber oder „Atamane" der ukrainischen Regimenter, zu denen sich auch irreguläre Haidamakenbanden gesellt hatten, wußten nur zu gut, daß es kein sichereres Mittel gebe, die von ihnen geführten Scharen mit sich zu reißen, als die Erlaubnis, „Jüden niederzumetzeln". Sobald das Direktorium in Kiew Fuß gefaßt hatte, setzten denn auch antisemitische Exzesse ein, die unmittelbar zu wohlorganisierten militärischen Pogromen überleiteten. Schon im Januar 1919 kam es an Dutzenden von Orten zu blutigen Pogromen, von denen die grauenvollsten die in den Städten Owrutsch, Berditschew und Shitomir waren. Die Überfälle verliefen überall nach dem gleichen Schema: nach der Besetzung irgendeiner Stadt durch eine ukrainische Heeresabteilung wurde die jüdische Gemeinde probolschewistischer Gesinnung beschuldigt und zur Entrichtung einer in die Millionen gehenden Kontribution genötigt, wonach

Soldaten vor den Augen der sie befehligenden „Atamane" die Juden nach Herzenslust plündern und morden und die jüdischen Frauen vergewaltigen durften. In Owrutsch befahl der blutrünstige Kosakenataman Kosyr-Syrko vor dem Abzug aus der Stadt eine jüdische Abordnung zu sich, angeblich um mit dieser zu verhandeln, und als dann dreißig Abgeordnete auf dem Bahnhof erschienen, wurden sie kurzerhand über den Haufen geschossen. In Berditschew riß man ehrwürdigen Greisen die Bärte aus und schnitt Lebenden die Ohren ab. In Shitomir, wo das sogenannte „Todesregiment" auf Befehl seines Führers Palijenko fünf Tage lang gewütet hatte, hatten die Juden 80 Todesopfer zu beklagen, während die Zahl der Verwundeten sowie der vergewaltigten Frauen in die Hunderte ging und der materielle Schaden sich auf viele Millionen Rubel belief. Anfang Februar 1919 besetzten die bolschewistischen Truppen Kiew, das Direktorium zog sich nach Podolien zurück, und unmittelbar darauf wurde in der podolischen Stadt Proskurow, gleichsam zur Vergeltung, ein Blutbad von noch nie dagewesenem Ausmaß angerichtet (15. Februar). Der grimmige Ataman Semossenko nahm seinen betrunkenen Haidamaken den Schwur ab, daß sie alle dortigen Juden abschlachten, deren Hab und Gut jedoch unangetastet lassen würden. Die Haidamaken hielten Wort: sie zogen haufenweise von Haus zu Haus und machten alle jüdischen Bewohner, Groß und Klein, mit blanker Waffe nieder, da sie Befehl hatten, mit der Munition sparsam umzugehen und nur auf Flüchtende zu schießen. Drei Tage später wurden in Proskurow in einem Massengrab 1200 Leichen beigesetzt. Im benachbarten Flecken Felstyn wurden in derselben bestialischen Weise von der „Petljura-Brigade" angehörenden Kosaken etwa 500 Juden hingeschlachtet. Als kurz darauf der Kriegsminister Petljura in Proskurow eintraf, erstattete ihm Semossenko einen Bericht über den Pogrom, als handelte es sich um einen ausgeführten Befehl. Es war klar, daß das Oberkommando, um die Aufrechterhaltung der guten Stimmung der nach jüdischem Blut lechzenden Armee besorgt, gegen die Eindämmung der Pogromflut war. Einer jüdischen Abordnung, die Petljura angefleht hatte, den Pogromen Einhalt zu tun, soll dieser gesagt haben: „Ich bitte euch, entzweit mich nicht mit der Armee!" Als in Shitomir zum zweiten Mal ein Pogrom ausbrach, wollte der sich in der Stadt aufhaltende Petljura eine zu ihm geeilte jüdische Deputation überhaupt nicht empfangen. Die Folge dieser Haltung

war, daß die Petljura-Leute in den ersten sechs Monaten des Jahres 1919 im ganzen Lande ungehindert militärische Pogrome inszenierten. Gleichzeitig durchzogen die Ukraine mordend und plündernd irreguläre Banden berufsmäßiger Räuber. Einer dieser Räuberatamane, der von den Bolschewisten zu den ukrainischen Patrioten übergelaufene Grigorjew, richtete im Mai ein fürchterliches Blutbad in Jelisawetgrad an und gab noch viele andere jüdische Gemeinden in der Umgegend der Vernichtung preis.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 folgten auf die nationalukrainischen Pogrome national-russische. Vom Süden her hatte sich nämlich unter dem Oberbefehl des Generals Denikin die aus Offizieren des alten Heeres sowie aus Don- und Kubankosaken bestehende „Freiwilligenarmee" mit dem Angriffsziel Moskau in Bewegung gesetzt. Die sich über die Ukraine ergießende, mit Hilfe der Westmächte ausgerüstete „Weiße Armee" geriet nach und nach ganz unter den Einfluß der reaktionären Monarchisten und der ehemaligen Angehörigen der „Schwarzen Hundert", für die Rache an den Bolschewisten und Judenpogrome Wechselbegriffe waren. Über die Stimmung der „Weißen" falsch unterrichtet, begrüßten die von den Bolschewisten ruinierten und den Petljura-Leuten gemarterten ukrainischen Juden den Vormarsch der im Sommer und Herbst 1919 im südwestlichen Rußland eine Stadt nach der anderen besetzenden Freiwilligenarmee zunächst mit aufrichtiger Freude, die jedoch bald in tiefste Trauer umschlagen sollte. Die Städte, die noch soeben von den ukrainischen Banden verheert worden waren, hallten nun vom Schlachtruf der russischen Sieger wider: „Heil Rußland! Tod den Juden!" In dem Gouvernement Kiew und in Podolien wurden erneut Ströme jüdischen Blutes vergossen. In dem Vorgehen der Offiziere und Kosaken war Methode: unbemittelte Juden schlug man kurzerhand nieder, während man den wohlhabenden zuerst Lösegeld abpreßte; die Frauen galten als Kriegsbeute und waren der lüsternen Soldateska auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Jüdischen Abordnungen, die Denikin um Schutz angingen, wurde die Antwort zuteil, daß das Oberkommando Ausschreitungen jedweder Art untersagt habe, es aber begreiflich fände, daß die zumeist dem Adel angehörenden Offiziere in ihrer unvermeidlichen Erbitterung gegen die Bolschewisten zwischen diesen und den Juden keinerlei Unterschied machten. Ebenso wie Petljura, widerstrebte es eben auch Denikin und seinen Unterführern, den Juden-

haß ihrer Truppen zu dämpfen. Nachdem die Denikin-Armee im September Kiew besetzt hatte, brach für die dortigen Juden eine Zeit wahren Märtyrertums an. Aus Scheu vor der öffentlichen Meinung Westeuropas nahmen zwar die „Weißen" in Kiew von regelrechten Pogromen Abstand, verlegten sich jedoch mit um so größerem Eifer auf stille Pogrome: Haufen von Offizieren drangen mitten in der Nacht in jüdische Häuser unter dem Vorwand ein, diese nach Waffen durchsuchen zu wollen, nahmen den Hausbewohnern angeblich für „patriotische Zwecke" ihr ganzes Bargeld sowie alle Wertsachen ab und raubten den Ausgeplünderten nicht selten auch noch das Leben. Drei Monate hindurch lebten die Kiewer Juden in ständiger Furcht vor dem unheimlichen nächtlichen Besuch und waren so, wie der judenfeindliche Herausgeber des „Kiewljanin", Schulgin, mit Schadenfreude konstatierte, fortwährend einer „Tortur der Angst" ausgesetzt. Als die gegen Moskau vorrückende Armee schon nach kurzer Zeit vor der Übermacht der Roten zurückweichen mußte, waren es wiederum die Juden, an denen die „Retter Rußlands" auf dem Rückzug für ihre Niederlage Rache übten.

Solcherart war der Ausklang des schreckensvollsten Jahres des Bürgerkrieges. Im folgenden Jahr 1920 begann die Blutwelle allmählich abzuebben, doch kam es auch jetzt noch immer wieder zu grausigen Pogromen. Wie ehedem die Weißen, wurden nun die vorrückenden Roten von der schwer geprüften ukrainischen Judenheit als Erlöser begrüßt; und wieder einmal sollte die Enttäuschung nicht ausbleiben: die wiederkehrenden bolschewistischen Machthaber ließen zwar den Juden das Leben, nahmen ihnen aber alle Existenzmöglichkeiten. Als im Frühjahr das vereinigte polnisch-ukrainische Heer die Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland eröffnete, machten sich die von Petljura angeführten Horden, obwohl deren Haupt nunmehr judenfeindliche Ausschreitungen in aller Form untersagt hatte, erneut an ihr blutiges Handwerk (die Gemetzel in Tetijew und in anderen Flecken in der Umgegend von Kiew), wurden aber bald von der andringenden Roten Armee in die Flucht geschlagen. Der ukrainische Judenhaß hatte übrigens auch die Rotarmisten infiziert. Beim Zurückfluten der von Budjenny befehligten roten Reiterei kam es im September und Oktober in Wolhynien und im Kiewer Lande in Dutzenden von Ortschaften zu blutigen Ausschreitungen („Budjenny-Pogrome"). Aber auch noch später, bis in das Frühjahr 1921 hinein,

züngelten an der ukrainischen Brandstätte unter den Schutthaufen bald da, bald dort Flammen hervor: versprengte Scharen von Haidamaken und sonstigen Banditen unternahmen an entlegeneren Orten wiederholt Pogromversuche, die jedoch dank dem raschen Eingreifen des jüdischen Selbstschutzes fast überall fehlschlugen.

Die dritte Eruption des Haidamakentums schließt mit erschütternden Zahlen ab. Im Zeitraum vom Dezember 1918 bis zum April 1921 fanden in der Ukraine 887 große und 349 kleinere Pogrome statt; von den 530 in Mitleidenschaft gezogenen jüdischen Gemeinden hatten etwa 400 ihren Sitz im Gouvernement Kiew, in Wolhynien und Podolien, der Urheimat des Haidamakentums. In der Liste der heimgesuchten Städte kehren am häufigsten schon seit dem XVII. und XVIII. Jahrhundert wohlbekannte Namen wieder: Uman, Fastow, Tetijew, Tulczyn, Nemirow, Brazlaw; viele Gemeinden mußten mehrere Pogrome hintereinander überstehen. Die Gesamtzahl der Todesopfer der Pogrome belief sich auf 60 000, noch größer war die Zahl der Verletzten und Verstümmelten. Viele Städte wurden in Schutt und Asche gelegt, und eine Reihe kleinerer Flecken verschwanden völlig vom Erdboden.

Fünf Jahre später, am 25. Mai 1926, wurde der sich in Paris aufhaltende Petljura mitten auf der Straße von der tödlichen Kugel des Juden Schalom Schwarzbart getroffen. Der junge aus der Ukraine stammende Uhrmacher, während des Weltkriegs Freiwilliger in der französischen Armee, hatte später, nach den Pogromen, seine Heimat besucht und konnte seitdem die Ruhe nicht mehr wiederfinden. Das Blut seiner Brüder schrie zu ihm von allen Ecken und Enden seiner heimatlichen Erde, während der ehemalige Befehlshaber der blutrünstigen Armee, Simon Petljura, in Paris in aller Gemächlichkeit auf das Wiederaufleben des „Freiheitskampfes" wartete. Auf der Stelle verhaftet, blieb Schwarzbart anderthalb Jahre in Untersuchungshaft, wurde aber schließlich vom Pariser Schwurgericht freigesprochen (November 1927). Die Richter hatte ihr Gewissen zu der Erkenntnis gebracht, daß der enthusiastische Sohn des Volkes Israel im Banne des Volkszornes gehandelt hatte, daß der von ihm verübte Terrorakt von dem Wunsche eingegeben worden war, der ganzen Welt das ungesühnte Verbrechen ins Gedächtnis zu rufen.

V. Die rote Autokratie in Rußland und der Untergang des großen jüdischen Zentrums (1921—1928)

Die Bajonette der Roten Armee hatten der Sowjetregierung ermöglicht, ihre Herrschaft über die Gefilde des Todes, den mit Trümmern bedeckten Schauplatz des Bürgerkrieges auszudehnen. Die Ukraine der Haidamaken wurde zu einem Bestandteil der Russischen Föderativen Räterepublik, die in den drei Jahren des Kriegskommunismus immer mehr der Verelendung und der Hungersnot verfiel. Angesichts dieser Ergebnisse seines „Experiments" entschloß sich Lenin nach dem von ihm gegen das Volk geführten Krieg Waffenruhe eintreten zu lassen. Im Jahre 1921 wurden in dem ruinierten Lande die Prinzipien einer „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) proklamiert, nach denen das Handelsmonopol des Staates zugunsten der Bürger teilweise eingeschränkt wurde: die Bauern durften fortan landwirtschaftliche Erzeugnisse absetzen und die Stadtbewohner Kleinhandel treiben, allerdings unter strengster Kontrolle der Sowjetbehörden. Die an den Bettelstab gebrachten jüdischen Händler erhielten so die Möglichkeit, ein kärgliches Stück Brot zu verdienen, und waren gleich der übrigen städtischen Bevölkerung nicht mehr auf die Hungerration der Sowjets angewiesen. Die vorübergehende Einstellung des wirtschaftlichen Krieges gegen die Bürger schloß aber keineswegs den Verzicht auf die politischen Kampfmethoden der Regierung in sich. Das riesengroße Land stöhnte nach wie vor unter dem Terror der „Tscheka", die freilich jetzt den harmloser klingenden Namen G. P. U. („Staatspolitische Verwaltung") führte. Hinrichtungen, Einkerkerung und Deportation aller Andersdenkenden, von den ehemaligen Schergen des Zarismus bis zu den an der Bezwingung der Zarenherrschaft hervorragend mitbeteiligten Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären, waren im Machtbereich der roten Autokratie noch immer an der Tagesordnung. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem politisch verseuchten Lande wuchs ins Unermeßliche. Alle, die sich nicht in ihr Sklavenjoch fügen und mit ihren Überzeugungen nicht Schacher treiben wollten, zogen es vor, in der Fremde das elende Dasein politischer Emigranten zu fristen. Die ins Ausland entkommenen Emigranten waren nur zu einem geringen Teil Monarchisten, während die Mehrzahl den republikanischen und sozialistischen Parteien angehörte. In diesen Deutschland, Frankreich und andere Länder West-

europas und Amerikas überflutenden Emigrantenmassen waren die Juden unverhältnismäßig stark vertreten, da für ihre Flucht, namentlich aus der verwüsteten Ukraine, neben den allgemeinen Beweggründen auch noch die Pogromgefahr bestimmend gewesen war.

Nach dem Tode Lenins (Januar 1924) setzten im Reiche des Bolschewismus erbitterte „Diadochenkämpfe" um die Macht ein. Trotzky, Sinowjew, Stalin und Dutzende von anderen Größen des Marxismus in dessen „leninistischer" Abwandlung streiten über den „wahren" Sinn dieser Lehre und werfen sich gegenseitig Verrat und Treubruch vor, wobei die jeweils stärkere Partei ihre Gegner in die Kerker wirft oder in die Wüste schickt. Der Streit dreht sich hauptsächlich darum, ob der mißglückte Versuch der gewaltsamen Einführung des Kommunismus einstweilen aufgegeben oder ob dieser auch weiterhin gefördert und der Kampf gegen das antibolschewistische Bauerntum und das dezimierte Bürgertum fortgeführt werden solle. Der Kommunismus ist vollends in einen Staatskapitalismus und die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat, ja sogar über die kommunistische Partei selbst ausgeartet, deren Mitglieder wegen der geringfügigsten Abweichung vom jeweiligen Standpunkt der Zentrale unnachsichtig verfolgt werden. So fiel auch Trotzky, die rechte Hand Lenins bei dem an Rußland vorgenommenen blutigen Experiment, nachdem er sich an die Spitze einer der oppositionellen Richtungen gestellt hatte, in Ungnade und zählt nun zu jenen politischen Emigranten, die noch vor kurzem vor seiner Tyrannie geflohen waren.

Im neu erstandenen Reiche der „dreißig Tyrannen" siechen zweieinhalb Millionen Juden dahin, der Rest des noch vor wenigen Jahren von Lebenskraft strotzenden, volle sechs Millionen Seelen umfassenden Zentrums, das selbst die Zarentyrannie nicht zu Boden zu werfen vermochte. Nach der amtlichen Statistik weist Rußland rund eine Million *deklassierter* Juden auf, die ehedem der Mittelschicht angehört hatten und nun infolge des in Handel und Industrie herrschenden Staatsmonopols beruflos geworden sind. Diese Deklassierten sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch tot, da sie als ehemalige „Bourgeois" des Wahlrechts sowie aller anderen staatsbürgerlichen Rechte beraubt sind und auch in ihrem Privatleben vielfach unter schweren Beschränkungen zu leiden haben: für die ihnen zugewiesene enge „Wohnfläche" müssen sie einen unverhältnismäßig hohen Mietzins zahlen, ihre Kinder werden nicht in die höheren Staatsschulen aufge-

nommen, und so ist diese Schicht gleichsam auf den Aussterbe-Etat gesetzt. Die vielen jüdischen Handwerker, jetzt Heimarbeiter genannt, erfreuen sich zwar mancher Bürgerrechte, haben aber mit bitterster Not zu kämpfen, da ihre Auftraggeber in den Städten völliger Verarmung anheimgefallen sind. Die einzige Erwerbsart, die einem gewissen Teil der jüdischen Bevölkerung Rußlands eine mehr oder weniger auskömmliche Existenz sichert, ist der Staatsdienst: durch die Monopolisierung des Handels sind eben Zehntausende von ehemaligen Angestellten zu Staatsbeamten geworden. Diese Beamten, von den subalternen bis zu den höchsten hinauf, müssen aber, um nicht abgebaut und dem Hungertode preisgegeben zu werden, ihren Arbeitgebern stets zu Gefallen sein und Sympathien für den Kommunismus vortäuschen. In den letzten Jahren zeigt die Moskauer Regierung angesichts der von ihr selbst verschuldeten Not das Bestreben, unter den russischen Juden den Ackerbau zu fördern, indem sie ihnen in der Krim und in anderen Gegenden Südrußlands, demselben Gebiet, wo man schon unter den Zaren jüdische Kolonisten angesiedelt hatte, Ländereien zuweist und überdies jüdische Pioniere zum Auszug in das an China stoßende Amurgebiet auffordert. Mit allen von der Regierung und der amerikanischen Hilfsorganisation „Agro-Joint" für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mitteln konnten indessen nicht mehr als etwa 10 000 Familien, d. h. rund 50 000 Seelen, auf dem flachen Lande ansässig gemacht werden, was nicht einmal die Hälfte des natürlichen Zuwachses der jüdischen Bevölkerung in diesen Jahren ausmacht.

Das innere Leben der Juden in Rußland bietet das Bild völliger Verwahrlosung. Die Verwirklichung der national-kulturellen Autonomie ist dort der „Jüdischen Sektion" der Kommunistischen Partei („Jewsekzija") anvertraut, die sich aus fahnenflüchtigen Mitgliedern des „Bundes" und anderer jetzt verbotener sozialistischer Parteien zusammensetzt. Mit wahrem Neophyteneifer suchen diese Vertreter der Obrigkeit selbst ihre russischen Parteigenossen an Fanatismus zu übertreffen. Die „Jüdische Sektion" ist es, auf deren Betreiben die jüdische Religion systematisch verfolgt wird, Synagogen geschlossen bzw. in Arbeiterklubs umgewandelt, Chadarim und Jeschiboth als öffentliche Lehranstalten nicht geduldet werden und die Drucklegung wie auch die Verbreitung von hebräischen Schriften untersagt worden ist. Die Kulturautonomie erstreckt sich nämlich lediglich auf

die Umgangssprache der Volksmassen, das Jiddisch, für das zwecks Verwischung aller Spuren seiner Verwandtschaft mit dem Hebräischen eine neue Orthographie ausgedacht und eingeführt worden ist. Die Zionisten aller Schattierungen mit Einschluß der sozialistischen werden als „Helfershelfer des englischen Imperialismus" verfolgt, in Gefängnisse gesperrt und nach Sibirien verbannt. Das jüdische Schulwesen hat, abgesehen von der Unterrichtssprache, nichts Jüdisches an sich: durch den sogenannten „politischen Elementarunterricht" wird den Kindern Klassenhaß selbst gegen ihre eigenen „bürgerlichen" Eltern, der Glaube an die alleinseligmachende Kraft des Marxismus in der Auslegung Lenins und Verachtung für alle nationalen Heiligtümer des Judentums eingeflößt. Von freier jüdischer Wissenschaft und Literatur kann angesichts des die Kommunistenkirche beherrschenden blinden Dogmatismus überhaupt keine Rede sein. Zwar bestehen an einigen Universitäten (in Moskau, Kiew, Minsk) Lehrstühle für jüdisches Wissen, wie es auch an akademischen Publikationen in jiddischer Sprache nicht fehlt, doch kann die Forscherarbeit dort, wo die elementarste Gedankenfreiheit nicht geduldet wird, unmöglich gedeihen. Aber auch die schöne Literatur ist unter dem Druck der Inquisitionszensur völlig verkümmert. Wie das Pressewesen überhaupt, so ist auch die jüdische Presse Monopolbesitz der Regierung. Die drei in der Volkssprache erscheinenden Tageszeitungen („Emes" in Moskau, „Stern" in Charkow und „Oktober" in Minsk) werden von den zuständigen „Jüdischen Sektionen" ausschließlich zum Zwecke der Parteipropaganda herausgegeben. Soweit irgend ein nichtkommunistisches Sammelwerk die unerbittliche Präventivzensur ausnahmsweise glücklich passiert, bietet es ein Sammelsurium arg verstümmelter Beiträge. Die künstlerische Produktion muß sich nach der „sozialen Bestellung" richten: die Machthaber geben den Dichtern Novellen oder Verse über ein kommunistisches Thema gleich einem prompt zu liefernden Maßanzug in Auftrag. Darum führen denn auch in der Literatur talentlose Ignoranten das große Wort, während die ab und zu aufblitzenden Fünkchen von Begabung in der stickigen Luft bald wieder verlöschen. Die besten wissenschaftlichen und literarischen Kräfte der älteren Generation haben das geknechtete Land verlassen, und diejenigen, die noch dort geblieben sind, sind genötigt, ihren Schaffensdrang zu unterdrücken.

In den ersten Jahren der Bolschewistenherrschaft trösteten sich

die durch diese ruinierten und unterjochten Juden damit, daß nun wenigstens antisemitische Ausschreitungen ausbleiben würden, da ja das Dogma des proletarischen Sozialismus alle nationalen und religiösen Vorurteile in Grund und Boden verdammt. Indessen sollte sich auch dieser Trost als leerer Wahn erweisen. In den letzten Jahren schwillt der Antisemitismus in Rußland immer bedrohlicher an und kommt vor allem in der Verhöhnung und Mißhandlung jüdischer Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen durch ihre russischen Klassengenossen, zuweilen sogar in Mordtaten zum Ausdruck. „Ich habe ihn totgeschlagen, weil ich Russe bin und er Jüd ist" — gab einer der proletarischen Mörder beim Verhör an. Diese Zustände haben ihren Grund nicht zuletzt darin, daß die kommunistische Partei zu einem nicht unerheblichen Teil aus Elementen besteht, die unter dem Zarismus den „Schwarzen Hundert" angehört haben oder hätten angehören können und die sich nunmehr, um sich den Genuß der der herrschenden Partei vorbehaltenen Privilegien zu sichern, auf die rote Fahne schwören. Wohl unterlassen es die Sowjetgerichte nicht, solche Gewalttaten zu ahnden, doch nehmen diese nichtsdestoweniger kein Ende.

So blicken die russischen Juden mit schwerster Sorge in die Zukunft und fragen sich voller Grauen, ob bei der Ablösung der bolschewistischen Diktatur durch eine monarchistische die jetzt gebundene potentielle Pogromenergie sich nicht mit eruptiver Kraft Bahn brechen wird. Die besten Männer Rußlands hegen allerdings noch immer die Hoffnung auf eine unblutige Liquidation des Bolschewismus und eine friedliche Wiederherstellung des demokratischen Regimes; indessen ist es wahrscheinlicher, daß bei einer erneuten Umwälzung der politische Pendel weit nach rechts ausschlagen, wenn nicht gar eine für die Juden besonders verderbliche Zwischenzeit der Anarchie eintreten wird. Zweieinhalb Millionen Menschen stehen so zwischen einer schreckensvollen Gegenwart und einer noch schreckensvolleren Zukunft, vor der Wahl zwischen roter und weißer Diktatur, zwischen Aussterben und gewaltsamem Tod. Noch nie sah sich das jüdische Volk vor eine grausigere Alternative gestellt . . .

VI. Die jüdischen nationalen Minderheiten in Polen und in den anderen neuen Staaten (1921—1928)

Die dem polnischen, litauischen und lettischen Volke zuteil gewordene staatliche Unabhängigkeit bewahrte mehr als drei Millionen

Juden vor dem ihren Stammesgenossen im russischen Sodom und Gomorrha beschiedenen Los. Die Verfassungen der drei neu erstandenen Freistaaten Polen, Litauen und Lettland gewährleisten den dortigen Juden auf Grund internationaler Verträge, allerdings nicht mit der erwünschten Unzweideutigkeit, die Rechte von nationalen Minderheiten. Die aus ehemals russischen, österreichischen und deutschen Gebietsteilen neu gebildete *Polnische Republik* stellt einen großen Nationalitätenstaat dar, in dem Ukrainer, Weißrussen, Deutsche und Juden, die letzteren in einer Stärke von nahezu drei Millionen Seelen, stark ins Gewicht fallende Minderheiten bilden. Der kriegerische Nationalismus des jungen Staates wollte die Gleichwertigkeit der jüdischen Minderheit zunächst nicht gelten lassen, doch gelang es der wohlorganisierten polnischen Judenheit, die in den beiden Kammern des Parlaments, im Sejm und im Senat, zwanzig bis vierzig eigene Vertreter besaß, sich nach und nach als anerkannte nationale Minderheit durchzusetzen. Hierauf nahm der polnische Antisemitismus eine Schwenkung vor, mit der Folge, daß die Juden bei formeller Anerkennung ihrer Gleichberechtigung de facto aus verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens hinausgedrängt wurden. Das Steuersystem, durch das das flache Land auf Kosten der Stadt begünstigt wird, bringt es mit sich, daß die in den Städten vorwiegende jüdische Bevölkerung steuerlich am schwersten belastet ist. Dies wirkt im Verein mit dem Verfall von Handel und Industrie in dem nunmehr von dem russischen Riesenmarkt abgeschnittenen Polen auf die Lage der jüdischen Kaufleute in verderblichster Weise zurück. Zugleich bleiben aber den Juden auch alle Staatsämter, vom Ministerposten bis zu dem eines Briefträgers und Eisenbahnschaffners, unzugänglich. In den Hochschulen gilt für die Juden de facto ein numerus clausus, so daß die jüdische Jugend genötigt ist, ihren Bildungsgang in Westeuropa fortzusetzen. Nach dem von Pilsudski durchgeführten Staatsstreich (1926) legt sich zwar der amtliche Antisemitismus Zurückhaltung auf, doch flößen die fascistischen Neigungen des neuen Regimes ernstliche Besorgnis ein, da der Kampf ums Recht nur in der ungetrübten Atmosphäre der Demokratie erfolgreich sein kann. Die jüdische Parlamentsfraktion (der von dem Abgeordneten Isaak Grünbaum und anderen in Sejm und Senat geführte „Kolo": Klub) tritt energisch für die Rechte des von ihr repräsentierten Volkes ein und schließt sich des öfteren mit den Vertretern

der übrigen nationalen Minderheiten zu einer einheitlichen oppositionellen Front zusammen. Der Kampf der Juden gegen den wirtschaftlichen Antisemitismus beschränkt sich aber keineswegs nur auf politische Proteste, sondern äußert sich darüber hinaus in mannigfachen Formen gegenseitiger Hilfe. Wenn die jüdischen Massen dem Druck der Staatsmaschinerie standzuhalten vermögen, so verdanken sie dies vor allem ihren eigenen Konsum- und Kreditgenossenschaften, ihren Gewerkschaften und anderen Organisationen ähnlicher Art.

Von dem ehemaligen Zentrum in Rußland hat die polnische Judenheit ihr intensives Parteileben geerbt. Neben dem Zionismus in all seinen Verzweigungen entwickelt sich in Polen kräftig auch der sozialdemokratische „Bund", dessen Hauptsitz nach der schon erwähnten Fahnenflucht seiner probolschewistischen Mitglieder Warschau geworden ist. Seine betonte Linksorientierung veranlaßte indessen den „Bund", der Zweiten Sozialistischen Internationale fernzubleiben. Auf der anderen Seite hindert aber der ausgesprochen klassenkämpferische Charakter des „Bundes" diesen nicht daran, für den Ausbau der national-kulturellen Autonomie und insbesondere des von der Warschauer „Zentralen Jüdischen Schulorganisation" geleiteten Schulwerkes zu wirken. Verhältnismäßig stark verbreitet ist unter der jüdischen Jugend in Polen auch der Kommunismus, doch ist dies wohl nur die Folge politischer Unreife, ein Symptom des sogenannten „Linksinfantilismus". Ein Gegenstück zu den Extremisten von links bilden die innerhalb der polnischen Judenheit erstarkten rechtsradikalen Strömungen. Die orthodoxe „Agudas Jisroel" wird immer mehr zur „streitbaren Synagoge", die sich mit der gleichen Schärfe gegen den nationalen wie den sozialen Fortschritt wendet. Der von links und rechts bekundete Parteifanatismus ist übrigens die unausbleibliche Rückwirkung des für Polen überhaupt bezeichnenden Gegensatzes zwischen Fascismus und Bolschewismus. Die große politische Regsamkeit der polnischen Juden zeugt von einem Überfluß an sozialer Energie, die nicht zuletzt der positiven Kulturarbeit zugute kommt. Nach der Zerstörung der jüdischen geistigen Zentren in Rußland sind denn auch Warschau und Wilna die Brennpunkte des geistigen Lebens der Ostjudenheit geworden: die dort erscheinenden jiddischen Presseorgane verschiedenster Richtungen (die hebräische Sprache ist aus der dortigen Presse fast völlig verschwunden), das vielgestaltige Schrifttum, die zahlreichen wissenschaftlichen und literarischen Zir-

kel, Diskussionsabende und Vorlesungen sowie das Volkstheater — all dies ist ein Beweis dafür, daß die polnische Judenheit bei all ihrer materiellen Armut noch immer reich an geistigen Schätzen ist.

In dem kleinen *Litauen* hat der dort in der letzten Zeit herrschende Fascismus die jungen Triebe der jüdischen Autonomie vernichtet. Über den Verlust von Wilna erbittert, schwor das auf das Gebiet von Kowno beschränkte Litauen seinen anfänglichen Liberalismus ab und glaubte sich auch darüber Vorwürfe machen zu müssen, daß es seinen Verpflichtungen gegenüber der jüdischen Minderheit (über 150 000 Seelen) bisher nachgekommen war. Im Jahre 1923 wurden der „Jüdische Nationalrat" und das „Ministerium für jüdische Angelegenheiten" aufgelöst und nach dem Staatsstreich von 1926 auch die jüdischen Gemeinden eines Teiles ihrer Selbstverwaltungsrechte beraubt. Die Beseitigung des Parlaments durch die Regierung Woldemaras machte es der jüdischen Parlamentsfraktion unmöglich, vor aller Welt gegen die Verletzung der völkerrechtlich garantierten Verpflichtungen zu protestieren. Formell bleibt allerdings die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in Kraft, doch ist ihre wirtschaftliche Lage in dem von den Märkten des feindlichen Polen und von Sowjetrußland abgeriegelten Lande nichts weniger als beneidenswert. Nur die den litauischen Juden eigene geistige Frische hilft ihnen über die trübe Zeit der Reaktion hinweg. — Das von dem Übel der Nachkriegszeit, der Diktatur in ihren beiden Abwandlungen, verschont gebliebene *Lettland* gibt seiner jüdischen Minderheit (jetzt etwa 105 000 Seelen) kaum zu Beschwerden Anlaß. Das dort autonome jüdische Schulwesen ist innerhalb des Regierungsapparates im Ministerium für Volksbildung durch ein Sonderdepartement mit einem jüdischen Chef an der Spitze vertreten. Im Parlament werden die Interessen der Juden von fünf bzw. sechs Deputierten, von Vertretern der Zionisten, Bundisten und Agudisten wahrgenommen. Die jiddische Presse und das jiddische Theater sind in normaler Entwicklung begriffen. — Auch das an Lettland stoßende winzige *Estland* räumte seinen nationalen Minderheiten, darunter der etwa 5000 Seelen zählenden jüdischen Bevölkerung, durch das Gesetz von 1925 Kulturautonomie ein. Auf dem öden Hintergrund des benachbarten Reiches des Bolschewismus, des versklavten Rußland, gleichen diese Asyle der Freiheit Oasen in der Wüste.

Einen aufschlußreichen Einblick in die Geschichte der Diaspora

der Nachkriegszeit gewährt die Gegenüberstellung von *Ungarn* und *Rumänien*. Das durch den Ausgang des Krieges um einen bedeutenden Teil seines Territoriums gekommene Ungarn nahm die Beteiligung einiger jüdischer Kommunisten an der Bildung der ephemeren Räterepublik im Jahre 1919 zum Anlaß, um seine Wut über die erlittene Niederlage an den unter seiner Herrschaft verbliebenen Juden (rund 500 000 Seelen) auszulassen. In den ersten Jahren der Reaktion (1920—1923) wütete im Lande ein wilder antisemitischer Terror. Die von dem Leutnant Iwan Hejjas organisierten Banden der „Erwachenden Ungarn" mißhandelten die Juden in den Straßen von Budapest und anderen Städten, demolierten jüdische Häuser und Synagogen und verfielen eines Tages auf den Einfall, in eine jüdische Versammlung eine Bombe zu werfen, durch die viele Versammlungsteilnehmer getötet oder verwundet wurden. Die reaktionäre Regierung des Admirals Horthy sah diesem verbrecherischen Treiben tatenlos zu. Eine Folgeerscheinung des „antikommunistischen" Rachefeldzuges war die immer mehr anschwellende antijüdische Bewegung innerhalb der magyarischen Studentenschaft, die mit an der Spitze der demoralisierten Nachkriegsjugend marschierte. Die Studenten forderten stürmisch die Einführung eines „numerus clausus" für ihre jüdischen Kommilitonen, und als die Regierung diese Forderung erfüllte, wurden sie noch begehrlicher und verlangten in vielen Hochschulen die weitere Verringerung der Zahl der jüdischen Studierenden, wenn nicht gar deren völligen Ausschluß („numerus nullus"). Um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, schreckten die „rassenreinen" Akademiker nicht davor zurück, die jüdischen Studenten zu mißhandeln und sie aus Hörsälen und Laboratorien hinauszuwerfen. Als man den ungarischen Minister für Volksaufklärung im Völkerbunds-Rate an die völkerrechtlich garantierten Minoritätenrechte erinnerte, gab er das Versprechen, die Mißstände abzustellen, ließ aber trotzdem das Parlament ein Gesetz über den „numerus clausus" in verschleierter Form annehmen (1928). Die eingeschüchterten, der Assimilation verfallenen Führer der ungarischen Judenheit leisteten den wilden Gewalttaten wie auch den groben Verletzungen der Gleichberechtigung kaum Widerstand. Ihr patriotischer Servilismus ging so weit, daß sie sogar auf die Rechte einer nationalen Minderheit und damit auch auf das Recht, den Schutz des Völkerbundes anzurufen, in aller Form verzichteten.

Anders war die Haltung der Judenheit Rumäniens, unter dessen Siegesrausch die jüdische Bevölkerung schwer zu leiden hatte. Die im Jahre 1922 erneut zur Herrschaft gelangte quasi-liberale Regierung unter Führung eines Vertreters des Haman-Geschlechtes, Jonel Bratianus (des Sohnes des berühmten Judenhassers), griff ohne Säumen zur alterprobten Taktik, indem sie die internationalen Verträge zum Nachteil der Juden auslegte und einen Widerwillen des rumänischen Volkes gegen die Gleichberechtigung der „Fremdlinge" vorzutäuschen suchte. Zu letzterem Zweck entfesselte die Regierung die wilden Leidenschaften der sich um den Professor Cuza in Jassy scharenden Antisemiten und machte es diesen möglich, die jüdische Bevölkerung Jahre hindurch zu terrorisieren. In den alten wie in den neuen Besitzungen „Großrumäniens": im altrumänischen Regat, in dem Ungarn entrissenen Transsylvanien, in der ehemals österreichischen Bukowina und im russischen Bessarabien wurden blutige Pogrome inszeniert. In Bukarest, Jassy, Czernowitz, Klausenburg waren es namentlich die nicht weniger als ihre ungarischen Kollegen demoralisierten rumänischen Studenten, die dem Zerstörungswerk eifrig oblagen. Die Polizei machte mit den Pogromhelden gemeinsame Sache, und als sich der Präfekt von Jassy ihnen in den Weg stellte, fiel er von der Hand des antisemitischen Studenten Codreanu. Vor Gericht gestellt und von diesem freigesprochen (1925), wurde der Meuchelmörder zum Abgott der zügellosen Jugend. Im Dezember 1927 veranstalteten fünftausend im siebenbürgischen Großwardein (Oradea Mare) zu einer Konferenz versammelte rumänische Studenten zunächst an ihrem Tagungsort und sodann auch in Klausenburg regelrechte Pogrome, bei denen Synagogen demoliert, Männer und Frauen mißhandelt und Geschäfte geplündert wurden. Auf die in Europa und Amerika laut gewordenen Proteste hin beeilte sich die rumänische Regierung, die sich gerade um eine Anleihe in den Vereinigten Staaten bemühte, eine Rechtfertigungserklärung zu veröffentlichen und die Zusicherung zu geben, daß derlei Ausschreitungen in Zukunft nicht geduldet werden würden. Auf die Bratianu-Sippe war freilich kein Verlaß, doch wurde diese bald von der neuen Regierung des Führers der Bauernpartei Maniu abgelöst (1928), dank der im Lande der Willkür zum ersten Mal die Rechtsordnung Fuß gefaßt hat. Das neue jüdische Zentrum in Rumänien, zahlenmäßig viermal so groß wie das alte (etwa eine Million Seelen), schickt sich bereits an,

im Kampf ums Recht dem von der polnischen Judenheit gegebenen Beispiel zu folgen. Statt der früher bei den judenfeindlichen Ministern antichambrierenden jüdischen Fürsprecher stehen jetzt im Vordergrund des öffentlichen Lebens freigewählte jüdische Mitglieder des Parlaments, die eine besondere Parlamentsfraktion bilden, und selbst die assimilierten Kreise der altrumänischen Judenheit werden immer mehr in die politischen Organisationen der jüdischen nationalen Minderheit hineingezogen.

Von den übrigen neugebildeten oder umgestalteten Staaten sind die *Tschechoslowakei* (350 000 Juden) und *Jugoslawien* (70 000 Juden) bisher am sorgsamsten darauf bedacht gewesen, ihre Verpflichtungen der jüdischen Minderheit gegenüber restlos zu erfüllen. In der tschechoslowakischen Republik herrscht aber innerhalb der Judenheit selbst noch immer Uneinigkeit: während sich die eine Hälfte der dortigen Juden zu der in der Staatsverfassung anerkannten jüdischen *Nationalität* zählt, bekennen sich die übrigen zum Judentum nur als zu einer Religion, wohingegen sie sich der Nationalität nach teils den Tschechen, teils den Deutschen, teils den Ungarn zurechnen — eine Folgeerscheinung der Assimilation im alten Habsburgerreiche. — In *Griechenland* (115 000 Juden) und in *Bulgarien* (50 000 Juden) befinden sich die jüdischen nationalen Minderheiten, innerhalb derer die Sephardim überwiegen (so insbesondere im griechischen Saloniki), noch im Stadium der Organisierung. In der nach dem Kriege territorial stark geschmälerten *Türkei* (160 000 Juden), wo Mustafa Kemal Pascha mit eiserner Hand die Europäisierung und zugleich die Nationalisierung der Bevölkerung durchführt, sahen sich die jüdischen Notabeln von Stambul genötigt, im Namen der türkischen Judenheit auf deren Minoritätsrechte zu verzichten, doch hat die Assimilation in Form der Ottomanisierung kaum Aussicht auf Erfolg. — In der sich in Wien und seiner Umgebung konzentrierenden jüdischen Bevölkerung der *Republik Österreich* (nahezu 300 000 Seelen) sind die ererbten Assimilationstendenzen noch viel zu mächtig, als daß sich die dortige Judenheit in ihrer Gesamtheit als nationale Minderheit hätte bekennen können; sollte aber der Traum der Deutschösterreicher vom Anschluß an das Deutsche Reich nicht in Erfüllung gehen und die österreichische Judenheit von der deutschen isoliert bleiben, so wird wohl auch in Österreich die Frage des Zusammenschlusses der zahlenmäßig recht imposanten jüdischen Bevölkerung

zu einer rechtlich anerkannten nationalen Minderheit früher oder später aktuell werden.

VII. Westeuropa, Amerika und Palästina. — Ausblick

Von den westeuropäischen Mächten ist es heutzutage *Deutschland*, das, um die Entwicklungsmöglichkeiten der in Polen, der Tschechoslowakei, Italien und den Baltischen Staaten versprengten Bruchstücke des deutschen Volkes besorgt, an dem Problem der nationalen Minderheiten am meisten interessiert ist. Innerhalb des Deutschen Reiches selbst entbehrt freilich dieses Problem, wenn man von der polnischen Minorität in Deutsch-Schlesien absieht, der aktuellen Bedeutung. Die deutschen Juden denken nicht daran, auf den Titel einer nationalen Minderheit Anspruch zu erheben: die einen, weil sie völlig assimiliert sind, die anderen aus Furcht vor dem Antisemitismus, wiewohl dessen Spitze sich auch gegen die sich als Deutsche fühlenden Juden richtet. Nach dem Kriege hat der Antisemitismus in dem reaktionären, gegen das neue republikanisch-demokratische Deutschland aufbegehrenden Teile des deutschen Volkes in der Tat recht bösartigen Charakter angenommen. Die sich nach der gepanzerten Faust sehnenden Monarchisten und Militaristen wollen sich mit der neuen, Deutschland zur Ehre gereichenden Staatsordnung nicht abfinden und suchen diese als „Judenrepublik" verächtlich zu machen. Im politischen Programm der rechtsradikalen Parteien (der Nationalsozialisten und sonstigen Völkischen) sind Antirepublikanismus und Antisemitismus Wechselbegriffe, und die dort empfohlenen Kampfmethoden sind dem altgermanischen Faustrecht entlehnt. Die zum größten Teil von Hitler geführten, mit den Republikanern auf Kriegsfuß stehenden „Hakenkreuzler" scheuen sich nicht, auf den jüdischen Friedhöfen Grabsteine der Toten zu zerstören und auf den Straßen lebende Juden zu verprügeln. Im Herbst 1923 kam es in einem viele Ostjuden beherbergenden Berliner Stadtviertel sogar zu einem Pogromversuch. Einen ansehnlichen Platz nimmt der Antisemitismus auch im Programm der konservativen Deutschnationalen Partei ein, und die sich an diese anschließenden Wehrbünde („Stahlhelm" u. a.) machen aus ihrem angriffslustigen Judenhaß vollends kein Hehl. So erscheint es nicht weiter verwunderlich, daß in den rechtsradikalen Kreisen Deutschlands die „Protokolle der Weisen von Zion" Anklang

fanden, jene von Irrsinn diktierte, schon vor dem Weltkrieg verfaßte Schmähschrift, in der ein obskurer Vertrauensmann des zaristischen Polizeidepartements einen nie stattgehabten jüdischen Kongreß unter anderem die Resolution annehmen läßt, daß der Christenheit zum Verderben und um des Triumphes des auserwählten Volkes in Zion willen die christlichen Völker gegeneinander aufzuhetzen und in einen Weltkrieg hineinzutreiben seien. Alle diejenigen, die die eigentliche Schuld an dem Mißgeschick Deutschlands traf, wie etwa der Exkaiser Wilhelm II. und sein General Ludendorff, erblickten nun in dieser groben Fälschung einen Rettungsanker und beteuerten unter Berufung auf die „Protokolle", daß es die jüdisch-freimaurerischen Geheimbünde gewesen seien, die das Land in den Krieg hineingezogen und das deutsche Volk seiner angestammten Herrscher beraubt hätten. Aus diesen reaktionären Kreisen gingen auch die Meuchelmörder hervor, denen der republikanische Minister Walther Rathenau, ein glühender Patriot, der sich um die Linderung der Not seines Heimatlandes sowohl in der Kriegszeit als auch in den ersten Nachkriegsjahren große Verdienste erworben hatte, zum Opfer fiel (Juni 1922). Durch das antisemitische Kesseltreiben eingeschüchtert, gehen die deutschen Juden in der innerdeutschen Politik selbst dem Schatten einer jüdischen Nationalfrage ängstlich aus dem Wege und lassen bestenfalls die jüdische Bevölkerung in den osteuropäischen Staaten als nationale Minderheit gelten. Aber auch in den westeuropäischen Ländern, in denen der Antisemitismus keine unmittelbare Gefahr bildet, in *Frankreich* und *England*, sind die Juden in weitgehendem Maße von der Assimilationsideologie beherrscht. Höchst bezeichnend ist es, daß die Pariser „Alliance Israélite Universelle" und das Londoner „Joint Foreign Committee" (eine Tochterorganisation der „Anglo-Jewish Association" und des „Board of Deputies") sich geweigert haben, das schon erwähnte, vom „Komitee der jüdischen Delegationen" im Jahre 1919 der Pariser Friedenskonferenz überreichte denkwürdige Memorandum über die Rechte der nationalen Minderheiten mitzuunterzeichnen. Im fascistischen *Italien* sind die auf das Wohlwollen Mussolinis angewiesenen Juden, wie kaum gesagt zu werden braucht, völlig außerstande, sich zur jüdischen Nationalität zu bekennen.

Innerhalb der Westjudenheit gehört die Hegemonie noch immer dem Zentrum in Deutschland. Selbst die assimilierte Schicht der dorti-

gen Juden scheint reich an unverbrauchter nationaler Energie zu sein, und das nationale Marranentum ist dort merklich im Abstieg begriffen. Hervorragende jüdische Repräsentanten der Wissenschaft, Literatur und Politik bekunden in Deutschland offen ihre Sympathien für den Zionismus (Albert Einstein, Eduard Bernstein u. a.). Im deutschen Zionismus wiederum schwindet die ehedem so starke Abneigung gegen den „Galuth-Autonomismus". Einen kräftigen Antrieb in dieser Richtung gab die Annäherung zwischen der West- und der Ostjudenheit, eine bedeutsame Erscheinung von unabsehbaren historischen Folgen. Die schon rein zahlenmäßig imposante *politische Emigration* aus dem zerstörten russischen Zentrum führte den Hauptzentren der Westjudenheit, auf die sich die geistige Elite der Ankömmlinge aus dem Osten verteilt hat, neue Lebensenergie zu. Diese „Weisen aus dem Osten" waren es, die im Verein mit den besten jüdischen Köpfen Westeuropas und Amerikas in Paris das erwähnte „Komitee der jüdischen Delegationen", die Keimzelle einer zukunftsreichen internationalen Organisation, geschaffen haben. Am Wendepunkt unserer Geschichte wurde dieses Komitee zum Hort der Volksinteressen: es rollte als erstes vor einem internationalen Forum das Problem der jüdischen Minderheit als einen organischen Bestandteil des umfassenden Minoritätenproblems auf und rief jedesmal, wenn die Juden in der Ukraine oder in Polen, in Rumänien oder in Ungarn unter Verfolgungen und Verletzungen ihrer Gleichberechtigung zu leiden hatten, den Schutz des Völkerbundes und anderer maßgebenden politischen Instanzen an. Wohl hatte dieser Appell zumeist eine mehr moralische als reale Bedeutung, doch wer will sagen, wie oft der zum Schlage ausholende Feind auf die im Westen ertönenden Protestrufe hin seine Hand wieder sinken ließ? Im August 1927 wurde auf der in Zürich von jüdischen Parlamentariern und Delegierten verschiedener in Europa und Amerika bestehender jüdischer Organisationen abgehaltenen Konferenz der Beschluß gefaßt, das „Komitee der Delegationen" in einen „Rat der jüdischen Minderheiten" („Council for the rights of Jewish Minorities") umzugestalten; der neugewählte Rat hat seinen Sitz in Paris und unterhält in Genf, der Residenz des Völkerbundes, ein ständiges Informationsbüro. Durch die Wahl seines Leiters Leo Motzkin in das Präsidium des periodisch zusammentretenden „Europäischen Nationalitätenkongresses" kam der „Jüdische Rat" in engste Verbindung mit den gleichgearteten Organen der deut-

schen, slawischen und sonstigen Minderheiten in den verschiedensten Ländern. Viele jüdische Politiker im Westen, gewohnt, ihren bedrängten „Glaubensgenossen" auf dem Wege der „Schtadlanuth", durch Fürsprache bei Ministern und Diplomaten, beizustehen, können sich mit dieser Taktik des offenen Kampfes um die Rechte der Judenheit als einer der nationalen Minderheiten noch immer nicht abfinden; sobald jedoch der noch in den Kinderschuhen steckende Völkerbund festen Fuß fassen und seiner Aufgabe voll gerecht werden wird, wird niemand mehr im Zweifel darüber sein können, daß die Entscheidung über das Los der Weltdiaspora in ihrer Gesamtheit nicht einzelnen Regierungen, sondern dem obersten Rat der Völker, dem Hüter internationaler Gerechtigkeit, anzuvertrauen ist.

Größeres Verständnis zeigte der jüdische Westen für die *wirtschaftliche* Not des jüdischen Ostens. An der Spitze des zugunsten der Ostjuden eingeleiteten Hilfswerkes steht das amerikanische „Joint Distribution Committee" („Vereinigtes Verteilungskomitee"), kurzweg „Joint" genannt, das bereits während des Weltkrieges die durch diesen in verschiedenen Ländern geschädigten Juden unterstützt hat und nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Rußland die Not der Ruinierten und Darbenden, der Flüchtlinge und Emigranten in großzügigster Weise linderte. In den letzten Jahren finanziert der „Joint", dessen europäische Zentrale ihren Sitz in Berlin hat, in erster Linie solche Organisationen, die den Wiederaufbau der jüdischen Wirtschaft in den osteuropäischen Staaten und insbesondere die Förderung der landwirtschaftlichen Kolonisation in Sowjetrußland bezwecken. Von den Hilfsorganisationen, die die politischen Emigranten mit dem Beistand ihrer westlichen Stammesbrüder geschaffen haben, entfaltet die größte Aktivität bei der wirtschaftlichen Rekonstruktionsarbeit der „ORT", die schon vor dem Kriege in Rußland gegründete „Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und Ackerbaus unter den Juden", die sich nunmehr zu einer Weltorganisation entwickelt hat und deren von L. Bramson geleitete zentrale Verwaltungsstelle sich in Berlin befindet. Die sogenannte „Laborisation", die wirtschaftliche Sanierung der jüdischen Massen durch ihre Heranziehung zu produktiver Arbeit, diese alte, von der Haskala-Epoche überkommene Aufgabe besitzt im Westen den Reiz der Neuheit und findet immer stärkeren Anklang. Auch die „OSE", die gleichfalls in der Vorkriegszeit in Rußland gegründete „Gesellschaft zum Schutze der Gesundheit

der jüdischen Bevölkerung", hat unter Leitung von Dr. Julius Brutzkus von Berlin aus ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Regelung der Auswanderung der Juden aus Europa nach Übersee wiederum liegt dem „Emigdirekt" (dem von M. Kreinin geleiteten „Emigrationsdirektorium") ob, das in engster Gemeinschaft mit der amerikanischen „Hias" (oben, § 29) und der Pariser „JCA" tätig ist. Angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Argentinien infolge der dort geltenden prohibitiven Bestimmungen für eine Masseneinwanderung kaum noch in Betracht kommen, ist die jüdische Emigrationsbehörde genötigt, sich nach neuen Siedlungsgebieten umzusehen und neuartige Übersiedlungsmethoden zu erfinden. Die Deutschland passierenden Emigranten sowie die kulturellen Institutionen in Osteuropa finden überdies Unterstützung beim Berliner „Hilfsverein der Deutschen Juden", der seine Tätigkeit im Geiste seines inzwischen verstorbenen Gründers Paul Nathan fortführt. Der vom Nestor der in Berlin ansässigen jüdischen Emigranten Jakob Teitel gegründete „Verband russischer Juden" sorgt für die Linderung der Not der Flüchtlinge aus Sowjetrußland. Eine ganze Reihe ähnlicher, in Paris, London und anderen Großstädten bestehender Organisationen ist gleichfalls bemüht, die versprengten Splitter des ehemaligen Zentrums in Rußland nach Möglichkeit zusammenzuhalten.

Der Weltkrieg, der Europa und *Amerika* einander näher gebracht hat, hat auch die Diasporateile der beiden Kontinente namentlich in der Nachkriegszeit in nähere Berührung miteinander gebracht. Die Zeit ist allerdings vorbei, da die große transatlantische Republik Hunderttausende von Ankömmlingen aus Osteuropa aufnahm. Gerade in dem Augenblick, da die von dem weißen und roten Terror hin und her gepeitschte russische Judenheit mehr denn je auf die Zufluchtsstätte in Amerika angewiesen war, setzten die Vereinigten Staaten der Einwanderung aus Europa und damit auch der jüdischen einen festen Damm entgegen. Im Jahre 1921 blieb zwar die Zahl der dorthin eingewanderten Flüchtlinge aus Osteuropa hinter dem Jahresdurchschnitt der Vorkriegszeit nicht zurück (etwa 120 000 Seelen), doch sollte sie in den folgenden Jahren, nach Einführung der beschränkenden „Quote", immer mehr zurückgehen und von je 50 000 in den Jahren 1922—1924 im Jahre 1925 auf nur 10 000 Einwanderer sinken. Ungeachtet dessen jedoch, daß die Vereinigten Staa-

ten ihre ehemalige Bedeutung als Einwanderungsland eingebüßt haben, spielt die dortige Judenheit in der Weltdiaspora als deren zahlenmäßig größtes Zentrum (im Jahre 1925 etwa vier Millionen Juden, von denen in New York allein mehr als anderthalb Millionen wohnen) eine überaus aktive Rolle. Einstmals europäische Kolonie, ist das jüdische Amerika nach dem Kriege zu einem wichtigen Faktor des Wiederaufbaus seiner alten Stammländer geworden. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob es dem amerikanischen Zentrum nicht noch beschieden sein wird, selbst zu einer Metropole des Judentums, zu einer „Mutter in Israel", einem Hegemoniezentrum der Weltdiaspora zu werden. Wenn die Nation, die dem starken Druck der modernen europäischen Kultur standzuhalten vermocht hat, sich auch in dem amerikanischen „Schmelztiegel" nicht auflösen wird, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß auf die asiatische und europäische eine amerikanische Periode der jüdischen Geschichte folgen wird. Vorläufig besteht noch kein Grund zu der Befürchtung, daß die jüdische Kultur in Amerika durch die Assimilation schwerer gefährdet sei als in Europa, da die gewaltige Konzentration der Juden in den amerikanischen Großstädten und das engmaschige Netz ihrer sozialen und kulturellen Institutionen diese Gefahr erheblich verringern. Noch ist die transatlantische Diaspora mit ihrem europäischen Mutterlande durch tausend Fäden verbunden. Noch gibt die lebende Sprache der Volksmassen, das Jiddisch, in der Presse und dem öffentlichen Leben der jüdischen Wohnviertel von New York, Chicago, Montreal und Buenos Aires trotz der starken Konkurrenz der englischen bzw. spanischen Sprache den Ausschlag. Mit der Zeit kann aber auch die englische Sprache ebenso zu einem Werkzeug der jüdischen Kultur werden, wie es im Mittelalter die arabische und in neuerer Zeit die deutsche gewesen ist. Jedenfalls bietet Amerika, das in immer steigendem Maße die wirtschaftliche Welthegemonie an sich reißt, den jüdischen Massen die festeste materielle Basis. Zugleich nimmt in den Vereinigten Staaten der politische Einfluß der jüdischen Öffentlichkeit zu, und manche Erscheinungen der jüngsten Zeit zeugen davon, daß die amerikanische Judenheit auch der jüdischen Nationalpolitik tatkräftige Förderer zu stellen vermag.

Der europäische und der amerikanische Teil der Diaspora arbeiten nunmehr mit vereinten Kräften an dem Wiederaufbau des nationalen Zentrums in *Palästina*. Der Ausgang des Weltkrieges hat der zioni-

stischen Weltorganisation ungeahnte Möglichkeiten erschlossen. In den Jahren der katastrophalen Krise richteten sich die Blicke von Millionen in der Hoffnung auf die Erlösung, die „Gëula", auf Zion. In den Ohren der durch die ukrainischen Gemetzel und den bolschewistischen Terror erschütterten, aus Rußland hinausstrebenden Juden klang die Balfour-Deklaration von dem „Nationalheim" in der uralten Heimat Israels wie eine messianische Botschaft. Sobald die englischen Okkupationsbehörden die Einreise nach Palästina gestattet hatten, machten sich denn auch ganze Scharen von begeisterten jungen Pionieren, von „Chaluzim", auf den Weg, von denen jedoch in der ersten Zeit nur wenige ins Land gelassen wurden, da es zunächst dessen Aufnahmefähigkeit zu erweitern galt. Nun sollten aber die Enthusiasten die erste schwere Enttäuschung erleben: durch die Perspektive eines jüdischen Palästina erregt, veranstalteten die Araber in Jerusalem eine Protestdemonstration, die in Straßenexzesse ausartete, in deren Verlauf fünf Juden getötet wurden (4.—6. April 1920). Um die Araber nicht noch mehr zu reizen, verzichteten die englischen Militärbehörden nicht nur darauf, gegen die Unruhestifter mit der nötigen Energie vorzugehen, sondern untersagten auch den Juden, sich zu Verteidigungszwecken zu bewaffnen, und als der Schöpfer der „Jüdischen Legion" Jabotinsky, ohne sich um das Verbot zu kümmern, eine Selbstwehr aufstellte, wurde er dem Gericht überantwortet. Kurz vorher, im März, hatten arabische Banden die jüdischen Kolonien Metula und Tel Chaj in Nordgaliläa überfallen und hierbei sechs Mitglieder der letzteren „Kwuza" (Siedlungsgenossenschaft), darunter den heldenmütigen Führer der Jüdischen Legion Joseph Trumpeldor, getötet. Anfang Mai 1921 kam es auch in Jaffa zu einem Pogrom, bei dem u. a. der Dichter Ch. J. Brenner und zwei jüngere hebräische Schriftsteller ums Leben kamen. So hatte sich gezeigt, daß nicht nur in der Diaspora, sondern auch in Palästina eine „Judenfrage" besteht, die Frage nämlich, wie in dem Lande mit seiner arabischen Mehrheit (nahezu 700 000 Seelen) der jüdischen Minderheit, die während des Krieges auf 50 000 Seelen zusammengeschmolzen und auch ein Jahrzehnt später auf nur 150 000 Seelen angewachsen war, das „Nationalheim" gesichert werden könne. Das im Jahre 1922 England übertragene Mandat für Palästina brachte dieses Problem seiner Lösung kaum näher. Das ehemalige jüdische Mitglied des liberalen englischen Ministerkabinetts Sir Herbert Samuel, der das Land bis 1926 als „High

Commissioner" (Oberster Kommissar) verwaltete, sah sich genötigt, zwischen arabischen und jüdischen Forderungen eine Mittellinie einzuhalten, und war daher bestrebt, die jüdische Kolonisation eher einzudämmen als sie zu fördern.

Gleichwohl ging die Übersiedlung von Juden nach Palästina mit elementarer Kraft vor sich, wobei das neue, fieberhaft ausgebaute Kolonisationswerk sich in gleichem Maße auf Stadt und Land erstreckte. Die kurz vor Kriegsausbruch entstandene jüdische Siedlung Tel Awiw bei Jaffa verwandelte sich in eine große europäische Stadt mit einer vierzigtausendköpfigen, ausschließlich jüdischen Bevölkerung. Neben den alten Kolonien in Judäa und Galiläa entstanden die „Kwuzoth", die Siedlungsgenossenschaften, in denen die jungen „Chaluzim" das Land mit dem Enthusiasmus von Glaubenseiferern bebauten. Sie sind es, die den verödeten „Emek Jesreel" allmählich zu dem blühenden Garten machen, der er im Altertum gewesen war. Die in den palästinensischen Arbeiterorganisationen („Achduth ha'awoda", „Ha'poël ha'zaïr" u. a.) verkörperte Verknüpfung von Zionismus und Sozialismus wirkte auch sonst Wunder. Im Frühjahr 1925 fand in Jerusalem auf dem historischen Berge Zofim (Skopus) die feierliche Eröffnung der Hebräischen Universität statt. Wiewohl diese vorläufig nur wenige Lehrstühle für jüdisches und allgemeines Wissen umfaßt (einen dieser Lehrstühle hat der Geschichtsschreiber Joseph Klausner inne) und so lediglich die Keimzelle der ersehnten nationalen Universität darstellt, rief die bei ihrer Gründung ausgegebene Losung von der „Lehre aus Zion" in der jüdischen und zum Teil auch in der christlichen Welt große Begeisterung hervor. Seither hat der ununterbrochene Zustrom von Einwanderern, insbesondere die Massenimmigration („Alija") des Jahres 1925 zur unvermeidlichen Krise geführt: das kleine, verarmte Land war dem amerikanischen Tempo der Besiedlung nicht gewachsen. Es setzte Arbeitslosigkeit und im Zusammenhang damit eine Rückwanderung nach der Diaspora ein. Der eingetretene Rückschlag veranlaßte indessen die Zionistische Organisation, ihr Ziel mit verdoppelter Energie zu verfolgen: ihre Führer Weizmann, Sokolow, Ussischkin u. a. gaben der Tätigkeit der zionistischen Finanzorgane „Keren Kajemeth" und „Keren Hajessod" einen noch nie dagewesenen Schwung, und ein ganzes Heer von Sendboten, von „Meschullachim" neuzeitlichen Gepräges, bereist den Erdball zwecks Sammlung von Spenden für diese beiden Fonds. Das

reiche jüdische Amerika wurde bereits in den Kreis des Zionismus einbezogen, und der Gedanke, die Kolonisation Palästinas aus einer Partei- in eine allnationale Angelegenheit zu verwandeln, ist der Verwirklichung nahe: an der in dem englischen Mandat für Palästina in Aussicht genommenen „Jewish Agency", einem Beratungsorgan bei der Mandatsverwaltung, beteiligen sich neben den Zionisten auch mit dem Kolonisationswerk sympathisierende Nichtzionisten, wodurch dieses Werk auf eine festere finanzielle Basis gestellt werden soll[1]).

Die Erfahrung lehrt allerdings, daß mit einer raschen Besiedlung Palästinas nicht zu rechnen ist: wurde doch auf dem letzten Zionisten-Kongreß erklärt, daß selbst bei intensivster Arbeit die Zahl der Juden im Lande im Laufe der nächsten fünfzig Jahre auf höchstens eine Million erhöht werden könne, so daß die jüdische Landesbevölkerung auch dann noch der in stetem Wachstum begriffenen arabischen Bevölkerung gegenüber eine Minderheit darstellen würde. Die Idee des „Judenstaates", deren Parteigänger vor allem die von Jabotinsky geführten zionistischen „Revisionisten" sind, erweist sich somit als kaum realisierbar, und die meisten Zionisten streben daher in Palästina nur noch ein arabisch-jüdisches Kondominium an, dessen Durchführung aber gleichfalls schwer zu überwindende Hindernisse entgegenzustehen scheinen. Desto rascher schreitet die Verwirklichung der Bestrebungen des geistigen Zionismus, der Ideale Achad Haams fort, dem es vergönnt war, seinen Lebensabend im Lande seiner Träume zu verbringen und der Eröffnung der Jerusalemer Universität beizuwohnen (er starb Januar 1927 in Tel Awiw). Auf dem Boden Palästinas ist bereits eine Generation erwachsen, für die das Hebräische Muttersprache und die Sprache des häuslichen Lebens, der Schule,

[1]) Kaum hatte sich auf der Züricher Konferenz im August 1929 die vereinigte „Jewish Agency" konstituiert, als Palästina zum Schauplatz erschütternder Ereignisse wurde: in Hebron und Safed richteten Araber unter den dortigen Juden ein Blutbad an, und auch in Jerusalem, Haifa und in einer Reihe landwirtschaftlicher Kolonien wurde die jüdische Bevölkerung von arabischen Banden überfallen, die nur dank dem Heldenmut des jüdischen Selbstschutzes abgewehrt wurden (23. bis 31. August 1929). Diese Blutorgie war durch die Agitation der Wortführer des Panarabismus heraufbeschworen worden, die die Aufhebung der Balfour-Deklaration und die Errichtung eines arabischen Palästina als Bestandteil des künftigen Großkalifats anstreben. Der Kampf spitzt sich immer mehr zu, und seine Folgen sind schwer abzusehen. Mitten im Triumph der zionistischen Idee taucht so ein düsterer Schatten auf, der daran erinnert, daß die Tragödie des umherirrenden Israel selbst an der Schwelle seiner historischen Heimat noch nicht abgeschlossen ist und daß es auch dort ein inneres „Galuth", ein „Galuth Arab", gibt.

des öffentlichen Verkehrs und der Tagespresse ist. Ist nun anzunehmen, daß Palästina mit der Zeit zu einem die ganze Diaspora beeinflussenden geistigen Zentrum werden und so die einstige orientalische Hegemonie innerhalb der Weltjudenheit wieder erstehen lassen wird? Bei dem gegebenen Kräfteverhältnis wird wohl ein solcher Einfluß nur zum Teil geschichtliche Tatsache werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch in Zukunft zwei ungleiche Teile der Nation nebeneinander fortbestehen: der eine in Palästina, der andere in der Diaspora, jener mit hebräischer Umgangssprache, dieser sich der jiddischen und aller möglichen anderen Sprachen bedienend, ein kleines, in sich gefestigtes Juda und ein großes zerstreutes Israel. Diese beiden Teile werden wohl in eine für die Gesamtheit der Nation segensreiche kulturelle Wechselwirkung treten.

* * *

Nach langem Wandern durch die Jahrhunderte, nach einem Rückblick auf die vier Jahrtausende der jüdischen Geschichte ist es statthaft, die Frage zu stellen: Quo vadis, Israel? Der Veteran der Geschichte ist nunmehr ebenso wie die ganze durch die Stürme des Weltkrieges erschütterte Menschheit an einem Scheideweg angelangt. Eine neue Welt wird in Schmerzen geboren. Nach der blutigen Sintflut leuchtete am Horizont der Regenbogen des Friedens auf: der Völkerbund, der Abrüstungsgedanke, der Schutz der nationalen Minderheiten, das Ideal Paneuropa. Indessen sieht sich der Pazifismus noch immer mächtigen Feinden gegenüber: einerseits den altüberkommenen Anschauungen des Militarismus und der Revanchesucht, andererseits den zwei neuen Polen des Staatslebens, dem Bolschewismus und Fascismus, die innerhalb ihres Herrschaftsbereiches gewaltsam die Links- oder Rechtsdiktatur aufrechterhalten und schwertrasselnd den internationalen Frieden bedrohen. Die Welt steht vor einem Dilemma: soll die Politik der gegenseitigen Vernichtung von den Völkern und Klassen weiter getrieben oder aber der Friede zwischen den Staaten, zwischen den Völkern innerhalb eines jeden Staates und zwischen den Klassen innerhalb eines jeden Volkes, der Friede auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit und der wahren Demokratie angestrebt werden? Vor der Menschheit liegen nun zwei Wege, der des Lebens und der des Todes. Beschreitet sie die Bahn des Friedens, dann wird auch der Krieg, der Jahrhunderte lang in den verschieden-

sten Ländern gegen das einzige unbewaffnete Volk, das jüdische, geführt wurde, ein Ende nehmen.

Wird einmal auf Erden die Ära des ewigen Friedens anbrechen, dann wird man an die ganze vorhergehende Geschichtsperiode, in der die sogenannten Kulturvölker sich gegenseitig zu vernichten trachteten, als an eine Zeit rohester Barbarei zurückdenken. Dem neuen Menschen wird unsere Geschichte als die Entwicklungsgeschichte vorsintflutlicher, über den tierischen Zustand kaum hinausgewachsener Anthropoiden und unsere Geisteskultur als ihres Namens nicht würdig erscheinen. Wenn aber die Kinder der fernen Zukunft dereinst die vergilbte, sechsundzwanzig Jahrhunderte vor der letzten Sintflut entstandene Urkunde aufrollen und darin die Weissagung des jüdischen Propheten finden werden, daß man „am Ende der Tage" der Kriegskunst nicht mehr gedenken und die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden wird, dann werden sie erkennen, daß schon in grauer Vorzeit Männer von höchster Sittlichkeit gewirkt haben und daß solche Männer zuerst jenes Volk hervorgebracht hat, das unter den Greueln der alten Welt am schwersten zu leiden hatte. Wenn es dem Volke Israel noch beschieden ist, jene glückliche Zeit mitzuerleben, so wird ihm die volle Gewißheit zuteil werden, daß es nicht umsonst Jahrtausende hindurch unter dem Banner des ältesten Pazifismus, dem der Menschenliebe, der Ideale des Friedens und der Gerechtigkeit, um seine Weiterexistenz gerungen hat.

Ende des zehnten und letzten Bandes

ANHANG

BIBLIOGRAPHIE

Quellen- und Literaturnachweise

§ 1. (Die antisemitische Reaktion)

Außer den im Texte erwähnten Quellen: *Allgemeine Zeitung des Judentums*, Jahrg. 1878—1880; *Auerbach*, Das Judentum und seine Bekenner in Preußen, 1—21, 85—93 (Berlin 1890); *Lehnhardt*, Die antisemitische Bewegung in Deutschland (Zürich 1884); *M. Philippson*, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes II, 1—18 (die Angaben zum Teil ungenau); *K. Waurzinek*, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien, 1873—1890 (Berlin 1927).

§ 2. (Abwehrversuche)

Mitteilungen vom Deutsch-Israelitischen Gemeindebunde, 1880—1881 (Leipzig); *M. Lazarus*, Treu und Frei, gesammelte Reden und Vorträge, 53—113 (Leipzig 1887); *Hermann Cohen*, Jüdische Schriften II, 73—100 (Berlin 1924); *J. Meisl*, Heinrich Graetz, 111—116 (Berlin 1917).

§§ 3—5. (Der Antisemitismus der achtziger und neunziger Jahre)

Allgemeine Zeitung d. Jud. und andere jüdische Presseorgane aus den Jahren 1880—1900; *Auerbach*, op. cit., 21—47, 58 f., 93 f., 109 f.; *Philippson*, op. cit. II, 23—59; *Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus*, Berlin 1891—1896 (insbesondere der Jahrgang 1892, S. 58—70, 253 f. sowie Jahrg. 1893, S. 439 f.); *Antisemiten-Spiegel* (Danzig 1892, herausg. vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus); *„Im Deutschen Reich"*, Zeitschr. d. Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Jahrg. 1895—1896 (Berlin); *P. Nathan*, Xanten-Cleve, Betrachtungen zum Prozeß Buschhof (Separatabdruck aus der Wochenschrift „Nation", Berlin 1892); *E. Fuchs*, Um Deutschtum und Judentum, S. 3—83 (Frankfurt a. M. 1919).

§ 6. (Die Statistik der deutschen Juden. Das geistige Leben)

Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (Berlin 1898); *A. Ruppin*, Die Juden der Gegenwart (1. Aufl. 1904, 3. Aufl. 1920, Berlin); *J. Segall*, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland (Berlin 1912); *Philippson*, op. cit., II, 129, 139, 175, 256; *J. Lestschinski*, Das jüdische Volk in Ziffern, Kap. XI (Berlin 1922); *Lazarus*, Treu und Frei, S. 70 f.; *idem*, Ethik des Judentums, I—II (Berlin 1898—1911); *H. Cohen*, Das Problem der jüdischen Sittenlehre („Jüdische Schriften" III, 1—35; vgl. ibid. I, Einleitung); *P. Bloch*, Heinrich Graetz, ein Lebens- und Zeitbild (Posen 1904); *J. Meisl*, H. Graetz, 89—93 (Berlin 1917).

§§ 7—8. (Der Antisemitismus in Deutsch-Österreich)

„Österreichische Wochenschrift" (herausg. von Dr. J. Bloch, Wien 1884 ff.); *J. Bloch*, Akten und Gutachten in dem Prozeß Rohling contra Bloch I—II (Wien 1890—1891); *idem*, Erinnerungen aus meinem Leben I, 21 f., 59 f., 240 f.; II: Prozeß contra Deckert und Paulus Meyer (Wien 1922); *S. Mayer*, Ein jüdischer Kaufmann, Lebenserinnerungen 1831—1911, S. 366—429 (2. Aufl. Wien 1926); *idem*, Die Wiener Juden bis 1900, S. 457—479 (Wien 1917); *Thon*, Die Juden in Österreich (Veröffentlichungen des Büros für Statistik d. Juden, Berlin 1908).

§ 9. (Die österreichischen Slawenländer)

„Österreichische Wochenschrift", 1884 ff.; *„Allgemeine Zeitung d. J."*, 1880 bis 1900; die Petersburger Wochenschrift *„Chronika Woss'choda"*, 1882—1890; *Veritas* (N. Samuely), Briefe aus Galizien 1888—1890 (russ. in der Monatsschrift „Woss'chod"); *Auerbach*, op. cit., 64—69 (über die Ritter-Affäre); *S. R. Landau*, Unter jüdischen Proletariern (Kolomea 1898); *S. Mayer*, Ein jüdischer Kaufmann, 413 f., 429 f.; *Masaryk*, Notwendigkeit der Revision des Polnaer Prozesses (1899). — Statistisches Material in: *Thon*, op. cit.; *Rubstein*, Galizie un ihr Bafelkerung (jiddisch. Warschau 1923); *M. Rosenfeld*, Die polnische Judenfrage, passim (Wien 1918).

§ 10. (Ungarn. Der Tisza-Eszlar-Prozeß)

Krajcsovich, Der Antisemitismus in Ungarn (Budapest 1884); *Paul Nathan*, Der Prozeß Tisza-Eszlar (Berlin 1892); die Wiener Wochenschrift *„Die Neuzeit"*, Jahrg. 1882—1893 (herausg. von A. Jellinek); *„Österreichische Wochenschrift"*, 1884 ff.; *„Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden"*, 1905—1908 (Berlin).

§ 11. (Das innere Leben in Österreich in den Jahren 1881—1900)

Thon, Die Juden in Österreich, Kap. 5—7 (Schul- und Taufenstatistik); *J. Bloch*, Erinnerungen I, 197 f. (über die Gründung der Österreichisch-Israelitischen Union) und passim; *S. Mayer*, Ein jüdischer Kaufmann, Kap. 7—8; überdies die obenerwähnten Periodica sowie die im Text zitierten Werke.

§§ 12—14[1]). (Die Reaktion und die Pogrome von 1881 in Rußland)

Die Wochenschrift *„Rasswjet"* und *„Russkij Jewrej"* (Petersburg 1880—1881); Monatsschrift *„Woss'chod"*: Abteilung „Innere Chronik" (Petersburg 1881); *Die antijüdische Bewegung in Rußland 1881—1882* („Jewrejskaja Sstarina" 1909, Heft 1—2); *Die Judenpogrome in Rußland* I, 46—66 (Köln 1910); *Ben-Ami*, Der Odessaer Pogrom im Jahre 1881 („Jewrejskij Mir" 1909, Heft 5); *Materialien zur Geschichte der antijüdischen Pogrome in Rußland*, II: die achtziger Jahre (herausg. von G. Krasny, Petersburg 1923); *R. Kantor*, Alexander III. über die Pogrome von 1881—1883: die Resolutionen des Zaren (im Sammelbuch „Jewrejskaja Ljetopis" I, Petersburg 1923); *Tun*, Geschichte der Revolutionsbewegung in Rußland,

[1]) Ausführlichere Quellenangaben zu den §§ 12—22 mit Hinweisen auf die einschlägigen Archivalien sind in den Fußnoten zu der ursprünglichen Fassung dieses Kapitels zu finden, das unter dem Titel „Zur Geschichte der achtziger Jahre" und „Der Furor Judophobicus in den letzten Regierungsjahren Alexanders III." zuerst in der „Jewrejskaja Sstarina" (1915—1918) erschien und sodann in den zwei russischen Sonderausgaben: „Die Juden in Rußland . . . in der Epoche der antisemitischen Reaktion", Teil I (Moskau 1923) und „Die Juden in Rußland unter Nikolaus II." (Petersburg 1922) mit zum Abdruck gelangte.

260 f. (russ. Petersburg 1906); *„Die Literatur der Narodnaja Wolja"*, II, S. 386 f., 423 f. (russ. Genf 1905); *Aus dem Archiv P. B. Axelrods*, II, S. 215 f. (russ. Berlin 1924); Urkundenmaterial aus meinem Privatarchiv und dem Archiv der „Jüdischen Historisch-Ethnographischen Gesellschaft" in Petersburg.

§§ 15—16. (Die Pogrome und Verfolgungen im Jahre 1882)

Die Wochenchronik des *„Woss'chod"* (1882); *„Rasswjet"* (1882); *Die antijüdische Bewegung* usw. („Jewrejskaja Sstarina", loc. cit.); *M. Orschanskij*, Das verflossene Jahr („Woss'chod" 1883, I und 1884, II); *Die Londoner Rathausversammlung für die verfolgten russischen Juden* (Berlin 1882); *Leven*, Cinquante ans d'histoire: l'Alliance Israélite Universelle I, 429—432 (Paris 1911); *Geschichtlicher Überblick über die Tätigkeit des Ministerkomitees* (amtliche Ausgabe, russ. Petersburg 1902, IV, S. 183 u. passim); überdies die oben angegebenen Archivmaterialien.

§ 17. (Die Pahlensche Kommission und die Verschärfung der Rechtlosigkeit)

Die Wochenchronik des *„Woss'chod"* (1883—1884); *Entwurf einer allgemeinen Denkschrift über die Revision der die Juden betreffenden Gesetze* (russ. Petersburg 1888); *Georgijewskij*, Denkschrift über die Bildung der Juden (russ., amtlicher Bericht, 1886); *„Das verflossene Jahr"* („Woss'chod" 1884—1889); *Frug*, Zwei Generäle (russ. „Jewrejskaja Shisn", 1915, Nr. 14); *Subbotin*, Im Ansiedlungsrayon: volkswirtschaftliche Untersuchungen (russ. Petersburg 1890); *Mysch*, Leitfaden der russischen Gesetzgebung in bezug auf die Juden, passim (russ., Petersb. 1893); *Leven*, op. cit., I, 433—437).

§§ 18—20. (Verfolgungen und Auswanderung in den Jahren 1890—1894)

Die oben genannten Periodica für die Jahre 1890—1894 und die angegebenen Archivmaterialien; *Persecutions of the Jews in Russia*, with a report of the Guildhall meeting (London 1891); *H. Frederic*, The new exodus: a study of Israel in Russia (London 1892); *Weber* et *Kempster*, La situation des juifs en Russie: Rapport adressé au Gouvernement des États Unis (Paris 1892); *Jewish Colonization Association*: Rapports de l'Administration centrale (Paris 1891—1894); *Leven*, op. cit. I, 437—440; *Goldowskij*, Die Juden in Moskau (russ. „Byloje", 1907, Heft 9); *W. Solowjew*, Briefe an Gez, 27—40, 55 f. (russ. Petersburg 1909); *Geschichtlicher Überblick über die Tätigkeit des Ministerkomitees*, IV, 184 (russ. 1902); *A. White*, Jewish Colonization and the Russian persecution („New Review", London 1891, Nr. 27); *Kazenelson*, Aus dem Martyrologium der Moskauer Gemeinde (russ. „Jewrejskaja Sstarina", 1909, I, 175—186).

§ 21. (Die ersten Regierungsjahre Nikolaus' II., 1895—1900)

Wochenchronik des *„Woss'chod"* (1895—1900); die politischen Monatsübersichten im „Woss'chod" (dieselben Jahrgänge); *Goldowskij*, op. cit.; *Kazenelson*, op. cit. S. 183 f.; *Materialien zur wirtschaftlichen Lage der Juden in Rußland* (russ. Petersburg 1904, herausg. von der EKO); *Posner*, Die Juden in der Staatsschule (russ. Petersburg 1913); *Judenpogrome in Rußland* I, 98 f. (Köln 1910); *Wojtinskij*, Die Juden in Irkutsk, S. 30, 264 (russ. Irkutsk 1915). — Archivmaterialien.

§ 22. (Die innere Krise in den Jahren 1891—1897)

Außer den im Texte erwähnten Quellen: *„Rasswjet"*, 1881—1882; *„Chronik des Woss'chod"*, 1882, Heft 1—2; die Monatsschrift „Woss'chod", Jahrg. 1881 bis

1896 (insbesondere die Artikel von *Criticus*); *Aus dem Archiv P. B. Axelrods*, II, S. 30 f., 217–229 (russ. Berlin 1924); *Leo Deutsch*, Die Rolle der Juden in der russischen Revolutionsbewegung (russ. Berlin 1924); *Lilienblum*, Über die Wiedergeburt des jüdischen Volkes im Lande seiner Ahnen (russ. Moskau 1886); *idem*, Derech la'abor golim (Warschau 1893); *Chissin*, Das Tagebuch eines palästinensischen Emigranten (russ. „Woss'chod" 1889); *Drujanow*, Ketubim le'toldoth Chibbath Zion, I–II (Odessa-Tel Awiw, 1918–1925); *Preiss*, Die Juden in Amerika (russ. „Woss'chod" 1890, Heft 10 u. 1891, Heft 1–4); *Ben-Zion* (Priluker), Die jüdischen Reformatoren (russ. Petersburg 1882; vgl. „Woss'chod" 1882, Heft 7–8: „Versuche religiöser Reformen"); *Dubnow*, Erinnerungen an Frug (russ. „Jewrejskaja Sstarina", 1916, Heft 4); *M. Kahan*, Me'ereb ad ereb I, S. 63 f. (Wilna 1904); *Achad Haam*, Al paraschath derachim, I (Odessa 1895).

§§ 23–25. (Frankreich um die Jahrhundertwende)

Die Zeitschriften „Archives Israélites" und „Univers Israélite" (1881–1900, Paris); *Levaillant*, La genèse de l'antisémitisme sous la troisième république („Revue des études juives" 1907); *N. Leven*, L'Alliance Israélite I, 487–546: l'Antisémitisme en France (Paris 1911); *T. Reinach*, Histoire sommaire de l'affaire Dreyfus (Paris 1924); *idem*, Dreyfus case, in der Jewish Enzycl. IV, 660–688; *Rombro*, Der Antisemitismus in Frankreich (russ. „Woss'chod" 1884, Heft 1–2); *Ludwipol*, Bernard Lazare (russ. ibid. 1900, Heft 5); *Sacerdos*, Der Antisemitismus in Algerien (russ. ibid. 1899, Heft 1); *Dagan*, Enquête sur l'antisémitisme (Paris 1899); *M. Wahl*, Les juifs d'Algérie (1886); *G. Rouanet*, L'antisémitisme algérien (Paris 1899); *I. Schapira*, Der Antisemitismus in der französischen Literatur (Berlin 1927).

§ 26. (England, Holland, Belgien, Italien, die Schweiz)

L. Wolf, The Queen's Jewry (Jewish Year Book 1897, London); *H. Emanuel*, A century and a half of jewish history: Board of Deputies, 113–151 (London 1910); *Russel* and *Lewis*, The Jew in London (London 1901); die Wochenschriften *„Jewish Chronicle"* und *„Jewish World"*, 1881–1900; *Nossig*, Jüdische Statistik (Berlin 1903); *„Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden"* (Berlin 1907 ff.).

§§ 27–28. (Rumänien und die übrigen Balkanstaaten)

Sincerus (Schwarzfeld), Les juifs en Roumanie depuis le traité de Berlin jusqu'à ce jour (London 1901); *Bernard Lazare*, Les juifs en Roumanie (Paris 1902); *Ruppin*, Die Juden in Rumänien (Berlin 1908, in den „Veröffentlichungen des Büros für Statistik der Juden"); *I. Berkowitz*, La question des israélites en Roumanie, 678–725 (Paris 1923); *Leven*, op. cit. I, 321–337, 387 f.; II, 280 ff., 376 ff.; *Emanuel*, op. cit., 120, 122, 136 u. passim; *M. Philippson*, op. cit. II, 120 f., 312 f., 328–345; die einschlägigen Periodica für die Jahre 1881–1900.

§§ 29–30. (Das neue Zentrum in Amerika, 1881–1900)

G. M. Preiss, Die russischen Juden in Amerika: Die Ergebnisse der Emigrationsbewegung („Woss'chod" 1890 f., auch als Buch, Petersburg 1893); *Agricultural colonies in the United States* (Jewish Encyclop. I, 256–262); *Ch. Bernheimer*, The Russian Jew in the United States (Philadelphia 1905); *Wiernik*, History of the Jews in America, 260–305, 331–334 (New York 1912); *Pollak*, Michael Heilprin and his sons, 205–220 (New York 1912); *Fornberg*, Die jüdische Emigration: statistische Untersuchung (russ. Kiew 1908); *Pines*, Geschichte der

jiddischen Literatur: über Morris Rosenfeld u. a. (Moskau 1913); *Wiener*, History of Jyddish Literature (London 1899); *Rombro*, Die Jargon-Literatur in Amerika („Woss'chod" 1899, Heft 10, 12); *H. Burgin*, Die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Amerika, Rußland und England (jiddisch, New York 1913); *B. Weinstein*, Vierzig Jahre in der jüdischen Arbeiterbewegung (jiddisch, New York 1924); *Ab. Kahan*, Blätter aus meinem Leben, Bd. II, III, IV (jiddisch, New York 1926—1928); *I. Kopelow*, Ehemals in Amerika (jiddisch, Warschau 1928); *D. Philippson*, The Reform movement in Judaism, 491—497 (New York 1907); *Jewish Encyclopedia* s. v. America, New York, Periodicals etc.; *Jewrejskaja Encyclopedija* (russ. II, S. 232 f., der Artikel „Einwanderung nach Amerika" mit ausführlicher Statistik); *S. Reisen*, Lexikon der jiddischen Literatur, I—II, s. v. Bowschower, Edelstatt, Libin etc. (jiddisch, Wilna 1926—27); *Leven*, op cit. II, 446 f.

§ 31. (Die neue Kolonisation Palästinas)

Belkind, Das zeitgenössische Palästina (russ. Odessa 1903); *Chissin*, Aus dem Tagebuch eines palästinensischen Emigranten (russ. „Woss'chod", 1889, Heft 1—12); *idem*, Das gelobte Land (russ. ibid. 1891—1892); *M. Kahan*, Me'ereb ad ereb, II, 1—118 (Wilna 1904); *Achad Haam*, Al paraschath derachim I, 26—53 (Berlin 1902); *M. Smiliansky*, Le'toldoth ha'jischuw be'erez Israel („Luach Achiassaf", Warschau 1905); *A. S. Rabbinowitz*, Toldoth ha'jehudim be'Erez Israel, 167—176 (Jaffa 1921); *Drujanow*, Ketubim le'toldoth Chibbat Zion, I—II (Odessa-Tel Awiw, 1918—1925); *Leven*, op. cit., II, 500 f.; *A. Böhm*, Die zionistische Bewegung I, 66—74 (Berlin 1920).

§ 32. (Kanada, Argentinien, Südafrika)

Leven, op. cit., II, 465—497; *„Die Chronik des Woss'chod"*, Jahrg. 1890 bis 1900; *Rapports de l'Administration centrale de la Jewish Colonization Association (JCA)*, Paris 1893—1899; *Lapin*, Gegenwart und Zukunft der jüdischen Kolonisation in Argentinien („Woss'chod", 1894, Heft 4—5); *C. I. de Sola*, Canada (in der „Jewish Encyclopedia" III, 524—528); *Reinwein*, Der Jude in Kanada I, 93 f. (jidd. Toronto 1925); *Hertz*, The Jews in South Africa (Johannesburg 1906); *idem*, Jewish Encyclopedia, s. v. Johannesburg, South Africa; *„Die Juden in Südafrika: Erlebtes und Erschautes"* (russ. Jahrbuch „Buduschtschnost", Petersburg 1900, I, S. 272—290); *„Jewish Chronicle"*, 1891—1899 (London).

§§ 33—35. (Herzl und die Zionistenkongresse von 1897—1904)

Theodor Herzl, Zionistische Schriften, I—II (herausg. von L. Kellner, Berlin 1904); *idem*, Tagebücher, I—III (Berlin 1923); *N. Birnbaum*, Ausgewählte Schriften zur jüdischen Frage I, 2—130 (Czernowitz 1910); *Stenographische Protokolle* des I., II., III., IV., V. und VI. Zionistenkongresses (Wien 1897—1903); *Max Nordau*, Zionistische Schriften (Berlin 1923); *Güdemann*, Nationaljudentum (Wien 1897); *„Die Welt"*, Organ der Zionistischen Partei (Wien 1897—1903); *Achad Haam*, Al paraschath derachim, II, 22—56; III, 52, 56, 73, 95, 107, 143, 200 (Berlin 1903—1904); *Dubnow*, Briefe über das alte und neue Judentum, S. 152—204 (russ. Petersburg 1907); *R. Gottheil*, Zionism, 82—142 (Philadelphia 1914); *Friedemann*, Das Leben Theodor Herzls (Berlin 1914); *A. Böhm*, Die Zionistische Bewegung, I, 99—180 (Berlin 1920).

§ 36. (Der geistige Zionismus)

Achad Haam, Al paraschath derachim, I—IV (Berlin-Warschau 1902—1913); *idem*, Am Scheidewege, übers. v. J. Friedländer u. H. Torczyner (Berlin 1912 bis

1922); *Klausner*, Der geistige Zionismus, Versuch einer Wiedergabe der Doktrin Achad Haams (russ. Petersb. 1900; 2. Aufl. Odessa 1905); *Dubnow*, Briefe über das alte und neue Judentum, 162—163, 197—203; *idem*, Die Bejahung des Galuth (russ. „Jewrejskij Mir" 1909, Heft 5); *idem*, Schelilath ha'galuth etc. („Ha'Schiloach", 1914, XXX, 206—210); *Gottheil*, op. cit. Kap. 8; *M. Bileski*, Achad Haam (Berlin 1911); *Böhm*, op. cit. I, 75—85.

§ 37. (Der Autonomismus als Schlüssel zum Diasporaproblem)

Dubnow, Briefe über das alte und neue Judentum (im „Woss'chod" 1897 bis 1902; erweiterte Sonderausgabe Petersburg 1907); *idem*, Die Grundlagen des Nationaljudentums, übers. v. J. Friedländer (Berlin 1905: die beiden ersten „Briefe" in der ursprünglichen Fassung; eine neue deutsche Gesamtausgabe ist in Vorbereitung); *Lilienblum*, Die Palästinafreunde, der Zionismus und ihre Gegner (russ. Odessa 1899); *Achad Haam*, Al Paraschath derachim II, 60—65; IV, 106—116; *Friedländer*, Dubnow's Theory of jewish nationalism (New York 1905); *N. Birnbaum*, Ausgewählte Schriften I, 147—325 (Czernowitz 1910); *Böhm*, op. cit. I, 90 f.; II, 42 f.

§ 38. (Die sozialistischen Parteien)

Materialien zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland, Heft 1 (russ. Petersburg 1906); *Frumkin*, Die jüdische Arbeiterbewegung („Jewrejskaja Sstarina" 1913, Heft 1—2); *Medem*, Die Sozialdemokratie und die nationale Frage (russ. 1906); *Kossowskij*, Nationalitätsfragen (russ. Wilna 1907); *N. Buchbinder*, Die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland, auf Grund von Archivmaterialien (Leningrad 1925); *M. Ratner*, Die Evolution des national-politischen Gedankens in der russischen Judenheit (russ. Sammelwerk „Serp", II, Petersburg 1907); *Ch. Shitlowskij*, Gesammelte Schriften, V—VII (jiddisch, New York 1917); *Böhm*, op. cit. II, 64—84.

§ 39. (Die literarische Renaissance)

Außer den einschlägigen Periodica und den gesammelten Werken der im Text behandelten Schriftsteller bieten literaturgeschichtliches Material die folgenden Werke: *J. Klausner*, Geschichte der neuhebräischen Literatur, deutsch von H. Kohn: kurze Übersicht (Berlin 1921); *idem*, Jozrim u'bonim I—III (Tel Awiw, 1927 bis 1929); *M. Pines*, Histoire de la litérature judeo-allemande (Paris 1910; jiddische Ausgabe Warschau 1911); *S. Reisen*, Lexikon der jiddischen Literatur, I—III (jiddisch, Wilna 1926—1929); *S. Niger*, Über jiddische Schriftsteller I—II (jiddisch, Warschau 1913).

§§ 40—44. (Die Pogrome und die Revolution in Rußland, 1903—1906)

Die Wochenbeilage des *„Woss'chod"* 1903—1906; die Monatsschrift *„Woss'chod"* 1904; *„Jewrejskaja Shisn"*, Petersburg 1904—1907; *Materialien zur Geschichte der antijüdischen Pogrome in Rußland:* der Dubossary- und Kischenew-Prozeß im Jahre 1903, herausg. von S. Dubnow und G. Krasny (russ. Petersburg 1919); *Der Homeler Prozeß:* ausführlicher Bericht (russ. Petersburg 1907); *Stenographische Berichte über die Reichsduma-Verhandlungen von 1906—1907; Materialien zur Geschichte der Gegenrevolution*, I: die Pogrome nach amtlichen Urkunden (russ. Petersb. 1908); *Die Judenpogrome in Rußland* I, 187—223, 267 bis 327, 383—400; II, 6—44, 81—536 (herausg. von L. Motzkin, Köln 1910); *Der Trojanower Pogrom vom Jahre 1905* (im Sammelwerk der „Jüdischen Historisch-Archäographischen Kommission", S. 224 f., ukrainisch, Kiew 1928); *Buchbinder*,

op. cit., Kap. 11—12; *Leven*, op. cit. I, 443—481: der Widerhall der Pogrome außerhalb Rußlands; *Dubnow*, Die Juden in Rußland unter Nikolaus II. (Petersburg 1922); *idem*, Die Juden in Rußland und in Westeuropa in der Epoche der antisemitischen Reaktion (Moskau 1923). Die beiden letzteren Schriften enthalten ausführlichere Quellennachweise; bei der Darstellung der in §§ 40—44 behandelten Ereignisse stützte sich der Verf. überdies auf reiches Archivmaterial.

§ 45. (Deutschland 1901—1914)

„Allgemeine Zeitung des Judentums" und andere Periodica 1901—1914 (für die Geschichte des Zionismus kommen namentlich die Parteiorgane „Die Welt", „Jüdische Rundschau" und die russischen Presseorgane „Rasswjet" und „Nowy Woss'chod" in Betracht); *Der politische Antisemitismus 1903 bis 1907*, herausg. vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Berlin 1907); *„Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur"* (Berlin 1903—1913): die politischen „Rückblicke" von *M. Philippson* und die literarischen „Jahresrevuen" von *Karpeles* und *Bernfeld*; *Philippson*, op. cit. II, 60—68, 179, 255 f.; *Ruppin*, Die Juden der Gegenwart (3. Aufl. Berlin 1920); *E. Fuchs*, Um Deutschtum und Judentum, gesam. Reden und Aufsätze 1894—1919 (Frankfurt a. M. 1919); *Die Stimme der Wahrheit*, Jahrb. für wissenschaftl. Zionismus (Würzburg 1905); *E. Feder*, Paul Nathan, ein Lebensbild (Berlin 1929).

§ 46. (Österreich-Ungarn 1901—1914)

„Österreichische Wochenschrift" 1901—1914 sowie die in § 45 genannten Presseorgane; Das Sammelwerk „Die Formen der nationalen Bewegung", herausg. von Kasteljanskij, die Artikel von Springer, Birnbaum u. a. (russ. Petersb. 1910); *N. Birnbaum*, Ausgewählte Schriften II (Czernowitz 1910); *M. Rosenfeld*, Die polnische Judenfrage (Wien-Berlin 1918); *Thon*, Die Juden in Österreich, herausg. vom Büro für Statistik der Juden (Berlin 1908); *Ruppin*, op. cit., 89 f. u. passim.

§ 47. (Rußland 1907—1914)

Die russischen Zeitschriften „Swoboda i Rawenstwo" („Freiheit und Gleichheit") 1907, „Nowy Woss'chod" 1910—1914, „Jewrejskij Mir" (1909 als Monatsschrift und 1910 als Wochenschrift) und der zionistische „Rasswjet" 1907—1914; *Die stenographischen Berichte über die Reichsduma-Verhandlungen* 1907—1914; *Stenographischer Bericht über die jüdische Konferenz in Kowno* (russ. Petersb. 1910); *B. Brutzkus*, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution („Archiv für Sozialwissenschaften", LXI, S. 273—284, Tübingen 1929); *Dmowski*, Separatyzm zydow i jego zrodla (Warschau 1909); *Kleinmann*, Zwischen Hammer und Amboß: die polnisch-jüdische Frage (russ. Petersb. 1910); *Poljanskij*, Zur Judenfrage in Polen (russ. Moskau 1915).

§ 48. (Zionismus und Territorialismus)

Stenographische Protokolle des VII., VIII., IX., X. u. XI. Zionistenkongresses, 1905—1913; *M. Nordau*, Zionistische Schriften, 166—227; *M. Ussischkin*, Unser Programm (Berlin 1905); *A. Böhm*, op. cit. II, Kap. 2, 5, 6, 10, 15; *„Jüdische Rundschau"* 1905—1914 sowie die in § 47 genannten Periodica; *R. Gottheil*, op. cit. 137 f.; *N. Sokolow*, History of Zionism II (1919).

§§ 49—50. (Die Kulturbewegung)

Außer den einschlägigen Periodica und den im Text genannten Werken: *Hermann Cohen*, Jüdische Schriften I—III (Berlin 1924); *Martin Buber*, Die jüdische

Bewegung I—II (Berlin 1920); *idem*, Die chassidischen Bücher (Hellerau 1928); *Hans Kohn*, Nationalismus . . . im Judentum etc. (Berlin 1922); „*Der Jude*": Sonderheft zu Martin Bubers 50. Geburtstag (Berlin 1928); *E. Fuchs*, Um Deutschtum und Judentum, S. 227 f., 230 f.; *S. Hurwitz* im Sammelbuch „He'Atid", Bd. IV: Al ha'jahaduth we'al atidoteho (Berlin 1912); *N. Birnbaum*, Ausgewählte Schriften II (1910); *A. Böhm*, op. cit. II, 195 f., 213 f.; „*Vom Sinn des Judentums*", ein Sammelbuch zu Ehren Nathan Birnbaums (Frankfurt a. M. 1925); *Achad Haam*, Al paraschath derachim IV, 106 f., 116 f.; *W. Medem*, Erinnerungen und Aufsätze (jiddisch, Warschau 1917); *Gedenkbuch für A. D. Idelson* (russ. Berlin 1925).

§ 51. (Frankreich, England, Italien und Portugal)

Die Zeitschriften „*Archives Israélites*" und „*Univers Israélite*" (Paris); „*Jewish Chronicle*" (London); *M. Philippson*, Rückblicke („Jahrb. für jüd. Geschichte und Literatur", 1905—1913); *idem*, Neueste Geschichte II, 281—284; *Achad Haam*, Al paraschath derachim III, 22—27; IV, 38 f.; *H. Emanuel*, A century and a half of jewish history, extracted from the books of the London Committee of Deputies of the British Jews, 151 ff. (London 1910); *Theodor Herzl*, Zionistische Schriften, 322—350: Herzl vor der Londoner Fremdenkommission (Berlin 1920); *Claude G. Montefiore*, Outlines of liberal judaism, 283—296 und passim (London 1912); *Israel Abrahams*, Judaism (London 1910); „*Ha'Schiloach*" XXVI, S. 95; XXVIII, S. 190; XXX, S. 395, 589 (über Italien); *S. Schwarz*, Os Cristaos-Novos em Portugal no seculo XX (Lissabon 1925); *N. Slouschz*, Ha'Anussim be'Portugal (im Sammelbuch „Reschumoth", V, S. 3—58, Tel Awiw, 1927); *M. Ehrenpreis*, Das Land zwischen Orient und Okzident: spanische Reise eines Juden, 67—101 (Berlin 1928).

§ 52. (Rumänien, die Türkei und die Balkankriege)

L. Wolf, Notes on the diplomatic history of the jewish question, 36—54 (London 1919); *idem*, Correspondence relative the treaty rights of the Jews of Roumania (London 1919); *Leven*, op. cit. II, passim; *Berkowitz*, La question des Israélites en Roumanie, 717 ff. (1923); *Reifer*, Der hundertjährige Kampf um die Judenemanzipation in Rumänien, 14 f. (Breslau 1925); *Nacht*, Ha'jehudim be'Ruminia („Ha'Schiloach", XX, 1909); *The Balkan Wars and the Jews* (American Year-Book 1913—1914); Periodica: „Jewish Chronicle" u. a.

§ 53. (Palästina 1901—1914)

Achad Haam, Al paraschath derachim IV, 59—86, 159—180; *idem*, Iggeroth, V—VI, vgl. Index s. v. Technikum (Tel Awiw 1925); „*Ha'omer*", I—II (Jaffa-Jerusalem 1907—1908); *Barzilai*, Michtabim me'Erez Israel („Ha'Schiloach" XX bis XXIV); *Klausner*, Olam mithawe („Ha'Schiloach" XXVII—XXX); *Trietsch*, Palästina-Handbuch (Berlin 1912); *Ruppin*, Der Aufbau des Landes Israel (Berlin 1919); *idem*, Syrien als Wirtschaftsgebiet (1916); *A. Böhm*, op. cit. II, 107—161; *Mardochai ben Hillel Ha'Kohen*, Olami IV—V: Erinnerungen (Jerusalem 1928); *E. Feder*, Paul Nathan, 97—99 (Berlin 1929).

§ 54. (Das große Zentrum in Amerika)

Wiernik, History of the Jews in America, 338—379, 394—423; *American Jewish Year-Book*, 1907—1914; *W. Kaplun-Kogan*, Die jüdischen Wanderungen in der neuesten Zeit (Bonn 1919); *J. Lestschinski*, Die jüdischen Wanderungen in den letzten 25 Jahren (jiddisch, Berlin 1927); *Fornberg*, Die jüdische Emigration

(russ. Kiew 1908); *idem*, Briefe aus Amerika („Nowy Woss'chod" 1910—1914); *Year-Book of the central Conference of American Rabbis*, XVI—XXI, 1906—1911; *Burgin*, Die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Amerika (jiddisch, New York 1913); *Ab. Kahan*, Blätter aus meinem Leben, IV (jiddisch, New York 1928).

§ 55. (Diaspora-Splitter außerhalb Europas)

American Jewish Year-Book (insbesondere die Statistik im Jahrbuch 1913 bis 1914, S. 422 f.); *Janowskij* und *Kasteljanskij*, Handbuch der Emigrationsfragen (russ. Petersburg 1913); *A. Reinwein*, Der Jude in Kanada I—II (jiddisch, Toronto 1925—1927); *Leven*, op. cit. II, passim; *J. Faitlowitsch*, Quer durch Abessinien (Berlin 1910).

Zum Epilog (1914—1928)

Von den *Periodica* sind hier nur die wichtigsten angegeben, wobei die Tageszeitungen ganz unerwähnt bleiben (diejenigen Zeitschriften, bei denen die Erscheinungsjahre nicht mitangegeben sind, sind im ganzen hier behandelten Zeitraum ununterbrochen erschienen): „Allgemeine Zeitung des Judentums" (bis 1921), „Jüdische Rundschau" (Berlin), „Österreichische Wochenschrift" (Wien, bis 1920), „Der Jude" (Berlin 1916—1924), „Neue Jüdische Monatshefte" (Berlin 1916—1918), „Jewish Chronicle" (London), „Nowy Woss'chod", „Jewrejskaja Nedelja", „Rasswjet" und „Jewrejskaja Shisn" (Petersburg 1914—1918), „Ha' Schiloach" (Odessa 1914—1915 und Jerusalem 1920—1925), „Die Zukunft" (jiddisch, New York), „Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur", XVIII ff. (Berlin); „Ha'Olam", 1920—1929 (hebr. Wochenschrift, Berlin-London). —

Von den für die einzelnen Abschnitte dieses Epilogs in Betracht kommenden Literaturquellen sind im Folgenden nur diejenigen angegeben, die dem Verfasser unmittelbar zur Verfügung standen.

Ad I: *L. Geiger*, Die deutschen Juden und der Krieg, 65 f. (Berlin 1915); „Jüdisches Archiv": Mitteilungen des jüdischen Kriegsarchivs, Lieferung I—III (Wien 1915); *Hermann Cohen*, Deutschtum und Judentum (1915; vgl. H. Cohens Jüdische Schriften II, 229—340, Berlin 1924); *N. Birnbaum*, Den Ostjuden ihr Recht! (Wien 1915); *B. Segel*, Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes (Berlin 1915); *The War and the Jews in Russia* (London 1916, National Workmens Committee on jewish rights); *Dubnow*, Aus dem schwarzen Buch der russischen Judenheit: Materialien zur Geschichte des Krieges in den Jahren 1914 bis 1915 („Jewrejskaja Sstarina" X, Petersburg 1918); *Urkundenmaterial zur Geschichte der Judenverfolgungen* (russ. „Archiv der russischen Revolution", XIX, 245—284, Berlin 1928); *S. Reisen*, Pinkos für die Geschichte von Wilna in den Jahren des Krieges und der Okkupation (jiddisch, Wilna 1922).

Ad II—III: *Tscherikower*, In der Tekufe fun Revoluzie, Sammelbuch I (Berlin 1924); *idem*, Antisemitism un Pogromen in Ukraine (auch russisch, Berlin 1923); *I. Steinberg*, Als ich Volkskommissar war, Kap. 2, S. 41 ff. (Berlin 1929); *S. Rawidowicz*, Gustav Landauer (jiddisch, „Zukunft", Januar 1926); *W. Jabotinsky*, Die Geschichte der jüdischen Legion (russ. Paris 1928); *A. Böhm*, Die zionistische Bewegung II, 294 f. (Berlin 1921); *Les droits nationaux des Juifs en Europe Orientale* (herausg. von dem „Comité des Délégations juives auprès de la conférence de la Paix", Paris 1919); *N. Feinberg*, La question des minorités à la conférence de la Paix etc. (Paris 1929); *L. Chasanowitsch* und *L. Motzkin*, Die Judenfrage der Gegenwart, Dokumentensammlung (Stockholm 1919); *Chasanowitsch*, Die polnischen Judenpogrome im November-Dezember 1918 (Stockholm 1919).

Ad IV—V: *Die jüdische Autonomie und das nationale Sekretariat in der Ukraine*: Materialien und Dokumente (jiddisch, Kiew 1920); *„Reschumoth"* III, Erlebnisse während der ukrainischen Pogrome 1919—1920 (Berlin 1923); *Les Pogromes en Ukraine 1917—1920*: aperçu historique et documents (Paris 1927, herausg. vom „Comité des Délégations juives"); *J. Schechtmann*, Wer ist verantwortlich für die Pogrome in der Ukraine? (jiddisch, Paris 1927); *N. Stif*, Die von der Freiwilligen-Armee verschuldeten Pogrome (russ. Berlin 1923); *N. Gergel*, Die Pogrome in der Ukraine in den Jahren 1918—1921: Statistik (jiddisch, in Lestschinskis „Schriften für Wissenschaft und Statistik", herausg. vom Jüdischen Wissensch. Institut, Berlin 1928); *J. Lestschinski*, Wahrheit über die Juden in Rußland (jiddisch, Berlin 1925); *idem*, Blätter für jüdische Demographie, Statistik und Ökonomik, I—V, passim (jiddisch, Berlin 1923—1925); *B. Brutzkus*, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution („Archiv für Sozialwissenschaften", LXI, 266—321, Tübingen 1929); *N. Gergel*, Die Lage der Juden in Sowjet-Rußland (jiddisch, Warschau 1929).

Ad VI: *M. Rosenfeld*, Die polnische Judenfrage (Wien 1918); *M. Kollenscher*, Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit: Posen 1918—1920 (Berlin 1925); *I. Grünbaum*, Żydzi jako mnieszosc narodowa: Materialy w sprawie żydowskiej w Polsce I—IV (Warschau 1919—1921); *idem*, Der jüdische Nationalrat und der Sejm-Klub I—II (jiddisch, Warschau 1922—1923); *Inwazya bolszewicka i zydzi*: zbor dokumentow (Warschau 1921); *Bericht der jüdischen Sejm-Fraktion im Litauischen Sejm 1923—1926* (jiddisch, Kowno 1926); *E. Maddison*, Die nationalen Minderheiten Estlands und ihre Rechte (Reval 1926); *M. Reifer*, Der hundertjährige Kampf um die Judenemanzipation in Rumänien 1825—1925, S. 15 bis 32; *Berkowitz*, op. cit. Schlußkapitel; *La situation de la minorité juive en Roumanie* (herausg. vom „Conseil pour les droits des minorités juives", Paris 1928).

Ad VII: *J. Delewskij*, Die Protokolle der Weisen von Zion: die Geschichte einer Fälschung (russ. Berlin 1923); *Der Kampf der europäischen Juden für ihre bürgerlichen und nationalen Rechte*: Berichte und Materialien 1923—1924 (jiddisch, Paris 1925, herausg. vom „Comité des Délégations juives"); *M. Wischnjak*, Das Minoritätenrecht (russ. Paris 1926); *Europäischer Nationalitätenkongreß*, Sitzungsbericht (Wien 1928); *A. Böhm*, op. cit. II, 297 f.; *Zehn Jahre Balfour-Deklaration*, 1917—1927, eine Sammelschrift (Wien 1927); *W. Jabotinsky*, Die Geschichte der jüdischen Legion (russ. Paris 1928); *A. Ruppin*, Twenty five years of Palestine (in „Th. Herzl's Memorial-Book", herausg. von M. Weisgal, New York 1929).

Namen- und Sachregister

Abessinien — 503 f.
Abdul Hamid, Sultan — 273, 318, 332, 439.
Abrahams, Israel — 254, 468.
Abramowitsch, Salomon — 364, 457.
Achad Haam — 298 f., 331, 339 f., 359 f., 442, 448, 456, 462, 487, 550.
Adler, Cyrus — 291, 492.
Adler, Nathan — 319.
Adler, Victor — 88 f.
Adrianopel — 273, 481.
Advokaten — 171, 207. S. Freie Berufe.
Afghanistan — 505.
Afrika — s. Ägypten, Nordafrika, Südafrika.
Agnon, S. J. — 488.
„Agudas Israel" — 414, 450, 537.
Ägypten — 334, 503.
Ahlwardt (Antisemitenführer) — 52 f.
Aksakow, Iwan — 142.
Alexander II., Zar — 119 f.
Alexander III., Zar — 119, 122 ff., 145 f., 165, 175, 186, 198 f.
Algerien — 227 f., 239, 501.
„Allgemeine Zeitung des Judentums" — 70, 450. S. Presse.
„Alliance Israélite Universelle" — 42, 44, 113, 135 f., 227, 242, 269, 274, 295, 477, 502, 543.
„American Jewish Committee" — 491 f., 522.
„American Jewish Congress" — 522.
Amerika — 135 f., 150 f., 183, 188, 191 f., 218 f., 275 ff., 444, 473, 489 ff., 546 f.
„Am Olam" (Gesellschaft) — 277, 289.
Anarchismus — 287, 289.
Angola (Westafrika) — 445.
Ansiedlungsrayon (in Rußland) — 133 f., 146, 167 f., 178, 198, 429 f., 513.
An-ski (S. Rappoport) — 458.
„Antisemiten-Liga" — 20, 27, 31, 230, 266 f.
Antisemitismus — 16 ff. (Deutschland), 74 ff. (Österreich), 101 f. (Ungarn), 119 ff. (Rußland), 226 f. (Frankreich), 249 (England), 255 f. (Belgien), 259 f. (Rumänien), 269 (Bulgarien), 368 f. (Rußland), 406 (Deutschland), 416 f. (Österreich), 427 f. (Rußland), 466 (England), 470 (Italien), 472 f. (Rumänien), 495 f. (Amerika), 535 (Sowjetrußland), 537 (Polen), 539 (Ungarn), 540 (Rumänien), 542 (Deutschland).
Antwerpen — 256.
Araber (in Palästina) — 489, 501 f., 548 f., 550 (Anm.).
Arbeiter, Arbeiterbewegung — 252, 262, 278 f., 288, 352 f., 463 f., 468, 497, 549. S. Proletariat.
„Arbeiter-Ring" — 497.
Argentinien — 191 f., 302 f., 500.
Ärzte — 161. S. Freie Berufe.
Asch, Schalom — 366 f., 455, 457.
Asien — 276, 504 f. S. Palästina.
Assimilation — 13, 22 f., 27 f., 45, 57 f., 65 f., 90 f., 100, 111 f., 115, 212 ff., 242 f., 251 f., 292, 305 f., 319 f., 330, 342, 355, 410, 413, 417 ff., 436, 449 f., 461 f., 466 f., 469, 476 f., 488, 539, 541, 543, 547. S. Mischehen.
Australien — 500.
Ausweisungen — 48 (Preußen), 61, 133 (Rußland), 160, 163 f., 166, 184 f.

(Moskau), 198, 430, 511 f. (Weltkrieg).
Autoemanzipation — 216 f.
Autonomie — 91, 140, 155, 174, 347 f. (Kulturautonomie), 356 f., 518, 525 f., 533 f., 538.
Autonomismus — 346 f., 418, 434, 450.
Axelrod, Paul — 214 (Anm.).

Baal-Machschowes (Eljascheff) — 458.
Bacher, Wilhelm — 117 f.
Badeni, Graf — 85 f., 97.
Baeck, Leo — 451.
Bagdad — 504.
Balaban, Mayer — 459.
„Balfour-Deklaration" — 521, 548.
Balta, Pogrom in — 151 f.
Bamberger, Ludwig — 16, 28, 40, 43.
Baratz, Hermann — 220 (Anm.).
Barros, Basto de — 472.
„Baseler Programm" — 325. S. Zionismus.
Bayern — 519 f.
Bebel, August — 58.
Beilis-Affäre — 431 f.
Belgien — 255 f.
Ben-Ami (Marcus Rabbinowitz) — 220.
Ben-Jehuda, Elieser — 301, 488.
Ben-Zion, Sch. — 488.
Berditschew — 129, 527.
Berdyczewski, M. J. — 360.
Bergelson, David — 458.
Berlin — 14, 18, 62, 542.
Berliner, Abraham — 71.
Bernard Lazare — 235 f., 243 f.
Bernfeld, Simon — 71, 270.
Bernstein, Eduard — 413, 544.
Berschadskij, Sergej — 220 (Anm.).
Bialik, Ch. N. — 361 f., 374, 457.
Bialystok — 390, 392, 401 f.
Bibelwissenschaft — 72 f., 451 f.
„Bilu" — 217, 294 f.
Birnbaum, Nathan — 114, 312, 350 f., 418, 450 f., 455.
Bismarck — 13, 15 f., 18, 25 f., 28, 32, 34, 36 ff., 40, 51.
Bloch, Joseph S. — 81 f., 87, 111 f., 114.
Blondes-Affäre — 211.
„Bne-Mosche" — 340.
„Board of Deputies" — 252, 465, 543.
Böckel (Antisemitenführer) — 47 f.
Bogrow, Dmitrij — 432.
Böhmen — 96 f., 417 f. S. Tschechoslowakei.
Bolschewisten — 355 f., 516 f., 525 f.
Börne, Ludwig — 21, 24.
Borochow, Ber — 357.
Bosnien — 423.
Bowschower, Joseph — 289.
Bramson, Leo — 388, 399, 434, 545.
Brandstätter, M. D. — 117.
Brasilien — 500 f.
Bratianu (Ministerium) — 261 f., 475, 540.
Braudes, Ruben — 116.
Brenner, Ch. J. — 488, 548.
Brody — 135, 277.
Brüssel — 256.
Buber, Martin — 333, 447 f.
Buber, Salomon — 117.
Buchara — 505.
Budapest — 102, 427, 539.
Buenos Aires — 302 f., 500.
Bukarest — 263, 267, 540.
Bukowina — 89 f., 422 f., 540. S. Galizien.
Bulgarien — 268 f., 479 f., 541.
„Bund" (Sozialistische Partei) — 353 f., 369, 385, 397, 399, 434, 455 ff., 526, 535, 537.

Caro, Georg — 452.
„Central Conference of American Rabbis" — 497.
„Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" — 57, 409 f., 450.
Chadarim — 197. S. Schulwesen.
„Chaluzim" — 485, 548 ff.
Chamberlain, H. St. — 59.
Chassidismus — 115. S. Neochassidismus.
China — 505 f.
„Chowewe Zion" — 69, 218, 268, 296 f., 311, 317, 322, 337, 339, 343. S. Palästina.
Christlich-Soziale Parteien — 17, 47, 78, 85 f., 94, 228, 416 f.
Cohen, Hermann — 28 f., 66 f., 446 f., 510.

„Comité des Délégations Juives" — 522, 543 f.
„Council for the rights of Jewish Minorities" — 544.
Crémieux, Adolphe — 242.
Cyrenaika — 444, 503.

Dan-Gurwitsch — 356.
Darmsteter, James — 247 f.
Daschewskij, P. — 375.
Deckert, Pfarrer — 87 f.
Delitzsch, Franz — 78, 82.
Delitzsch, Friedrich — 452.
Denikin-Armee — 517, 528 f.
Dérenbourg, Joseph — 246.
Deutsch, G. — 291.
„Deutsch-Israelitischer Gemeindebund" — 24 f., 48.
Deutschland — 11 ff., 406 ff., 446 f., 509 f., 519 f.
Disraeli-Beaconsfield — 30, 147, 249.
Dizengoff, Meïr — 485.
Dorfjuden — 156 f., 166 f., 475. S. Landwirtschaft.
Drenteln, russ. General — 127 f., 141, 159.
Dreyfus-Affäre — 232 f., 313 f., 459.
Drumont, Edouard — 229 f., 238 f., 460.
Dühring, Eugen — 23 f.
Duma (russ. Parlament) — 399 f., 428 f.

Edelstadt, David — 289.
Ehrenpreis, Marcus — 270, 327.
Einstein, Albert — 544.
Eisner, Kurt — 519 f.
El-Arisch — 334.
Elbogen, Ismar — 453.
Emanzipation — 212, 323 f., 515 f. („Dritte Emanzipation").
„Emigdirekt" — 546.
Emigration, Emigranten — 33 f., 96, 102, 113, 135 f., 141, 145 f., 150 f., 170, 190 ff., 214 f., 219, 251, 267, 275 ff., 347, 441, 443 f., 463 f., 476, 489 f., 498 f., 531 f., 544, 546. S. Immigration, Kolonisation.
England — 147 f., 180 f., 248 ff., 464 f., 521, 543, 547 f.
Eötwös, Karl — 106 f.
Estland — 538.
Exzesse, judenfeindliche — 31 f., 38 f., 60, 94, 97, 99, 104 f., 238 f., 267, 271, 465, 475, 502, 523, 542, 548. S. Pogrome, Gemetzel.

Fabrikindustrie — s. Industrie.
Faitlowitsch, J. — 504.
Falachas — 504.
Frankreich — 226 ff., 459 f. 543.
Franz Joseph, Kaiser — 83 f., 107, 109.
Freie Berufe — 15, 63, 76 f., 169, 207, 263, 280, 410 f. S. Ärzte, Advokaten.
Friedenskonferenz (1919) — 521 f.
Friedmann, Naphtali — 428 f., 513.
Friedrich III., Kaiser — 34, 46.
Frischmann, David — 221, 360.
Fritsch, Theodor — 54.
Frug, Simon — 168, 216, 222 f., 361 f., 367, 374.
Frumkin, I. D. — 302, 488.
Fuchs, Eugen — 57, 410.

Galizien — 89 ff., 115 f., 417 ff., 512.
Galuth-Verneinung — 345, 349 f. S. Zionismus.
Gaster, Moses — 266, 326.
Geiger, Ludwig — 70, 449 f.
„Geistig-biblische Brüderschaft" — 223 f.
Gemeindewesen — 69, 111, 347, 349, 425 f., 460 f., 496, 525 f. S. Autonomie.
Gemetzel — 371 f., 395 f., 527 f., 550 (Anm.). S. Pogrome.
Gers, Dobrodjeanu — 266.
„Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums" — 452.
Ginsburg, Saul — 459.
Ginzberg, Ascher — 339 f. S. Achad Haam.
Gladstone, William — 147 f., 249.
Gneist, Rudolf — 35, 56.
Goldfaden, Abraham — 267.
Gordin, Jakob — 224 f., 290 f.
Gordon, Aron David — 484.
Gordon, J. L. — 214, 221.

Graetz, Heinrich — 21 f., 29 f., 68 f., 70, 72, 220.
Griechenland — 270 f., 479 f., 541.
Grünbaum, Isaak — 536.
Grünwald, Moritz — 270.
Grusenberg, Oskar — 211, 375, 432.
Grusenberg, Samuel — 220.
Güdemann, Moritz — 80, 114, 319.
Günzburg, Baron David — 453, 459.
Günzburg, Baron Horaz — 132, 153.

Haifa — 485, 550 (Anm.).
Haidamakentum — 121, 144, 526 f., 530.
Hakohen, Mordechai ben Hillel — 489.
Halévy, Joseph — 246.
„Ha'Meliz" und „Ha'Zefira" — 221, 359. S. Presse.
Handel — 14, 53, 63, 76, 120 f., 136 f., 189, 202 f., 251, 279, 305 f., 531 f., 536. S. Wirtschaft, Schankgewerbe, Hausierhandel.
Handwerk, Handwerker — 63, 76, 169, 185 f., 206, 251, 278 f., 305, 435, 472 f., 533. S. Industrie.
„Ha'poël ha'zaïr" — 484, 549.
Harkavy, A. E. — 220, 459.
Hartmann, Eduard — 43 f.
„Ha'Schiloach" — 343, 359.
Haskala — 116.
Hausierhandel — 255, 262 f. S. Pedlarei.
Hebraisten — 454 f., 487 f. S. Sprache.
Hebron — 550 (Anm.).
Heilprin, Michael — 278, 281, 293.
Helfmann, Hessja — 122.
Henrici (Antisemitenführer) — 32.
Herzl, Theodor — 118, 312 f., 322 f., 338, 465.
Hessen, Julius — 459.
„Hias" („Hebrew Immigrant Aid Society") — 277 f., 546.
„Hilfsverein der Deutschen Juden" — 415, 486 f., 546.
Hirsch, Baron Moritz — 95, 190 f., 303 f., 316.
Historiographie — 70 f., 114, 220 (Anm.), 244, 254, 367, 411, 451 f., 459.
„Historisch-Ethnographische Gesellschaft" — 453 f., 458 f.
Holland — 255.
Homel, Pogrom in — 376 f., 382 f.
Horodezky, S. A. — 459.

Idelson, Abraham — 456.
Ignatjew, Nikolaus — 131 f., 136 f., 145 f.
Imber, N. Herz — 302.
Immigration — 251, 277, 283, 464 f., 494 f., 546 f., 549. S. Emigration.
Indien — 505 f.
Industrie — 63, 76, 120, 136 f., 251, 261 f., 279 f., 352 f., 410, 435, 499.
Isaak Elchanan R. — 154.
„Israelitische Allianz zu Wien" — 113.
Istoczy (Antisemitenführer) — 42, 101 f.
Italien — 256 f., 468 f., 543.

Jabotinsky, W. — 456, 521, 548.
Jacobs, Joseph — 254.
Jaffa — 294 f., 549.
„Jahudim" — 291 f., 496 f.
Jalta (Krim) — 198.
Jaroscheskij, Sergej — 161, 220.
Jassy — 263, 267, 540.
Jaurès, Jean — 241.
Jawitz, Wolf — 300 f.
„JCA" („Jewish Colonization Association") — 193 f., 200, 300, 304, 333, 546.
Jekaterinoslaw — 162.
„JEKOPO" — 512.
Jelisawetgrad — 125 f., 528.
Jellinek, Adolf — 80, 114.
Jemen, Jemeniter — 504 f.
Jerusalem — 294 f., 485 f., 547, 550 (Anm.).
„Jewish Agency" — 550.
„Jewish Encyclopedia" — 291, 459, 498.
„Jewish Quarterly Review" — 254.
„Jewrejskaja Enzyklopedia" — 459.
„Jewrejskaja Sstarina" — 453, 458.
Jiddisch — s. Sprache, jiddische.
Jiddischisten — 358 (Anm.), 454 f.
Johannesburg (Südafrika) — 306 f., 500.
„Joint Distribution Committee" — 545.

Jokai, Maurus — 105.
„JTO" („Jewish Territorial Organisation") — 443 f.
Judaismus — 67 f., 247 f., 254, 292, 414, 446 f., 467.
Judenhaß — 121 f. S. Antisemitismus.
„Judenstaat" — 314 f., 440, 550.
Jugoslawien — 541.
Justus-Brimann (Renegat) — 82 f.

Kahan, Abraham — 287, 290.
Kanada — 304 f., 498 f.
Kannegießer, Leonid — 517.
Kantor, Leo — 221.
Kapitalismus — 14, 77, 120, 227, 410 f. S. Industrie.
Kaplan, Dora — 517.
Kapstadt (Südafrika) — 307 f., 500.
Karpeles, Gustav — 70, 71.
Kaufmann, David — 114 f.
Kaufmann, Fritz M. — 450.
Kazenelson, J. L. — 221, 459.
„Keren Hajessod" — 549.
„Keren Kajemeth" — 549.
Kiew — 127 f., 168, 178, 204, 430, 431 f., 517 f., 526 f.
Kischinew, Pogrom in — 370 f., 377, 490.
Kittel, Rudolf — 451.
Klausner, Joseph — 359, 456, 549.
Kobrin, Leon — 290.
Kohler, Kaufmann — 291.
Kolonien, landwirtschaftliche — 281 f. (Amerika), 295 f. (Palästina), 303 f. (Argentinien), 305 (Kanada), 439, 483 f., 500, 533, 549.
Kolonisation — 191 f., 200, 217 f., 277, 281 f., 294 f., 315, 334, 336, 483 f.
Kommunisten — 516 f., 519 f., 525 f., 531 f., 537. S. Bolschewisten.
Konitz (Prozeß) — 39.
Konstantinopel — 273, 318, 332, 477 f., 541.
Korfu — 271.
Korolenko, Wladimir — 179, 373.
Krauß, Samuel — 452.
Kranz, Philipp — 252, 287.
Krieg, Juden im — 269, 272, 284, 307, 379 f., 470, 479 f., 509 ff.
Kronawetter, Ferdinand — 88.
Krüger (Buren-Präsident) — 307.
Kruschewan (Pogromanstifter) — 370 f., 375.
Kun, Bela — 520 f.
Kuranda, Camillo — 419, 422.

Ladino — s. Sprache, spaniolische.
Landauer, Gustav — 520.
Landessprache — 89, 96, 101, 270, 273, 476. S. Sprache.
Landwirtschaft — 63, 76, 206, 211, 217, 277, 281 f., 305, 475, 500, 533. S. Kolonien.
Lasker, Eduard — 16, 28, 36, 40, 43.
Latzky-Bertoldy — 518.
Lazarus, Emma — 293.
Lazarus, Moritz — 27 f., 66 f., 446.
„Legion, Jüdische" — 514, 521, 548.
Lekert, Hirsch — 369.
Lemberg — 523.
Lenin — 355, 516 f., 531 f.
Leroy-Beaulieu, Anatole — 245.
Lestschinski, Jakob — 357.
Lettland — 524, 538.
Levi, Israel — 246.
Levin, Schmarja — 388, 399, 401.
Leviné, Eugen — 520.
Lewanda, Leo — 222, 311.
Liberales Judentum — 69 f., 413 f., 461, 467 f.
Libin, Israel — 290.
Liebermann von Sonnenberg — 47.
Lilienblum, M. L. — 215, 298, 311.
Lissabon — 259, 471.
Litauen — 512, 524, 538.
„Literarische Gesellschaft" — 453, 455.
Literatur — 66 f., 114 f., 252 f., 287 f., 300 f., 330 f., 358 f., 457 f., 488 f., 534.
Ljessin, Abraham — 287, 497.
Ljutostanskij, Hippolit — 122.
Loeb, Isidore — 246.
Lombrosa, Cesare — 257.
London — 147 f., 249 f., 318, 329, 464 f.
Löwenstein, Nathan — 419, 421, 423 f.
Lueger, Karl — 84 f., 317, 416 f.
Luncz, A. M. — 302.
Luxemburg, Rosa — 519.
Luzzati, Luigi — 469.

Magnes, J. L. — 492.
Mandelstamm, Max — 154, 326, 443.
Manning, Kardinal — 148, 181.
Margulies, Manasse — 221.
Margulies, S. — 470, 504.
Marokko — 502 f.
Marr, Wilhelm — 18 f., 25, 120.
Marranen — 196, 471 f. (Portugal).
Marranentum, nationales — 66 f., 110, 324, 338, 411, 544.
Marschall, L. — 492, 522.
Martow-Zederbaum — 353, 355.
Marxismus — 352 f., 516. S. Sozialismus, Bolschewisten.
Masaryk, Thomas — 99, 417.
Mase, Jakob — 432.
Medem, Wladimir — 456 f.
Mendele Mocher Sforim — s. Abramowitsch, S.
Merunowicz (Antisemit) — 90 f.
Messianismus, moderner — 311 f., 338, 341, 362, 449.
Mesopotamien — 444, 504.
Mexiko — 501.
Meyer, Paul (Renegat) — 87 f.
Militärdienst — 171 f., 186, 264 f., 284, 480. S. Krieg.
Militarismus — 11 f., 51, 232 f., 509 f.
Minderheiten, Minoritäten — s. Nationale Minderheiten.
Mischehen — 65, 110 f., 250.
„Misrachi" (Zionistenfraktion) — 333.
Missionare, christliche — 225.
Mommsen, Theodor — 22 f., 35.
Montagu, Samuel — 250.
Montefiore, Claude — 253 f., 466 f.
Montefiore, Moses — 218.
Montreal (Kanada) — 304 f., 498 f.
Moskau — 182, 184 f., 195 f., 201 f., 526.
Motzkin, Leo — 333, 522, 544.
München — 520.
Munizipalität — 196 f., 389, 469, 485.

Nadson, S. — 223.
Namen, christliche — 197.
Nathan, Ernesto — 469.
Nathan, Paul — 415, 487 f.
Nationale Bewegung — 214 f., 225, 311 ff., 436, 453 f., 470 f., 476, 479, 521 f., 544. S. Autonomismus, Zionismus.
Nationale Frage — 22, 27 ff., 66 f., 74 f., 89 f., 100, 228, 243 f., 292, 314 f., 321 f., 340 f., 354 f., 388, 412, 416 f., 446 f., 466 f., 476, 488, 515. S. Nationale Minderheiten.
Nationale Minderheiten — 348, 356 f., 515, 521, 536 ff., 544 f.
Nationale Rechte — 347 f., 388, 515. S. Autonomismus.
Nationalismus, aggressiver — 12 f., 21 f., 41, 43 f., 90, 108, 138. S. Antisemitismus.
Nationalismus, geistiger — 346 f. S. Autonomismus.
„Neu-Israel" — 224 f.
Neustettin — 38 f.
Neochassidismus — 360, 366, 448.
Neologen — 117, 425 f. S. Liberales Judentum.
New York — 150, 277 f., 286, 444, 546.
Niger, Samuel — 458.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst — 510.
Nikolaus II., Zar — 199 f., 368 f., 397, 404, 427 f., 490, 515.
Nishnij Nowgorod — 163 f.
Nisselowitsch, Leopold — 428, 430.
Nöldeke, Theodor — 55, 82.
Nomberg, H. D. — 457.
Nordafrika — 501 f.
Nordau, Max — 316 f., 323 f., 439 f., 463.
Numerus clausus — 207, 539 f. S. Prozentnorm.

Odessa — 130, 218, 339, 396.
Opatoschu, Joseph — 497.
Oppenheimer, Franz — 440, 450.
„ORT" (Gesellschaft) — 545.
Orthodoxie — 69 f., 115 f., 218, 267, 301, 327, 333, 414 f., 425 f., 441, 450 f., 496, 537.
„OSE" (Gesellschaft) — 545.
„Österreichische Wochenschrift" — 114.
„Österreichisch-Israelitische Union" — 112.
Österreich-Ungarn — 74 ff., 311 f.,

350 f., 416 f., 541 (Deutsch-Österreich). S. Böhmen, Galizien, Ungarn.

„Pahlensche Kommission" — 164 f., 172 f.
Palästina — 135, 151, 217 f., 275, 293 ff., 311 f., 439 f., 478, 483 f., 505, 514, 521, 547 f.
Palästinafreunde — 215 f. S. „Chowewe Zion".
Pamphlete — 77 f., 82 f., 87, 228 f., 370 f., 542. S. Antisemitismus.
Paris — 228, 238, 313 f., 463, 521 f., 530.
Parlamentarier, jüdische — 115, 250, 399 f., 419 f., 428 f., 477, 536, 538, 541.
Parlamentsdebatten — 35 f., 105, 478, 493.
Pazifismus — 12, 521 f., 551 f.
Pedlarei — 279, 305. S. Hausierhandel.
Perez, I. L. — 366 f., 455, 457.
Perles, Felix — 453.
Persien — 505.
Petersburg — 131 f., 146 f., 167 f., 183, 335, 453, 512, 515.
Petitionen — 32 f., 105, 181 f., 386 f., 393, 407, 418, 490 f., 512.
Petljura, Simon — 517 f., 527 f., 530.
Philippson, Martin — 409, 450, 452.
Pilsudski, Joseph — 523, 536.
Pines, Michael — 300.
Pinsker, Leon — 216 f., 298, 311, 341.
Pinski, David — 497.
Pius X., Papst — 469.
Plehwe, W. K. — 176, 184, 203, 335, 368 f.
„Poale Zion" (Partei) — 289, 357, 484.
Pobjedonosszew — 122 f., 175, 191 f., 200 f.
Poesie — s. Literatur.
Pogrome — 125 ff., 162 f., 189, 209 f., 371 f., 380, 382, 389 f., 395 f., 401 f., 513, 515, 523, 526 ff., 539 f., 548. S. Gemetzel, Exzesse.
Polen — 89 f., 420 f., 435 f., 511, 523 f., 536 f. S. Galizien, Rußland.
„Politisches Komitee" — 512 f.
Poljakow, Salomon — 154.
Portugal — 259, 445, 471 f.
Posen (Provinz) — 62 f.
Prag — 97.
Preßburg — 104 f.
Presse, allgemeine — 15, 77, 113, 120, 124, 141 f., 176, 212, 228, 231, 370 f., 380 f.
Presse, jüdische — 70, 114, 118, 141, 220 f., 246, 270, 274, 286 f., 291, 301, 305, 320, 354, 359 f., 456 f., 488, 497, 500, 534, 537 f.
Preußen — 25 f., 38 f., 62, 406 f.
Priluker, Jakob — 224 f.
Proletariat — 205 f., 214 (Anm.), 352 f., 525, 532. S. Arbeiter.
Proskurow, Gemetzel in — 527.
Protestmeetings — 147 f., 177, 180 f., 490 f.
„Protokolle der Weisen von Zion" — 542 f.
„Provisorisches Reglement" (von 1882 in Rußland) — 156 f., 166 f., 178, 203.
Prozentnorm (im Schulwesen) — 166 170, 208 f., 394, 430 f., 539.

Rabbiner — 48, 80, 292 (Konferenz), 320, 327, 497, 511.
Rabbinismus — 115, 451. S. Orthodoxie.
Rabbinowitz, Alexander S. — 489.
Rabbinowitz, Joseph — 225.
Rabbinowitz, Marcus — s. Ben-Ami.
Rabbinowitz, Salomon — s. Schalom Aleichem.
Rabbinowitz, S. P. (Schefer) — 218, 220 (Anm.).
Rathenau, Walther — 520, 543.
Reaktion — 11 f., 51 f., 123 f., 175 f., 199 f., 226 f., 427 f.
Reformen, religiöse — 223 f., 292, 413 f., 446, 461 f., 468, 496 f. S. Liberales Judentum, Neologen.
Reinach, Joseph — 243.
Reinach, Théodore — 246, 461.
Reinach, Salomon — 462.
Reisen, Abraham — 458.
Renan, Ernest — 228, 244 f.
Renegaten — 82, 87. S. Taufen.
„Revisionisten" (Zionistenfraktion) — 550.
Revolutionäre — 121 f., 142, 208 f.,

213 f., 368 f., 385 f., 428, 516 f., 519 f., 531. S. Anarchismus, Sozialismus, Kommunisten.
„Revue des études juives" — 246.
Richter, Eugen — 36.
Rickert, Heinrich — 54, 56.
Ritualmordprozesse — 40, 49 f., 54 (Xanten), 60 (Konitz), 80, 91 f., (Galizien), 98 f. (Polna), 103 f. (Tisza-Eszlar), 211 (Wilna), 269 (Bulgarien), 271 (Korfu), 370 f. (Dubossary), 431 f. (Beilis-Affäre).
Rohling, August — 77 f., 97.
Rom — 257, 469 f.
Roosevelt, Theodor — 473 f., 490 f.
Rosenbaum, S. — 524.
Rosenfeld, Morris — 287 f.
Rostow am Don — 162, 168.
Rothschild (Bankhaus) — 227.
Rothschild, Alfons — 188.
Rothschild, Edmond — 296 f.
Rothschild, Nathaniel — 250, 465 (Anm.), 467.
Rumänien — 259 ff., 472 f., 482, 524 f., 540 f.
Ruppin, Arthur — 439, 483.
Russifizierung — 212 f. S. Assimilation.
Rußland — 119 ff., 311, 335, 350 ff., 368 ff., 453 f., 492 f., 510 f., 515 f., 525 f., 531 f.
„Russo-Jewish Committee" — 180, 252.

Sacher-Masoch, Leopold — 117.
Sachsen — 49.
Safed — 486, 550 (Anm.).
Saloniki — 273 f., 477 f., 541.
Samaritaner — 486.
Samuel, Herbert — 466, 548.
Samueli, Nathan — 117.
Schalom Aleichem — 221, 365, 457.
Schankgewerbe — 121, 125, 205, 261, 424 f.
„Schechita" — Verbot — 49, 258.
Schechter, Salomon — 254, 268.
Scherr, Johannes — 45.
Schiff, Jacob H. — 487, 492.
Schipper, Ignaz — 459.
Schneur, Salman — 457.
Schönerer, Georg — 78.
Schreiber, Simon — 116.
Schorr, Moses — 459.
Schulwesen — 64, 95, 165, 169 f., 197 f., 208 f., 252, 258, 263 f., 268, 274, 415, 441, 454, 485 f., 534, 537 f., 549 (Jerusalemer Universität). S. Prozentnorm.
Schürer, Emil — 73, 84.
Schwarz, Samuel — 472.
Schwarzbart, Schalom — 530.
Schwarzfeld, Elias — 266 ff.
„Schwarze Hundert" — s. „Verband des russischen Volkes".
Schweiz — 257 f.
„Sejmisten" (Partei) — 357.
Sephardim — 251, 268 f., 274, 477 ff.
Serbien — 270, 479 f. S. Jugoslawien.
Sergej, Großfürst — 184, 201 f., 387.
Shitlowsky, Chaim — 357 f., 455, 497.
Shitomir, Pogrom in — 390 f., 526 f.
Sibirien — 204.
Singer, Paul — 43, 58.
Sliosberg, Heinrich — 434.
Smiliansky, Moses — 489.
Smolenskin, Perez — 114.
Sokolow, Nahum — 221, 360, 441 f., 521 f., 549.
Soloweitschik, M. — 459, 524.
Solowjew, Wladimir — 89 f.
Sombart, Werner — 411 f.
Sowjet-Rußland — 516 f., 525 f., 531 f.
Sozialismus, sozialistische Parteien — 16, 25, 36, 38, 43, 58, 88 f., 95, 252, 266, 278, 286 f., 289, 327, 351 f., 368 f., 418, 421, 531, 549. S. „Bolschewisten", „Bund", „Poale Zion", „Sejmisten".
Spanien — 135, 258, 472, 503.
Spektor, Mordechai — 221.
Sprache (deutsche) — 89 f., 95 f., 101, 270, 322, 452, 487 f.
Sprache (englische) — 252 f., 286, 291, 497 f., 500.
Sprache (französische) — 242 f. S. „Alliance Israélite".
Sprache (hebräische) — 71, 116 f., 301 f., 344, 358 f., 441 f., 454 f., 485 f., 533 f., 551.
Sprache (jiddische) — 75, 89 f., 101, 118, 223, 251, 267, 286 f., 349, 351, 353, 356 f., 364 f., 417,

422 f., 436, 454 f., 463, 468, 476, 497, 500, 510, 513, 525, 534, 537 f., 547, 551.
Sprache (polnische) — 89 f., 95.
Sprache (russische) — 213, 222, 367, 454, 459.
Sprache (spaniolische) — 268 f., 273 f., 478.
Sprache (tschechische) — 96.
Sprache (ungarische) — 101, 108, 118.
Sprachenfrage — 454 f., 486 f. S. Sprache.
Staatsdienst — 15, 33, 64, 207, 227, 250, 256, 407 f., 411, 416, 469, 520, 533.
Starodub — 189.
Statistik — 61 ff. (Deutschland), 76 (Österreich), 89 (Galizien), 96 (Böhmen u. Mähren), 101 (Ungarn), 173, 190, 206 (Rußland), 219, 226 (Frankreich), 248, 251, 255, 267 (Rumänien), 268, 270, 273, 278, 283 (Amerika), 300 (Palästina), 304 f. (Argentinien, Kanada, Südafrika), 410 (Deutschland), 416 (Österreich), 422, 463 f. (Frankreich, England), 471, 479 f. (Balkanländer), 483 (Palästina), 489 f. (Amerika), 498 f., 530, 538 f., 546.
Steinberg, Isaak — 517.
Stöcker, Adolf — 17 f., 36 f., 41 f., 46, 54 f., 249.
Stolypin, P. A. — 402 f., 430 f.
Strack, Hermann — 56.
Strauß, Oskar — 492.
Studentenschaft, antisemitische — 31 f., 53, 79, 482, 539 f.
Südafrika — 306 f., 499 f.
Suess, Eduard — 88.
Swjatopolk-Mirskij — 381 f., 386.
Synagogen — 182, 195 f., 201 f., 533.
Synkretismus — 68, 247, 253 f.
Syrien — 504.
Syrkin, Nachman — 327, 357, 443.

Taaffe, Graf — 83.
Talmud, Angriffe gegen den — 47, 77 f.
Taufen, Täuflinge — 65, 111 (Anm.), 168, 196, 407, 411. S. Renegaten.
Tel Awiw — 485, 549.
Territorialisten — 438, 442 f.
Theater, jüdisches — 291.
Tiberias — 486.
Tisza, Koloman — 102, 105.
Tisza-Eszlar-Affäre — 40, 103 f.
Tolstoj, Dmitrij — 158 f., 165.
Tolstoj, Leo — 179, 212, 373 f., 427 f.
Transvaal — 306 f.
Treitschke, Heinrich — 13, 20 f., 27, 29 f., 36, 68.
Trietsch, Davis — 329.
Tripolis — 470, 503.
Trojanow, Märtyrer von — 391.
Trotzky-Bronstein, Leo — 516, 532.
Trumpeldor, Joseph — 514, 548.
Tschechoslowakei — 541.
Tschernichowski, Saul — 363 f.
Tunis — 501 f.
Türkei — 273 f., 332 f., 439 f., 476 f., 504 f., 514, 541.

Uganda (Ostafrika) — 335 f., 438.
Ukraine — 517 f., 526 f. S. Rußland.
Ungarn — 40, 42, 100 ff., 425 f., 520 f., 539.
Urussow, Fürst — 380, 402.
Ussischkin, Menachem — 322, 337, 438, 442, 521, 549.

Vambery, Hermann — 332.
„Verband der deutschen Juden" — 409 f., 413.
„Verband des russischen Volkes" — 394 f., 397, 404, 427 f.
„Verband russischer Juden" — 546.
„Verband zur Erlangung der Vollberechtigung" (Rußland) — 350, 388 f., 398, 438.
Vereinigte Staaten von Nordamerika — s. Amerika.
„Vereinigung für das liberale Judentum" — 414.
„Verein zur Abwehr des Antisemitismus" — 56 f., 88.
Viktor Emanuel III. — 470.
Virchow, Rudolf — 35 f., 53.
Vogt, Karl — 45.
„Volksgruppe", jüdische — 438 f.
Volkspartei, jüdische — 418 ff. (Österreich), 434 (Rußland), 457.

Wanderung — 275 ff., 443 f. S. Emigration, Immigration.
Warburg, Otto — 441.
Warschau — 143 f., 435 f., 511, 537.
Washington — 183 (Anm.).
Weiß, E. H. — 114.
Weiter, A. — 523.
Weizmann, Chaim — 333, 521, 549.
Wellhausen, Julius — 72 f., 451.
Weltkrieg — 416, 427, 437, 482, 509 ff.
White, Arnold — 192 f.
Wien — 76 f., 317 f., 325, 416 f., 541.
Wilhelm I., Kaiser — 16, 18.
Wilhelm II., Kaiser — 46, 51, 59, 327 f., 519, 543.
Wilna — 523 f., 537 f.
Wilson, Woodrow — 495, 515.
Winawer, Maxim — 388, 399 f., 402, 434.
Wintschewskij, Morris — 252, 287.
Wirtschaft — 14, 61 f., 89, 92 f., 95, 168 f., 173, 205 f., 227 f., 251, 255, 259 f., 273 f., 279 f., 352, 410 f., 424 f., 435, 463, 465, 483 f., 499 f., 531 f., 536 f., 545.
Wischnitzer, M. — 459.
Wissenschaft des Judentums — 70 f., 114 f., 220 (Anm.), 246 f., 254, 367, 452, 534.
Wissotzky, K. S. — 487.
Witte, S. J. — 200, 205, 385 f.
Wolf, Lucien — 254, 443, 476.
Wolffsohn, David — 438 f.
„Woss'chod" (Zeitschrift) — 141, 159, 188, 220, 359, 367, 379, 394.

Zadoc-Kahn, Großrabbiner — 246.
Zangwill, Israel — 252 f., 318, 333, 438 f., 443 f.
Zederbaum, Alexander — 122, 221.
Zensur — 180, 187, 220, 534.
Zinberg, Israel — 459.
Zionismus, zionistische Bewegung — 292, 312 f., 322 f., 342 f. (geistiger Zionismus), 349 f., 361 f., 376, 438 (synthetischer Zionismus), 470, 476, 478, 514, 521, 548 ff., 550 (Revisionismus).
Zionisten-Sozialisten — 357, 549.
„Zionsfreunde" — 218. S. „Chowewe Zion".
Zionistenkongresse — 321 f., 438 f., 550.
Zola, Emile — 236 f., 245.

BIBLIOTEKA NAUKOWA
WAP
403521
/2.